06
Львівська бібліотека АН УРСР
ВІДДІЛ РУКОПИСІВ
№ Кх-4.2

Матеріали, що стосуються суспільно-політичного життя Галичини

1840-и рр.
пол., нім.

408 арк.

Sprawa regulacji stosunków poddańczych
w Galicji. 1845-47

I Dokumenty

Pisma:
Arcyksiążę Ferdynand do R. Stadiona. 1845
Stadnicki Al. do R. Stadiona (2
Fredro Al.. Uwagi nad socjalnym stanem Galicji 1846
Instrukcje co do przeprowadzania
rozrządzenia z 25/XI 1846, w sprawie „regulacji"
a) dla urzędów obwodowych; (18/VII 1846)
b) dla właścicieli dóbr, i urzędów podatkowych
Referat Ag. Gotuchowskiego w sprawie „regulacji" (1847)
Pismo majora Siemonistiego do nam. Stadiona (1847)

Pismo arcyks. Ferdynanda do hr. R. Stadiona
(1845, 12/XI)

Lieber Graf Stadion! Ich finde sich zu nachfolgenden, die Verbescheidung des Fürsten von Galizischen Unterthanen betreffenden Vorträge vom 6. 13. 14 und 15 Sept. l. J. finde ich folgendes zu bemerken:

I. Um auch bei den neu einzuführenden Grundbuch die Verhältnisse zwischen Herrschaften und Unterthanen auf eine dem Wesen des Lehnsverbandes, den bisherigen Besitzstand und die beiderseitigen Interessen gleichmäßig berücksichtigende Weise zu regeln, sind diese Grundsätze gleich den meisten übrigen Grundbüchern als die volle Nutznießungsrechte jener dermaligen rechtmäßigen Besitzer, welche solche alle mit diesem Verhältnisse gesetzlich verbundenen Rechte und Pflichten zu übernehmen haben, anzusehen – dasselbe war auch in der Patente vom 26 Feb. 1784 und dem Reichsgesetzbuch vom 26 Mai 1789 enthaltenen Bestimmungen, nach welchen Unterthanen das Recht nicht zustehe, mit ihren Gründen bei Lebzeiten und von Todeswegen zu schalten, und sie nicht befugt seien, ohne Einwilligung der Obrigkeit über den ihnen zum Gebrauch verliehenen, für die Zukunft abgetheilten Fond und den Unterthanen die freie Verfügung über ihr Besitzthum, jedoch mit dem rechtlichen Vorbehalt eingeräumt wird, daß sie desselben nicht über zwei Viertel seines Werthes mit Schulden belasten dürfen.

Auch die in dem Patente vom 5 April 1782 enthaltene Verfügung der einzuführenden Unterthanen, als sie ihren Gründe entlassen, von Obrigkeiten taugliche Riesse zu stellen, hat künftig nur in dem dem §. 1170 des allg. bg. G. B. entsprechenden Weise Anwendung zu finden.

Ergänzend wurden die Grundbuchsbehörden als Obrigkeitsämter den bisherigen gesetzlichen Verpflichtungen ihrer Unterthanen in Streitfällen mit Rath und Beistand zu unterstützen obliegen, welche Entscheidung jedoch nicht einer Instanz mit Einsetzung der Grundbücher über den unterthänigen Besitzstand ein Ende, sondern zu treffen hat. Über die Einrichtung und Einsetzung der Grundbücher in Galizien sind mir schon mehrere Vorschläge von den dazu berufenen Behörden zu entwerfen, da ich diese Maßregel mit möglichster Beschleunigung in Vollzug gesetzt wissen will.

II. Ueber Anwendung des bereits in dem Patente vom 16 Juni 1786 angeordneten, von Verbesserung der Robotsverhältnisse der Unterthanen mit den Besitzungen

zu bestimmen, ist nunmehr unumgänglich die Regulierung der Robot vorzunehmen, wobei ich nachstehende Grundsätze festzusetzen finde:

1.) Die Hälfte des Ertrages der gesamten einkommenden Besitzungen, die an Haus den gewöhnlichen Pertinenzien ermittelt ist, soll als Maßstab dem an die Grundherrschaft zu entrichtenden Leistungen zu gelten, dessen dem nach Abzug des Lehenmäßigen Maßes der Klingabe, selbe unverändert zu bleiben haben, noch übrige Rest jener Hälfte als Robot zu verwendigen, und so auf den Kapital-Grundbesitz nach dem gegenwärtigen Klingzielen zu verhalten, und nach Klassen der einzelnen einkommenden Gründen, jenem anzuschreiben sein wird.-

2.) Mit Erfüllung der bezüglichen Bestimmung des §. 10 des Robotpatentes vom 16 Juni 1786 gestattet es den Grundherrschaften wie den Unterthanen, von der wechselnden, und die Einfachen Robotfähigkeit nicht nach der gegenwärtigen Klingzielen, sondern nach einem in Geltung um 20 Mark Courant gebrachten Maßstab.-

3. Auf die gutachtenmäßige Hinlaß- und Summarischätzung hat sich die Robotregulierung nicht zu erstrecken, noch sind die unter dem Namen Klingaben bekannten jährigen Abgaben der Unterthanen an die Grundherrschaften, gemeinschaftlich zu erheben.

4. Jedem einzelnen Unterthan, so wie ganzen Gemeinden bleibt die freie Wahl zwischen jenen bisherigen, oder geringeren, und der nach der Bestimmung des Art. neu angeführten Robotfähigkeit vorbehalten, sie haben jedoch diese Wahl innerhalb einen Zeitraum von sechs Wochen der erfolgten Regulierung an das Kreisamt oder den ernannten Kommissär anzuzeigen, widrigens angenommen würde, daß sie sich der neuen Robotfähigkeit unterziehen.

5. Sobald dieser Termin verstrichen sein wird, ist zur Unterstützung Angabe von beiden Theilen als richtig anerkannten Robotangaben für jede Gemeinde zu verfassen, über deren Form und Inhalt die näheren Bestimmungen zu treffen sein sind.-

6. In den Gem. Grundstandsprotokollen hat auch Anlaß der Robotregulierung keine Abänderung stattzufinden, auch bleibt in Ansehung der die robotbaren Robot treffenden Unbrauchbarkeiten die angemessene Abschätzung vorbehalten, worüber die geeigneten Vorschläge zu erstatten sind.-

7. Für die entfallende Robot wird von Seite des Staatsschatzes in keinem Falle eine Entschädigung geleistet, jedoch gestatte ich, daß die Frage ob und unter welchen Modalitäten einzelnen Grundherrschaften bei einem unverhältnißmäßig großen Ausfalle der bisherigen Robotschuldigkeit eine billige Vergütung aus Landesmitteln zuzugestehen sei, bei den Ständen in Verhandlung genommen werde, deren Anträge Mir sonach gutächtlich vorzulegen sind. –

8. Die Ausführung der Robotregulirung und aller darauf Bezug nehmenden Maßregeln liegt, unter der Aufsicht der galizischen Landesstelle, den Kreisämtern und ihren Bezirkskommissären ob, welche hierzu mit den erforderlichen sachgemäßen Instructionen zu versehen sind. –

III. Als Normalzeitpunkt zur Bestimmung der gesetzlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien hat für die Zukunft nicht mehr das Jahr 1780 sondern das J. 1820 in der Art zu gelten, daß jene Grundstücke, die im Besitze der Unterthanen waren, und als solche in den Katastral-Operaten erscheinen, als rustikal, die aber in den Händen der Obrigkeit waren, als dominikal anzusehen sind, wobei jedoch bei Besitz- und Eigenthums-Streitigkeiten die im Rechtswege zu liefernde Nachweisung allfälliger spezieller Rechtsverhältnisse nicht ausgeschlossen ist. –

Sie haben nunmehr benehmlich mit dem galizischen Gubernium die nöthigen Einleitungen zum schleunigen Vollzuge dieser Meiner Anordnungen, welche übrigens auf die Bukowina keine Anwendung finden, insbesondere zur Entwerfung der nachträglich Meiner Einsicht zu unterziehenden Instruktionen zu treffen, und zu veranlaßen, daß diese Bestimmungen, insoweit sie sich zur allgemeinen Verlautbarung eignen, von dem galizischen Gubernium unter Beziehung auf das Patent vom 13 April l. J. mittelst eines Kreisschreibens sogleich öffentlich kundgemacht werden. Wien am 12 Nov. 1845 Ferdinand.

Pismo Stadnickiego Aleks.
do (może: Rudolfa Stadiona?)
(± VII 1846. por. str. 13)

1) Alex. Hadnickiego

7

Euer Erlaucht!

So plötzlich so unvorhergesehen ist die Abreise Eurer Erlaucht erfolgt, daß es den Unterzeichneten, die die Kunde von Ihrer Anwesenheit nach und nach in Lemberg versammelt hatte, nicht vergönnt ward, Eurer Erlaucht ihre Hochachtung zu bezeugen, die schönen Hoffnungen auszudrucken, mit welcher Ihre Ankunft unsre Brust erfüllt hat, und die schon durch Ihre kurze Anwesenheit in der Provinz so sehr gesteigert wurden.

Gestatten also Eure Erlaucht, daß wir Ihnen den Ausdruck dieser Empfindungen schriftlich darbringen; entschuldigen Sie, daß wir mit denselben Bitten und Beschwerden paaren. Gerne hätten wir diesen letzten Theil unserer Aufgabe dem Landtage, als unserem gesetzlichen Organe überlassen, gerne hätten wir bloß Eurer Erlaucht unseren gefühltesten Dank dafür abgestattet, daß Sie sich, der schweren Aufgabe, diesem unglücklichen Lande Linderung für seine Leiden zu bringen unterzogen haben. Da uns jedoch die Möglichkeit unsere Beschwerden und Wünsche durch das Organ der Stände auszudrücken, für jetzt benommen ist, so erübriget uns kein anderes Mittel, als diese Beschwerden an Eure Erlaucht mit der Bitte zu richten, dieselben zu den Füßen des allerhöchsten Thrones zu unterbreiten. Viele dieser Beschwerden haben Eure Erlaucht schon von einzelnen Gutsbesitzern entgegen genommen, viele haben mit denselben bisher bloß deßwegen zurückgehalten, um Eure Erlaucht nicht mit der be-

ständigen Wiederhohlung einer und derselben Klage zu ermüden.

Denn eine Klage ist es die durch das ganze Land wiederhallt — die selbst von den Gräbern unserer gemordeten Brüder herübertönt — die Klage über das in Folge der letzten Unruhen eingeschlagene Verfahren, über die durch dasselbe hervorgerufene gänzliche Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung. Ungeschwächt lebt und wirkt noch in jeder Brust das Gefühl der Entrüstung, die bei der Betrachtung laut ward, daß dieser Zustand durch Mißgriffe derjenigen herbeigeführt ward, deren Pflicht es war selbe abzuwehren —, daß sie um einer hirnlosen Unternehmung zu begegnen, die nur durch ihre eigene Furcht und Rathlosigkeit zu einer wirklichen Gefahr gesteigert werden konnte, eine soziale Umwälzung heraufbeschworen — daß man durch Mord und Plünderung die innere Ruhe, die Interessen des Staates am sichersten gewahrt und verbürgt vermeinte, — daß um den entfesselten Pöbel auch jenes Zaumes zu entledigen, den nach der Suspension der Gesetze, Moral und Religion allein noch bilden konnten, seinem Richteramte selbst die Verkündiger des Wortes Gottes preisgegeben, seinem Gutdünken es überlassen worden ist, sie als Frevler an dem Staate zu qualifiziren und sogleich selbst zu strafen. Welche Früchte dieses in der Geschichte civilisirten Staaten unerhörten Verfahren getragen, wir E. E. der Nothruf der ganzen gesitteten Bevölkerung und noch gewisser der gegenwärtige Zustand des Landes lehren. Hunderte und hunderte von Landsitzen verödet und verwüstet die Frucht langjähriger Thätigkeit, der Segen eines langen Friedens mit einem Schlage vernichtet, fast alle die Zeichen einer fortschreitenden Civilisation, fast alle Bürgschaften eines wachsenden Wohlstandes in mehreren Kreisen in drei Tagen von der Erde weggetilgt, alle schlechte Leiden-

schaften entfesselt, die Gesetze Gottes mit Füßen getreten, die Kirchen entweiht, ihre Diener verhöhnt, das Verbrechen kühn seine Stirn erhebend und ungestraft herumziehend, dieß war das klägliche Schauspiel, welches der westliche Theil Galiziens durch mehrere Monathe darboth.

Deßhalb flüchteten selbst die nicht verhafteten und nicht ausgeraubten Gutsbesitzer zu hunderten Werkstätten ihrer Thätigkeit sich scheu in die Städte, deßhalb suchten sogar viele Familien unter fremden Scepter den Schutz, den ihnen die eigenen Behörden nicht mehr gewähren wollten oder konnten – deßhalb können Industrie und Handel eben so wenig als der Ackerbau sich noch jetzt erheben, weil sie ohne Ruhe und Vertrauen nicht gedeihen können, weil die Gesetze, dieses Palladium jedes Staatsbürgers, nicht vollzogen werden. Noch trauriger als dieses Bild ist es aber, daß diese soziale Zerrüttung eine fortdauernde, Recht und Gesetzlosigkeit der normale Zustand eines großen Theiles Galiziens zu werden droht, daß sich Angriffe auf das Leben und das Eigenthum auch in den allerletzten Tagen wiederholt haben, daß das irregeleitete, verwilderte Landvolk seine Hände alle Tage kühner nach dem Eigenthume seines Grundherrn ausstreckt, überhaupt für seine Ansprüche für seine Frevel keine anderen Schranken, als die eigene Sättigung und Ermüdung an denselben mehr kennt. –

Könnte es aber auch anders sein, wenn sie viele untere Organe der Staatsverwaltung ihn bei diesen Übergriffen stillschweigend und offen unterstützen, wenn sie in diesem Zustande der Dinge die Bürgschaft einer gesegneten Zukunft erblickten, wenn sie den Umsturz derjenigen angestammten gesellschaftlichen Hierarchie auf welcher die ganze österreichische Landesverfassung beruht, freudig begrüßten, wenn sie durch den Ruin der reichern und intelli-

./.

genteren Klassen die untern haben zu können vermeinen.
Nicht freie Bewegung und Entwicklung für alle Klassen der Gesellschaft, nicht gleichzeitige Emporhebung des Gutsherrn und des Bauern bezweckten sie; nur das was sie dem Grundherrn entziehen, erachten sie für den Unterthan als gewonnen. Um den Letzteren den Werth des Eigenthums kennen, und schätzen zu lernen, griffen sie das Eigenthum des Grundherrn schonungslos an, erschwerten oder versagten geradezu den Ausgeraubten die Zurückforderung der geraubten Sachen. Um das Landvolk zur Selbstthätigkeit anzueifern, brachen sie auf sein jedesmaliges Verlangen die herrschaftlichen Speicher auf und betheilten aus denselben nach Gutdünken alle sich meldenden Unterthanen ohne sich zu überzeugen, ob sie auch wirklich eine solche Unterstützung bedürfen, ob eine solche im Verhältniße zu ihren Leistungen stehe, und ob überhaupt der Gutsherr selbe erschwingen könne. Man hat Kreisämter gesehen, welche ausgeraubte Gutsbesitzer zur Unterstützung derjenigen Bauern, die sie ausgeraubt hatten, verhielten, welche sie falls die herrschaftlichen Speicher sich ganz leer erwiesen zum Ankaufe des Unterstützung nöthigen Getreides anwiesen oder das hiezu nöthige Geld gleich aus dem Staatsschatze vorstreckten, und den Grundherrn für diesen Vorschuß gleich sequestrirten. Es sind Fälle vorgekommen, daß Kreisbeamter den Bauer zur Forderung von bedeutendern Unterstützungen aufhetzten, als diese selbst es für nöthig erachteten und eine Woche darauf diese nähmlichen Bauern wegen den rückständigen Steuern exequirten, um das auf Kosten des Grundherrn als Unterstützung ausgetheilte Geld als Steuer wieder abzunehmen.

So verstehen sie das Wohl des Bauern, so verstehen sie ihre Pflichten gegen Staat und Land. Weil das halbe Eigenthum des Gutsbesitzers in den Naturalschuldigkeiten besteht, die er von dem Landmann als Entgeld für die demselben ursprünglich überlassene Grundstücke bezieht — weil von der pünktlichen Verrichtung dieser Naturalschuldigkeiten die ganze Bestellung des dominikal Grundbesitzes abhängt, so ist all' ihr Streben und Sinnen darauf gerichtet diese Schuldigkeiten nach Möglichkeit zu schmälern, ihren Bezug, dem Grundherrn durch Begünstigung der Widersetzlichkeit der Unterthanen durch Aufreizung zu ungegründeten Beschwerden, durch die willkührlichsten Interpretation der bestehenden Vorschriften, so viel als möglich zu erschweren unbekümmert, ob mit der Produktion des dominikal Grundbesitzes auch die Produktion des ganzen Landes leide, ob mit ihr die Hauptquelle des galizischen national Reichthums und seines auswärtigen Verkehres versiege; das Substrat aller von dem Grundbesitzer unter verschiedenen Namen dem Staate entrichteten Steuern wegfalle. Erleichterung der Unterthanen ist die Devise, welche diesem Verfahren umgehängt wird: Erleichterung der Unterthanen bloß auf Kosten des Grundherrn ist ihr eigentlicher Name. Wir halten dieselbe nicht für die einzig mögliche, geschweige für eine richtige; denn eine solche kann nach unserm Dafürhalten nur auf der Anerkennung aller Rechte beruhen. Wir glauben nicht daß das immer mehr hervortretende Streben unser Eigenthum unsere Rechte unser Ansehen zu schmälern, dazu beitragen kann, das Land des Vertrauens zwischen der Regierung und den Grundbesitzern zu befestigen. /.

Wir beklagen es als ein bedenkliches Zeichen eines bereits sehr weit gediehenen Mißtrauens, daß wir aus dem Munde so mancher ruhiger Gutsbesitzer, die Äußerung vernehmen, daß sie die Ankunft eines Kreisbeamten eben so sehr als das Herumtreiben eines communistischen Conissärs fürchtet, daß sie in dem Organe des Staates der Ruhe und Ordnung herzustellen berufen, wenn auch absichtslosen Alürten dieser antistoischen Faction deßhalb zu sehen wähnen, weil sich beide in der Nichtachtung des Privat Eigenthums und in der Tendenz begegnen, alles was den Reichthum und die Intelligenz des Landes repräsentirt zu Gunsten der rohen Maße zu unterdrücken.

Wir haben uns daher oft gefragt, wohin diese Richtung führen wozu dieses Treiben dienen soll, welche staatlichen Zwecke damit erreicht werden sollen? Soll dem Bauer dadurch geholfen werden? Er möge jetzt selbst antworten, was er dabei gewonnen. er möge selbst sagen: ob er nicht nur an der Regierung sondern an sich selbst irre geworden ist, wenn er heute mit Stockschlägen in die Schranken des Gehorsams gegen diejenigen verwiesen wird, zu deren Herabwürdigung und Mißhandlung er gestern autorisirt worden, wenn er heute Danksagungen für die Rettung der Monarchie empfängt, morgen ihm durch Kolbenstöße begreiflich gemacht wird, daß die österreichische Monarchie andere Vertheidiger zahle, daß ihre Sache, die Sache der Ordnung, auf anderen Grundlagen beruhte — Sein materieller Zustand mag aber davon Kunde geben, ob er durch das System ihn auf Kosten des Grundherrn zu haben seit 60. Jahren gewonnen; ob er

nicht ärmer als damals dasteht; wo sein Wohlstand als
innigst mit dem Wohlstande des Grundherrn verbunden
erachtet wurde – wo Sitte und Religion den einzigen
aber strafbaren Zügel für Bedrückungen bildete,
als todte Gesetze jemals bilden können.
Soll vielleicht durch dieses Verfahren den Grundbe-
sitzern das ganze jetzige Unterthansverhältniß ver-
leidet, sie daher gedrängt werden, um dessen Auf-
lösung zu bitten?
Die Stände haben ja längst die Unhaltbarkeit des gan-
zen jetzigen Verhältnisses eingesehen, um die Reform
desselben zu wiederholten Malen gebeten; – Ja wir
haben alle eine Reform für nöthig erachtet, die
der ungeheuren Verschwendung von Zeit und Arbeits-
kräften ein Ziel setzte, die jetzt zum Schaden beide Theile
statt findet, die die Rechte des Bauers feststellte, aber
neben denen des Grundbesitzers bestehen ließe, die
seinen Wohlstand begründete ohne den unsrigen zu
verrichten, die der Kreisbeamten Willkühr ein Ende
machte, die wir jetzt in ihrer höchsten Höhe erfahren.
Wir halten eine solche Reform nach den letzten Vor-
gängen für unabweislich für unverschiebbar, weil
das frühere Verhältniß nie mehr für längere Zeit her-
gestellt werden kann – weil es im Interesse der
Regierung der bürgerlichen Ordnung liegt, daß der
Faction des sozialen Umsturzes ein Hebel für ihre
Zwecke aus der Hand gewunden, ihr ein für alle-
mal die Hoffnungen abgeschnitten werden, die sie in
ihrer Verblendung noch jetzt an den gegenwärtigen
Zustand der Dinge knüpft. Allein wir sprechen den
Antheil an dieser Reform an, der uns an jedem
Werke gebührt, wo über unser Privat Eigenthum ab.

./.

gesprochen werden soll. Wir werden Behufs dieser Reform Opfer, bedeutende Opfer bringen, allein wir wollen sie selbst bringen, allein wir wollen nicht, daß sie uns gegen Recht und Billigkeit aufgedrungen werden.

Eine ständische Comission unter dem Vorsitze unseres Landes-Chefs ist bereits mit Genehmigung Seiner Majestät zur Prüfung und Erörterung dieser Reform eingesetzt, die ständischen Mitglieder derselben bereits am letzten Landtage gewählt worden. Wir bitten E. E. sich bei Sr. Majestät dahin zu verwenden, damit diese Comission schleunigst ins Leben trete, und an ihr Werk gehe. —

Allein so lange sie nicht ihre Vorschläge ausgearbeitet, so lange nicht diese die Allerhöchste Genehmigung erhalten haben werden, glauben wir mit Recht darauf zu dringen zu dürfen, daß der bis jetzt bestehende gesetzliche sanktionirte Zustand aufrecht erhalten, der Landmann wieder zur pünktlichen Verrichtung seiner Schuldigkeiten verhalten werde. Wir dringen darauf nicht nur aus der Rücksicht, weil von der regelmäßigen und genauen Verrichtung dieser Schuldigkeiten die ganze Bestellung des Dominical Grundbesitzes, wie gesagt, abhängt, sondern mehr deßhalb, weil die Anarchie nie die Grundlage eines geordneten Zustandes der Dinge werden, weil sich Recht aus Unrecht nie entwickeln kann. Soll von der Verwandlung der gegenwärtigen Natural-Schuldigkeiten des Landmanns in eine Geldabgabe oder von der gänzlichen Ablösung derselben, welche in

beiden Fällen er allein tragen wird müssen, je die Rede sein können, so muß dem Landmann früher das unbezweifelte Recht des Grundherrn auf die zu verwandelnden oder abzulösenden Naturalschuldigkeiten begreiflich gemacht, ihm der Wahn benommen werden, als könne er ohne irgend eine Schuldigkeit oder Abgabe zu leisten, die in seinen Händen abfindlichen Gründe behalten.

Allein wir müssen gleich hier offen und unumwunden es aussprechen, daß man durch die bloße Austheilung von tausend und abermahl tausend Stockschlägen dem Bauer nie die Überzeugung von der Rechtmäßigkeit der herrschaftlichen Forderungen beibringen wird, daß die fortwährende Anwesenheit dieses Zwangsmittels, zumal wenn es bloß als durch das Begehren der Gutsbesitzer hervorgerufen bezeichnet wird, das Gemüth der Unterthanen gegen die Regierung und Grundherrn noch mehr erbittert und doch schon deßhalb nicht überall stattfinden kann, weil sie den Schutz einer Militair-Assistenz, eigentlich dessen fortwährende Anwesenheit in jedem renitenten Dorfe voraussetzt, welche geradezu unmöglich ist. Wir glauben, daß die Nothwendigkeit zu solchen Mitteln zu rekuriren, von einer unvollständigen Gesetzgebung und namentlich von dem Mangel an geeigneten Executions-Vorschriften zeugt. Ohne den Maßregeln der Regierung im Geringsten vorgreifen zu wollen, erlauben wir uns hier anzudeuten, daß es der Natur des ursprünglichen Ansiedlungs-Vertrages, welcher die Robotschuldigkeit bloß als ein Aequivalent für die Einkünfte der dem Bauer überlassenen Grundstücke stipulirte – daß es der Würde der menschlichen Natur entsprechender

/.

scheine, wenn auf die Verweigerung der herrschaft-
lichen Schuldigkeiten die Abstiftung der renitentesten
Unterthanen sogleich verhängt würde, und ihr auf dem
Fuße folgte. Zu diesem Verfahren ist schon durch der
Analogie der bestehenden Vorschriften um so mehr
Grund vorhanden, als einerseits von der Seite der
Robot-Pflichtigen in vielen Orten der ausgesproche-
ne Entschluß vorliegt, die Robotschuldigkeit nicht
zu verrichten, anderseits aber in den meisten Fäl-
len die sonstigen den Behörden zustehenden Zwangs-
mittel gänzlich erschöpft sind.
Nach unserer innigsten Überzeugung würde die
unverzügliche Abstiftung von ein Paar der renitente-
sten Familien in jedem Dorfe und die augenblickliche
Verleihung aller ihrer Gründe an wen immer
mehr als genügend sich erweisen, um ganze Gegenden
zur Besinnung zu bringen.
Denn sie würde ihnen den augenfälligen Beweis
liefern, daß die Grundschuldigkeiten für die Un-
terthanen die conditio sine qua non des Besitzes und
Genußes ihrer Gründe ist.
Eines thut aber noch mehr Noth, und wird sich wirksa-
mer als die geeignetesten Executionsmittel erweisen.
Es ist der ernste Wille der Beamten Ruhe und Ord-
nung herzustellen, den Bauer zu den Begriffen
von Recht und Pflicht und zur genauen Erfüllung der
letzteren zurückzuführen, — vor allem aber ein
gleichmäßiges Verfahren in allen Kreisen. — Denn
zählt auch die Provinz ausgezeichnete Kreishaupt-
leute und Kreiskommissäre, welche während der be-
dauernswerthen jüngsten Ereignisse die Sorge und

die Erhaltung der inneren Ruhe mit der Achtung vor dem Gesetze mit der Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung zu vereinigen wußten, welche auch jetzt die Rechte aller Klassen der Einwohner gleichmäßig schirmen und das Werk der Pacification ununterbrochen fortsetzen ihre Bemühungen werden nicht nur für das Land, sondern selbst für ihren Kreis erfolglos bleiben, so lange in den angränzenden Kreisen oder Kreissektionen im entgegengesetzten Sinne gewirkt, unter ganz gleichen Verhältnissen hier der Landmann zur Verrichtung seiner Schuldigkeiten verhalten, dort die Widersetzlichkeit geduldet, wo nicht aufgemuntert wird.

Hier kann nur eine direkte Verdammung der bisher von mehreren Kreisämtern eingeschlagenen Bahn, eine eindringliche Belehrung über die Absichten der Zentral Regierung, die wie wir es wissen Schutz und Gerechtigkeit für alle Klassen gleichmäßig bezwecken von Wirksamkeit sein. Wir vertrauen in dieser Beziehung unbedingt den Maßnahmen E.E. bauen die schönsten Hoffnungen auf ihre Mission. Indessen können wir es nicht verhehlen, daß nach der einmüthigen Überzeugung des ganzen Landes einem großen Theile der Kreisbeamten namentlich in den westlichen Kreisen die Rückkehr in das rechte Geleise wenigstens ein ursprüngliches Wirken schon durch den Antheil unmöglich gemacht werden dürfte, den sie in Folge der traurigen Ereignisse dieses Jahres an dem aus Anlaß derselben eingeschlagenen Verfahren genommen haben. Man kann nicht mit Erfolg heute das Gegentheil von dem gestern gesagten predigen, nicht heute das strafen, was man gestern gebilligt hat,

einmal eine Tendenz, ein andermal eine entgegengesetzte bekennen.
Man kann seine Antecedentien nicht abläugnen, zumal wenn sie mit so blutigen Griffel verzeichnet sind. Auch sehen wir es täglich, daß jene Kreisbeamten, welche jetzt in einem ihren früheren entgegengesetzten Verfahren handeln von Seite des Landvolkes die bittersten Vorwürfe hören müssen, welche der Würde und den hohen Zwecken der Central Verwaltung unmöglich förderlich sein können, daß der Bauer ihre rasche Umkehrung nicht begreift, daß er den Bestehungen des Grundherrn das zuschreibt, was doch nur ein Zeichen ein Vorbothe ist, daß den alten Grundsätzen der östreichischen Regierung ihre volle Gattung in Galizien wieder verschafft werden solle. Selbst die Grundbesitzer können die Herstellung der Ruhe und Ordnung von denjenigen nicht mit Zuversicht erwarten, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, dieselbe umzustürzen, das Landvolk gegen sie nach Kräften aufzureitzen.
Sie können nicht das Vertrauen hegen daß die Zurückführung ihrer Unterthanen zur regelmäßigen Leistung ihrer Schuldigkeiten jenen Beamten gelingen können, welche die Bande des Gehorsams zwischen Obrigkeit und Unterthanen selbst gelöst, den Bauer theilweise selbst die Hoffnung zur gänzlichen unentgeldlichen Befreiung von ihren Schuldigkeiten vorgespiegelt haben, oder wenigstens die Schmälerung dieser Schuldigkeiten als das schönste Ziel ihrer amtlichen Thätigkeit bekennen.
Noch weniger können sie an eine unpartheysche Untersuchung der schauderhaften Verbrechen glauben, die in diesem Winter von einem entmenschten Haufen begangen worden sind, so lange auf die Vorerhebung

f

derselben die nähmlichen Beamten Einfluß nahmen, und dieselben geduldet, die nicht erröthet haben, der Regierung Räuber und Mörder, als die Retter einer Provinz des österreichen Staats verbandes anzugreifen. Nun sehen aber die Gutsbesitzer und mit ihnen das ganze Land eine entschiedene Verdammung dieser Verbrechen von Seite der Staatsgewalt, eine Strafexemplifikation als die wesentlichste Bürgschaft an, daß ihr Leben, ihr Eigenthum ihre Rechte wenigstens in Zukunft unter dem Schutze des Gesetzes stehen werden, und nicht ungeahndet angetastet werden dürfen — Die öffentliche Meinung bezeichnet die bereits sechs Monathe andauernde Straflosigkeit dieser Verbrechen als eine der wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen sozialen Auflösung. Sie begreift diese Straflosigkeit um so weniger, als die letztere hinsichtlich der Beschuldigten einer anderen Kategorie nicht stattfindet: sie fordert gleiche Gerechtigkeit, gleiche Behandlung für alle Schuldigen. Wir leihen dieser Überzeugung um so ungescheuter unsere Stimme, als sie auch unserer Meinung, mit dem wohlverstandenen Interessen der Staatsverwaltung zusammentrifft. Wir sprechen die Beschwerden der Gutsbesitzer im Allgemeinen aus, wenn auch von den Bedrängnissen, die wir hier zur Kenntniß E. E. bringen nicht gerade nothwendig jeder der Unterzeichneten persönlich betroffen wurde — weil wir das allgemeine Wohl weit über jedes persönliche Interesse stellen und von dem Vorhanden sein dieser Übelstände alle tief überzeugt sind. Wir sprechen unsere Wünsche deßhalb so offen aus, weil wir glauben daß wir nichts verlangen, als was die Regie-

/.

gierung sich selbst schuldig ist, weil wir ohne Ver-
trauen zwischen der Regierung und die Regierten,
keine Regierung für möglich erachten und an der
Rückkehr dieses Vertrauens nicht zweifeln, so wie die
Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit zurückgekehrt sein werden.
Das Land sehnt sich nach Ruhe Erlauchter Graf es sieht
den Bürgschaften dieser Ruhe mit Verlangen ent-
gegen und zweifelt gar nicht, daß ihr diese zu Theil
werden sobald Sr. Majestät durch E. E. genaue Kenn-
niß der wahren Sachlage erhalten haben wird.

Regulacja pańszczyzny

Instrukcje rządowe
w sprawie przeprowadzenia
cesarskiego rozporządzenia z 25/XI 1846 r
w celu "regulacji"
(18/XII 1846)

a) Dla urzędów obwodowych
b) " właścicieli dóbr i zwierzchności obwodów podatkowych

N° 7423.

Instruction

für die Kreisämter und ihre Bezirks-Kommissäre, zur Ausführung der mit dem allerhöchsten Kreisschreiben vom 25. November 1846 Z. 71,881 angeordneten Roboth- und rücksichtlich Urbarial-Regulirung.

Allgemeine Anordnungen.

§. 1. Nach §. 6. des Kreisschreibens vom 25. November d. J. Z. 71881, ist die Ausführung der Roboth-Regulirung und aller darauf Bezug nehmenden Maßregeln unter Aufsicht des galizischen Landesguberniums, den Kreisämtern und ihren Bezirkskommissären übertragen.

§. 2. Der Kreisvorsteher haftet demnach für die zweckmäßige Leitung und den entsprechenden Fortgang der einschlägigen Geschäfte im ganzen Umfange des seiner Leitung unterstehenden Kreises, so wie bei den gewöhnlichen Amtshandlungen.

§. 3. Der Kreisvorsteher bestimmt demnach einen rechtlichen, geschickten, mit den Verhältnissen des Kreises besonders bekannten, und das Vertrauen der Insassen besitzenden Kreiskommissär, welcher den Kreisvorsteher in der Leitung der Regulirungsgeschäfte unterstützen und vertreten, und eben deßhalb sich diesem Geschäfte ausschließend widmen, und von den übrigen kreisämtlichen Geschäften ent-

hoben werden muß.

Bevor diese Bestimmung dem Kreiskommissär bekannt gemacht wird, ist derselbe dem k. k. Landespräsidium zur Genehmigung anzuzeigen.-

§. 4. Das ~~Kreisamt~~ steht in Beziehung auf die Geschäfts-Verhandlung zur Ausführung der Urbarialregulirung im unmittelbaren Verhältniße der Unterordnung zu dem k. k. Landesgubernium, und eigentlich zu der bei demselben für dieses Geschäft eigends aufgestellten Provinzial-Kommission. An diese erstattet er seine Berichte, dahin übergibt es die Operate, und von solcher erhält es die erforderlichen Aufträge, deren pünktliche Erfüllung sich das Kreisamt zur besonderen Pflicht zu machen hat.-

§. 5. Alle Geschäftsstücke, welche die Urbarialregulirung betreffen, müssen sowohl bei dem Kreisamte, wie bei den Exposituren in der Manipulation eigends ausgeschieden, und es muß darüber ein eigenes Geschäftsprotokoll in der Form der gewöhnlichen kreisämtlichen Gestions-Protokolle verlegt werden.-

§. 6. Dieses Geschäftsprotokoll hat das Kreisamt der Provinzial-Kommission von 14 zu

a.) durch Verweise mit Androhung von Pönfällen;

b.) durch Strafbothen und Dekretirung von Pönfällen;

c.) endlich durch Absendung von kreisämtlichen Kommissären zur Bewirkung der ausständigen Amtshandlung auf Kosten der saumseligen Grundherrschaft, zur Vollziehung der erhaltenen Aufträge zu vermögen.-

Nähere Bezeichnung der Aufgabe.-

§.11. Nachdem die mit der allerhöchsten Entschließung vom 12. November d. J. genehmigten Grundsätze, nach welchen die von den unterthänigen Grundbesitzern ihren Grundherrschaften zu entrichtenden Robothen zu reguliren, und mit den übrigen Urbarial-Leistungen den einzelnen Grundbesitzern vorzuschreiben sind, durch die mit diesem Kreisschreiben kundgemachte, im Allgemeinen geltende Klassenbestimmung im Wesentlichen ihre Vollziehung schon erhalten haben, so handelt es sich nur noch um die Bestimmung der Robothen nach diesen Klassen und Aufnahme der übrigen Schuldigkeiten in den einzelnen Gemeinden.-

§.12. Hiernach ergeben sich folgende Gegenstände der kreisämtlichen Amtshandlung:

I. Erhebung und Aufzeichnung der Grund-

besitzungen mit der nach dem Steuerfuße des Verwaltungsjahres $18\frac{45}{46}$ entfallenden Steuer.

II. Einreihung der Grundbesitzungen in die gesetzlichen Klassen, und Verzeichnen der Schuldigkeiten:

A. nach dem neuen Gesetze;

B. nach dem bisherigen Bestande.

III. Richtigstellung der Ergebnisse dieser Aufnahme,

durch Verifizirung mittelst der Kreiskommissäre,

Prüfung durch das Kreisamt und das Landes-Gubernium.

IV. Bekanntgebung der Ergebnisse an die unterthänigen Grundbesitzer Behufs der Wahl;

V. letzte Erklärung der getroffenen Wahl und

VI. endlich Ausfertigung der Schuldigkeits-Verzeichnisse.

Erhebung und Aufzeichnung der Grundbesitzungen mit der nach dem Steuerfuße des Verwaltungsjahres $18\frac{45}{46}$ entfallenden Steuer.

§.13. Die Behelfe, mit deren Zuhilfenahme diese Amthandlung vor sich gehen kann und muß, sind die individuellen Grundertragsbögen und die Summarien derselben im Zusammenhange mit den Evidenzhaltungs-Registern, die Einzahlungstabellen im Zusammenhange mit den Steuerbücheln.

Da diese Behelfe sich bei den Steuer-Be-

zirks-Obrigkeiten befinden, von welchen auch nach den dießfalls bestehenden Vorschriften alle bis auf den letzten Augenblick statt gefundenen Aenderungen bei diesen Behelfen ersichtlich gemacht worden seyn müssen, so hat diese Erhebung und Aufzeichnung zunächst vorbehaltlich der künftig durch das Kreisamt zu geschehenden Richtigstellung, von den Grundherrschaften, und in sofern sie nicht selbst Steuerbezirks-Obrigkeiten sind, im Einverständnisse mit diesen zu geschehen.-

Einreihung der Grundbesitzungen in die gesetzliche Klasse und Verzeichnen der Schuldigkeiten.
A. Nach dem neuen Gesetze
B. Nach dem bisherigen Bestande.-

§.14. Dieselbe Bewandniß hat es mit der Einreihung der Grundbesitzer in die gesetzlichen Klassen und Verzeichnen der Schuldigkeiten nach dem neuen Gesetze und nach dem bisherigen Bestande.-

§.15. Auch hier sind die Behelfe, zu welchen vorzugsweise die etwa vorhandenen unter ämtlicher Autorität ausgefertigten Schuldigkeits-Inventarien, die vorhandenen rechtskräftigen Verträge, - die zur Bemessung der Urbarial-Steuer seit dem Jahre 1820. überreichten Urbarial-Fassionen, die in den Händen der Unterthanen befindlichen Gabenbüchel, endlich die in dieser Beziehung etwa bestehenden Partikular-Entscheidungen zu rechnen sind, - entweder schon

in den Händen der Grundherrschaften, oder sind ihnen zunächst zugänglich.

§.16. Auch diese Amtshandlung ist demnach von den Grundherrschaften vorbehaltlich der durch das Kreisamt zu geschehenden Richtigstellung zu bewirken.

§.17. In welcher Art dieß in beyden Beziehungen zu geschehen hat, und was die Grundherrschaften hiebei zu beobachten haben, ist in dem, dem Kreisamte gleichzeitig mit dieser Instruktzion zukommenden besonders abgefaßten Unterrichte für die Grundherrschaften über ihre Obliegenheiten bei Ausführung der Roboth-Regulirung enthalten.

§.18. Gleich nach Empfang der eigenen Instruktion und des Unterrichtes für die Grundherrschaften wird demnach das Kreisamt diese Letzteren mit diesem Unterrichte betheilen, sie beauftragen, daß sie die ihnen zugewiesenen Arbeiten sogleich in Angriff nehmen, ihnen nach Maßgabe der bei jeder derselben in Erwägung kommenden Verhältnisse bestimmte Fristen geben, welche jedoch niemals und auf keinen Fall über den 15. April 1847 reichen dürfen, und diese überwachen, einer jeden derselben aber be-

stimmt angeben, an wen sie die fertigen Operate abzuliefern hat.

§. 19. Eben so ist den Grundherrschaften zu bedeuten, daß bei allen die Ausführung dieser Regulirung betreffenden Verhandlungen der Grundherr selbst oder durch einen Bevollmächtigten zu erscheinen, und die auszufertigenden Urkunden zu unterschreiben habe, dessen mit den gesetzlichen Förmlichkeiten versehene Vollmacht, für den Machthaber nicht bloß die Befugniß zur Ausfertigung der in dem Unterrichte näher bezeichneten Verzeichnisse, sondern überhaupt zur Vertretung der Grundherren bei dem ganzen Akte der Regulirung und somit zu allen dabei vorkommenden Geschäften, Verhandlungen, Erklärungen und Vergleichen enthalten, im Falle einer Verlassenschafts-, Vormundschafts- oder Krida-Verhandlung von dem Gerichte genehmigt seyn, und dem Kreisamte mit dem Operate selbst vorgelegt werden muß.

§. 20. Sollte ungeachtet wiederholt gegebener Frist eine solche Vollmacht nicht eingelegt werden, so ist das Einlangen derselben nicht mehr abzuwarten, sondern die Verhandlung mit dem auf dem Gute befindlichen, die politische Gerichts-

barkeit verwaltenden oder sonst von den Verhältnissen unterrichteten herrschaftlichen Beamten fortzusetzen und zu beenden.-

Richtigstellung der Ergebnisse dieser Aufnahmen, durch Verifizirung mittelst der Kreiskommissäre.-

§.21. Erst wenn die durch die Grundherrschaften verfaßten Operate an den exponirten Kreiskommissär oder das Kreisamt gelangen, beginnt die unmittelbare kreisämtliche Amtshandlung, und zwar:

die Verifizirung dieser Operate.

§.22. Bevor zu dieser Amtshandlung geschritten wird, hat das Kreisamt oder der exponirte Kreiskommissär sich mit den hiezu nöthigen Behelfen zu versehen.

Dahin gehören:

bezüglich des Steueransatzes

die Steuer-Regulirungs-Operate der ihm zufallenden Gemeinden mit den auf die Berichtigung dieser Operate Bezug nehmenden Verhandlungen

bezüglich der unterthänigen Schuldigkeiten:

die so genannten Stock-Inventarien, deren Zusendung an die Kreisämter der Provinzial-Staats-Buchhaltung bereits aufgetragen ist, die Urbarial-Fassionen der demselben zufallenden Gemeinden und der, bezüglich der Schuldigkeiten dieser Gemeinden Statt gefundenen oder noch im Zuge befind-

lichen Verhandlungen.

§.23. Mit diesen Behelfen begibt sich der Kreiskommissär an Ort und Stelle und beginnt seine Amtshandlung mit Richtigstellung des Verzeichnisses über die bestehenden Grundbesitzungen.

§.24. Hiebei hat der verifizirende Kreiskommissär auf folgendes sein Augenmerk zu richten:

auf die Form der Operate, ob sie nähmlich nach der vorgeschriebenen Form eingerichtet sind, ob sie von den hiezu berufenen Personen unterzeichnet, und die Unterschriften dieser ächt sind.

Findet er in dieser Beziehung Gebrechen, welche sich nicht sogleich berichtigen lassen, so sind die Operate der Grundherrschaft zur Umänderung zurückzustellen, und derselben hiezu eine ganz kurze Frist zu setzen;

auf die Richtigkeit der Ansätze im Grundbesitze

In dieser Beziehung entfallen die Rubriken 8 bis 16. gänzlich, nachdem sie eigentlich Gegenstände der Kalkulation sind, welche dem Kreisamte obliegt.

In Beziehung auf die übrigen den Grundbesitz betreffenden Rubriken 1 bis 7 hat der verifizirende Kreiskommissär aus den Summarien der individuellen Grund-Er-

tragsbogen und den Grundsteuer-Regulirungsoperaten durch Einvernehmung der Partheyen oder auf anderem zweckmäßig erscheinenden Wege sich zu überzeugen, ob die bloß übertragenen Posten richtig übertragen, die Namen der Grundbesitzer richtig angegeben, ob alle in den Grundsteuer-Operaten erscheinenden topographischen Nummern auch in dem von der Grundherrschaft verfaßten Verzeichniße, wenn auch bei andern, oder (im Falle Statt gefundener Theilungen) in Theilbeträgen bei mehreren Besitzern vorkommen – ob das Flächenmaß richtig angegeben ist. –

In Folge dieser Nachforschungen sind die Ansätze sohin entweder als richtig zu bezeichnen, oder zu berichtigen, was in der Rubrik „Anmerkung" des Verzeichnißes beyzusetzen ist.

Bei entstehendem Widerspruche ist auf das Zustandekommen eines Einverständnißes hinzuwirken; falls dieß jedoch nicht erzielt werden könnte, hat der Kreiskommissär nach seinem Ermessen, mit möglichster Festhaltung des faktischen Zustandes die Berichtigung im Verzeichniße vorzunehmen, die von den betroffenen

Partheyen erhobenen Anstände und Widersprüche dem Wesen nach in das Protokoll aufzunehmen, welches über den ganzen Verifizirungs-Akt aufgenommen werden wird.

§.25. Zum Beweise, daß der verifizirende Kreiskommissär in dieser Art vorgegangen ist, hat derselbe das beiliegende Verzeichniß ./. über die vorgefundenen Veränderungen zu verfassen, dessen Form und Inhalt keiner weiteren Erläuterung bedarf.

./. N: 1.

§.26. Die von jeder Besitzung entfallende Grundsteuer wird von dem Kreisamte geprüft werden. Der verifizirende Kreiskommissär nimmt dieselbe, zumal im Falle der Uibereinstimmung mit dem Steuerbüchel oder der Einzahlungstabelle, worauf derselbe jederzeit zu sehen hat, als richtig an, und untersucht somit nur, ob hiernach die Robothsklasse richtig bestimmt, und die hiernach entfallenden Robothen richtig angegeben wurden.

§.27. Ist auf diese Art die erste Abtheilung des Operates beendiget, so folgt die Verifizirung des Operates bezüglich der unterthänigen Schuldigkeiten, nach dem neuen Gesetze und nach dem bisherigen Bestande.

§.28. Insbesondere hat der verifizirende Kreis-

Kommissär sich davon näher zu überzeugen, ob bei Einreihung der Grundbesitzer in die Klasse der Hand- oder Zugrobother richtig zu Werke gegangen, und bei den Zugrobothern, ob bei denselben die Bespannung richtig angegeben ist.-

Da diese Bestimmungen von der bisher bestandenen Uibung abhängig sind, so hat er sich in angemessener Art von dieser zu überzeugen, und hiernach die geschehene Eintragung als richtig zu bezeichnen, oder im Falle eines erhobenen und durch ein Einverständniß nicht zu beseitigenden Widerspruches, nach der Urbarialfassion zu berichtigen, bezüglich des erhobenen Widerspruches aber zu verfahren, wie dieß weiter unten bei der Verifizirung der bisherigen Schuldigkeiten angeordnet ist.-

§.29. Bei Verifizirung der Rubriken über die bisher geleisteten Schuldigkeiten hat der Kreiskommissär mit Benützung der bezogenen Behelfe in folgender Art zu verfahren:

Um nämlich in dieser Beziehung einer Verschiedenheit des Verfahrens vorzubeugen, wird folgendes verordnet:

a.) vor Allem sind jene Schuldigkeiten,

wenn sie wider Vermuthen vorkommen sollten, sogleich zu streichen, welche durch die bestehenden Gesetze allgemein und unbedingt abgestellt, und unter dem Namen Prohibita generalia bekannt sind;

b.) eben so sind alle jene Schuldigkeiten sogleich zu streichen, welche durch rechtskräftige, gerichtliche oder politische Entscheidungen als nicht gebührend erklärt wurden;

c.) jene Schuldigkeiten, wegen deren Gebühr politische oder gerichtliche Verhandlungen im Zuge sind, sind, in sofern die Partheyen zu keinem nachdrücklichst zu versuchenden Uibereinkommen zu bewegen seyn sollten, nach der dießfalls bestehenden letzten Entscheidung — oder falls noch gar keine Entscheidung bestände, so aufzunehmen, wie sie wirklich in Uibung stehen, oder wenn auch dieß nicht zweifellos ermittelt werden könnte, wie sie fatirt wurden. Bei diesen Schuldigkeiten ist nur der Vorbehalt der zu gewärtigenden schließlichen Entscheidung anzumerken;

d.) jene Schuldigkeiten hingegen, rücksichtlich deren erst bei der gegenwärtigen Verhandlung Widerspruch erhoben wird, sind zwar auch so aufzunehmen, wie sie

bisher wirklich in Uibung standen, oder wenn auch dieß nicht zweifellos erhoben werden könnte, wie sie fatirt wurden. – Dem verifizirenden Kreiskommissär wird es jedoch obliegen, die den Widerspruch erhebende Parthey über die Gründe ihres Widerspruches abgesondert zu Protokoll zu vernehmen, und ohne Gestattung von Verzögerungen – falls kein Vergleich zu Stande kommt, was doch nur in seltenen Fällen Statt finden sollte, nachdem der verhandelnde Kreis-Kommissär alle Behelfe bei Handen hat, um die widersprechende Parthey von ihrem Unrechte zu überzeugen, – dieses Protokoll abgesondert, jedoch gleichzeitig mit dem Regulirungs-operate, dem Kreisamte vorzulegen, welches, ohne die weiteren Operationen aufzuhalten, im abgesonderten Wege das Amt handeln wird. – In dem Verzeichnisse ist aber die nunmehr im Zuge schwebende Verhandlung mit dem Vorbehalte der zu gewärtigenden Entscheidung vorzumerken.

§30. Uiber den ganzen Verifizirungs-Akt ist ein Protokoll aufzunehmen, in welchem nebst dem bei dieser Amts-

handlung beobachteten Verfahren, die beystimmenden Erklärungen der Partheyen, so wie die von einigen derselben erhobenen Bedenken, Anstände oder Widersprüche und die Art, wie dieselben von der Kommission behoben wurden, und was allenfalls die Partheyen gegen die von der Kommission verfügte Anordnung zu bemerken finden, aufzuführen sind.-

Abschrift für die Dominien

§. 31. Damit diese Protokolle nicht zu umfangreich werden, wird es genügen, in demselben den Hergang der Amtshandlung nur summarisch in der Art anzuführen, damit sich die höhere Behörde überzeuge, daß jeder wesentliche Akt hiebei vollzogen wurde; eben so ist es nicht nöthig, daß die beistimmenden Erklärungen der Partheyen einzeln, jede für sich, und eben so jene Anstände speziell aufgeführt werden, welche die einverständliche Berichtigung erhielten. In beiden Beziehungen wird es genügen, wenn nur eine beistimmende Erklärung angeführt, und diese von allen unterzeichnet wird, welche sie, wenn auch nach von dem Kommissär geschehener Berichtigung des ursprünglichen Ansatzes der Grundherrschaften, zu geben finden; wenn

ferners nur jene Berichtigungen spe-
ziell im Protokolle angeführt werden,
mit welchen sich die Partheyen nicht zu-
frieden stellten, bei welchen dann auch
die dagegen erhobenen Einwendungen
anzuführen seyn werden.-

§.32. Sollte irgend eine der vernommenen
Partheyen sich weigern, ihre abgegebe-
ne und im Protokolle aufgenommene
Erklärung zu unterschreiben, so ist
dieselbe zu vernehmen, wie sie diese
Erklärung etwa abgeändert wünsche,
und hiernach diese Erklärung abzu-
ändern, und die abgeänderte oder schon
ursprünglich richtig eingetragene Er-
klärung im Falle der weiteren Verwei-
gerung der Unterschrift von dem Kom-
missär und den anwesenden oder bey-
zuziehenden Zeugen mit dem Beisat-
ze zu unterfertigen, daß diese Erklä-
rung, so wie sie im Protokolle erscheint,
von der Parthey abgegeben, deren Un-
terschrift aber verweigert worden
sey.-

§.33. Nachdem alle diese Akte vollzogen sind,
ist das Protokoll zu schließen, und mit
den übrigen Verzeichnissen von dem
Kommissär, von der Grundherrschaft

oder ihrem Bevollmächtigten, von dem Ortsvorstande und den anwesenden Zeugen zu fertigen, und das ganze Operat dem Kreisamte vorzulegen.

Prüfung der Operate durch das Kreisamt.

§. 34. Das Kreisamt übernimmt die Operate, und unterzieht sie der sorgfältigsten Prüfung, welche sich nicht nur auf die von dem verifizirenden Kreiskommissär unberücksichtigt gelassenen, sondern auch auf die von diesem bereits untersuchten Gegenstände zu erstrecken hat.

§. 35. Bei Prüfung der erhaltenen Operate hat demnach das Kreisamt auf folgende Punkte zu sehen:

a.) auf die Form, welche in der bereits oben §. 24. angegebenen Art zu untersuchen ist, und wobei im Falle wahrgenommener Gebrechen, die Operate mit Angabe dieser zur, für den Staatsschatz und die Partheyen kostenfreyen, Beseitigung zurückzustellen sind;

b.) auf die Richtigkeit der Ansätze im Grundbesitze.

Mit Uibergehung der Namen der Grundbesitzer, deren Richtigkeit zu untersuchen nicht möglich ist, hat das Kreisamt, ganz in der Art, wie es dem veri-

fizirenden Kreis-Kommissär oblag, und mit Berücksichtigung der in dem Verifizirungs-Protokolle erscheinenden Bemerkungen die Ansätze zu revidiren, und schreitet zur Prüfung der übrigen von dem Kommissär nicht behandelten Rubriken, insbesondere des Flächenmaßes und Grundertrages im Gelde, welcher Letztere in allen Kultur-Gattungen, insbesondere aber bei jenen Besitzungen, wo Aenderungen im Umfange vorgefallen sind, nachzurechnen und richtig zu stellen ist.-

und wo im Umfange oder Kultur-gattung

Bei dieser Rubrik ist sich auch von der Richtigkeit der Ansätze dadurch zu überzeugen, daß die Summe der in dem Verzeichniße bei den einzelnen Besitzungen aufgeführten Flächenmaßen und Grunderträgnisse mit Rücksicht auf das Flächenmaß und Erträgniß jener Grundparzellen, welche,

aa). weil sie in der neuen Grundmatrikel auf die Gemeinde geschrieben sind, in dem Regulirungsoperate nicht erscheinen, oder

bb.) obwohl sie eine andere gesetzliche Eigenschaft haben, wegen der an Unterthanen geschehenen Zuweisung in dem Operate vorkommen,

dem Gesammt-Erträgnisse des gesammten Rustikal-Besitzthums dieser Gemeinde entgegengehalten werden, mit welchen die Summe, wenn sonst die Ansätze richtig sind, übereinstimmen muß;

c.) auf die Ansätze der gezahlten Steuer.

In dieser Beziehung ist es zwar nicht möglich zu verlangen, daß das Kreisamt alle einlangenden Operate Post für Post durchgehe, und durch Nachrechnen sich von der Richtigkeit des Ansatzes überzeuge, indessen ist dasselbe doch verpflichtet:

aa.) die in der Rubrik „Steuer" erscheinenden einzelnen Beträge zusammen zu lateriren, zu der erhaltenen Gesamtsumme die von den auf die Gemeinde geschriebenen Gründen entfallende Steuer hinzuzurechnen, und die hiedurch gewonnene Gesammtsumme nach Ausscheidung der in derselben enthaltenen, von Dominikal- oder freien Parzellen entfallenden Steuerbeträge, mit der dieser Gemeinde im Verwaltungsjahre 184 5/6 vorgeschriebenen Summe der Rustikalsteuer zu vergleichen, mit welcher sie übereinstimmen muß;

bb.) von den einzelnen Posten alle jene nachzurechnen, welche in Folge von Theilun-

gen entstanden, oder bei welchen andere wesentliche Aenderungen im Grundbesitze vorgefallen sind;

cc.) von den übrigen unverändert in dem im Jahre 1820 aufgezeichneten Stande gebliebenen Posten mehrere herauszuheben und nachzurechnen.

Treffen die Resultate der Kontrolle überein, oder zeigen sich keine solche Differenzen, durch welche die Robothsklasse geändert würde, so sind die Operate vor der Hand als richtig anzunehmen. Zeigen sich aber bei dieser Kontrolle mehrere und wesentliche d. h. solche Differenzen, durch welche die Robothsklasse geändert würde, so sind die Operate der Grundherrschaft zur Berichtigung mit der Androhung zurückzustellen, daß, falls diese Operate noch einmal mit ähnlichen Gebrechen vorgelegt werden sollten, diese Berichtigung auf Kosten der Dominien bewirkt werden würde;

d.) auf die in die Verzeichnisse aufgenommenen Schuldigkeiten, deren Richtigkeit mit Zuhilfnahme der vorgelegten, und noch etwa bei dem Kreisamte befindlichen Behelfe zu prüfen ist.

die bei den Schuldigkeiten wahrgenommenen Differenzen sind unter gehöriger Motivirung in einem besonderen Akte zu verzeichnen, und die etwa nöthige Verfügung hierüber in Antrag zu bringen, worüber die Landesstelle, rücksichtlich die Provinzial-Kommission, entscheiden wird;

e.) auf das Verifizirungs-Protokoll und die in demselben erscheinenden, von den Partheyen erhobenen Bedenken, welche in dem ad d.) anzufertigenden besonderen Akte Behufs der höheren Entscheidung zu begutachten sind.

§.36. Uiber jedes geprüfte Operat ist sodann ein Hauptausweis nach dem beifolgenden Formulare N° 2. ./., in welchem die nach dem neuen Gesetze entfallenden Urbarialien zu Gelde berechnet und bilanzirt werden, zu verfassen, dem Operate mit dem ad d.) und e) erwähnten Akte beyzuschliessen, und das ganze Operat mit Bericht der Provinzial-Kommission vorzulegen.

./. N° 2.

§.37. Die Landesstelle, und rücksichtlich für dieselbe die Provinzial-Kommission, wird die einlangenden Operate ihrerseits prüfen, und nach Maß der vor-

durch das Landesgubernium.

gefundenen Unrichtigkeiten und unter Bekanntgebung derselben die vorgelegten Operate zur Berichtigung zurückzustellen, oder dieselbe gleich selbst vornehmen, und die so berichtigten oder als richtig erkannten Operate mit den sonst nöthig erachteten Weisungen dem Kreisamte zur Bekanntgebung derselben an die Gemeinden und Grundherrschaften zurückstellen.

Bekanntgebung der Ergebnisse an die unterthänigen Grundbesitzer Behufs der ihnen zustehenden Wahl.

§.38. Das Kreisamt wird sonach dieselben dem betreffenden Kreiskommissär zur Bekanntgebung der Ergebnisse an die Partheyen zustellen, welcher sich hiebei folgendermaßen zu benehmen hat:

§.39. Nach Empfang der Operate hat der Kreiskommissär das eine Exemplar des Operates der Grundherrschaft zuzustellen, den Tag der Kundmachung festzusetzen, und hiezu die Grundherrschaft oder ihren Bevollmächtigten und den Ortsvorstand mit den Gemeindegliedern zu berufen.

§.40. An dem festgesetzten Tage erscheint der Kommissär in der Gemeinde, welcher er die berichtigten

Verzeichnisse vollständig vorliest und mit der Erklärung schließt, daß hiernach die Regulirung der Robothen und übrigen Schuldigkeiten bewirkt sey, – daß von diesem Tage an das den Grundbesitzern und rücksichtlich der Gemeinde zu der ihnen frey gestellten Wahl zwischen den neuen und alten Schuldigkeiten eingeräumte Jahr zu laufen anfange, – daß ihnen frey gestellt bleibe, sich auch noch früher vor Ablauf des Jahres, oder auch sogleich für die eine oder die andere Schuldigkeit zu erklären, daß ihnen zu diesem Ende frey stehe, jederzeit von den hiernach auf sie entfallenden Schuldigkeiten bei der Grundherrschaft oder bei dem Kommissär Einsicht zu nehmen, daß jedoch zur endlichen Ausfertigung der Verzeichnisse über die für die Zukunft zu geltenden Schuldigkeiten und demnach zur definitiven Einführung derselben erst – nachdem alle Grundbesitzer in der Gemeinde oder doch wenigstens zwey Drittel derselben sich hierüber erklärt haben werden, oder wenn dieß im Verlaufe des Jahres nicht geschehen sollte, jedenfalls in einem Jahre, von dem Tage der Kund-

machung gerechnet, geschritten wer-
den könne, daß demnach bis zu die-
sem Zeitpunkte alle Grundbesitzer
und jeder einzelne derselben die
gegenwärtig ihnen obliegenden
Schuldigkeiten unter der sonst in
dem Kreisschreiben angedroheten
Behandlung unweigerlich und
pünktlich zu leisten haben. –

§. 41. Uiber den ganzen Akt der Kund-
machung ist ein Protokoll aufzu-
nehmen, von der Grundherrschaft,
dem Ortsvorstande, einigen Zeu-
gen, und dem Kreiskommissär zu
fertigen, und bei dem Operate als
Beweis des Wahltermins aufzu-
bewahren. –

§. 42. Es versteht sich von selbst, daß der Kreis-
und rücksichtlich Bezirkskommissär, nicht
nur bei dieser, sondern bei jeder andern
sich ergebenden Gelegenheit keinen
Anstand nehmen wird, den sich deßhalb
an ihn wendenden unterthänigen
Grundbesitzern nicht nur bezüglich ihrer
in den Verzeichnißen erscheinenden Schul-
digkeiten die nöthigen Aufklärungen
zu geben, sondern ihnen auch die ge-
setzlichen Bestimmungen über die ihnen

freygestellte Wahl: von wem, wie, bei wem, und über was sie zu erklären ist, mit den Folgen der geschehenen oder unterlassenen Erklärung nach den dießfalls in dem Kreisschreiben, und dem nachfolgenden Absatze dieser Instrukzion erscheinenden Vorschriften verständlich zu machen, und überhaupt jede zulässige Belehrung zu geben – wobey den Kreiskommissären empfohlen wird, hiebei mit der ihnen ohnehin obliegenden Umsicht zu Werke zu gehen, jedenfalls aber sich selbst von der Richtigkeit ihrer eigenen Ansichten zu versichern, um nicht etwa durch unrichtige Belehrungen zu schädlichen Folgen Anlaß zu geben.–

Letzte Erklärung der Wahl.

§. 43. Von diesem Zeitpunkte an durch ein volles Jahr, steht es den einzelnen Grundbesitzern und Gemeinden frei, oder liegt ihnen vielmehr ob, die eine, oder die andere Schuldigkeit zu wählen, und ihre Wahl bei dem Kreisamte oder bei dem exponirten Bezirks-Kommissär, in dessen Bezirke sie sich befinden, anzumelden, welche Anmeldung in einem deßhalb für jede Gemeinde abgesondert zu führenden Protokolle aufzunehmen, und dem

Meldenden auf angemessene Art zu bestättigen ist.-

§.44. Um diese Anmeldungen nicht zu sehr zu vereinzeln, und hiedurch die Schreibereien und Schriften nicht unnöthig zu häufen, wird es dem Kreisamte und den exponirten Kreiskommissären gestattet, diese Anmeldungen in dem hiezu bestimmten Protokolle auch dann aufzunehmen, wenn sie aus anderen ämtlichen Anlässen in der Gemeinde erscheinen, bei welcher Gelegenheit es dem Kommissionirenden auch gestattet ist, sich darum zu erkundigen, ob jemand aus der Gemeinde eine solche Meldung zu machen habe.

§.45. Bei den Erklärungen der Wahlen ist aber Folgendes zu beobachten:

Erstens: Jeder behauste Unterthan, welcher bisher entweder wöchentlich oder jährlich überhaupt zu einer gewissen Anzahl Robothstage, oder zu einer ihm insbesondere obliegenden Schuldigkeit verbunden war, und demnach in dem Steuer-Verzeichnisse unter einer besonderen Postenzahl erscheint, hat für sich allein die Befugniß, sich entweder zu den patentmäßigen neuen, oder zu seinen bisherigen Schul-

digkeiten zu erklären.

Zweitens. Jene einzelnen Unterthanen aber, welche nicht zu bestimmten ihnen insbesondere obliegenden, sondern zu gewissen gemeinschaftlich oder reihenweise unter sich zu leistenden Arbeiten und Schuldigkeiten verbunden waren, sind eben so wie ganze in diesem Falle befindliche Gemeinden nicht berechtigt, einzeln d. h. jeder für sich zu wählen, sondern solche Unterthanen und Gemeinden werden zwischen ihren bisherigen, und den, nach dem neuen Gesetze ausgemessenen Schuldigkeiten, vor dem exponirten Bezirks- oder dem deßhalb an Ort und Stelle abzusendenden kreisämtlichen Kommissär gemeinschaftlich untereinander zu wählen, und sich nach der Mehrheit der Stimmen zu richten haben, mit der Beobachtung jedoch, daß wenn sich bei dieser Auswahl wichtige Anstände und Schwierigkeiten ergeben, diese von dem die Wahl aufnehmenden Kreis-Kommissär zu beseitigen und zu beheben, und von ihm mit der Art, wie dieselben behoben wurden, in dem Protokolle aufzuführen sind.

Drit-

Drittens. Jene Unterthanen, welche bis-
her eine willkührliche, d. i. eine von bei-
den Theilen aufkündliche, oder nur für
eine gewisse Zeit verabredete Relui-
tion statt ihrer ursprünglichen Schul-
digkeit geleistet haben, können nicht
zwischen dieser zeitlichen Reluition
und den nach dem neuen Gesetze aus-
gemessenen Schuldigkeiten, sondern blos
zwischen diesen Letzteren und ihren vor-
maligen, vor der zeitlichen Reluition
bestandenen Schuldigkeiten wählen, weß-
halb auch nur diese letzteren, und nicht
die reluirten Schuldigkeiten in die obi-
gen Verzeichnisse der Schuldigkeiten
einzutragen angeordnet ist.

Dieses hindert jedoch nicht, daß die Un-
terthanen sich wegen neuerlicher Relui-
tion, unter den von den Gesetzen vor-
geschriebenen Vorsichten vergleichen.

Viertens. Dagegen werden jene Unter-
thanen oder Gemeinden, bei welchen ih-
re ursprünglichen Schuldigkeiten stand-
haft, unaufkündlich und für immerwäh-
rende Zeiten reluirt sind, nur zwischen
diesen reluirten, und den nach dem neu-
en Gesetze bemessenen Schuldigkeiten
zu wählen haben.

Fünf-

Fünftens. Auf jenen Gütern oder Herrschaften, wo die Schuldigkeiten der Unterthanen durch einen in Rechtskraft bestehenden Vertrag, Vergleich, richterlichen Ausspruch oder eine, einer Aenderung nicht mehr unterliegende Entscheidung der politischen Behörden (die also keine provisorische Entscheidung seyn darf) schon bestimmt sind, haben die Unterthanen nicht zwischen ihren uralten d. h. den vor diesen Verträgen oder Entscheidungen bestandenen, sondern nur zwischen den durch einen solchen Vertrag oder Ausspruch ausgemessenen, und zwischen den neuen Schuldigkeiten zu wählen, wogegen an jenen Orten aber, wo die bisherigen Schuldigkeiten streitig und Verhandlungen hierüber, sei es nun im politischen oder gerichtlichen Wege im Zuge sind, die Unterthanen nur zwischen den neuen und den in der wirklichen Uibung stehenden Schuldigkeiten zu wählen haben, in welchen Fällen dann, wenn über diese Verhandlungen die endliche (definitive) Entscheidung erfolgt, zwischen der, vermöge dieser Entscheidung ~~erfolgt, zwischen der~~, auf sie ausgefallenen, und den nach dem neuen Gesetze entfallenden Schuldigkeiten, ihnen neuerdings die Wahl gelassen, und

hiezu ein kurzer Termin von höchstens drey Monaten eingeräumt seyn soll.-

Sechstens. Die Unterthanen und Gemeinden können nicht einen Theil von den alten, sich in Folge des neuen Gesetzes ändernden, und den andern Theil von den neuen Schuldigkeiten wählen, sondern müssen sich entweder ganz zu den neuen in dem Operate verzeichneten, oder ganz zu den alten im Operate aufgenommenen Schuldigkeiten erklären.

Siebentens. Ist jedem, sich zur Erklärung der Wahl meldenden Unterthan zu erklären, daß nach einmal erklärter Wahl, und der hiernach erfolgenden Ausfertigung des Verzeichnisses der Schuldigkeiten, diese in Folge der Wahl übernommenen Schuldigkeiten bezüglich ihrer Rechtmäßigkeit und Gebühr nicht mehr angefochten werden können, und keinerlei dahin gerichtete Beschwerden werden angenommen werden.-

Achtens. In Erwägung der Wichtigkeit dieses folgenreichen Aktes, wird den, mit der Aufnahme der Erklärung über die getroffene Wahl beauftragten Kommissären hiemit ausdrücklich zur Pflicht gemacht, vor Aufnahme der Er-

klärung des sich hierum meldenden Unterthans, denselben über das Wesen und die Folgen dieser Erklärung, demnach auch über die mit der Wahl zu übernehmenden, wie über die aufgegebenen Schuldigkeiten seiner Fassungskraft angemessen zu belehren, und erst dann, wenn er sich überzeugt haben wird, daß der Unterthan alles wohl verstanden hat, und demnach mit vollem Bewußtseyn handelt, seine Erklärung aufzunehmen, und nach der Vorschrift zu verfahren.—

Neuntens. Sollte dann — ungeachtet dieser gebrauchten, und im Protokolle als geschehen anzumerkenden Vorsicht — von der ganzen Gemeinde — oder den einzelnen Grundbesitzern — eine Wahl getroffen werden, welche offenbar zu ihrem Nachtheil ausschlägt, so ist die abgegebene Erklärung nicht zu protokolliren, — und wiewohl mit Beseitigung jedes imperativen Einflußes — die Belehrung nach der Anleitung des eben vorausgegangenen achten Absatzes dieses Fphes zu wiederholen. — Es ist hiebei näher zu erforschen, ob diese unvortheilhafte Erklärung vielleicht durch Erwartungen oder Versprechungen

anderweiter ungegründeter, oder blos vorübergehender Vortheile, oder durch eben so ungegründete Besorgnisse von anderweiten Nachtheilen, veranlaßt wurde, worüber die Unterthanen der Sachlage gemäß zu belehren sein werden.

Ueber das hiebei beobachtete Verfahren ist, ein zwar möglichst kurzes, doch die wesentlichsten Momente klar und deutlich begreifendes Protokoll aufzunehmen, den Unterthanen aber zu bedeuten, welche Frist ihnen noch zur Abgabe ihrer definitiven Äußerung bevorsteht. Sie sind anzuweisen, die Sache nochmals in reifliche Erwägung zu ziehen, und zur Abgabe ihrer endlichen Wahl, die dann unwiderruflich seyn wird, seiner Zeit wieder sich zu melden.

Sollten sie demungeachtet bei der schon früher erklärten Wahl beharren, so ist dieselbe als definitiv anzunehmen.

Das erwähnte Protokoll über den beobachteten Hergang der Sache, ist dem Operate als integrirender Theil anzuschließen.

Schlüßliche Ausfertigung der Schuldigen

§. 46. Ist das dem Unterthan zur Wahl ein-

keits-Verzeichnisse.

geräumte Jahr verstrichen, oder haben noch vor Verlauf des Jahres alle in einer Gemeinde befindlichen Grundbesitzer, oder nach §. 40 doch wenigstens zwey Drittel derselben ihre Wahl angemeldet, so schreitet der exponirte Kreiskommissär in seinem Bezirke, oder bezüglich der übrigen Gemeinden, das Kreisamt von Amtswegen zur schlüßlichen Ausfertigung der Schuldigkeits-Verzeichnisse für diese Gemeinde, oder im Falle des §. 40. für jene Grundbesitzer in derselben, welche ihre Wahl bereits angemeldet haben.

§. 47. Zu diesem Behufe hat der Kreiskommissär, oder das Kreisamt der Grundherrschaft die Ergebnisse der geschehenen Wahlanmeldung mitzutheilen und derselben aufzutragen, daß sie aus dem nach §. 39. dieser Instruktzion bei derselben verbliebenen einem Exemplare des Regulirungs-Operates die Schuldigkeitsverzeichnisse nach den beiliegenden Formularen /. in 4. Exemplaren anfertige, in diese die unterthänigen Grundbesitzer, jenachdem sie in Folge der getroffenen oder unterlassenen Wahl, in das eine oder andere gehören, mit Vermeidung al-

/. N. 3. und 4.

ter Irrungen aufnehme, und diese Verzeichnisse für den von dem Kreisamte oder exponirten Kreiskommissär zur definitiven Ausfertigung derselben festzusetzenden Tag bereit halte.-

§. 48. An diesem in vorhinein festgesetzten Tage begibt sich der Bezirks-Kommissär, oder von Seite des Kreisamtes der hiezu beauftragte kreisämtliche Kommissär, versehen mit dem ganzen Regulirungs-Operate, und den sonst nöthigen Behelfen, zu welchen insbesondere das Wahlanmeldungs-Protokoll gehört, in die Gemeinde, wo nebst der Grund-Herrschaft oder ihrem Bevollmächtigten, auch der Ortsvorstand, d. h. die Richter mit den Geschworenen und zweien von der Gemeinde unter den Augen und der Leitung des Kommissärs hiezu zu wählenden Männern anwesend sein müssen.-

§. 49. Diesen hat der Kreiskommissär die angefertigten Verzeichnisse nach ihrem vollen Inhalte deutlich und wohlverständlich vorzulesen, auch die allenfalls nöthigen Erläuterungen darüber zu ertheilen.

§. 50. Wird, wie bei Beobachtung der in den

vorangegangenen Absätzen vorgeschrie-
benen Anordnungen zu erwarten ist,
kein Anstand erhoben, so verfügt der
Kommissär die sogleiche Ausfertigung
der vorgelesenen Verzeichnisse, läßt so-
nach alle vier Exemplare von der Grund-
herrschaft oder ihrem Bevollmächtigten,
dann von dem Ortsvorstande und den ge-
wählten zwei Männern der Gemeinde,
unter Beifügung des Siegels unterfer-
tigen, und versieht dieselbe selbst mit
der eigenen Unterschrift und dem Amts-
siegel.

§. 51. Sollten irgend welche Anstände erhoben
werden, so können es nur solche seyn,
welche sich sogleich beheben lassen, und
wornach dann sogleich die Verzeichnisse,
soweit es nothwendig seyn sollte, zu
berichtigen sind. In diesem letzteren
Falle sind dann, mit Berücksichtigung
der Statt gefundenen Berichtigungen,
fehlerfreye Exemplare der Verzeichnisse
zu verfassen und in obiger Art aus-
zufertigen.-

§. 52. Die ausgefertigten Exemplare sind
sodann sogleich dem Kreisamte zur Ein-
holung der Gubernial-Bestättigung ein-
zusenden, den Gemeinden und Grund-

herrschaften ist aber zu bedeuten, daß sie diese ihnen vorgelesenen Schuldigkeiten als die künftig geltenden anzusehen, und von dem nächsten 1. November an zu leisten, die Einhändigung der Verzeichnisse aber zu gewärtigen haben werden, welche auch nach dem Eintreffen derselben sogleich in der Art zu bewirken ist, daß ein Exemplar dieser Verzeichnisse den Grundherrschaften, das zweite dem Gemeinde-Vorstande einzuhändigen, das dritte aber mit dem ganzen Operate bei den kreisämtlichen Akten, so wie das vierte Exemplar der Verzeichnisse mit dem dritten Exemplare des Regulirungsoperates bei der Provinzial-Staats-Buchhaltung sorgfältig aufzubewahren sein wird.

§. 53. Den Gemeinden und rücksichtlich ihren Vorständen ist nachdrücklichst zur Pflicht zu machen, daß sie diese bestättigten Verzeichnisse auf das sorgfältigste und zwar in den allenfalls vorfindlichen Gemeindeladen, aufzubewahren, dieselben zwar auf Verlangen der Gemeinde oder einzelner Unterthanen einsehen zu lassen, jedoch auch alsobald wieder in Verwahrung zu nehmen haben.-

./.

§. 54. Den Grundherrschaften wie den Gemeinden aber ist auf das Nachdrücklichste und unter Androhung der schärfesten Strafen zu verbiethen, das Mindeste in den bestättigten Verzeichnissen eigenmächtig abzuändern, zuzusetzen, oder auszulöschen, nachdem jede solche Aenderung nur mit Wissen und Bewilligung des Kreisamtes geschehen darf.

§. 55. Den Grundherrschaften ist ferner zu bedeuten, daß ihnen nunmehr obliege, die in den, in den Händen der Unterthanen befindlichen Gabenbücheln vorgeschriebene Schuldigkeiten übereinstimmend mit den Verzeichnissen abzuändern, oder neue Gabenbücheln auszuhändigen.

§. 56. Uiber den ganzen Akt ist ein Protokoll aufzunehmen, und mit den nöthigen Unterschriften versehen den Akten beyzulegen, und hierüber dem Kreisamte Bericht zu erstatten.–

§. 57. Mit Benützung der sonach definitiv festgestellten Schuldigkeiten berichtigt dasselbe den laut §. 36. dieser Instrukzion verfaßten Hauptausweis, von welchem es ein Exemplar für sich behält, das andere aber dem Landesgubernium mit der Anzeige von dem Schluße der

Verhandlung überreicht.
Lemberg am 18ten Dezember 1846.

N° 1

Zu § 25
der Instruktion
für die Kreisämter

Ausweis

der bey Verifizirung des Arbarial=
Regulirungs=Operates bey den einzelnen
Grundbesitzern vorgefundenen
Veränderungen im Grundbesitze.

Post Nr.		Vor- und Zu-nahme des Grundbesitzers		Bey den diesem Grundbesitzer zugeschriebenen Grundparzellen sind						Anmerkung
				zugewachsen			abgefallen			was mit diesen ab- oder zugefallenen Parzellen geschehen ist.
des Urbarial Regulirungs Operats	des Summariums der individuellen Grundertragsbücher			die neuen topographischen Zahlen	im Flächenmaß Joch	im Flächenmaß □ Kl.	die neuen topographischen Zahlen	im Flächenmaß Joch	im Flächenmaß □ Kl.	

./. No. 2

zu § 36
der Instruktion
für die Kreisämter

Kreis. Grundherrschaft.

Gemeinde:

Haupt-Ausweis
aller Urbarial-Nutzungen und ihrer
Geldertrage

Übersicht der Urbarialnutzungen.

Benennung der Urbarial-Nutzungen	im Felde: Gattungen	im Felde: Ertrag in W. W. einzelne fl	im Felde: Ertrag in W. W. einzelne xr	im Felde: Ertrag in W. W. zusammen fl	im Felde: Ertrag in W. W. zusammen xr	in Verwahrung: Gattungen	Verwahrung: Vm.-Ver	Verwahrung: Maß	Verwahrung: Gr.-wurf	Verwahrung: Preis wovon dieser vorrätig fl	Verwahrung: Preis wovon dieser vorrätig xr	Verwahrung: Geldertrag in C. M. einzelne fl	Verwahrung: Geldertrag in C. M. einzelne xr	Verwahrung: Geldertrag in C. M. zusammen fl	Verwahrung: Geldertrag in C. M. zusammen xr	in Arbeitsleistungen: Gattungen	Arbeitsleistung mit Ochsen oder Zugvieh	Arbeitsleistung mit Ochsen oder Zugvieh xr	Arbeitsleistung mit Handarbeit	Arbeitsleistung mit Handarbeit xr	wovon dieser vorrätig fl	wovon dieser vorrätig xr	Geldertrag in C. M. einzelne fl	Geldertrag in C. M. einzelne xr	Geldertrag in C. M. zusammen fl	Geldertrag in C. M. zusammen xr	Anmerkungen
im Felde	Grundzins	6	25	—	—																						
	Herrnzins	20	—	—	—																						
	Ablösungszins für Herrschaft à 250/00 in C. M.	30	—	56	25																						
		—	—	22	34																						
im Verwahrungsstadel						Korn	—	5 9/32	—	1	30	7	52 4/8														
						Weizen	—	3 16/32	—	—	58	3	23														
						Hirse	—	1 8/32	—	1		1	15														
						Grütze	4	—	—	—	12	—	48														
						Gerstenmus	4	—	—	—	6	—	24														
						Heyden	280	à 60 Pfund			10	—	46 2/3														
						Verjauchtes Grub Korn Forstlichen Roggen 240 Metzen	—	—	—	—	2	8	—	22	29 1/3											
im Arbeitsleistungen																Ackerung mit Ochsen	104	—	—	26	45	56	—	—			
																2 " " "	312	—	—	12	62	24	—	—			
																Handrobott	—	400	—	6	40	—	148	20			
	Summe	—	—	22	34		—	—	—	—	—	—	—	22	29 1/2		—	—	—	—	—	—	148	20			
hierzu die Urbarial-Nutzungen	in Urbarialien	—	—	22	29 1/8																						
	in Arbeitsleistungen	—	—	148	20																						
	Summe des Geldertrags der Urbarial-Nutzungen			193	23 1/8																						

Summe ist: Einhundert neunzig drey Gulden 23 1/8 Kreuzer conv. Münz

./. No = 3

zu § 47
der Instruktion
für die Kreisämter

Kreis: Grundherrschaft:

Gemeinde:

Verzeichniß
aller Inventarial = Schuldigkeiten nach
dem neuen Gesetze

1		2		3		4											5															
Post No.		Des unterthänigen Grundbesitzers		Ganzjährige Grundsteuerschuldigkeit nach dem Steuerfuße pro 1845/6		Dieser hat an Inventarial-Schuldigkeiten jährlich zu leisten																										
						an Robot in natura nach Maßgabe der ganzjährigen Grundsteuer-schuldigkeit nach dem neuen Gesetze.											an sonstigen Geld- und Natural-leistungen, wie solche bisher entrichtet und fatirt wurden, und auch nach dem neuen Gesetze zu leisten seyn werden															
						Hand-robot		Zugrobothtage									im Gelde				in Körner-früchten									Geschäftlicher Stoffe	unterthänigen Stoffe	Anmerkung
									mit Pferden				mit Ochsen																			
									4	3	2	1	4	3	2	1	Grund-zins								Gänse	Hühner	Eyer					
Laufendes	Des Summariums der individuellen Grundertragsbögen	Vor- und Zuname	Haus No.	fl	kr	Classe	Tage	Classe	spännig								fl	kr.	fl	kr.	Korretz				Stücke					Strähne		

No. 4

Zu § 47
der Instruktion
für die Kreisämter

Kreis: _____ Grundherrschaft: _____

Gemeinde: _____

Verzeichniß aller
Inventar-Schuldigkeiten nach dem
bisherigen
Bestande —

Dasselbe wie im Formulare No 3

mit Änderung der Rubrik 4 und 5 — die Rubrik 4 enthält die Überschrift: „an sonstigen Geld- und Natural-Leistungen etc." — die Rubrik 5 die Überschrift: „an Roboth in natura wie sie bisher ~~mit~~ verrichtet und fortzeit wurde —

14. Tagen vorzulegen. Außerdem aber hat das Kreisamt in eben diesem Termine eigene Berichte über den Fortgang der Arbeiten zu erstatten.-

§. 7. Zur Erfüllung der in dem Kreisschreiben schon im Allgemeinen und in den folgenden Absätzen näher bezeichneten Obliegenheiten ist es nöthig, daß das Kreisamt:

a) die Grundsteuer-Regulirungsakten sorgfältig sammele und ordne, wenn wider Erwarten diese Operate, nicht wie es sein sollte, sich ohne dieß in gehöriger Ordnung befinden, um mit denselben die mit der Regulirung beauftragten Kommissäre betheilen zu können;

b.) deßgleichen die in der kreisämtlichen Registratur befindlichen Unterthans-verhandlungen in Ordnung bringen lasse;

c.) die bei der Prov. Staats-Buchhaltung aufbewahrten Stockinventare und Dominikal-Spezial-Fassionen sich verschaffe;

d.) die nöthigen Druckpapiere erhalte.

§. 8. Die ersteren Behelfe hat das Kreisamt sich selbst zu verschaffen, und für die Zusendung der beyden Letzteren wird die Pro-

vinzial-Kommission die nöthige Sorge tragen.

§. 9. Da die exponirten Kreiskommissäre schon nach dem Kreisschreiben zunächst zur Ausführung der Regulirung in den ihrem Bezirke zugewiesenen Gemeinden berufen sind, so hat der Kreisvorsteher nur bezüglich der übrigen im Kreise gelegenen Gemeinden die nöthige, seinem Ermessen überlassene Vorsorge zu treffen. Dieß hindert aber nicht, daß der Kreisvorsteher, in sofern er es für nöthig halten sollte, auch in einigen der den Expposituren zugewiesenen Gemeinden die Ausführung der Regulirung anderen Kreiskommissären übertrage, und überhaupt alles dasjenige verfüge, was zur Beförderung des Geschäftes ihm nothwendig und nützlich erscheint.

§. 10. Im Allgemeinen wird es dem Kreisvorsteher zur dringendsten Pflicht gemacht, auf die Schnelligkeit und Zweckmäßigkeit der Amtshandlungen auf allen ihm zu Gebothe stehenden Wegen einzuwirken, insbesondere aber gegen Grundherrschaften, welche mit den ihnen obliegenden Arbeiten saumselig seyn sollten, mit aller Strenge vorzugehen, und sie

a.)

6) Dla właścicieli dóbr
i zwierzchności obwodów
podatkowych

Landwirthschaft 44

Nr. 7423.

Instruction

für die Kreisämter und ihre Bezirks-Commissäre, zur Ausführung der mit dem allerhöchsten Kreisschreiben vom 25. November 1846 Z. 71881 angeordneten Roboth- und rücksichtlich Urbarial-Regulirung.

---

§. 1.

Allgemeine Anordnungen.

Nach §. 6. des Kreisschreibens vom 25. November d. J. Zahl 71881, ist die Ausführung der Roboth-Regulirung und aller darauf Bezug nehmenden Maßregeln unter Aufsicht des galizischen Landes-Guberniums, den Kreisämtern und ihren Bezirks-Commissären übertragen.

§. 2.

Der Kreis-Vorsteher haftet demnach für die zweckmäßige Leitung und den entsprechenden Fortgang der einschlägigen Geschäfte im ganzen Umfange des seiner Leitung unterstehenden Kreises, so wie bei den gewöhnlichen Amtshandlungen.

§. 3.

Der Kreis-Vorsteher bestimmt demnach einen rechtlichen, geschickten, mit den Verhältnissen des Kreises besonders bekannten, und das Vertrauen der Insassen besitzenden Kreis-Commissär, welcher den Kreis-Vorsteher in der Leitung der Regulirungs-Geschäfte unterstützen und vertreten, und eben deßhalb sich diesem Geschäfte ausschließend widmen, und von den übrigen kreisämtlichen Geschäften enthoben werden muß.

Bevor diese Bestimmung dem Kreis-Commissär bekannt gemacht wird, ist derselbe dem k. k. Landes-Präsidium zur Genehmigung anzuzeigen.

§. 4.

Das Kreisamt steht in Beziehung auf die Geschäfts-Verhandlung zur Ausführung der Urbarial-Regulirung im unmittelbaren Verhältniße der Unterordnung zu dem k. k. Landes-Gubernium, und eigentlich zu der bei demselben für dieses Geschäft eigends aufgestellten Provinzial-Commission. An diese erstattet es seine Berichte, dahin übergibt es die Operate, und von solcher erhält es die erforderlichen Aufträge, deren pünctliche Erfüllung sich das Kreisamt zur besondern Pflicht zu machen hat.

§. 5.

Alle Geschäfts-Stücke, welche die Urbarial-Regulirung betreffen, müssen sowohl bei dem Kreisamte, wie bei den Exposituren in der Manipulation eigends ausgeschieden, und es muß darüber ein eigenes Geschäfts-Protokoll in der Form der gewöhnlichen kreisämtlichen Gestions-Protokolle verlegt werden.

§. 6.

Dieses Geschäfts-Protokoll hat das Kreisamt der Provinzial-Commission von 14 zu 14 Tagen vorzulegen. Außerdem aber hat das Kreisamt in eben diesem Termine eigene Berichte über den Fortgang der Arbeiten zu erstatten.

§. 7.

Zur Erfüllung der in dem Kreisschreiben schon im Allgemeinen und in den folgenden Absätzen näher bezeichneten Obliegenheiten ist es nöthig, daß das Kreisamt:

a) die Grundsteuer-Regulirungsacten sorgfältig sammele und ordne, wenn wider Erwarten diese Operate, nicht wie es seyn sollte, sich ohne dieß in gehöriger Ordnung befinden, um mit denselben die mit der Regulirung beauftragten Commissäre betheilen zu können;

b) deßgleichen die in der kreisämtlichen Registratur befindlichen Unterthans-Verhandlungen in Ordnung bringen lasse;

c) die bei der Prov. Staats-Buchhaltung aufbewahrten Stock-Inventare und Dominical-Special-Fassionen sich verschaffe;

d) die nöthigen Druckpapiere erhalte.

§. 8.

Die ersteren Behelfe hat das Kreisamt sich selbst zu verschaffen, und für die Zusendung der beiden Letzteren wird die Provinzial-Commission die nöthige Sorge tragen.

§. 9.

Da die exponirten Kreis-Commissäre schon nach dem Kreisschreiben zunächst zur Ausführung der Regulirung in den ihrem Bezirke zugewiesenen Gemeinden berufen sind, so hat der Kreis-Vorsteher nur bezüglich der übrigen im Kreise gelegenen Gemeinden die nöthige, seinem Ermessen überlassene Vorsorge zu treffen. Dieß hindert aber nicht, daß der Kreis-Vorsteher, in sofern er es für nöthig halten sollte, auch in einigen der den Exposituren zugewiesenen Gemeinden die Ausführung der Regulirung anderen Kreis-Commissären übertrage, und überhaupt alles dasjenige verfüge, was zur Beförderung des Geschäftes ihm nothwendig und nützlich erscheint.

§. 10.

Im Allgemeinen wird es dem Kreis-Vorsteher zur dringendsten Pflicht gemacht, auf die Schnelligkeit und Zweckmäßigkeit der Amtshandlungen auf allen ihm zu Gebothe stehenden Wegen einzuwirken, insbesondere aber gegen Grundherrschaften, welche mit den ihnen obliegenden Arbeiten saumselig seyn sollten, mit aller Strenge vorzugehen, und sie

a) durch Verweise mit Androhung von Pönfällen;

b) durch Strafbothen und Decretirung von Pönfällen;

c) endlich durch Absendung von kreisämtlichen Kommissären zur Bewirkung der ausständigen Amtshandlung auf Kosten der saumseligen Grundherrschaft, zur Vollziehung der erhaltenen Aufträge zu vermögen.

§. 11.

Nähere Bezeichnung der Aufgabe.

Nachdem die mit der allerhöchsten Entschließung vom 12. November d. J. genehmigten Grundsätze, nach welchen die von den unterthänigen Grundbesitzern ihren Grundherrschaften zu entrichtenden Robothen zu reguliren, und mit den übrigen Urbarial-Leistungen den einzelnen Grundbesitzern vorzuschreiben sind, durch die mit diesem Kreisschreiben kundgemachte, im Allgemeinen geltende Classenbestimmung im Wesentlichen ihre Vollziehung schon erhalten haben, so handelt es sich nur noch um die Bestimmung der Robothen nach diesen Classen und Aufnahme der übrigen Schuldigkeiten in den einzelnen Gemeinden.

§. 12.

Hiernach ergeben sich folgende Gegenstände der kreisämtlichen Amtshandlung:

I. Erhebung und Aufzeichnung der Grundbesitzungen mit der nach dem Steuerfuße des Verwaltungsjahres $18\frac{45}{46}$ entfallenden Steuer.

II. Einreihung der Grundbesitzungen in die gesetzlichen Classen, und Verzeichnen der Schuldigkeiten:

A. nach dem neuen Gesetze;

B. nach dem bisherigen Bestande.

III. Richtigstellung der Ergebnisse dieser Aufnahme,

durch Verificirung mittelst der Kreis-Commissäre,

Prüfung durch das Kreisamt und das Landes-Gubernium.

IV. Bekanntgebung der Ergebnisse an die unterthänigen Grundbesitzer Behufs der Wahl;

V. letzte Erklärung der getroffenen Wahl, und

VI. endlich Ausfertigung der Schuldigkeits-Verzeichnisse.

§. 13.

Erhebung und Aufzeichnung der Grund-Besitzungen mit der nach dem Steuerfuße des Verwaltungs-Jahres $18\frac{45}{46}$ entfallenden Steuer.

Die Behelfe, mit deren Zuhilfenahme diese Amtshandlung vor sich gehen kann und muß, sind die individuellen Grund-Ertragsbögen und die Summarien derselben im Zusammenhange mit den Evidenzhaltungs-Registern, die Einzahlungs-Tabellen im Zusammenhange mit den Steuerbücheln.

Da diese Behelfe sich bei den Steuer-Bezirks-Obrigkeiten befinden, von welchen auch nach den dießfalls bestehenden Vorschriften alle bis auf den letzten Augenblick Statt gefundenen Aenderungen bei diesen Behelfen ersichtlich gemacht worden seyn müssen, so hat diese Erhebung und Aufzeichnung zunächst vorbehaltlich der künftig durch das Kreisamt zu geschehenden Richtigstellung, von den Grundherrschaften, und in so fern sie nicht selbst Steuerbezirks-Obrigkeiten sind, im Einverständniße mit diesen zu geschehen.

§. 14.

Einreihung der Grundbesitzungen in die gesetzliche Classe und Verzeichnen der Schuldigkeiten.

A. Nach dem neuen Gesetze.

B. Nach dem bisherigen Bestande.

Dieselbe Bewandtniß hat es mit der Einreihung der Grundbesitzer in die gesetzlichen Classen und Verzeichnen der Schuldigkeiten nach dem neuen Gesetze und nach dem bisherigen Bestande.

§. 15.

Auch hier sind die Behelfe, zu welchen vorzugsweise die etwa vorhandenen unter ämtlicher Autorität ausgefertigten Schuldigkeits-Inventarien, die vorhandenen rechtskräftigen Verträge, — die zur Bemessung der Urbarial-Steuer seit dem Jahre 1820 überreichten Urbarial-Fassionen, die in den Händen der Unterthanen befindlichen Gabenbüchel, endlich die in dieser Beziehung etwa

bestehenden Particular-Entscheidungen zu rechnen sind, — entweder schon in den Händen der Grundherrschaften, oder sind ihnen zunächst zugänglich.

§. 16.

Auch diese Amtshandlung ist demnach von den Grundherrschaften vorbehaltlich der durch das Kreisamt zu geschehenden Richtigstellung zu bewirken.

§. 17.

In welcher Art dieß in beiden Beziehungen zu geschehen hat, und was die Grundherrschaften hiebei zu beobachten haben, ist in dem, dem Kreisamte gleichzeitig mit dieser Instruction zukommenden besonders abgefaßten Unterrichte für die Grundherrschaften über ihre Obliegenheiten bei Ausführung der Roboth-Regulirung enthalten.

§. 18.

Gleich nach Empfang der eigenen Instruction und des Unterrichtes für die Grundherrschaften wird demnach das Kreisamt diese Letzteren mit diesem Unterrichte betheilen, sie beauftragen, daß sie die ihnen zugewiesenen Arbeiten sogleich in Angriff nehmen, ihnen nach Maßgabe der bei jeder derselben in Erwägung kommenden Verhältnisse bestimmte Fristen geben, welche jedoch niemals und auf keinen Fall über den 15. April 1847 reichen dürfen, und diese überwachen, einer jeden derselben aber bestimmt angeben, an wen sie die fertigen Operate abzuliefern hat.

§. 19.

Eben so ist den Grundherrschaften zu bedeuten, daß bei allen die Ausführung dieser Regulirung betreffenden Verhandlungen der Grundherr selbst oder durch einen Bevollmächtigten zu erscheinen, und die auszufertigenden Urkunden zu unterschreiben habe, dessen mit den gesetzlichen Förmlichkeiten ver-

sehene Vollmacht, für den Machthaber nicht bloß die Befugniß zur Ausfertigung der in dem Unterrichte näher bezeichneten Verzeichnisse, sondern überhaupt zur Vertretung der Grundherren bei dem ganzen Acte der Regulirung und somit zu allen dabei vorkommenden Geschäften, Verhandlungen, Erklärungen und Vergleichen enthalten, im Falle einer Verlassenschafts-, Vormundschafts- oder Crida-Verhandlung von dem Gerichte genehmigt seyn, und dem Kreisamte mit dem Operate selbst vorgelegt werden muß.

§. 20.

Sollte ungeachtet wiederholt gegebener Frist eine solche Vollmacht nicht eingelegt werden, so ist das Einlangen derselben nicht mehr abzuwarten, sondern die Verhandlung mit dem auf dem Gute befindlichen, die politische Gerichtsbarkeit verwaltenden oder sonst von den Verhältnissen unterrichteten herrschaftlichen Beamten fortzusetzen und zu beenden.

§. 21.

Richtigstellung der Ergebnisse dieser Aufnahmen, durch Verificirung mittelst der Kreiscommissäre.

Erst wenn die durch die Grundherrschaften verfaßten Operate an den exponirten Kreiscommissär oder das Kreisamt gelangen, beginnt die unmittelbare kreisämtliche Amtshandlung, und zwar:

die Verificirung dieser Operate.

§. 22.

Bevor zu dieser Amtshandlung geschritten wird, hat das Kreisamt oder der exponirte Kriscommissär sich mit den hiezu nöthigen Behelfen zu versehen.

Dahin gehören:

bezüglich des Steueransatzes

die Steuer-Regulirungs-Operate der ihm zufallenden Gemeinden mit den auf die Berichtigung dieser Operate Bezug nehmenden Verhandlungen

bezüglich der unterthänigen Schuldigkeiten: die sogenannten Stock-Inventarien, deren Zusendung an die Kreisämter der Provinzial-Staats-Buchhaltung bereits aufgetragen ist, die Urbarial-Fassionen der demselben zufallenden Gemeinden und der, bezüglich der Schuldigkeiten dieser Gemeinden Statt gefundenen oder noch im Zuge befindlichen Verhandlungen.

§. 23.

Mit diesen Behelfen begibt sich der Kreiscommissär an Ort und Stelle und beginnt seine Amtshandlung mit Richtigstellung des Verzeichnißes über die bestehenden Grundbesitzungen.

§. 24.

Hiebei hat der verificirende Kreis-Commissär auf Folgendes sein Augenmerk zu richten:

auf die Form der Operate, ob sie nämlich nach der vorgeschriebenen Form eingerichtet sind, ob sie von den hiezu berufenen Personen unterzeichnet, und die Unterschriften dieser ächt sind.

Findet er in dieser Beziehung Gebrechen, welche sich nicht sogleich berichtigen lassen, so sind die Operate der Grundherrschaft zur Umänderung zurückzustellen, und derselben hiezu eine ganz kurze Frist zu setzen;

auf die Richtigkeit der Ansätze im Grundbesitze.

In dieser Beziehung entfallen die Rubriken 8 bis 16 gänzlich, nachdem sie eigentlich Gegenstände der Calculation sind, welche dem Kreisamte obliegt.

In Beziehung auf die übrigen den Grundbesitz betreffenden Rubriken 1 bis 7 hat der verificirende Kreis-Commissär aus den Summarien der individuellen Grund-Ertragsbogen und den Grundsteuer-Regulirungsoperaten durch Einvernehmung der Partheien oder auf anderem zweckmäßig erscheinenden Wege sich zu überzeugen, ob die bloß übertragenen Po-

sten richtig übertragen, die Namen der Grundbesitzer richtig angegeben, ob alle in den Grundsteuer-Operaten erscheinenden topographischen Nummern auch in dem von der Grund-Herrschaft verfaßten Verzeichniße, wenn auch bei andern, oder (im Falle Statt gefundener Theilungen) in Theilbeträgen bei mehreren Besitzern vorkommen — ob das Flächenmaß richtig angegeben ist.

In Folge dieser Nachforschungen sind die Ansätze sohin entweder als richtig zu bezeichnen, oder zu berichtigen, was in der Rubrik „Anmerkung" des Verzeichnißes beizusetzen ist.

Bei entstehendem Widerspruche ist auf das Zustandekommen eines Einverständnißes hinzuwirken; falls dieß jedoch nicht erzielt werden könnte, hat der Kreis-Commissär nach seinem Ermessen, mit möglichster Festhaltung des factischen Zustandes die Berichtigung im Verzeichniße vorzunehmen, die von den betroffenen Partheien erhobenen Anstände und Widersprüche dem Wesen nach in das Protokoll aufzunehmen, welches über den ganzen Verificirungs-Act aufgenommen werden wird.

§. 25.

Zum Beweise, daß der verificirende Kreis-Commissär in dieser Art vorgegangen ist, hat derselbe das beiliegende Verzeichniß Nr. 1. über die vorgefundenen Veränderungen zu verfassen, dessen Form und Inhalt keiner weiteren Erläuterung bedarf.

§. 26.

Die von jeder Besitzung entfallende Grundsteuer wird von dem Kreisamte geprüft werden. Der verificirende Kreis-Commissär nimmt dieselbe, zumal im Falle der Uebereinstimmung mit dem Steuerbüchel oder der Einzahlungstabelle, worauf derselbe jederzeit zu sehen hat, als richtig an, und untersucht somit nur, ob hiernach die Robothsclasse rich-

tig bestimmt, und die hiernach entfallenden Robothen richtig angegeben wurden.

§. 27.

Ist auf diese Art die erste Abtheilung des Operates beendigt, so folgt die Verificirung des Operates bezüglich der unterthänigen Schuldigkeiten, nach dem neuen Gesetze und nach dem bisherigen Bestande.

§. 28.

Insbesondere hat der verificirende Kreis-Commissär sich davon näher zu überzeugen, ob bei Einreihung der Grundbesitzer in die Classe der Hand- oder Zugrobother richtig zu Werke gegangen, und bei den Zugrobothern, ob bei denselben die Bespannung richtig angegeben ist.

Da diese Bestimmungen von der bisher bestandenen Uebung abhängig sind, so hat er sich in angemessener Art von dieser zu überzeugen, und hiernach die geschehene Eintragung als richtig zu bezeichnen, oder im Falle eines erhobenen und durch ein Einverständniß nicht zu beseitigenden Widerspruches, nach der Urbarialfassion zu berichtigen, bezüglich des erhobenen Widerspruches aber zu verfahren, wie dieß weiter unten bei der Verificirung der bisherigen Schuldigkeiten angeordnet ist.

§. 29.

Bei Verificirung der Rubriken über die bisher geleisteten Schuldigkeiten hat der Kreis-Commissär mit Benützung der bezogenen Behelfe in folgender Art zu verfahren:

Um nämlich in dieser Beziehung einer Verschiedenheit des Verfahrens vorzubeugen, wird Folgendes verordnet:

a) vor Allem sind jene Schuldigkeiten, wenn sie wider Vermuthen vorkommen sollten, sogleich zu streichen, welche durch die bestehenden Gesetze allgemein und unbedingt abgestellt, und unter dem Namen Prohibita generalia bekannt sind;

b) eben so sind alle jene Schuldigkeiten sogleich zu streichen, welche durch rechtskräftige, gerichtliche oder politische Entscheidungen als nicht gebührend erklärt wurden;

c) jene Schuldigkeiten, wegen deren Gebühr politische oder gerichtliche Verhandlungen im Zuge sind, sind, in sofern die Partheien zu keinem nachdrücklichst zu versuchenden Uebereinkommen zu bewegen seyn sollten, nach der dießfalls bestehenden letzten Entscheidung — oder falls noch gar keine Entscheidung bestände, so aufzunehmen, wie sie wirklich in Uebung stehen, oder wenn auch dieß nicht zweifellos ermittelt werden könnte, wie sie fatirt wurden. Bei diesen Schuldigkeiten ist nur der Vorbehalt der zu gewärtigenden schließlichen Entscheidung anzumerken;

d) jene Schuldigkeiten hingegen, rücksichtlich deren erst bei der gegenwärtigen Verhandlung Widerspruch erhoben wird, sind zwar auch so aufzunehmen, wie sie bisher wirklich in Uebung standen, oder wenn auch dieß nicht zweifellos erhoben werden könnte, wie sie fatirt wurden.

Dem verificirenden Kreis-Commissär wird es jedoch obliegen, die den Widerspruch erhebende Parthei über die Gründe ihres Widerspruches abgesondert zu Protokoll zu vernehmen, und ohne Gestattung von Verzögerungen — falls kein Vergleich zu Stande kommt, was doch nur in seltenen Fällen Statt finden sollte, nachdem der verhandelnde Kreis-Commissär alle Behelfe bei Handen hat, um die widersprechende Parthei von ihrem Unrechte zu überzeugen, — dieses Protokoll abgesondert, jedoch gleichzeitig mit dem Regulirungs-Operate, dem Kreisamte vorzulegen, welches, ohne die weiteren Operationen aufzuhalten, im abgesonderten Wege das Amt handeln wird. In dem Verzeichniße ist aber die nunmehr im Zuge schwebende Verhandlung mit dem Vorbehalte der zu gewärtigenden Entscheidung vorzumerken.

§. 30.

Ueber den ganzen Verificirungs-Act ist ein Protokoll aufzunehmen, in welchem nebst dem bei dieser Amtshandlung beobachteten Verfahren, die beistimmenden Erklärungen der Partheien, so wie die von einigen derselben erhobenen Bedenken, Anstände oder Widersprüche und die Art, wie dieselben von der Commission behoben wurden, und was allenfalls die Partheien gegen die von der Commission verfügte Anordnung zu bemerken finden, aufzuführen sind.

§. 31.

Damit diese Protokolle nicht zu umfangreich werden, wird es genügen, in demselben den Hergang der Amtshandlung nur summarisch in der Art anzuführen, damit sich die höhere Behörde überzeuge, daß jeder wesentliche Act hiebei vollzogen wurde; eben so ist es nicht nöthig, daß die beistimmenden Erklärungen der Partheien einzeln, jede für sich, und eben so jene Anstände speciell aufgeführt werden, welche die einverständliche Berichtigung erhielten. In beiden Beziehungen wird es genügen, wenn nur eine beistimmende Erklärung angeführt, und diese von allen unterzeichnet wird, welche sie, wenn auch nach von dem Commissär geschehener Berichtigung des ursprünglichen Ansatzes der Grund-Herrschaften, zu geben finden; wenn ferners nur jene Berichtigungen speciell im Protokolle angeführt werden, wit welchen sich die Partheien nicht zufrieden stellten, bei welchen dann auch die dagegen erhobenen Einwendungen anzuführen seyn werden.

§. 32.

Sollte irgend eine der vernommenen Partheien sich weigern, ihre abgegebene und im Protokolle aufgenommene Erklärung zu unterschreiben, so ist dieselbe zu vernehmen, wie sie diese Erklärung etwa abgeändert wünsche, und hiernach diese Erklärung abzuändern, und

die abgeänderte oder schon ursprünglich richtig eingetragene Erklärung im Falle der weiteren Verweigerung der Unterschrift von dem Commissär und den anwesenden oder beizuziehenden Zeugen mit dem Beisatze zu unterfertigen, daß diese Erklärung, so wie sie im Protokolle erscheint, von der Parthei abgegeben, deren Unterschrift aber verweigert worden sey.

§. 33.

Nachdem alle diese Acte vollzogen sind, ist das Protokoll zu schließen, und mit den übrigen Verzeichnissen von dem Commissär, von der Grundherrschaft oder ihrem Bevollmächtigten, von dem Ortsvorstande und den anwesenden Zeugen zu fertigen, und das ganze Operat dem Kreisamte vorzulegen.

§. 34.

Prüfung der Operate durch das Kreisamt.

Das Kreisamt übernimmt die Operate, und unterzieht sie der sorgfältigsten Prüfung, welche sich nicht nur auf die von dem verificirenden Kreis-Commissär unberücksichtigt gelassenen, sondern auch auf die von diesem bereits untersuchten Gegenstände zu erstrecken hat

§. 35.

Bei Prüfung der erhaltenen Operate hat demnach das Kreisamt auf folgende Puncte zu sehen:

a) auf die Form, welche in der bereits oben §. 24. angegebenen Art zu untersuchen ist, und wobei im Falle wahrgenommener Gebrechen, die Operate mit Angabe dieser zur, für den Staatsschatz und die Partheien kostenfreien, Beseitigung zurückzustellen sind;

b) auf die Richtigkeit der Ansätze im Grundbesitze.

Mit Uebergehung der Namen der Grundbesitzer, deren Richtigkeit zu untersuchen nicht möglich ist, hat das Kreisamt ganz in der Art, wie es dem verificirenden Kreis-Com-

missär oblag, und mit Berücksichtigung der in dem Verificirungs-Protokolle erscheinenden Bemerkungen die Ansätze zu revidiren, und schreitet zur Prüfung der übrigen von dem Commissär nicht behandelten Rubriken, insbesondere des Flächenmaßes und Grundertrages im Gelde, welcher Letztere in allen Culturs-Gattungen, insbesondere aber bei jenen Besitzungen, wo Aenderungen im Umfange vorgefallen sind, nachzurechnen und richtig zu stellen ist.

Bei dieser Rubrik ist sich auch von der Richtigkeit der Ansätze dadurch zu überzeugen, daß die Summe der in dem Verzeichnisse bei den einzelnen Besitzungen aufgeführten Flächenmaßen und Grunderträgnisse mit Rücksicht auf das Flächenmaß und Erträgniß jener Grundparcellen, welche

aa) weil sie in der neuen Grundmatrikel auf die Gemeinde geschrieben sind, in dem Regulirungs-Operate nicht erscheinen, oder

bb) obwohl sie eine andere gesetzliche Eigenschaft haben, wegen der an Unterthanen geschehenen Zuweisung in dem Operate vorkommen,

dem Gesammt-Erträgniße des gesammten Rustical-Besitzthums dieser Gemeinde entgegengehalten werden, mit welchen die Summe, wenn sonst die Ansätze richtig sind, übereinstimmen muß;

c) auf die Ansätze der gezahlten Steuer.

In dieser Beziehung ist es zwar nicht möglich zu verlangen, daß das Kreisamt alle einlangenden Operate Post für Post durchgehe, und durch Nachrechnen sich von der Richtigkeit des Ansatzes überzeuge, indessen ist dasselbe doch verpflichtet:

aa) die in der Rubrik »Steuer« erscheinenden einzelnen Beträge zusammen zu lateriren, zu der erhaltenen Gesammtsumme die von den auf die Gemeinde geschriebenen Gründen entfallende Steuer hinzuzurechnen, und die hiedurch gewonnene Gesammtsumme nach Ausscheidung der in derselben

enthaltenen, von Dominical- oder freien Parcellen entfallenden Steuerbeträge, mit der dieser Gemeinde im Verwaltungsjahre 184⅝ vorgeschriebenen Summe der Rusticalsteuer zu vergleichen, mit welcher sie übereinstimmen muß;

bb) von den einzelnen Posten alle jene nachzurechnen, welche in Folge von Theilungen entstanden, oder bei welchen andere wesentliche Aenderungen im Grundbesitze vorgefallen sind;

cc) von den übrigen unverändert in dem im Jahre 1820 aufgezeichneten Stande gebliebenen Posten mehrere herauszuheben und nachzurechnen.

Treffen die Resultate der Controle überein, oder zeigen sich keine solche Differenzen, durch welche die Robothsclasse geändert würde, so sind die Operate vor der Hand als richtig anzunehmen. Zeigen sich aber bei dieser Controle mehrere und wesentliche d. h. solche Differenzen, durch welche die Robothsclasse geändert würde, so sind die Operate der Grundherrschaft zur Berichtigung mit der Androhung zurückzustellen, daß, falls diese Operate noch einmal mit ähnlichen Gebrechen vorgelegt werden sollten, diese Berichtigung auf Kosten der Dominien bewirkt werden würde;

d) auf die in die Verzeichnisse aufgenommenen Schuldigkeiten, deren Richtigkeit mit Zuhilfnahme der vorgelegenen, und noch etwa bei dem Kreisamte befindlichen Behelfe zu prüfen ist. Die bei den Schuldigkeiten wahrgenommenen Differenzen sind unter gehöriger Motivirung in einem besonderen Acte zu verzeichnen, und die etwa nöthige Verfügung hierüber in Antrag zu bringen, worüber die Landesstelle, rücksichtlich die Provinzial-Commission, entscheiden wird;

e) auf das Verificirungs-Protokoll und die in demselben erscheinenden, von den Par-

theien erhobenen Bedenken, welche in dem ad d) anzufertigenden besonderen Acte Behufs der höheren Entscheidung zu begutachten sind.

§. 36.

Nr. 2.

Ueber jedes geprüfte Operat ist sodann ein Hauptausweis nach dem beifolgenden Formulare Nr. 2 .|., in welchem die nach dem neuen Gesetze entfallenden Urbarialien zu Gelde berechnet und bilancirt werden, zu verfassen, dem Operate mit dem ad d) und e) erwähnten Acte beizuschließen, und das ganze Operat mit Bericht der Provinzial-Commission vorzulegen.

§. 37.

Durch das Landesgubernium.

Die Landesstelle, und rücksichtlich für dieselbe die Provinzial-Commission, wird die einlangenden Operate ihrerseits prüfen, und nach Maß der vorgefundenen Unrichtigkeiten und unter Bekanntgebung derselben die vorgelegten Operate zur Berichtigung zurückstellen, oder dieselbe gleich selbst vornehmen, und die so berichtigten oder als richtig erkannten Operate mit den sonst nöthig erachteten Weisungen dem Kreisamte zur Bekanntgebung derselben an die Gemeinden und Grundherrschaften zurückstellen.

§. 38.

Bekanntgebung der Ergebnisse an die unterthänigen Grundbesitzer Behufs der ihnen zustehenden Wahl.

Das Kreisamt wird sonach dieselben dem betreffenden Kreiscommissär zur Bekanntgebung der Ergebnisse an die Partheien zustellen, welcher sich hiebei folgendermaßen zu benehmen hat:

§. 39.

Nach Empfang der Operate hat der Kreiscommissär das eine Exemplar des Operates der Grundherrschaft zuzustellen, den Tag der Kundmachung festzusetzen, und hiezu die Grundherrschaft oder ihren Bevollmächtigten und den Ortsvorstand mit den Gemeindegliedern zu berufen.

§. 40.

An dem festgesetzten Tage erscheint der Commissär in der Gemeinde, welcher er die berichtigten Verzeichnisse vollständig vorliest und mit der Erklärung schließt, daß hiernach die Regulirung der Robothen und übrigen Schuldigkeiten bewirkt sey, — daß von diesem Tage an das den Grundbesitzern und rücksichtlich der Gemeinde zu der ihnen frei gestellten Wahl zwischen den neuen und alten Schuldigkeiten eingeräumte Jahr zu laufen anfange, — daß ihnen frei gestellt bleibe, sich auch noch früher vor Ablauf des Jahres, oder auch sogleich für die eine oder die andere Schuldigkeit zu erklären, daß ihnen zu diesem Ende frei stehe, jederzeit von den hiernach auf sie entfallenden Schuldigkeiten bei der Grundherrschaft oder bei dem Commissär Einsicht zu nehmen, daß jedoch zur endlichen Ausfertigung der Verzeichnisse über die für die Zukunft zu geltenden Schuldigkeiten und demnach zur definitiven Einführung derselben erst — nachdem alle Grundbesitzer in der Gemeinde oder doch wenigstens zwei Drittel derselben sich hierüber erklärt haben werden, oder wenn dieß im Verlaufe des Jahres nicht geschehen sollte, jedenfalls in einem Jahre, von dem Tage der Kundmachung gerechnet, geschritten werden könne, daß demnach bis zu diesem Zeitpuncte alle Grundbesitzer und jeder einzelne derselben die gegenwärtig ihnen obliegenden Schuldigkeiten unter der sonst in dem Kreisschreiben angedroheten Behandlung unweigerlich und pünctlich zu leisten haben.

§. 41.

Ueber den ganzen Act der Kundmachung ist ein Protokoll aufzunehmen, von der Grund-Herrschaft, dem Ortsvorstande, einigen Zeugen, und dem Kreis-Commissär zu fertigen, und bei dem Operate als Beweis des Wahltermins aufzubewahren.

§. 42.

Es versteht sich von selbst, daß der Kreis- und rücksichtlich Bezirks-Commissär, nicht nur bei dieser, sondern bei jeder andern sich ergebenden Gelegenheit keinen Anstand nehmen wird, den sich deßhalb an ihn wendenden unterthänigen Grundbesitzern nicht nur bezüglich ihrer in den Verzeichnissen erscheinenden Schuldigkeiten die nöthigen Aufklärungen zu geben, sondern ihnen auch die gesetzlichen Bestimmungen über die ihnen freigestellte Wahl: von wem, wie, bei wem, und über was sie zu erklären ist, mit den Folgen der geschehenen oder unterlassenen Erklärung nach den dießfalls in dem Kreisschreiben, und dem nachfolgenden Absatze dieser Instruction erscheinenden Vorschriften verständlich zu machen, und überhaupt jede zulässige Belehrung zu geben — wobei den Kreis-Commissären empfohlen wird, hiebei mit der ihnen ohnehin obliegenden Umsicht zu Werke zu gehen, jedenfalls aber sich selbst von der Richtigkeit ihrer eigenen Ansichten zu versichern, um nicht etwa durch unrichtige Belehrungen zu schädlichen Folgen Anlaß zu geben.

§. 43.

Letzte Erklärung der Wahl.

Von diesem Zeitpunkte an durch ein volles Jahr, steht es den einzelnen Grundbesitzern und Gemeinden frei, oder liegt ihnen vielmehr ob, die eine, oder die andere Schuldigkeit zu wählen, und ihre Wahl bei dem Kreisamte oder bei dem exponirten Bezirks-Commissär, in dessen Bezirke sie sich befinden, anzumelden, welche Anmeldung in einem deßhalb für jede Gemeinde abgesondert zu führenden Protokolle aufzunehmen, und dem Meldenden auf angemessene Art zu bestätigen ist.

§. 44.

Um diese Anmeldungen nicht zu sehr zu vereinzeln, und hiedurch die Schreibereien und Schriften nicht unnöthig zu häufen, wird

es den Kreisamte und den exponirten Kreis-Commissären gestattet, diese Anmeldungen in dem hiezu bestimmten Protokolle auch dann aufzunehmen, wenn sie aus anderen ämtlichen Anlässen in der Gemeinde erscheinen, bei welcher Gelegenheit es dem Commissionirenden auch gestattet ist, sich darum zu erkundigen, ob Jemand aus der Gemeinde eine solche Meldung zu machen habe.

§. 45.

Bei den Erklärungen der Wahlen ist aber Folgendes zu beobachten:

Erstens. Jeder behauste Unterthan, welcher bisher entweder wöchentlich oder jährlich überhaupt zu einer gewissen Anzahl Robothstage, oder zu einer ihm insbesondere obliegenden Schuldigkeit verbunden war, und demnach in dem Steuer-Verzeichnisse unter einer besonderen Postenzahl erscheint, hat für sich allein die Befugniß, sich entweder zu den patentmäßigen neuen, oder zu seinen bisherigen Schuldigkeiten zu erklären.

Zweitens. Jene einzelnen Unterthanen aber, welche nicht zu bestimmten ihnen insbesondere obliegenden, sondern zu gewißen gemeinschaftlich oder reihenweise unter sich zu leistenden Arbeiten und Schuldigkeiten verbunden waren, sind eben so wie ganze in diesem Falle befindliche Gemeinden nicht berechtigt, einzeln d. h. jeder für sich zu wählen, sondern solche Unterthanen und Gemeinden werden zwischen ihren bisherigen, und den, nach dem neuen Gesetze ausgemessenen Schuldigkeiten vor dem exponirten Bezirks- oder dem deßhalb an Ort und Stelle abzusendenden kreisämtlichen Commissär gemeinschaftlich untereinander zu wählen, und sich nach der Mehrheit der Stimmen zu richten haben, mit der Beobachtung jedoch, daß wenn sich bei dieser Auswahl wichtige Anstände und Schwierigkeiten ergeben, diese von dem die Wahl aufnehmenden Kreis-Commissär zu be-

seitigen und zu beheben, und von ihm mit der Art, wie dieselben behoben wurden, in dem Protokolle aufzuführen sind.

Drittens. Jene Unterthanen, welche bisher eine willkürliche, d. i. eine von beiden Theilen aufkündliche, oder nur für eine gewiße Zeit verabredete Reluition statt ihrer ursprünglichen Schuldigkeit geleistet haben, können nicht zwischen dieser zeitlichen Reluition und den nach dem neuen Gesetze ausgemessenen Schuldigkeiten, sondern bloß zwischen diesen Letzteren und ihren vormaligen, vor der zeitlichen Reluition bestandenen Schuldigkeiten wählen, weßhalb auch nur diese letzteren, und nicht die reluirten Schuldigkeiten in die obigen Verzeichnisse der Schuldigkeiten einzutragen angeordnet ist.

Dieses hindert jedoch nicht, daß die Unterthanen sich wegen neuerlicher Reluition, unter den von den Gesetzen vorgeschriebenen Vorsichten vergleichen.

Viertens. Dagegen werden jene Unterthanen oder Gemeinden, bei welchen ihre ursprünglichen Schuldigkeiten standhaft, unaufkündlich und für immerwährende Zeiten reluirt sind, nur zwischen diesen reluirten, und den nach dem neuen Gesetze bemessenen Schuldigkeiten zu wählen haben.

Fünftens. Auf jenen Gütern oder Herrschaften, wo die Schuldigkeiten der Unterthanen durch einen in Rechtskraft bestehenden Vertrag, Vergleich, richterlichen Ausspruch oder eine, einer Aenderung nicht mehr unterliegende Entscheidung der politischen Behörden (die also keine provisorische Entscheidung seyn darf) schon bestimmt sind, haben die Unterthanen nicht zwischen ihren uralten d. h. den vor diesen Verträgen oder Entscheidungen bestandenen, sondern nur zwischen den durch einen solchen Vertrag oder Ausspruch ausgemessenen, und zwischen den neuen Schuldigkeiten zu wählen, wogegen an jenen Orten aber, wo die bisherigen Schuldigkeiten streitig

und Verhandlungen hierüber, sey es nun im politischen oder gerichtlichen Wege im Zuge sind, die Unterthanen nur zwischen den neuen und den in der wirklichen Uebung stehenden Schuldigkeiten zu wählen haben, in welchen Fällen dann, wenn über diese Verhandlungen die endliche (definitive) Entscheidung erfolgt, zwischen der, vermöge dieser Entscheidung auf sie ausgefallenen, und den nach dem neuen Gesetze entfallenden Schuldigkeiten, ihnen neuerdings die Wahl gelassen, und hiezu ein kurzer Termin von höchstens drei Monaten eingeräumt seyn soll.

Sechstens. Die Unterthanen und Gemeinden können nicht einen Theil von den alten, sich in Folge des neuen Gesetzes ändernden, und den andern Theil von den neuen Schuldigkeiten wählen, sondern müssen sich entweder ganz zu den neuen in dem Operate verzeichneten, oder ganz zu den alten im Operate aufgenommenen Schuldigkeiten erklären.

Siebentens. Ist jedem, sich zur Erklärung der Wahl meldenden Unterthan zu erklären, daß nach einmal erklärter Wahl, und der hiernach erfolgenden Ausfertigung des Verzeichnißes der Schuldigkeiten, diese in Folge der Wahl übernommenen Schuldigkeiten bezüglich ihrer Rechtmäßigkeit und Gebühr nicht mehr angefochten werden können, und keinerlei dahin gerichtete Beschwerden werden angenommen werden.

Achtens. In Erwägung der Wichtigkeit dieses folgenreichen Actes, wird den, mit der Aufnahme der Erklärung über die getroffene Wahl beauftragten Commissären hiemit ausdrücklich zur Pflicht gemacht, vor Aufnahme der Erklärung des sich hierum meldenden Unterthans, denselben über das Wesen und die Folgen dieser Erklärung, demnach auch über die mit der Wahl zu übernehmenden, wie über die aufgegebenen Schuldigkeiten seiner Fassungskraft angemessen zu belehren, und erst dann, wenn er sich überzeugt haben wird,

daß der Unterthan alles wohl verstanden hat, und demnach mit vollem Bewußtseyn handelt, seine Erklärung aufzunehmen, und nach der Vorschrift zu verfahren.

Neuntens. Sollte dann — ungeachtet dieser gebrauchten, und im Protokolle als geschehen anzumerkenden Vorsicht — von der ganzen Gemeinde — oder den einzelnen Grundbesitzern — eine Wahl getroffen werden, welche offenbar zu ihrem Nachtheil ausschlägt, so ist die abgegebene Erklärung nicht zu protokolliren, und — wiewohl mit Beseitigung jedes imperativen Einflußes — die Belehrung nach der Anleitung des eben vorausgegangenen achten Absatzes dieses Hphes zu wiederholen. — Es ist hiebei näher zu erforschen, ob diese unvortheilhafte Erklärung vielleicht durch Erwartungen oder Versprechungen anderweiter ungegründeter, oder bloß vorübergehender Vortheile, oder durch eben so ungegründete Besorgnisse von anderweiten Nachtheilen, veranlaßt wurde, worüber die Unterthanen der Sachlage gemäß zu belehren seyn werden.

Ueber das hiebei beobachtete Verfahren ist, ein zwar möglichst kurzes, doch die wesentlichsten Momente klar und deutlich begreifendes Protokoll aufzunehmen, den Unterthanen aber zu bedeuten, welche Frist ihnen noch zur Abgabe ihrer definitiven Aeußerung bevorsteht. Sie sind anzuweisen, die Sache nochmals in reifliche Erwägung zu ziehen, und zur Abgabe ihrer endlichen Wahl, die dann unwiderruflich seyn wird, seiner Zeit wieder sich zu melden.

Sollten sie demungeachtet bei der schon früher erklärten Wahl beharren, so ist dieselbe als definitiv anzunehmen.

Das erwähnte Protokoll über den beobachteten Hergang der Sache, ist dem Operate als integrirender Theil anzuschließen.

§. 46.

Schlüßliche Ausfertigung der Schuldigkeits-Verzeichnisse.

Ist das dem Unterthan zur Wahl eingeräumte Jahr verstrichen, oder haben noch vor Verlauf des Jahres alle in einer Gemeinde befindlichen Grundbesitzer, oder nach §. 40. doch wenigstens zwei Drittel derselben ihre Wahl angemeldet, so schreitet der exponirte Kreis-Commissär in seinem Bezirke, oder bezüglich der übrigen Gemeinden, das Kreisamt von Amtswegen zur schlüßlichen Ausfertigung der Schuldigkeits-Verzeichnisse für diese Gemeinde, oder im Falle des §. 40. für jene Grundbesitzer in derselben, welche ihre Wahl bereits angemeldet haben.

§. 47.

Zu diesem Behufe hat der Kreis-Commissär, oder das Kreisamt der Grundherrschaft die Ergebnisse der geschehenen Wahlanmeldung mitzutheilen und derselben aufzutragen, daß sie aus dem nach §. 39. dieser Instruction bei derselben verbliebenen einem Exemplare des Regulirungs-Operates die Schuldigkeits-Verzeichnisse nach den beiliegenden Formularen .|. in 4 Exemplaren anfertige, in diese die unterthänigen Grundbesitzer, jenachdem sie in Folge der getroffenen oder unterlassenen Wahl, in das eine oder andere gehören, mit Vermeidung aller Irrungen aufnehme, und diese Verzeichnisse für den von dem Kreisamte oder exponirten Kreis-Commissär zur definitiven Ausfertigung derselben festzusetzenden Tag bereit halte.

.|.
Nro. 3. und 4.

§. 48.

An diesem in vorhinein festgesetzten Tage begibt sich der Bezirks-Commissär, oder von Seite des Kreisamtes der hiezu beauftragte kreisämtliche Commissär, versehen mit dem ganzen Regulirungs-Operate, und den sonst nöthigen Behelfen, zu welchen insbesondere das Wahlanmeldungs-Protokoll gehört, in die Gemeinde, wo nebst der Grund-Herrschaft oder ihrem Bevollmächtigten, auch der Orts-

vorstand, d. h. die Richter mit den Geschworenen und zweien von der Gemeinde unter den Augen und der Leitung des Commissärs hiezu zu wählenden Männern anwesend seyn müssen.

§. 49.

Diesen hat der Kreis-Commissär die angefertigten Verzeichnisse nach ihrem vollen Inhalte deutlich und wohlverständlich vorzulesen, auch die allenfalls nöthigen Erläuterungen darüber zu ertheilen.

§. 50.

Wird, wie bei Beobachtung der in den vorangegangenen Absätzen vorgeschriebenen Anordnungen zu erwarten ist, kein Anstand erhoben, so verfügt der Commissär die sogleiche Ausfertigung der vorgelesenen Verzeichnisse, läßt sonach alle vier Exemplare von der Grundherrschaft oder ihrem Bevollmächtigten, dann von dem Ortsvorstande und den gewählten zwei Männern der Gemeinde, unter Beifügung des Siegels unterfertigen, und versieht dieselbe selbst mit der eigenen Unterschrift und dem Amtssiegel.

§. 51.

Sollten irgend welche Anstände erhoben werden, so können es nur solche seyn, welche sich sogleich beheben lassen, und wornach dann sogleich die Verzeichnisse, soweit es nothwendig seyn sollte, zu berichtigen sind. In diesem letztern Falle sind dann, mit Berücksichtigung der Statt gefundenen Berichtigungen, fehlerfreie Exemplare der Verzeichnisse zu verfassen und in obiger Art auszufertigen.

§. 52.

Die ausgefertigten Exemplare sind sodann sogleich dem Kreisamte zur Einholung der Gubernial-Bestätigung einzusenden, den Gemeinden und Grundherrschaften ist aber

zu bedeuten, daß sie diese ihnen vorgelesenen Schuldigkeiten als die künftig geltenden anzusehen, und von dem nächsten 1. November an zu leisten, die Einhändigung der Verzeichnisse aber zu gewärtigen haben werden, welche auch nach dem Eintreffen derselben sogleich in der Art zu bewirken ist, daß ein Exemplar dieser Verzeichnisse den Grundherrschaften, das zweite dem Gemeinde-Vorstande einzuhändigen, das dritte aber mit dem ganzen Operate bei den kreisämtlichen Acten, so wie das vierte Exemplar der Verzeichnisse mit dem dritten Exemplare des Regulirungs-Operates bei der Provinzial-Staats-Buchhaltung sorgfältig aufzubewahren seyn wird.

§. 53.

Den Gemeinden und rücksichtlich ihren Vorständen ist nachdrücklichst zur Pflicht zu machen, daß sie diese bestätigten Verzeichnisse auf das sorgfältigste und zwar in den allenfalls vorfindlichen Gemeindeladen, aufzubewahren, dieselben zwar auf Verlangen der Gemeinde oder einzelner Unterthanen einsehen zu lassen, jedoch auch alsobald wieder in Verwahrung zu nehmen haben.

§. 54.

Den Grundherrschaften wie den Gemeinden aber ist auf das Nachdrücklichste und unter Androhung der schärfesten Strafen zu verbiethen, das Mindeste in den bestätigten Verzeichnissen eigenmächtig abzuändern, zuzusetzen, oder auszulöschen, nachdem jede solche Aenderung nur mit Wissen und Bewilligung des Kreisamtes geschehen darf.

§. 55.

Den Grundherrschaften ist ferner zu bedeuten, daß ihnen nunmehr obliege, die in den, in den Händen der Unterthanen befindlichen Gabenbücheln vorgeschriebene Schuldigkeiten übereinstimmend mit den Verzeichnissen abzuändern, oder neue Gabenbücheln auszuhändigen

§. 56.

Ueber den ganzen Act ist ein Protokoll aufzunehmen, und mit den nöthigen Unterschriften versehen den Acten beizulegen, und hierüber dem Kreisamte Bericht zu erstatten.

§. 57.

Mit Benützung der sonach definitiv festgestellten Schuldigkeiten berichtigt dasselbe den laut §. 36. dieser Instruction verfaßten Haupt-Ausweis, von welchem es ein Exemplar für sich behält, das andere aber dem Landesgubernium mit der Anzeige von dem Schluße der Verhandlung überreicht.

Lemberg am 18. December 1846.

Nr. 1.

Zu §. 25.
der Instruction für die Kreisämter.

Ausweis

der bei Verificirung des Urbarial-Regulirungs-Operates bei den einzelnen Grundbesitzern vorgefundenen Veränderungen im Grundbesitze.

.|· Nr. 2.

Zu §. 36.
der Instruction für die Kreisämter.

Kreis. Grundherrschaft:

Gemeinde:

Haupt-Ausweis

aller Urbarial-Nutzungen und ihrer Gelderträge.

Einjähriger summarischer

Benennung der Urbarial-Nutzungen	im Gelde				in Natura-					
	Gattungen	Betrag in W. W. Einzeln fl.	kr.	Zusammen fl.	kr.	Gattungen	Stücke	Maß	Gewicht	Preise, wornach diese veranschlagt sind fl.	kr.
im Gelde	Grundzinse	6	25	—	—						
	Hauszinse	20	—	—	—						
	Reluitionszins für Hafer	30	—	56	25						
	reducirt à 250/00 in C. M.	—	—	22	34						
in Körnerfrüchten und Kleinrechten						Korn	—	$5\frac{8}{32}$	—	1	30
						Gerste	—	$3\frac{16}{32}$	—	—	58
						Hirse	—	$1\frac{8}{32}$	—	1	—
						Grütze	4	—	—	—	12
						Kapauner	4	—	—	—	6
						Eier	280	—	à 60 Stück		10
						Gespunnst aus herrschaftlichem Stoffe 240 Strähne	—	—	—	—	2
in Arbeitsleistung											
	Summe	—	—	22	34		—	—	—	—	—
Hiezu die Urbarial-Nutzungen	in Urbarialien	—	—	22	$29\frac{1}{8}$						
	in Arbeitsleistungen	—	—	148	20						
	Summe des Geldertrages aller Urbarial-Nutzungen	—	—	193	$23\frac{1}{8}$						

Das ist: Einhundert Neunzig Drei

Ertrag der Urbarial-Nutzungen

lien

Hiernach berechneter Geldbetrag in C. M.			
Einzeln		Zusammen	
fl.	kr.	fl.	kr.
7	52 4/8		
3	23		
1	15		
—	48		
—	24		
—	46 3/8		
8	—	22	29 1/8
—	—	22	29 1/8

in Arbeitsleistungen

Gattungen	Arbeitstage mit dem Zuge	Arbeitstage mit der Hand	Preise, wornach diese veranschlagt wurden fl.	Preise, wornach diese veranschlagt wurden kr.	Hiernach berechneter Geldbetrag in C. M. Einzeln fl.	Einzeln kr.	Zusammen fl.	Zusammen kr.
4 spännig mit Pferden	104	—	—	26	45	56	—	—
2 spännig mit Pferden	312	—	—	12	62	24	—	—
Handroboth	—	400	—	6	40	—	148	20
	—	—	—	—	—	—	148	20

Anmerkung

Gulden 23 1/8 Kreuzer Conv. Münze.

Stadtamtsschaft

.65

Nr. 7423.

Unterricht

für die Grundherrschaften und Steuer-Bezirks-Obrigkeiten, über die ihnen Behufs der Ausführung der mit der allerhöchsten Entschließung vom 12ten November 1846 angeordneten, und mit dem Kreisschreiben vom 25. November 1846 Z. 71881 kundgemachten Regulirung der unterthänigen Robothen und Aufnahme anderer Schuldigkeiten zugefallenen Obliegenheiten.

Instrukcyja

dla Państw gruntowych (właścicieli dóbr) i Zwierzchności obwodów podatkowych względem obowiązków, które dla przyprowadzenia do skutku rozporządzonéj najwyższém postanowieniem z d. 12. Listopada 1846, a okolnikiem z d. 25. Listopada 1846, pod l. 71881 obwieszczonéj regulacyi pańszczyzny i spisania innych powinności poddańczych, dopełniać mają.

Allgemeine Bezeichnung derselben.

§. 1.

Zum Behufe der baldigen und richtigen Ausführung dieser allerhöchst angeordneten Regulirung, haben die Grundherrschaften und Steuerbezirks-Obrigkeiten, und wenn sie Letzteres nicht sind, im Einverständnisse mit derselben, so wie auch Antheilsbesitzer und d. gl. andere, kurz alle Urbarialberechtigten:

I. Die unterthänigen Grundbesitzungen nach ihrem gegenwärtigen Bestande und mit der nach dem Steuerfuße des Verwaltungsjahrs $18\frac{45}{46}$ entfallenden Steuer aufzunehmen.

II. Hiernach

A. diese Grundbesitzungen in die, mit dem Kreisschreiben vom 25. No-

Ogólne oznaczenie tychże.

§. 1.

Celem prędkiego i należytego uskutecznienia téj w wnajwyższém miejscu nakazanéj regulacyi, obowiązani są właściciele dóbr i Zwierzchności obwodów podatkowych, a jeżeli pierwsi témi nie są Zwierzchnościami, to w porozumieniu z témi, jak równie posiadacze dóbr częściowi i inni tym podobni, słowem wszyscy do poborów urbaryjalnych upoważnieni spisać:

I. Posiadłości poddańcze, w gruntach tak, jak są teraz, wraz z podatkiem podług stopy podatkowéj roku administracyjnego $18\frac{45}{46}$ przypadającéj;

II. Potém

A. te posiadłości gruntowe podzielić na klasy, okolnikiem z d. 25. Lis-

vember 1846 Zahl 71881 festgesetzten Classen einzureihen, und die sonach auf die einzelnen Besitzungen entfallenden sämmtlichen Schuldigkeiten zu verzeichnen;

B. die von diesen Grundbesitzungen bisher entrichteten und zur Urbarial-Steuer fatirten Schuldigkeiten an Robothen und sonstigen Leistungen zu verzeichnen.

§. 2.

Bei allen diese Regulirung betreffenden Geschäften hat der Grundherr selbst einzuschreiten. Er kann zwar zu den dießfälligen Arbeiten sich eines Sachkundigen bedienen, und die einschlägigen Eingaben von ihm verfassen lassen. Bei allen diese Regulirung betreffenden Verhandlungen aber muß der Grundherr selbst erscheinen, und die ämtlichen Eingaben und Ausweise selbst unterschreiben, oder hiezu einen Bevollmächtigten bestellen, dessen mit den gesetzlichen Förmlichkeiten versehene Vollmacht für die Machthaber nicht bloß die Befugniß zur Ausfertigung der nachfolgenden näher bezeichneten Ausweisungen, sondern überhaupt zur Vertretung des Grundherrn bei dem ganzen Acte der Regulirung, und somit zu allen dabei vorkommenden Geschäften, Verhandlungen, Vergleichen enthalten, im Falle einer Verlassenschafts-, Vormundschafts- oder Crida-Verhandlung von der betreffenden Gerichts-Instanz genehmigt seyn, und dem Kreisamte oder exponirten Kreiscommissär mit dem aufgenommenen Regulirungs-Operate vorgelegt werden muß.

Jeder Saumsal in dieser Beziehung hindert die weitere Verhandlung

pada 1846, pod l. 71881 ustanowione, i wszystkie powinności podług tego na poszczególne posiadłości przypadające, spisać;

B. spisać powinności w robociznie i innych należytościach z tych posiadłości gruntowych dotychczas odbywane i dla wymierzenia podatku urbaryjalnego fasyjonowane.

§. 2.

Do wszystkich czynności téj regulacyi tyczących się, wchodzić ma sam właściciel dóbr. Może jednak do potrzebnych w téj mierze robót użyć świadomego rzeczy, i dać mu układać potrzebne w tym przedmiocie podania. Przy wszystkich jednak rosprawach odnoszących się do téj regulacyi, właściciel dóbr obecnym być winien, jakoteż urzędowe podania i wykazy sam podpisywać, lub też ku temu pełnomocnika ustanowić, którego prawnémi formalnościami opatrzone pełnomocnictwo dla umocowanych, nie same tylko upoważnienie do robienia wykazów tu niżéj dokładniéj oznaczonych, ale razem w ogólności upoważnienie zastępowania właściciela w całym akcie téj regulacyi, a więc do wszystkich w tym przedmiocie zachodzących czynności, rospraw i układów zawiérać; a gdyby zachodziła pertraktacyja spadkowa, opieki, lub krydy (zbiegu wierzycieli), także przez właściwą Instancyję sądowniczą, potwierdzone i Urzędowi cyrkułowemu, albo eksponowanemu Komisarzowi cyrkułowemu wraz z operatem regulacyi przedłożone być powinno.

Żadna w tym względzie opieszałość, dalszego toku rospraw w rzeczach regu-

des Regulirungs-Geschäftes nicht, sondern berechtigt das Kreisamt oder den exponirten Kreiscommissär, dieselbe mit dem Verfasser des Operats oder dem auf dem Gute befindlichen, die nöthigen Kenntnisse besitzenden, herrschaftlichen Beamten fortzusetzen und zu beenden.

§. 3.

Bei dem Empfange dieses Unterrichts hat die Grundherrschaft die auf diese Regulirung Bezug nehmenden Arbeiten sogleich in Angriff zu nehmen, und in der von dem Kreisamte oder von dem exponirten Kreiscommissär erhaltenen Frist zu beendigen.

Aufnahme der unterthänigen Besitzungen nach ihrem gegenwärtigen Bestande, mit der von denselben nach dem Steuerfuße des Verwalt. Jahres $18\frac{45}{46}$ entfallenden Steuer.

§. 4.

Sie beginnt, und zwar für jede Gemeinde insbesondere, mit der Aufnahme der unterthänigen Besitzungen nach ihrem gegenwärtigen Bestande, mit der von denselben nach dem Steuerfuße des Verw. Jahres $18\frac{45}{46}$ entfallenden Steuer, welche auf Grundlage der Ergebnisse des provisorischen Katasters nach Anhandgabe des Summariums der individuellen Grundertragsbögen, und der Ausweise der seither durch Nachbesserungen, Reclamationen u. s. w. sich ergebenden Veränderungen mit Zuhilfnahme der letzten Einzahlungs-Tabelle nach dem beiliegenden Formulare 1. .|· geschieht.

Nr. 1.

§. 5.

Die erste Seite dieses Formulares mit den Rubriken 1 bis einschlüßig 16

lacyi tamować nie będzie, lecz upoważnia Urząd cyrkułowy, albo eksponowanego cyrkułowego Komisarza, rosprawę tę z tym, co operat wyrobił, lub z urzędnikiem właściciela w majętności znaydującym się i potrzebne w tém wiadomości posiadającym, toczyć daléj i ukończyć.

§. 3.

Każdy właściciel dóbr, jak tylko instrukcyję niniejszą odbierze, jąć się ma natychmiast robót do téj regulacyi odnoszących się i też w czasie przez Urząd cyrkułowy, lub eksponowanego Komisarza cyrkułowego oznaczonym, ukończyć.

Spisanie posiadłości poddańczych, jak teraz są wraz z podatkiem, przypadającym z tychże podług stopy podatkowéj roku administracyjnego $18\frac{46}{45}$.

§. 4.

Spis ten, i to dla każdéj gromady osobno, zaczyna się spisaniem posiadłości poddańczych, jak teraz są, wraz z podatkiem z tychże podług stopy podatkowéj roku administracjnego $18\frac{45}{46}$ przypadającym, które dziać się ma na zasadzie wypadłości tymczasowego katastru, jak wskażą summaryjusze arkuszy indywidualnych dochodu gruntowego i wykazy zaszłych odmian przez poprawy, reklamacyje i t. d., do czego ostatnie tablice wypłat podatkowych, podług załączonego wzoru .|· Nru. 1. pomoc wzięte być mają.

Nr. 1.

§. 5.

Piérwsza stronica tego wzoru z rubrykami 1 aż do 16 włącznie, przezna-

ist dieser Aufnahme gewidmet, in welche die unterthänigen Grundbesitzer nach der Reihenfolge der Haus-Nummern der Summarien der individuellen Grundertrags-Bögen eingetragen werden.

Sollte wegen der großen Zahl der Grundbesitzer die eine Seite nicht ausreichen, so wird auf der 3ten und sofort der 5., 7ten Seite ꝛc. mit dieser Aufnahme fortgesetzt.

§. 6.

Die 1te Rubrik erklärt sich von selbst, sie enthält die fortlaufende Postenzahl der gegenwärtigen Aufnahme.

Die 2te Rubrik enthält die Postenzahl, welche die eben einzutragende Grundbesitzung im Summarium der individuellen Grundertragsbogen hat.

Die 4te Rubrik enthält das Haus-Nummer des eben einzutragenden Grundbesitzers in der Reihenfolge, wie sie im Summar der individuellen Grundertragsbogen vorkommen.

Sollten seither neue Häuser entstanden seyn, so bestehen sie entweder auf getheilten Bauern- oder allenfalls auf neuen Dotations-Gründen.

Im ersten Falle sind sie unmittelbar nach den Haus-Nummern des früher ungetheilt gewesenen Grundes einzuschalten, im letzten Falle aber am Ende anzureihen.

Die 3te Rubrik enthält den Namen des Grundbesitzers, und ist in diese Rubrik derjenige einzutragen, welcher in dem Zeitpuncte der Aufnahme als solcher gefunden wurde.

czona jest do tego spisu, do któréj posiadacze gruntów poddańczych porządkiem numerów domu w sumaryjuszach indywidualnych arkuszy dochodu gruntowego, wpisać należy.

Gdyby dla wielkiéj liczby posiadaczy gruntów, jedna stronica nie wystarczyła, tedy, wpisy te przeniesione być mają na trzecią, i znowu na piątą, siódmą stronicę, i t. d.

§. 6.

Piérwsza rubryka wyjaśnia się sama przez się, zawiéra mianowicie liczbę porządkową spisu niniejszego.

Druga rubryka, zawiéra liczbę porządkową, którą oznaczona jest każda posiadłość gruntu, wpisaną być mająca w sumaryjuszu arkuszy indywidualnych dochodu gruntowego.

Czwarta rubyrka zawiéra Ner. domu posiadacza gruntu, który właśnie zapisany być ma, a to tym porządkiem, jak który umieszczony jest w sumaryjuszu arkuszy indywidualnych dochodu gruntowego.

Gdyby od owego czasu nowe domy powstały, to takie stoją albo na gruntach chłopskich podzielonych, albo na nowych z uposażenia.

W piérwszym razie wpisane być mają bezpośrednio po numerach domów na gruncie dawniéj niepodzielonym istniałych; w drugim zaś razie należy je przy końcu dopisać.

Trzecia rubryka zawiéra nazwisko posiadacza gruntu i do téj rubryki tego zapisać należy, który w czasie spisu, jako taki (posiadacz gruntu) znajdował się.

In die Rechtmäßigkeit des Besitzes ist hiebei nicht einzugehen, und derjenige als Besitzer anzusehen und einzutragen, welcher in dem Zeitpuncte der gegenwärtigen Aufnahme mit der Grundbesitzung schaltet und waltet, und die Steuer entrichtet.

§. 7.

In diese 3te Rubrik und in die übrigen sind auch jene Grundbesitzer mit ihrem Grundbesitze aufzunehmen, welche die von demselben gebührende Steuer nicht selbst bezahlen, sondern in dieser Steuerzahlung in was immer für einer Art von Jemand Andern vertreten werden.

§. 8.

Die 5te Rubrik enthält die neuen topographischen Zahlen der mit dieser Grundbesitzung im Zeitpuncte der Aufnahme vereinigten Grundparcellen jeder Culturgattung.

Es versieht sich von selbst, daß demnach alle jene topographischen Nummern nicht erscheinen dürfen, welche abgefallen, so wie jene aufgenommen werden müssen, welche zugewachsen sind, was auch dann zu geschehen hat, wenn nur Theile einzelner Grundparcellen zugewachsen oder abgefallen sind, welche dann auch in der mit §. 20. der Belehrung für die Steuerbezirks-Obrigkeiten zur Evidenzhaltung des provisorischen Steuer-Katasters vom 19. Jäner 1825 Zahl 28165 (Prov. Ges. S. Seite 20) angeordneten Art bezeichnet seyn müssen.

§. 9.

Auch Grundparcellen, welche nach dem provisorischen Kataster als Do-

W prawność posiadania wdawać się przy téj czynnoćsi nie należy, i tego tylko za posiadacza uważać i wpisać, który podczas teraźniejszego spisu posiadłem zarządza i podatek opłaca.

§. 7.

Do téj trzeciéj rubryki i do reszty ci także posiadacze gruntu, ze swojém posiadłem wpisani być powinni, którzy należącego z tegoż podatku, sami nie opłacają, lecz ich w téj opłacie jakimkolwiek sposobem kto inny zastępuje.

§. 8.

Rubryka piąta, zawiéra nowe numera topograficzne parceli (cząstek gruntowych) z tém posiadłem w chwili czynionego spisu połączonych, wszelkiego rodzaju użytku (kultury).

Rozumie się przez się, że podług tego te wszystkie numera topograficzne nie mogą być wciągnięte, które odpadły; jak przeciwnie te wpisane być muszą, które przyrosły; co i wtenczas nastąpić ma, gdy tylko części tych poszczególnych cząstek (parcelli) przyrosły, lub odpadły, któreteż natenczas w sposobie mocą §fu 20. Instrukcyi dla Zwierzchności obwodów podatkowych dla utrzymania w ewidencyi tymczasowego katastru podatkowego z d. 19. Stycznia 1825, za l. 28165, (Zbiór Ust. prowinc. str. 20.) przepisanym, oznaczone być powinny.

§. 9.

Te nawet parcelle, które podług tymczasowego katastru, jako dominikal-

minical oder Freie aufgenommen wurden, sind mit ihren topographischen Nummern in diese Rubrik aufzunehmen, wenn sie, sey es nun im Tauschwege für eine Rustical-Parcelle, oder aus einem andern Grunde, der unterthänigen Besitzung ohne besondere Schuldigkeiten zugefallen sind.

§. 10.

Sollte über die Rechtmäßigkeit des Besitzes was immer für einer, oder mehrerer Grundparcellen, sey es nun zwischen der Grundherrschaft und dem unterthänigen Grundbesitzer, oder zwischen diesem und einem andern ein Streit obwalten, so ist auf die Beurtheilung der Rechtmäßigkeit dieses Besitzes nicht einzugehen, sondern die Grundparcelle demjenigen zuzuschreiben, welcher sich im factischen Besitze befindet, und die Steuer entrichtet.

§. 11.

Sollten auf einer der im Summarium der individuellen Grundertragsbogen erscheinenden Grundbesitzungen zwei oder noch mehrere Wirthe gefunden werden, und demnach Theilungen Statt gefunden haben, so sind nur drei Fälle möglich:

Erstens, jeder Theilbesitzer besitzt einen bestimmten in der Wirklichkeit ausgeschiedenen Theil, von welchem er auch bestimmt ausgeschiedene Schuldigkeiten leistet, oder

Zweitens, jeder Theilbesitzer hat zwar von der im Summarium der individuellen Grundertragsbogen erscheinenden Besitzung, einen bestimmten in der Wirklichkeit ausgeschiedenen Theil, und benützt denselben unabhängig von den andern Theilbesitzern,

ne, albo wolne zapisane były, do téj rubryki ze swoją liczbą topograficzną wpisane być mają, jeżeli bądź w zamian za parcellę rustykalną, lub z innego powodu przypadły posiadłości poddańczéj bez osobnych za to powinności.

§. 10.

Gdyby względem prawności posiadania jakiéjkolwiek, lub więcéj parcelli, bądź między właścicielem dóbr i posiadaczem poddańczym, albo między tym i kim innym, spór zachodził, to także w rozsądzenie prawności takowego posiadania wdawać się nie należy; tylko parcellę zapisać na tego, co się w posiadaniu de facto znajduje, i podatek opłaca.

§. 11.

Gdyby na którém posiadle z wytkniętych w sumaryjuszu arkuszy indywidualnych dochodu gruntowego, dwóch albo więcéj gospodarzy znaleziono, a tém samém podziały gruntów nastąpiły, to w takim razie tylko trzy przypadki zajść mogą:

piérwszy, gdzie każdy posiadacz cząstkowy pewną, rzeczywiście wydzieloną część posiada, z któréjteż pewne, wyznaczone powinności odbywa; albotéż

drugi, gdzie każdy posiadacz cząstkowy ma wprawdzie z posiadłości w sumaryjuszu arkuszy indywidualnych dochodu gruntowego wytkniętéj, pewną, rzeczywiście wydzieloną część, i takowéj używa niezawiśle od drugich posiadaczy cząstkowych, jednakże z téj

leistet jedoch von diesem seinen Antheile für sich allein der Herrschaft keine bestimmt ausgeschiedenen, sondern nur die auf der ganzen ungetheilten Besitzung haftenden Schuldigkeiten in Gemeinschaft mit den übrigen Theilbesitzern in dem unter sich verabredeten Maße, oder endlich

części swojéj nie odbywa dworowi sam za siebie żadnych stanowczo wydzielonych powinności, tylko te, które ciążą na całém niepodzieloném posiadle spólnie z drugimi posiadaczami cząstkowymi podług umówionego między nimi wymiaru; albo nakoniec

Drittens, kein Theilbesitzer hat und benützt einen bestimmten wirklich ausgeschiedenen Theil der Grundbesitzung und leistet auch keine bestimmten Schuldigkeiten, sondern die Theilnehmer, wie sie die ganze Besitzung nach einem unter sich verabredeten Maße gemeinschaftlich benützen, leisten auch die auf dieser ganzen Besitzung haftenden Schuldigkeiten, nach einem unter sich verabredeten Maße, gemeinschaftlich der Grundherrschaft.

trzeci, gdzie żaden posiadacz cząstkowy nie ma i nie używa pewnéj, rzeczywiście wydzielonéj sobie części posiadła gruntowego i żadnych też pewnych nie odbywa powinności, ale wszyscy posiadacze cząstkowi gruntu, tak jak całego posiadła, podług umowy między sobą spólnie używają, takież powinności na tém całém posiadle ciążące, podług umówionego między sobą wymiaru, Dworowi spólnie odbywają.

In dem ersten dieser drei Fälle sind die Antheilsbesitzer als eigene Grundwirthe mit dem jedem insbesondere zuständigen Grundbesitze, also mit den ihm gehörigen Grundparcellen, und der von diesen gebührenden Grundsteuer besonders, und zwar mit einer eigenen Postenzahl des Ausweises, aufzuführen.

W piérwszym z tych trzech przypadków posiadacze cząstkowi jako właściwi gospodarze na gruncie, z posiadłem gruntowém każdemu w szczególności przysługującém, a zatém z należącémi do niego parcellami, i z przypadającym z takowego podatkiem gruntowym osobno, i to z właściwą liczbą porządkową wykazu, wytknięci być powinni.

In dem zweiten Falle aber erhalten alle Theilbesitzer zusammen nur eine Postenzahl, und eben so wird auch in der Rubrik 13, 14, 15 und 16 nur ein Steuerbetrag, nämlich jener, welcher von den sämmtlichen zu dieser Grundbesitzung gehörigen Parcellen, entfällt, aufzunehmen seyn; nur werden die einzelnen Theilbesitzer mit ihren Grundparcellen und Haus-Nummern, jedoch nur innerhalb der Klammer, aufzuführen seyn.

W drugim zaś przypadku wszyscy posiadacze cząstkowi razem, otrzymają tylko jedną liczbę porządkową i takież w rubrykach 13, 14, 15, i 16, jedna tylko ilość podatku, mianowicie ta wpisaną być ma, która ze wszystkich do tego posiadła należących parcelli przypada; każdy tylko posiadacz cząstkowy z parcellami swojego gruntu i numerem domu, i to tylko w zaklamrowaniu, wytknięty być powinien.

Im dritten Falle endlich ist ganz auf dieselbe Art, wie im zweiten zu verfahren, und die Theilbesitzer werden ohne Grundparcellen nur mit ihren Haus-Nummern erscheinen.

Das in dem Formulare aufgenommene Beispiel versinnlicht das Verfahren in den drei angegebenen Fällen.

§. 12.

Sollten unter den im Summarium der individuellen Grundertragsbögen aufgenommenen unterthänigen Grundbesitzungen auch solche vorkommen, bei welchen die dazu gehörigen Grundparcellen im provisorischen Kataster zwar als freie, oder als Dominical-Gründe verzeichnet sind, von welchen jedoch unterthänige, in die Urbarial-Fassionen vom Jahre 1820 aufgenommene, oder nachträglich zur Urbarial-Steuer fatirte Schuldigkeiten geleistet werden, so sind auch diese in dem gegenwärtigen Ausweise nach den hier gegebenen Weisungen aufzunehmen.

§. 13.

Eben so sind jene in den erwähnten Summarien der individuellen Grundertragsbögen erscheinenden unterthänigen Besitzungen, welche entweder schon damals keine Besitzer hatten, oder erst seither verlassen wurden, in dem vorliegenden Ausweise gleichfalls aufzunehmen, wenn die zu diesen Besitzungen geschriebenen Grundparcellen in dem provisorischen Kataster als Rustical-Gründe verzeichnet erscheinen.

In diesem Falle sind auch diese nach den obigen Weisungen zu behan-

W trzecim nakoniec przypadku należy zupełnie tak postąpić, jak w drugim; a posiadacze cząstkowi wykazani będą bez parcelli swoich gruntów, tylko po numerach domu.

Przykład umieszczony we formularzu unaocznia postępowanie w tych trzech podanych przypadkach.

§. 12.

Gdyby pomiędzy posiadłami poddańczémi, umieszczonémi w sumaryjuszu arkuszy indywidualnych dochodu gruntowego, okazały się takie, gdzie parcelle do nich należące w tymczasowym katastrze wprawdzie jako grunta wolne, lub dominikalne zapisane są, z których jednak odbywają się powinności poddańcze do fassyj urbaryjalnych z roku 1820 zaciągnięte, lub dodatkowo do podatku urbaryjalnego fasyjonowane, tedy i te, podług danéj tu skazówki do wykazu niniejszego wziąć należy.

§. 13.

Takież i owe, w pomienionych sumaryjuszach arkuszy indywidualnych dochodu gruntowego umieszczone posiadłości poddańcze, które albo już wtenczas posiadaczów nie miały, albotéż potém dopiéro opuszczone zostały, wpisane być mają do tego wykazu, jeżeli parcelle do tych posiadłości przypisane, w tymczasowym katastrze jako grunta rustykalne oznaczonémi okazują się.

W takim razie należy i z témi podług powyższych przepisów postępować;

deln, nur ist in der dritten Rubrik statt des Namens des Grundbesitzers, diese Besitzung als verlassen und ohne Besitzer zu bezeichnen.

Nur wenn einzelne in dem Kataster als Rusticalgründe verzeichnete Grundparcellen sich vorfinden sollten, von welchen weder die Besitzer, noch ob und zu welcher Wirthschaft sie gehört haben, ermittelt werden kann, so sind dieselben mit ihren topographischen Nummern in ein besonderes Verzeichniß aufzunehmen, und wegen deren künftigen Behandlung die Weisungen des k. k. Landesguberniums durch das k. k. Kreisamt einzuholen.

§. 14.

In die 6te Rubrik ist die Anzahl der zu den eingetragenen Grundbesitzungen gehörigen Grundparcellen nach ihrer gesetzlichen Eigenschaft;

in die 7te Rubrik die Gesammtzahl der zu einer Besitzung gehörigen Parcellen;

in die 8te Rubrik endlich das Gesammtflächenmaß sämmtlicher zu einer Besitzung gehöriger Parcellen einzutragen.

§. 15.

Alle übrigen Rubriken von 9. bis einschlüßig 15. erklären sich von selbst, und werden die Grundherrschaften und Steuerbezirks-Obrigkeiten nachdrücklichst angewiesen, bei Berechnung der in diese Rubriken einzutragenden Beträge mit aller Genauigkeit vorzugehen, um sich nicht Umarbeitungen dieser Operate selbst durch Andere und auf eigene Kosten auszusetzen, welche zumal bei wiederholt gefundenen Unrichtigkeiten unnachsichtlich angeordnet werden müßten.

tylko w trzeciéj rubryce zamiast nazwiska posiadacza gruntu, same posiadło, jako pustka, nie mające posiadacza, oznaczone być powinno.

I tylko wtencas, gdyby poszczególne w katastrze, jako grunta rustykalne zapisane parcelle znachodzić się miały, którychby ani posiadacza, ani tego dójść nie można, czyli i do jakiéj roli należały, takowe wraz z topograficznémi ich liczbami do osobnego spisu wziąść i o wskazanie, co z niémi daléj zrobić, u c. k. Rządu krajowego, przez c. k. Urząd Cyrkułowy postarać się należy.

§. 14.

Do rubryki szóstéj należy zapisać liczbę parcelli do wpisanych posiadłości należących podług ich prawnéj właściwości;

do rubryki siódméj, liczbę ogólną parcelli do jednego posiadła należących; nakoniec

do rubryki ósméj, płaszczyznę ogólną wszystkich parcelli do każdego posiadła należących.

§. 15.

Wszystkie inne rubryki, poczynając od 9téj do 15téj włącznie, tłumaczą się same przez się, a właścicielom dóbr i Zwierzchnościom podatkowym zaleca się jak najdobitniéj, aby w obliczeniu ilości do tych rubryk zapisanémi być mających, jak największą dokładność zachowały, nie chcąc się wystawić na przerobienie tych operatów przez kogo innego a na własne ich koszta, coby, zwłaszcza przy krotnie dostrzeżonych niedokładnościach, bezwzględnie nastąpić musiało.

Aufnahme der von den verzeichneten Grundbesitzungen zu leistenden Robothen und übrigen Schuldigkeiten.

§. 16.

Sind auf diese Art sämmtliche in einer Gemeinde befindliche Grundbesitzungen mit der von ihnen gezahlten Grundsteuer verzeichnet, so schreitet die Grundherrschaft zur Aufnahme der Schuldigkeiten, wozu die zweite Seite des vorgeschriebenen Formulars bestimmt ist.

Nach dem neuen Gesetze.

§. 17.

Die Rubriken a) und b) sind zur Aufname der nach Maßgabe der Grundsteuer-Schuldigkeit nach dem neuen Gesetze von den jenseits verzeichneten Grundbesitzungen entfallenden Natural-Robothen bestimmt.

§. 18.

Bei der Klarheit und Einfachheit der dießfälligen Bestimmungen des Kreisschreibens kann die Einreihung der Besitzungen in die eine oder die andere Classe keinen Schwierigkeiten unterliegen. Eben so kann die Bestimmung, ob eine Grundbesitzung in die Classe der Hand- oder Zugfrohnen zu reihen, und mit welcher Bespannung sie aufzunehmen sey, nicht schwierig seyn, da hierüber nur der bisherige der Grundherrschaft gewiß bekannte Gebrauch, und im Falle des hierüber erhobenen und einverständlich nicht beseitigten Widerspruchs, die Angabe in der Urbarial-Fassion entscheidet.

Nach dem bisherigen Bestande.

§. 19.

Die Rubriken c), d), e) und f) sind zur Aufnahme jener Geld- und

Spisanie pańszczyzny i innych powinności należnych ze spisanych posiadeł gruntowych.

§. 16.

Gdy już wszystkie w gromadzie znajdujące się posiadłości gruntowe, wraz z opłacanym z nich podatkiem gruntowym spisane będą, przystąpi właściciel do spisania powinności, do czego druga stronica przepisanego wzoru jest przeznaczona.

Podług nowéj Ustawy.

§. 17.

Rubryki a) i b) przeznaczone są do spisania pańszczyzny w naturze, podług nowéj Ustanowy z posiadłości gruntowych na piérwszéj stronicy wykazanych w miarę opłacanego podatku gruntowego wypadającéj.

§. 18.

Przepisy okolnika w tym względzie są tak jasne i proste, że oznaczenie klas dla tych posiadłości nie może podpadać żadnym trudnościom. Tak równie i oznaczenie, czy posiadłość do klasy pańszczyzny pieszéj, lub też ciągłéj i z jakim zaprzęgiem zaciągnięta być ma, trudném być nie może, gdy w téj mierze tylko zwyczaj dotychczasowy, każdemu właścicielowi dóbr niezawodnie wiadomy, a gdyby względem tego sprzeczka jaka zaszła, i jednozgodnie usuniętą być nie mogła, podanie we fasyi urbaryjalnéj rozstrzyga.

Podług dotychczesnego stanu.

§. 19.

Rubryki c), d), e) i f) przeznaczone są do spisania owych danin w pienią-

Natural-Leistungen bestimmt, welche nebst der bisherigen Roboth-Schuldigkeit, oder wenn keine bestand, ohne diese entrichtet und fatirt wurden, und auch nach dem neuen Gesetze neben der nach Classen bestimmten Roboth zu leisten seyn werden.

Die Unterabtheilungen dieser Rubriken erklären sich durch sich selbst, und sind dazu bestimmt, damit die Namen dieser Leistungen in die offen gelassenen Stellen eingetragen werden.

Auch diese Geld- und Natural-Leistungen werden nach dem bisherigen Gebrauche und den in der Urbarial-Fassion gemachten Angaben einzutragen seyn.

§. 20.

Die Rubriken g) und h) sind endlich zur Aufnahme der Robothen in natura bestimmt, wie solche bisher verrichtet, und mit den Urbarial-Fassionen zur Urbarial-Steuer fatirt wurden.

Auch diese Rubriken bedürfen keiner besonderen Aufklärung, nur haben die Grundherrschaften jene Robothen, welche in Folge zeitlicher Verabredungen nur für gewisse Zeitabschnitte reluirt, und eben deßhalb in die Urbarial-Fassionen nicht mit dem Reluitionszinse, sondern so wie sie in natura gebühren, aufgenommen wurden, in diese Rubriken nur in der letzteren Art, also in natura aufzunehmen, und in der Rubrik »Anmerkung« anzuführen, daß und wie diese Robothen reluirt worden seyen.

§. 21.

Ueberhaupt haben die Grundherrschaften bei Aufnahme der bisherigen Schuldigkeiten mit aller Gewissenhaftigkeit vorzugehen, sich der Aufnahme

dzach i w naturze, które oprócz dotychczasowéj powinności pańszczyznianéj, lub jeżeli téj wcale nie było i bez téj uiszczane i fasyjonowane były, a które także i podług nowéj Ustawy oprócz pańszczyzny podług klas oznaczonéj, uiszczane być powinny.

Popodziały (subdywizyje) tych rubryk jasne są same przez się, i na to przeznaczone, aby nazwy tych danin w miejscach próżno zostawionych wpisane były.

I te daniny pieniężne i w naturze wpisać należy podług dotychczasowego zwyczaju i podania we fasyi urbaryjalnéj.

§. 20.

Rubryki nakoniec g) i h) przeznaczone są do wpisania pańszczyzny w naturze, którą dotychczas odbywano i z fasyjami urbaryjalnémi dla wymierzenia podatku urbaryjalnego, fasyjonowano.

I te rubryki nie potrzebują osobnego objaśnienia, tylko właściciele dóbr powinni ową pańszczyznę, która w skutek czasowych układów tylko na pewny czas na wypłatę obróconą (reluowaną), i z tego właśnie powodu do fasyj urbaryjalnych nie z czynszem reluicyjnym, ale tak, jak należy w naturze, zapisaną została, do pomienionych rubryk tylko w tym drugim sposobie, to jest w naturze zapisać, i do téj rubryki dołożyć uwagę, że te robocizny reluowane i jak reluowane były.

§. 21.

W ogólności będzie rzeczą właścicieli dóbr przy spisywaniu dotychczasowych powinności poddańczych zachować wszelką sumienność, i każdéj nierzeczy-

jeder Unrichtigkeit, Undeutlichkeit und Ungebühr sorgfältigst zu enthalten, welche die baldige Zustandebringung der angeordneten Regulirung und der mit derselben beabsichtigten Sicherstellung der grundherrlichen Forderung, so wie der hiedurch bedingten Wiederherstellung der Ruhe und Eintracht zwischen Grundherrn und Unterthanen nur zum Nachtheile der Grundherrschaften selbst verzögern würden.

§. 22.

Sind endlich auch die Schuldigkeiten gehörig aufgenommen, so sind die zur Aufnahme der Grundbesitzungen und Schuldigkeiten gebrauchten Bögen zusammenzunähen, der Faden mit dem herrschaftlichen Siegel anzuheften, und das Operat von dem verfassenden Beamten, von der Grundherrschaft, oder ihrem Bevollmächtigten, dann von dem Ortsvorstande, und in sofern dieser des Schreibens nicht kundig wäre, von zwei Zeugen, deren einer den Namen zu unterfertigen hat, zu unterschreiben, das so beendigte Operat aber ist in drei gleichlautenden Original-Exemplaren mit der Vollmacht dem Kreisamte oder dem exponirten Kreiscommissär, sofern die Gemeinde in dessen Bezirke liegt, zu überreichen, welcher hierüber nach der erhaltenen Instruction weiter verfahren wird.

§. 23.

Die Häusler und Inleute, obwohl sie der dermaligen Regulirung nicht unterzogen werden, sind mit ihrer gesetzlichen Schuldigkeit jährlicher 12 Handtage der Evidenz halber nach beiliegendem Ausweise .|· Nr. 2. zu verzeichnen. Nr. 2.

Lemberg den 18. December 1846.

wistości, niejasności i nienależności w spisywaniu jak najtroskliwie wystrzegać się, któreby tylko prędkie uskutecznienie nakazanéj regulacyi a z nią zamierzonego zabezpieczenia należności dla właścicieli, jak równie i przywrócenia zawisłéj od tego spokojności i zgody między właścicielami dóbr a poddanymi, tylko ze szkodą samych właścicieli przewlekać musiały.

§. 22.

Jak już i te powinności spisane zostaną, wtedy arkusze do spisania posiadeł gruntowych i powinności poddańczych użyte, zszyć i nici pieczęcią właściciela dóbr przymocować należy, i to dzieło urzędnik, który je ułożył, właściciel lub jego pełnomocnik, niemniéj urząd przełożony gromady miejscowéj, a gdyby ten pisać nie umiał, dwaj świadkowie, z których jeden nazwiska pisać nieumiejących podpisze, podpisać mają. Operat ten tym sposobem ukończony podany ma być w trzech równobrzmiących ekzemplarzach piérwopisnych (oryginalnych) wraz z pełnomocnictwem c. k. Urzędowi Cyrkułowemu, lub eksponowanemu Cyrkułowemu Komisarzowi, jeżeli gromada w jego zostaje obwodzie, który w téj mierze podług danéj sobie instrukcyi daléj postępować będzie.

§. 23.

Chałupniki i komorniki, chociaż do teraźniejszéj regulacyi wziętymi nie zostali, wszelako dla zachowania ewidencyi z ustanowioną prawnie powinnością odrabiania 12 dni pieszych do roku, podług załączonego wykazu .|· Nr. 2., spisani być powinni. Nr. 2.

We Lwowie d. 18. Grudnia 1846.

Nr. 1.

Lemberger Kreis. Grundherrschaft Kozice.

Gemeinde Kozice.

Regulirungs-Operat

der unterthänigen Robothen und anderen Inventarial-Schuldigkeiten nach dem Kreisschreiben vom 25. November 1846 Zahl 71881.

Obwód Lwowski. Państwo Kozice.

Gmina Kozice.

Układ regulacyi

pańszczyzny i innych inwentarskich powinności poddańczych podług okolnika z dnia 25. Listopada 1846 do liczby 71881.

1	2	3	4	5	6			7	8		9	
Post-Nr. Liczba		Des unterthänigen Grundbesitzers Posiadacza gruntu poddańczego		Alle Grundstücke des Wszystkie grunta								
laufendes ciągła	des Summariums der individuellen Grundertragsbögen sumaryjusza indywidualnych arkuszów dochodu gruntowego	Vor- und Zuname imię i nazwisko	Haus-Nr. Numer domu	Anzahl derselben Ilość tychże	Gesetzliche Eigenschaft Prawne przymioty			Summe Ogółem	Gesammt-Flächenmaß Przestrzeni ogołem		Einjähriger Reinertrag Roczny tego, co	
				Die neuen topographischen Nummern Nowe liczby topograficzne	Dominicale pańskie	Freie wolne	Rusticale włościańskie	Anzahl der Parcellen Ilość kawałków (parceli)	Joch morgów	□ Klft. sążni kwa.	Aecker z pól	
											fl. złr.	kr.
1	30	Drymała Hnatko	4	63. 64. 164. 216. 294. 295. 373. 374. 433. 493. 494. 551. 583.	—	—	13	13	17	724	39	59¼
1	30	Drymała Hnatko	4	63. 64. 164. 216. 294. 373. 374. 433. 493. 494. 551. 558.	—	—	12	12	17	319	39	59¼
1	30	Drymała Hnatko	4	63. 64. 164. 216. 294. 295. 373. 374. 433. 493. 494. 551. 558. 608.	—	—	14	14	17	1024	41	19¼
1	30	Drymała Hnatko	4	63. 64. 164. 216. 294. 373. 374. 433. 493. 494. 551. 588. 760.	1	—	12	13	17	724	39	59¼
1	30	Drymała Hnatko	4	63. 64. 373 a. 493. 494. 551. 588.	—	—	6½	6½	9	1587	14	48½
2	30	Drymała Iwan	66	164. 216. 294. 295.	—	—	4	4	4	1021	13	50½
3	30	Drymała Hryńko	67	373 b. 374. 433.	—	—	2½	2½	2	1316	11	21
1	30	Drymała Hnatko	4	63. 64. 373 a. 493. 494. 551. 588.	—	—	6½	6½	9	1587	14	48½
	30	Drymała Iwan	66	164. 216. 294. 295.	—	—	4	4	4	1021	13	50½
	30	Drymała Hryńko	67	373 b. 374. 433.	—	—	2½	2½	2	1316	11	21
1	30	Drymała Hnatko	4	63. 64. 164. 216. 294. 295. 373. 374. 433. 493. 494. 551. 583.	—	—	13	13	17	724	39	59¼
	30	Drymała Iwan	66									
	30	Drymała Hryńko	67									
		Fürtrag . Do przeniesienia										

Grundbesitzers
posiadacza gruntu

riger Grunderirag nach Abzug clamations-Nachlässe, von dochód z gruntu po odtrąceniu w skutek reklamacyi upuszczono						Hievon die ganzjährige Grundsteuer nach dem Steuerfuße pro $184\frac{5}{8}$, von Od tego całoroczny podatek gruntowy podług stopy podatkowéj na rok $184\frac{5}{8}$							
Wiesen z łąk		Hutweiden und Waldungen z pastwisk i lasów		Zusammen razem		Aecker z pól		Wiesen z łąk		Hutweiden und Waldungen z pastwisk i lasów		Zusammen razem	
fl. złr.	kr. ka.	fl. złr.	kr. kr.	fl. złr.	kr. kr.	fl. złr.	kr. kr.	fl. złr.	kr. kr.	fl. złr.	kr. kr.	fl. złr.	kr. kr.
9	9	—	—	49	$8\frac{1}{4}$	2	$42\frac{3}{8}$	1	$1\frac{6}{8}$	—	—	3	$44\frac{1}{8}$
8	26	—	—	48	$25\frac{1}{4}$	2	$42\frac{3}{8}$	—	57	—	—	3	$39\frac{3}{8}$
9	9	—	—	50	28	2	$47\frac{7}{8}$	1	$1\frac{6}{8}$	—	—	3	$49\frac{5}{8}$
9	14	—	—	49	$13\frac{1}{4}$	2	$42\frac{3}{8}$	1	$2\frac{3}{8}$	—	—	3	$44\frac{6}{8}$
4	24	—	—	19	$12\frac{1}{2}$	1	$-\frac{1}{8}$	—	$29\frac{9}{8}$	—	—	1	$29\frac{7}{8}$
2	29	—	—	16	$19\frac{1}{2}$	—	$56\frac{2}{8}$	—	$16\frac{6}{8}$	—	—	1	13
2	16	—	—	13	37	—	46	—	$15\frac{2}{8}$	—	—	1	$1\frac{2}{8}$
4	24	—	—	19	$12\frac{1}{2}$								
2	29	—	—	16	$19\frac{1}{2}$	2	$42\frac{3}{8}$	1	$1\frac{6}{8}$	—	—	3	$44\frac{1}{8}$
2	16	—	—	13	37								
9	9	—	—	49	$8\frac{1}{4}$	2	$42\frac{3}{8}$	1	$1\frac{6}{8}$	—	—	3	$44\frac{1}{8}$

a b c d

Dieser hat an Inventar-Schul-

Tenże ma powinności inwen-

An Roboth in Natura nach Maßgabe der ganzjährigen Grundsteuer-Schuldigkeit nach dem neuen Gesetze
Pańszczyzna w naturze w miarę opłacającego się całorocznego podatku gruntowego podług nowéj Ustawy

An sonstigen Geld- und Naturichtet und fatirt wurden, leisten
Przytém w czynszach pieniężnych wano i fasyjonowano, i być

Handroboth pieszéj		Zugrobothtage pociążnéj									im Gelde W. W. pieniędzmi w. w.			in Körnerfrüchten osypem			
			mit Pferden końmi				mit Ochsen wołmi										
nach der Classe podług klasy	Tage dni	nach der Classe podług klasy	4	3	2	1	4	3	2	1	Grundzins czynszu gruntowego						
			spännig sprzężnéj								fl. złr.	kr. kr	fl. zr.	kr. kr	Koretz korcy		
—	—	I.	—	—	52	—	—	—	—	—	—	$3\frac{6}{8}$	—	—	—	—	—	—
—	—	I.	—	—	52	—	—	—	—	—	—	$3\frac{6}{8}$	—	—	—	—	—	—
—	—	I.	—	—	52	—	—	—	—	—	—	$3\frac{6}{8}$	—	—	—	—	—	—
—	—	I.	—	—	52	—	—	—	—	—	—	$3\frac{6}{8}$	—	—	—	—	—	—
II.	52	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—
I.	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	$1\frac{6}{8}$	—	—	—	—	—	—
I.	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	I.	—	—	52	—	—	—	—	—	—	$3\frac{6}{8}$	—	—	—	—	—	—
—	—	I.	—	—	52	—	—	—	—	—	—	$3\frac{6}{8}$	—	—	—	—	—	—

e f g h i

digkeiten jährlich zu leisten
tarskich rocznie oddawać

tural-Leistungen, wie solche bisher ent- und auch nach dem neuen Gesetze zu seyn werden nieżnych i daninach, jakie dotąd da- podług nowéj Ustawy także dawane mają							An Roboth in Natura, wie solche bisher verrichtet und fatirt wurde W pańszczyźnie w naturze, jaką dotychczas odrabiano i fasyjo- nowano									Anmerkung. Uwaga.
Gänse gęsi	Hühner kur	Eier jaj			Gespunst aus przędzy herrschaftlichen Stoff z przędziwa pańsk.	unterthänigen Stoff z przędziwa poddan.	Handrobotht tage pieszéj dni	Zugrobotht tage pociążnéj mit Pferden końmi 4	3	2	1	mit Ochsen wołmi 4	3	2	1	
Stücke sztuk					Strähne motków		spännig sprzężnéj									
½	3	7½	—	—	3	—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	Im Falle die Wirthschaft unverändert blieb. Jeżeli rola nie doznała żadnéj odmiany.
½	3	7½	—	—	3	—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	Im Falle eines Abfalls. W razie ubytku.
½	3	7½	—	—	3	—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	Im Falle eines Zuwachses. W razie powiększenia go.
½	3	7½	—	—	3	—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	Im Falle eines Tausches. W razie zamiany.
—	1	3	—	—	1	—	—	—	—	32	—	—	—	—	—	Zu §. 11. bei einer Statt gefundenen Theilung. Do §. 11. w razie zaszłego podziału.
½	1	2½	—	—	1	—	—	—	—	25	—	—	—	—	—	1ter Fall 1szy przypadek der geschehenen Theilung. zaszłego podziału.
—	1	2	—	—	1	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	
½	3	7½	—	—	3	—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	2ter Fall 2ry przypadek
½	3	7½	—	—	3	—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	3ter Fall 3ci przypadek

Ortsvorstand.
Przełożony gminy.

Unterschrift des Verfassers.
Podpis układającego.

Unterschrift des Grundherrn oder seines Bevollmächtigten.
Podpis pana albo jego pełnomocnika.

.|. Nr. 2.

Kreis: Lemberg. Herrschaft: Kozice. Gemeinde: Kozice.
Cyrkuł: Lwowski. Państwo: Kozice. Gmina: Kozice.

Verzeichniß
Spis

der in dieser Gemeinde bestehenden Häusler und Inleute.
komorników i chałupników w téj gromadzie znajdujących się.

Posten-Zahl Liczba porządkowa	Haus-Nummer Numer domu	Namen der Häusler und Inleute Nazwisko chałupników i komorników	Leisten Handtage odbywają dni pieszych	
		Häusler: Chałupnicy:		
1	16	Jan Fedko	12	
2	69			
3				
4				
5				
6				
7				
		Inleute: Komornicy:		
1				
2				

Unterschriften
wie auf dem Operate.

Podpis
jak na układzie.

Fredro Aleks.

Uwagi nad stanem socjalnym Galicji 1846 r.

Fredry

Uwagi

Nad stanem socialnym Galicyi 1846

Wypadki które krwią i zniszczeniem okryły część Galicyi i na dal równem zagrażaią nieszczęściem nie są przypadkowe ani wynikaią iedynie z zamierzonego, w wybuchnieniu swojem przytłumionego powstania — przyczyna ich sięga dawniejszych czasów i stosunków i aby ie zrozumieć w przeszłość zapuścić się trzeba.

Tylko dokładne poznanie przyczyny złego może wskazać zaradcze środki, w rozpoznaniu zatem bezstronna sumienność a w wyiawieniu prawdy otwartość śmiała przewodniczyć powinny, zgodne wielkiego zadania, którem jest: przywrócenie i ustalenie dawnego porządku.

Przy rozbiorze Polski C: K: Austryiacki rząd obejmuiąc w posiadanie Galicyią, miał przed sobą dwie drogi: albo zachować te prowincie pod swoią władzą i zarządem jako prowincię polską i dać w niej istnieiącym dawnym stosunkom i żywiołom cywilizacyi, pod wpływem narodowości a swoim kierunkiem, rozwijać się i wykształcać — albo spoić ią jednością ustaw administracyi, wychowania publicznego i ięzyka z dawniejszemi prowinciami Państwa austryiackiego, i z tymi zupełnie zassymulować." Wybrana została ostatnia droga a z tej wywinęły się dwie konsekwencye na siebie wzaiemnie działaiące.

Pierwsza: że Kraiowcy nieznaiąc ani ięzyka, ani form nowo zaprowadzonych, zostali roznemi powodami odsunięci od udziału,

a przeto i wszelkiego wpływu w rządzie prowincyi. —
Druga zaś konsekwencia była, obsadzenie urzędów cudzo=
ziemcami nieznaiącemi ani ięzyka ani stosunków i własno=
ści miejscowych. — Ztąd powstały dwie przeciwne sobie dążno=
ści które rozwiiały się za horyzontem rządu centralnego:
dążność narodowości, i dążność biurokracij.
Właściwie tylko te ostatnią nazwaćby można dążnością,
ponieważ rozwiiała się czynnie — pierwsza zaś była tylko
wyrazem odepchniętej i w sobie zamykaiącej się narodowości.
Naprzeciw tej narodowości zdawałoby się stanąćby powin=
na narodowość niemiecka — lecz wcale nie.
Te dwie narodowości nie są sobie przeciwne, zlać się w siebie
nigdy nie mogą, bo są obcej sobie natury ale zarodu wstrętu
żadnego w nich niema, przeciwnie wspólne cywilizacyjne
dążenia spokojne obce narodów usposobienie, samo położenie
geograficzne, stosunki gospodarcze handlowe, a może i wspól=
ne niebezpieczeństwo grożące pociągaiąte dwie narodowości
ku sobie.
Epoka zaborów woiennych iuż się dla cywilizowanych narodów
skończyła, a nastała epoka spokojnych cywilizacyj postępów;
tym postępom rożnice które stanowią narodowość żadnym sposo=
bem szkodzić niemogą —
Nie narodowość zatem niemiecka przeciw narodowości polskiej
iako nieprzyiazna potęga stanęła, ale stanęła władza obcych
urzędników, która oddalona od oka rządu centralnego zostawiona
sama sobie, wzrosła w silną biurokracyją
Biurokracya iuż ze swoiej istoty iest nieprzyiazną nietylko
obcej ale i własnej narodowości — Zgóry biorąc swoie życie
rozwijając się w dół, garnie pod siebie to, co każda naro=
dowość zdołu do góry się wznosząc się, osiągnąć pragnie — W po=

czątku w obwodach wyż rzeczonych dążnosci nietyle działał indywidualizm na drodze iakowegoś w daleką przyszłość wytkniętego planu, jak raczej rozwiiała się tylko ciągle konieczna konsekwencija pierwszego iej zarodu — Jako współubiegaiące musiały nietylko pozostać sobie zawistnemi i nieprzyiaznemi ale co więcej siły /: aby tak rzec :/ swoiego życia i wzrostu tylko ze wzaiemnej szkody czerpać mogły. — I tak zaraz ięzyk niemiecki staiąc się powszechnym w szkołach stał się ułatwieniem iednej a utrudzeniem drugiej stronie, a z tąd wynikła w rownej mierze i stosunku łatwość lub trudność osiągnienia iakiego stanowiska w składzie społeczeństwa. —

Nie tylko ięzyk obcy pięciu milionom ludnosci a właściwy tysiącu urzędników stał się na zawadzie tej ludnosci ~~a właściwy~~ w postępie intellektualnym w publicznym współdziałaniu w opatrzeniu nareszcie przez to i własnego losu, ale i skład miejscowych stosunków wzmacniał nierownoscią przystępu do nauk nierowność dalszej konkurencij.

W kraju rozległym, ~~rozległym~~ rolniczym, miast niewiele; w miastach szkoły i siedziby urzędników, a po wsiach kraiowców, kiedy za tem dzieci urzędników od początku aż do ukończenia nauk niewychodzą jeżeli nie rodzicielskiego, to przynajmniej familijnego domu, przeciwnie dzieci tak maiętnych iakoteż ubogich kraiowców muszą pod obcą odległą i niedostateczną opieką zaraz z początku wchodzić — im dalsze szkoły tem większe koszta dla rodziców, koszta które częstokroć giną bez wynadgrodzenia dla braku dozoru ojcowskiego, lub dla braku zakładów edukacyjnych których w całym kraiu ani iednego niema.

Przeciwnie dziecięcej ieszcze lekkomyślnosci ukarani wyłączeniem ze szkół powraca rodzicom ciężar, a społeczeństwu nieużytecznego członka daie. Jeżeli przy tem na wzgląd weźmiemy protekcię która w każdym razie prędzej naturalnie swemu

niż obcemu udzieli się i w czyim ręku ta protekcya — wytłumaczy się łatwo, co się wyżej powiedziało, że dwie dążności rozwiiaiące się za horyzontem rządu centralnego siłę swoiego życia i wzrostu tylko w szkodzie wzaiemnej czerpać mogą. —

I kiedy one zrazu porywały i unosiły (wstępuiący w nie, później zbiegiem czasu) indywidualizm coraz świadomszy swego położenia zaczął niemi kierować, dążności obiawiły się stronnictwami, stronnictwem biurokracii i stronnictwem narodowości. —

Narodowość w Polsce była i iest dotąd z dwoch części złożona; Jedna prawie nieświadoma siebie, która wynika z położenia ziemi klimatu, pokarmu, sposobu życia, krwi i ięzyka druga zaś świadoma siebie, która żyie tylko życiem pierwszej lecz wzmaga się wspomnieniami stosunkami przez wieki utrwalonemi ukształceniem umysłowem, a nareście i władzą którą długo posiadała. Pierwszej reprezentantem iest lud drugiej szlachta, a z nią i klassa wyższym stopniem ukształcenia oświecona. — Po rozbiorze Polski pierwsza została nietknięta, bo tkniętą bydź nie mogła. — druga zaś ze swoich tylko korzyści spłacać musiała stratę ojczyzny. — Kiedy więc pełnomocnicy obcego rządu zmienili się w stronnictwo biurokratyczne, tylko narodowość działaiąca mogła zwrócić na siebie nieprzyiaźń iego, tylko iej reprezentanci, to iest ~~szlachta~~ szlachta mogli stać się iego przeciwnikiem; ale zagrodzić przeciwnikowi drogę postępu moralnego zdało się biurokracij niedostatecznem, uznała ieszcze za potrzebne osłabić go materialnie, poróżniła więc z ludem młodszym bratem iednej matki. — Wszystko co tylko drażliwego, dotkliwego ma w sobie władza wykonawcza administracii wszystko to dziedzic naprzeciw swej gromadzie połączył w swą osobę a dobrodziejstwa które zdawien dawna wypływały z iego woli i ciągle czuwaiącej opieki przeszły w obowiązuiące go

prawo nie wzniecały już więc wdzięczności, ale otwierały pole do nieograniczonych żądań i nieukontentowań.
Dotąd biurokracia zajmowała stanowisko li protekcionalne a szlachtę naprzód wysunięto, iak iglicę ściągaiącą pioruny, iglicę znikaią, ale nie pioruny — lecz w kogo odtąd bić będą? wielkie pytanie!

Jeżeli pierwszy szczebel administracii ściąga na siebie wielkie ciężary, nie wynika z tąd aby miał bydź źle umieszczonym w ręku dziedziców, i owszem, patrialchalna władza dziedzicom przynależy, nikt iej nigdy skuteczniej nie zastąpi. ale wyższe urzęda zastępuiąc częstokroć arbitralnem rozstrzygnieniem prawa i rozporządzenia, które za niestosowne dla kraiu uznawały a o których zmianę nie chciały się starać, potrąciły przeto i dziedziców w nieiaki absolutyzm który znowu z drugiej strony był celem prześladowania ze stanowiska istnieiących, zapomnianych, i tylko w duchu stronnictwa obudzonych przepisów. —
Stosunki poddańcze w praktyczne nieuięte karby stały się powodem do owych licznych po kilkadziesiąt lat trwaiących peregrywacyjnych procesów. W niepewności zasad utrudzało rozstrzygnienie, wymaganie wynadgrodzenia za najodleglejszą przeszłość wywołało uporczywą obronę i przeszkadzało w załatwieniu w drodze zgody. Ogólnym zaś ich skutkiem była demoralizacia podrzędnych urzędników, których sobie uiąć starały się spieraiące strony, ~~[illegible]~~ lękliwa oględność w udzielaniu łaski u dziedziców a nieufność i zawziętość u gromad, utworzenie nakoniec klassy pokątnych pisarzy instygatorów wtorej klassy biurokratuiącej, którzy dla lichego zarobku nieśli wszędzie niezgodę i teraz są iej najgorliwszemi apostołami.
Na zmianie patryarchalnej opieki stanów na opiekę prawniczej biurokracij, włościanin w Galicij nieczyskał, z ubogie=

go został nieszczęśliwym, bo stracił wiarę w ludziach i Bogu, bo przyjął w sercu zaród nieukontentowania i zawiści, bo się nareście odsunął od tych od których iedynie oświata dobroczyn=cza na niego przelać się mogła.

Ale na tem wszystkiem biurokracia zyskała, bo iej nienawi=dzona szlachta co raz bardziej sama - co raz bardziej opuszczo=ną się widziała. Patrzała szlachta polska w milczeniu ale z bolesnem uczuciem i trawiącą goryczą, iak ią obdzierano powoli i następnie z wszystkiego co tylko człowieka uszla=chetnić może — Wytrącona z czynnego życia, którego działa=nie nigdy im za wysoko, ni zadaleko nie było pełzała te=raz w prywatnym zakresie; czuie że niepostępuie w wykształ=ceniu intellektualnym, bo nie ma pola go rozwinąć. Widzi się bez władną i potępioną, że niewypełnia powołania swego względem tych których opatrzność iej podrzędnemi uczyniła, widzi każdą myśl wypływaiącą ze swoiej naro=dowości wszędzie ściganą, zawsze odepchniętą. I wszystkich tych bolesnych uczuć przyczyną przeciwnemu tylko stron=nictwu przypisać może.

Dobroczynne zamiary najwyższych rządów dla kraju ro=wnie iak tegoż głos do tronu przechodząc przez stronni=ctwo biurokratyczne przybierały inną formę i treść inną. Nieufność wzaiemna w obu stronnictwach wzma=gała się i doszła do tego stopnia, że zniknął nareście punkt gdzieby ich dążności spłynąć się mogły gdzieby iaka korzyść albo szkoda dla nich wspólną bydź mogła.

Opozycia została opozycią quand même: —

Kiedy więc żywioł ruchu bezwzględnego przeciw istnieiącemu porządkowi rzeczy obiawiaiący się w różnych kształtach, uciekaiący się roznemi drogami stanął w kraju naszym między dwoma stronnictwami dzielącemi społeczeństwo, nie=

znalazł w stronnictwie narodowem ukształconej, znaczną liczbą wyznawców reprezentowanej, opinij któraby go mogła śmiało odtrącić lub rozsądnie oczyścić.
I iakże taka opinija ukształcić się mogła, kiedy wszystkie zgromadzenia światlejszych ludzi, nawet prawem zezwolone, starano się zawsze skrócić lub zniweczyć, bo zgromadzenia wychodzą z narodowości, przeto grożą biurokracij — a iednak opinija przeważna w kraiu tylko z długiego ścierania się zdań wywiązać się może; im lepiej zrozumiane, tem twalsze maią być te zasady, tem silniejsze działania, tem ~~też~~ łatwiejszy znią układ w iakimkolwiek względzie. —
Jeżeli więc ustne udzielanie myśli niemogło wyrobić przeważnej opinii tem mniej się to ieszcze stać mogło za pomocą druku; nasze gazety milczą o tem co się w kraju dzieje milczą o reformie miejscowych stosunków od których ~~od których~~ byt przyszły i spokojność każdego zawisły — milczeć nawet muszą w obronie przeciw tym pod obcem niebem wylęgłym wzrosłym w nieznanych nam potrzebach prowadzącym w krainę marzeń i obłędu tym stokrotnym pryncypium które wszakże z niezmordowaną pracą wciskać do nas pod roznemi postaciami starano się nieustannie; żywioły zatem które potrącił w rozprężenie socialne stronnictwo narodowości powściągnąć nie mogło tem więcej że go stronnictwo biurokracii w części na swoią korzyść użyć chciało niewyrachowawszy wcale, czy ~~czy iest wdolnym~~ iest dość silnem zostać na dal iego panem.
Rozstrzelone zaś zdania po kraiu zostawione samym sobie brały nowo na nie nacieraiące myśli w takiej formie iak się tymże objawiać podobało ulegały najczęściej iak iednostka większej liczbie uledz musi, zwłaszcza kiedy nie ma sposobności przekonania się czy ta liczba iest istotną — nie ieden potakiwał by przerwać rozprawę, nie ieden pieniężnym datkiem chciał wykupić swój udział osobisty nie ieden w ja=

wności widział niezaprzeczoną siłę, nie jeden nareszcie przeko=
nany o niepodobieństwie czynu spuszczał się na opiekę systematu
który go nauczył uważać się zawsze za małoletniego, lub
za żołnierza, którego obowiązkiem słuchać a nie rozkazywać —
ogólnie biorąc więcej było wieści niż namowy więcej groźby
niż przekonania mało odporu mniej ieszcze udziału.
Takie to iest owe mniemane współdziałanie wszystkich, któ=
re w rzeczy nie było iak tylko powziętą wiedzą najczęściej
z ust znakomitych urzędników w kraju.
Z głębokim więc przekonaniem powtórzyć możemy że wstrzę=
śnienie stanu socialnego nie działaniu narodowości przy
pisać należy ale właściwie brakowi działania niedość w niej
rozwiniętej siły i powagi. — Niemożemy wchodzić w krwawe
zdarzenia zachodnich Cyrkułów — czas ie wyświecić może,
Bóg osądzi pewnie! —
Zastanowimy się tylko nad tem co wiadome, co nam do dal=
szego rozwinięcia myśli staie się potrzebnem (Powstanie chłopów nie było austryiacko patriotycznem, za) patriotyzm
bowiem tylko w tenczas by ie przypisać można, gdyby zwycię=
zcy po zwalczeniu burzycieli istnieiącego porządku byli zaraz
do niego powrócili iako do stanu dobrego, ulubionego, który
swoiemi materialnemi korzyściami /: bo o innych mowy być
nie może :/ wzbudzał i utrzymywał ich przywiązanie do rządu
tak nazwany patriotyzm.
Ale gdy nie tylko niewrócili, lecz teraz wszędzie sami bierni
i czynni przeciw niemu występuią, więc okazuie się wy=
raźnie, że ich rzucenie skrytobójcze nie tak było na insur=
gentów, ile raczej na dziedziców i mandatariuszów iako wy=
konawców w pierwszej instancii rzeczonego porządku, nie
ulubionego więc, ale znienawidzonego od dawna a którego
sprostowanie tysiący próźb, lat tyle rozbijało się o Urzędy.
Czyn morderczy wypełniony przez chłopów przybrał zaraz

z początku u całego ludu w Galicyi formę która odpowiada poprzedniczemu twierdzeniu – po całym bowiem kraiu rozlega się wieść nie zwycięztwa nad burzycielami pokoiu ale tylko: że chłopi panów wymordowali, są iuż wolni, nie robią pańszczyzny. ——

Później lubo wczęści zmuszono morderców do obowiązków prawem nakazanych, dalsze okolice o tem niewiedzą, ~~nie~~ wiedzieć niechcą, ieden głos grzmi tylko; są wolni, nic nie robią, bo panów wymordowali.

Pochwały zaś źle zrozumiane, i ulgi w powinnościach których doznali pociągnęli za sobą smutną acz nieprzewidzianą konsekwencią to iest: przekonanie że ieżeli zupełnie nie są wolnemi od wszelakiej robocizny, to dla tego iedynie, że zupełnie wszystkich panów niewymordowali. A zatem nie patriotyzm ale długo pielęgnowana ciągle drażniona nienawiść do istnieiących stosunków była iedną z najgłówniejszych z tych o których mowić możemy przyczyn obudzenia potęgi ludu, a ta potęga raz obudzona maiąc za sobą wybór poszła za potrąceniem, które ~~lepsze~~ większe bezpieczeństwo lepsze korzyści, i pewniejsze skutki obiecywała. ——

Jakiż teraz iest stan rzeczy, i iakich skutków spodziewać się można?

Targnienie się ludu na władzę miejscową, mordy po największej części nieusprawiedliwione ani obawą o własne niebezpieczeństwo, ani zawrotem trunku, ani nawet w wielu razach szałem obłędu; przywłaszczenie sobie wreście cudzej własności wszystko to, ieżeli iako czyn iuż dopełniony nie ściągnęło wkroczenia karzącego prawa musiało obudzić wątpliwość o wszelkiej prawości w niewykształconych namiętnościach zaciemnionych poięciach ludu.

Dowodem tego niech będzie szalona pogłoska: że iuż

10ᵉ Bożego przykazania Cesarz skassował. Prawo z bezprawiem miesza się coraz bardziej i staie się oporu przyczyną. Jedni żałuią że mało, drudzy że nic niezrobili, pierwsi winuią się otwarcie że oszczędzali kobiety i dzieci, bo te żyiąc odziedziczą po zamordowanych te prawa, które oni bezprawiami zowią które są podług ich mniemania utrzymywane tylko wpływem przemożnych panów. — Zostawieni są w chęci wyłamania się w przekonaniu że ich mordy niebyły zbrodnią — zostawieni są w chęci wyłamania się z karbów posłuszeństwa, chęci której tylko sposobności niestaie aby w krwawy czyn przeszła.

Ulegaią iedynie sile zmuszaiącej, uiszczaiąc się z obowiązków swoich względem Pana. Wychodzą oni wprawdzie tu i owdzie do roboty i przez to wprowadzaią w błąd wyższe urzęda, że wszystko wraca do dawnego porządku, ale ich robota nie tylko leniwa ale często na przekor wykonana — Zuchwalą się, rozszczą najdziwaczniejsze pretensie, odgrażaią się słowem; usposobienie do anarchii nie zmiejsza się ale raczej zwiększa. — Inne mniemanie w tym względzie ze strony władz rządowych mogłoby za sobą najgorsze skutki pociągnąć. Wszakże iuż w wielu miejscach gromady oskarżać zaczynaią Urzęda Cyrkularne, iakoby te przekupione bezprawnie przeciw nim działały — Sprawdzać się więc już poczyna przewidziana konsekwencja zniszczenie moralnej władzy dziedziców. — Biurokracia zaczyna brew w brew z massami stawać niemaiąc innej nad bagnety pomocy. Przytłumiwszy narodowość ciwilizowaną, obudzi dziką której przewodzić ku wykształceniu nie zechce, nie może, z którą w wiecznym sporze pozostać musi. —

Bezprawie bezkarnie puszczone nieginie, odradza się w korzeniu i coraz bujniejsze; walka z nim tem straszniejsza

im dłużej zwlekana.

Nie zemsta to stronnicza wzywa karzącego prawa, głos rozpaczy o sprawiedliwość prosi o równą dla wszystkich; nie chęć nabywania przewagi, nie chęć zgnębienia drugich powoduie ~~drugich~~ nami, ale właśnie dla wyprowadzenia z błędu ludu całego w którem brnie coraz więcej, dla poiednania go z samym sobą z Bogiem z społeczeństwem na drogę prawa powrócić trzeba. Bezprawie za punkt oparcia do dalszego postępu za zasadę do kształcącej się budowy socialnej przyiąć nie można.

~~Bezprawność~~ Bezkarność przechodząc w tradycią udowodniać będzie w przyszłości możność wystąpienia z kolei prawa. Bezkarność będzie zawsze stała na zawadzie do polepszenia losu naszych włościan. Bo każde dobrodziejstwo uznaliby za konsekwencyą występku, bo i pomyślność ich choćby najwyżej posunięta datowana od bezprawia niemogłaby być ani trwałą ani spokojną. Trwałość mieszka w prawności, spokój w czystym sumieniu. Ręka krwią bratnią zmazana nie będzie nigdy ogniwem socialnego porządku.

Dla ogólnego dobra nietyle idzie o ukazanie czynu, iak więcej o uznanie kary godnym a potępienie jawne bezprawia by w prawo nieprzeszło. — Winny w nieograniczonej łasce Monarchy nadziei tracić nie może, jeżeli winę swoią uzna i ieżeli iej żałować może.

Gdyby zaś ustalenie porządku nadal zostawiono czasowi piątrzyłaby się tylko budowa grożąca zawsze upadkiem. Jeżeliby stronnictwo biurokratyczne wrócić chciało i mogło do dawnego systematu który siłę porządku opierał na rozdwoieniu jednorodnych iego części, byłoby to okropnem marzeniem; siły tylko równe spierać się mogą. — Władza dziedzi=

ców ~~tak iest~~ tak iak teraz iest postawiona przeciw potędze chłopów długo ostać się nie zdoła. — A przytem iedno z dwojga albo szlachta nie iako szlachta, lecz iak część oświeceńsza i maiętniejsza iest ieszcze czem znaczącym i potrzebnem w całości społeczeństwa, albo iest niczem? W pierwszym razie trzeba na nią mieć wzgląd i przez ciągłe odstręczanie nierzucać iej w nowy kierunek ieżeli nie czynu to chęci — W drugim zaś nie będzie iuż mogła odgrywać owej odwracaiącej roli którą od lat 70 kilku odgrywała i której teraz padła ofiarą.

Przedsięwzieliśmy w niniejszym piśmie wykryć przyczyny złego położenia kraiu i zgruntownego tychże poznania wnioskować o zaradczych środkach. Przedsięwzieliśmy szukać prawdy śmiało i sumiennie, ią wyiawić. Z tego ostatniego względu uczyniliśmy zadość zadaniu naszemu. Niechże nam wolno będzie postępować dalej ku zamierzonemu celowi, przełożyć kategorycznie zaradcze środki, z których iedne ~~tylko~~ iako zapewniaiące trwały porządek nadal, drugie zaś iako odporne przeciw obcemu złemu przedsięwziąść zdaie się nam nieodzowną potrzebą — Zapewnieni przytem iesteśmy że śmiałe wyiawienie naszego zdania za przychylność a żądanie za najpokorniejszą tylko prozbę przyięte będą.

Co do środków działaiących na dal:

1 Aby reprezentacya stanowa wolą s. p. Cesarza Józefa urządzona a rozszerzona i zapewniona Aktem Kongresu Wiedeńskiego weszła w odpowiednią celowi swoiemu działalność. Jak na zgromadzeniach sejmowych wnioski tyczące się wewnętrznych interesów kraiu wolne, a diskusie nie na kilkunastu godzinach ograniczone będą, natenczas wywinie się ze sporu zdań opinia większości przeważna w kraiu, pociągaiąca ku sobie i deryguiąca sobą podług zasad

porządku i prawa której niebytność opłaciliśmy drogo w ostatnich czasach. Stosunki miejscowe, potrzeby kraiu, iego korzyści i szkody ewentualne przez nikogo gruntowniej i rzetelniej rozstrząsane być nie mogą, iak przez tych których tyczą się bezpośrednio. Jak protokoły obrad sejmowych będą nie ich treści wyciągiem ale dokładnym powtarzaniem i staną się przez to u podnóża tronu wiecznem zwierciadłem zwierciadłem tak zbiorowych powodów wszelkiego postanowienia iako i ~~indywidualnych~~ indywidualnej tendencyi i zdolności na ten czas naród z rządem łączyć się będą związkami ufności i dobrze zrozumiałego wspólnego interesu. Wydział stanowy niemoże być odgłosem rządu stałby się bowiem zupełnie nieużytecznym powinien zatem mieć aczkolwiek pod iego supremacią ile możności niezawisłą działalność połączenie więc urzędów w tych dwóch instancyach w iedną iaką osobę niezdaie się być odpowiednym iego przeznaczeniu. Podług najwyższego postanowienia dwóch doradców wybranych z grona obywateli stanowych miało zasiadać na obradach gubernialnych.

Ci doradcy zmienieni w konsyliarzy i zaięci specialnem referatem stali się dla kraiu nieużytecznemi zupełnie.

2 Zaprowadzenie ięzyka polskiego w szkołach i urzędach w Galicii przedstawia nam iako konieczna konsekwencia zasady od najwyższej łaski spodziewana utrzymywania narodowości w prowincyach. Przykład tej zasady w Królestwie Lombardyi tylko do naśladowania skłonić może. Nauki są najłatwiej w ojczystym a najtrudniej w obcym ięzyku poięte, trudność taką tylko poiedyncze talenta potrafią przełamać ogół zaś otrzymuie wykształcenie płytkie i powierzchowne. Jak zaś rzeczą pewną że rządy od gruntownie uczonych ludzi niczego obawiać się

nie mogą, tak z drugiej strony niepodpada wątpliwości
że ludzie powierzchowni i półuczeni są dla nich najnie=
bespieczniejszemi — Z tego względu i literatura która iest
obiawieniem i przewodnią razem ukształcenia umysłowe=
go narodu, iakiekolwiek iest iego położenie polityczne
z korzyścią tylko tak dla kraiu iak dla rządu wzrastać
może — Jeżeli zbyt ciasne więzy iej wzrostu nieskrzywią. —
Przez zaprowadzenie ięzyka polskiego w szkołach tutejszych
i urzędach utworzyło by się szersze pole młodzieży galicyj=
skiej do rozwinięcia zdolności swoich na drodze prawej i
do użycia ich w usługach kraiu. Przez to samo zmniej=
szałaby się ledwie nieznikła liczba tych, co nie maiąc za=
dnych przed sobą widoków daią się porywać najczęściej
mimo swej woli pierwszym odgłosem rozruchu, w każdej
bowiem zmianie spodziewaią się los swój opatrzyć do
czego im dzisiaj droga ledwie nie zamknięta — Narodowość
Polska która się dziś zamyka głównie i wyłącznie nie
mal w samym ięzyku iest przez dążność przytłumienia go
wielce drażniona i pobudzona do czynów ~~do czynów~~ gwałtownych,
przez wrócenie mu zaś iego praw miejscowych weszłaby
spokojnie w zakres działania odpowiadaiący iak się wy=
żej wyłuszczało potrzebom kraiu i rządu. —
Z powodu gwałtownego wciskania się ięzyka niemie=
ckiego nawet w szkółki pierwszego stopnia zakładanie tychże
po wsiach nieznalazło udziału ani pomocy w kraiu, ta=
kiej iakiejby znaleść była powinna zwłaszcza że wszy=
scy są przekonani o potrzebie rozszerzenia między ludem
oświaty, której abecadłem są niezaprzeczenie szkółki, nietylko
iako pierwszy szczebel nauk ale razem iako i
najpierwsza sposobność ugłaskania dzikości wszystkich
dzieci. — Obowiązek przepędzenia kilka godzin dziennie
przyzwoicie i spokojnie wprowadza ie powoli w łozy
sko dalszey obyczajności i moralnego wykształcenia.

Ale zawsze i wszędzie społeczeństwo podzielone zostanie na maiętniejsze i uboższe klassy; udziałem maiętnych zawsze będzie łatwość przejścia wszystkich szkół i przyswoienia sobie potem ostatniego rezultatu tam nabytych nauk, to iest, oswiaty praktycznej. Taka oswiata może z wyższych klas na najniższe iuż w szkołach otarte klassy przeciągać się iedynie za pomocą wzajemnej ufności, którą zatem i ze względu na postęp intelektualny naszego ludu iak wyżej na porządek socialny za potrzebną uznać musiemy, a której zniszczenie i zniszczenia przyczyny staraliśmy się wyżej okazać.

3 Na sejmach rozwijać się tylko może właściwie to co się zasiało po kraju, rozsiewanie zaś wiadomości o miejscowych stosunkach i potrzebach za pomocą tylko dzienników stać się może — Jest więc do życzenia aby w tem względzie Cenzura nieco przystępniejszą nadal była, zwłaszcza że zwiedzy nigdy szkody niema, i że tak ci co maią prawo sejmowania, iak ci co go niemaią równie obiaśnieni i zawiadomieni być powinni, bo równy maią udział w ogólnym interessie kraiu —

4 Zgromadzenia stanowe wyrzekły kilkakrotnie potrzebę odmiany w stosunkach dziedziców z poddanemi, ale niewyrzekli się nigdy prawa stanowienia o własności swoiej, nie przelały go w obce ręce — przelać nie chcą i niemogą. —

Od urządzenia stosunków z poddanymi nie tylko maiątek ale i bezpieczeństwo kraju zależeć będzie — tylko dobrze swiadomi roztrzygać mogą — zatem niezaprzeczoną iest sprawiedliwością aby tylko komissia wybrana z istotnie, i najwięcej interessowanych w tym pytaniu stanowczy głos miała — głos który wszakże za opieką i za wolą tylko najwyższej władzy w dzieło przejść może.

Co do srodków niecierpiących zwłoki

1 Podług naszego przekonania największą kondycią sine qua non do zaspokoienia kraiu iest iawne i wyrazne potępienie popełnionych ~~zbrodni~~ bezprawiów tak iak do poprawienia stosunków poddanych najpierwszą bydź powinno przywrocenie prawem z kreslonego porządku iako stanu przygotowania i przejścia —

Musiemy przedtym zrobić uwagę że przy śledzeniu prawdy w miejscach zbrodni i rabunków, urzędnicy tameczni za nadto są interessowani w wystawieniu rzeczy aby mogli bezstronnie pozostać w badaniu a tem więcej sądzić potępionych czynów. — Bliższe rozpoznanie ze strony rządu centralnego postępowania niektorych urzędników w czasie rozruchów wzmacniałoby tylko zaufanie kraju w jego bezwzględnej sprawiedliwosci. —

2 Opór przeciw prawnemu uiszczania robocizny i danin dziedzicowi ze strony włoscian nieustanie jak tylko po przykładnem skarceniu bezprawia. Niżsi urzędnicy w poiednawczym duchu posłannictwo swoie wypełniać będą. — Chłosta za ociąganie się w panszczyznie oburza uczucie ludzkosci i na długo rozdraznia umysły — uwięzienie buntowników i oddalenie od domów na czas iakiś byłoby iak się zdaie skuteczniejszym srodkiem — ale w każdym razie zadaniem niższym urzędników bydź powinno iak najprostszą mową popularnie przekonywać lud że pańszczyzna nie tylko iest własnością Pana, ale że iest razem konsekwencją ustanowionego porządku mocą prawa i wolą Monarchy — że niewypełniaiący w tem względzie swoich obowiązków narusza prawo własnosci a nadewszystko wykracza przeciw rzeczonej najwyższej woli i ieżeli sciąga na siebie karę, to nie za to że się ociąga w robocie dla pana ale za to że się opiera przez Cesarza ustanowionemu prawu.

Na dał tylko reforma z gruntu i przewiedziona z energią w poddańczych stosunkach może porządek socialny ustalić —

3 Zapomoga którą dziedzic obowiązany dawać poddanemu nie polepszyła dotąd iego stanu, wiodła go do spuszczenia się na obcą pomoc zrobiła chciwem cudzego — krętarzem gdy przychodziło się uiszczać z długu. — Gdzie udzielanie zapomogi nie weszło w zwyczaj tam chłop więcej o sobie myśli, iest gospodarniejszym a przeto i w lepszem stanie. Ale to dawniej było znośnym ciężarem wynadgrodzonym poniekąd iakotako wdzięcznością to częściowo i nie wszędzie miało miejsce — dziś grozi stać się obowiązkiem nie do wypłacenia i szkodliwym dla wszystkich tak w materialnym iak i w moralnym względzie. Nie przepisy to cyrkułowe stawiały dziedziców w możności wykonania kurateli nad kilkuset rodzinami nieoświeconego ludu ale była władza moralna zabytek dawnych czasów która broniła rolnikowi niedbać o własne gospodarstwo, albo marnotrawić zbiory w nadziei zapomogi pańskiej — Teraz na pierwsze podanie Gromady zieżdżał na wielu miejscach cyrkularny Komisarz rozdzielał pańskie zboże rozdawał pieniądze — intabuluiąc na maiątku bez przekonania się poprzedniego o istotnej potrzebie, bez zaciągnienia przyzwolenia ani nawet rady właściciela — Jeżeli taki nadal będzie ieżeli dziedzic będzie odpowiedzialnym za niezasianie ~~nie~~ rustykalnych gruntów do czego zmusić ma prawo, lecz nie iest iuż w mocy; ieżeli bez żadnego ograniczenia będzie zmuszony pożyczać zboże w czas drogi, aby ie w tani odbierał a raczej nieodbierał, bo gromady długów odrabiać niechcą a pytanie, czy zwrócić będą wstanie tem bardziej że iuż zawczasu w nadziei przymuszonej zapomogi ~~marnią~~ marnuią swój dobytek; ieżeli zniesione są dnie pomocne które były w związku z zapomogą /: pomoc za pomoc :/ a ten co nad wartość kazał sobie płacić przy zbiorze przyidzie na wiosnę o część tegoż się upominać bez zamiaru zwrócenia bez miary i wdzięczności — Któż natenczas zechce dominikal=

ne grunta zasiewać, płacić z góry robociznę a zbiory rozdawać, iest to, co tracić więcej niż się mieć może.
Uregulowanie zatem ograniczenia zapomogi, staie się niezwłocznie i nagle potrzebnym. Niedostatek znowu grozi — ci którzy brali co chcieli tego roku będą i na przyszłość chcieć to samo a może i więcej, ieżeli się ich nadzieiom wcześnie nie położy tamę.
Pierwszy ze środków temczasowych, choć w części pomocny ale tymczasowie, byłby nakaz iak najprędzej aby odrabiano długi z ostrzeżeniem, że tylko ci, którzy się z tychże w iakiejś części uiszczą będą mieli prawo upominać się o zapomogę.
Zapomoga która iuż teraz obejmuie nietylko zasiewy ale i wyżywienie gromady powinnaby mieć swoią granicę, iej wartość powinnaby w pewnej ustanowionej mierze odpowiadać wartości poddańczych powinności tego który o nią prosi. —
W każdym prawie cyrkule są oddawna zaproiektowane drogi, budowa ich ale niezwłoczna otworzyła by znaczny na cały kraj rozciągnięty zarobek, a zarobek zmniejszałby potrzebę zapomogi, która w natępnym roku nieograniczy się zapewne na tem, co dziedzice udzielić będą wstanie ale pociągnie za sobą i nowe pożyczki ze strony rządu. Na dal zaś spiklerze klassy gromadzkiej i rożne w kraiu uprzylejowane zakłady pożyczaiące na zastawy będą mogły nieść pomoc, i od lichwy zasłaniać razem. Te są środki które zdaią się nam być skutecznemi do przywrócenia i ustalenia porządku w Galicyi. Skutki odpowiedzą środkom iak środki odpowiadaią pierwotnym przyczynom.
Okropne zdarzenia zachodnich cyrkułów powinny stać się naganną przeszłością a przestrogą na przyszłość.
Niesforny ruch wszystkich części społeczeństwa niech w nowych kolejach pojdzie rowniej i silnej. Siła powstanie z iedności — Stronnictwa wzrosłe za horyzontem rządu centralnego zmienią się w iego organa nie wociuiące ale kontroluiące się wzaiemnie.
Pod szerokiem skrzydłem prawa znajdą i różne stany i różne

narodowsci swoie miejsce, miejsce dostateczne. Narodowość Polska z upokorzaiącego położenia wydobyta działać może w zakreslonych granicach a biurokracia wpuszczaiąc w swoie szeregi Kraiowców straci swoią obcość, egoistyczną dążność i zbogaci się znaiomością Kraiu ktoremu przewodniczyć powołana — Jeden tylko duch panować będzie duch porządku socialnego ktory iest duchem najwyższej władzy. —

Kończąc nasze niniejsze przedstawienia niemożemy ieszcze przemilczeć iednej uwagi, aczkolwiek ta zdaie się przechodzić zakres naszego działania —

Galicia prowincia o pięciu milionach Sławian położona między innemi pod sąsiedne rządy poddanemi Kraiami bez żadnej wewnętrznej miejscowej moralnej siły i wagi iest i będzie zawsze łatwą do wzruszenia i pociągnienia w tą lub ową stronę — ale ieżeli rozwinie w sobie narodowość Polską stanie się ona wtedy w Sławianszczyznie odporną i przyciągaiącą potęgą — stanie się razem przedmurzem ~~pokoleń zgromadzonych pod ojcowskie berło Austryiackiego domu.~~ — i punktem wsparcia dla wielu sławiańskich pokoleń zgromadzonych pod Ojcowskie berło Austryjackiego domu. —

Regulacja stosunków poddańczych
Przedstawienie Gołuchowskiego.

1847

Przedstawienie Gołuchowskiego

Potrzeba uregulowania stosunków poddańczych w ostatnich czasach, powszechnie uczuć się dała.
Stany przedmiot ten iuż w roku 1843 na sejmie wniosły a że w ich najpokorniejszej prośbie do Najiaśn. Pana przedmiot regulacyi bliżej oznaczonym nie był, to tylko z tego powodu nastąpiło, że podobny szczegółowy wniosek, obszerne wypracowania poprzedzać by musiały, które w krótkim przeciągu obrad sejmowych wygotowane być nie mogły.

W zapadłym na uchwały sejmowe najwyż: postanowieniu pod dniem 9 Czerwca 1844. oznajmiono Stanom galic: „że Najiaśn: Pan stosunki z włościanami i ich ulepszenia ile te bez naruszenia praw nabytych i z uniknieniem wszelkiego przymusu wykonać można, zawsze były i nadal będą przedmiotem szczególnej ojcowskiej troskliwości Najaśn: Pana, że przeto Najiaśn: Pan z upodobaniem powziął wiadomość, że Stany na ten ważny przedmiot zwróciły uwagę, że atoli gdy uchwała sejmu iest niewyraźną i tylko ogólną postanowienie osobnej Komissyi, której zadanie ani co do przedmiotu ani co do kierunku iej działań dostatecznie nie iest określonem, Najiaśn: Pan nieuważa za prawdziwy środek któryby tę trudną sprawę bez nadwerężenia wszelkich względów na ścisłą uwagę zasługuiących, mógł do pomyślnego kresu doprowadzić; że wreście Stanom, gdyby tego chciały, niezbronem pozostaie, względem przedmiotu który ściśle oznaczyć potrzeba, w drodze przepisanej wyraźny podać wniosek!"

Wskutek tego najwyż: postanowienia na sejmie odbytym dnia 20. Września 1844. złożono ze strony Stanów u podnóża tronu to najpokorniejsze wyznanie, „że Stany przekonane są o potrzebie zaradzenia ubóstwu galic: włościan, które podniesieniu się bogactwa całego kraiu na przeszkodzie stoi; równie iak i o potrzebie wprowadzenia we wzaiemne właścicieli dóbr i włościan stosunki, tych dogodności i ułatwień, któreby częstym sporem koniec położyć, przeszkody dobrego gospodarstwa usunąć, a przeto i spokojność publiczną utrwalić, i do rozwinięcia sił produkcyinych kraiu przyczynić się mogły, w którym to zamiarze wierne Stany podały najpokorn: prośbę, aby Najśn: Pan raczył dozwolić łaskawie wybranej z grona Stanów Komissyi wziąść pod rozwagę przedmioty wyżej przyłączonemi podaniami obięte, a mianowicie zaprowadzenie ksiąg gruntowych, któreby na przyszłość mogły służyć za podstawę do rozstrzygnienia sporów, wyraźne przyznanie dominii utilis włościańskich gruntów, uregulowanie serwitutów i

„ wspólnych posiadań, i podać dokładnie wyrachowany projekt
„ Stanom do dalszych narad i przedłożenia go wyższym
„ władzom.

Z obawy że niepodobieństwem będzie te tak ważne pytania na raz obiąć i rozwiązać, Stany w pokornej swej prośbie tak się wyraziły, że przedewszystkiem rozwinąć i ostatecznie rozstrzygnąć wypada pytanie, tyczące nadania włościanom własności pożytkowej /: dominii utilis :/ i zaprowadzenia ksiąg gruntowych. Na to otrzymały Stany odpowiedź, że Najjaśniejszy Pan najwyższem rozporządzeniem z dnia 11 Marca 1845 na prośbę Stanów o wyznaczenie komisyi do rozstrząśnienia przygotowanych nad nadaniem włościanom własności pożytkowej gruntów i zaprowadzeniem ksiąg gruntowych dla posiadłości większych z zadowolnieniem rezolucyi i rozkazać raczył, aby komisyi tej oprócz stanowych członków komisyi, którzy na najbliższym sejmie obrani być mają, prokurator kamery, tudzież biegły jaki prawnik i urzędnik obeznany dobrze ze stosunkami dóbr skarbowych i fundaszów publicznych, przydanemi były, i aby komisyja ta w swoim czasie, prace swoje Wydziałowi stanowemu przedłożyła, który takowe na zgromadzenie sejmowe wniesie.

Po obraniu członków komisyi z grona Stanów na sejmie w r: 1846 wybranych podano zarazem pokorną prośbę o nakazanie wyznaczyć się mającej komisyi, aby podała wnioski, jak przekształcenie albo spłacenie na posiadłościach poddańczych ciążących osobistych i innych powinności inwentarialnych ze względem na ciężary, które na właścicieli dóbr ze związku poddańczego przypadają, przy dobrowolnych układach do skutku doprowadzić by można, równie jak i zasadniczy wniosek do usunięcia tych politycznych przepisów i praw cywilnych, które dobrowolnym układom i regulacyi t. j. zaokrągleniu gruntów dominikalnych i rustykalnych są na przeszkodzie przedłożyła. ———

W ułatwieniu tej uchwały sejmowej, oznajmiono Stanom, za Najjaśniejszego Pana pod dniem 22go Marca r. b. najwyższa swoja rezolucja nad temi wnioskami z tym dodatkiem wstrzymać raczył, aby „ aż do dalszego rozporządzenia komisyja ta czynności swoich nie rozpoczynała."

Że włościanie uregulowania stosunków swoich z dziedzicami z upragnieniem wyglądają, dowodzą ich częste od poszczególnych gromad zanoszone skargi, które w ostatnich czasach z bólem często stały się powodem nawet do gwałtownego oporu.

Najwyższym postanowieniem przyobiecana regulacyia raz urzeczywistniona, może więc tylko najwięcej upragnione życzenia obydwoch stron zaspokoić i ogólną pomyślność utrwalić.

Z brzmienia słów ostatniego w zwyż wzmiankowanego naywyż: rozporządzenia zupełnego zniesienia tej iuż wybranej stanowej Komissyi wnosić nie można, i owszem najwyż: zamiar, Komissię tę swego czasu do działania upoważnić, iest widoczny. —

W uczynionym przez Jego Królewską Mość Najdostojniejszego Arcy Xięcia Ferdynanda d'Este iako liytego wojskowego i cywilnego Gubernatora i Prezydenta Stanów galicyiskich, do tychże Stanów insynuacie, z dnia 29 Września 1845 L 1315. powiedziano, że w mowie będąca Komissyia dopiero po nastąpionym najw: postanowieniu, na prośbę o rozszerzenie Komissyi tej wydzielonych czynności — zwołaną bydź ma, co iednak nieprzeszkadza, aby wybrani poiedyńczy „członkowie Komissyi, zbieraniem dat, i robotami przygotowawczemi do obrad Komissyi trudnili się." —

To ostatnie rozporządzenie spowodowało podpisanych, skreślone przy innej sposobności zarysy do traktowania tych tak ważnych dla prowincyi żywotnych pytań, wybranym członkom Komissyi udzielić. Nie sądząc bynajmniej, aby one odpowiedziały już wszystkim potrzebom, starali się podpisani przedmiot ten tak rozpoznać i ocenić, aby możność przyprowadzenia do skutku tych, dla kraiu tak błogie owoce obiecuiących urządzeń, iak najprędzej urzeczywistnić, przyczem szczególnie mieli na uwadze, ażeby:

1º Przez Najaśń: Pana powtornie wyrzeczoną najwyższą wolę ochronienia dobrze nabytych praw z oświadczoną przez Stany galicyiskie gotowością, tutejszych włościan z ubóstwa podźwignąć, według możności pogodzić.

2º Wszelkie powody do niesnasków między właścicielami dóbr i poddanemi usunąć.

3º Ekwiwalent do przekształcenia urbarialnych powinności z wartości tychże wyszukać, niezapuszczaiąc się w nowe ich ocenienia, albowiem każdy podobny szacunek równie tych powinności, jak i dochodów gróntowych są zawsze niedokładnym rezultatem prac mozolnych, i wiele czasu zabieraiących.

4º Usunąć owe na używaniu opieraiące się, a nie zawsze w dobrze zrozumianej opiece nad włościanami swoie źródło maiące, i zagospodarowanie kraiu tamuiące stosunki, iakie z używania pastwiska i lasów przez poddanych powstały. —

5º Ażeby bezpieczeństwo nabytych praw osób trzecich przy podobnych nawet pod wpływem spokojnych okoliczności i po uprzednich wielostronnych przygotowaniach, kredyt w ogólności

wstrząsających zmianach nie narażać.

6º Najwyższy skarb odejmując mu zwolna ieden z przedmiotów podatkuiących zabezpieczyć, i ochronić go od położenia w którym by swój niedobór w czasie nim ieszcze producenci do sił przyidą, pokrywać musiał podwyższeniem na produkcyi pierwiastkowej ciężących podatków, nakoniec:

7. Podobne zmiany w iak najkrotszym czasie do skutku przywieść, z uchyleniem wszelkich znacznych wydatków, wedle doswiadczenia wszystkich kraiów, gdzie podobne działania przeprowadzono, z temiż połączonych przez strony interessowane ponoszonych, wielką część kapitałów wynadgrodzenia pozeraiących, a tem samem do wynadgrodzenia obowiązanym, najuciążliwszych.

Ze stanowiska takiego widzenia rzeczy, przedkładaią podpisani następuiący wniosek:

1. Posiadaczom poddańczych gruntów nadać wolną własność tychże gruntów za rownoczesnem opuszczeniem na dziedzicach ciążących zobowiązań: dawania poddanym swoim bezpłatnie wszelkich potrzeb do tak zwanych Sarta tecta in fundum instructum, tudzież w razie nieurodzaiu lub innych wypadkach, bezpłatnej zapomogi. Zarazem wypadnie wydać regulamin, na podstawie którego zaokrąglenie dworskich i poddańczych gruntów, niemniej ostatnich między sobą iak najspieszniej i rownocześnie wykonane by być mogło. Jako poddańcze grunta takie uważane być powinny, które w metrykach gruntowych podatkowego prowizorium, iako takie wpisane się znajduią. —

Opuszczone grunta poddańcze /: pustki :/, jeżeli ie żaden włościan z gromady, lub też gmina łącznie dla siebie za opłatą istnieiących na nich ciężarów przyiąć się nie oswiadczy, powinnyby przejść na wolną nie obciążoną własność dziedziców.

Aby zbytecznemu rozdrobnieniu gruntów poddańczych zapobiedz, powinno się regulaminem minimum dla poiedynczych obwodów postanowić, któreby taką przestrzeń gruntu stanowiło, iżby czysty z niego dochód na wyżywienie całej familii był dostatecznym.

II Z odstąpieniem poddańczych gruntów na wolną własność musiałyby iakiegokolwiek nazwiska usługi osobiste, daniny i powinności poddanych ustać, za wynagrodzeniem dziedziców iuż w regulaminie samym oznaczonem, i za usunięciem prawnie dotąd na maiętnościach dominikalnych ciążącej oktawy.

Przedmioty któreby przy tych układach za podstawę wziąść należało się.

I. Prawa na stronie dziedziców.

A. Prawo do pańszczyzny iak i innych osobistych powinności, niemniej prawo do poboru iakiejkolwiek nazwy danin i powinności;

B. Wskutek przepisów politycznych przysłuzuiące dziedzicom prawo pasienia na poddańczych ugorach i rzyskach.

II Prawa na stronie poddanych

a Wskutek politycznych przepisów przysłuzuiące poddanym prawo pasienia na dworskich ugorach i rzyskach.

b. Wskutek politycznych przepisów przysłuzuiące poddanym prawo do zbiórki na opał i pobierania budulca na własne mieszkania z lasów dominikalnych, gdzie się takowe w obrębie maiętności znajduią.

c. Poddanym ze stosunku poddańczego przysłuzuiące dobrodziejstwa, mianowicie:

α bezpłatne utrzymywanie iurysdykcyi patrymonialnej.

β obowiązek prawnego zastępywania w Sądach.

γ Ponoszenie kosztów połączonych z utrzymywaniem policyi miejscowej, dalej: konskrypcyi, i rekrutacyi niemniej kosztów wynikaiących z utrzymywania miejscowej policyi zdrowia.

Względem których obowiązków dziedzice w stosunku swoich posiadłości na dal zarówno z każdym członkiem gminy przyczyniać się, obowiązani będą.

Na układach spoczywaiące i zabezpieczone użycie lasu w obcych posiadłościach, które nie ~~wypadaią~~ wypływaią ze stosunku poddańczego — potem wspólnictwa — w razie gdyby takowe drogą dobrowolnej umowy zniesione być nie mogły — pozostać by musiały aż do ogłoszenia regulaminu względem podziału wspólnictwa.

Równocześnie z regulaminem wypadałoby naznaczyć termin peremtoryczny, po którego upłynieniu żadna gromada nie będzie miała prawa iakąkolwiek skargę pregrawacyiną de preterito zanosić.

III Przypadaiące dziedzicom wynagrodzenie za opuszczenie przysłuzuiących im należności ad A. tak co do ich prawnego istnienia, iak i co do rodzaiu i ilości, niemniej co do rocznego na pieniądze ewaluowanego dochodu z tychże wymierzone być może podług urbaryalnych fassyi, iakie dziedzice w celu podatkowania podali, zaś należności ad B. kompenzuią się w części przysłuzaiącym poddanym prawem pod a.

IV. Od wyrachowanego iuż w gotowiźnie rocznego urbaryalnego dochodu, przy wymierzeniu wynadgrodzenia potrącić wypadnie:

1°) 5/00 na wydatki administracyi, które z istnieniem powinności urbarjalnych połączone były.

2°) 5/00 na uzupełnienie wynadgrodzenia poddanym za ujmę im przysłużającego prawa pasienia na dworskich ugorach i rzyskach. —

3°) 5/00 za ustać mające prawo zbiórki w lesie na opał i budulca z lasów dworskich.

4°) 10/100 za dobrodziejstwa od c, które z usunięciem stosunków poddańczych ustają —

5°) 5/100 na kapitalizować się mający podatek urbarjalny, któryby równocześnie z niesionym być musiał.

Reszta pozostała pomnożona przez 20 przedstawiać będzie kapitał wynagrodzenia dziedzicom przypadający.

Jeżeli która gmina przy rozpocząć się mających w tej mierze komisionalnych czynnościach oświadczy się gotową do zapłacenia przypadającego tak wyrachowanego kapitału gotowizną, natenczas mogłoby w majętności nie zadłużonej, wynagrodzenie na dziedzica przypadające, do rąk tegoż być oddane — a co do kapitału podatku urbarjalnego, wypłata tegoż w kassach urzędowych nastąpić by mogła; przy dobrach zadłużonych w podobnym wypadku wedle praw, postąpić by należało. Gdyby zaś gmina całego lub też części jaką /: którą równie postąpić należy /: in concreto przypadającego na nią wynagrodzenia gotówka zapłacić nie była w stanie, wydać by musiała na nazwisko majętności opiewający zapis dłużny na tak wyrachowaną kwotę wynagrodzenia, od której upoważniony odbierał by prowizyę czteroprocentową, w pół rocznych ubiegłych ratach — Kwota zapisu długu musiałaby być jednak tylko przez liczbę sto dzielną. Podobnież zapisy dłużne opiewające na skarb rządowy musiały by być in concreto przez gminy wydane, na kwoty przypadające za podatek urbarjalny. Kwoty któreby przy obliczeniu summy wynagrodzenia niżej sto Reńskich okazały się, spłacone być by powinny przez gminy gotówką, najdalej w trzech latach —

Każda gmina obowiązana będzie prowizyę 4/100 od tych dwóch zapisów długu przez nią wydanych, w ćwierć rocznych naprzód zaliczyć się

mających ratach płacić, oprócz tego, przy drugim ćwierć rocznym płaceniu procentów, także na umorzenie kapitału jeden procent rocznie od całego długu wustanowić się mających rządowych urzędach obwodów podatkowych składać. Za wszelką wypłatę tak prowizyi jako i kwoty, kapitał umarzającej, ręczy cała gmina in concreto swoją posiadłością, gruntową solidarnie, a rozkład ile na każdego członka gminy do płacenia wypada, uskutecznia zwierzchność gminy, pod nadzorem rządowych urzędów podatkowych, podług stopy podatku gruntowego. Przeciw opieszałym w płaceniu członkom gminy, wykazanym przez zwierzchność gminy, obwodowy urząd podatkowy, użyje środków exekucyjnych. —

Do zapisów dłużnych, które są wolną własnością nie mniej i do tych, które na spłacić się mający podatek urbarjalny wydane zostaną, załączą się kupony na prowizyę w półrocznych ratach wypłacalne.

Przypadające za podatek urbarjalny zapisy długu mają być do kass rządowych, zaś zapisy długu opiewające na majętności ziemskie, do depozytów tabularnych urzędownie oddane, gdzie ostatnie stanem biernym odpowiadających majętności ziemskich, ale i tylko temi ciężarami w ogólności zawinkulowane będą, jakie się w czasie nadesłania zapisów dłużnych w księgach hypotecznych zapisane znajdą. Ciężarami później wpływającemi do tabuli, zapisy długu winkulowane być nie powinny. —

Właścicielom podobnie winkulowanych zapisów dłużnych, mają być wydane miasto kuponów Assygnaty wypłat na półroczne prowizye. —

Tylko taki właściciel, który w powołanej do tego władzy extraktem tabularnym udowodni, że majętność jego nie jest obciążoną będzie mocen za otrzymaném pozwoleniem żądać wydania przepisać się mającego zapisu długu. Przy wydawaniu takiego pozwolenia, ciężary gruntowe stanu biernego, jako to: dziesięciny, mięsne, i nie zniesione jeszcze służebnictwa uwzględnione nie będą. Upoważnieniem takim ~~uwzględnio-~~ ~~nieniu~~ wywodzącemu się właścicielowi, należy zapis długu stosownie do jego

żądania na okaziciela, lub pewne imie przepisać i w raz sprzy-
padającemi kuponami, jako wolną własność za zwrotem assyg-
nacyi wypłaty na prowizyę wydać, a dopiero wtedy podobne
zapisy długu w wolny obieg wejdą —

Wypłata przypadłych prowizyi od zawinkulowanych zapisów
długu, nastąpić ma za assygnacyą c: k: kassach cyrku-
larnych — Co do prowizyi od zapisów długu, które są włas-
nością rządu, rachunkowość zwykłą drogą prowadzić się powin-
na. Na pobieranie procentów biżmiące assygnacye od
zawinkulowanych zapisów długu stanowić mają nie rozdziel-
ną część majętności, tak jak są teraz powinności urbarjalne,
a przeto nie powinny by podpadać ani oddzielnemu zagra-
bieniu, ani oddzielnej sekwestracyi —

Zapisy dłużne na kwoty wynagrodzenia od gmin, należą-
cych do majętności, które są własnością rządu, albo takich
dóbr korporacyi, gmin, zakładów i funduszów które pod
nadzorem rządu zostają — nakoniec zapisy długu gmin
na przyjęty przez nich i amortyzować się mający poda-
tek urbarjalny, w żadnym razie w obieg puszczone być nie
mogą, i dopiero wtedy do losowania przypadną, gdy po
pewnym przeciągu lat, zapisy długu gmin własności
prywatnej, wylosowane nie będą. Losowanie w miarę
wpływającej kwoty umorzenia, raz do roku odbywać się
powinno.

Z nazwisk wszystkich gmin na osobnych kartkach spi-
sanych, których zapisy długu dotąd nie wylosowane zosta-
ły, dopotąd ciągnąć się będą, dopóki całoroczna kwota od ama-
rzająca przez kwoty wynagrodzenia od tak wciągniętych
gmin wyczerpaną nie będzie.

Nazwiska gmin wylosowanych, a w razie gdyby ich zapisy

długu, już w wolnym były obiegu, należy numera przepisanych zapisów długu w drodze przyzwoitej ogłosić.

Z przypadającemi kwotami zawinkulowanych a wylosowanych zapisów długu, postąpić by wypadało, wedle istniejących przepisów za równoczesnym zawieszeniem assygnacyi wypłaty na prowizyę, potém assygnacye takowe jak i z obiegu ściągnięte zapisy długu, zniszczone być powinny.

Do podobnych operacyi nieodzownie potrzebny fundusz rezerwowy, mógłby się otworzyć częścią z gromadzkiego funduszu szpichlerzowego, częścią przez zwleczenie losowania zapisów długu na rok, lub dwa lata.

Po zupełnym ukończeniu operacyi, fundusz ten, należało by zwrócić gminom jako ich własność.

Prowadzenie czynności obliczenia na podstawie fassyi urbarjalnych i wymierzenie na każdą gminę przypadającej kwoty wynagrodzenia, z wezwaniem do czynności tej obu stron udział w tém mających, mogłoby łatwo być poruczone c: k: urzędom Cyrkułowym.

Wyrachowaniem, jaką kwotę z ogólnej summy wynagrodzenia jednej gminy, każdy pojedyńczy tejże członek według podatku gruntowego miałby opłacać, trudnić by się mogły za współdziałaniem przełożonych gminy, rządowe urzędy podatkowe, tymże samym urzędom także pobór i odwózkę uzbieranych pieniędzy do c: k: kass cyrkularnych, poruczyć by można. C: k: kassy cyrkułowe trudnić by się musiały, wypłatą prowizyi za assygnacyami wypłat a przewyżkę z wpłyniętych pieniędzy, do połączonej z komissyą centralną kassy odsełać —

Wintabulowanie i wypuszczanie zapisów długu w obieg, należało by do Sądu Lwowskiego.

Manipulacje, przesyłania, kopiowania, księgowania kasowanych zapisów długu w obiegu będących, i nastąpne niszczenia tychże, polecam zakład fundacyjny rezerwowego, powierzyć by należało urzędowi tej części Komisyi centralnej.

Koszta na te zmiany tym sposobem przeprowadzić się mające, wypadły by bardzo małe, i znacznie by się mogły jeszcze zmniejszyć, gdyby przeznaczone dla Komisyi centralnej zatrudnienia, Dyrekcyi istniejącego już stanów: Towarzystwa kredytowego przekazano w którym to razie potrzeba samoistnej komisyi centralnej odpadłoby. Zawsze jednak wynikające z tąd koszta w miarę summy wynadgrodzenia, na obydwie udział udział mające strony w różnych częściach rozłożone być razem powinny.

Gdyby najwyższa władza finansowa niezwłocznie za rzeczą dogodną puszczenie w obieg zaraz w początkach zapisy długu wartości niezadłużonych, operacyja podobna na przyszłość odłożona być by musiała a to do czasu, ażby się nie zmieniły sprzeciwiające się temu okoliczności.

Z reszta nie można się obawiać, ażeby przy wiadomym zadłużonym stanie dóbr i przy powyższym ograniczeniu rządowi, funduszom i korporacyom, przypadającego wynadgrodzenia za wiele zapisów długu na raz w obieg przeszło.

Spostrzeżeniem ksiąg gruntowych dla posiadłości poddanych, zaraz, po rozdzieleniu i obliczeniu kwot wynadgrodzenia zająć się powinny rządowe urzędy obwodowe, którym nadzór i prowadzenie ich dalsze powierzyć by można. Przypadające z tąd koszta ponosić mają poddani, dla których dobra to urządzenie przedsięwzięto. ——

Powody wniosku

Powinniśmy na przód przytoczyć przyczyny dla której robiemy wniosek udzielenia wolnej własności poddanczych posiadłości gdy stany swoją gotowość do udzielenia tylko własności pożytkowej oświadczyły. ——

Ustawy cywilne traktujące o własności pożytkowej względem poddanych, opierają się na istniejącym stosunku poddańczym i odwołują się do przepisów politycznych. Zniesienie zupełnie stosunek poddańczy zdaje się nam tem więcej na czasie, ile że wiadomo, iak rząd ich nie powolnym ale doraźnym krokiem usiłuje. Dla dziedzictwa wszelka władze, połączono z tak zwaną Turystyką

patrimonialną. Przywiedzenie do skutku praw przysłużu=
iących dziedzicom iako właścicielom zwierzchniczym — w rękach
rządu — byłoby, przy takim stanie rzeczy prawie łudzące tylko
i zawsze zawisłoby od władzy Administracyinej a przeto
od zmiennych często okoliczności zamiaru i czasu powodowa=
nych przepisów politycznych, coby nas znowu do stanu owych
niedogodności i nieukontentowania doprowadziło, które usunąć
właśnie usiłowaniem i życzeniem iest całego kraiu. —
Zapatrzmy się na stan rzeczy w innych prowincyiach Mo=
narchyi Austryiackiej, gdzie poddani używaią własności po=
zytkowej gruntów a dojdziemy do przekonania, że podobne
urządzenie niezadowolniłoby ani oczekiwania poddanych, ani
zapewniłoby dziedzicom dochody, do iakichby prawo mieli.
Wszakże stany tamtych prowincyi — pomimo że tam władza
patrimonialna nie tyle, ile u nas teraz iest ograniczona —
równie uznały wszystkie ze stosunku poddańczego pochodzą=
ce niedogodności, i iuż często głos swój o zmianę onego
podnosiły — każda zmiana tak ściśle z bytem kraiu połą=
czonych stosunków nie mija bez wstrząśnień powszechnych —
powtarzania nie powinnibyśmy sobie życzyć — lepiej od razu
przedsiębrać taką zmianę, któraby była iuż stanowczą i
rękojmią nam podawała dłuższej spokojności i trwałego
bezpieczeństwa — Udział własności pozytkowej tylko stan
przejścia pociągaiący za sobą drugą a niewątpliwie iuż z wię=
kszemi ofiarami połączoną zmianę — Nie osiągnęlibyśmy tym
sposobem i zamierzonych celów. — Nie od idei prawa dzie=
rzenia gruntów zawisł to lepszy byt naszych włościan — wszakże
mamy i rzeczywistych, aczkolwiek ograniczonych właścicieli poddań=
czych gruntów — tam gdzie są tak nazwane zakupne grunta,
a iednak byt ich w niczym się nie różni od posiadaczy grun=
tów rustykalnych niezakupnych, co dowodzi że nie własność
pozytkowa, albo albo też i własność rzeczywista gruntów włościan do
lepszego bytu doprowadzić zdoła — ale że właściwą przyczyną ubóstwa
i upadku szukać należy w stosunku poddańczym, ciążącym na
posiadłościach włościan iakiej bądź natury. Dzieiice nie zyskuią
na powinności swoich praw i dochodów, jeżeli egzekucią opiera=
iącą się na przepisach politycznych przystosowanych, do sto=
stosunku poddańczego zawisłą zostawimy od władz administracyi=
nych. Nie możemy zaś obiecywać sobie, ażeby rząd w egzekwo=
waniu praw dziedzicom jako panom zwierzchniczym przysłu=
żaiących, z nieznaną nam do tych czas sprężystością postępował
i dopuszczał je aż do ekspropryacyi — która podług ustaw cy=
wilnych tylko tam miejsce mieć może, gdzie stosunek pod=
dańczy nie zachodzi — a to tem mniej, bo ściągnąłby na
siebie i słusznie nienawiść całego stanu poddańczego, któremu
może aż za nadto udzielał do tych czas swoiej opieki,

chroniąc bezwzględnie każdego poddanego w posiadaniu utrzymywanego gruntu, a tem samem przyzwyczaił go do uważania posiadanego gruntu, jako swoią własność. — Nie dość na tem obdarzył to posiadanie — któremu prawodawstwo nawet nazwy nadać nie zdołało — dobrodziejstwami iakim podobnych daremnie znaleść w całej Europie usiłowalibyśmy — krótko mówiąc, dzisiejsze postępowanie Władz Administracyinych chroni włościanina w posiadaniu gruntu, zostaiącego własnością dziedzica, nawet i w ten czas, gdy on warunków pod iakiemi grunt nadany mu został niewypełnia i znagla dziedzica, ażeby w podobnym a nawet i w wypadku przez niedbalstwo lub rozrutność strwonionych plonów udzielał mu zapomogę, czy to pieniężną czy to w ziarnie — ale i z drugiej strony tysiącznemi przepisami politycznemi krępuie to iego używanie gruntu tak dalece, iż mu ani samowolnie opuścić go, ani zadłużyć, ani podług woli swoiej nim rozporządzić nie dozwala.

Inaczej rzecz mieć się będzie, ieżeli przy wolnej nie ograniczonej własności gruntu dla niedopełnienia przyiętej wypłaty, rządowa egzekucyia aż do ekspropryacyi będzie pusunięta być musiała — bo w tym przypadku pewność, że spłata tylko do ograniczonego czasu trwać będzie, że uczynione częściowe spłaty zawsze przez nowo nabywaiącego grunt, opuszczaiącemu zwrócone będą, prowadzi do moralnego przekonania, iż mu się żadna niesprawiedliwość niewyrządza — taka własność gruntu nabiera z każdą chwilą większej wartości, a ta staie się bodźcem dla właściciela, tak do lepszego zagospodarowania jak i do regularnej wypłaty przyiętego ciężaru.

Zawiść, rozjątrzenie i niedowierzanie poddanych ku dziedzicom w ostatnich czasach tak zakorzeniły się, iż przedsięwzięte półśrodki już byłyby niedostateczne do ubespieczenia ~~wewn~~ wewnątrznego pokoiu ~~[illegible]~~ w kraju, i do zaspokoienia roziątrzanych umysłów. Do tego wyznania powodowani iesteśmy nie tylko ostatniemi nieszczęśliwemi wypadkami, ale już to od lat kilkunastu mnożące się skargi całych gromad, często powtarzane oburzaiące wojskowe assystencie, przeciw upartym gminom użyte, przemawiaią za tem zdaniem — pomimo że przyznać należy, iż postępowanie Dziedziców ku poddanym w ogólności o wiele w ostatnich czasach się polepszyło.

Wszystkie te okoliczności prowadziły nas do przekonania, że każda zmiana, jakąbyśmy przedsiębrali, w stosunkach poddańczych, nieobejmuiąca ~~[illegible]~~ nadania wolnej własności gruntów poddańczych, i nierozwiązuiąca zarazem stosunku poddańczego, przy rzuceniu się, już i tak ograniczonej patrymonialnej Jurysdykcyi, byłaby niedostateczną — niezabezpieczałaby dochodów

dziedzicom, a niezadowolniłaby poddanych — prowadziły nas dalej do przekonania, że plan do zmiany stosunków poddańczych nierozdzielny być powinien od planu umorzenia wszelkich danin i powinności urbarialnych — Przy pozostawieniu bowiem iakiejkolwiek wieczystej renty i stosunku poddańczego, usuną się wprawdzie skargi z przyczyny osobistych powinności, ale tem dotkliwiej zechcą poddani przysłużuiące im prawa do lasów wykonywać — przypuszczaiąc nawet że wyidą rozporządzenia wspieraiące lepsze zagospodarowanie lasów zawsze one jednak okażą się niedostateczne, aby ochronić mogły dziedziców, od złej woli wiejskiej ludności, i od nadużyć wykonawczych urzędników, zawsze skorych, ażeby swoie silne ramie uczuć dali zamożniejszej stronie — przy wieczystej rencie zawsze nienawiść poddanych dla dziedziców utrzymanie zostanie — równe wzbranianie opłaty nastąpi, jak to dzisiaj się dzieie tam, gdzie poddani tylko czynsze lub osep oddawać obowiązani są — zostawimy li ekskucią takowych Dziedzicom lub też władzy rządzącej — Czyli zaś może być zamiarem dziedzica lub też rządu, żywioł wiecznej nienawiści między dziedzicem a poddanym utrzymywać, a czy raczej nie powinno być ich usiłowaniem wszelką na moralny charakter mass niższej klassy podobnie działaiącą przyczynę usunąć, są to pytania, na które odpowiedź nie zdaie się bydź wątpliwą.

Zmianę lub i umorzenie istniejących powinności poddańczych zostawić dobrowolnym umowom stron interessowanych, po zaszłych ostatnich wypadkach byłoby tylko istem marzeniem. Poddany dziś obłąkany rozmaitemi obietnicami, wieściami, nie da się nakłonić do żadnej ugody, bo iest w mniemaniu, że nic nie powinien robić ani płacić — a każda ulga dobrowolnie czyniona mu ze strony dziedzica utwierdziłaby go tylko w tem mylnem mniemaniu — sama próba iużby niebezpieczeństwem nie tylko właściwym dziedzicom, ale i całej okolicy zagrażała. —

Wziąść nam teraz wypada na uwagę o ile w powyższym wniosku na słuszność należyty wzgląd był miany. —

Gdy się wpatruiemy w prawodawstwo c: k: rządów Austryiackich, znajduiemy propozycią uczynioną Stanom galic: przez Cesarza Józefa, ażeby opuścili poddanym posiadłości poddańcze na własność pożytkową, zaczoby uwolnieni zostali od obowiązków, zaczoby uwolnieni zostali od obowiązku dawania poddanym swoim bezpłatnie wszelkich potrzeb na tak zwane „sarta lecta" in fundum instructum" tudzież bezpłatnej zapomogi w razie nieurodzaiu lub innych wypadkach — Nie zdawało się Stanom na czasie przychylić się do tej propozycyi, w skutek czego wydany został naywyższy nakaz pod dniami 7. Stycznia i 7. Maja 789, ażeby urzęda ściśle pilnowały wypełnienia powyższych obowiązków — Jak gorliwie Urzęda wywięzuią się do tych czas z tego polecenia, aż zanadto uczy nas doświadczenie — Jeżeli

zważymy że wartość gruntu od tego czasu znacznie się podniosła, z drugiej strony zaś, że przy wzmagaiącej się ludności zapomogi coraz dotkliwszemi się staią — zdaie nam się, że nie przekraczamy słusznego wymiaru, jeżeli za ustąpienie własności już nie tylko pożytkowej, ale zupełnej dla posiadłości poddańczych — domagamy się zniesienia powyższych obowiązków. Dla poddanego łatwo rzec się ~~zniesienia powyższych obowiązków~~, tych dobrodziejstw, kiedy będzie miał czas do innego zarobkowania i nabędzie nieograniczonego prawa, zarządzenia według woli swoią posiadłością — dla dziedzica stanie się niemałą ulgą być uwolnionym od tak często nadużywanego zmuszania go do zapomogi, która często przewyższa dochód jaki z posiadłości poddańczej ciągnie. Nie traci przytem i wiele, bo i tak dowolne rozrządzenie temi posiadłościami jest mu wzbronione. Domagamy się zarazem o regulamin na podstawie którego zaokrąglenie między dworskiemi i poddańczemi gruntami, niemniej ostatnich między sobą jak najspieszniej i równocześnie wykonane by być mogło — Że zaokrąglenie gruntów już ze samych względów krajowego gospodarstwa niezbędnie potrzebne — nie podpada wątpliwości. Dla pojedynczych dziedziców będzie ono prawie żywotną kwestią — ponieważ przy usunięciu pańszczyzny, wielu znajdzie się zmuszonych, ów nadmiar gruntów, które zagospodarować sił ich nie zmogą — trzecim osobom czyto w Erbpacht, lub w inny jaki rodzaj dzierżawy wypuścić — jeżeli tedy zaokrąglenie gruntów równocześnie nastąpićby nie miało, i to do przyszłości odroczone było, natenczas podobne zagospodarowanie, natrafi na trudność szkodliwe — albowiem nikt nie zechce objąć gruntu, a tem mniej nakładów robić, któreby w każdym czasie odstąpić obowiązanym był. —

Ażeby zapobiedz wszelkiemu możliwemu sporowi o naturę gruntu — t: j: czyli grunt iako dworski lub poddańczy uważanym być ma — w którym względzie wydać się maiąca ustawa, coś pewnego stanowczego wyrzec powinna, wnieśliśmy, ażeby jako poddańcze takie grunta uważane były — które w metrykach gruntowych, prowizorium podatkowego jako takie wpisane się znajduią, a to dla tego; ponieważ tak nazwany rok normalny 786, decyduiący w tej mierze, od teraźniejszego czasu tak iest odległy, iż dowód świadkami prawie podobnym się staie — a inne dotychczasowe polityczne przepisy co do oznaczenia charakterystyki gruntu poddańczego tak są ogólne i wątpliwe, że tylko daią powód do sporów, któreby rzecz całą w nieprzewidzianą przyszłość tamowały. Zresztą operata podatkowego prowizorium przed laty 26 przewiedzione już za prawem nabycia przedawnieniem (: Ersitzung :) dla interesowanych osób przemawiaią.

Względem pustek uczyniony wniosek usprawiedliwia się, ponieważ obowiązek tymczasowego t. j. aż do zgłoszenia się podatkuiącego gospodarza, jak to istniejący przepis mieć chce — zagospodarowania takich gruntów dziedzicom niepowinienby być narzuco=

ny, a to już dla tej samej przyczyny, że sami będą mieli dosyć zatrudnienia dobrym zagospodarowaniem własnych gruntów, a gdyby im oddano ieszcze i spustoszałe na niepewny czas, niemogliby tu prawie żadnego gospodarstwa zaprowadzić — jeżeli zaś takie grunta już na własność dziedziców przejdą na ten czas będą mogli, ~~bodajby~~ bodajby i z większym nakładem ulepszenia w gospodarstwie urządzać, któreby im przyszłość wynadgrodzić obiecywała. Musiemy tu o tem nadmienić, że to prawne postanowienie niewiele będzie obchodzić ogół — wszakże pustki należą tylko do wyjątków, ale dla poiedynczych dziedziców iest ono wielkiej wagi, bo tam gdzie się znajduią istotnie dotykaią interes dziedzica — Obawa ażeby tym sposobem dotacyi ogólnej posiadłości poddańczych uszczerbek się nieuczynił, już dla tego niepowinnaby mieć miejsca, że przy zmienionych stosunkach, znaczna część gruntów dworskich przejść będzie musiała na własność pomniejszych posiadaczy, a przeto i Monopol wielkich posiadaczy ziemskich, który słusznie ekonomicy narodowi za szkodliwy uznają — nastąpić nie może. —

Niedzielność dzisiejszych posiadłości poddańczych wyrzec niezdaie się nam być potrzebą, przy podobnym zakazie bowiem wiele rozległości poddańczych, dla ubóstwa ich posiadaczy albo odłogiem leżećby musiało, albo też tylko bardzo źle mogłyby być zagospodarowane — Na dowód że przy podobnym postanowieniu nie dobro dziedziców, ale samych poddanych i narodowe gospodarstwo mieliśmy na oku, dosyć będzie przywieść tę okoliczność, że przy zniesieniu pańszczyzny, dziedzice także będą zmuszeni znaczną część swoich gruntów pomniejszym posiadaczom wypuszczać — co przy konkurencyi i gruntów mniejszych poddańczych ne złą łatwością, a niezawodnie nie z równą korzyścią będzie można uskutecznić. Dla zapobierzenia jednak zbytecznemu rozdrobieniu gruntów tak szkodliwe skutki za sobą pociągaiącemu — jak to doświadczenie we Francyi i Irlandyi uczy — wnieśliśmy ograniczenie Minimum, niżej którego podział dalszy już niepowinienby być zezwolony.

Ad II Po uczynionych powyższych uwagach, zbyteczną rzeczą byłoby przywodzić tu ieszcze powody, które ze względu na kraiowe gospodarstwo w ogólności za zniesieniem pańszczyzny i tej podobnych powinności poddańczych przemawiaią.

Co się tyczy pańszczyzny komórniczej, rozumie się, że przy usunięciu obowiązku udzielenia zapomogi i Jurysdykcyi patrymoniajlnej takowa ustaćby musiała, ale zarazem wyrzec wypada, że tem samem i prawo wolnej zbiórki w lasach, i pasienia bydła na gruntach dworskich ustaje — Względem zagrodników i chałupników zaś wypada zrobić różnicę między zasiedlonemi na dworskich gruntach a temi, którzy posiadaią grunta poddańcze. — Z ostatniemi postąpić należy jak z innemi posiadłościami poddańczemi podług

prawa — co do pierwszych zaś, nie ma przyczyny zmianę takową zaprowadzać, gdyż ludzie ci należą do kategoryi tych, którzy za pewną umową dobrowolną grunta dworskie posiadają. —

Przy wyliczeniu przedmiotów, na które przy obrachunku co do przypadającego Dziedzicom względu mieć należy — zdaje się nam, że obięliśmy je wszystkie — zarzut — że należało tu wspomnieć o beneficiach kościelnych, i parochialnych — byłby niesłuszny — bo obowiązek podobnych nakładów nie pochodzi ze stosunków poddańczego ale z prawa patronatu. Datek tak nazwany patronatu bierze swój początek w prawie przysługującem ogółu Dziedzicom nominowania Proboszcza — zaś datek dominikalny — wynierzony bywa w obszarze do posiadłości gruntowej — a który i na dal pozostać musiał.

Zniesione Dekretem nadwornym z dnia 27go Kwietnia 789 podanym na dworskich a Dziedzicom na poddańczych gruntach posiadłe bydła, nie należy właściwie do kategorii służebnictw, jest to ustanowienie dla względów ekonomicznych, które przy podniesionym gospodarstwie za stosownem wynadgrodzeniem ustać powinno. Prawo wytrzebienia lasów z ulamków i leszaków, czyli prawo tak zwanej zbiórki udzielono poddanym przepisami politycznemi i bywa uważane jako do dotacyi stanu poddańczego należące — to prawo — jeżeli nie opiera się na zaszłych dobrowolnych układach — równie zniesione być powinno, ze stosownem wynadgrodzeniem. —

Uciążliwości te stają się powodem do najczęstszych sporów, a tego częste okoliczności tem więcej przemawiają za ich uchyleniem. — prawie niepodobna wierzyć jak lasy w Galicyi co raz większemu zniszczeniu ulegają — a przyczynę najgłówniejszą tego złego przypisać należy owym — Dziedzicom, że tak powiemy politycznemi przepisami, narzuconemi, służebnictwom — ponieważ poddany uważają i słusznie — dworskie lasy jako obcą własność, zawsze skrzętny prawa przysługującego mu bezwzględnie używać i przyswajać sobie wszelką możliwą badź by chwilową korzyść — Dziedzicowi zaś niepodobna nawet fizycznie nadzór wykonywać nad całą gminą, udającą się na raz do lasu — musi się on niepłiwie przypatrywać oburzającym nadużyciom w niemożności poskromienia sprawców — dla tego też na całe mile rozciągające się połany nie należą dziś w naszych lasach do wyjątków. Z resztą jest to rzeczą niezaprzeczoną ze zmniejszanie się lasów ze wzrostem ludności w odwrotnym stoi stosunku, jeżeliby takie złe zagospodarowanie i na dal pozostać miało, do czego służebnictwa poddańcze największym są powodem — można się i spodziewać że po kilkunastu latach rozleglejsze lasy w Galicyi do osobliwości policyi wypadnie. Możliwy zarzut — iżtoby wymiar poboru drzewa z lasów w służebnictwach dla obowiązanego nigdy uciążliwszym stać się niepowinien, a że

przeto wymierzona, w pewnej oznaczonej chwili potrzeba drzewa dla upo=
ważnionej Gromady, nigdy niepowinna być podniesiona – musiemy uważać
za słuszną prawniczą zasadę — która jednak w życiu praktycznym
nigdy nie da się wykonać — który jest w stanie albowiem cała
Gromadę ściśle dozorować? jakże się zabezpieczyć przeciw nadużyciom,
jeżeli całej gminie wstęp do lasów ~~zabroniony~~ chociażby tylko raz
w tygodniu – wzbroniony być niemoże. Ma li gospodarstwo la=
sowe w galicyi uznieść się z upadku, niezbędną będzie rzeczą, wło=
ścianom wzbronić bezpłatnej zbiórki — w ten czas dopiero pozna on
wartość babuleca i drzewa opałowego. Nieuwodnimy się bogactwem
lasów w górach karpackich, kto ie widział zajdzie może i ze smut=
kiem wyzna mu przyjdzie, jak na liczne gromady patrzył które
sobie to szczególnie zatrudnienie obrały, aczeby rozległe lasy na łąki
i pastwiska zamienić. —

Że przy rozwiązaniu stosunku poddańczego dla którego dobra
ziemskie obtawą obciążono, ta uciążliwa być powinna, niepotrzebnie dalsze=
go rozszerzania się — niemniej iak dalszy punkt względem utrzymania
w swej mocy służebnictw na układach spoczywających – ze regulacyą
co do układów względem zniesienia służebnictwa w ogólności i wszelkich
współnictw nader pożądany iest, żaden gospodarz wiejski nie wątpi —
a ieżeli przeciw każdej skardze prawo przedawnienia służy, nie
widziemy dla czegoby to samo nie miało mieć miejsca i w względzie
skarg przegrywających – do jakich ze zniesieniem stosunku poddań=
czego w przyszłości niebyłoby nawet powodu. —

ad III Każda ewaluacyja czy to roboty, czy danin w naturze na cenę pie=
niężną – podpada tyla zmianom, że trudno z całą sumiennością usta=
nowić stałą podstawę, która oznaczoną być powinna. —
Zdaie się największej słuszności przyjąć ceny iakie są wykazane
w tabelach urbarialnych – Nie są one za niskie, bo robota
pańszczyźniana nierówna nigdy robocie wolnego najemnika –
nie są i za wysokie, bo dotąd ustanawiane ceny na dnie pomo=
cne zwykle znacznie bywały wyższe – toż samo powiedzieć można
i o cenach produktów, które tam gdzie ceny stały wyżej iak tabelach
urbarialnych przyjęto, ale też i nie brakowało na takich, gdzie niżej
cen urbarialnych produkta zdawać musieliśmy.

Co się zaś tyczy istnienia prawdziwego prawnego i ilości powinno=
ści poddańczych przyjąć inną iakąś podstawę, jak tabele
urbarialne, które z istniejącym teraźniejszym stanem najwięcej
się ieszcze zgadzają, byłoby to samo, co otworzyć najobszerniejsze
pole do tysiącznych nowych procesów, które w ostatecznem załatwieniu
rzeczy w brak stockinwentarzy lub innych jakich niewątpliwych
dowodów na tę samą podstawę wejść by musiały.

a IV. Możliwy zarzut przy potrąceniu procentów – za poszczególne
przedmioty – od ewaluowanych na pieniądze urbarialów dowolnie
sobie postąpiono, iest zaiste słuszny, ale ieżeli weźmiemy na uwa=
gę że prawdziwa wartość służebnictw, o które tu rzecz najwię=
cej chodzi, z matematyczną pewnością nigdy się wyrachować nie

nie da, bo gdyby i w pewnym wypadku wymiar używanego w przeciągu kilkunastu lat tego prawa, udowodnić podobało się, to takowy jednak niemógłby już za podstawę do obrachunku posłużyć — ponieważ w podobnych służebnictwach /: politycznych :/ wymiar dla upoważnionego zawisł od własnej potrzeby obowiązanego, od substancyi samej, i od sposobu zagospodarowania gleby i lasów, w których służebnictwa, te wykonywane bywaią, a przeto podpada zmianom, które znowu dowolnie tylko rozstrzygnięte by być musiały. Dalej, jeżeli zważymy, że te z powiększaiącym się ciągle wzrostem ludności dla poiedyńczych uczestników — względnie których w mowie będące upoważnienia ulżeniem pewnej części urbaryaliów kompensowaneby bydź musiały, rok w rok na wartości utracaią — dojdziemy do przekonania, że zarzut podobny każdą przyiętą zasadę okoliczać będzie — Gdyby chciano wymiar dotychczasowego używania wspomnionych służebnictw w każdym miejscu osobno, komissyą w tym celu ustanowioną dochodzić, i wartość onego zawisłą od rozległości i uzdolnienia gleby i lasów, a zatem tak zmienną liczbami określić, to prawdopodobna korzyść jakaby się gdzie niegdzie z podobnych komissyinych czynności dla interessowanych stron okazała, zaledwie wystarczyłaby na pokrycie z temi czynnościami połączonych kosztów. —
Względnie potrącenia kosztów administracyi iak z urbaryaliami ustaje, zdaie nam się, że 5/100 od wartości urbarialnej — jeżeli takowe niezaprzecznie uiszczone bywaią — ani za wysoko ani za nisko położone, przynajmniej przy pewnych ograniczonych dochodach, zwykle się się tyle na administracyią przyimuie.
Potrącony procent od wartości Urbaryaliów za ustaiące dobrodziejstwa musiał być podług słusznego, zawsze iednak dowolnego wymiaru ustanowiony, ponieważ ewaluacya dobrodziejstw od wielu nieprzewidzianych okoliczności zawisła, i w żadnym wypadku z wszelką pewnością oznaczyć się nie da. Ciężar ten dla obowiązanego tu więcej tam mniej czuć się daie. Czyli przyięte 10/100 nie posunięte nad miarę, niemożnaby z pewnością twierdzić — ale podobny wymiar przy kupnach dóbr w ogólności przyimowany bywa. —
Już to dawno wszyscy ekonomicy polityczni uznali, że wszelkie podobne ewaluacye do bardzo niepewnych rezultatów doprowadzaią — powinniśmy się starać przy rozwiązaniu tej trudności o wyszukanie najwięcej z słusznością zgadzaiącej się zasady — któraby wszystkie interessowane strony zarówno dotknęła — co na ten czas tylko osiągniemy, ieżeli przy kompenzacyi obowiązań i powinności pewny umiarkowany procent potrącimy. —
Za równością traktowania wszystkich dziedziców zdaie się przemawiać nietylko słuszność, ale wymaga tego i publiczny kredyt — na ten czas uniknie się kryzis zagrażaiąca ruiną kraiu, jeżeli wartość wszystkich dóbr podług stosunkowej równej stopy umiarkowaną zostanie. Potrącenie 10/100 za służebnictwa

lasowe tam gdzie lasów nie ma usprawiedliwia się w części i tą uwagą że w podobnych dobrach zapomoga dla poddanych częściej następuie i nierównie w większej ilości udzielaną bywa, jak w dobrach lasami uposażonym.

Podatek urbaryalny odciąga się w kapitale od obrachunkowego wynadgrodzenia, bo puszczaiąc w obieg amortyzuiącą się wartość urbaryaliów ujmuie się rządowi przedmiot podatkowania, a ubytek w skarbie musiałby być pokryty innym podatkiem Trzecią osobę pociągnąć do podatkowania dla tego, że dochód jednego lub drugiego dziedzica jakkolwiek bądź umiarkowany, na którym podatek ciążył, przeszedł w obieg, a przeto i podatkowania dalszemu podlegać niemoże, byłoby ale z innego źródła, co tutaj względnie pańszczyzny nad użytą do obrobku gleby dziedzicowi do rozrządzenia pozostaiącej, względnie czynszów i innych powinności poddańczych powiedzieć można — byłoby nie roztropnie. Pewność wszelkiego podatkowania zawisło od stosunku kosztów produkcyi i ceny ziemiopłodów — niezawsze wraca konsument pierwsze, w naszym przypadku ten stosunek wypadnie na stronę dziedziców tem mniej pomyślnie, ile że ci będą musieli w rachunek policzyć oprócz wyłożonych kosztów na produkcyią — które względnie dawniejszej bezpłatnej pańszczyzny tylko w połowie /: jak to w planie :/ się zwracaią — i podatku dziś opłaconego gruntowego, także jeszcze i nakład tej części przy konkurencyi na poddańczych gruntach uzyskanych ziemiopłodów z dworskiemi korzyść zawsze na stronie pierwszych przeważaiącą okaże się.

Za nim więc ten stosunek z czasem się wyrówna, produkcyi pierwiastkowej wszelkie podwyższenie podatku oszczędzić należy. —

Uwagi nad ewaluacyią musiemy ieszcze i tą dalszą uzupełnić że w ostatecznym obrachunku korzyść raczej na stronie poddanych a niżeli na stonie dziedziców się okazuią, osobliwie gdy się zastanowiemy, że czysta pozostałość wartości urbarialiów po 5/00 kapitalizuie się, od której summy kapitalnej dzidzice prowizię tylko po 4/00 pobierać maią — a tak poddani znaczną by ulgę doznali — do czego Stany przy zamierzonej zmianie, gotowość swoią oświadczyły.

Zdawało się nam rzeczą słuszną i potrzebną, ażeby zapisy dłużne in concreto przez gminy wydane były — dalej ażeby przedmiot przypadaiącego wynadgrodzenia indywidualnie w gminie podług stopy podatku gruntowego uczyniony był. Doświadczenie uczy nas bowiem, że wszystkie zobowiązania, za które cała gmina odpowiedzialną, najprędzej i najrzetelniej uiszczone bywaią. Zwierzchność gminy wpływa moralnie na jej członków ażeby swoje gospodarstwa niezaniedbywali, napędza do pracy i utrzymuje nad gospodarstwem każdego najlepszą, że tak się wyrazimy policyą — niedopuszcza roztrwonienia plonów, przynajmniej przed uiszczeniem się z obowiązku wypłaty, czuwa i umie uchwycić chwilę kiedy któren z członków uczynić będzie w stanie — podana zasada zdaie się najwięcej zabezpieczać ażeby exproporcie nie tak często następywały, i ażeby grunta nie przechodziły w ręce obcych kolonistów — gminy nasze niechętnie patrzą na intruzów i często robią ofiary już i teraz, ażeby

grunt niewychodził z familii – przyimuiąc konkretalną zasadę – ~~znika, albowiem~~ i obawa o brak chwilowy zarobku do zatrudień rolniczych – znika, albowiem przy takiej nastąpi to niemylne ułatwienie, że zwierzchność gminy zawierać będzie w iej imieniu układy z dziedzicami o uskutecznienie ryczałtowe robót rolniczych, za które dziedzice kuponami czyli assygnatami od zapisów dłużnych płacić im będą – które gminom przyimowane być powinny w kassach za gotowe pieniądze, a na sposobność do zarobku na procent umarzaiący kapitał – który zawsze tylko w gotowiznie będzie musiał płacony być, nie zabraknie tam, gdzie nie ma żadnej bezpłatnej roboty. —

Dzisiejsze powinności poddańcze w iednej i tej samej gminie nawet niestoią w równym stosunku do posiadłości – dwoch sąsiadów w wielu przypadkach robią zarówno po 3 tygodniowo, chociaż jeden tylko 10, a drugi 20 morgów, posiadaią – ta nierówność której dawniej w polszcze nie znano, i która dopiero z prawodawstwem Józefińskim zaprowadzoną została, zniknie i sprawiedliwy wymiar ciężaru gruntowego nastąpi, jeżeli rozkład indywidualny przypadaiącego na gminę wynadgrodzenia, przyimiemy przypadaiącego na gminę wynadgrodzenia, przyimiemy według stopy podatku gruntowego. —

Mógłby uczyniony być i zarzut, że przekazuiąc na gminy wypłatę rat przypadających do rządowych kass obwodów podatkowych i egzekwowanie zaległości tymże urzędom, zawiść dziś przeciw dziedzicom wymierzona obroci się przeciw rządowym władzom, a następnie przeciw samemu rządowi – ale gdy rządowe obwody w krótce już i tak uregulowane być maią – to i w tym przypadku w razie wzbraniania się poddanych, te czynnie występywać będą musiały – równie iak i dotychczas często wojskowe assystencye się powtarzaią – pod nadzorem Urzędników cyrkularnych, zresztą włościanin nierównie chętniej uiszcza się z powinności do kass rządowych iak do prywatnych a tem skwapliwiej to uczyni, gdy wiedzieć będzie możliwość emancypacyi od wszelkiego ciężaru w pewnym okresie czasu. Zostawiaiąc pobór rat przy dziedzicach, nieosiągnęlibyśmy urzeczywistnienia dobroczynych zamiarów tej tak ważnej zmiany – nieufność zakorzeniona nieustąpi a żywioł sporów jak dotąd istniałby i na nal.

Nieobawiamy się, ażeby znaczna illość zapisów dłużnych weszła na raz w obieg, przezcoby kredyt i innych obiegowych papierów miał być wstrząśniony – ponieważ wiadomo, że dobra ziemskie po największej części są zadłużone, dla czego i zapisy dłużne tylko powoli, a to w miarę spłaconych z dóbr ciężarów w obieg by wchodziły – osobliwie gdy zapisy dłużne dóbr we wniosku nadmienionych nigdy w obieg puszczane być niemaią. Dalsze we wniosku wspomnione czynności niewymagaią głębszego wyłuszczenia – pozostaie nam ieszcze okazać w ogólności i możność doprowadzenia do skutku zamierzonej zmiany podług przyiętych tu zasad.

Wykaz litt A okazuie, że wartość roczna urbaryaliów urzędownie podług fassyi wyrachowana na 5.800084 fr. 27 xr. po uczynić się maiącem obrachunku i po potrąceniu rocznego podatku urbaryalnego 425.334 fr. 24 xr. niemniej kwot umarzaiących 705.678 f. 13½ xr. i 106.333 f. 36 xr. spada na summę 4.060.059 f. 6¾ xr. — dalej że dziedzice za uwolnieniem się od obowiązków względem poddanych, za summę szacunkową urbaryaliów 116,001.689 fr. po po potrąceniu podatku urbaryalnego równie kapitalizowanego 10,633.360 f. summę wynadgrodzenia w kwocie 70.567.822 f. 18 xr. otrzymaią, a że przeto podług przeglądu litt B rocznie 2.445.703 fr. w dochodach a 48.914.017 fr. 13 xr. w kapitale utraciéby musieli. Porównawczy wykaz Lit: C przedstawia, że połowa podług prowizorium podatkowego wyrachowanego czystego ⌐ dochodu gruntowego posiadłości poddańczych 4,226.025 fr. 47⅛ xr. nietylko że wyczerpaną nie będzie, ale że zostaie jeszcze reszta 165.966 f. ~~[illegible]~~ 40⅜ xr. na częściowe pokrycie podatku gruntowego ciążącego na posiadłościach poddańczych — przyczem ⌐ wynadgrodzeniem w powzii i kapitale umarzaiącym, dziedzicom i rządowi rocznie płacić się maiącem 4.060.059 fr. 6⅝ xr. —

= problematyczna możliwość staie się pewnością, że po upływie 41 do 43 lat ciążące na tychże posiadłościach wynadgrodzenie bez nadwerężenia majątku spłacone będzie. W tabelli litt D staraliśmy się wykazać stosunek w iakim stoią rocznie płacić się maiące kwoty wynadgrodzenia posiadłości poddańczych, do połowy czystego dochodu gruntowego.

Niedobór podatku urbaryalnego w kapitale 106.333 f. 36 xr. łatwo pokryć by się dał małym iakim /: indirecte :/ podatkiem łatwo i rzec by mógł go się skarb, kiedy prawie już po 33 latach ~~miałyby~~ miałby do dyspozycyi kapitał 10.633.360 f. — a przeto i w czasie gdzie przy ustalonych stosunkach podniesione gospodarstwo podwyższenie nawet podatku gruntowego zniesćby zdołało. —

⌐ wynagrodzeniem — w prowizii i kapitale umarzającym, dziedzicom i rządowi rocznie płacić się maiącem 4.060.059 f 6⅝ xr.

A

Ausweis

über die endlich reducirten jährlichen Betrag sämmtlicher nutzbarer Arbeiter-Leistungen resp. der in Nutzung gebrachten jährlichen Leistungen, in den jährlichen Zurichtel-Reductionsquoten, und in den hiernach à 5/00 berechneten Zurichtel, – derselben.

Lfd. No.	Rubriken der Leistungen	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
		Zu Leistungen								Zurichtel			
		einzelne	Summe der Columnen V und VIII	für die Grundreparaturen			für den Betriebssatz			einzelne	Summe der Columnen XI und XII	hiervon entfällt	
				Betrag à 4/00	Reductionsquote à 1/00	Zusammen	Betrag à 4/00	Reductionsquote à 1/00	Zusammen			für die Grundreparaturen	für den Betriebssatz
		fl. kr.	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x	fl. x
1.	Gesammtbetrag der jährlichen Arbeiter-Leistungen resp. der Arbeiter-Reductionen	" "	5,800.084 27										
2.	Betrag zum 5/00 Zurichtel reducirt resp. nutzbar gemacht	" "	"	"	"	"	"	"	"	"	116,001.687 "	"	"
3.	Hiervon kommen in Abfall												
	a. 5/00 auf Zurichtlöhne	290.004 7/13	"	"	"	"	"	"	"	5,800.084 27	"	"	"
	b. 5/00 zur Vervollständigung des Betriebssatz	290.004 7/13	"	"	"	"	"	"	"	5,800.084 27	"	"	"
	c. 10/00 von Entschädigung für das Rauh-Abraum- und Brenn-Holz	580.008 14/26	"	"	"	"	"	"	"	11,600.168 54	"	"	"
	d. 10/00 von Verzichtleistung auf die zustehenden Holzdeputate	580.008 14/26	"	"	"	"	"	"	"	~~11,600.168 54~~ 11,600.168 54	"	"	"
4.	Summe des Abfalles		1,740.025 7/20								34,800.506 42		
5.	Verbleibt an Arbeiter-Leistungen		4.060.059 13/20	"	"	"	"	"	"	"	81,201.182 18	"	"
6.	Hiervon auf die jährliche Arbeiter-Reduction	531.668	~~XX~~ "	"	"	"	425.334 24	106.333 36	531.668	10,633.360	"	"	10,633.360 "
7.	Rückbleibt als Arbeiter-Leistungen	3,528.391 13/20	"	2,822.712 7/20	705.678 1/20	3,528.391 13/20	"	"	"	70,567.822 18	"	70,567.822 18	"
	Schluss-Summe	"	4,060.059 7/20	2,822.712 7/20	705.678 1/20	3,528.391 13/20	425.334 24	106.333 36	531.668	" "	81,201.182 18	70,567.822 18	10,633.360 "

B

Übersicht

Wie viel die bezugsberechtigten Grundherrschaften von dem bisher bezogenen Urbarialien-Werthe gegen das ihnen jetzt verbleibende Relutum einbüßen werden. —

	im Jahres-Werthe		im Kapitale	
	Gulden	kr.	fl	x
Laut Ausweis litt. A Kolonne II und X Post Z. 1. haben die bisherigen Urbarialien-Bezüge einen jährlichen Werth von . " "	5,800.084	27	"	"
Nach Abzug der Urbarial-Steuer	531.668	"	"	"
Bleibt .	5,268.416	27	105,368.329	"
Nach dem gegenwärtigen Plane würde aber den Grundherrschaften laut Ausweis A, Kolonne III Post. Z. 8 ein Relutum zukommen von "	2,822.712	53 ½	56,454.257	47
Verlust für die Grundherrschaften "	2,445.703	33 ¾	48,914.071	13

№ 101

C

Vergleichs = Ausweis

Wie sich der Grundertrag der Rustikal = Gründe gegen das Urbarialien = Relutum verhält. —

	in der Jahres = Summe		im Capitale	
	fl	kr	fl	kr
— Die Hälfte des, aus der Urproduktion von dem Rustikal = Grundbesitze berechneten jährlichen Reinertrages pr. 8,452.151 fl 35 2/8 kr beträgt	4,226.075	47 5½/8	84,520.515	42 4/8
— Dagegen der auf Grundlage der vorgeschlagenen Urbarial = Relution von den Unterthanen an die Grundherrschaften und den Staatsschatz zu zahlende Betrag laut Ausweis litt. A Colonne II und X Post Z. 8	4,060.059	6 6/8	81,201.182	18
Folglich ist der Erstere gegen den Letzteren größer um	166.016	40 7½/8	3,319.333	24 4/8

D

Post Nr.	Namen der Bezirke	Die Hälfte des Betrages der Verzehrungssteuer-Rückvergütung von dem Hundertsatz-Grundbesitz		Hundertsatz der Verzehrungssteuer-Rückvergütung		Betrag der Verzehrungssteuer-Rückvergütung nach Abzug von 30/00 jedoch ohne Abzug des Betrages		Die ermittelte neue zu leistende Verzehrungssteuer-Rückvergütung = Hundertsatz-Grundbesitz-Steuer		Die bisher für das laufende Jahr ermittelte Hundertsatz-Grundbesitz-Steuer	
								mehr		weniger	
		Gulden	kr.	Gulden	kr.	Gulden	kr.	Gulden	kr.	Gulden	kr.
1.	Wadowice	235.416	30 4/8	343.748	33 4/8	240.623	59 4/8	5.207	29 4/8		
2.	Bochnia	246.034	21 4/	313.752	40	219.626	52	"	"	26.407	4/29
3.	Sandec	164.153	5½/59	255.341	7	178.738	6/46	14.584	1/47	"	"
4.	Jasło	227.974	7/26	327.897	57	229.528	7/33	1.554	7	"	"
5.	Tarnów	293.220	9/39	441.026	12 3/8	308.718	4/20	55.497	7/40	"	"
6.	Rzeszów	307.757	4/21	384.321	15 3/	269.024	6/52	"	"	38.126	6/28 8
7.	Sanok	218.999	9/4	420.611	3 2/	294.427	3/44 8	75.428	"6/39	"	"
8.	Sambor	266.836	57	348.845	1	244.191	5/30	"	"	22.645	3/20
9.	Przemyśl	338.515	6½/	515.817	8 2/	361.072	"	22.556	"14/59	"	"
10.	Żółkiew	295.790	6	375.780	11/13	263.046	9 4/	"	"	32.743	6/56
11.	Lemberg	162.468	7/32	175.826	1 4/	123.078	13	"	"	39.390	2/19
12.	Stryj	137.286	5	254.009	41/	177.806	3/47	40.520	3/42	"	"
13.	Brzeżany	289.309	1 7/	346.502	3/59	242.552	4/5	"	"	46.756	7/55
14.	Złoczow	298.239	6/54	305.502	6 6/	213.851	6/28	"	"	81.388	26
15.	Tarnopol	230.878	6/2	309.292	7 1/	216.504	7/28	"	"	14.313	7/33
16.	Czortków	197.109	49	291.155	19	203.808	44	6.698	55	~~6.698~~	~~55~~
17.	Stanisławów	172.297	6½/24	240.147	5	168.102	4/57	"	"	4.194	2½/27
18.	Kolomyja	183.854	5/35	150.507	2/54	105.355	32	"	"	78.499	4/3
	Summa	4,226.075	47 5½	5,800.084	27	4,060.059	6 7/8	222.049	20 7/	388.066	6½/1
										166.016	7/40

Pismo majora Siemońskiego do hr. Stadiona
(1847 r.)

Inscription I. XIII. 1846 22
106.

Du Graf Stadion! Im Monarch sah das Schicksal dieser Provinz nach einer langen, bisher Catastrophe nicht nur Ihnen sichtbar, aber auch Ihrem Gewissen verantwortet. Ich überlege E.E. im Anschluß Betrachtungen über die ungehinderte Robotablösung, eigentlich Expropriation der Gutsbesitzer mit einem bäuerlichen Stande ihres nachtheiligen Einverständ. Möge Ihr Eifer Ihnen Beruhigung, Ihr Gewissen den Frieden zu machen Gelegenheit bieten.-

Eigenthum ist Hauptelement des gesellschaftlichen Verbandes, Grundeigenthum der Verbesserungen, sichte Basis der Civilisation. Ein solches Eigenthum waren die Bauern und andern Frohnarbeitspflichtigen in Galizien, sind es noch in andern unblühenden Provinzen, sind es in Königgrätz Ungarn, und in so vielen andern Ländern, wo auch Mangel der Grundwirthe, schwacher Handel, Handelsverbot der Juden der Ungewißheit, und Mangel der Fabriken der Consumtion, und die Verzinsung des Grundes verschwanden; sie waren in jetzt nicht Ausfluß der Leibeigenschaft, denn so genannt waren die Frohnden, die selbst dem Adelstand in den polnischen Provinzen sich befindet, sie waren ein Surrogat, gegen den Grundherrn angeschlossen, entsprungen und Verträgen, denen einige selbst bekannt sind, wie z. B. Anfindung juris teutonici, wenn sie im Dorfe der Gastfreie verblieben; es sind noch Lehnsverhältnisse der Starostegen, alte Frohnarbeiten und Nutzbriefe der Privat-Güter, sie selbst aus alten Zeiten solche vorkommen, wovon diese Beschaffenheit aufgehoben worden, so z. B. das Privilegium des Adelstands zu Zgierz vom Jahre 1805, welches der Cardinal Soltz in seinem Lehnsverhältnisse aufhebt. - Das Factum beweist, die österreichische Regierung habe bei Besitznahme Galiziens die Grundherren in Besitz der Frohnen und andern Unterthänigkeiten angetroffen, denn Annahme der Unterthanschaften der Besitz als Rechtstitel anerkannt und selben durch 74 Jahre gehegt. - Vor 60 Jahren ist zwar diese, schon diese eine Regulirung der Robotsschuldigkeiten nach der Besitzungen angedeutet worden, aber bereits nur in der deutschen Erbländern des a.h. Patents vom 16 Jänner 1786; diesen in diesem Geschäfte war noch die Bestimmung der Robotsschuldigkeiten nach den Besitzungen selbst übrig gewesen, welche bei der damaligen der Unterthanen-Regulirung zu geschehen hat, einen bestimmten Beschluß da nothwendig bestandenen Robotsschuldigkeiten ganz oder zum Theile aufzuheben - anblicken können? Bereits dann auf dem Grunde selbst unbestimmten

Ausdrücke wie 60jährigen Besitzstand in allen Transactionen Kurs haben: 60 jährige so wie 60 Jahren kein Ansatz, keine Fristung genannt, keine Besitzverhältnisse wurden genau. – Aber selber muß diese deutlich verbesserungs Ausdrücke für Besitzstörungen gegolten, so wurde dieser Besitzstörungs mit dem a.h. Patente vom 19 April 1790 aufgehoben, und ganz andere Normen gesetzt, wie ganze Verjährungsfristen als selbst längliche, nämlichste und ungemessene aufhaben und aufgehoben die verschiedenen Besitzgattungen, wie sie gesetzmäßig bestanden, für maßgebig anerkannt, die Gemeinden zu dieser Zeit bezeichnet, und selbe in dreier Besitz als rechtmäßige Eigenthümer eingesetzt. Seit jener Zeit sind schon 36 Jahre verflossen, schon nach dem römischen Rechte wären der Fall usucapionis eingetreten, aber nur nach dem österr. bürg. G.B.; denn: a.) der Rechtstitel ist da, das a.h. Patente vom 19 April 1790, das die Besitzstörungsfristen, wie sie vor Einführung des Urbarialgesetzes bestanden, als maßgebig anerkannte, und die dieser Zeit die Gemeinden einsetzte; b.) dieser auf gegründete Besitz- und Rentenstandsverhältnisse, womit die Gemeinden als Eigenthümer an den vielen gemeinden übergingen; z pańszczyzną i wszelkiemi powinnościami inwentarskiemi mit Gemeinden und Inventarialbesitzstörungen ist stets Inhalt der Urbarien; c.) Rechtmäßiger Besitz dieser Gemeindegründe, dann im a.h. Patente vom J. 1790 gegründet; endlich d.) da seit dem nicht 30 nicht 40 Jahre, wie das Gesetz gegen den 24. Fiscus verordnet, aber 36 Jahre sind verflossen, seit die Regierung selbst die Gemeinden in den Besitz der Gemeinden und dessen Inventarialbesitzstörungen einsetzte – sie sind also rechtmäßig erworbene Eigenthümer, dieses muß man bestätigen, da das ganze 4 Capital das 3 Jahrhundert des bürg. G.B., und wenn andere, die das Eigenthum schimmern, aus dem Gesetzbuche streichen, ganze Blätter aus dem Gesetzbuche reißen und in der Luft werfen lassen. – Aber selbst wer in den neueren Zeiten ist mit a.h. Entschließung vom 24 Jänner 1821 Z. 21741 genauest bekannt worden, daß Urbarialgerichtsbarkeiten, dessen auch die Robotten ein Eigenthum der Obrigkeiten seien, daß diese dann, so wie jeder in seinem Eigenthume geschützt werden müssen, und als wäre von Eigenthümern einer Seite allein abhängen stünde, die Verwandlung eines Eigenthums zu verwandeln, die Renten selbst nur von freiwilligen Übereinkommen abhänge, und von der seit der Regierung Kais. K. Majestät Kaiser Joseph II bestandenen Verwendung abgestammen habe; gesetzliche Verfassung von Klienten; d.i. zum bis 3 Generationen sind mit jener Zeit

das a. f. Jahres vom J. 1790 bis zu einer ganzen Generation seit dem Zeitpunkt der ehemaligen a. f. Anordnung v. Jahre 1825 verflossen sind, die Jahre sind in die zweite, dritte, manche in die zehnte Hand gekommen, wovon sich nur selten Beispiele finden, wegen seiner Anordnungsart und dem Zweck dieses Gesetzes, dem jene Ordnung vom J. 1786 zum widersprechen, gebietet werden, nur auf dem Grunde, Gebäuden, und andern Inventarialgegenständen und den Blick gewendet, diese verzeichnet, und diese getauft, - und nun soll der letzte Besitzer des Antheil, die Hälfte, und mehr, wie es der neue Zufall mit sich bringt, baares Vermögen werden. - Gar manche, die in Ehren des Wortes alle ihre Angehörigen schätzen, haben bei gänzlichen Subhastationen die Gebäuden und Inventarialgegenstände zum Grunde der Schätzung den Ab-schätzungen genommen, haben es in Folge der Instruktionen gethan, haben sich die Gebäuden und andern Inventarialgegenstände verkauft, und den Erwerber, der sein unter der wirklichen Antheil verwerfend hingenommen hat und unzufrieden fällt, muß nun das Antheil oder die Hälfte des Vermögens, so wie es den Zufall bringt, werden. - Viele Gütern hat die Taxirung verkauft, in den Anschlägen befinden sich Gebäuden und Inventarial Gegenstände mit den Fusions Inventarien gestützt, in den Abtheilungen wird dasselbe zugrundet, den Gebäuden keine Taxe, beigelegt für die, und nun sollte die Anzahlung, die das Gut einzahlt hat, dann manchmal das Antheil nehmen, und an einen dritten kommen? Dem Verzeichniß wurden die Gebäuden und andern Inventarial Gegenstände kommen gelegt, und für die meisten Verzeichnisse in Druck gegeben, sollte nun die Anzahlung verloren, dafür sie ein Entschädigung, kommen in einen dritten. Verzeichnisse und Besichtigungen wurden auf sämmtlichen accal gegründet, theils auf mündlichen theils auf schriftlichen Abmessungen basirt, sollten die Gebäuden so gelten, wie sie eigentlichen Abmessung sie wie mündlichen als schriftlichen nicht für solche und andern sich gestalten sollten? Die Landes-Instanz gründete ihren Hypothek auf den Gebäuden und andern Inventarial Gegenständen, die Statuten empfehlen die a. f. Verordnung, die Gebäuden und andern Inventarial Gegenständen wurden also als meist mündlich eigentlichen als solide Hypothek genommen, und nun sollte sie nochmals Hypothek. an einen dritten, wie es den Zufall bringt gestimmt werden, ohne die Entrichtung der Statuten und somit die Annahme der Inventarial Gegenständen für unsolide eigentlichen für solide Hypothek wenn sie, um so zufriedener seit jener Zeit

anzustandtaxen Güter Verkäufe zu sammenbringen, und nun selben die Güter
gänzen Gütern, und mit selben ihr Inventarial genehmen, dieselben ihre beamtmann
und Adamus, und wesse dieses Summkunig dieselben sein anzustimmig zu sagen und kün
tag und Schillseil z nüz die hülfte ihr allerdis gänzt dem Fusale ihr bemerkgestigten Ge
fikulbesitzt ab, beamtinnen, die Summkizzen seiben ihren hingestekten und Genehmen und
Inventarial Schuldigkeiten gegründet, Endlichen secundo loco uns dem Grundt Entheil
entstellt, sindern aber so wenig in die Grundt Entheil mit Gefikulbesitz genommen,
wenn stets natlich bestimmt, kommen jetzt aber, wo die Gutsbesitzer einen sogen
den Theil ihres Vermögens beamtinnen, wo sie mit den Testamentsrichter ihr Vermögen
theilt z dem Einsetzung oft zusammigen Streitigen zu mingen seiben wenden, in
wenndlich ihnen Entrend mit beamtgültigste Gewizzt kommunikatt wenden. Die Gut
gung den Eingesetzten Gütern und Grundgrichen wenn die hingestekt bis mit 3/4 Theil
den Schätzung umstarkt, diese ihre Rücksicht mit den Gefikulbesitz, mit den Testamen
den Grundt und Inventarial Schuldigkeit gegründet, wenn sonst nun darüber, ob wen
es mit zu beamtgenen seien wenden? Und nun zum Theilung übergehen, da wenn
wenn zuerst besonig hingestekt entstehen, eben Summ halten Schenkrit die Kapitals sin
tag, wünscht nun die zu essenüberlassen hingestekt. Schenkungsweise - widerlegen, ihm zum
zu Vermögen beamtinnen und in den Testamenten gegenüber, so wenn kommt
wenn den Gnadgen der k. k. Cirkus weg und Gutzinsung den massenweisen und hingestekt und
donation den den ihren Schuldbelasteten wenn 3 und gesetzmäßigen Inventarial-
Schuldigkeiten zu einem Viertten zu belangen. Der gemeinsten Grundsatz ist den Blut
bandreinigen Entrend die Entstehung gegen eine Administrations Verordnung gesetzt
hat, wenn diese wenn gegen Administrations Verordnung nicht kommen, und welche
in gemeinsten Listen wenn Ihnen Verlust Empfang die in Wenden gemeinsamen ab
sind? Die Inventarial Schuldigkeiten wenden in die Empfindung den Entdeckung gegen
also bis zum letzten Augenblick zum massenweisen Eigentum zugewiesen, den wenn
solchen kann Einkommen wenden. Der Grundt der Kenntnis wenden die Inven
tarial Schuldigkeiten in guten Grundt gekommen und wenn soll den letzten Grundsatz
den der Schuldigkeiten als massenweisen Eigentum. Wie Lehmen Winkel und dem
Grundsatz zum Schluss gekommen sind, und Schillseil z die hülfte wie es den Fusale
mit sich bringt kommen. Nach dem gemeinsamen mit dem Edikt vom 6. 1816
wenn gebendranten System wenden die Schuldigen Verbot mit Ihnen wegen Abmachen
abgesetzt, den Grundt den andern wieder aufgehobenen Servituten und der

Theil.

der Grunde, der alone der Grundsatz abzunehmen seinen Inhalts angemessen sind, abzugrenzen, das übrige in eine Gesetzmässige umgewandelt. Diese mit der gewissen Genauigkeit durchgeführte Arbeit mehr gegen 30 Jahre Zeit ein, der Lehrer ge, nannt der Selbstständigkeit, der Grundsatz wurden wissen, vielmehr stets der Mittelpunkt der Lehrmeinungen, und nebenbei auch der Mangel der Gesetze. –

Nach dem französischen System wurde die ebenfalls durch genaue Abgrenzung der Rechten festgestellte Rente zu Capital geschlagen, und dieses mit Staatsgläubigern, die in voller Communion standen, ausgezahlt. Die öffentliche Gesellschaft wurde auf solchen Entschädigungsfonds angewiesen, die neuen dann durch die Eigenthümer gegründet, die neuen Käufer der Eigenthümer nicht verlegt hatte, neuen Käufer der gelöschten Grundbesitzer, und diesen Käufer haben sie Rentabilität in ihrer und v. Leistungen vergleichen, und im Verhältniss einer Concession gabelten, denen Ausgaben abgenommen wurden, die Kosten der Eigenthümer mit dem Beste der Klassifizierung zu tragen. Die seine ausgeschiedene Rentenzahlung ist die, an solche Rentenablösung, sie ist ein wirkliches durchgehen fremden Eigenthums an einen Dritten, sie ist eigentlich eine wahre Expropriation im vollsten Sinne des Wortes.

Dem Verfasser als Gesetzgeber steht das Expropriationsrecht eben so wie das Vorschlag zu, ob und welche Abtretung des Eigenthums für das öffentliche Beste nöthig sei. Aber in der Art und Weise, wie dieses Recht auszuüben sei, fast sich der Verfasser mit dem §. 365 des b. G. L. selbst Grenzen gesetzt. Der Satz ist geschrieben Wort der Verfasser. Auf das Wort der Verfasser, sein sich zu beruhen, ist kein Verlassen gegen die dem v. J. Thomasius, die Enzyklopädie, es ist mehr Lehrmeister, wie fast man deutsch sagt. "La loi civile est le Paladium de la propriété" sagt Montesquieu. Unser Paladium ist das ar. L. Entwurf v. J. 1790, d. a. L. Entschädigung v. J. 1821, mit denen das Eigenthum der Rentner und Inventarienbesitzer für angemessig anerkannt werden, das b. Ges. das jedes unbedingte Eigenthum beschützt, und namentlich den §. 365 des b. G. L., unser festes Palladium ist die Heiligkeit der Monarchen, der die Eingriffen mit dem Ausspruche "ecclo tuei" abwehren, der die Einzelnen und Gemeinden der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit, welche seinem Regierungsgrundsatze "justitia regnorum fundamentum" sich auch seinem gewissen Lohne treu geblieben ist. – Wenn wir gründlich, den Rentner wissen zu wissenschaftlich, jedes Gesetzes Ganz angewandt sagen,

Jhm eine Maschine, weil es eben Feiertag war, so mußte sich die ganze Masse Zuschauer nicht an die Emancipation der Juden, sondern zunächst an die Entschädigung der Eigenthümer und den Vierundvierzigthaler zu Weihnachten. Immerhin Schwierigkeiten mußte darinnen, indem Einwendungen vorgebracht, sind aber nicht nothwendig in den Gesetzen gegründet Eigenthum, wie dem es also bezweifelte, daß der ganze Betrag nicht Entschädigung der Eigenthümer und den Vierundvierzigthaler verwendet werde, nur müßte diese Entschädigung der Expropriation auf dem Fuße nachfolgen, denn die gewaltsame Hinwegnahme würde unbenannenbares Unglück über die Juden, das sich vielfältig vervielfachen würde, vorstellen; Gütter würden im Werthe fallen, die Gutsbesitzer verarmen, immer an den Bettelstab gerathen, Gläubiger, selbst Hypothekarische um den Verlust ihres Vermögens kommen, die Kirchhöfe bepflanzt auf neue Anbau und Aecker verwandelt Gründen hervorkommen, die Communen ungerechtfertigte Spannung entstehen, der Ausschweifendal, sind aber Gelegenheits nachsehen, der Unterfall der Vorfahren durch Hemmschuhung des Fortgangs, Folge der jammervollen Klagen, ein Schwächung entstehen, die wenigen Verbrechen selber, und eine Anzahl Verbrechen erwirkt werden. - Hindernisse sind jenen der Gutsbesitzer Vorgeschlagenen zusammen, in dem auf dem Verfolgung der Gutsbesitzer vorgenommen Commerzialblumente ihre Hoffe unbekannten, Vieh alles auf der Gewalt und Verbrechen andern Juden vorgenommen, und auf mehr andern Unglück auf der Hemmung der Vermögensbestände verfolgen, das jetzt gar nicht vermögenschaften ist. -

Nun sei es dennoch gestattet einige Einzelnheiten der jetzigen Verbot, ungültigen eigentlich Expropriation durchzugehen: -

a.) Ist es schwierig ein Gesetz zum Vermögensbesitzer zur Seele, was der das Vermögen einzelnen zugeschrieben werden soll, anders zu setzen, das es einmütig in der Verschiedenheit, ungleich und ungenacht und verschiedenen verfolgend mit dem v. J. Januar von 19 April 1790 vermehrt war, dem - das nachfolgende vom J. 1820 wird entnommen, selbes zu bessern, setzung neue Satzen hinzugesetzt, Folge der Unvermeidlichkeit der Lande, die man beim Mangel geschichtenen dazu gebrauchen müßte, besonders da bestimmt, die Gelegenheit der Gutsbesitzer, denen die ganze Last aufgewälzt werde, und die Fälle, mit der es die Regierung betrieb, keine genügenden Mittel zuläßt. Gerichten sei nach der gewissen Vermehrung 1365 Meilen

nach der Uebermittelung 1259 33/100 also 105 67/100 wenigen; jetzt kann man sich denken, welche Unsicherheiten in einzelnen Ortschaften entstehen. Dazu kommt noch daß die Bauern beinahe überall sich gerade Flächen zugeeignet haben, was selbst nach dem letzten Gesetze geschehen ist, und zusammengenommen ein ziemlich starke Summe ausmacht, und die Unsicherheit so weit geht, daß nicht selten zwei wenigen Bauern zusteht, die weit mehr Gründe besitzen, als solche die ihnen wenigen besitzen. Das neue Cataster wird in erstens Land (Lib) Liste über alles Land und zweitens über die Mängel der gemeinschaftlichen Bodenbenützung verbreiten.-

b.) Ist nicht zu unterschätzen, wenn der Zugrubot nicht bei den Bauern von 3 fr 8 15 kr beginnt, also heuzinga, der nur 3 fr 8 kr oder 3 fr 7 kr oder noch weniger zahlt, nur Handrobot zu leisten hätte, da doch selbst nach den gemachten Grundsätze des Katastralbesitzes es einleuchtend ist, daß jeder der sämtlichen zur Zugrubot verpflichtet, auch sammt, wenn nicht noch mehr Land besitzt, als gewisse, aber der Zugrubot leisten sollen, vielleicht für den Taglohnpreis seine Herrn Arbeiten zu besorgen, wie viele Zugrobotleute in Galizien bei Aufnahmsstellung des Census sollen waren; es wurden Domenien sein, wo überhaupt wenige, oder gar keine Zugleute den Grundherrn zurückbleiben werden. - Wird denn die Lebensweise gewerbsthätigen Grunds möglich sein, und wozu denn die Grundlage, wenn die Arbeiter nicht gemiethet, nicht gedungen werden können? - Wird denn der Betrieb der fischereibauten, der Landwirthschaft und auch der Gewerbe, Erhaltung der Damm, Pflanzungen, möglich sein, wenn das ganze Hintersassen der Gebirgsgütern, und auf ein bestimmten Theil der in flachen Land Eigenthum besitzt. - Gebirgswirthschaften werden gezwungen aufgegeben.-

c.) Ist die Robotenzurechnung nicht gerecht, sondern in Abstufung nach Klassen abgetheilt, die zur Folge haben wird, daß alle diejenigen Gründe, wo denen die Bauern gezwungen einer Klasse und den andern gezählt wird, ganz wohlfeil verkauft wird, also auch durch die Robotenzurechnung auf nicht angestellt wird, durch den Verkauf angestellt wird, denn

d.) Wird es selbst dem geschicktesten Landmanne unmöglich erscheinen, daß 15/15 der Arbeit in den Bauern die robotpflichtigkeit zu stand vorgeschrieben, wenigstens manchmal, daß diejenige zu der 15 20/15 der

Steuern zahlt, 26 Tage, derjenige aber der 1 fl 21 kr oder nur 1 fl 20 $\frac{10}{15}$ kr zahlt, 52 Tage zu leisten habe, daß derjenige der 3 fl 8 $\frac{1}{15}$ kr zahlt nur 78 Hauptage, der aber 3 fl 9 kr zahlt, oder sogar nur 3 fl 8 $\frac{2}{15}$ kr zahlt, 104 Zugtage zu leisten habe.-

c.) Ist mit dem Patent vom 19 April 1790 bloß unter der Bedingung der Aufhebung des Urbarialsystems, die Last der Steuereinhebung, die kostspielig ist, und der Haftung, die nachmal in die Tausende geht, dem Grundherrn aufgelegt worden; nun wird das Urbarialsystem wieder eingeführt, und von Enthebung der Grundherrn jener Last, keine Rede.

Wenn es nicht auf gänzliche Veränderung der ganzen Klasse der Gutsbesitzer selbst mit Hintansetzung aller Gerechtigkeitsprinzipien abgesehen ist, was doch unmöglich zuzulassen ist, so steht zu hoffen, daß diese Betrachtungen billige Berücksichtigung erhalten werden.-

Materiały K. Krzeczunowicza
w sprawie „regulacji"
stos. poddańczych

Wyrwody

111.

19.5 Dz.

Kuz

1846

Эрмитаж [illegible]

[illegible]

Konzept
die Bildung

112

Hohes Landespräsidium

Die Regulirung der bisher in Galizien bestan[illegible]
grundunterthänigen Verhältnisse, bedeutu[illegible]
der Folgen ihres Einflusses auf das Wer[illegible]
landtäflichen Grundbesitzer, auf das Schicksa[illegible] unterthä=
nigen Grundholden und auf ~~die~~ die Landeskultur im
Allgemeinen, ist unter den gegenwärtigen Umständen
um so wichtiger als die neuen in der allerhöchsten Entschließung
vom 12ten Nov. 1846 enthaltenen Grundsätze ~~der Robothver=
theilung~~, in ihrer Ausführung sehr bedeutende Mißverhäl=
tnisse in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten
zur Folge haben; diese Mißverhältnisse aber die unter
dem Landvolke bestehende ~~Gährung~~ Aufregung zu [illegible]
höherem Grade steigern und die ordnungswidrigen,
die allgemeine Sicherheit bedrohenden Einflüsse
begünstigen werden.
Die Überzeugung von der Nothwendigkeit einer Reform
der grundunterthänigen Verhältnisse erwe[illegible] während
den letzten Lan[illegible] in den galizischen
Landständen d[illegible] kommen[illegible] will[illegible]
keit, alle von d[illegible] dieser
trennlichen Opfer zu tragen und [illegible]
uneingeschüchtert von deren Übe[illegible]
so empfindlich dieselben die einz[illegible]
erklären wir Endesgefertigt[illegible]
~~eugung~~ mit dem Bewuß[illegible]
Gesinnung der großen Mehr[illegible]
Mitbürger au[illegible]
sie für d[illegible]
des Th[illegible]
unser[illegible]
lichen[illegible]

113

Regulacya

stosunków poddańczych

~~poznańska~~

i galicyjska z

roku 1846

Uwagi w sprawie regulacji stosunków poddańczych (1845/6)

I

1

X 115

1

Vorbemerkungen über die Grundsätze der gutsherrlich-bäuerlichen Verfassung in Livland

Früher waren die gutsherrlich-bäuerlichen Verfassungen, wegleitend für Gesetzgebung in Livland

Die Notwendigkeit der Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verfassung in Livland war seit jeher von der allerhöchsten Regierung und von dem livländischen Landrathe anerkannt worden.

Die bisherigen, diese Gegenstand betreffenden, teilweise oft einander widersprechenden Bestimmungen [illegible] zu einer Regelmäßigkeit [illegible] Grundsätze, welche, [illegible] zu berücksichtigen [illegible] und der Willkür des Gutsherrn [illegible] Grenzen [illegible] Bauern [illegible] Verfassungen [illegible] Verhältnisse [illegible] Gesetzgebung [illegible] Landrath [illegible] Gesetzgebung [illegible] Landrath [illegible] Gesetzgebung [illegible] Landrath

~~Zur Kenntniß und zu Verfügung~~ ~~zu Verfügung~~ ~~Zur Kenntniß~~

Zur Kenntniß und zu Verfügung

Zur Kenntniß und zu Verfügung

Bei Zur Kenntniß und zu Verfügung

Bei Zur Kenntniß und zu Verfügung

Bei

erweckten in uns die Hoffnung daß die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse auf eine der Gerechtigkeit entsprechende Weise geregelt, die unterthänigen Schuldigkeiten klar bestimmt, die, aus Mangel an beweiskräftigen Urkunden immer häufiger vorkommenden Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Unterthanen auf immerwährende Zeiten beseitigt werden würden. — Wir glaubten auch daß bey der Ausführung der a. h. Entschl. die Berichtigung der, ~~Aller~~ von Allerhöchst Seiner Majestät anerkannten ~~(Sich~~), äußert bedeutenden Fehler und Gebrechen des provisorischen Katasters, welcher als Grundlage zur Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten dienen sollte, erfolgen werde, — um den Mißverhältnissen in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten, welche die unter dem Landvolke bestehende Aufregung zu noch höherem Grade steigern müßen, vorzubeugen. — Wir erwarteten daß die Grundherren ebenfalls ihrer großen Lasten enthoben und denselben für die Verluste ihres unter dem Schutze der Gesetze ~~erworbenen Rechte~~ ~~eine Vergütung~~ zu Statten kommen würde; — daß endlich die mit der Ausführung der a. h. Entschl. beauftragten Landesbehörden von den Grundherren und anderen sachkundigen Männer die unumgänglich nothwendigen, in der praktischen Kenntniß des Gegenstandes gegründeten, Aufschlüße und Aufklärungen fordern werden; — um bey der Ausführung des neuen Gesetzes ~~die wohlerworbenen Rechte in Gemäßheit der a. h. Willensmeinung vom 9ten des a. h. Reskripts vom 9ten July 1844~~ die wohlerworbenen Rechte nach Möglichkeit zu schonen und große Fehler und Gebrechen zu beseitigen.

Unseren gerechten Hoffnungen wurde nicht entsprochen.

Scribe fol. 1½

Erworbenen Eigenthums, in Gemäßheit des § 365 des L. G. B., eine Schadloshaltung

in Gemäßheit des a. h. Reskripts vom 9ten July 1844

das in der größten Eile ausgefertigte und kundgemachte Kreisschreiben der Galizischen K. Landesstelle vom 25ten Nov. 1846 Z. 3463 und die unterm 17ten Dez. 1846 Z. 7423 an die Kreisämter und Dominien ergangenen Instruktionen enthalten die ~~Bestimmungen~~ Verfügungen zur Ausführung der allerhöchsten Entschließung vom 12ten Nov. 1846. —

~~Wenn~~ ~~Ich kann~~ Ich kann nicht umhin ~~meine~~ meine innerste Überzeugung auszudrücken, daß, wenn die ~~die~~ a. h. Entschl. nach den erwähnten Verfügungen in Ausführung gebracht werden sollte, die wohlthätigen Absichten Allerhöchst daß diese ~~Bestimmungen~~ Verfügungen der Willensmeinung ~~Allerhöchst Seiner Majestät~~ unseres allergnädigsten Landesfürsten nicht entsprechen, weil es keinem Zweifel unterliegt daß, wenn die a. h. Entschließung nach diesen Verfügungen in Ausführung gebracht werden sollte, die wohlthätigen Absichten Allerhöchst Sr. Majestät nicht erreicht; — die wohlerworbenen mit den allerhöchsten Gesetzen zuerkannten Rechte der ~~Grundherren~~ meisten Grundherren übermäßig und zwecklos verletzt; in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten die größten Mißverhältniße hervorgehen; — bey der der Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten ~~die größten Mißverhältniße entstehen~~ ärgerliche ruhestörende und mag dauernde Streitigkeiten ~~hervorgehen~~ entstehen ~~werden~~; ~~die Produktion~~ die Landproduktion und die öffentliche Sicherheit ~~gefährdet und unser Land~~ großen Gefahren ausgesetzt werden wird.

In dieser verhängnißvollen Lage ist es den um das Wohl des Landes bekümmerten Staatsbürger zur Pflicht geworden, der allerhöchsten Regierung eine, in der praktischen Kenntniß des Gegenstandes gegründete, ~~der allerhöchsten Regierung die~~ Darstellung der, aus einer unzweckmäßigen Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältniße, ~~den Lande drohenden zunächst unserer Provinz und mittelbar demjenigen~~

Die wohlerworbenen mit den allerhöchsten Gesetzen zuerkannten Rechte der meisten Grundherren übermäßig und zwecklos verletzt; — das Eigenthumsrecht, diese Stütze der gesellschaftlichen Ordnung, in zweifel gesetzt; — der Begriffe von der Unverletzbarkeit des Eigenthums vernichtet; — die den kommunistischen ~~Ansichten~~ Ansichten Nahrung gegeben; — die in den a. h. Entschl. vom 19ten April 1790, vom 24 Jänner 1821, vom 9ten July 1844 und ~~anderen Gesetzen~~ u. a. enthaltenen Verfügungen und Versprechungen ~~niedergetreten~~ ungestoßen; —

1½

B 117

Zu unserem tiefsten Kummer mußte es gereichen, daß die allerhöchste Entschließung vom 12ten Nov. 1846 nicht nach ihrem Wortlaute sondern mit allerlei Zusätzen und Aenderungen mittelst Kreisschreibens ~~vom~~ der galizischen pp. Landesstelle vom 25ten November kundgemacht worden ist. — ~~Ge~~

~~Groß war~~ Groß war unsere Bestürzung als wir sahen, daß die Bestimmungen des kundgemachten Kreisschreibens und der ~~Instrukz~~ zur Ausführung desselben ~~mit~~ ausgetheilten Instruktionen der, mittelst Privatnachrichten bekannt gewordenen, ~~Verfügungen~~ ~~Aller~~ Willensmeinung Allerhöchst Seiner Majestät ~~nicht gleichkommen~~ bei weitem nicht gleichkommen.

Ein jeder suchte eine Aufklärung darüber und wir erfuhren, daß unsere Privatnachrichten uns nicht täuschten, daß äußerst schädliche Zusätze und Aenderungen wirklich statt gefunden haben. —

Bei der näheren Betrachtung der Verfügungen des Kreisschreibens vom 25ten Nov. und der unterm 17ten Dez. 1846 an die ~~Kreis~~ Kreisämter und Dominien ~~zur Ausführung des~~ ergangenen Instruktionen ~~[illegible]~~

in der größten Eile ausgefertigten

~~welchen die allerhöchste Entschließung~~
~~vom 12ten Nov. in Ausführung~~
~~gebracht werden sollte~~, wird
man anerkennen müssen; daß
die mit der Ausführung der allerhöchsten
Willensmeinung beauftragten
~~kk~~ galizischen kk. Landesstelle
ihre Absicht lediglich dahin lenkte,
um den Unterthanen ~~die größtmö-~~
~~glichsten Vortheile~~ auf Kosten der
Grundherren die größtmöglichsten
Vortheile am schleunigsten zu
verschaffen; — wobei die Zweckmä-
ßigkeit ~~[illegible]~~ und Gerechtigkeit
der ~~Vorzunehmen auszu~~ Vorzunehmenden
Maßregeln und die Folgen derselben
nicht berücksichtiget wurden.

Ser. fol. 1 2/3

12/3

[illegible] Abschnitt [illegible] politischen pl. Landesbehörden [illegible] Abschnitt [illegible] Abschnitt [illegible] Abschnitt [illegible] Verfassungsstaat [illegible] Verfassungsstaat [illegible] Verfassungsstaat

~~Verfolgung eines solchen Systems mußte nothwendigerweise zur grö~~

~~bei dessen Verfolgung~~

zu suchen. — Dieses Verfahren wird seit jeher befolgt und ist zum System geworden. — Bei Verfolgung eines so parteiischen Systems werden nothwendigerweise alle Klagen der Grundherren, alle von denselben gegebenen, ~~die~~ die gutsherrlich-bäuerlichen und die landwirthschaftlichen Verhältnisse betreffenden, ~~der praktischen Ze~~ Aufschlüsse, mit Mißtrauen beobachtet ~~Sym~~ und nicht berücksichtiget; — es werden alle Maßregeln, ~~welche für die ohne für die welche den Grundherren keinen unmittelbaren Verlust zuziehen und zur Hebung der Landproduktion, zum Wohl~~ welche zur ~~Hebung~~ Beförderung der Landkultur, ~~zum und Wohl der Grundherren aller Landwirthen Grundherren und Unterthanen~~ unumgänglich nothwendig sind (2) außer Acht gelassen ~~(1)~~, wenn dieselben den Grundherren keinen unmittelbaren Verlust zuziehen,

~~Die obenerwähnten Verfügungen der Pr. Galizischen Landesstelle enthalten eine nothwendige Folge der irrigsten Begriffe von den gutsherrlich-bäuerlichen und der gänzlichen Unkenntniß~~

in der praktischen Kenntniß des Gegenstandes gegründeten

und des Wohlstandes ~~der Grundherren und~~ der Unterthanen

weil der Schaden der Grundherren zum Prüfstein des Wohlstandes der Unterthanen geworden ist. —

---

(1)

(2)

~~Ein praktischer Landwirth galizischer Landwirth kann die obenerwähnten Verfügungen der k.k. galizischen Landesstelle nicht anders als betrachten als die Summe der irrigsten Begriffe von den gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen und der gänzlichen Unkenntniß der landwirthschaftlichen Bedürfnisse. —~~

Die Verfügungen des obenerwähnten Kreisschreibens und der Instruktionen sind ein Ausfluß dieses Systems. Ein praktischer galizischer Landwirth kann diese Verfügungen nicht anders betrachten, als die Summe der irrigsten Begriffe von den gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen und der gänzlichen Unkenntniß der landwirthschaftlichen Bedürfnisse. —

Scr. residuum folii 1

S. 120

unserem Lande drohenden Gefahren und der dießfälligen ~~Provinz unseres~~ Bedürfnisse unseres Landes, der Allerhöchsten Regierung ~~vorzulegen mit der Bitte~~ vorzulegen.

~~In diesem~~ Ich habe mir vorgenommen im ~~dieser Schrift~~ ersten Abschnitte dieser Schrift ~~über die Anordnungen der bereits kundgemachten & die bereits kundgemachten Kreisschreiben~~ die in der allerhöchsten Entschließung vom 12ten Nov., im Kreisschreiben vom 25ten Nov. und in den Instruktionen ~~zur Ausführung des Kre~~ vom 18ten Dez. 1846 enthaltenen Anordnungen näher zu betrachten; — im zweiten Abschnitte aber die, mit den erwähnten Anordnungen nicht berührten ~~gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse~~ Grundunterthänigen und landwirthschaftlichen Verhältnisse, deren ~~Regelung~~ Regulirung unumgänglich nothwendig ist, darzustellen. —

(3)

II

Von der Robotregulierung

Sch. fol. 3½

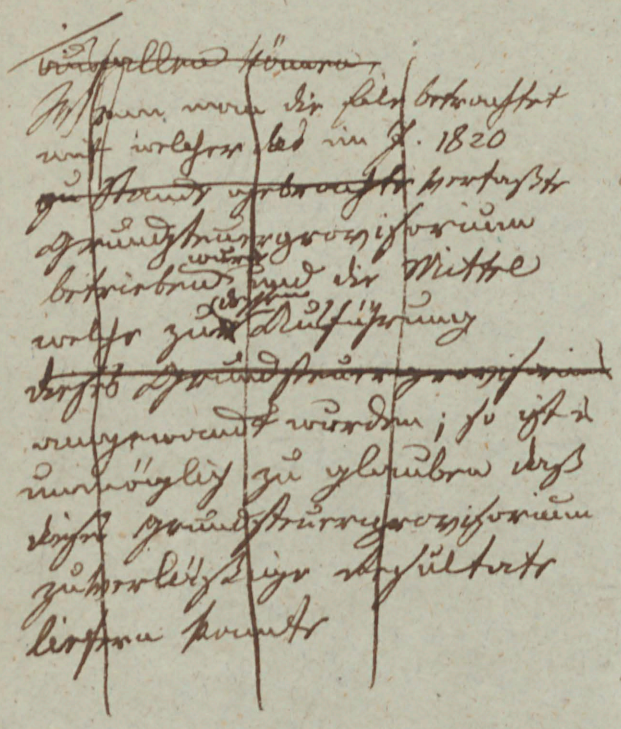
Der §. 1 der allerhöchsten Entschließung vom 12ten Nov. 1836 über Robotregulierung bestimmt: daß die gänzliche Ab. Entrichtung der gegenwärtigen Entschädigungen, wie sie durch den gegenwärtigen Vertrag normirt ist, von Seiten der Dominien verweigert oder Anstand der an die Grundherrschaften zu entrichtenden Entschädigungen zu gewärtigen sey.

Der §. 2 der Regulierung verfügt daß die Grundentrichtel vom J. 1785 mit denen vom J. 1820 daher ist nicht übereinstimmt daß die letzteren lediglich nur einer Abschrift der ersteren sind und daß diese nur in Folge und mit der Zustimmung der Grundbesitzer abgeändert werden. Es ist unstreitbar daß die am J. 1820 vorgenommene lediglich nur zur Richtigstellung dessen verfaßt wurde was durch Urbarregulierungen gegründet vom J. 1785 bis 1786 in Fuß gesetzt [illegible] am J. 1820 vorfanden [illegible] ist es unbestreitbar daß die Entrichtung [illegible] am J. 1820 vorgenommenen Festsetzungen [illegible]

Der vorige Bauer = Regulierung [illegible] Ogrod [illegible] vom 19ten April 1790 [illegible] weil die Ausmaß der Grundstücke [illegible] weil die Schätzung der Grundstücke [illegible] Freigemeinde Dienste [illegible] Grundlage vorfindenden [illegible] vom 23ten Dez. 1817 der Entschädigung [illegible]

(1)

Bei der Abregulierung [illegible] vom 12ten April 1789 [illegible] 1786 in die Jahren [illegible] 1820 [illegible] 1785 und 1819 [illegible] Bauernbestehens [illegible] Verhältnisse [illegible] Grundstücke [illegible] Bauernbestehens [illegible] Verhältnisse [illegible] 1820 [illegible] Grundstücke [illegible] Grundstücke [illegible] Grundstücke



Hiermit wird die Katastralschätzung
mit welcher bei im J. 1820
zu Stande gebrachte Katastralschätzung
Grundsteuergrenzierung
katastralisch wird die Mittel
welche zur Durchführung
dieser Grundsteuergrenzierung
verwendet worden; so ist es
unerlässlich zu glauben dass
diese Grundsteuergrenzierung
zufriedenstellende resultate
liefern konnte

zweifelhaften

bekannten und den in der Katastralschätzung bestimmten Kulturgattungen, verbunden. Der katastralischen Ausscheidung haben die Ertragsverhältnisse zugrunde und die Besteuerung der Grundstücke ist durch die Katastralschätzung bestimmt worden. (3)

Die Kulturgattung der Grundstücke kann nicht immer als bestimmend angenommen; der Ertragsfähigkeit oder Ertragsfähigkeit zu versteuern andern; der böse Wille der Katastralschätzung; die Übervorteilung der Controlle; die Unbestechlichkeit der Ertragsfähigkeit und Lage; — mussten die zur Schätzung führenden vier Hauptmomente Boden und Lage zur Schätzung führen.

Die ursprünglich festgesetzte Konskription der Landes-Grundsteuer vom J. 1785 bestehend vom J. 1788 und der Schätzung ist im J. 1819 einer Grundsteuergrenzierung; während dieser allerhöchst Ihrer Majestät unserer Kaiserin, welche bei der Einführung der Grundsteuer einen bestimmenden Maßstab in den Ertragsverhältnissen, und in Folge dessen eine Besteuerung derselben verordnet hat, ist durch die mit dem allerhöchsten Patente vom 23ten Dez. 1817 bekannt gegebenen Anordnungen des Katastralschätzung, entsprochen wird (4).

Wir wird über das grenzierische Katastralschätzung sowohl in Allgemeinen und in den höheren Provinzen in einzelnen Fällen festgesetzt und einzuhaltenden ist kundig die allerhöchste Genehmigung der Einführung der Arbeiten des neuen Katastralschätzung und der Besteuerung derselben mit dem bestehenden — nicht zu verwechseln. (5). —

In der unteren Wortes. gehörigen Herrschaft Podczaner Kreises ist die Einführung des Katastralschätzung vorgenommen worden, und es sind einige abgeschätzte Arbeiten der Katastralschätzung Grundbesteuerung, abgeschätzte Besteuerung mit dem des Grundsteuergrenzierung vom J. 1819 eingeführt und den ersten Besteuerung ab zeigt sich eine Übersicht sowohl in den Katastralschätzungen als in den Grundsteuergrenzierungen, dass in den Grundgrenzen ganz unbegreiflich, andere viel höhere eingegeben, andere aber auf unrichtige Normen geschrieben worden sind.

Durch Missverhältnis in der Einführung der Grundsteuer nach dem Maßstabe des grenzierischen Katastralschätzung ist nun im Verlaufe

3 1/2

F

R 122

Mit dem allerhöchsten Patente vom 12ten April 1785 wurde das Steuerkataster in Galizien eingeführt. – Das ganze auf diesem Kataster gegründete Steuerregulirungsoperat ist aber schon in Folge des Patentes vom 19ten April 1790 aufgehoben und außer Kraft gesetzt worden, weil die Ausmaaß der Grundstücke gänzlich unrichtig, weil die Ermittlung der Grunderträgnisse durchaus falsch waren (1).

Die Resultate dieses Katasters dienten jedoch als Grundlage zu dem im Jahre 1820 verfaßten Grundsteuerprovisorium weil zuverläßigere Grundlage vorhanden war. – Bey Einführung dieses Grundsteuerprovisoriums hätten ~~lediglich~~ nur die Veränderungen im Umfange der Grundstücke und in der Person der Besitzer berichtiget werden sollen; die Resultate der ursprünglichen Vermessung und Ausmittlung der Grunderträgnisse blieben aber unverändert (2).

Aus der Vergleichung der ~~Grundmatrikel von den J. 1786 bis~~ in den Jahren 1786 bis 1788 ~~1789~~ verfaßten Grundmatrikel mit denen vom Jahre 1820 kann man die Überzeugung schöpfen, daß das im J. 1820 verfaßte Grundsteuerprovisorium ~~eine Abschrift d~~ lediglich nur eine Abschrift ~~des Steuerregulirungsoper~~ der

Resultate des ~~Steuer~~ ursprünglichen Katasters in sich enthält.

Wenn man die Eile betrachtet mit welcher die Arbeiten des Grundsteuerprovisoriums betrieben und die Mittel, welche zu dessen Ausführung angewandt worden; so ist es unmöglich zu glauben daß dieses Grundsteuerprovisorium zuverlässigere Daten liefern konnte. Aus Mangel an Geometer, Schätzleute und anderen sachkundigen Individuen wurde die Leitung der ~~Arbeiten~~ im J. 1820 vorgenommenen Arbeiten den, in diesem Geschäfte gar nicht eingeübten ja demselben ganz fremden, Kreiskommissären, einigen Domainen-Beamten und den, in der Eile herbeigesammelten unfähigen, steuerbezirksobrigkeitlichen Oberbeamten anvertraut. ~~Die~~ Eine Vierwöchentliche Frist wurde ~~zu~~ den Steuerbezirksobrigkeiten zur Beendigung der Arbeiten festgesetzt. Die faktischen Aufschlüsse haben die Gemeinde Vorstände gegeben und die Ausmessung der Grundstücke ist durch Bauer bewirkt worden (3). —

Der Zeit ~~von Lichtmeß 1785~~ bis auf den Ursprungsjahr
1815 1816, ~~Lichtmeß~~ Ausdruck Grundsteuer verstehungen durch die
in dem Entwurf der Grundsteuer in dem Verfassung
desselben und in den Berichten der Grundbesitzer vorge-
kommenen Abweichungen.

Abweichungen in Bezug auf die Grundsteuerpflichtigen:
~~der Abweichung der jetzt bestehenden Grundsteuer auf das Jahr~~
~~Grundsteuer in dem Jahre 1785~~ ~~übergemittelt~~
die in Folge der allerhöchsten Verordnung vom 12ten Aprils
1785 in den Jahren 1785, 1786 u 1787 ~~übergemittelten~~
Grundsteuer zufolge Übermittlung der Grundsteuerpflichtigen
hat zur Grundsteuer der jetzt bestehenden Grundsteuer.
Zu dem fortschreitenden Zeitunterschied mußte der Grund-
entwurf durch den Zuwachs der Bevölkerung, die Verbes-
serung der Landkultur und die Verwohlfeilung der
Feldproducte — vorherrschenden Preise steigen. Zum Vergleich
von kann ~~muß~~ man annehmen daß der Entwurf der Grundsteuer
seit dem J. 1785 bis nun zu vermuthlich sehr zutreffen
verstehen ist; in einzelnen Fällen ist aber diese
Steigung bey weitem größer gewordene. ~~und ob kann~~
Von diesen bedeutenden Abweichungen im Entwurf der
Grundsteuer kann die allerhöchste Verordnung keine
Grundsteuer haben indem dieselbe bey der in dem Jahre
1820 ~~vorgenommenen~~ vorgenommenen Berichtigung
der Katastralbestand nicht in Betracht gezogen worden
sind und ~~von nicht~~ sonst auf keine Weise darüber ge-
sorgt wurde. — (6) —

~~Diese Abweichung der Grundsteuerpflichtigen~~
~~kann nun diese Abweichung der Grundsteuerpflichtigen~~
~~Übermittlung zieht, so zeigt sich dieß in Folge der allerhöchsten~~
~~Entschließung vom 12ten November 1816 dieß in Folge der aller-~~
~~höchsten Entschließung vom 12ten November 1816 als Maßstab~~
~~angenommen wurde hätte. Da nun die Grundbesitzer zu~~
~~natürlichen Berichtigung angenommen wurde hätte die~~
~~Entwurf der Grundsteuer" der gegenwärtige~~
~~Entwurf der Grundsteuer höchstens einen Maßstab die~~
~~wirkliche Entwurf, so wie er dann den gegenwärtigen~~
~~Verhältnissen entspricht ist, — höchstens einen Maßstab~~
~~die wirkliche Abweichung dieser Grundsteuer abgeschätzen~~
~~kann.~~

Zu der allerhöchsten Entschließung vom 12ten November
1816 wurde jedoch, ~~als Maßstab~~ Maßstab der von der
Grundbesitzungen zu der Hälfte der gegenwärtigen Entwurf
Besitzungen, so wie er dann den gegenwärtigen Verhältnissen
ist, als Maßstab der von der Grundbesitzungen zu natürlichen
Berichtigungen angenommen. Wenn nun nun der Steigung

Für ~~die~~ Grundsteuer Entwurf ~~war im J. 1785~~ Fällen
der Berichtigung ~~des Entwurfes übergemittelt~~
wurde

Es gibt nun Fälle wo der wirkliche
Grundertrag Steuer ist als der
dem Steuer Entwurf vom J.
1785/6 ~~angenommen~~ vorhanden
Fällen wo der wirkliche Grundertrag
der wirkliche Grundertrag
Steuer ist als derselbe —
~~dem Steuer Entwurf vom J.~~
in der nachherigen Schätzung
vom J. 1785 ~~angenommen~~ ermittelt
wurde —

Der Grundentwässerer in Entwässerung zieht, so zeigt sich
doch dieß selbst so kaum einem Viertel der jetzigen
wirklichen Gründen ersparten entwässerungen Grund-
entwässerungs abzuschreiben kann.

B Grundrenungen im Umfange der Grundstücke und in
der Personen der Besitzer. —

Diese Grundrenungen sind für den Umfang überall vorzu-
kommen. Vorsteher und Geschworner die in den Grenzen
den einfach festen einzigen einfach festen ihren Grund-
gerichten von sich; die gleichzeitigen Grundrichter kommen
auch und neu dazu ursprünglich Ernennung in den Besitz
von Grundgerichten ihre ausübenden Rechte-
bezirke; Grundrichter würden hinzunommen, die mit
ihren Grundstücken an benachbarte Gründer stoßenden
entwässerungen Grundbesitzer verwechselten ihr Grundstücke
durch Einverständniß dazu und allmählig Eindringen
in die benachbarten Gebiete; die alten Gründer kommen
allmählig in den Besitz ganz oder theilweise in den Besitz
der mit denselben vereinzelnden Grundrichter u. s. w. —
Dabey hier ist zu bemerken daß auf anderen Theilen
die benachbarten bey ihren Grundrenungen im Allgemeinen
berücksichtigt wurden. indem die zuvorsichtlichen einzelnen
Grundstücken unmittelbar und auf entfernten benachbarten
Grundstücken zur Ausgleichung der allgemeinen
Bedingungen der Entwässerung zu ersparen, wurden über
die bb. Entwässerungen zur Pflicht machten im Allge-
meinen sich zur Pflicht machten die Entwässerungen
im Besitz der auch immer für nur Dort verwor-
benen Grundstücken zu schützen und streben zu
schützen. — (Siehe Beylage A nota). — (Siehe Beylage B nota). —
Die auf unrichtiger Weise vollbrachten Grundrenungen
im Umfange der Grundstücke und in der
Person ihrer Besitzer erkannten sich selten und dieß nur
im Falle der Gerichtsbarkeit vorkommenden Klagen zur
Entscheidung der Gerichten. Grundgerichten Grundrichter
im Wege der Grundgerichte auf Verträgen zu Verein
gebrachten Grundrenungen waren auf den Besonders nur
Dann bekannt wenn die interessirten Theile irgendeine
Lage in Anspruch setzen wollten, wenn auf den Gerichten
der interessirten Theile, darüber eine Gerichtsbarkeit
Grundgerichtsbarkeit zu ratificiren, nicht — welche
sich eine vermehrte oder willkührliche Entgrundung ratificiren
wollten — nicht immer erfolgt. —

Für größeren entwässerungen Grundbesitzer theilten ihre Grundstücke mit andern;

Die Ungewißheit der Abgaben wegfielen

Und die Gerichte in so vielen Und die Gerichtsbarkeiten nicht vermehrten

Die Ungewißheit, Abgaben-Pflichtigkeit hierher Grundherrn, Gerichten und Grenzen; die Ausübung der einen die Gerichte in Gerichtsbarkeiten Grundherrn, Gerichter und Grundherrn Gerichter und die Ausübung der einen Grundherrn, Gerichter und Verwalter und die Ausübung der einen entwässerungen — hierher die Entwässerungen die Ausübung der Grundstücke auf Kosten der Grund-herrn zu verwirren und zu Grenzen auf die gleichzeitigen Grundherrn, bey dem Mangel einer zuverlässigen Grundlage zum Beweis ihrer Rechte und bey der Gerichtsbarkeit der Gerichte über Streitigkeiten der Grundherrn, der Gerichte auf die mangelhafte Beweise der Entwässerungen, dazu

Und Gerichtigkeiten mündlichen mündlichen Verträgen

4

Die Ungewißheit, ob die Verjährung des im §. 1820 Theil II Titel 20 enthaltenen Hypothekenprivilegiums durch die Eintragung der Kaufgelder in das Hypothekenbuch unterbrochen werde, oder nicht, hat in der Praxis schon manche Irrungen veranlaßt. Es ist daher nöthig, diesen Zweifel durch eine gesetzliche Entscheidung zu heben.

Da nun die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, wenn sie auf Ansuchen des Käufers geschieht, nicht als eine Handlung des Verkäufers angesehen werden kann, durch welche dieser sein Pfandrecht verliert, oder verringert, so ist auch kein Grund vorhanden, warum die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, die Verjährung des §. 1820 Theil II Titel 20 unterbrechen sollte.

Da aber auch die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, die Verjährung des §. 1820 Theil II Titel 20 nicht unterbricht, so ist auch die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, nicht als eine Handlung anzusehen, durch welche der Käufer sein Eigenthum verliert, oder verringert.

Da nun die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, die Verjährung des §. 1820 Theil II Titel 20 nicht unterbricht, so ist auch die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, nicht als eine Handlung anzusehen, durch welche der Käufer sein Eigenthum verliert, oder verringert.

In den Fällen wo die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, die Verjährung des §. 1820 Theil II Titel 20 nicht unterbricht, ist auch die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, nicht als eine Handlung anzusehen, durch welche der Käufer sein Eigenthum verliert, oder verringert.

Da nun die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, die Verjährung des §. 1820 Theil II Titel 20 nicht unterbricht, so ist auch die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, nicht als eine Handlung anzusehen, durch welche der Käufer sein Eigenthum verliert, oder verringert.

In den Fällen wo die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, die Verjährung des §. 1820 Theil II Titel 20 nicht unterbricht, ist auch die Eintragung des Kaufgeldes in das Hypothekenbuch, nicht als eine Handlung anzusehen, durch welche der Käufer sein Eigenthum verliert, oder verringert, weil zufolge der Verordnung vom J. 1785, welche nur auf alle Grundbesitzer neuer solcher Rechtshandlung setzt einen Termin, binnen welchem sie sich erklären sollen, ob sie mit den getroffenen Einrichtungen zufrieden sind oder nicht; weil zufolge dieser Verordnung [illegible] ; weil zufolge dieser Verordnung [illegible] ; weil zufolge dieser Verordnung [illegible]

~~kundgemachte Festsetzung der Klassen, nach welchen die Robothschuldigkeit den einzelnen unterthänigen Grundbesitzer vorzuschreiben seyn wird; muß auch zur Vergrößerung des, an sich schon sehr äußerst großen, Mißverhältnißes viel beytragen weil der Unterschied zwischen dem Minimum und dem Maximum des Steuerquantums einer jeden Klasse bedeutend ist und der Mehrbetrag eines Steuerkreuzers den Übergang in die höhere Klasse mithin auch~~ —

die in der Anlage der allerhöchsten Entschließung vom 12ten Nov. 1846 kundgemachte Festsetzung der Klassen, nach welchen die Robothschuldigkeit den einzelnen unterthänigen Grundbesitzer vorgeschrieben werden soll, wird auch zur Vergrößerung des, an sich schon äußerst großen, Mißverhältnißes, viel beytragen.

(wovon im IIIten Abschnitte die Rede seyn wird). —

~~Obwohl nun beynahe alle unterth. unterthänigen Obwohl nun die meisten der unterthänigen Grundbesitzer bey der, mit der allerhöchsten Entschließung vom 12ten Nov. 1846 angeordneten, Robothregulirung Vortheil finden und in Folge des § 3 derselben a. h. Entschließung bey der vorzunehmenden Robothregulirung keinem Bauer Unterthanen eine größere Schuldigkeit, als die bis, die bisher bestehende, übersteigende Schuldigkeit~~ nicht aufgebürdet werden kann; — ~~so ist es doch unmöglich zu glauben daß die Bauer welche sie sich in der sehr viele Bauer die sich in Anbetracht der großen Mißverhältnisse in der Vertheilung der Roboth bessern~~

~~größere Schuldigkeit, als die bisher bestehende,~~

♀ Obwohl nun in Folge der im § 3 der allerhöchsten Entschließung vom 12ten Nov. 1846 bey der vorzunehmenden Robothregulirung keinem Bauer eine größere Schuldigkeit, als die bisher bestehende, ~~nicht~~ aufgebürdet

F Vermehrt

dieses an sich schon äußerst große Mißverhältniß wird noch bedeutend ~~vermehrt~~ F durch die in der Anlage der ~~alle~~ a. h. Entschl. vom 12 Nov. 1846 stundgemachte Festsetzung der Klassen, nach welchen die Robothschuldigkeit vorzuschreiben seyn wird — ~~so wie auch~~ ~~durch daß der Werth der von den Unterthanen zu leistenden Kleingaben nicht einzeln sondern insgesamt von dem gesamten unterthänigen Grundbesitze in Galizien, abgezogen worden ist.~~ —

~~Im Allgemeinen muß bemerkt werden daß die erwähnten Klassenentheilung dem im § 1 der a. h. Entschl. vom 12 Nov. festgestellten Grundsatze gar nicht entspricht.~~

F des im § 1 der a. h. Entschl. vom 12ten Nov. enthaltenen

In Folge ~~dieses~~ F Grundsatzes hätte gerechterweise bey jedem einzelnen Grundbesitzer ~~der~~ der, nach Abzug des Katastralmäßigen Werthes der Kleingaben, übrige Rest des reinen ~~Ertrages~~ Grundertrages — in Roboth veranschlagt werden sollen.

~~Die obenerwähnte Klassenentheilung entspricht der~~

Diesem Grundsatze hat die obenerwähnte Klassenentheilung gar nicht entsprochen.

1tens ~~In der Klassenentheilung~~ zum Behufe ~~der Klassenberechnung~~ der leichteren Klassenberechnung wurde der gesamte Katastralmäßige Werth der Kleingaben von dem ~~gesamten~~ Ertrage des gesamten unterthänigen Grundbesitzes in Galizien in Abschlag gebracht. ~~Dieser Art der Berechnung muß in den Herrschaften wo gar keine oder unbedeutende Kleingaben geleistet werden zum Nachtheile der Herrschaften, im entgegengesetzten Fallen zum Nachtheile der Unterthanen ausfallen.~~ Es gibt in Galizien Herrschaften wo ~~die Klein~~ gar keine oder unbedeutende Kleingaben geleistet werden, ~~wogegen in diesen Herrschaften ist die Frohne~~; die bisherige Frohne ist in diesen Herrschaften F ~~größer~~ ~~bemessen worden~~. In anderen Herrschaften

F ~~dieser gesamte Abzug des Werthes der Kleingaben~~

F größer bemessen ~~worden~~

sind die Kleingaben so groß daß sie den Werth der zu leistenden ~~Frohn~~ unbedeutenden Frohne bey weitem ~~übersteigt~~ übersteigen.

Der Abzug des gesamten Werthes der Kleingaben, wird hiemit im ersten Falle zum Nachtheile der ~~Unterthanen~~ Herrschaften im zweyten Falle zum Nachtheile der Unterthanen ausfallen.

Auf diese Weise ~~ist ein neues~~ ~~wird~~ muß ~~auf nothwendigerweise~~ ein neues großes Mißverhältniß in der Vertheilung der ~~A~~ unterthänigen Schuldigkeiten entstehen, welches behoben seyn würde wenn der Katastralmäßige Werth der Kleingabe einzeln ~~bey jeder dem jedem Grund unterthänigen Grundbesitzer in A~~ von dem Ertrage einer jeden unterthänigen Grundbesitzung ~~abgezogen~~ in Abschlag gebracht werden sollte.

Die Einwendung daß eine solche ~~A~~ individuelle ~~Berech~~ Berechnung mehr Arbeit und Zeitaufwand benöthigen würde – ist nicht grundhältig, denn wo es sich um Einführung so wichtiger die ganze Zukunft des Landes betreffender Maaßregel handelt, so ~~muß~~ muß die größmöglichste Thätigkeit aller mit der Ausführung solcher Maaßregeln beauftragten Individuen, in Anspruch genommen werden. Übrigens ~~ist die~~ würde ~~die~~ individuelle ~~Berechnung~~ Abzug des Werthes der Kleingaben die bey der individuellen Robothsregulirung vorzunehmenden Arbeiten nicht viel vergrößern, denn der Katastralmäßige Werth dieser Kleingaben ist bereits ermittelt und berechnet worden. Bey solcher individueller Berechnung ~~hätte~~ würde man auch nicht in die Rechtmäßigkeit der bisher geleisteten Kleingaben einzugehen haben, indem ~~diese höhere oder kleinere Kleing die zu leistenden Kleingaben dem Unterthanen~~ bey der Vorschreibung der zu leistenden Kleingaben der Unterthan nicht bevortheilt werden kann, ~~da der Wer~~ weil der Werth dieser Kleingaben verhält=

F von dem Ertrage des gesamten unterthänigen Grundbesitzes in Galizien

nißmäßig das ~~Robothquantum~~ vorzuschreibende Robothquantum vermindert.
Es muß auch bemerkt werden daß die ungerechte Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten in der Zukunft zahllose Klagen und Streitigkeiten nach sich ziehen muß, deren Untersuchung und Schlichtung weit mehr Zeit- und Arbeitsaufwand benöthigen wird, als dieses jetzt ~~bey der individ~~ zur individuellen Berechnung der unterthänigen Schuldigkeiten nothwendig erscheint.

2tens In der ~~Klass~~ Klasseneintheilung ist das Maximum und Minimum des Steuerbetrages für jede Klasse ganz willkührlich angesetzt worden. Der Unterschied zwischen dem Maximum und dem Minimum ist zu groß und ~~wird~~ muß ~~da~~ zur Folge haben daß der Unterschied von 1/15 eines Steuerkreuzers ~~den~~ das ~~Robotho~~ vorzuschreibende Robothquantum um 26 bis 52 Tage erhöhen oder vermindern wird. daß dieses Mißverhältniß, welches, durch genaue individuelle Berechnung, behoben werden könnte, ebenfalls ~~Anlaß~~ zu zahllosen Klagen und Streitigkeiten Anlaß geben wird – ist unstreitbar.
Es kann auch nicht eingewendet werden, daß man das Robothquantum auf solche Weise festzustellen mußte, damit dasselbe ~~an~~, gemäß des bestandenen Gebrauches, wochenweise eingetheilt werden könnte – ~~weil in der Klasseneinthe~~ ~~weil schon eben derselben Klasseneintheilung~~ ~~sol~~ weil schon in der kundgemachten Klasseneintheilung einige ~~Zahlen der zu in~~ nach Wochen nicht theilbare Zahlen der zu leistenden Roboth ~~festge~~ vorkommen; – weil ferner nach der bisher bestandenen Übung die Roboth in einigen Monathen größer in anderen kleiner bemessen ist. –

Übrigens ist diese in der Überschrift bestimmung nothwendiger Vorschrift ~~dem~~ in der v. J. festgesetzt ~~Grundbesitzer nicht enthalten~~, ~~wenn diese~~ vom 12ten Nov. 1845 ~~eine~~ eine nicht ~~eingetragene~~ eingetragene diese v. J. festgesetzt. ~~der~~ über ~~Grundsteuer~~ der Robot die Auslösung der Robot Kreis Behörde mit Zustimmung mit der Auslösung der Robot überein bestimmt —

~~Siehe~~ Ler. fol. 4 3/4

Schreibe fol. 4 4/5 sec. pag. fol. 4 3/4

~~Gutsherr~~ Herrschaft zur Bestimmung der Robotpflichtigkeit

~~mit~~ sämmt der Unterthänigkeit Bauern

3tens ~~Überschrift~~ Ist der Kündigungsrecht Überschreitung ~~eines~~ ganz willkürlich festgesetzt worden, dass die Unterthanen welche nicht mehr wie 3 f 8 1/15 x Ctr Aussaat besitzen nunmehr pure Zeit- ~~robott leistung~~ sondern lediglich nur Hand-Robott Vorgänge schreiben sollen wird. ~~Diese~~ Diese Vorschrift kann sich nur auf die Bestimmung gründen, dass ~~die~~ der Unterthanen von 3 f 8 1/15 x Scheffel Aussaat Grundbesitz voraussetzt, bey welchen die Unterthanen durch Zeitpacht zu robotten nicht zu verbinden wären. Übrigens ist diese Bestimmung ganz willkürlich ist in ~~dieser~~ Anwendung in Vorpommern ~~gänzlich~~ Grundsatz, denn es giebt mehrere Grundbesitzungen in Vorpommern welche bis 20 Fuss Klafter Scheffel Aussaat enthalten, ~~die~~ ohne dass ~~die~~ Grundbesitzer durch Zeitpacht ~~die~~ ihrer Grundbesitzungen nicht robotten können, sondern robotten müssen und dennoch nicht über 3 f 8 x Ctr Aussaat besitzen. —

Ler. fol. 4 3/4

Durch die in Folge der v. J. festgesetzten vom 12 Nov. 1845 vorzunehmende Robottregulirung die den Unterthanen zustehenden Servituten als Holzung- Weide- Trift u. d. m. nicht in Rechnung gebracht, obwohl diese Servituten, von den allerwichtigsten Rechten, zu der Existenz des Bauern, so wie ihrer Grundstücke ~~(7)~~ die nun diese Servituten in mehreren Provinzen gar nicht bestehen in welchen aber dennoch bedeutend sind, so ~~muss dieser~~ wird die Bestimmung ~~der~~ Regulirung dieser Servituten ~~mit wird Rücksicht~~ in bedeutende Rücksichtnahme

Ler. fol. 4 3/4

4tens Ebenso ~~wurde in der Klassenbestimmung auf eine, dem Sinne der a. h. Entschl. nicht entsprechende Weise~~ wird die Qualität der Roboth ~~auch dadurch~~ auf eine, dem Sinne der a. h. Entschließung nicht entsprechende Weise, ~~auch dadurch geändert werden~~, ~~daß die in Folge~~ in der Klassenbestimmung ~~durch den aufgestellten Grundsatz~~ auch dadurch geändert; daß, in Folge dieser Klassenbestimmung, in die für Zugroboth festgesetzten Klassen lediglich nur diejenigen Grundbesitzer eingereiht werden sollen, welche bisher Zugroboth geleistet haben.

Es gibt Unterthanen, die in verschiedenen ~~Zeiten~~ Jahren bald Hand- bald Zugroboth geleistet haben; es gibt auch solche welche sich auf jede mögliche Weise der Zugroboth entzogen haben, obwohl dieselben zu einer Zugroboth verpflichtet waren.

Würde man nun den erwähnten in dieser Klassenbestimmung enthaltenen Grundsatz wörtlich dahin auslegen, daß die Unterthanen welche ~~welche~~ in den letzten Jahren keine Zugroboth geleistet auch für die Zukunft keine Zugroboth leisten sollen so wäre diese Auslegung höchst ungerecht und es könnte dieselbe als eine Belohnung angesehen werden für die Unterthanen welche sich der ~~A~~ Zugroboth am besten zu entziehen wußten.

---

die ~~unterthänigen~~ Holzungs- und Weide-
rechte ~~sow~~ u. a. den Unterthanen zukommen-
den, durch die Entscheidungen der kk. politischen
Behörden immer erweiterten, Servitats-
rechte sind sehr bedeutend und in manchen
Herrschaften so groß, daß dieselben dem
Werthe der bisher geleisteten unterthänigen
Schuldigkeiten beynahe gleichkommen.
Da nun diese Servituten nach den allerhöchsten
Gesetzen (8) zu der Dotazion der ~~Bauer~~ Unterthanen,
so wie ihre Grundstücke gehören und den
Unterthanen lediglich nur aus dem Grunde
zuerkannt werden konnten um diese Unter-
thanen für die an die Grundherrschaften
zu leistenden Schuldigkeiten Verhältniß-
mäßig zu belohnen; so wäre es gerecht
und billig damit diese Servitutsrechte bey
der bevorstehenden Robothregulirung in
Anschlag gebracht werden.
Die Außerachtlassung dieser Servitutsrechte
hätte ein sehr bedeutendes Mißverhältniß der
unterthänigen Dotazion zu der
vorzuschreibenden Schuldigkeit ~~nach sich~~
~~ziehen~~ zur Folge. ~~und es würden~~
Zahlreiche Fälle ~~vorkommen~~ werden
vorkommen, wo der Werth der neu
vorzuschreibenden unterthänigen Schuldigkeit bey weitem
geringer seyn wird wie der Werth
der unterthänigen Servitutsrechte – (9) –

Ser. fol. 4 n/5

4 4/5

Fall der Absetzung

Für die Absetzung der Lehrer, durch die katholi-
schen oder kath. geistli-
chen Ortsschulbehörden (unterstehenden) Lehrkräfte, welche durch die katholischen Ortsschulbehörden innerhalb drei Monaten nicht ersetzt werden. —

Für die Absetzung der katholischen Lehrkräfte, welche durch die katholischen Ortsschulbehörden innerhalb drei Monaten nicht ersetzt werden.

Für die Vorschlagung der Lehrkräfte, welche durch die katholischen Ortsschulbehörden innerhalb drei Monaten nicht ersetzt werden.

Für die Vorschlagung der katholischen

~~P 4 4/5~~

4tens Ebenso ~~wird~~ wurde auf eine der a. h. Entschl. nicht entsprechende Weise ~~in Bezug auf die Qualität der Roboth~~

4tens Ebenso wurde ~~in Bezug~~ in der Klassenbestimmung, auf eine dem Sinne der a. h. Entschl. nicht entsprechende Weise, die Qualität der Roboth auch dadurch geändert, daß ~~der zu Klassen den~~ in die für Zug-roboth festgesetzten Klassen lediglich nur diejenigen Grundbesitzer eingereiht werden sollen, welche bisher Zugroboth geleistet haben.

~~Nach dem Grunde sehr viele unterthänige~~

Es gibt viele unterthänige Grundbesitzer, welche sich der Zugroboth auf jede mögliche Weise entzogen haben, obwohl dieselben zu einer solchen Zugroboth verpflichtet waren, ~~und~~ Es gibt ~~andere~~ Unterthanen, welche ~~zu verschiedenen~~ in verschiedenen Jahren bald Hand- bald Zug-roboth geleistet haben; ~~Es~~ Es gibt auch solche welche sich auf jede mögliche Weise der Zugroboth entzogen haben.

Würde man nun ~~die Klassenbestimmung~~ ~~dahin~~ den erwähnten in der Klassenbestimmung enthaltenen Grundsatz wörtlich dahin auslegen, daß die Unterthanen welche in den letzten Zeiten keine Zugroboth geleistet haben, so wäre diese Auslegung höchst ungerecht ~~indem~~ ~~dieselbe diese Auslegung dieselbe eine Art von Belohnung für die Art~~ und es könnte dieselbe als eine Belohnung

Vorgesehen werden für die Unterthanen, welche sich der Zug-roboth am besten zu entziehen wußten —

[illegible]

[illegible] Aufhebung [illegible] Robotregulierung zu treffen [illegible] Aufhebung, [illegible] nämlich [illegible] und nutzbringende [illegible] Grundbesitzungen, [illegible] viel kleinere Hofe- [illegible] Dienste [illegible] verschrieben wird, müssen

[illegible]

[illegible] der [illegible] Hofe mit [illegible] gewöhnlichen Bauern

unter den Landwehr- bestehende Schätzung die Robotregulierung zu nehmen mit gewissen und

Bauern, [illegible] Robotregulierung [illegible] Bauern [illegible] Bauern

Bauern

(1) Verordnung vom 19 Apr. 1790 — Pol. Ges. Saml. S. 28 —
§ 2 und 3 ds

(2) Vorsch. vom 8 Febr. 1819. Pfäh Kom. vom 6 May 1819 Z. 2114 — Prov. Ges. Saml. S. 72. — Wdg der Prov. Zoll. zur Einführung des Hauptzoll. vom 13ten Sept. Z. 207; ~~§§~~ Letzter Absatz ds §§ 50, 56, 57, Prov. Ges. Saml. S. 267 — § 7 der Wdg der Hauptz. Prov. Zoll. vom 19ten Jänner 1825 Z. 2816 S, Prov. Ges. Saml. S. 20

(3) Vorst § 2 und 3 der Wdg der ~~Prov~~ Prov. Zoll. vom 23ten Jänn 1819 Z. 1 — Prov. Ges. Saml. S. 145 — vom §§ 4, 23 und 52 der Verord. der Prov. Zoll. vom 13ten Sept. 1819 Z. 207 — Prov. Ges. Saml. S. 208, 283 —

(4) ~~Pfab Buch~~ Vorst. vom 8ten Febr. 1819 ~~Vorst. vom 23ten Dez. 1817~~ Prov. Ges. Saml. S. 70 — Vorst. vom 23ten Dez. 1817 — § 26 der Wdg der Prov. Zoll. vom 23ten Jänn 1819 Z. 1, Prov. Ges. Saml. S. 155, 156. —

(5) Vorst Anfang a insbesondere ds unter Nr. 5 aufgeführten Brennholzes.
(6) § 2 u 3 ds Vorst. vom 8ten Febr. 1819 — § 60 der Wdg der Hauptz. Prov. Zoll. vom 13. Sept. 1819 Z. 207 — Wdg der Hauptz Prov. Zoll. vom 19 Jänner 1825 Z. 2816 S —

(7) ~~(6)~~ § 39 der Wdg der Hauptz. Prov. Zoll. vom 13ten Sept. Z. 207 —

(8) ~~(7)~~ Vorstz vom 29 Oct. 1789 —

(9) ~~(8)~~ ~~Die Wälder, welche ausgeschlossen sind von~~ Wald ds unter Nr. 5 genannten Holzungsbesitz unterstehende sind in Hinsicht ihrer Unterstellung genommen, wenn nicht nur die Benützung ds Bauholzes sondern auch die Ausfuhrung ds Brenn- Brennholzes Bauholz und Brennholz zum Verkaufe, zum Brennholz ~~Eigenbedarfe~~ verboten ist —

(der unterstehenden Schuldnerstriken)
auch ds die Regulierung der gemeinschaftlichen Brandstätten die Brennholzstätte
nachgesehr.

~~4½~~ ~~Ø~~ ~~III~~ 130.

5)

Von den nothwendigen Erläuterungen der a. h. Entschließungen vom 12 Nov. 1845

a) ~~Zum~~ In Betreff der Kleingaben

~~Da Zu der a. h. Entschl. vom 12 Nov. allein ist unter den Rechnen Alle einzig und allein die Robothregulirung abgesehen worden ist, da ferner~~ die Bestimmungen der a. h. Entschl. vom 12ten Nov. sind einzig und allein auf Robothregulirung abgesehen und es haben alle sonstigen Gaben und Leistungen der Unterthanen unverändert zu bleiben.

In dieser allerhöchsten Entschließung ist das Wort Kleingaben gebraucht worden, welches in den früheren a. h. Patenten und ~~in ämtlichen~~ im ämtlichen Gebrauche verschiedenartig ausgelegt worden ist. ~~Dieses wird zu~~ Diese verschiedenartige Auslegung des Wortes Kleingaben wird zu verschiedenartigen Beirrungen Anlaß geben ~~und~~.

Es werden die auf die Gemeinden viel Einfluß übenden geheimen Konsulenten und Winkelschreiber, ~~die wo deren Rath~~ nicht ermangeln, die Gemeinden hierüber zu beirren, welche Beirrung später sehr schwer wieder wieder gut gemacht werden könnte.

In meiner Gegend sind bereits die ~~Gem~~ vielen Gemeinden, welche die Abstattung ~~der~~ der gebührenden Haferzinse ~~und~~ u. a. Kleingaben verweigern, in ihrer Weigerungen bereits durch die ihnen von Seite der ~~Winkelschreiber zu Theil~~ geheimen Konsulenten zu Theil gewordene Auslegung

des neuen Forstamts, ~~durch~~ in ihren Besitzungen betroffen worden — es wird daher wünschenswerth sein, die Forstbehörde bei Feldbereinigung nur, dem §. 5 der v. J. festgesetzt vom 12 Nov. 1875. entsprechender, thätige Mitwirkung des Amtes Klützow bestmöglichst kundmache. —

b

Die Lostheilung der gemeinen Grundstücke

Es giebt Grundstücke deren Grundstücke gar nicht getheilt sondern in den Grundbuchblatt jährlich als Lose Grundstücke eingetragen sind. Der Lose Grundstücke sind als die einzelnen Grundbesitzer verpflichtet, sie im Falle der Theilung unter sich nach Verhältniß ihrer Antheile in den Grundbuchblatt in den Rubriken Lasten einzutragen.

Die Feldmarken

Die Feldmarken der Grundbesitzer sind in Folge der Theilung der Grundstücke in Folge der Theilung der einzelnen Grundstücke unter die einzelnen Grundbesitzer nach Verhältniß ihrer Antheile an den Grundstücken vertheilt. Die Grundstücke sind in Folge der Theilung der Grundstücke unter die einzelnen Grundbesitzer vertheilt worden.

Die Lostheilung der gemeinen Grundstücke

Es giebt Grundstücke deren Grundstücke gar nicht getheilt sondern in den Grundbuchblatt jährlich als Lose Grundstücke eingetragen sind. Der Lose Grundstücke sind als die einzelnen Grundbesitzer verpflichtet, sie im Falle der Theilung unter sich nach Verhältniß ihrer Antheile in den Grundbuchblatt in den Rubriken Lasten einzutragen.

Die Feldmarken

Die Feldmarken der Grundbesitzer sind in Folge der Theilung der Grundstücke in Folge der Theilung der einzelnen Grundstücke unter die einzelnen Grundbesitzer vertheilt worden

und in den grundherrlichen Verhältnissen
~~von~~ als unterthänige Grundbesitzungen
anzutreffen sind; der Inhalt von den
§§ der a. h. Entschl. vom 12 Nov. 1846 über
Hülfe ~~in~~ Entwurf der eingehenden unter-
thänigen ~~Grund~~ Besitzungen und Robott
zu verwandeln ist, so ist es angemes-
sen ~~dass~~ dass solche Verhältnisse
wobei Zweckmässigkeitsrücksichten
vorwalten bey der Robottverwandlung in
Anschlag gebracht werden müssen.

Es ~~muss~~ muss die Frage wie solche ~~Verhältnisse~~ Verhältnisse in Robott zu verwandeln und wie diese Robott zu benutzen ist.

~~Die Einwendung dass dem solchen Verhältnissen~~
~~Zweckmässigkeitsrücksichten für und der~~
~~klare Wortlaut = zufolge d. g. ergeht~~
~~werden würde nicht gründlichen~~
~~und solche~~ wird solche
~~abgegebene steuerfreie~~ steuerbare
~~Hofraume und wird diese abgegebene~~
~~bereits in Grund~~ Hofraume somit endlich
~~abgegebene bereits in Grund~~
~~der a. h. Entschl. vom 12 Nov. 1846~~
~~dem Zweck entsprechend~~
~~wenn die Entwässerung der~~
~~Grundbesitzer~~ der unterthänigen
~~Grundbesitzer~~ Grundbesitzer,
~~Abgaben erstatten~~ abgegangen
~~werden~~ sind. —

~~Entschieden dürfte~~
~~der a. h. Entschl.~~

C Zu der Frage ob in der Abschätzung der
~~Grundbesitzer~~ Robott, entweder ~~Grundbesitz~~
~~Zug-Robott~~ Zug-Robott oder
dass in dieser Abschätzung der ~~Zug-Robott~~
Grundbesitzer mitzuziehen sind, welche
bisher ~~Zug-Robott~~ ~~ordnungsmässig~~ ~~geleistet haben.~~
~~sind. oder~~ Zug-Robott ordnungsmässig geleistet haben.

C Dass mitzuberechnen sind die nützlichen
oder schädlichen Gewässer ordnungsmässig
herrschenden Kommunikationen, wenn
wo ~~die Entwässerung~~ ~~einen~~ Theil
~~ihrer Detention~~ der ~~zu~~ unterthänigen Detention
verschiedenen Grund jenseits der Gewässer
~~bestehen~~ ordnungsmässig ist.

C Dass mitzuberechnen sind die nützlichen oder
schädlichen Gewässer ordnungsmässig herrschenden
Kommunikationen, wo ~~ein Theil der~~ ein
Unterthanen nützen Theil ihrer Detentionsgrund-
stücke jenseits der Gewässer besitzen. Wenn
diesen Grundstücken wird kein Grundsteuer

ergreift. Es ist nun die Frage wie der Entzug dieser Grundstücke bewerkstelligt und in welcher Weise ausgeglichen werden sollen.

d) Es gibt hier hervorstechende in Polizeiverordnungen ~~welche um Grund der Verträge die Verpflichtung~~ ~~zu Gründen wo eine wahre oder Kirche oder Schulgemeinde Pfarrer oder Schule~~ in welchen ~~zu Grund der Verträge~~ die Verpflichtungen zu Gunsten der Verträge oder auch freiwillige Leistungen, sowie der Lehrer Wohnung, Deputate, Gehalt, Accidenzien, Pfarrwidum, Kirchenbaulast, Schulbaulast, Kirchhofsmauer, Kirchenstuhl

6)

IV.

Von den Vortheilen des Grundsteuersystems und Anleitung der bestehenden Abschätzungsart

F Ser. fol. 6½

F Verhältniß des ~~Ertrags~~ an die Grundsteuer zu entrichtenden Beiträgen gehörig ~~ermittelt~~. —

Wenn dieser Anschlag und ungefähr dem wirklichen Betrage des Grundertrags die Zehntheile und 20/100 des Reinertrags in Abschätzung gebracht worden, somit ~~der~~ ~~Grundsteuer~~ der Grundsteuer ein Zehntel der ~~Grundsteuer~~ Grundsteuer zu entrichten hat, so ist

F und dadurch selbst auch das entsprechende Verhältniß der Grundsteuer festgestellt worden soll.

F Wenn dieser Anschlag und ungefähr dem wirklichen Betrage ~~des~~ Zehntheile und 20/100 des Reinertrags in Abschätzung gebracht somit ~~der~~ ~~Grundsteuer~~ der Grundsteuer ein Zehntel des Ertrags

D und dieß ist wird den Grundeigenthümern ihre Grundsteuer um ein Bedeutendes hinausgesetzt werden sollen.

A. Der Grösse des Vortheils

Zur Illustrirung muß ich bemerken daß die vielen Bestimmungen des v. J. Entschl. vom 12ten Nov. 1815 und der in der Anleitung Grundsteuerconsens Abschätzungsbestimmung zum Beispiele der Grundsteuer entsprechen ist.

~~Der Grundbesitzer~~ wird der Grundbesitzer des ~~Ertrags~~ Ertrags durch die Schätzung des reinen Ertrags seiner Grundstücke ~~wird~~ wird der Vortheil des Ertrags nach der Schätzung des gegenwärtigen Werthe der Grundstücke ~~wird~~ wird ~~der~~ Vortheil des Grundbesitzers

nicht einmahl der reinen Ertrags hälfte
eines ~~Grundstückes~~ solchen ~~Grundstückes~~
~~gleichkomt~~ Grundbesitzes gleichkomt,
welchen das Minimum des für die betreffende
Klasse festgestellten Steuerbetrages
voraussetzt. — ~~Ebenso sind die in der~~
(die in der ~~Ebenso~~ Klassenbestimmung enthaltenen
Grundsätze betreffend die Qualität der
Robot, sind auch für die Grundherren höchst nach=
theilig weil in Folge dieser Grundsätze
sehr viele Unterthanen ~~in die fürs~~ von der
Zug= in die Hand= robothschuldigkeit
übergehen ~~können~~ werden (1) und die Hand= robot
~~schuldigkeit~~ verhaltnißmäßig bey weitem
mehr geschätzt worden ist wie die Zugroboth.
Es werden sich häufige Fälle ereignen wo ~~gan~~
~~im ganzen Herrschaften keinen einzigen Wirthen~~
Herrschaften die ganze Zugroth verlieren
werden weil in Folge der unzuverläßigen
Steuerregulierung kein einziger Wirth mehr
wie 3 fl 8 1/15 x cm Grundsteuer zahlt. —

Durch die Außerachtlassung der unterthänigen Servituts rechte bey der Schätzung der unterthä=nigen Dotazion ~~vergrö=ßert den Verlust der Grundherren in~~ ebenfalls wird der Verlust der Grundherren in einem hohen Grade vergrößert. —

Die Grundherren hegen auch die gegründete
Befürchtung daß dieselben ~~noch~~ durch die
Auslegung ~~Aus~~ der zweydeutigen Stellen der a. h.
Entschl. vom 12 Nov. v. J. ~~in ihren Rech~~
und bey der ~~Festsetzung der gemessenen Arbeit~~
~~(in Folge des §5~~ (: in Folge des § 5 der erwähnten
a. h. Entschl. vorzunehmenden :) Festsetzung der
gemessenen Arbeit in ihren Rechten
verkürzt werden.

welche verschuldet sind und

Der Verlust der Grundherren ist sehr groß und
sehr empfindlich. Viele Grundherren denen es
an Betriebskapitalien ~~fehlt um die Ver~~, zur Befor=
gung der ~~nunmehr zu Feldarbeiten~~ nunmehr ~~kostb~~
sehr kostbaren, Feldarbeiten fehlt, werden ~~nicht~~
zu Grunde gerichtet und mit ihren Familien

6½

Als ~~Grund~~ Grundlage zur Festellung der unterthänigen Schuldigkeiten wird die Hälfte des Ertrages der unterthänigen Besitzungen, so wie er durch den provisorischen Katastr ermittelt ist, nach Abzug der Kulturskosten, angenommen.

Im ersten Abschnitte ist dargestellt worden daß ~~die im J. 1785 vorgenommene Schätzung der Gründe~~ das Grundsteuerprovisorium auf der in den Jahren 1786, ~~18~~ 1787 und 1788 vorgenommenen Schätzung der Grundstücke beruhet und daß diese Schätzung ~~er~~ im Allgemeinen weit hinter dem wirklichen jetzigen Werthe der Grundstücke zurückbleibt. Es wird daher in Folge des kundgemachten Patentes nicht die Hälfte sondern höchstens ein Viertel des wirklichen unterthänigen Grundertrages zum Maßstab der, an die Grundherrschaften zu entrichtenden unterthänigen Leistungen angenommen. Von dieser Hälfte und eigentlich von dem ~~wirklichen~~ Viertel des unterthänigen Grundertrages sind in Gemäßheit des kundgemachten Patentes die Kulturskosten (: 50/100 bey Aecker und 20/100 bey Wiesen :) in Abschlag gebracht worden, hiemit wird ohngefähr ein Achtel der unterthänigen Gründe zu Gunsten der Herrschaften belastet — und dieses ist das Ganze was den Grundherren von ihrem ehemaligen unbestrittenen vollen Grundeigenthume zurückbleiben soll. —

von der Lastschrift verbraucht werden,
wenn die Inanspruchnahme nicht ausdrücklich
für mehrere Jahre verboten wird.

~~b) Dringlichkeit der Forderung auf Vorzüglichkeit~~

b) Dringlichkeit der Forderung auf Vorzüglichkeit
der Art und die Art der Vorzüglichkeit
die Dringlichkeit der Forderung auf Vorzüglichkeit
~~der dieser die vollkommenste~~ der
vollkommenste Gesetze zurückkommen
dem Schutz dieser Gesetze wohl vorbehalten
~~Darf sie nicht~~ seine Kräfte
gerichtl ~~untersagen werden~~ untersagen.
~~Verbindlichkeiten~~ seit Jahrhunderten verbietet
und vorschreibt Privatrecht ~~spricht~~ diese
Vorschrift ~~die~~ Eigenschaften
streit ~~zu~~ über die Eigenschaften der Forderung
über zu bestimmen unter die Ordnung der
~~Forderung~~ Vorzüglichkeit für die Forderungen
zurückkommt.

~~Die~~ allgemeine Grundsätze, welche
~~Vorliebe~~ in Folge der Lastbefreiung Vorliebe
vorhanden werden, verbietet gerichtlich eine
Vorzüglichkeit.

~~die Arten der Vorzüglichkeit sind verschieden~~

~~Verschieden sind~~:

sind die bisherige Grundsätze würde bezüglich
Anlegung auf die Immobiliarpfandrecht größere
und auf die Mobiliarpfandrecht kleinere Einwirkung
auf den Grund weil die Mobiliarpfandrecht
mit großer Schuldigkeit belastet sind. ist
der nun die Schuldigkeit in Folge der besonderen
stehenden Lastbefreiung so bedeutend vermindert
daß derselbe im Allgemeinen nicht
über ein Viertel des Betrages der eingetragenen
Forderung für die Forderungen in
Betracht kommt.

Die gesetzliche Arten der Vorzüglichkeit der Arten
der Vorzüglichkeit sind verschieden; ~~ist~~
als Grundsatz kann es nun hier
Anzunehmen sein, welche auf die zu
vorzüglichen ~~Gegenstände~~
gesetzliche Vorzüglichkeit
zu unterscheiden sind.

~~Verschieden sind~~

~~Die Arten der Vorzüglichkeit sind verschieden~~

~~Verschieden sind~~

~~Verschieden sind~~

~~Verschieden sind

Anspruch nehmen, so ~~sind~~ werden diese unterthänigen Grundbesitzungen nunmehr fähig eine bey weitem größere Steuerlast zu tragen. Die gleiche Steuer~~bemessung~~umlegung auf den Dominikal- und Rustikal-grundbesitz ~~an~~ schon an sich gerecht und billig würde ~~jetzt von Seiten den Grundherren, denen deren Steuerbetrag die Dominikalsteuer~~ die bisherige Dominikalsteuer vermindern und den Grundherren eine Art von Vergütung darbiethen —

~~2tens die Arbarialsteuer~~ Ebenso würde die Aufhebung der Arbarialsteuer ~~und Anlegung der entgehenden~~, welche das durch die Grundsteuer belastete Steuerobjekt zum zweyten Mahle trifft, und Anlegung derselben auf andere Steuer eine Erleichterung für die Grundherren verschaffen welche als Vergütung angesehen werden könnte.

2tens Die Aufhebung der den Unterthanen gebührenden und der Landeskultur äußerst schädlichen (1) Servitutsrechte wäre ~~um so~~ bey der Regulirung der ~~gr~~ gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse um so gerechter als diese Servitutsrechte ebenso wie die unterthänigen Schuldigkeiten Naturallasten ~~sind~~ und ~~daher~~ daher die billigste Art der Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen darbiethen. ~~wird es vorauszusehen ist, daß der Werth dieser in natura der Werth der gegenseitigen der~~ — Der Werth der unterthänigen Naturalforderungen wäre nach denselben ~~Grund~~ Schätzungsgrundsätzen zu ermitteln, welche zur Schätzung der unterthänigen Naturalleistungen bey der Regulirung angenommen werden und es ist leicht vorauszusehen daß der Werth dieser gegenseitigen Naturalleistungen ~~sich auch~~ in der fernern Zukunft gleichen Schritt halten wird. Dazu muß auch der Umstand in Erwägung gezogen werden daß sowohl ~~nach der~~ Wortlaute (3) und der Sinne der allerhöchsten Gesetze

(1) Siehe den zweyten Abschnitt I Abtheilung
(2) Zeschb. vom 29 Okt. 1789

7

~~so wird ebenfalls~~
~~als zur Verfügung die entrichtenden Servitutsrechte~~
~~und ihre Durchführung durch Gerichte die politischen~~
~~Bezirksbehörden~~

so wird auch ~~manchem Durchführung~~ die Absicht der politischen Behörden — mittelst welcher die Servitutsrechte der Untertanen ~~ver~~ erkannt und regulirt worden sind — nicht ~~ver~~ eitelt und vereitelt werden können als dass die Hauptablösung durch die Servitutsrechte der Untertanen ~~Herrschaften~~ Grundherren verhindert ~~wollte~~ damit dieselben ihre Unterthanen ferner beherrschen und durch die bevorstehende bedeutende Abfindung der bestehende Unterthänigkeitstrieb wird ihren Untertanen der ~~Möglichkeit~~ Möglichkeit ~~Unterthänigkeit~~ verbothen freier unserer fernen Arbeitskraft zur Verrichtung seiner Feldbestellungsarbeit zu ~~verbrauchen~~ verwenden.

Und damit ~~durch~~ die Aufhebung der untertänigen Servitutsrechte würde ~~auf~~ ihre Grundherren

die Aufhebung der ~~der~~ untertänigen Servitutsrechte hätte auf die Lage des Grundherren bisher folgen würde die ~~Unmöglichkeit~~ zur Landeskultur nothwendigen Arbeitskräfte sich zu verschaffen indem der Untertan sich ~~der~~ der Arbeit eher für, (Aufhebung) einer mässigen Naturalablösung oder für einer Geldablösung, einer entziehen würde (4). —

(3) ~~die Gewerbsfreiheit~~ Wir setzen ob ~~dass~~ für den Grund Herren ~~Adel~~ sich die zur ~~der~~ Landeskultur nöthigen Arbeitskräfte zu verschaffen mag zum Vortheile der Unterthanen — in Folge der mit dem Patente vom 7ten Novemb. d. J. ~~Herrschaft~~ Untertanen auf naturgemässe Arbeit, den Arbeitslosen in den mit wüster bebauten Gegenden als Brzezaner, Stanislauer und Tarnopoler Kreisen, — den Arbeitslosen ~~auf~~ ~~den~~, im Verhältnisse zu den Arbeitsuchenden sich, ~~nicht~~ ~~dargestellt haben~~ im Allgemeinen nicht darstellen

Und damit vorgegriffen werde Lösung wegzubringender

Für insbesondere in den dem bebölkerten Zweige Ostgalizien)

Für Grundherrschaften Aufhebung der Arbeitskräfte

(1) ~~Siehe II Abtheilung des statistischen~~ Abschnitt II Abtheilung
(2) Siehe den zweyten Abschnitt
(3) Patent vom 29 Oct. 1789 —
(4)

3tens In der ersten Abtheilung des ersten Abschnittes dieser Betrachtungen habe ich auseinandergesetzt wie die Übertragung der grundobrigkeitlichen Gerichtsbarkeit an landesfürstliche Behörden nunmehr zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit des Landes unumgänglich nothwendig ist. — Ich bin auch fest überzeugt daß die Grundherren die Befreyung von der überaus lästigen Ausübung dieser Gerichtsbarkeit als eine Wohlthat ansehen würden. —

F über die Unterthanen

Die Ausübung der polizeylichen und Zivil=gerichtsbarkeit F war ursprünglich ~~eine unbedeutende Last, welche von Seite der Unterthanen~~ für die Dominien eine unbedeutende Last indem die Grundherr als unumschränkter Eigenthümer des Grund und Bodens die Grundbesitzstreitigkeiten nach seinem Gutdünken schlichtete und andere Streitigkeiten ~~nach kurzer mündlicher Verhandlung~~ durch dazwischenkunft der Gemeindevorstände oder der herrschaftlichen Beamten nach kurzer mündlicher Verhandlung abgemacht wurden. Diese Last wurde den Dominien durch die von (Seiten) der Unterthanen zu zahlenden Sporteln u Taxen durch die Wohnungs= (oder) Geflügel=ziese, Hayduckengelder ~~u. a. unen Gratis=Sammertage~~ u. a. dgl. ~~an~~ Leistungen vergütet. —

~~F welche die Herrschaften~~

~~Mit~~ Die Einführung einer ordnungsmäßigeren geregelten Rechtspflege F mußte die ~~Last der Gericht~~ Ausübung der Gerichtsbarkeit immer lästiger und kostspieliger werden.

Die Last ~~Indem die~~ Mit der Einführung einer ordnungsmäßigeren und geregelten Rechtspflege (welche) ~~die~~ den Zeit= und Kosten=aufwand bey der Ausübung derselben vergrößerte wurden zugleich die Sporteln u Taxen (5) u. a. Leistungen (der Unterthanen) (6), welche als Entgeld für die Gerichtsbarkeit ~~ang~~ betrachtet werden konnten, aufgehoben.

~~Seitdem wurden jedoch die Dominien~~

Man betrachtete jedoch die Dominien als lastenfrey und indem man einerseits ~~stellte an derselben die größtmöglichsten Anforderungen, wogegen die unterthän. die Unterthanen die L~~ die Einkünfte derselben durch ~~immerwährende~~ Verminderung der unterthänigen Schuldigkeiten (7) durch Erweiterung der unterthänigen Forderungen gegenüber der Grundobrigkeiten ~~(8)~~

(5) ~~(4)~~ Pat. vom 24 Juny ~~184~~ 1784 —

(6) ~~(5)~~ Pat. vom 16 Juny 1786 ~~angeführt~~ angeführt werden:

(7) ~~(6)~~ Beyspielsweise können hier das Patent vom 16ten Juny 1786 mit welchem eine Menge unterthänigen Schuldigkeiten aufgehoben — ~~dieß~~ das Kreisch. vom 10 April 1821 Z. 2299 ~~mittelst~~ in Folge dessen auf Grundlage des Finanzpat. vom 20 Hornung 1811 die unterthänigen Geldgiebigkeiten auf Wiener=Währung reduzirt wurden — die Pat. vom 12 Jänner 1784 und ~~vom~~ P

P ~~das Kreisch.~~ vom 29 Okt. 1789, deren Auslegung zur Erweiterung der unterthänigen Servitutsrechte diente

(5) In Berücksichtigung der Schuldigkeiten welche auf den unterstehenden Grundbesitzungen haften, ist in Folge des h. Hofdekr. vom 27ten Febr. 1841 die Frage der Einlösung des Grundsteuer für das Dominikalgrundbesitz gegen welch für den Dominikalgrundbesitz gegen welch für den Rustikalgrundbesitz gegen welch bemessen worden; obwohl die Dominikal Realitäten Steuer Befreiung sind; obwohl dieselben von der Entrichtung der Schuldigkeiten nur theilweise Steuer zu leisten müssen. — Laut Folge des Hofdekr. vom 20 Januar 1811 wurden die Schuldigkeiten der Entrichtung der Obrigkeiten in Münz-Besitzungen zu folge (3), und durch die Einkünfte hiebei berücksichtigten Realitäten und Gründe, welche zur Bestreitung der Verbindlichkeiten in Münz verwendet und von denen auch die Münz entrichtet werden, nämlich zu folge

Der Grund

und durch Verzögerung der Einlösung der Dominikal Realitäten

Lage herstellung und Erhaltung der Dienst- und Hofgebäude müssen die Dominikal

die nächsten Posten tragen.

Lage der Dominikal zur Last gelegten Entrichtung der Steuer von den entrichtenden und derselben für die gänzliche und gegenwärtige Einlösung und Abfuhr der Steuer haften

und so werden dieselben zum Besitz [illegible]

[illegible] Dominikal Realitäten [illegible] Münz verwendet [illegible] Steuer [illegible] Münz [illegible] Steuer [illegible] Dominikal Realitäten [illegible] Steuer [illegible] Dominikal Realitäten [illegible] Steuer [illegible] Dominikal Realitäten

~~Zum Zwecke der Controlle der grundobrigkeitlichen Amtshandlungen~~

~~Im Allgemeinen häufen werden die Geschäfte in wird der Geschäftskreis der Dominien immer größer und um sowohl in Betreff der politischen als auch der zivil-gerichtsbarkeit immerwährend vergrößert. – Zur Ausübung der Controlle über die Gebahrungen werden von den Dominien verschiedenartige periodisch einzusendende Evidenzregister, Tabellen und Ausweise abverlangt, welche um so zweckloser sind als dieselben von den höheren vorgesetzten kk. politischen- und Gerichts-behörden nicht, wegen Mangel an Zeit nicht einmahl durchgeblättert werden können.~~

Im Allgemeinen wird der Geschäftskreis der Dominien sowohl in Betreff der politischen als auch der zivil-Gerichtsbarkeit immerwährend vergrößert und es werden für alle Mängel und Gebrechen in der ~~Ausführung~~ Ausübung der Dominikalgerichtsbarkeit nicht die kontrollirenden höheren kk. Behörden, nicht die Dominikalbeamten, sondern ~~einzeln und allein~~ lediglich und unmittelbar die Grundherren zur Verantwortlichkeit verhalten und mit Kommissionskosten, Ersatzleistungen und Strafgelder belegt.

Diese Verantwortlichkeit ist um so vielfältiger und muß den Grundherren um so lästiger fallen als die Ausführung aller Verordnungen der Grundobrigkeiten ~~zur Last fallen~~ obliegt hiemit alle Fehler und Gebrechen ~~bey~~ denselben zur Last fallen; als 2tens die Grundherren, einem anderen Geschäfts-kreise, der Bodenkultur, zugethan sich unmöglich die Kunde der vielfältigen Gesetze und Vorschriften zueignen hiemit auch die Handlungen der Dominikal-beamten mit Erfolg nicht beaufsichtigen können; – als 3tens diese Verantwortlichkeit ~~nie erlischt und dieselbe~~, nach dem von den höheren Landesbehörden aufgefaßten Grundsatze nie erlischt und von einem Grundherren auf den anderen in die

über die vielfältigen Amtshandlungen

den oberen Gerichts- und politischen Behörden

~~zeitraubend und~~

als den Behörden erster Instanz

~~(11) Durch Übertragung~~
entsprechende Zeichen bezeichnet wird (10);—
oder ~~XIII~~ rudolfi/Berg der Wirksamkeit der Hypothekbestimmungen und Erläuterungen sehr dient um Vorsorge
vorzusehen ynwerth werden kann um diese
Übereinstimmung der Grundsprachen
durchzuführen.—

Die Übertragung der grundbuchlichen
Hypothekbestimmungen oder Landesfürstliche Behörden müssen
die Grundsprache oder diese ~~ungesprochen~~ Sprachen
entsprechen ~~regelmäßig Boten würden dasselbe respectirt~~
~~werden, jetzt Zeit könnten für ~~ungesprochen~~ wahrgestellt~~
~~ihren Hauptsprachen der Bodenkultur zuwenden~~ und
~~hier wohl ist die gewerbsmäßigste Anregung für den~~
~~Bedürfnisse Verlust, den sie und Anlass der Volksstamm~~
~~denn erleiden, berichten~~; große Zeichen würden
die Grundsprache respectirt ~~werden~~; ~~die~~ kostbare Zeit
könnten dieselben entsprechen ihnen Hauptsprachen, der
Bodenkultur zuwenden; ~~dieselben würden gegenüber~~
~~ihrer Muttersprache von den Landesfürstlichen Behörden~~
~~oder Beamten~~ behandelt werden; die Übersetzung der Rechtsbegriffe
der Rechtswelt, der ~~Urkunden~~ Urkunden-Bedeutung
und Missverständnis die minder bewanderten oder ungenügenden
~~Sprachkenntnis~~ der Grundsprache Sprachmissbräuche
ihrer Rechtswelt würde dieselben nicht mehr der Miss-
stände der allerschönsten Anregung zügellos; die Grund-
sprachen würden gegenüber den Landes- vor den Landes-
fürstlichen Behörden oder Gerichten nur, vor den Gesetze

---

(10) ~~(11)~~ Diese Übersetzung der Urkunden auf die neue einheitliche Grundsprache
muss den Grundbegriffen äußerst ungenügend vorkommen, weil so viele Begriffe
spezifische Ausdrücke verfügbar sind, weil neue Grundsprache ~~gegen~~ bei
spielsweise Ausdrücke der Güter ~~Erwerbung~~ und Schutz sich zu schützen vermag. — Nicht minder die, unter dem
Schutze der öffentlichen Autorität in gesetzlichen Selbsthilfemaßregeln, verwahrten
Urkunden gesichert und so würden ~~verschiedenartigen~~ Verschiedenartigen, Besitz,
Steuer- ~~und andere~~ Rechtsstände und Verfügungen über den neuen Grundsprachen
neugestaltenden; obwohl der, in den Selbsthilfemaßregelungsbedingungen verfügbaren
gesetzlichen, Urkunden den neuen Erwerber lediglich die verschiedenen grundbuchlichen
Lasten zeigen, ist von Zeugen der Besitzentstehung verfügbar; — obwohl die Urkunden
neue den Besitzen oder ~~Grundstücken~~ den vorherigen Grundsprachen zur
Last sollenden Besitzer in Rechtsstände in ~~Bezug~~ der gesetzlichen Lasten bezüglich der
verschiedenen Grundbesitzer vermehren, ~~und~~ dieselben ~~gegen~~ ~~von den~~ gesetzlichen
~~gebotenen Rechtsgründe~~ gegen den verschiedenen Grundsprachen liquidiren und
von den Rechtsgründe der Güter vindiciren sollen. —

gleiche, Parthey erscheinen; die den Unterthan gegen ~~ihre~~ die Mißgriffe der Grundobrigkeiten beschützenden Gesetze möchten ~~auf~~ keine Anwendung haben; der den Unterthanen von Seite der kk. Behörden zukommende ~~Schutz~~ den Grundobrigkeiten äußerst empfindliche (und schädliche) Schutz, würde ~~auf~~ aufhören. —

Nach meinem Wissen würden die Grundherren diese Maaßregel als die angemeßenste Art der Vergütung ~~für ihre bedeutenden~~ — für die bedeutenden Verluste, welche ihnen die ~~Rob~~ Robotsverminderung zuzieht — ansehen

---

~~(10) Siehe Anhang B den zweyten Abschnitt I~~

~~(10) Siehe Anhang B~~

(11) Siehe Anhang B

Anhang A

Verzeichniß der höchsten Verzehrungssteuer-Beträge des gewonnischen Bezirks- und des Stadt-Bezirks-Gerichts, welche die Roboth-Regulirung, aufgehoben zu werden verdient.

1.) Die Gemeinde Hill des mir neue Leipziger Stryjer Bezirks bestand früher aus sechs und siebzig Hill, welche die gewonnische Bezirks-Verwaltung, dessen Leitung im gewonnischen Bezirksorte ausgesetzt worden ist. Jetzt sind sie der Aufsicht des gewonnischen Bezirksorte in Stryjer Bezirk derselben Hill des Stryjer Bezirks bestehenden Aufsicht in den Orten der Flüsse Lyki, Ostrica, weil die Grundbesitzer der Aufsicht weniger Hill des Stryjer Bezirks Lonnica u. a. Leipziger Ortes, Ostrica und Hutwiede zu den Flüssen Dniester, Stryj, Lucia, Ostrica und Hutwiede gehörig waren. — Jetzt ist derselbe Hill des Stryjer Bezirks unter der Gerichtsbarkeit im gewonnischen Bezirksorte in den Orten der Flüsse Lyki, Ostrica und Hutwiede gehörig.

2.) Zu Behufe der nämlichen Worten gehörigen Herrschaft Dobrzanow (Brzezaner Bezirk) besitzen 20 Grundwirthe der Gemeinde Pastawitki und der zu derselben Herrschaft gehörigen Gemeinde Stanowce die im gewonnischen Bezirksorte unter den neuen topographischen Zahl des Hill 279 bis 298 verzeichnet sind. Diese Hill sind mit der Berechnung des gewonnischen Bezirksorte, wo die Berechnung der Grundstücke nach dem ehemaligen Grundbuche geführt wird, als Ackerfeld vorkommt. Diese Grundstücke, nämlich 38 fl. 33 kr. L.M. — die Besitzer haben von diesen Grundstücken im J. 1844 auf die Jahre 1844 bis, 1845 und 1846 und 128 fl. und im Jahre 1846 auf weiter drey Jahre 1847, 1848, 1849 von den jährlichen Beträgen von 134 fl. als Hutwiede (Heimat) der Bäuerlichkeit mittelst Vorgestung von Waren erbracht: — die von Dniesterflusse gelegenen ungegrabenen Getreidefelder der Gemeinde Pastawitki und der zu derselben Herrschaft gehörigen Gemeinde Stanowce sind im gewonnischen Bezirksorte voller sehr niedrig geschätzt und es beträgt für diese Bezirksabschätzung zu den wirklichen Ertrags ebenso wie der Ertrags bezirksmäßigen Werth der obigen Hutwiede zu: 38 fl. 33 kr. zu den wirklichen Ertrags derselben Hutwiede zu: 134 fl. —

Zu 2.) Diese Hill sind in dem gewonnischen Bezirksorte nicht berechnet, weil sie nicht gegrabene Grundstücke sind.

3

die Grundstücke der mit wirkl. Herrschaft Borzow gränzenden Bürgerl. Halicz Stanislauer Antheils [illegible] wurden hier in Kürze zu Kreis Forsten in Forst Verbleibens und so sind die Grundstücke und die mit [illegible] Halicz Magistrats [illegible] mitgetheilten [illegible] Lübzinger und Zwirkiserdner polygrund Grundstücke um die

Beschreibung der Grundstücke nach dem Grundsteuer Gesetze des [illegible] Bezirkes vom J. 1820

topographische Zone	Nummer des Grundstücks	Acker				Wiesen				Einjährige Grundsteuer nach Abzug der 25 Perc. Kriegs Zuschlag		Der wirkliche einjährige Ertrag
		klafterweise		einjährige Grundsteuer Brutto		klafterweise		einjährige Grundsteuer Brutto				
Altr	neur	Joch	Klaft.	fl	kr.	Joch	Klaft.	fl	kr.	fl	kr.	
514	740	Zarowie pole orne do miasta należące	88	300	357	39				178	50	Mittelst des, von der löbl. Landbehörde unterm 12ten Dez. 1814 Z. 71298 dem dasigen Grundstücker Marcus Boruch [illegible] übergeschrieben worden; der Grundzins jährlich pünktlich entrichtet
515	741	Na tymże Zarowiu pastwisko					312	550	72	52	58	18
Summa des einjährigen neuen Ertrags des Zarowie Territoriums										237	8	1523 Gulden L. Münz
52		Lipiczyce do miasta należące										Mittelst des, von der löbl. Landbehörde unterm 5ten 8ber 1816 Z. 55745 bestätigten, [illegible] dem dasigen Grundstücker zugehörig Buchhalter übergeschrieben wurden nun den jährlichen Grundsteuer: 336 Gulden L. Münz.
523	749	dto	dto									
524	"	dto	pastwisko				41	27	20			
"	"	dto	dto									
hievon entfällt der neue einjährige Ertrag dieses Zarowie neuen Territoriums des gegenwärtigen Zirkels										21	52	

4) Zu der mir gehörigen Herrschaft Bonarow Stanislauer Kreises ~~gehört die Ortschaft Bonarow~~ sind die ~~in~~ gehörigen Besitzungen der Ortschaft Bonarow im grosspolnischen Forstamte auf 2658 Joch Morgen ~~werden diese Besitzungen~~ ~~betragen~~ und von diesem Flächeninhalte der Bauerbesitz ~~besteht werden~~ besteht worden, ~~der Bauerbesitz welcher Bau~~ ~~welcher Abgabe Bauerbesitzung bis nun zu entrichten~~ ~~ist~~ und es setzt die Ortschaft Bonarow bis nun zu der von dem obigen Flächeninhalte bestehenden Steuer. — Laut der gütigen von beiliegenden gerichtlichen Schätzung zum Oekonomie-Behufe der Herrschaft ~~verfassten~~ Bonarow ~~verfassten~~ äußerst gnädigen Bewilligung ~~ertheilt~~ betragen die Besitzungen der Ortschaft Bonarow 3122 Joch. —

5) ~~Zu~~ Beschreibung der ebenfalls Grundstücke zwischen Bonarow in der unseren Westen gehörigen Herrschaft Botszowe Brzezaner und in der mir gehörigen Herrschaft Bonarow Stanislauer Kreises:

Belej Mikola Bauersmann in Botszowe besitzt:

Laut der Beschreibung des grossherrschaftlichen Forstamtes vom Jahre 1820

Grundbuch Ziffer	Benennung der Grundstücke	Flächeninhalt Joch	□ Klafter
~~343~~	~~X Ogrod~~	X	~~952~~
343	Ogrod		642
344	Zagumienki		1129
526	Role	2	1093
550	dto	2	1530
	Zusammen	6	201

Diesem Grundbesitzer ist die Grundsteuer in Betrag von 1 fl 44 kr. bestimmt worden, welche Grundsteuer bis nun zu entrichten verblieben ist —

Wirklicher Grundbesitz laut der unter im J. 1846 vorgenommenen Forstamtlichen Forstbereitung

Benennung der Grundstücke	Flächeninhalt Joch	□ Klafter
Ogrod	1	952
Rola za cegielną	3	150
" na Sielskiem	2	1390
" w Kulinczycach	4	208
Sianożęć	1	794
Zusammen	13	294

Garbaczewski Stryi Bauersmann in Bonarow besitzt:

Laut der Beschreibung des grossherrschaftlichen Forstamtes vom Jahre 1820

Grundbuch Ziffer	Benennung der Grundstücke	Flächeninhalt Joch	□ Klafter
373	Niwa nad Glębokim	3	920
656	" srednie gory		1420
689	" dto	1	194

Laut der vom Grundbuch-Forstamte Illukiewicz vorgenommenen gegenwärtigen Vermessung

Benennung der Grundstücke	Flächeninhalt Joch	□ Klafter
Ogrod z zabudowaniem	1	688
Dodatek		228
Rola nad Glębokim	2	520
dto dto	3	312

732	Na zagrodach		700
738	dto —		1167
889	Gumniska —	—	470
954	dto —	—	870
957	dto —	—	550
1168	Sulewy —	1	759
1299	Koło mostu —	—	600
	Zusammen	9	1196

Von diesem Grundbesitz ist die Grundsteuer im betrage von ~~XX~~ 24 zł kr. 2. M berechnet worden, welche Grundsteuer betrag bis nun zu im Monat Juni zu entrichten ist. —

	Średnie grony —	—	1598
	dto dto —	1	252
	Gumniska —	—	420
	Zagrody —	1	218
	dto —	—	368
	Długie niwy —	1	58
	dto dto —	—	1252
	Szerokie —	1	422
	Sianożęć Gumniska	—	1000
"	na Kassowej	4	1374
"	na Sulewach	2	1228
	Zusammen	22	338

6.) Beschreibung der Gutsgüter nördlich Grenze der ~~Grenze~~ Gemeinde Bonarow Stanislauer Bezirks ~~Grund-Grund-Grenze~~ der neuen Dominikal- und dem wirklichen Besitzstande — Grund Grenze des jetzt bestehenden und dem in Folge d. J. Gutsge. vom 12 Nov. 1846 vorgenommenen Grenzbeschreibung:

Laufende Zahl	Nahmen von Unterthanen.	Verhältniß der Grundstücke zu der Gemeinde Grenze		Abweichung der Grundstücke von der ehemaligen Grenze		Grenze der Grundstücke Jahr 1846/5 gemäß Grundbuch		Leistungen Grundbesitzer		Ein mal Grenze Gebühr nach Grundbuch in Pfändig Buch.		Anmerkung.
		Jug	Morg.	Jug	Morg.	Ruthen	Fuß	Jug	Garbe	Jug	Garbe	
110.	Hryn Garbaczewski	4	181.	25	1174.	1	14.	104	.	.	26.	×
99.	Roman Pleyniko:	16	614.	25	1050.	3	37	104	.	52	.	
21.	Hryn Grama.	16	922	26	1284.	3	54.	104	.	52	.	
83.	Iwan Wilczek Müller	5	267	30	51	1	5.	104	.	.	26	×
71.	Fed Tymkow.	14	1131	20	56.	3	32.	104	.	52	.	
100.	Hryn Cymbalista	32	196	25	968	7	33.	104	.	104	.	
3.	Andrzey Kurdyczko.	40	1144.	24	1575	9	24	104	.	156	.	×
97.	Paul. Laus	.	864	2	834	.	13	.	52	.	26	
34.	Alex Szoja	.	1089	7	590	.	18	.	52		26	
116.	Stefan Andruchów	.	507	6	356	.	7.	.	52.		26	
98.	Hryn Lipiecki	1	43.	5.	958	.	12	.	52		26	
106.	Michael Lachocki.	1	660.	5	1375	.	10.	.	52		26.	

~~I oder II Abschnitt~~ ~~Anhang A~~

54 / 76 / 22 — 93 / 65 / 24

Anhang B

Der den Hh. Kreisämter ~~anvertraute Schutz~~ durch die allerhöchsten Gesetze anvertraute Schutz der Unterthanen gegen die Mißgriffe der Grundobrigkeiten hatte die natürliche Folge daß die Hh. Kreisbeamten, welche ~~die~~ die Streitigkeiten zwischen den Dominien und den Unterthanen, die, zur Grundlage der Entscheidungen dienenden, Untersuchungen zu leiten ~~hatten~~ — in diesen Untersuchungen meistens sich darauf verlegten die Behelfe und Beweise zu sammeln, welche zu Gunsten der sogenannten schwächeren unterdrückten und unwissenden Unterthanen dienen ~~sollten~~ sollen. Die meistens gesetzunkundigen Grundherren, Guts-pächter oder Verwalter wurden bey diesen Untersuchungen in der Vertheidigung ihrer Rechte sich selbst überlassen und ~~konnten~~ können natürlicherweise gegenüber den ämtlichen Beschützer der Unterthanen nicht aufkommen. ~~Die Vertheidigung ihrer Rechte wurde~~ Auch dadurch ungemein erschwert den Grundobrigkeiten F wird die Vertheidigung ihrer Rechte ja beynahe unmöglich gemacht, daß, ~~die, als Grundlage~~ nach einem allgemein angenommenen Gebrauche die, ~~Einsicht der~~ zur Grundlage der Entscheidungen dienenden, Untersuchungsprotokollen den Grundobrigkeiten zur Einsicht nicht ~~gegeben~~ mitgetheilt werden und die Grundobrigkeiten bemüßigt ~~waren~~ sind ~~ihre~~ in ihren Vertheidigungsschriften sich auf Muthmaßungen zu stützen.

Nach der gepflogenen Untersuchung kam die Streitigkeit zur Entscheidung, — und ~~dieselben~~ denselben Hh. ~~Kreisämter~~ Kreisbeamten, welche nothwendigerweise ~~zu~~ durch die pflichtgemäße Ausübung des Unterthanenschutzes zu Gunsten der Unterthanen präkupirt seyn müßten, ~~war~~ ist es vorbehalten über die Streitsache in erster Instanz ihr Urtheil zu fällen.

Bey Rekursen an höhere Behörden ~~hatten~~ haben die nämlichen Hh. Kreisbeamten die Resultate ihrer Untersuchungen den höheren Behörden vorzulegen und Berichte zu erstatten —

in welchen Streitsachen rechtsverbindliche
Urteile gefällt werden müssen
~~und die~~ und die Gerichtsbarkeit der Verwaltungsbehörden und Polizeibehörden.

Die politischen Behörden, welche auch
Streitigkeiten — (Streitsachen) Streitsachen
~~bestehen die~~ und über gewisse einzelne
streitige Verwaltungssachen gegen die Gemeindevorsteher
~~und~~ entscheiden müssen über die
Streitigkeiten auf Grundlage der Verwaltungsbehörden
Briefe und der Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuches
Urteile fällen, welche ~~[illegible]~~ binden, zu
und größerem Schutz der Untergebenen,
zu stetter sein müssen.

~~Die Aufsichtsbehörde und die richterlichen~~
~~Behörden, welche die Aufsichtsbehörde~~
~~und die Polizeibehörden~~

Die Aufsichtsbehörde und Polizeibehörde der
Gerichte, welche die gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse
regeln und streitige Urteile fällen, müssen
gewisse Beschränkungen haben.
Es ist nun ganz natürlich, daß die gutsherrlich bäuerlichen
Verhältnisse regelnden Behörden und streitigen
Gerichte, welche in Untertanssachen endgiltig über
gewerbliche und für die Untertanen günstige
Urteile fällen können.
Es ist nun ganz natürlich, daß die gutsherrlich-bäuerlichen
Verhältnisse regeln und streitige Urteile fällen müssen,
so wenig die Gerichte, welche die gutsherrlich-bäuerlichen
Verhältnisse regeln, ~~selbst und~~ Untertanen sind
~~sind~~ und streitige Urteile fällen können,
so wenig die politischen Behörden
Es ist nun ganz natürlich, daß die politischen
Gerichtsbehörden bei der Untertanschaft ~~die Gerichte~~
und Polizeibehörden der Gerichte, welche die gutsherrlich-bäuerlichen Ver-
hältnisse regeln und streitige Urteile fällen müssen.
Es ist nun ganz natürlich, daß die gutsherrlich bäuerlichen
Verhältnisse regelnden ~~und~~ und streitige
Urteile fällenden Behörden — Gerichte,
~~Gerichte~~ in Untertanssachen endgiltig über
gewerbliche und für die Untertanen günstige
Urteile fällen können.

Für gewerbliche Streitigkeiten
der gemeindevorsteherlichen
Verwaltungsbehörden endgiltig über die
Untertanssachen Entscheidungen über
gegen untersuchen und

gutsherrlich bäuerlichen

Streitigkeiten der gutsherrlich-bäuerlichen
Verhältnisse in gewerblicher
Beziehung über die Untertanen
und Untertanschaft

Streitigkeiten der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse
und Untertanschaft

~~und~~ für die Unterthanen vortheilhafte Erkenntnisse fällen ~~konnten~~ können. —

~~Die Vereinbarung der Schutzpflicht mit dem richterlichen Amte hat die weitere Folge daß einzelne partheyische Entscheidungen als Präjudikate angesehen werden und als Präjudikate in bey ähnlichen Streitigkeiten als Präjudikate angesehen werden, daß mehrere ähnliche Entscheidungen in Gewohnheiten übergehen ja in ämtliche Grundsätze verwandelt werden (1)~~

~~In Galizien ist es allgemein bekannt daß die Klagen der Unterthanen übergehen ja sogar in Grund in unumstoßbare Gewohnheiten übergehen ja sogar in Grundsätze verwandelt werden (1)~~

~~Auf Grundlage~~ solcher Grundsätze werden ungerechte Entscheidungen gefällt (1) ~~und es werden~~; die diesen Grundsätzen entgegenstreitenden allerhöchsten Gesetze werden außer Acht gelassen und gerathen in Vergessenheit (2) —

Allmälig haben sich um alle ämtlichen Grundsätze, Gewohnheiten und das Verfahren in Streitsachen zu Gunsten des Unterthanen gewendet.

In Galizien ist es allgemein bekannt daß eine jede Unterthansbedrückungs- oder Mißhandlungsklage ~~als~~ alsogleich eine Untersuchung und, wenn sie war befunden ist, eine Bestrafung der Grundobrigkeit nach sich zieht; es werden sogar ~~auch~~ oft ~~ohne Untersuchung~~ den Unterthanen auf ihre Klagen ~~u~~ auch ohne Untersuchung Bescheide gegeben, welche ihren Klagen beypflichten und welche manchmahl ~~augenschein~~ ganz gesetzwidrig sind. — Sind aber die Grundobrigkeiten Kläger ~~so werden von denselben eine Menge von Nachweisungen und Dokumente gefordert~~ so wird die Untersuchung auf jede mögliche Weise verzögert, es werden Nachweisungen ~~Doku~~, Urkunden abverlangt und die Entscheidung oft jahrelang verschoben,

Einzelne partheyische Erkenntnisse ~~dienen~~ werden zur Richtschnur bey vorkommenden ähnlichen Streitigkeiten genommen; — mehrere sich ähnliche Erkenntnisse übergehen in unumstoßbare Gewohnheiten ~~und~~ ja ~~Grundsätze~~ sogar in ämtliche Grundsätze; ~~auf Grundlage~~ diese Gewohnheiten und Grundsätze haben die größte ~~und~~ Ungleichheit vor dem Gesetze zur Folge; auf Grundlage derselben werden oft ungerechte Entscheidungen gefällt (1); die denselben entgegenstehenden allerhöchsten Gesetze werden außer Acht gelassen und gerathen in Vergessenheit (2). —

In Folge der Vereinbarung der Schutzpflicht mit dem richterlichen Amte bey den k. politischen Behörden haben sich um alle Grundsätze, ~~Gewohnheiten und~~ ämtliche Gewohnheiten und das Verfahren in Streitsachen zu Gunsten der Unterthanen und zum Nachtheile der Grundherren gewendet

werden, wenn die Grundsteuerpflichtige nicht
der von ihrer Pflicht zu zahlen wird
und werden dieselben auf Anordnung ihrer
obersten Behörde eingezogen. Es werden dagegen
strafgerichtliche Verfolgungen der Untersuchungen (wie z. B.
Steuer-Defraudationen, Zollvergehen, Eigentumsvergehen u.s.w.)
abgewendet, wenn die Grundsteuer-Rate
oder Zuschlag derselben von der Bezirksbehörde
angeordnet, oder die Grundsteuer-Rate
zu hoch angesetzt worden ist.

Allemälig haben sich alle Grundbesitzer,
Gewerbetreibende und der Bevölkerung in
Betriebsorten, zu Gunsten der Untersuchungen und
zum Vortheile der Grundsteuer-Quoten gewendet.
Die Verdrückungs-Klagen der Untersuchungen wurden
immer zahlreicher, ihre Lasten reduciert;
die Mobiliarien der Grundsteuer-Quoten
Grundsteuer-Quoten der Untersuchungen der Grundsteuer-
pflichtigen übergehen ihren Untersuchungen über
gehen; die Grundsteuer-Quoten wurden
in Abzug; die Grundsteuer-Verantwortlichkeiten überhaupt,
mit Lasten und Verantwortlichkeiten und Eigentumsrecht
mit mit Rechten belegt, der Eigentumsrecht
der Grundsteuer wird mit jedem Jahre
Steuer irgend eine Classe der Lasten — Gerichtsbarkeit
Verdrückt gewendet werden kann, so sind es nicht
die Untersuchungen; es sind die Grundsteuer.

Für Welt 3

Wenn die Übertragung der Grundsteuer-Quoten
Grundsteuerlichen Vorschub würde die Grundsteuer-
und ungerechten Vorwurf der Mistbräuche ihrer
Gewalt zur Verdrückung der Untersuchungen entladen
sind es wäre kein Grund mehr vorhanden dem
gerechtfertigten Schutz zu Gunsten der Untersuchungen
weiter fortzudauern zu lassen —

In Folge der Gesetze über Maßnahmen
die Untersuchungen wurden verdrückt über gute die Steuer-Quoten
Verluste der Verdrückungen verschiedenen

Für stets wechselnde Thätigkeit und Widerspenstigkeit wird Folgen gewendet;

Für stets wechselnde Thätigkeit und Widerspenstigkeit wird Folgen gewendet; 10.—

Während Verdrückungen der gesetzlichen Verfügungen unterstehen derselben und vorzüglich den Verdrückungen eine Grundsteuer-Quoten über den Grundsteuer-Quoten weg für einen Theil und einen Theil gestattet über alle Gesetze werden die Grundsteuer-Quoten die Grundsteuer-Quoten nicht verfügen, sondern den Gesetzen den Grundsteuer-Quoten widersprechen die Grundsteuer zur Last gelegt. Die Verdrückungen Folgen einer solchen Zustände konnten nicht vermieden

2ter Bogen zum Anhange B

Bey ~~dem Allen~~ Allem dem werden die ~~Grun~~ Unterthanen als bedrückt ~~und~~ folgsam ~~, die Grundherren als Bedrücker geschildert~~ und schutzbedürftig, die Grundherren als Bedrücker geschildert; alles Schlechte was im Lande geschieht wird, bevor die Schuldigen ausfindig gemacht werden können, einzig und allem den Grundherren zugeschrieben; ruhestörerische Umtriebe werden ~~unter~~ den gesamten Grundherren — den reicheren, welche in allen Zeiten und Ländern als Stütze der Ruhe und Ordnung angesehen worden — zur Last gelegt.

Die traurigen Folgen eines ~~solchen Zustandes können zu~~ so mißlichen Zustandes können zunächst ~~der~~ feindseligen Stellung der pp. politischen Behörden und insbesondere der ~~pp. Z.~~ mit dem Schutze der Unterthanen ~~zu~~ unmittelbar beauftragten pp. Kreisämter, gegenüber den Grundobrigkeiten ~~und eigentlich gegenüber den Grundherren~~ — zugeschrieben werden.

---

(1) In Galizien ist es allgemein bekannt, daß eine ~~jede~~ jede Klage der Unterthanen ~~über~~ gegen die Grundobrigkeiten alsogleich eine Untersuchung, und, wenn diese einigermaßen sich bewährt, eine ~~Bestr~~ unverzügliche Bestrafung der Grundobrigkeit ~~nach sich~~ zur Folge hat. Es werden sogar oft ~~den Unterthanen auf ihre Klagen~~, ohne Untersuchung den Unterthanen ~~über ihre Klagen~~ Bescheide gegeben welche ihren Klagen beypflichten

und verursacht ihnen Ersatzpflicht sind.
~~Wenn aber die Grundbesitzstörung als Störung~~
~~einer Betroffenen aufhört~~ ist die
bestehende Übung zu Gunsten der Betroffenen
so werden dieselben in dieser Übung gewissermaßen
geschützt und die Obrigkeit von derjenigen
Besitzstörer gewiesen.
Wenn aber die Grundbesitzstörung als Störung
einer Betroffenen aufhörte, so würden
dieselben wie auch den gewissermaßen Schutz
ihrer Besitz auf Grundlage der bestehenden
Übung; so werden von denselben zerstörte
Urkunden und Zeugnisse abgefordert.
Die Untersuchung wird vorgenommen; die Entschei-
dung und Vollziehung der von Grundobrigkeiten
gemachten Entscheidung wird sofortlen
Vorgehen ~~wieder den Grundherrn nicht~~
~~die gewesen Störungen fordern dieselben~~
~~nicht ihrer Besitz wiederher ihrer Art~~ welche
den Grundherrn nicht nur neue gewesene Störung, sondern
nicht selten den Verlust der Besitz zuzieht. — Wenn
sonsten oft vorkommende Handlungen der Betroffenen
(z. B. Steuern Liebesteuer neue Herrschaftlichen Leistungen u.s.w.),
~~welche der Untersuchung wenn die~~ wenn die Grundobrig-
keit dieselben dem Th. Zeitbewusst vorgiebt, der Unter-
suchung so lange nicht entgegen bis die Grund-
obrigkeit die Sache selbst läßt oder den Vorgang
durch Verjährung der Verjährung entgegen wird.
Die Grundbesitzstreitigkeiten ist es zum Grund Grundsatz
gewordem die Grundobrigkeiten auf den Besitzstand und
Herausgabe streitigen Besitz zu verweisen, wo der Beweis
der Besitz durch, oder gültigen Mangel der beweisbrü-
ftigen Urkunden, durch sonst vorhandene ~~Indizien~~
beruht Zeugen hergestellt werden muß, wo den Betroffe-
nen die Führung der Verjährung zusteht. — Fehlen aber
~~da~~ die Betroffenen alle Zeugen auf, so wird die Streitsache
~~der Entscheidung der Gelds~~ wo sie vorläufig der
vorläufigen Gelds Besitz von den Th.
gehörigen Behörden entschieden, wobey die Betroffenen

alle Zeugen vorhanden

3ter Bogen ad B)

den Beweis des ehemaligen Besitzes durch unbeeidete für dieselben leicht aufzufindende Zeugen herstellen können, wobey den Grundherrschaften die Einwendung der Verjährung nicht zusteht.

(2) So ist z. B. die a. h. Entschl. vom 8ten Febr. 1790, welche ~~eine~~ in Betreff der Holzungsrechte, für die Unterthanen minder günstige Bestimmungen ~~enth~~ enthält, in Vergessenheit gerathen. In dem Lexikon ~~für~~ der politischen Gesetze für Galizien von Moritz Dedecki

Wien 1842 lesen wir: „So viel ist gewiß, daß man sich seitdem nicht nach dieser Anordnung sondern die Vorkommenden ~~Fälle nach den Vorschriften~~ Streitfälle nach den Vorschriften vom 12 Jänner 1784 und vom 29 Okt. 1789 beurtheilte“. —

1846

II

II

Erster Abschnitt

Betrachtungen über die Anordnungen der allerhöchsten Entschließung vom 12ten November 1845

X Erstes Hauptstück

II

Von der Verleihung des Nutzungseigenthums den unterthänigen Grundbesitzern.

Mit dem ~~allerhöchsten Entschließung vom 12ten~~ Kreisschreiben vom 25ten November 846 wurde das Nutzungseigenthum der unterthänigen Gründe ihren dermaligen rechtmäßigen Besitzern verliehen. Indem jedermann diese Verleihung des Nutzungseigenthums als eine Sicherung der Grundbesitzrechte hiemit auch als eine wesentliche Verbesserung anerkennen muß, so kann ich nicht umhin zu bemerken daß in Betreff der Rechtmäßigkeit des Besitzes eine zahllose Menge von Streitigkeiten sich erheben ~~können~~ werden. —

Sehr viele Unterthanen (insbesondere in den östlichen ~~Theilen~~ Kreisen Galiziens) haben in verschiedenen Zeiten ihre Grundstücke verlassen, weil sie dieselben wegen Mangel an Betriebskapitalien nicht bebauen konnten oder sich der damit verbundenen Arbeit und Sorgen nicht unterziehen wollten. — Obwohl nun die Unterthanen ~~in einem solchen Falle~~ nach den Gesetzen, verpflichtet ~~sind~~ waren, der Grundobrigkeit zur ~~Besetzung~~ Wiederbesetzung der verlassenen Gründe ~~einen~~ andere taugliche Grundwirthe vorzustellen, so thaten sie es nie und konnten auch dazu von Seite der Grundobrigkeiten, aus gänzlichem Mangel ~~der~~ an zweckmäßigen

Zwangsmittel, nicht zu erzwingen vermöge.

Ferner bis zu dieser üblichen Zwangsfrist würde — zur Wiederaufsetzung der hinterlassenen Gründe bei dem Gemeinderathe und dem Gemeindewirthe hergestellt und bei der Grundsteuer, Häuser- oder Gefällsverwaltung angezeigt, mehrere zu Verfassung oft die gesetzlichen sämmtlichen nicht beobachtet. F

Durch diese Fristen könnte solche Fälle bei, wo der Verstorbene, welcher sein Grundstück hinterlassen hatte, oder dessen Erben, die zunächst bei einem auf solche (die wenigen) Theil wieder besitzlosen Grundstücken gefunden hätte, weil er bei der Ausstellung einer solchen üblichen Abtheilung nicht zu erscheinen, weil sie — im Falle er einen Grundbesitz haben wollte — und misshandeln oder zu verwahrlosen Grundstück hinterlassen vermöge kommt. Der aber die bezeichneten zu besorgenden Verbesserungen des Werthes der hinterlassenen Grundbesitzungen bedürftig und diese müssen und die immer zustimmen in den unterschiedlichen Fristigkeiten ihr Auskommen suchen — Winkelschreiben und gerichtlichen Konsulenten nicht vermögen, den Verstorbenen übrigen Angehörigen die übernommenen Lasten hinzuzumachen, sich zu besprechen, und zwischen Verstorbenen und Hinterlassen der Grundbesitzung zustimmen Fristigkeiten mitsehen vermögen, welche in Verfassungen und Gewalthätigkeiten ausarten können. (1).—

Es wäre daher zur Hoffnung zur Verstimmung, Ser. fol. 1½

hinaus welcher sich zu

wird und [illegible] Verstorbenen, welcher sein Grundstück

nicht seinen Erbberechtigten [illegible]

hinterlassen hat, [illegible] — sehen wir,

schwierig. [illegible]

(1) Der Verfassung fort erhebt das Verstorbenen [illegible] wird uns nicht von Verstorbenen, auf welchen Hinterlassenen, welche die sich bis jetzt um ihr Grundstücke oder nicht kümmerten, ihre künftigen Verbesserungen begründen würden. [illegible] die Zeit der Abstiftung als eine gerichtliche Verstimmung der Verstorbenen vorgesehen werden, und es können die Zeiten der Abgestiftenen [illegible] hinnicht lassen die Zurückgabe der Grundstücke [illegible] ist, von den neuen Besitzern fordern.

Der Verfassung des Verstorbenen vom 26 Merz 1789 wird von der Verstorbenen vom 4ten Nov. 1789 nachgesehen,

Wiederstellen die Verstorbenen würde auf die Wiederstellung der, in obiger einen eigenen Entwerfenen Verfassung vom Herbst und Hof, über eigenverordneten Grundstücke beobachtet.

Φ

1846 [illegible] allerhöchster Entschluß vom 13ten April 1846 wurde den Assistenzschreiber und eigenen Angestellten den Treuen dessen verliehen, dass dieselben nunmehr den alten von der Grundverfassungen zu Leistenden Schuldigkeiten befreyt sind. In obiger dessen wurden sie in neuer Eigenschaft Hiesiger Entwerfenen, denen Verfassungen ihnen als Grundstücke besessen, und [illegible] den neuen Besitzern ihrer Assistenz stritig, wovon sie [illegible] nicht selbst.—

1½

~~Aus Anlaß dieser~~
~~diese zweifel werden auch~~
~~Ser. f~~

Um diese Streitigkeiten zu beseitigen wäre eines
Gesetzes ~~höchst wünschenswerth~~, welches bestimmen
sollte, ~~in wie weit und binnen welche daß der~~ in
wie weit und binnen welcher peremptorischen
Frist ein Unterthan ~~—~~ mit seinen Rechtsansprüchen
auf einen Grundbesitz auftreten kann — höchst
wünschenswerth. — ~~dieses Gesetz~~

[die Kundmachung

Ich muß auch ferner bemerken, daß sowohl die
Verleihung des Nutzungseigenthums und ~~die~~ des
~~Recht der Unterthanen ihre Grundbes~~ Rechtes ~~die~~
mit den Grundbesitzungen frei zu schalten,
dieselben zu verkaufen und zu verschulden —
als auch die bevorstehende Robothverminderung, —
so lange zum Wohl der Unterthanen
nicht ~~aus~~ gedeihen ~~wird~~ kann, bis die bäuerlichen
Wirthschaften ~~nicht ge~~, ~~durch eine Grundarrondirung~~
~~nicht geordnet und die Kultur der seyn werden~~
~~den Betrachtungen über die Nothwendigkeit der~~
~~Grundarrondirung habe ich die Abtheilung~~
~~seyn werden (Siehe den zweyten Abschnitt)~~
nicht geordnet, ~~und~~ und der Werth der bäuerlichen
Besitzungen durch Grundarrondirungen
und Gemeinheitstheilungen
nicht gehoben, ~~sein wird (Siehe den zweiten Abschnitt)~~
~~die [illegible] Betriebskapitalien,~~
~~schwere [illegible] der bäuerlichen~~
~~Grundbesitzungen, [illegible] durch Grundarrondirung~~
sein wird. — (Siehe ~~den~~ im zweiten Abschnitte: Von
den Grundarrondirungen und Gemeinheits=
theilungen) sein wird. — (Von den
Grundarrondirungen und Gemeinheitstheilungen wird
im zweiten Abschnitte die Rede sein) —

(3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14)

Ad alteriam paginam folii 1

(3) Ukz der Hptst. Prem. Com. vom 23 Jänn. 1819 Z. 1 Prem. Hptst. Hptst. Comm. F. 145 — §§ 2 und 3 „ der Triebwerksherr besteht zur Leistung des Herkommens einen Triebwerksmeister „ ..... „ dieser muß einen Triebwerks-Gewerken = Gewerken zugewiesen werden „ —

Ukz der Hptst. Prem. Com. vom 13ten Sept. 1819 Z. 207 Prem. Hptst. Comm. F. 267 — §4 „ die Bergobrigkeit hat zur Vollziehung des Herkommens einen eigenen Obergewerken zu bestimmen „ dieser soll den Bergwerksobrigkeiten in ganz Illirien ~~in allen~~ und allenfalls ~~streitigen~~ zu diesem Herkommen Entscheidungen [Entscheidungen] ~~Entscheidungen~~ Entscheidungen [Entscheidungen] ~~Entscheidungen~~ ~~ist~~ ~~nicht~~ ~~ist~~ ~~ob~~ denen nicht begegnet werden dass kein eigener von diesen Obergewerken in dem Herkommen eingeübt und ~~gut~~ zur Vorsicht dasselbe tauglich wäre. —

§31 der Hptst. für die Hptst. Prem. Com.-Prem. Hptst. Comm. F. 136 — §32 der Hptst. für Gewerken Prem. Hptst. Comm. F. 158 — bestimmt die Zeugen mit welchen neuen auf die Herkommen-Erneuerung der beiden eingedrungen soll. —

(vom 13ten Sept 1819 Z. 207 Prem. Hptst. Comm. F. 267 — §23)

~~§§ 23 der Ukz. und so der~~ Ukz der ~~Hptst~~ Hptst. Prem. Com. „ den Gewerken-Vorsteher soll „ aller factischen Ausschluß zu geben und in zweifelhaften Fällen sein Urtheil zurückzuweisen „ ... über diese Ausschluß entscheidenden Berg-Gewerken. — §§ 2 und 62 „ die Abmessung ist blos dann abzunehmen, wenn die Hptst. vom 12. April 1785 aufgehoben und eingeführt zu bestehen „ —

(4) §26 der Ukz der Hptst. Prem. Com. vom 23ten Juny 1819 Z. 1 — Prem. Hptst. Comm. F. 153 u 156 — „ Da dem Bergwerksbesitz zu entscheidenden Streitigkeiten muß ihnen die Absicht des Bergbaues [Bergwerksbesitz] ~~Bergwerksbesitz~~ und Bauwürdigkeit erwiesen werden: dass so sich ~~nicht~~ eine nur einzelne Gewerken, welche nicht den „ Bau betreiben ist ..... dass die Verleihung dieses Gebäudes durch die mit ihm verbundenen [verbundenen] „ Gewerken nicht bestätigt werden können, weil sich [sich] Streitigkeiten entstehen würden ..... „ —

„ Endlich ist noch [noch] ~~Folgen~~ Gebäude zur Folge haben würde, ~~dass~~ ~~es~~ ~~wünschen~~ ist es ganz natürlich, dass in Folge eines solchen Gebäudes die Gewerken sich mit der Absicht des [des] Bergbaues [Bergbaues] ~~Bergbaues~~ Bergbaues [Bergbaues] ~~Bergbaues~~ Bergbaues [Bergbaues] ~~Bergbaues~~

Zweites Hauptstück

Von der Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten

I

Von den Verfügungen der ~~auf Entschl.~~ allerhöchsten Entschließung vom 12 Nov. 1846

~~Von der Robothregulirung~~

Der §1. ~~des allerhöchsten Entschließung vom 25ten~~ der allerhöchsten Entschließung vom 12ten ~~Kreisschreibens~~ Nbr 846 über Robothregulirung bestimmt: daß die Hälfte des Ertrags der gesamten unterthänigen Besitzungen, so wie er durch den provisorischen Kataster ermittelt ist, nach Abschlag des Kulturaufwandes als Maßstab der an die Grundherrschaften zu entrichtenden Leistungen zu gelten hat.

Da nun ~~das provisorische Kataster als Grund zur Grundlage der~~ die Resultate des provisorischen Katasters zur Grundlage der neuen Roboth-regulirung angenommen werden, so wäre ~~nothwendig dieses zweckmäßig näher zu betrachten, was für Resultat unter dieses Kataster liefern kann.~~ es nothwendig die Angaben dieses Katasters näher zu betrachten. —

Mit dem allerhöchsten Patente vom 12ten April 785 wurde das Steuerkataster in Galizien eingeführt. — Das ganze auf diesem Kataster gegründete Steuerregulirungsoperat ist aber schon in Folge des allerhöchsten Patentes vom 19ten April 790 aufgehoben und außer Kraft gesetzt worden, weil die Ausmaaß der Grundstücke gänzlich unrichtig, weil die Ermittlung der Grunderträgnisse durchaus falsch waren (1). — Die Resultate dieses Katasters dienten jedoch als Grundlage zu dem im Jahre 820 verfaßten Grundsteuerprovisorium, weil eine zuverläßigere Grundlage nicht vorhanden war. — Bei Einführung dieses Grundsteuerprovisoriums hätten nur die seit der Verfaßung des ursprünglichen Steuerkatasters vorgekommenen Veränderungen im Umfange der Grundstücke ~~und~~ in der ~~Kultur~~ Kulturgattung derselben und in der Person der Besitzer berichtiget werden sollen; die Resultate der ursprünglichen Vermessung und Ausmittlung der Grunderträgnisse blieben aber unverändert (2).

In wie weit die Veränderungen im Umfange der Grundstücke in deren Kulturgattung und in der Person der Besitzer bey der, zur Einführung des Grundsteuerprovisoriums, vorgenommenen Arbeiten berücksichtiget worden sind kann man aus

Aus der Vergleichung der in den Jahren 786 bis 788 verfaßten Grundmatrikel mit denen vom Jahre 820 ~~kann~~ erfahren. — Aus dieser Vergleichung ~~wird~~ wird man sich überzeugen können daß die Matrikelbücher des

(1) Patrat vom 19 April 1790 — ~~Piller. Ges. Saml.~~ Piller. Ges. Saml. S. 28

(2) ~~§2~~ Pat. vom 8ten Febr. 1819 (§2 u 3) Prov. Ges. Saml. S. 71 — ~~Vdg der Grundsteuer Gdst. Prov. Kam. vom 13ten Sept. 1819 Z. 207 Prov. Ges. Saml. S. 267~~ Vdg der Gdst. Prov. Kam. vom 13ten Sept. 1819 Z. 207 Prov. Ges. Saml. S. 267. — Die §§ 50 bis 53 dieser Vdg beweisen, daß man alle neuen Vermessungen vermeiden wollte. — Die §§ 57 bis 61 beweisen, daß man auch in den Fällen, wo Aenderungen in der Kulturgattung vorkommen, den Ertrag der Grundstücke nicht neu berechnen sondern diesen ~~Ertrag aus den Resultaten des ursprünglichen Steuerk.~~ diesen Ertrag aus den ~~Resul.~~ (falschen) Resultaten des ursprünglichen Steuerkatasters ermitteln ließ —

~~Die Schätzung~~

~~wird die Übergangszeit bestehen~~ im J. 820 hinsichtlich

Grundsteuergesetzes ~~Einrichtung~~ nur einen Abschnitt ihrer

Arbeiten und ursprüngliche Katasterwerk in sich ~~enthalten~~ (4)

Wenn nun die Gesetzgebung mit welcher die Ausführung des

Grundsteuergesetzes und die Mittel, welche zu dessen Ausführung angewendet ~~werden~~, ~~festsetzt~~

~~unmöglich zu gleichem Grundsteuergesetz~~

~~zu gleichförmigen, darum beitragen könnte.~~

Und Mangel an Grundsätzen, Gesetzkenntniß und redlichen

gesetzmäßigen Individuen würde die Leitung der ~~ganzen~~

~~Arbeiten~~ Arbeiten, in diesem Geschäfte

zur wirklichen Vollendung ganz fähigen Kommissäre, einigen Vorsteher- Beamten und den

in den Gemeinden gewählten ~~Gemeinde~~ Schätzungsmännern, (Auf die Schätzung

bei der Operation) würde mit Strenge ~~gedrungen~~, ~~und allgemeine würde~~

~~allgemeine Unzufriedenheit~~ ~~in einem Theile~~ ~~des Landes hervorbringen~~

~~in einem Theile~~ ~~des Landes~~ Diese würde in ganz Belgien einige ~~Jahre~~ Jahre

~~zur Vollendung der Arbeiten~~ bis die Arbeiten fortgesetzt. Die

fortlaufenden Ausgaben für die Gemeinden bestehen

in ~~ungenauen~~ die wiederkehrenden Grundsteuer im Verhältniß der Grundstücke erforderlichen

Abänderungen und die Abnahme ~~der Grundstücke~~

(Derselben) ist durch Lauer bewirkt werden (3). —

Die Unkenntlichkeit der Landschaften bei Seite einiger der

leitenden Beamten, die Nachlässigkeit oder Untauglichkeit

mehrerer anderen, der böse Wille der Kontribuenten,

~~die Schwierigkeit der Kontrolle~~, die Unbeholfenheit der

Gemeinde- Vorsteher und Lauer, müssten einen

großen Einfluß bei Fehler und Irrthümer zur Folge haben.

Die ursprünglich festgesetzte Konstruktion des Grundkatasters

bestand vom J. 785 und die Ausführung dauerte bis J. 819 ein-

geführten Grundsteuergesetzes; die Missverhältnisse

unter

---

(3) der. fol. ~~X~~ 1 3/4

Für den Fall, daß ~~Fälle~~ über die Abschätzung des Grundsteuergesetzes, die Einführung des Grundsteuergesetzes, die Einrichtung des Katasterbureaus vorgenommen werden, haben diese Einrichtungen nur den Zweck, die Fehler und Irrthümer des ursprünglichen Kataster-Bureaus, nur Fehler und Irrthümer hinzugefügt. —

Wenn wird sich auch über die höchste Vollkommenheit der Grundsteuergesetzes Operation nicht wundern können wenn

Es wäre auch beim Eintritte der allerhöchsten Abgeordnung des Vorsitzenden, bei der Einführung des Grundsteuergesetzes, der Vorsitz nicht abgeschreckt, ein zahlreiches Operat zu verfassen, weil derselbe nur geringfügig bis zur Einführung des neuen stabilen Katasters erhalten sollte sollte (4). —

Die Schwierigkeit des Controller, die sich in der Verweigerung der Arbeiten

die Mißverhältnisse welche bey der Umlegung der Grundsteuer nach dem bestehenden Maasstabe sowohl, [illegible] wenn von allerhöchst Einer Majestät anerkannt und in Folge derselben herabgesetzt worden, daß die Entrichtung dieser Gebühren durch die mit dem allerhöchsten Patente vom 23 Dezember 817 bekannt gegebenen Ursachen das Verhältniß, wie sie mit dem allerhöchsten Patente vom 12 April 785 bekannt gegebenen Ursachen das Verhältniß stand, verfolgen wird (5)

Da wir aber das provisorische Katasterwerk in Allgemeinen und in wo schönern Grade in ungarischen Völkern sicher und unzweifelhaft ist konnte die allerhöchste Anzeige nun hier der Einrichtung der [illegible] des neuen Katasters und der Anzeichnung desselben mit [illegible] nicht nimmehr kommen. (6). —

[illegible] die Verhältnisse in der Umlegung der Grundsteuer nach dem bestehenden Maasstabe des provisorischen Katasters [illegible] die Ursachen [illegible] Einer [illegible] Majestät [illegible] Einer [illegible] Majestät [illegible] Einer [illegible] Majestät

steigen. Im Allgemeinen muß man annehmen, daß der Ertrag der Grundstücke seit dem J. 785 bis nun zu, wenigstens ums zweyfache ~~gestiegen ist~~ gestiegen ist (7); in einzelnen Fällen aber ist diese Steigung bey weitem größer geworden (8) wogegen in anderen jedoch seltenen Fällen der wirkliche Grundertrag kleiner ist als derselbe, in der unzuverläßigen Schätzung vom J. 785, ermittelt wurde. — Von diesen bedeutenden Aenderungen im Ertrage der Grundstücke kann die allerhöchste Regierung keine Kenntniß haben, indem dieselben bey der, in dem Jahre 820 vorgenommenen Berichtigung des Steuerkatasters nicht in Betracht gezogen worden sind und sonst auch keine Evidenz darüber gehalten wurde (9). —

~~In dem Kreisschreiben ~~allerhöchsten Entschließung~~ vom 25ten Novbr 846 wurde jedoch die Hälfte der gesamten unterthänigen Besitzungen, so wie er durch den provisorischen Kataster ermittelt ist, als Maßstab der an die Grundherrschaften zu entrichtenden Leistungen ohne alle Berichtigung angenommen ~~übernommen~~. Wenn man nun die Steigung der Grunderträgnisse in Erwägung zieht, so zeigt sich daß diese im Allgemeinen Hälfte kaum einem Viertel des jetzigen wirklichen gesamten unterthänigen Grundertrages gleichkommen kann.~~

b) Aenderungen im Umfange der Grundstücke und in der Personen der Besitzer. —

Diese Änderungen sind überall vorgekommen. Dorfrichter und Geschworne, die in den Gemeinden einigen Einfluß hatten, rißen Grundparzellen an sich; die fleißigeren Grundwirthe kamen nach und nach durch mehrjährige Benutzung in den Besitz

(7) Diese Behauptung bedarf keines Beweises, denn eine solche Steigung des Werthes der Produkte und der Grundstücke hat in ganz Europa Statt gefunden.

(8) Siehe Anhang A insbesondere die Beyspiele ....bis....—

(9) Daß diese Aenderungen bei der ~~im J. 1820~~ Einführung des Grundsteuerprovisoriums vom J. 1820 nicht berücksichtigt wurden habe ich bereits dargestellt. — Diese Aenderungen werden auch in die zur Evidenzhaltung des provisorischen Katasters bestimmten Register nicht eingetragen, ~~denn nach~~ weil die ~~Bestimmung~~ Vdg der Gdst. Prov. Kan. vom 19ten Jän 1825 Z. 28165 (Prov. Ges. Saml. S. 22) die Bestimmung enthält: „daß die Aenderungen in der Kultur-Gattung der Grundstücke während der ~~Dau~~ Dauer des provisorischen Katasters nicht berücksichtiget werden sollen und daher keinen ~~Gegenstand~~ Gegenstand der Evidenzhaltung ~~bilden~~ bilden" (§5 lit c und §7) —

von Grundeigenthümern ihrer verschiedenen Kategorien, Grundsteuer würden herangezogen, die größeren untheilhaften Grundbesitzer theilen ihre Grundstücke mit andern; die mit ihren Grundstücken an benachbarten Gründe stoßenden untheilhaften Grundbesitzer mauerten ihre Grundstücke durch Einfriedungen, durch allmähliges Einbringen in die benachbarten Gründe, die öden Gründe kamen allmählig ganz oder theilweise in den Besitz der mit ihnen selbst zusammenhängenden Grundbesitzer u. s. w. + (10) –

Hier ist zu bemerken, daß die benachbarten durch Einfriedungen in allen Provinzen bewerkstelligt wurden. Die Umfriedungsart, Verschiedenheit beider Grundarten, Pflanzen und Bäume, die künftig in Verbindung beabsichtigten Einfriedungen dieser Grundstücke und Verwendung und die Entfernungen der von einander stehenden – bisher die Absteckungen nie unbenutzt unseren Grundstücken und Kosten der Grundbesitzer zu ersetzen und sollen Kosten auf die skizzirten Grundstücke bei dem Vorhandensein zusammenliegender Grundstücke zum Vortheile ihrer Besitzer und bei der festen festigkeit der Gesetze über Konservirung, über einzelne ungemessenen Weise handelnden Besitzer einander verbunden, dazu kommt noch, daß die Kommissionen in Allgemeinen sich zur Pflicht machen die Absteckungen in Verbindung der aufzuwendenden für einen Landverbesserungen Grundstücke und Anstalten zu schützen. (11) (Vier [illegible] B) [illegible] (Vier [illegible] zweyten Abschnitt)

(10) ~~Diese~~ Die auf angeführte Skizze beigefügten Bemerkungen beruhen auf der künftig beabsichtigten, wie ~~sie in der skizzirten Gegend~~ einer Verbesserung ~~ist~~ in den einzelnen skizzirten Gegenden (Gebirgsgegenden in den einzelnen Provinzen) die Grundsteuer der Grundbesitzungen ~~sind~~ zu ~~zu~~ berücksichtigt werden können. In den einzelnen skizzirten Gegenden ~~sind~~ wird einer sehr theilweise Bemerkungen, welche der aufgestellten Grundgrundsätzen nicht entsprechen, sie abzuändern oder nicht können. –

(11) Hinsicht der Entfernung und die Absteckungen der Gräben sind in den hiezugehörigen Beilagen beschrieben. Die in einer einzelnen skizzirten Gegenden einzelnen Absteckungen ist folgende; dieselbe richtet sich nach einem Gesetz oder nach der Gesetz (Allg. Ges. Samml. Jahrg. 1819 S. 207). Andere gesetzliche Verfügungen sind nicht vorhanden. –

die auf unmittelbare Weise vollbrachten Änderungen, ohne in Ansehung der Grundstücke und in den Personen ihrer Besitzung etwas zu ändern, und dies nur in Fällen der Kommunalen Klagen, zur Kenntniß der Behörden. Andern in Ansehung der Grundstücke und sonstigen wirklich mündlichen Abänderungen wenn auf den Besitzstand nur dann Bedacht genommen wird, wenn die interessirten Theile dieselben davon in Kenntniß setzen wollen, wird auf, von Seite der interessirten Theile, — welche sich ihre ~~vorbehalt~~ schriftlichen Anmeldung vorzubehalten wollten (12) ~~nicht immer~~ gestatten — In den Fällen wo die mit der Fortführung der Grundsteuer provisorischen beauftragten Behörden von den Änderungen in Ansehung der Grundstücke im Wege der Klage Kenntniß erhalten konnten dieselben selbst die vollbrachten Änderungen in die Fortführungsjournale eintragen oder die kommunalen Grundstücke in den schriftlichen Rückzeichnungen berichtigen, weil ~~seit~~ die Vermessung vom J. 1785, welche als Grundlage zur Vornahme einer solchen Amtshandlung hätte dienen können, keine zuverlässige Data darbietet, auf die Gestalt und Größe keine Gewißheit für oder wider sich hat, (13), weil ~~seit~~ andern gesetzmäßigen Beweis ~~seit~~ fortgestellt werden konnte.

Die Ungewißheit in welcher sich §. 220 benannten Grundstücke, Triftel und Commarien und die seither hinzugekommenen Änderungen in Ansehung der Grundstücke und in der Personen ihrer Besitzung setzen für jeden Theil die Gefahr, die Grundstücke so übernehmen zu müssen,

(12) Die Nothwendigkeit dieser Anmerkung kann nur dieser Behörde bewiesen werden. — In der Herrschaft Ostrowec Czortkower Bezirks hat der Besitzer die jetzige Grundsteuer ~~Frau Lyndelli~~ Grundregulierung und Assecuranz in J. 1821 hinzugewonnen, zu welchen Behufs Grundbuch mit den Unterthanen verfassungsmäßig verfaßt. ~~Seine Grundsteuer soll~~ das ~~sich Bezirksamt~~ eingetragen und ihre Unterschrift bestätigt werden. Wie über diese Grundbuchs gefertigter Abschrift wurde dem Wb. Bezirksamt, gemäß der Abschriftvorschriften, zur Bestätigung vorgelegt, wie recht Folge davon war, daß ~~das~~ die Abschrift und in Gemäßheit der Abschrift die Verzeichnung für allen Fehler, welches durch diesen Abschrift für die Unterthanen fürder entstehen könnte, auf den Herrn Ostrowec interbelligt ~~wurde~~ würde. Dieser würde demnächst mit Vermessung, Messendlungen und Messendlungen versehen, dem Grundherrn viele Zeit- und Kosten-verursachend, viele Mißbräuche hervorgehoben, bis sich endlich der Wb. Bezirksamt in d. J. überzeugten, daß der traurige Abschrift nicht schädlich für die Unterthanen, sondern für die Herrschaft ihre Pflicht, die Unterthanen zu beschützen ~~nicht~~ nicht würden können, wenn die andern Grundherrn für ~~Abänderung~~ solche Änderungen nicht nachgeben wollten und die Unterthanen Grundbuchs den Wb. Bezirksamt nicht vorgelegt

die höchste Unzuverlässigkeit der im J. 1785 und im J. 1820 zum Behufe der Steuerregulirung vorgenommenen Arbeiten und die seither im Ertrage ~~der Grundstücke~~ und im Umfange der Grundstücke vorgekommenen in die ~~Grundsteuer~~ Grundsteuer-operate nicht eingetragenen Aenderungen haben nun zur Folge, daß die Angaben des provisorischen Katasters ~~nunmehr~~ mit dem gegenwärtigen Bestande gar nicht übereinstimmen, daß diese Angaben als durchaus falsch betrachtet werden müssen. —

Zum Beweise dieser Behauptung habe ich in dem Anhange A einige Beyspiele angeführt, in welchen die Angaben des provisorischen Katasters mit dem wirklichen gegenwärtigen Bestande zusammengestellt erscheinen. — Ich bin auch fest überzeugt, daß es in Galizien keinen einzigen Grundstück gibt, dessen Ertrag oder Umfang den Resultaten des provisorischen Katasters gleichkäme. —

Es werden auch gegenwärtig die Angaben des erwähnten Katasters bei Verträgen über den Kauf und Verkauf der Güter, bei den Pachtverträgen, — gar nicht berücksichtiget; der Käufer, der Pächter muß sich an Ort und Stelle von dem Umfange der Grundstücke überzeugen. — Die Grundherren, welche wissen wollen was sie eigentlich besitzen, können dieses aus ~~dem~~ dem Kataster nicht erfahren; sie müssen ~~die Gründe da~~ ihre Gründe durch sachkundige Geometer vermessen lassen. —

Ist es nun möglich die Resultate ~~dieses~~ provisorischen Katasters als Grundlage der Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten anzunehmen? — Kann man

nun nach demselben Maßstabe, ~~welches durch die allerhö schon im J. 1817, 1819, 1790, 1817, 18~~ — welcher laut Anerkennung Allerhöchst Sr. Majestät ~~[illegible]~~ (von) J. 1790, 1817 u. 1819 ~~die größten Miß~~ schon damals die größten Mißverhältnisse in der Umlegung der Grundsteuer begründete — weit größere Lasten nämlich die unterthänigen Schuldigkeiten im J. ~~1846~~ 1847 vertheilen? — — Ist es nicht einleuchtend daß die Mißverhältnisse in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten überaus groß ~~ausfallen werden? — (14)~~ ~~ausfallen~~ sein werden? — (14) — Kann man sich der Hoffnung hingeben, daß ~~sich~~ die ~~Unterthanen~~ grundunterthänigen Besitzer in Anbetracht dieser Mißverhältnisse sich nicht beeinträchtigt meinen; — daß die mehr belasteten sich nicht verletzt fühlen; — ~~daß der Neid die Roheit~~ daß sie sich ruhig verhalten ~~daß der Neid, die Roheit~~ werden? — daß der Neid die Roheit dieser Unterthanen nicht zu Ruhestörungen und Gewaltthätigkeiten ~~verleiten~~ aufreizen wird?! —

---

(14) In dem Anhange A habe ich einige Beispiele dieser Mißverhältnisse angeführt. — daß diese Mißverhältnisse in der Ausführung gar nicht ~~verkleinert so~~ gehoben werden, werde ich in den Betrachtungen (über die) ~~[illegible]~~ Instruktionen zur Ausführung der Regulirung auseinandersetzen (Siehe Seite). — ~~diese Instruktionen habe ich vor einigen Tagen erst sind mir vor einigen Tagen mitgetheilt worden, ich habe denselben~~

II

Von den Verfügungen des Kreisschreibens ~~vom 25ten~~ des ~~November 1846 Gub. Z.~~ galizischen k.k. Landes-gubernimms vom 25ten November ~~Gub. Z.~~ 1846 Gub. Z. 71881 —

~~Die an sich schon äußerst großen Mißverhältnisse in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten, welche aus der zur~~

Ich habe bereits dargestellt wie groß die bedeutenden Mißverhältnisse ~~der~~ in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten, ~~sein werden, wenn dieselben~~ nach dem im provisorischen Kataster ermittelten Ertrage der unterthänigen Grundbesitzungen bemessen sein sollen

Ich habe bereits von den bedeutenden Mißverhältnissen in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten nach dem ~~Maßt~~ Maßstabe des im provisorischen Kataster ermittelten Ertrages der unterthänigen ~~Sch~~ Grundbesitzungen — gesprochen. —

Diese an sich schon äußerst großen ~~Mißt~~ Mißverhältnisse sollen nun in ~~Folge~~ Grunde der Verfügungen des Kreisschreibens vom 25ten Nov. und insbesondere in Folge der ~~durch die~~ in der Anlage dieses Kreisschreibens enthaltenen Klassenbestimmung, nach welcher die Robothschuldigkeit den ~~Ko~~ unterthänigen ~~X~~ Grundbesitzer vorzuschreiben ~~sein wird~~ ist, im höchsten Grade gesteigert ~~werden~~ werden. —

Die [illegible] höchste Zugehörigkeitsbezirke der im J. 1785 und im J. 1820 [illegible] zum Behufe der Bauern-
gütlichen Herzustellenden Arbeiten und die Größe im Entwurfe und im Katastralertrage der Grundstücke
Herzustellenden in die Grundsteuer-Regulirung nicht einzubeziehenden Grundstücke sowie auch
zur Folge, daß die Einziehung des provisorischen Katasters mit dem einzuführenden Definitiv zugleich nicht
übernommen, daß diese Einziehung also durch [illegible] erfolgt werden müsse. — S 153

[illegible] Einleitung, die Grundsteuer-provisorische vorzugehende Fassung
der [illegible] zum Behufe dieser Fassung
ist der einzuführende provisorische Kataster mit dem wirklichen gegen-
wärtigen Besitzstande zusammengestellt
[illegible] worden. — Es hat sich
jetzt übergeben, daß es Manche einzi-
gen Grundstück in Galizien gibt,
dessen Entweg oder Ertrag
[illegible] Ertrag
[illegible] Ertrag
[illegible]

~~[illegible]~~ der Besteuerung [illegible] ist die einzelne [illegible]
gröbere Summe. Für einzelne [illegible] sind
die Klassifizierung so gemacht, daß für den Abschätzer zu bestimmten
Einheitsbeträgen [illegible] die verschiedenen Übergänge. (2). –

~~Der~~ Abzug der gesamten Abschätzung der Klassifizierung von
dem Ertrage der gesamten einheitlichen Grundbesitzung
und die Galizische wird sich mit in manchen Fällen zum Nachteile
der [illegible] in zweitens Falle zum Nachteile der
Steuerpflichtigen auswirken. – Der Unterschied, welcher
[illegible] muß ein [illegible] Mißstand,
weil in der Abschätzung der einheitlichen Besitzung
keinen [illegible], welches besonders [illegible] würde, wenn der
katasteramtmäßige Abzug der Klassifizierung von dem Ertrage einer jeden einheitlichen Grundbesitzung in Abschlag gebracht werden sollte.
Die Einrechnung des [illegible] in individuelle Berechnung
mehr Arbeit und Zeitaufwand benötigen würde – ist nicht
grundsätzlich, denn wo es sich um Einschätzung [illegible] die
ganze Zukunft der Landwirtschaftlichen Wertschätzung soll, so muß die größtmögliche Tätigkeit aller mit der Einschätzung solcher Wertschätzungen beauftragten Individuen in Anspruch genommen werden. – Übrigens würde der individuelle Abzug der Abschätzung der Klassifizierung die Behörde in individuellen Verhältnisse hineinzunehmen Anlaß [illegible] nicht sind [illegible], denn der katasteramtmäßige Abzug dieser Klassifizierung ist bekannt ermittelt und bekannt
worden. Bei solcher individueller Berechnung würde
man aber nicht in die Genauigkeit der bisher gültigen
Steuer Klassifizierung, (welche [illegible] bleiben soll),
einzugreifen haben, [illegible]

Steuer Abzugsrente bisher, wurde begünstigt und die mit Abzugsrente belastete Rentenstelle wurde dieselbe in der Zukunft zu Gunsten der minder belasteten abschätzen [illegible].

[illegible] Bergwerke, 6 Herr und
nun Jude von 19 Kr. M. M.

(2) – In der [illegible] Herrschaft [illegible] Kanaszow [illegible] ist ein jeder Bergbauer von [illegible] jährlich [illegible] abzuschätzen. In der benachbarten Herrschaft Kanaszow [illegible] ist ein Bergbauer der [illegible] jährlich [illegible] zu [illegible] bisher ein Bergbauer jährlich
Dworek (niedrigster Wertung)

indem der, ~~Werth dieser Werth dieser Kleingaben von dem Ertrage der individuellen~~ von dem Ertrage der individueller Grundbesitzung abzuschlagende, Werth dieser Kleingaben, diesen Ertrag und in Folge dessen die, nach dem Maßstabe des Ertrages, neu vorzuschreibende Roboth verhältnißmäßig vermindern ~~wird~~ würde.

~~Vorschreibung der zu leistenden Kleingaben die Unterthanen nicht bevortheilt werden kann, weil der Werth dieser Kleingaben verhältnißmäßig die neu vorzuschreibende Roboth quantum vermindert.~~

Es muß auch bemerkt werden, daß die ungerechte Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten in der Zukunft zahllose Klagen und Streitigkeiten nach sich ziehen muß, deren Untersuchung und Schlichtung weit mehr Zeit- und Arbeitsaufwand benöthigen wird, als dieses jetzt zur individuellen Berechnung der unterthänigen Schuldigkeiten nothwendig erscheint.

2tens In der Klasseneintheilung ist das Maximum und Minimum des Steuerbetrages für jede Klasse ganz willkührlich angesetzt worden. Der Unterschied zwischen dem Maximum und dem Minimum ist zu groß und muß zur Folge haben daß der Unterschied von 1/15 eines Steuerkreuzers die vorzuschreibende Roboth ~~quantum~~ um 26 bis 52 Tage erhöhen oder vermindern wird. Daß dieses Mißverhältniß welches durch genaue individuelle Berechnung behoben werden könnte, ebenfalls zu zahllosen Klagen und Streitigkeiten Anlaß geben wird — ist ~~unstreitbar~~ unbestreitbar. —

Es kann auch nicht eingewendet werden, daß man die Zahl der Robothtage ~~das Robothquantum~~ auf solche Art feststellen mußte, damit dieselbe gemäß des bestandenen Gebrauches, wochenweise eingetheilt werden könnte — weil schon in der kundgemachten Klasseneintheilung einige nach Wochen nicht theilbare Zahlen der zu leistenden Roboth vorkommen; — weil ferner nach der bisher

bestandenen Übung die Roboth in einigen Monathen größer in anderen kleiner bemessen ist. —

3tens In der kundgemachten Klassen-eintheilung ist auch ganz willkührlich festgesetzt worden, daß den Unterthanen welche nicht mehr wie 3 fr 8 1/15 xlm Steuer zahlen nun-mehr keine Zug- sondern lediglich eine Hand-Roboth vorzuschreiben seyn wird.

Diese Vorschrift kann sich nur auf der Behauptung gründen, daß der Steuerbetrag von 3 fr 8 1/15 xlm einen solchen Grund-besitz voraussetzt, bei welchem der Unterthan das Zugvieh zu erhalten nicht im Stande wäre.

Diese ~~ganz theoretische~~ Behauptung ist in ihrer Anwen-dung in Galizien grundfalsch, denn es gibt zahllose un-terthänige Grundbesitzungen in Galizien welche bis 20 Joch Flächeninhalt haben, deren Grundbesitzer nicht nur das Zugvieh erhalten können, sondern dasselbe zur Be-bauung ihrer Grundstücke halten müssen und den-noch nicht über 3 fr 8 x Steuer zahlen. —(2)—

Übrigens ist diese in der Klassenbestimmung enthalte-ne Vorschrift in der a. h. Entschl. vom 12ten Novbr 845 gar nicht gegründet indem diese a. h. Entschl. über die Qua-litat der Roboth keine Verfügung enthält hiemit die Qualität der Roboth unberührt beläßt. —

4tens Ebenso wird die Qualität der Roboth auf eine, dem Sinne der a. h. Entschließung nicht entsprechende Weise, in der Klassenbestimmung auch dadurch geändert, daß, in Folge dieser Klassenbestimmung, in die für Zugroboth festge-setzten Klassen lediglich nur diejenigen Grundbesitzer eingereicht werden sollen, welche bisher Zugroboth geleistet haben.

---

(2) Siehe den Anhang A insbesondere die Beispiele No

To nie na dobre poddaczyna brak aggla

§ 28 der Instr. für Kreisämter nach der bisher bestandenen Übung

§ 35 lit ~~aa~~ b – aa
lit c – aa

Es gibt Unterthanen, die in verschiedenen Jahren bald Hand- bald Zug-roboth ~~geleistet haben~~ leisteten; es gibt auch solche welche sich auf jede mögliche Weise der Zugroboth entzogen haben, obwohl dieselben zu einer Zugroboth verpflichtet waren.

Würde man nun den erwähnten in der Klassenbestimmung enthaltenen Grundsatz wörtlich dahin auslegen (3), daß die Unterthanen welche in den letzten Jahren keine Zugroboth geleistet auch für die Zukunft keine Zugroboth leisten sollen so wäre diese Auslegung höchst ungerecht und es könnte dieselbe als eine Belohnung angesehen werden für die Unterthanen welche sich der Zugroboth am besten zu entziehen wußten.

Die Holzungs- und Weiderechte u. a. den Unterthanen zukommenden, durch die Entscheidungen der kk politischen Behörden immer erweiterten, Servituts-rechte sind sehr bedeutend und in manchen Herrschaften so groß, daß dieselben dem Werthe der bisher geleisteten unterthänigen Schuldigkeiten beynahe gleichkommen.

Da nun diese Servituten nach den allerhöchsten Gesetzen (8) zu der Dotazion der Unterthanen so wie ihre Grundstücke gehören und den Unterthanen lediglich nur aus dem Grunde zuerkannt werden konnten, um diese

Hier muß ich auch bemerken daß im Grunde der a. h. Entschl. und des Kreisschr. vom 25ten Nov. bey der bevorstehenden Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten ~~die Außerachtlassung~~ die den Unterthanen zukommenden, gemäß der allerhöchsten Gesetze zur Dotazion der Unterthanen gehörigen (4), Holzungs- Weide- und anderen Servituts-rechte – nicht berücksichtiget werden sollen. –
Da nun diese Servituten in manchen Herrschaften gar nicht vorkommen in anderen aber, ~~so bedeutend sind, daß ihr Werth dem Werthe der bisherigen Schuldigkeit unterthänigen Schuldigkeit gleichkommt~~

~~in Folge~~ gemäß der Klassenbestimmung

(3) Eine solche Auslegung enthält auch wirklich der § 28 der Instrukzion für Kreisämter zur Ausführung der Urbarialregulirung. – Im Grunde dieser Auslegung wird ~~z. B. ein zu 156 Vierspännigen Zugtagen~~ die Schuldigkeit eines (z. B.) ~~auf~~ zu 156 Vierspännigen Zugtagen verpflichteten Unterthans auf 156 Fußtage vermindert werden, wenn dieser Unterthan sich in den letzten Jahren der Zugroboth zu entziehen wußte. –

(4) Siehe z. B. das Erschb. vom 29 Okt. 1789 –

~~im Stande~~ allmählig, dessen die Entschädigungen der kk. gebirgischen Behörden (5), so moderirt worden sind, daß sie Werth dem Werthe der bisherigen Entrichtungen Schuldigkeiten gleich ~~kommt~~ (6); —

so wird die Ausübungsart dieser Servituten ~~nur~~ nebstdeme sehr bedürftiger Wiesenwachsthum zwischen der Katzion und der Entrichtung Schuldigkeit zur Folge haben.

Zweifelhafte Fälle werden vorkommen, wo ~~die Beschaffenheit des Servituts~~ der Werth der neu hinzuschreibenden Entrichtungen Schuldigkeiten ~~dem Werthe~~ bei weitem übersteigen wird, oder der Werth der ~~durch die Entschädigungen der kk. gebirgischen Behörden~~ Entrichtungen ~~Servituts~~ Servituts wechselt.

Dieß erfordert Vorsicht in der Abschätzung, damit weder der Eigenthümer noch der Berechtigte verletzt werde.

Zu Folge der vorigen Anordnung des gemeinschaftlichen Entwurfs, welches die Grundlage zur Abfassung der Entrichtungen Schuldigkeiten seyn soll, — in Folge des abgängigen Werthes der Einnahme, — in Folge der Bestimmungen in Betreff der Qualität des Bodens, — in Folge der Ausübungsart der Entrichtungen Servituts-rechte — und müssen bei der bevorstehenden Abfassung der Entrichtungs Schuldigkeiten die gerechten Mißverhältnisse in der Berechnung

Die Entrichtungen für die an die Grundherrschaften zu leistenden Schuldigkeiten können füglich nur dann zu bestimmen, so wenn es gemessen und billig damit diese Servituts rechte bei der bevorstehenden Abschätzung in Absicht genommen werden.

Die Ausübungsart dieser Servitutsrechte hätte nie sehr bedürftiges Wiesenwachsthum der andern Gattungen Katzion zu der hinzuschreibenden Schuldigkeit zur Folge. Zufällige Fälle werden vorkommen, wo der Eigenthümer und hinzuschreibenden Entrichtungen Schuldigkeiten gleich kommen, wo der Eigenthümer bei weitem größere Vortheile haben wird, als die Entrichtungen Servituten —(9)—

In dem Verfolge B sehen ist einige und der mir gegebenen Hinweisung Bonczow Stanislauer Kreises nahmhafte Verschiedenheiten der Wiesenfälle nicht so erheblich in Folge der bevorstehenden Abschätzungsnormen gefunden worden, daß sie

Entrichtungen müssen, einzuführen.

Diese Verschiedenheiten bewegen hiesige nur die größten Aufmerksamkeit der Zusammenschätzung.

Und Mangel an Aufmerksamkeit dabei kann es in der Folge diesen Entrichtungen Verschiedenheiten

(5) Dieß ist die wahrscheinliche Folge der Absicht zum Schutze der Entrichtungen ~~dieß Schutzgesetz wird~~ (dieß Schutzgesetz wird im zweiten Abschnitte die rede seine), welche den kk. gebirgischen Behörden obliegt. — So ist z. B. ~~bei Betreff~~ in Betreff des Holzungsrechts hierbei Einiges in Berücksichtigung zu ziehen, nähmlich nicht der Brennholzes, sondern auch der Verschätzung des Bauholzes, besonders Eichen- und mittels Holzes zum Verkaufe durch die Entrichtungen der gebirgischen kk. Behörden zugestanden werden; — wobei die ~~Bestimmungen des Grundentwurfs~~ für die Grundherrschaften günstigeren Bestimmungen der allerhöchsten Entschließung vom 8ten Oktober 1790 in Erwägung gezogen sind. — Siehe gebirgischen Gesetze für Galizien von Moritz Dobrzanski Wien 1842 II. ..... // So wie ist erwähnt, daß ~~nicht~~ für der Entschädigungsberechtigung gründen nicht nach der ~~neuen Norm~~ Verordnung der a. h. Entschließung vom 8ten Oktober 1790 bemessen, sondern die // vorkommenden Streitfälle nach den Vorschriften vom 12ten Januar 1787 und vom 29 Okt. 1789 beurtheilt //

(6) Es gibt Herrschaften wo die Gerechtsame, welche 26 oder 52 Klafftern jährlich bringen und 52 Klafftern Brennholz nebst dem zu einem Landwirthschaftlichen Gebäude nöthigen Bauholz nicht erschöpfen können.

6

dieser Schuldigkeiten ~~nachgesehen~~ herrühren — trifft nun ~~solche und~~ billige und gerechte die ~~Ordnung~~ dieser Anordnung keine Hinderniß, sondern der neue Zufall wird ~~nothwendig oder den Ruin~~ über die Brauchbarkeit und Tauglichkeit der zu leistenden Schuldigkeiten entscheiden. —

Trifft die Abzahlung zufälliger Preise solche Unterthanen, denen ~~Schuldigkeit auf~~ Theile Grundbesitzung, die gegenwärtig im J. 1785 ~~zu klein~~ Grundbesitzung ~~nicht~~ verstückt worden, ~~zu klein~~ denen ~~oder wofür~~ verstückt worden, ~~oder falsch Unterthanen~~ denen ~~Grundgerechtigkeiten~~ ein Vorspann ~~gar~~ nicht zugetheilet sind, — oder solche, ~~die~~ ihr ~~Vorspann~~ Grundgerechtigkeiten weiter auf Grund Lasten zu Vorspann ~~verlieren~~ verlohren; — so wird ihre Schuldigkeit ~~verhältnißmäßig vermindert. verhältnißmäßig zum Abschlusse zu bemessen vermindert.~~ ~~Grund getragen der Grundbesitzung verhältnißmäßig~~ bemessen vermindert werden. —

Trifft aber die Abzahlung solche Unterthanen, denen Grundbesitzung zugetheilet worden oder ihre Grundbesitzung zugetheilet worden ist, so wird ihre Schuldigkeit ~~gar~~ nicht vermindert werden. —

Trifft die Abzahlung zufälliger Preise solche Unterthanen, denen bisherige Schuldigkeiten nicht in Geldzahlung oder in Robott ~~bestanden~~, — so wird ihre Schuldigkeit nicht vermindert werden. —

Trifft die Abzahlung zufälliger Preise solche Unterthanen, denen ~~solche zu~~ zu Theil Grundbesitzung ~~nicht~~ nicht beygelegt ist oder die ~~zu wenig~~ die betreffende Classe ~~noch~~ festgesetzte Frohn-betragen, — so werden dieselben zu 26 bis 52 Frohn robotten, oder die andern Unterthanen, ~~oder zu~~ die zu Theil Frohnen weniger gehalten. —

Trifft die Abzahlung zufälliger Preise solche Unterthanen, ~~und~~ denen ~~Unterthanen nicht in Holzzuwachs-~~ ~~nutzbaren Wälder- und andern Servituts~~ wenigere zu den ihnen individuell zugetheilten Grundstücken, oder zum Holzzuwachs-Wälder- und andern Servituts-nutzen bestehet; — so wird ihre Schuldigkeit ~~wenigere~~ sehr beträchtlich, im nutzgenießungsfreyen Boden aber ~~wenig vermindert~~ werden. —

Trifft die Abzahlung zufälliger Preise solche Unterthanen, die sich in den letzten Jahren der Frey-robott zu nutzen machten, so werden dieselben ~~keine Frey-robott~~ in die Zukunft keine Frey-robott leisten. —

Trifft die Regulirung zufälliger Weise solche Gemeinden, ~~deren Grundstücke in~~ bei denen die ~~Grund~~ unterthänigen Gründe ~~Grundstücke~~ oder ein Theil derselben in den Grundmatrikeln nicht individuell auf einzelne Grundwirthe, sondern auf die ganze Gemeinde, geschrieben sind; — (: was in Galizien oft der Fall ist :) so wird ~~die Schuldigkeit derselben äußerst bedeutend vermindert werden (6). — die Schuldigkeit derjenigen Unterthanen, welche in diesen sogenannten Gemeindegründen~~ die Schuldigkeit derselben äußerst bedeutend vermindert werden (6). —

~~Es ist nun einleuchtend~~

Es ist nun einleuchtend, daß bei der ~~nach der Verfügungen~~ in Gemäßheit des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846 (: vorzunehmenden Regulirung, die neu ~~neu zu bemessende Schuldigkeit~~ vorzuschreibenden unterthänigen Schuldigkeiten nicht auf Grundlage eines billigen, gerechten in seiner Anwendung festen Systems, — nicht ~~auf Grundlage~~ im Verhältniße zur

Es ist nun einleuchtend, daß bei der, in Gemäßheit des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846, vorzunehmenden Regulirung, die neu vorzuschreibenden unterthänigen Schuldigkeiten nicht nach einem billigen, gerechten in seiner Anwendung festen System, — nicht nach dem Werthe der unterthänigen Dotazion, — nicht nach dem Ertrage der Grundbesitzungen, wie es in der Absicht Allerhöchst Sr. Majestät ~~gewesen ist~~ lag; — sondern lediglich auf Grundlage des reinsten Zufalls bemessen werden soll. —

Quantität und Qualität der

~~Kann dieses Regulirung genannt werden?! —~~

Man wird sich auch nicht wundern können, wenn es in Folge dieser ~~Regulirung sage~~ Regulirung Unterthanen geben

---

(6) Dieses neue Mißverhältniß ~~wird schon die Folge der~~ muß den, in den Instruktionen zur Ausführung des neuen Gesetzes, enthaltenen Bestimmungen zugeschrieben werden. Diese Instruktionen sind mir vor einigen Tagen zugekommen, ~~und~~ ich werde denselben ein ~~Hauptstück~~ besonderes Hauptstück meiner Betrachtungen widmen. —

wird, ~~die Verhältnißmäßig zur~~ (die im Verhältniße zu ihrer) Dotazion zehn = zwanzig = vielleicht fünfzig = fach größere Schuldigkeiten leisten werden als andere Unterthanen; ~~daß es einer unterthänigen Grundbesitzer geben, deren die Schuldigkeiten bei einer gleichen daß bei einer ganz gleichen Dotazion einige Unterthanen bei ihrer bisherigen Schuldigkeiten verbleiben, der andere daß~~ wenn bei einem ganz gleichen Grundbesitz in einer und derselben Herrschaft ~~die~~ einem Theile der Unterthanen die bisher geleistete dem anderen Theile aber eine auf 1/4 1/8 1/10 vielleicht 1/20 reduzirte Robothschuldigkeit ~~wird reduzirt werden~~ vorgeschrieben ~~werden~~; ~~wird.~~

Wenn einem Ganzbauer die Schuldigkeit eines Gärtlers und einem Halbbauer eine größere Schuldigkeit als die eines Ganzbauers bemessen wird (7). —

Kann man dieses Regulirung nennen? ! (8) Nein, ~~nach~~ wahrhaftig nicht! — die bisher geleistete Schuldigkeit ist verhältnißmäßiger, sie ist viel besser vertheilt und weit besser geregelt. ~~denn man~~

Ist es nun, möglich sich der Hoffnung hinzugeben, daß die mehr belasteten unterthänigen Grundbesitzer sich nicht beeinträchtigt meinen, sich nicht verletzt fühlen, sich ruhig verhalten; ~~werden?~~ daß die unter dem Landvolke bestehende Aufregung in Folge der Regulirung ~~nicht~~ zu einem noch größeren Grade nicht gesteigert werden; daß der Neid die Roheit die mehr belasteten Unterthanen nicht zu Widerspenstigkeiten

in Anbetracht der ungeheueren Mißverhältniße welche in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten entstehen müßen —

~~daß die höchst mißtrauisch gewordenen Bauern~~ den, mit der ~~Regulirung~~ Ausführung des Regulirungsgesetzes beauftragten Beamten ~~ihr Vertrauen~~ ~~den Anordnungen dieser Beamten~~ Folgsamkeit ~~[illegible]~~ schenken werden; —

(7) Siehe Anhang A insbesondere ~~das~~ die Beispiele No — ~~diese Beispiele habe ich nur den aus meinem den mir und meinen Familie~~

(8) Man hat ~~zur Beruhigung~~ uns gesagt, daß eine ähnliche Regulirung in Mähren im J 1775 (?) Statt gefunden hat. —

~~bieda ie się nas nie pytają~~

~~A~~

~~Ta Kolka~~ na 4 wiersze miejsce

[illegible] Gesetzgebung [illegible] Gesetzgebung wird?! — [illegible] Folge der [illegible] die [illegible] die zur Landeskultur nöthigen Zwecke, in Folge der steigenden Bedürfnisse, diesen Zwecke nicht entsprechen; [illegible] endlich die Rechte und Pflichten des Landes [illegible] die Landesgesetzgebung nicht entsprechend werden wird?! —

Muß daher der innigste Wunsch der ganzen Provinz, Herzogthum und insbesondere der ganzen Landwirthschaft sein, damit die allerhöchste Absicht Sr. Majestät des Königs vom 12ten Nov. 1846 über die [illegible] und Folge der Ablösung [illegible] die allerhöchste Absicht [illegible] zur Beseitigung der Mißverhältnisse [illegible] auf die Ablösung der entbehrlichen Grundstücke der [illegible] Gemeinheiten [illegible] Gemeinheits-Theilungs-Ordnung [illegible] Gemeinheits-Theilungs-Ordnung [illegible] Gemeinheits-Theilungs-Ordnung

Von dem Anschlage der Grundsteuer-
ren und Listen der betreffenden
~~Lokalbesichtigung~~ der ~~entrichtenden~~
~~zeigen~~ Schuldigkeiten — und der
den Grundbesitzern zu ertheilenden Anzeigungen —
~~d) die Grundsätze des Anschlages~~
a
die Grundsätze des Anschlages
im Allgemeinen muß ich bemerken, daß alle
Bestimmungen der a. g. Entschl. vom 12ten Novem.
845 und der in der Anlage kundgemachten
Klassenbestimmung zum Anschlage der Grund-
stücken unterstellen ist.

Die Grundsteuer-Provisionen zur Ausführung der untenstehenden
Schätzungsnormen wird die Hülfte des Betrages der an-
kommenden Provisionen, sowie er durch die wirklich
gemachten Verkäufe ermittelt ist, ~~nach Abzug der Kos-~~
~~ten~~, ausgemittelt. Zu der Iten Abschätzung
~~Zu der IIten Abschätzung~~ dieser Gemeinde-Beamte
~~in einigen Ortschaften~~ ist ~~ausgestellt worden~~, daß die
Ertrag der Grundstücke in gewissen Zeitpunkten nach der
~~Grundsteuergesetzen~~ in den Jahren 1786
1787 und 1788 vorgenommene Schätzung ~~der Grund-~~
~~stücke~~ angesetzt ist,
~~Hülfte~~ dieser Ertrag dieser
~~Hülfte beim Schätzungen~~ im Allgemei-
nen ~~den Hülfte des~~ wirklichen jetzigen Betrages
der Grundstücke zu ~~Grunde~~ Boden und
~~Gebäude~~ ist. Hiernach dieser in
einer Anzeigung zieht ~~der Eigenthümer~~ die Gebäude
~~Lasten des Kirchspiels~~ ~~Gebäude~~ ~~Grundbesitz~~ in dem gewissen Zeit-
punkte nur Hälfte des entrichtenden Grundbesitzes
im gewissen Zeitpunkte ~~ist~~ (1) und
dieser bei der gegenwärtigen Anzeigung nicht ~~Lokal~~
~~gegen~~ berücksichtigt werden soll; so wird man nicht
zweifeln können, daß die in gewissen Zeitpunkten ermittelte

Vorschriften, welche zur
Grundlage der gegenwärtigen
~~Lasten~~ Anzeigung dienen,
zum Vergleich der Grundsteuer
veröffentlicht sind; — die Grundsteuer
~~die Anzeigungen der a. g. Entschl.~~
~~vom 12ten Nov. 1840~~ die Zuschläge,
~~und~~ Grundsteuer ~~die~~ Publicanda,
welche die ~~nächstfolgenden~~ a. g. Entschl. vom 12ten Novem.
~~über die Gr.~~ bringen wird und
den Verlust der Grundsteuer
gegenwärtig betreffen ~~und~~; —
~~die Bestimmungen der a. g. Entschl.~~
~~für die Grundsteuer~~ des
endlich die Anzeigungen der
a. g. Entschl. für die Grundsteuer
um so schädlicher werden, je
mehr sie denselben der Ent-
richtung widersetzen. —

(1) Diese Note Anmerkung n.o 6

Ertragsanteile der gesamten nutznießenden Grundbesitzungen ~~ist~~ — welche im Grundbuch des ~~Gutsbez.~~ Amts 12ten Bez. als Maßstab der von der Grundsteuer zu entrichtenden Leistungen zugrunde gelegt wurde — ~~mit~~ ~~20/00~~ des ~~ganzen~~ wirklichen ausgenutzten Ertragsanteils ausmacht (22).

Die mit der Abschätzung der v. J. durchgeführten Bonitierung vom 12ten Bez. beauftragten Lokalbehörden ~~haben jedoch~~ ~~bei~~ ~~der~~ ~~Schätzung~~ ~~eine~~ ~~Minderung~~ des reinen Ertrages ~~um~~ ~~3 bis 20/00~~ des Bruttoertrages von den Grundstücken ~~der~~ ~~Gemarkung~~ ~~in~~ ~~Anbetracht~~ ~~der~~ ~~ungünstigen~~ ~~Lage~~ ~~zum~~ ~~Absatz~~ ~~der~~ ~~Produkte~~ der Verlust der Grundsteuer wird sich ~~dadurch~~ allerdings, wenn neue Schätzung ~~eine~~ ~~Ermäßigung~~ ~~der~~ ~~Steuer~~ ~~zur~~ ~~Folge~~ ~~hat~~ 20/00 des Bruttoertrags der untersteuerigen Grundbesitzungen ~~übersteigt~~ — welche demnächst durch ~~Ermäßigung~~ der Grundsteuer entlastet werden — übersteigende Verlust auf jede einzelne Stufe zu verteilen sein.

Zu diesem Zweck sind die Grundstücke in der allerjüngsten Schätzung nicht vorkommenden, sowie die ~~Grundstücke~~ ~~in~~ ~~der~~ ~~Schätzung~~ ~~nicht~~ ~~vorkommenden~~ Grundstücke nach ihrem Reinertrage in die Steuerstufen einzureihen, welche sich nach Abzug der Kulturkosten ergeben. Zu diesen Kulturkosten sind (2) zu rechnen: 50/100 des Lohnes und 20/100 des Materials der Arbeiten, welche alle Maßstab der von der Grundsteuer zu entrichtenden Leistungen ergeben soll — die Kulturkosten — namentlich 50/00 bei Obstbäumen und 20/00 bei Weinbergen — abzuziehen. — Da die Preise nur bei vollen ausgewachsenen Bäumen und Weinbergen, sowie diese Kulturkosten vollständig bilden, so müssen diese Kulturkosten vorläufig 35/00 des ganzen Ertrages betragen, was dem Grundsteuersatze von 20/00 Bruttoertrag — welcher in Folge der Abschätzung der v. J. durchgeführten Ermäßigung der Grundsteuer auf 13/00 reduziert worden sollte — auf 13/00 reduziert worden.

2tens Die Bestimmung, in welcher die neu vorzuschreibende Abgabe festgestellt wird, ist vorzüglich für den Verlust der Grundsteuer — Bis die zum Schluß dieser Bestimmung vorgesehene Revision für jede Klasse durchgeführt worden ist. — Aus den Vorschriften die ist für die zu verteilenden Abgaben und den verein besonders gehörigen Gütern vorgesehen, geht hervor, daß der katastermäßige Wert der Grundstücke, welche die Untersteuerung, in Folge des Beitrittsgesetzes vom 25ten Februar 1861 erhalten werden, — nicht immer der wirkliche

(2) Wenn somit ~~in~~ ~~den~~ ~~Fällen~~ der v. J. durchgeführt, daß

(2) dieser gesetzte Norm wegen in den Bestimmungen der v. J. durchgeführt, wo ~~nachgewiesenermaßen~~ Abzug der v. J. ermittelt ist; so wird es in gewissenhaften Verhältnissen

" zu entrichtenden Leistungen zu ergeben!!

Preußen ~~Polizei~~ in gewöhnlichen Zeitpunkten
vorübergehend ~~Polizeigewalt~~ Gemeinde
Grundbesitz, welche das Minimum der
für die betreffende Klasse ~~bestehende~~ festgesetzten
Klassensteuer beträgt, - abgesehen.

3tens die Verpflichtung welche die Gemeinde-
pflichtigen in Betreff der Qualität der zu
~~leistenden Roboth~~ leistenden Roboth betrifft, so
wozu sie verbunden sind, die ~~bisher~~ zur
Zug- Roboth ~~geleistet~~, in die Zugroboth
Hand- Hand-Roboth leisten (diese Roboth dauert
3tens und 4tens). — Der Besitz ~~Grundstücke~~
~~mit Pferden~~ und wozu verbundene Handroboth
neue Verpflichtungen Zug
setzt als die bisher ~~gewesen~~ gesetzliche Zug-Roboth,
wird der Verlust der Grundstücke durch
diese Verwendung der Zug- in Hand-Roboth beide-
Hand ~~Pferde~~ verringert. — Wenn nun Zug
in Anwendung kommt, dass ~~viele Pferde~~, in
Folge der verminderten Verpflichtungen ~~viele~~
der Grund-
~~Pferde der Zugroboth~~ (Tabelle II), worauf Grund-
steuern über die gesetzliche Zugroboth auch nunmehr
entrichtet werden; - ~~Diese Pferde dürfen nicht zu Hand~~
~~Roboth verwendet werden~~
diesen Verlust durch Auferlegung eines neuen Zugsatzes
allgemein zu ersetzen. —

Zu ~~den~~ Tabelle Auferlegung A (entfällt) im Kreise (n=) in welchen
ist hervorgestellt sind a den Verlust welcher die Grundsteu-
pflicht in Folge der v. J. stattfindenden 12ten Berg. ~~Grundsteuer~~ Pferde
b den Verlust welchen ~~neben~~ die Grundsteuerpflicht in den
im §1 des Gesetzes. entfallenen Grundbesitz zu bringen
pflicht c den Verlust welchen dieselben gemäß der in der
Pferdebestimmung entfallenen Verpflichtung ~~verliehen~~
verliehen wird. — ~~In diesen Kreise~~ Dieser Kreise ~~ist~~
einen unverhältnismäßigen ~~Zuschuß~~ in Folge hervorgestellten
Zuschuß für die Besteuerung; ~~dass die Pferde~~.

Fin dem kundgemachten Kreisschreiben vom 25ten Nov.

daß die Zusätze ~~und~~ Aenderungen und Auslegungen, welche der allerhöchsten Entschließung vom 12ten Nov. beigelegt worden sind, den ~~Schaden der Grund~~ Verlust der Grundherren ungemein ~~vergrößern~~ vergrößern. —
~~die den Unterthanen mittelst des Kreisschreibens vom~~
Mit diesem wollen sich jedoch die ~~[illegible]~~ zum Schutze der Unterthanen verpflichteten PP. Landesbehörden — denen die Ausführung des obigen Kreisschreibens obliegt — nicht begnügen. —
In dem 3ten Hauptstücke dieses Abschnittes werde ich darstellen auf welche Weise die PP. Landesstelle in den unterm 18ten Dez. 1846 kundgemachten Instruktionen, den Vortheil der Unterthanen und den Schaden der Grundherren ~~größer zu machen sucht~~ durch Verfügungen, welche dem klaren Wortlaute ~~der a. h. Entschl. vom 12ten~~ und dem Sinne der a. h. Entschl. vom 12ten Nov. offenbar zuwiderlaufen — zu vergrößern trachtet.
Man wird es daher sehr natürlich finden müssen, wenn die Grundherren Befürchtungen hegen, daß ~~die endliche Ausführung der kundgemachten Anordnungen~~ ihr ~~Schaden durch die~~ Verlust bei der endlichen Ausführung der kundgemachten Anordnungen nicht erweitert werde; ~~und zwar durch Auslegung der zweideutigen Stellen~~ daß nämlich alle zweifelhaften Fälle nicht zu ihrem Nachteile entschieden werden, daß die ~~zu bemessende Arbeit nicht zu klein an~~ für die künftige Roboth-schuldigkeit festzusetzende Maß nicht klein ausfalle, daß die Mißverhältnisse in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten nicht auf ihre Kosten ausgeglichen werden u. s. w. — diese Befürchtung ist um so mehr gegründet, — als die Ausführung der bevorstehenden Regulirung den PP. Kreisämter und Kreiskommissären — ~~denen~~ welche gesetzlich zum Schutze der Unterthanen verpflichtet sind — anvertraut ist; — als auch die bei der PP. Landesstelle ~~zur~~ zur Leitung des Regulirungsgeschäftes zusammengesetzte Provinzialkommission

(3) (wählend)

und Anzeigenmöglichkeit bestehe, welche die ihnen
übrigen deutschen Truppenteile ~~den Schutz der~~
~~Deutschtums zur besonderen~~ Obliegenheit der
deutschen Kameraden ~~sind und die der~~
~~Lehre dessen verpflichtet waren, jede~~
~~Verletzung dieser Schutzpflicht~~
~~sofort einzuklagen, die für die Grundrechte~~
und die Lehre der Verletzung dieser Schutzpflicht
über die gutachtlich-beratenden
Verfassungsgerichte ~~hinaus~~ hinaus andere
als für die Grundrechtsschutz höchst wesentliche
Grundsätze sich bilden konnten (4). —

Der Verlust der Grundrechte wird sehr groß
und ~~sehr ausschließlich sein und~~ um so ausschließlicher
sein als derselbe ~~plötzlich~~ die gesamten Grundrechtsschutzes
~~trifft und den Grundrechten oder durch plötzliche~~
auf einmal trifft. die plötzliche Entziehung der zum
Verhaltung des freiheitlichen Lebens ~~notwendigen Rechte~~
~~wird~~ notwendigen Lebensbedingungen ~~sind~~ Entwicklungsmöglichkeit
sich zu verhalten, ~~mit denen~~ welche ~~denselben~~ notwendig
~~sind~~ um die ~~ganzen~~ wesentlichen Zwecke der Verbrechen mit
einer sehr zu wirksamen Verbrechenskraft zu versehen. —
Wird die Wirksamkeit des Verlustes ~~der Grund~~ unter die
einzelnen Grundrechte verbrechen, so ist dieselbe ebenso
verschiedenartig, wie die Wirksamkeit der ~~den~~ den
Verletzungen zugrundeliegenden Verbrechen; — denn nicht nur
gegriffen in seinem Bestande Existenz Existenz,
sondern
der ~~Verlust~~ zufällt entsprechend ~~der Verlust~~ (siehe II. Abschnitt
Absatz Verbrechenstatbestand Teil) — einige Grundrechte ~~sind~~

(3) ~~Der~~ ~~zum Schutze~~ bei dieser Zeugnisse ist zum Schutze der Ehe
Führerin der Ehe Ehrenger ~~genannt~~, welches durch die Verfassungsgerichte
gesetzlichen Verfassungsgerichtes gegeben ist, genannt. — ~~Zum~~ zum
gesetzlichen Schutz der Verfassungen ~~nicht bisher~~ wird der gesetzgebende
Verfassungsgerichtshof ~~als~~ bei der Zeugnisse als Mitglieder angesehen. — Eine
~~Zeit~~ einzige Grundlage ist zu dieser Zeugnisse gegeben worden; ~~Zum~~ nämlich
ist es um die Macht der Grundrechte zu beschützen. — Zum einer solche Zeugnisse
~~zu setzen~~ ~~ungerechtfertigt~~ ist es durch formelle ? — NKt Koby und landwirtschaftl. Verbände u. Kammergesetz

(4) Die Grundlage solcher Grundsätze werden in Verfassungsstreitigkeiten fortentwickelnd fest
gestellt, ~~angenommen~~, jedoch oftmals verschiedenartig ~~entschieden~~ entschieden. — Dieses ist die wesentliche Lehre der Normenkontrolle
bezüglich der Schutzpflicht mit dem Gleichheitsrecht, — die Verfassungsgerichtsbarkeit der gesetzlichen Verfassungsgerichte in Verfassungsstreitigkeiten ist
völlig neu bekannt, ~~und daher ist während der Begründung der besonderen~~ daher fast nur während der Weimarer Zeit der Verfassungsgerichtshof
~~und entsprechend Zeugnisse, denn der Fall~~ und sonst nur gesetzgeberische Fälle zu beurteilen gewesen. // Jedoch kann dem Verfassungsgerichtshof
Grundsätze für andere ähnliche Normenkontrollen entnommen werden, Grundsätze, die der Verfassungsgerichtshof zu schaffen

Die Lehre der Grundrechtsschutzes

Wesen

Es bei fest übereinstimmt, daß ~~die~~ ~~Eingriffe~~
der Akt der entgegenstehenden Schädigungsrechte,
welches den entgegenstehenden Grundrechten ~~ent-~~
~~gegen~~ ~~steht~~ auf den besonderen Schutzpflicht
Eingriffen zurückbleiben soll, — diejenigen
Lehren, welche die geschützten Grundrechtsschutzes zu Gunsten
ihrer Verfassungen streng ~~müssen~~
müssen, nicht abgeschwächt. — Zu
dem besonderen Inhalt (siehe) ~~angeführt~~ wird
Grundrechtsschutz angeführt, welches
~~zu Gunsten seiner Verfassung~~, zu der
Verletzung, zurückgeht, der
Schutz der zu beurteilenden Verfassungen
Schädigungen nicht nämlich der Gültigkeit
der Lehren, welche die Grundrechtsschutz zu
Gunsten ~~seiner~~ Verfassungen trägt, gleich-
kommt. Solches besonderes
wird es jetzt hier geben. —

wrsdru väkstrsst wrmiy, dz rudrsru vbrs
7 8 bis 9 Jrhstdl dr Entrstjrmigru Jchuldig=
krstru, Jrhr hirbr (bei weitem) wrsr vdb dr Jrhältr dr
Jchrstgb ihrr Jütr Jrwlirsru. — Diejrnigru
Jrundjrsru wdlch grosr Vrlüst rdlridru und,
Irrr Jütr mit Jchuldr blrgstbt und drrr Jr rr
Betrrbskrgitdrn zur Jrhrbung dr nöthigr
Hrh Hchtsgrüdigru Jdldrirthschrft frhlt, — wrrdru
zu Jrund grrichtet und mit ihrr Familir
rr Lrbtagb grbrrcht wrrdru, — wrrr nrrr
drrsrlbru nicht zurückzüglich Hilfrrich Hrrd
bistrht.

B

Wrr dr Jr Jrundjrrrchtrn zu Jrgrundru
Rrrrgütung

~~Mit Jrhrhäudrtrn Jrundrn dr~~

dr Jrit Jrrhrhäudrtrn ~~Jrundrn~~ wrrr ihr Untrrthrnrn
~~dr Jr Jrundjrrrchtrn rrgbrichtrtrn Jchuldigkritrn~~ für
ihrr Wrrlrrrrng Jrundbrrjt rrgbrichtrtr Jchuldigkritrn,
Jind mit Ihrr vollrrhrückrtrn ~~Jrgrngrn~~ (Patent vom 1 Octbr 1790) vdb dr Wrjtrürzigkrit
Hignutzung dr Jrundjrrrrn rrrrrkommt wrrdru (5). ~~Dr~~
rrrfrtzlich Entziehung rinrr Hignutzung ist nur Expropriation.
Ihrr Wrrwrrthr vdb Jrrthrgbrr Hrhlt ~~dr Entzrhung zu rbündrr dr~~
Expropriationsrrcht zu wr rrnn dr Untrrthl zu ob und wdlch
Jrbrrtrnng dr Hignutzung für dr allgrmrinrr Jrrrr rrforderlich
Jri. — ~~Allrrhöchst rrinr Entjchlr~~ gr grbührt rdrr dr Hrrrn
(S) — (Mit ihrr Patent) allrrhöchstr Jrrrtrdt vom 19 Aprril 1790 ~~dr Jrundjrrrchtrn~~ dr Jrundjrrrchtrn in
dr Hignutzung dr ihrrn grbührrndrn Rrbrnrrrhjchuldigkritrn ringrrrtzt ..... und dr
Rrbrnrrrhjchuldigkritrn vdb ~~rrchtr~~ rin rrchtrürzigrr Hignutzung dr Jrundbrrjchuldigkritrn, rrrrr=
Jrrrrt wrrdru ~~Jind~~. — (Hill. Jrrh. Jrund. Jrite 28 bis 32)
(6) Allrrhöchstr Entjchlirßung vom 24trn Juli 1821 ~~Jrr Jrrr Jrrh. Jrund. Jrite 134)~~ (mittrrrrit wrlchrr, rdr Hrhrrrrrrt, Ihrrr Hrhrllrn drr rrbrrrrrr

9

Rentbürger, welcher seine Eigenthümer für den
allgemeinen Dienst abtreten soll, einer Schadlos-
haltung; — denn so verordnet es das neue allge-
meine bürgerliche Gesetzbuch des österreichischen allgemeinen
und so hat es der §. 365 des österreichischen allgemeinen
bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt.

~~Es kann daher~~ Die Gewissheit der Grundstücke
der gesetzlichen Grundstücke auf die Urheberrechtsschuldigkeiten
für den Verlust der Urheberrechtsschuldigkeiten
Zinsen entrichten.

Zu solcher dieser so wiederholten Messung bis auf die letzte gerichtliche genaue Abschätzung
den Abschätzungsmann allenfalls seinen Wohnort [illegible] die Urheberrechtsschuldigkeiten
voll rechtswirksam und fest immerwährend voll rechtswirksam und [illegible] Eigenthümer
der Grundverstehen betroffen. — Die Zweck und Wirkung-Verträgen das wurden die Urhe-
betroffen. — Bis auf die letzten Zeiten hat die ehemalige Grundwirkungs-Gesetz, bei den
Abschätzungen Verträgen wurden. Das Eigenthümer der Urheberrechtsschuldigkeiten von den [illegible] Zeugen
übertragen. Der Gewissheit beförderen haben im Besitzen der allgemeinen Abschätzung im öffentlichen
Feilbietungsverfahren die landtäflichen Güter somit den Urheberrechtsschuldigkeiten verkauft. Die allen
den übrigen landtäflich Güter gehörigen Land- und Wirtschafts-Verträgen wurden die
Urheberrechtsschuldigkeiten gesetzt und den Zeugen voll Eigenthümer übertragen. Den Verträgen
auf die gerichtlichen Schätzung der Güter haben die Grundstücke [illegible]
Grundstücken mittelst [illegible] oder gerichtliche Verträgen [illegible] einer dauernden Zinsen auf Kommissionsgelder
gegen Leistung der [illegible] gründet und den den neuen Verträgen diese Gelder den neuen
Grundstücken gegründet. Die gesetzlichen- und
Verträgen, gegen Leistung den Urheberrechtsschuldigkeiten, zugewiesen. Die gesetzlichen- und
(die Kommissionsgelder) Gewissheits-beförderen haben die Vorgesetzten der gemeinen Stiftungen, der Meierhöfe und
Meierhöfe [illegible] auf [illegible] landtäflichen Güter übergegangen und die
Urheberrechtsschuldigkeiten voll solcher Eigenthümer betroffen. Für Mangel gerichtlicher Güter haben
ihre Zeugen Gelder, welche sie gegen Grundstücken bilden, auf landtäflichen Gütern angelegt. —
Sollen nun die Grundstücken ihren unter dem Schutz der Gesetze wohlerworbenen Rechte,
die Gleichheit ihrer durch öffentliche Glaubwürdigkeit verbrieften Eigenthümer
verkleinert werden? —

Denn Landtäflichen voll Gesetzgeber steht das Expropriationsrecht
so wie auch das Urtheil zu ob und welche Abtretung das Eigenthümer
für das allgemeinen Beste nothwendig sei. — So verbürgt aber dem
Rentbürger, welcher seine Eigenthümer für das allgemeinen Beste abtreten

soll, nur Pferdlobsoldtung; — denn sie fordert
ja doch von allen einsichtigen Wältern verurtheilt
Streubrest, — und so heißt es ja im § 365 des österreichi-
schen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches besteht. —
Es kann daher keinen Zweifel unterliegen, daß allen
vorliegenden Grundsteuer — welche durch die bestandfreudige
Abmeindrainung der entschädigungspflichtigen nur theilweise getroffen Theil
ihres nutzungsfähigen Eigenthums verlieren sollen — doch
Recht zustehet, sich um ihren allgemeinen Werthsatz
mit der Bitte zu wenden, damit derselbe
nur Entschädigung zu Theil werde. — Diese Entschädigung
muß aber der bestandfreudige Abgabe, auf den
den Verlust auf den Käufer wälzen, denn sonst würde
der Besitzer die Grundsteuer zugefügte Pferdeeinspruch-
lich, die Entschädigung nutzlos sein. —

Der Antrag der Abmeindrainung kann zu
Mißtrauen geben. Unbestritten ist es, daß diejenigen Grund-
steuer, die durch einen verhältnißmäßig großen Verlust
erleiden, nicht rundweg gestattet werden kann als dem
einzigen Abzugsstimm nur Entschädigung stimmen,
welche derselben zum wirklichen Betrieb der Feldwirthschaft
unumgänglich nothwendig ist.

Zu Betreff der den Grundsteuern zu leistenden
Vergütung habe ich mich vorzugsweise diejenigen Arten
der Entschädigung genauer zu betrachten, welche auch
genau zu berücksichtigen, welche auch den zu empfehlenden
entsprechend-bürgerlichen Verhältnissen entsprechen und
zwar:

a) die bisherige Grundsteuer wurde bei ihrer Umlegung
auf den Dominikalgrundbesitz gezogen und auf den
Rustikalgrundbesitz gleiche bemessen

b) Zu Berücksichtigung der Pflichtigkeiten, welche auf den
entschädigenden Grundbesitzungen lasteten, wurde in Folge der allerhöchsten
Entschließung vom 27ten Januar 1841 die Grundsteuer von dem Dominikal-
grundbesitzthum nun viel höhere Einheiten als von dem Rustikalgrund-
besitzthum bemessen (7). — Wie nun die entschädigenden Pflichtigkeiten

(7) Von dem Dominikalgrundbesitzthum
von 1 fl Grundsteuertrag mit ... 5 6½/8
" " Wiesensteuertrag " 9 4/8
" " Hutweiden und Waldsteuertrag ... 11 3/8

Von dem Rustikalgrundbesitzthum
von 1 fl Grundsteuertrag mit 4 1/8
" " Wiesensteuertrag " 6 6/8
" " Hutweiden und Waldsteuertrag mit 8 1/2

~~gewissen Schuldigkeiten bestehet.~~ da nun diese ~~Schuldigkeiten~~ in folge der bisherigen ~~Anzeigen~~ Verhältnisse, ~~Anzeigen~~ so bedeutend kommendirt wurden, dass dieselben im Allgemeinen nicht ~~" wenn wir~~ ~~Stelle~~ eine ~~fixirten~~ Zeit ~~des Lehen Verbandes~~ ~~Verbindung~~ Entrichtung der gesammten un„ bestimmten Grundbesitzungen in Anspruch nim„ mt, so wurden diese unbestimmten Grundbe„ sitzungen nunmehr sämmtlich ~~ungemessen~~ einer gemessen „ zu Kommunbest zu bringen. — Der gleiche ~~Kur=~~ Verleihung des Grundsteuer rect des ~~Königlichen Waldungsgrundsteuer~~ dominikal und Rustikal = Grundbesitz, scheint es sich gemäss und billig, würden die bisherigen dominikalsteuer kommunen und den Grundsteuern nicht ganz ge„ Kongruirung verbindung.

Ebenso würde die (Herrliche) Aufhebung der Laudemialsteu„ ern, ~~welche bei Handänderungen erhoben werden~~ ~~vorbehaltlich zum gewissen Theile~~ (und die) ~~der Verbindlichkeiten~~ Uebergangsabgaben ~~entfallen~~ eine neuen Kommunen Entrichtung für die Grundkommunen herbeiführen, welche als Kongruirung „ müsste. — [F]

die Aufhebung der neuen Stempelsteuer ge„ nehmigen und den Landkultur ~~Kommunen~~ (8) Servitutskommunen würden hingegen Kongruirung „ rung.

F Der Aufhebung der Laudemialsteuern würde ~~wegen~~ ~~Rücksicht~~ ~~genommen~~ werden, wenn die Laudemialsteuern von den ~~Verbindlichkeiten~~ Abgaben, welche bedeutend kommendirt werden sollen, abgesetzt wird; — (wie) wenn ferner diese Laudemialsteuern ~~ganz~~ ~~oder theilweise~~ ~~Grundsteuern~~ ~~Grundsteuern~~ ~~Grundsteuern

rung der gutsherrlich=bäuerlichen Verhält-
nisse um so gerechter als diese Servitutsrechte e-
benso wie die unterthänigen Schuldigkeiten
Naturallasten sind und daher die billigste Art
der Ausgleichung der gegenseitigen Forde-
rungen darbiethen, F der Werth der unter-
thänigen Naturalforderungen wäre nach
denselben Schätzungsgrundsätzen zu ermit-
teln, welche zur Schätzung der unterthänigen
Naturalleistungen bey der Regulirung
angenommen werden und es ist leicht vor-
auszusehen daß der Werth dieser gegensei-
tigen Naturalleistungen in der fernen Zu-
kunft gleichen Schritt halten wird.

F als ferner ~~aller Wa~~ der Werth dieser Servitutsrechte mit dem Werthe der unterthänigen Schuldigkeiten — ~~eben~~ eben weil die ersteren und die letzteren Naturallasten sind — auch in der ferner Zukunft gleichen Schritt halten wird.

Dazu muß auch der Umstand in Erwägung
gezogen werden, daß sowohl der Wort~~laute~~
(9) und der Sinne der allerhöchsten (die unterthänigen Servitutsrechte betreffenden) Gesetze
so wie auch die Absicht der Entscheidungen der
politischen kk Behörden — mittelst welchen
die Servitutsrechte den Unterthanen zuer-
kannt und erweitert worden sind — nicht an-
ders gedeutet werden kann, als daß die

(9) ~~Beispielweise werde~~ Siehe z. B. das Erschlossene vom 29. Oktober 1789 ~~in welchem aus von dem unterthänigen Holzungsrechte ausdrücklich gesagt wird, daß dasselbe „zur Dotazion der Unterthanen, so wie ihre Gründe gehört~~

Staatsverwaltung durch die Beitrits=
rechte die Dotazion der Unterthanen
Verbessern ~~wollte, damit dieselben ihr~~. —
~~Auskommen um~~ wollte, F — In Folge der
~~unter~~ bevorstehenden bedeutenden Verminderung
der bisherigen Robothschuldigkeit wird ~~—~~
aber den Unterthanen die Möglichkeit
verschafft ihre nunmehr freie und leicht
gegen gute Belohnung anzubringende
Arbeitskraft zur Vermehrung ihrer
Subsistenzmitteln zu verwenden. —
Die Aufhebung der unterthänigen Beitrits=rechte
hätte auch die Folge, daß es den Grundherren
— welche einen sehr bedeutenden Theil der bisherigen
Robothschuldigkeit verlieren sollen — leichter
fallen ~~wird~~ würde, die zur Bodenkultur
~~unentbehrlichen nothwendigen~~ unentbehrlichen Arbeitskraft
sich zu verschaffen; — indem es keinen Zweifel unterliegt, daß die Unterthanen
sich eher für eine denselben F ~~nothwendige Natural=~~
~~belohnung als für eine Geldbelohnung~~, der
Arbeit unterziehen werden (10). —

F damit dieselben leichteres Auskommen finden könnten

F in Holz, Wende u. a. dgl. Naturalleistungen darzubiethende ~~Belohnung~~ Belohnung ~~Lohn~~ als für einen Geldlohn

3tens Die Enthebung der Grundherrschaften von der
denselben obliegenden ~~Last der Ausübung der~~
~~politischen und Civil=Gerichtsbarkeit~~ unentgeldlich
auszuübenden Dominikal=gerichtsbarkeit
~~wäre eine~~ würde auch ~~eine Art der Vergütung für~~
eine Art der Vergütung für die ~~den~~ Grundherren
~~aus Anlaß der Beh~~ darbiethen. —
Daß die Dominikal=gerichtsbarkeit für die Grundherren
immer lästiger und kostspieliger wird; F daß die
Grundherren diese Gerichtsbarkeit zum ~~Allg~~ allge=
meinen Besten nicht mehr ausüben können; daß

F daß die Ausübung derselben für die Grundherren höchst schädlich ist;

(10) Vide weiter — O to jak za susp idą —

potem

~~das allgemeine Wohl und die öffentliche Sicherheit~~ die Übertragung der Dominikal-gerichtsbarkeit an landesfürstliche Behörden für die Förderung des allgemeinen Wohles und Erhaltung der öffentlichen Sicherheit nothwendig ist; – daß endlich die Einführung der landesfürstlichen Behörden – welche die Dominikalämter vertreten sollen – ~~dem Staate für den Staate Staat weniger~~ dem Staate ~~weniger Kosten verursachen wird, als~~ einen ~~viel~~ kleineren Kostenaufwand aufbürden wird, als die ~~immer kostspieligere~~ immerwährende ~~immerwährende immerwährende~~ Kontrolle der, des Vertrauens ~~entbehrenden~~ entbehrenden, Dominikalamtshandlungen und die Untersuchung der immer zahlreicheren Klagen der Dominien über die Widerspenstigkeit ihrer ~~der~~ Unterthanen, — werde ich im zweiten Abschnitte dieser Schrift darstellen. —

IV

Von den Folgen der bevorstehenden ~~Folgen~~ Regulirung ~~der Unterthänigen~~ der unterthänigen Schuldigkeiten. — ~~Schuldigkeiten~~

Diesem Theile meiner Betrachtungen muß ich eine Erzählung der bereits eingetrettenen Folgen ~~des Folgen~~ der Kundmachung des allerhöchsten Reskripts ~~Entschließung~~ vom 13 April und des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846 ~~und des Eindrucks~~ vorausschicken. Hiebei muß ich jedoch bemerken, daß ~~ich hier lediglich nur mich~~ diese Erzählung lediglich nur auf den mir aus eigener Erfahrung und den mir von meinen Bekannten ~~mitgetheilten Thatsachen bes.~~ der ~~[illegible]~~ Stanislauer, Kolomäer, Czortkower, Brzezaner, ~~Lemb~~ Stryjer, Lemberger und Złoczower (Tarnopoler) Kreise :/ mitgetheilten Thatsachen begründet ist. — Die Verhältnisse der entlegenen westlichen Kreise Galiziens sind mir weniger bekannt und ich kann nur muthmaßen, daß der Zustand derselben wo nicht gefährlicher ist doch wenigstens dem ~~auf~~ der östlichen Kreise gleichkommt. —

In den oben ~~gedachten~~ aufgezählten östlichen Kreisen verhielt sich das Landvolk ~~[illegible]~~ während den Ereignissen der Monathe Februar und März 1846 /: mit Ausnahme vieler von den betrunkenen wachleistenden Bauern & an Reisenden verübten Gewaltthätigkeiten :/ im Allgemeinen ruhig. — Die Decker ~~Feldarbeiten~~ wurden mit dem Eintritte des ~~Frühjahrs~~ Frühlings ~~genug gut~~ zwar nicht am besten, jedoch, wie es unter solchen Umständen möglich war, beinahe überall bestellt. — ~~[illegible]~~ ~~Gegenden vorkommenden Ausnahmen bestellt~~. — ~~Nun~~

Gegen ~~Ende~~ Aprils und zu Anfang des Monaths März ~~wurde~~ ist die a. h. Entschl. vom 13ten April 1846 ~~Kundgemacht allen Gemeinden~~ allen unterthänigen Gemeinden kundgemacht worden. — Die Unterthanen wandten sich an ihre geheimen Konsulenten, deren Zahl immer größer ~~ist~~ wird, und ließen sich die bezogene a. h. Entschl. vorlesen ~~und [illegible] auslegen. Die durch dieser Auslegungen versagten die Unter der und auslegen. Diese Ausl~~ und auslegen. Die von den Winkelschreibern ertheilten Auslegun=

[illegible] zu [illegible] [illegible] müssten zu entrichten, wie es ihre Landwehr [illegible] thut. —

Zu Folge [illegible] Einrichtungen [illegible] die [illegible] zuerst die [illegible] Arbeit Leistung der Bauerschaften, welche in nächsten Gemeinden mit Vollen Zusammenhang [illegible] Theile, statt finden Zeiten [illegible]; Dieselben suchten sich nach Möglichkeit allen [illegible] zu entziehen; sie wollten die [illegible] Pferde nicht die Wirthschaften, auf welchen deren Erhaltung, nicht [illegible] zustellen; — sie wollten sich zu Soldaten nicht [illegible] Personen bezahlen; — sie stellten [illegible] und Ersatzmänner; — sie übertünchten die Th. Scheunen mit Kalk und Leimfarben, sie [illegible] Thüren und Fenster, sie [illegible] Gemeinden [illegible] Leisten und Einfassungen [illegible] sie Gemeindebrunnstuben; — einige Gemeinden [illegible] Erhaltung alter Pflasterung zu [illegible] Theil [illegible] Theil [illegible] Theil

Entrichtenen beziehungsweise für ~~[illegible]~~ zu
der schuldigen Arbeit, welche jedoch mit
großen Widerwillen und mit vielen
bösen üblichen Worten, wodurch sehr ~~[illegible]~~
und unfleißig verrichtet wurde. — Die
Feldarbeiten wurden überall stark hintergehalten
und die Ernte fiel bei weitem weniger ergiebig
aus, als wenn es gehörig bestellt.

Die Entrichtung dieser Abgaben hat auf die Unterthanen
viele Irrungen, daß die Unterthanen nicht
wissen zur Leistung der natürlichen Zehnten
benützigt werden können, durch die Aufhebung
dieser Zehnten (1) würde den Grundherrn,
insbesondere in den östlichen Provinzen Polizirat,
die Hälfte der ~~[illegible]~~ zur Aufrechthaltung
der Arbeitskraft der Unterthanen zur
gute der dringend für Arbeiten, Schanzarbeit und Löschung Feuers
Felder nothwendigen Arbeitskraft nicht mehr
(2) Diese Verlust ~~[illegible]~~ die
entbehren. die von den besseren Jahren
verbrit werden die Grundherrschaften [illegible] dem die Pro-

---

(1) In den östlichen ~~[illegible]~~ wird wären bekannten Provinzen Polizirat
~~[illegible]~~ die Entrichtung ~~[illegible]~~ Robott 1, 1½ und Hofstund 2 Tage in der
Woche

(1) Hierbei muß ich bemerken, daß die mit dem v. J. pert. dem
dem Vermindern gegen Vergütung zugestandenen Ablösungen während
der Krämpfe und Verunreinigung, — gar nicht als nur nur den Unterthanen
aufgebürdet in J. 1786 gestattet aufgebürdet, ~~[illegible]~~ Schuldigkeiten Vergütungen
erst betreffet werden können. Mit dem Patente dato 24 Juny
1784 und dem 16 Juny 1786 sind verschiedene sehr zerstreute Unterthänigen
Schuldigkeiten aufgehoben worden, welche, obwohl dieselben unter verschiedenen
Benennungen in dem Patente dargestellt worden, Obwohl diese Schuldigkeiten in dem
Inhalte unter verschiedenen Namen vorkommen, so [illegible] dieselben werden
dieselben in den Titeln, wie die bisher jetzt gegenwärtig bestehende, Vergütung
und werden vor der Aufhebung nothwendig erforderlich und vor-
handen dennoch so Dieses
besteht, — Da nun der Hofbesitzer bei der Aufhebung der schuldigen Schuldigkeiten unter diesen Dieses
erhalten nothwendigen Schuldigkeiten, unter diesen [illegible] der Arbeit zu verrichten, von den Unterthanen, die
übrigen Felderarbeiten, nur natürlicher Zehnten, [illegible] (Rübsellsteuer) zu
fordern, — so kann man diese lediglich nur als nur Abrechnung der freien Unterthanen in einer natürl-
lichen Robott, als nur pfleglich obwohl selbst geringe Entschädigung der Grundherrn für den Verlust ihrer erhaltenen
Arbeiten, — Die Rübsellsteuer waren dieses Kreises [illegible] natürlich Robotten und als solche in
den Patente, aufgehoben. — Die Rübsellsteuer waren dieses Kreises natürlich Robotten und als solche in
Folge des pert. dem 8ten Juny 1786 und des v. J. pert. dem 24ten Juny 1821, Eigenthum der Grundherrn.

(2) Zu diesen mir nicht bekannten Provinzen ist die [illegible] Hälfte der Unterthanen [illegible] die [illegible]

(3) Zu den eigentlich sind die östlichen Kreise Oppeln, Rosenberg, Lublinitz, Tarnowitz, Beuthen, Kattowitz, Pleß, Rybnik, Ratibor, Cosel, Neustadt, Leobschütz, Grottkau, Neisse, Falkenberg, Ziegenhals, Neustadt, Neiße, Grottkau, Patschkau, Habelschwerdt, Glatz, Frankenstein, Münsterberg, Silberberg, Reichenbach, Schweidnitz, Striegau, Bolkenhain, Landeshut, Waldenburg, Hirschberg, Schönau, Jauer, Goldberg, Haynau, Liegnitz, Bunzlau, Lüben, Sprottau, Glogau, Freystadt, Sagan, Sorau, Guben, Crossen, Züllichau, Schwiebus, Landsberg, Soldin, Arnswalde, Friedeberg, Königsberg, Pyritz, Saatzig, Naugard, Greifenhagen, Pyritz, Ueckermünde, Randow, Anklam, Demmin, Usedom-Wollin, Greifenberg, Cammin, Regenwalde, Belgard, Schlawe, Rummelsburg, Stolp, Lauenburg, Bütow, Neustettin, Dramburg, Schivelbein, Belgard, Kolberg-Körlin, Köslin, Bublitz

(II) 13

Die Übertretung dieser Strafgesetze — die Gerichtsbarkeit über den Betrug und die Widersetzlichkeit der Untertanen, — über die Verletzung der Polizeigesetze; die Strafen die Untersuchungen, welche die Untertanen zu solchen Übertretungen verleiten. — Diese Strafen werden gerichtlich verhängt. — Es können

— in einem weiteren Sinne Übertretungen der bürgerlichen Arbeit sich entdecken und finden zum Theil gar nicht zum Theil offenbar

die Übertretungen dieser Strafgesetze — die Gerichtsbarkeit über den Betrug und die Widersetzlichkeit der Untertanen, — über die Verletzung der Polizeigesetze; die Strafen die Untersuchungen, welche die Untertanen zu solchen Übertretungen verleiten. — Diese Strafen werden gerichtlich verhängt. — Es können

— in einem weiteren Sinne Übertretungen der bürgerlichen Arbeit sich entdecken und finden zum Theil gar nicht zum Theil offenbar

Diese Strafgesetze waren jedoch nicht genügend; neue mannigfache Übertretungen wurden entdeckt. — Es können

Diese Strafgesetze waren jedoch nicht genügend; neue mannigfache Übertretungen wurden entdeckt. — Es können

die Übertretungen dieser Strafgesetze — die Gerichtsbarkeit über den Betrug und die Widersetzlichkeit der Untertanen, — über die Verletzung der Polizeigesetze; die Strafen die Untersuchungen, welche die Untertanen zu solchen Übertretungen verleiten. — Diese Strafen werden gerichtlich verhängt. — Es können

— in einem weiteren Sinne Übertretungen der bürgerlichen Arbeit sich entdecken und finden zum Theil gar nicht zum Theil offenbar

Diese Strafgesetze waren jedoch nicht genügend; neue mannigfache Übertretungen wurden entdeckt. — Es können

Diese Strafgesetze waren jedoch nicht genügend; neue mannigfache Übertretungen wurden entdeckt. — Es können

Kurz die Kk. Zuschlagsmannschaften vorzugsweise zur Zündmaschinen als reguläres Zuschlagsmannschaften überall [illegible] und in Frey exerzirt; dieselben haben überall die Leistungen ihrer Instruktion auf den Zündmaschinen gegen Feind [illegible] Zuschlagsmannschaften [illegible] Kurzen, und Pferden der Schwere, der Abtheilungsmeister = steht und die höchsten Rittmeister der ganzen die Zündmaschinen Zuschlagsmannschaften von den Frey exerzirt (6). ob sie die gröbsten Rittmeister gegen die Zündmaschinen Kk. Schwadronen, der Abtheilungsmeister = steht und die Rittmeister und die Zuschlagsmannschaften, welche mit den Zündmaschinen exerzirt haben die ihnen mitgetheilten Exerzier-Vorschriften genau befolgt haben oder nicht, und ob sie die Zündmaschinen gut oder schlecht behandelt haben.

Für die Inspektion der Zuschlagsmannschaften, welche die Zündmaschinen exerzirt haben, ist es nöthig, daß sie sich mit den Zündmaschinen vollständig vertraut machen, um sich von der Richtigkeit der Exerzier-Vorschriften überzeugen zu können, sie müssen sich von der Richtigkeit der Exerzier-Vorschriften überzeugen, welche sie [illegible] und [illegible] haben.

(4) Der Kk. Zuschlagsmannschaften Brzezaner Kk. Zuschlagsmannschaften Werner, und Ruberg der Zündmaschinen der Kk. Zuschlagsmannschaften, in seiner Zuschlagsmannschaften.—

Zu der zur Inspektion kommenden Zuschlagsmannschaften Bonzow haben die Zuschlagsmannschaften, welche mit Zündmaschinen der Kk. Zuschlagsmannschaften [illegible] sind

(5) nato 4 linii miejsca zostawić

Für die Inspektion der Zuschlagsmannschaften, welche die Zündmaschinen exerzirt haben, ist es nöthig, daß sie sich mit den Zündmaschinen vollständig vertraut machen, um sich von der Richtigkeit der Exerzier-Vorschriften überzeugen zu können, sie müssen sich von der Richtigkeit der Exerzier-Vorschriften überzeugen, welche sie [illegible] und [illegible] haben.

[illegible] Kk. Zuschlagsmannschaften [illegible] Zündmaschinen, welche mit der Zündmaschinen der Kk. Zuschlagsmannschaften zur gründlichen Erlernung und insbesondere zur Inspektion der Einübung [illegible] Kk. Zuschlagsmannschaften [illegible] sind, haben zur Antwort zu geben, ob sie mit der Zündmaschinen der Kk. Zuschlagsmannschaften vollständig vertraut sind

~~27~~ 168

In der II^ten Abtheilung dieses Hauptstü-
ckes habe ich ~~dargest~~ die gefährlichen
Folgen des ~~Miss~~ Mißvergnügens, welches
die Mißverhältnisse ~~der~~ in der Vertheilung
der unterthänigen Schuldigkeiten
bei den ~~ver~~ mehr belasteten Bauern erwe-
cken müssen – dargestellt.
Wenn man aber die unter dem Landvolke
bestehende Gährung in Erwägung zieht, so
wird man nicht zweifeln können, daß auch
solche Unterthanen, deren Schuldigkeiten
bedeutend vermindert werden sollen, – sich
nicht zufrieden stellen werden.

15

169

IV

Wenn den Folgen ~~die~~ welche die in Gemäßheit des Auseinandersetzungsvertrages vom 25ten Nov. 1846 bestehenden Auseinandersetzungen der auseinandersetzenden Grundbesitzer, wenn sie geschehen werden

a

~~Die Lösung und die öffentliche Bekanntmachung~~

Wenn nun die ausgesetzten Mißverhältnisse ~~welche~~ ~~und Folgen in Folge der Auseinandersetzungen der auseinandersetzenden~~ Auseinandersetzungsbehörde in der Auseinandersetzung der auseinandersetzenden Grundbesitzer, welche mit der bestehenden Auseinandersetzung getroffen werden, betroffen, — so ist es zweifelhaft ~~zu~~ wie der Ausgleichung

~~Die der I~~ und II Abtheilung dieses Auseinandersetzungsverfahrens ist in der I Abtheilung die ausgesetzten Mißverhältnisse ~~welche~~ in der Auseinandersetzung der auseinandersetzenden Grundbesitzer ~~in Folge der bestehenden Auseinandersetzung~~ nicht getroffen, — Folge der Auseinandersetzung Grundbesitzer, welche betroffen ~~sind~~ nicht betroffen sind, ~~nicht betroffen sind~~ — die mit der Ausgleichung ~~der~~ verbundenen Kosten, — dass dieselben sich nicht betroffen ~~sind~~ und sich wenig Mißverhältnisse ergeben ?! — Ist es zweifelhaft zu ~~Die~~ ~~Zu der II Abtheilung dieses Verfahrens ist in der Auseinandersetzung der auseinandersetzenden Grundbesitzer~~ ~~Wenn nun sich nun, in Betreff dieser ausgesetzten~~ ~~Mißverhältnisse, der Lösung~~ ~~zu der Lösung und der öffentlichen Bekanntmachung~~ ~~Folgen der Auseinandersetzung~~ ~~Folgen der Auseinandersetzung~~ ~~Folgen der Auseinandersetz

Wenn nun aber die unter dem Landvolke bestehende Aufregung in Erregung zieht, so wird man nicht zweifeln können, daß solche Unruhestörungen, wenn dem Schuldigen bedeutend Vermehrt werden sollen, sich nicht zurückhalten werden

Wenn nun in Erwägung der unter dem Landvolke bestehenden Aufregung sowie daß solche Unruhestörungen, wenn Schuldigen in Folge der ungünstigen Ernte bedeutend Vermehrt werden sollen, sich zurückhalten werden

Und die gewöhnlichen Vorgänge der Weihnachtszeit

Denn wenn in Erwägung der unter dem Landvolke bestehenden Aufregung sowie daß solche Unruhestörungen, wenn Schuldigen in Folge der ungünstigen Ernte bedeutend Vermehrt werden sollen, sich zurückhalten werden

Und die gewöhnlichen Vorgänge der Weihnachtszeit

Dasselbe obliegen wäre einzelne Lasten,

Daß der Friede, die Ruhe, die innere Sicherheit, die Aufrechterhaltung nicht zu Widersetzlichkeiten, Ruhestörungen, Gewaltthätigkeiten Anlaß wird?! — daß die Ruhe und Ordnung Sicherheit daß gesetzliche Einhaltung bei solchen Unruhen nicht Sicherung finden, daß nicht die Ruhe und Sicherheit des Landes durch die Aufregung nicht gefährdet werden wird?! — Denn nun, in Erwägung der angewendeten Zustands, daß Ruhe nicht die Ruhe die Sicherheit des Schuldigen bedeutend vermindert werden soll, diese Aufregung nicht wieder und nicht Sicherheit Ruhe nur Folge der letzten Verfassungsänderung — daß dieselben — Sicherheit — Ruhe — Gesetzlichkeit — Sicherheit — Ruhe — Gesetzlichkeit — Sicherheit — Ruhe — Gesetzlichkeit

Ortsbestreit ~~ob Eingesessene oder~~ ~~gänzlich Fremde~~ die Prozeßgegner sowie die 170
Anstreitsbestreit ob Eingesessene ~~sind~~ bei dem
~~gänzlich Fremden~~ Landvolker gänzlich
Fremden. — Wenn aber Letztere wegen
die gewesene über das Landvolk ~~in sein~~ zur
~~Pflichten zurück~~ Instellung seiner Pflichten
zurückzuführen über Rüge und Ordnung wird
herzustellen. — Nach hergestellter Ordnung hätten
die ~~gegenseitigen~~ Streitsachen ~~sind in dem~~
~~Schuldigstreiten~~ die in dem zuständigen Ordnungsamt
~~Schuldigstreiten in der~~ Streitsachen
Der Schuldigstreiten als nur Wohlfeil
vorgehen und dasselbe mit abzuhelfen
(oder)
vorgehen. — ~~Ungemäßig~~ wird die
Streitsachen. — Ungemäßig wird die
Streitsachen der Schuldigstreiten, auf den solchen
Streitsachen die diesen (großen) Fall ersuchen, nicht
als nur Wohlfeil, sondern ~~als nur Landvolk~~
~~Schuldigstreiten sind die~~ ~~die nur für ungemäßig~~
~~Schuldigstreiten~~ ~~die nur desselben ungemäßig~~
~~die nur desselben Streit betreffen~~ als nur Letzter-
(durch Zeit)
haltung der Letzten, sondern Letzteren
fortzugehen ungemäßigten Streitsachen, als nur
Schuldigstreiten Streitsachen ~~in~~ der — wie für ungemäß-
ihren Streitsachen ~~Streit~~ betreffen.
Werden sie nun diese Streitsachen mit dem ihnen
zugemessenen ungemäßigten Zeugen bestätigen
~~bestätigen würden sie nicht glauben dass sie~~
~~in der Gesamt sämtlichen~~ Bestätigungen? — Werden
sie ~~nicht~~ ~~bestätigen~~ Bestätigungen? — Werden
dieselben nicht glauben, dass sie in der
Gesamt einer Gesamtheit sie wahrhaben
können? — Werden die gegenseitigen, die
öffentlichen Interessen betreffenden Streitsachen
~~sache betreffen sie~~ bei dem ~~alten~~ Landvolker
nicht bestehen ~~ungemäß~~ ~~sind~~ sind? —

zur Verstimmung
der Pflichten
zurückgebrachten

B In Bezug auf die Landproduktion und auf die beiden produzirenden Klassen nähmlich den Grundherren- und den Bauern-stand. —

Die Ausübung der gesetzlichen Schutzpflicht über Unterthanen, welche den k. politischen Landesbehörden obliegt, hat zur nothwendigen Folge, daß ~~diese~~ die Unterthanen immerwährend als bedrückt und schutzbedürftig, die Grundherren als Bedrücker angesehen und geschildert werden (6). — Dieses ist die Hauptursache, ~~da~~ weßhalb die ~~k~~, die Schutzpflicht einer Partei mit dem Richteramte vereinbarenden, k. politischen Landesbehörden ~~seit jeher trachteten den Grundherren die Lasten der Grund~~ in ihren Amtshandlungen, Berichten und Vorschlägen, ihr ~~Augenmerk~~ vorzüglichstes Augenmerk dahin wandten; — die Lasten der Grundherren auf jede mögliche Weise zu vergrößern, die Schuldigkeiten der Unterthanen hingegen zu vermindern; —

(6) . . . . . .

(7)

16

Für den Verlust von drei,

Für den III^ten Abschätzung dieser Grundstücke sind
drei Arbeiter zugezogen, welche die Grundsteuer,
und Salzes der beschäftigenden Arbeits=
zeit ersetzen werden. — Nachdem diese
worden die Grundsteuer drei Viertel der Zug=
und neue ~~zugezogen~~ Theil der Grund=robot ~~zu~~
vergüten. — ~~Für~~ den Verlust von ~~Zugrobot~~
Zug=robot ~~zu ersetzen vergüten~~ können die Grund=
steuern nur durch ~~Anschaffung eines zugvieh~~
~~Zugvieh ersetzen~~ Verminderung ~~der~~ 37
Zugvieh ersetzen, wozu ~~auch~~ nur große Wirthe Geld
~~Zugviehbesitzer~~, ~~die~~ welche nicht
zu Gebote steht, verpflichtet ist. — ~~Für~~ den Zug
zeit der dringendsten Feldarbeiten ~~verpflichtet~~
nothwendigen Grund=robot, werden ~~für die~~ die
Grundsteuern ~~durch die Gemeinden~~ ~~in das~~
~~östlichen Theile~~ ~~dem Arbeitermangel~~ Zugvieh
nicht ersetzend sein, wie dies ~~die Verhältnisse~~
~~Erhebung ergeben hat~~ (siehe Seite 3 und folgende). —
Es ~~entsteht~~ daher Grund zu bezweifeln, daß die
Grundsteuern der Produktion ~~Grundbesitzer~~ in
dem östlichen dem bevölkerten Theile Deutschlands
nicht ersetzen können, wie dies ~~die Verhältnisse~~
die Erhebung ~~ergeben~~ bis zu 1/3 der Grund=
steuer ~~Seite~~ Seite 3 und folgende ergeben hat. — Wenn Sonne daher
zweifelt, daß die Grundsteuern der Produktion
~~Grundbesitzer~~ drückend empfinden würden. —
~~Es~~ würden ~~drückt~~ drückend empfunden werden, so wird sich nun die Frage auf, ob der
Erhebung der Produktion und den ~~Grundbesitzern~~ Grundsteuern
durch die Verminderung der Produktion oder den entsprechenden
Grundbesitzungen ersetzt werden können? — (*) — Wenn Sonne
endlich auf die Lehre kommen, daß die ~~Grundsteuern~~ den reinen

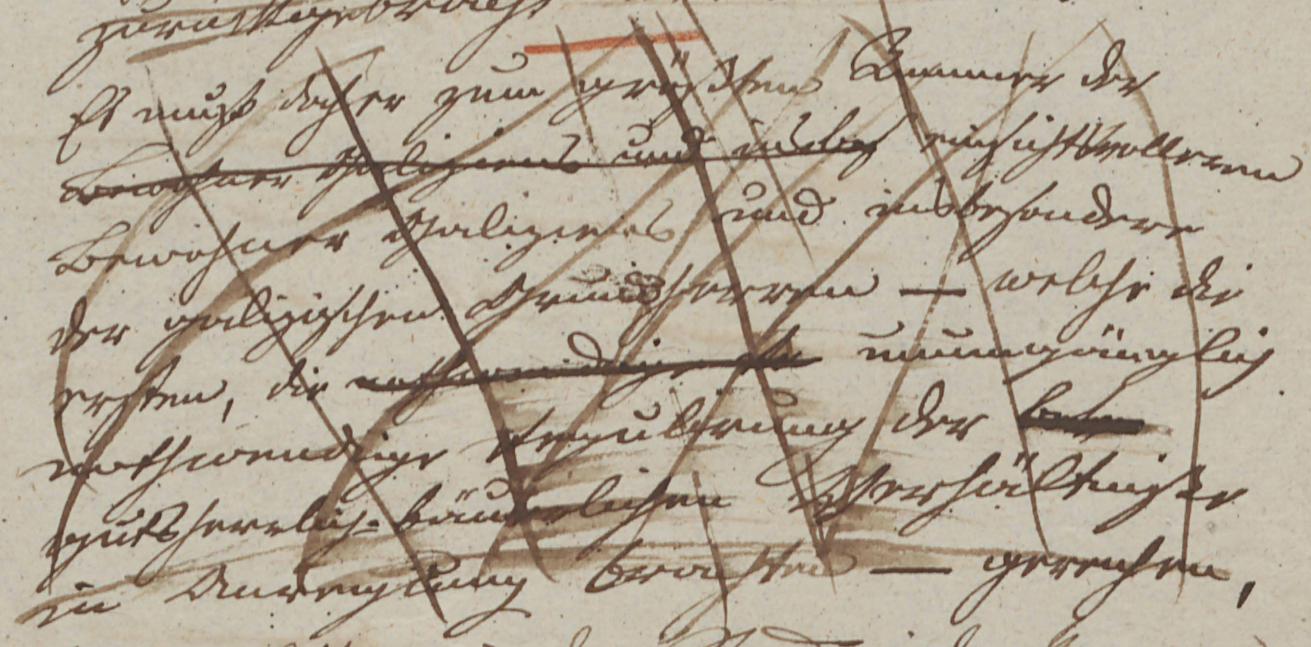
(*) — Hier muß ich bemerken, daß eine solche Verminderung in ~~Deutschland~~ den meisten westlichen Provinzen eingetreten — welche stark bevölkert, in welchen eine gute Grundgesetzgebung seit jenen Zeiten durchgeführt wird, welche dennoch sehr oft Noth und Hungers leiden, und welchen eben jetzt Vorschläge entgegen, daß Theile von Hungers sterben — nicht drückend ist, wenn nicht Maßregeln ~~ergriffen werden~~ ergriffen werden, zur Erleichterung der Wirthschaftsbetriebe zu Verminderung der welche den Wirthschaftsbetrieb erleichtern und vertheuern helfen werden sollen. —

Theile der Zwangsarbeit befreiten Unterthanen ~~ihre~~ die ~~zwar~~ nunmehr freie Arbeitskraft ~~der~~ ihren eigenen Grundstücken zuwenden ~~werden~~, diese Grundstücke besser bearbeiten und in Folge dessen die ~~Produktion vermehren werden~~. Landproduktion vermehren werden. — Zur Verwirklichung einer solchen Idee sind zwei Dinge erforderlich; die Möglichkeit und der gute Wille. — ~~Hat sind~~ Hat man nun den Unterthanen die zur besseren Besorgung ihrer Wirthschaften nothwendigen Betriebskapitalien an die Hand gegeben? — Hat man durch Grundarrondirungen und Gemeinheitstheilungen ~~einen ordentlichen Wir den Unterthanen einen ordentlicheren leichteren und leicht~~ zerstückelten die bäuerlichen Grundbesitzungen geordnet, den Wirthschaftsbetrieb leichter, angenehmer ~~und einträglicher gemacht? — Hat man das Landvolk auf eine höhere Zu~~ und einträglicher gemacht? — ~~Ist das Landvolk durch eine bessere Erziehung in den Dor~~ Sind Dorfschulen errichtet ~~worden~~ und ist das Landvolk ~~durch eine be~~ auf eine höhere Kulturstuffe gebracht ~~worden~~? worden? — ~~Nein, dieses ist nicht geschehen~~ Wenn aber dieses nicht geschehen ist, worauf ~~werden~~ werden ~~die~~ um die Hoffnungen gebaut, daß die Unterthanen ~~sehr~~ ~~Lust~~ zur Arbeitsamkeit gespornt, daß die Erträge der ~~der~~ unterthänigen Grundbesitzungen vermehrt werden sollen? —

Die in der Menschennatur gegründete Erfahrung lehrt, daß ein, wenn auch auf ~~höheren~~ einer höheren Bildungsstuffe stehender, Mensch, welcher plötzlich in neue Verhältnisse ~~eintritt wenn~~ eintritt, seine neue ~~Stellung~~ wenn auch bessere Stellung entweder gar nicht benützt, oder dieselbe mißbraucht, oder doch einer längeren Zeitfrist benöthiget um sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden und aus denselben ~~für sich und andere~~ Nutzen zu ziehen.

Für ihren Schuldigkeiten

Es ist ~~[illegible]~~ dass nun[illegible], dass ~~[illegible]~~ die ~~[illegible]~~ der ~~[illegible]~~ Grundbesitzer ~~[illegible]~~ die Bezahlung ~~[illegible]~~ Grundbesitzer die ihnen zukommende Schuldigkeit ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~



diese für unser Land traurige Zeitperiode ~~kann~~ wird viele Jahre dauern; es können Generazionen vergehen, bevor ~~die~~ das ~~Landproduktion~~ Gleichgewicht in der Landproduktion ~~nicht~~ hergestellt und ~~dieselbe in den gegenwärtigen Stand zurückgebracht werden wird.~~

~~Es muß daher zum größten Kummer der Bewohner Galiziens und insbes. einsichtsvolleren Bewohner Galiziens und insbesondere der galizischen Grundherren — welche die ersten, die ~~nothwendige~~ unumgänglich nothwendige Regulirung der ~~bei~~ gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Anregung brachten — gereichen,~~

diese Produktion in den Stand wieder kommen wird, auf welchem dieselbe sich ~~jetzt~~ gegenwärtig befindet.

In wie weit die hier dargestellten schädlichen Folgen der

Wenn man nun betrachtet, daß die Grundherren ~~die ersten waren, welche~~ auf ~~ihren~~ den Landtägen die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse die ersten in Anregung brachten; — wenn man in Erwägung ziehet, daß eine zweckmäßige auf einem gerechten und festen System gegründete, ~~und allmälig durchzuführende Regulirung und~~ mit Maßregeln zur Hebung der Landkultur vereinigte und ~~Regulirung dieser Verhältnisse~~ allmälig durchzuführende Regulirung dieser Verhältnisse den Wirthschaftsbetrieb erleichtern, die Landproduktion heben, zur ~~Wohl~~ Vermehrung des Wohlstandes der Grundherren und der Unterthanen gereichen, das Wohl unseres Landes fördern konnte; — so wird man den Kummer begreiflich finden, welcher sich aller einsichtsvolleren Bewohner Galiziens und insbesondere der Grundherren bemächtigen muß — in Voraussicht der verhängnißvollen Zukunft, welche die bevorstehende Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten, unserem Lande bereitet — ~~bemächtigen muß~~

[~~Die bevorstehenden Regulirung~~ im Grunde des Kreisschreibens vom 25ten Nov., bevorstehenden Regulirung, durch die zur Ausführung derselben ~~gegeben~~ von der galizischen Hr. Landesstelle ~~[illegible]~~ ertheilten Instruktionen, vergrößert werden sollen, werde ich im 3ten Hauptstücke dieser Schrift darstellen.

zum Wohle des Landes unumgänglich nothwendige

im Grunde des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846

~~Es gibt jedoch Mittel, welche~~
~~dem~~ Schaden, welchen ~~aus Anlaß~~ die bevorstehenden
Regulirung ~~für~~ unserem Lande zufügen soll,
kann jedoch vorgebeugt ~~werden~~, oder es kann
derselbe wenigstens bedeutend vermindert
werden ~~die Mittel hiezu sind der Mittel~~
~~durch zweckmäßige Maßregeln, deren~~
~~es sehr viele gibt~~ durch Anwendung von
zweckmäßigen ~~Mittel, deren es sehr~~
Maßregeln, deren es sehr viele
gibt. — Nach meiner innersten Überzeugung
kann aber die allerhöchste Regierung zur
Kenntniß der vielfältigen Landesbedürfnisse
und der Mittel denselben abzuhelfen,
~~nicht auf dem bisher üblichen Wege~~, nicht
~~durch die~~ im Wege der Berichte der k.k.
Landesbehörden — welche ~~die irri~~ ihre
irrigen Begriffe von den gutsherrlich=
bäuerlichen Verhältnissen und ihre
gänzlichen Unwissenheit hinsichtlich der
landwirthschaftlichen ~~Verhältnisse~~ Bedürfnisse
klar an den Tag legten — gelangen. — Über
diesen höchst wichtigen Gegenstand können
lediglich nur sachkundige, mit den Landesverhält=
nissen innig betraute Leute und die
praktischen Landwirthe die gehörigen
Aufschlüsse und Aufklärungen ertheilen.

Anhang A

Zur Feststellung der steuerlichen Ertragsfähigkeit des provisorischen Katastrals und der Abschätzungsfälle, welche die Vorschreibung, ohne vorherige Einsicht und Katastral zur Folge haben kann. —

1) Die gewöhnl. Theil des mir neu hinzugekommenen Strzyżer Kreises besteht größtentheils aus sehr steilen Lehne, deren Entwurf im provisorischen Katastral nicht angenommen ist. Es sind die bei der Einführung des provisorischen Katastrals in demselben Theile des Strzyżer Kreises bestandenen Abschätzungen in die Ebene der Flüsse Dniester, Strzyż, Swica, Lomnica, Gnilczyna, Okna, Bliszna und Hołbienka gekommen, weil die Grundstücke, welche in der Abschätzung [illegible] sind, [illegible] sind. — Auch ist der selbe Theil des Strzyżer Kreises nur der fruchtbarste in ganz Galizien und kommt in die Ebene der Flüsse Dniester, Strzyż, Swica, Lomnica, Gnilczyna, Okna, Bliszna und Hołbienka gekommen zu sein [illegible] und fruchtbarsten. [illegible] (see fol. 42) [illegible] festsetzen in diesen Gegenden [illegible] Abschätzungsnormale 6 bis 7 Klassen über Abschätzungen [illegible] (see fol. 42) (see fol. 43)

2) [illegible] Kreises besitzen 20 Grundwirthe der Gemeinde Bolszczowce Bezirk Zloczow Kreises besitzen 20 Grundwirthe der Gemeinde Poplawnikl mit Grundstück Zloczow genannt welches in der Grundentwurfsmarkirkel des provisorischen Katastrals unter den neuen topographischen Zahlen 279 bis 298 als Ackerfeld bonitirt. Der [illegible] Entwurf dieses Grundstückes, [illegible] Lage [illegible] besteht, beträgt 38 Jl 33 □ Klft. Die Besitzer haben nun dieses Grundstück im J. 844 auf die Jahren 844, 845 und 846 um den jährlichen Zins von 12 Jl und im Jahren 846 [illegible] Jahren 847, 848, 849 um den jährlichen Zins von 13 Jl als Hutweide (Grund ohne Kulturkosten anzurechnen) mittelst Vergleichung an Thun gebracht. — Die [illegible] Dniestufer [illegible] Katastralgemeinde "Zloczow" und der [illegible] Theil Gemeinde Thurn mit dazugehörige in Poplawnikl [illegible] dieselbe Grundgemeinde gehörigen Grundstücke Thurnowce sind im provisorischen Katastral alle [illegible] eingetragen

und es kommt sich diese Katastralschätzung zu dem wirklichen Ertrage ohngefähr wie der katastralmäßige Rheinl. der obigen Hutweide zu 38 fr 33 kr zu dem wirklichen Ertrage derselben Hutweide zu 134 fl. –

Grundstücke des mit minorem Gemeinde Bauerhof Bouzow grünzmaliges Gut Halicz
(über Wirthschafts-Gebäude, über Straßen und über einzelne einzelne Bestandwiesen und Hutweiden der Bauerhof
Stanislauer Kreises verordnet haben zu Ende zu Ende persönlich die Herrschaftlichen
Vorstehen Vorstehen mir dem Haliczer Bezirksamte mitgetheilten ämtlichen
Ausweis und Inventarium ~~folgende Grundstücke am~~ betreffend die
~~Katastralmäßige~~ Größe dieser Grundstücke zu dem wirklichen
Ertrage folgendes: –

Verzeichniß der Grundstücke (Haliczer Bezirksamt) nach dem Grundmaaße
Lemberger und galizischen Katastrals vom J. 1820

Katastral-Nro		Namen der Grundstücke	Aecker				Wiesen				Wirklicher jährlicher Ertrag		Dem wirklichen jährlichen Ertrage
			Klafter-Inhalt		Katastral-jährlicher reiner Gulden-Betrag		Klafter-Inhalt		Katastral-jährlicher reiner Gulden-Betrag				
ellen	mün		Joch	Klafter	fr	kr	Joch	Klafter	fr	kr	fr	kr	
514	740	Zarowie pole orne do miasta należące	88	300	357	39					178	50	Wirklich und, wovon die k.k. Landgründen in dem 12. Jahre 3414 3 7128 [illegible] diese Grundstücken in Namen Borucki [illegible] dem jährlichen jährlichen jährlichen jährlichen 1523 Gulden Betrag.
515	741	Na tymże Zarowiu pastwisko . .	.	.	.	.	312	330	72	52	58	18	
Summa des wirklichen Grundstücke nach der Vermessung des gemeinschaftlichen Katastrals . . .			.	.	.	.	.	.	.	.	237	8	
523	749	Lipuzyce do miasta należące Sianozęć											Wirklich und, wovon die k.k. Landgründen in dem 5ten 8ter 846 J. 5575 in wirklichem Ertrag sind diese Grund- den an Selig Buch- [illegible] dem jährlichen jährlichen jährlichen Betrag 336 G. dem Betrage
524	"	dtto = pastwisko							41		27	20	
"	"	dtto = dtto =											
Summa des wirklichen Grundstücke nach der Vermessung des gemeinschaftlichen Katastrals											21	32	

4) Meiner Grundstücke besitzt im J. 1838 durch im Brzuzyäer Kreise gelegener Gut Wolostkow. Die im Verhältniß des gemeinschaftlichen Katastrals ~~vorkommenden Schätzung wurde als der Grundlage~~ Beschreibung des Gutes würde zu Grundlage der Schätzungsgrösse genommen. Nach der Übernahme des Gutes wurden die Grundstücke genauer bemessen und als größer sich, daß in der gemeinschaftlichen Katastrals vorgegeben. Klafterinhalt der Grundstücke derselben [illegible] war. In dem gemeinschaftlichen Katastrals ist ~~der Flächeninhalt~~ in diesem Gute der Flächeninhalt ~~der Aecker auf 882 Joch und~~ der Wiesen auf 375 ~~Klafter~~ Joch wurden ~~der gemeinschaftlichen Messung betrügt derselbe bei Aecker auf 220 Joch~~ . — der Flächeninhalt der Aecker, Wiesen sind in diesem Gute ebenfalls gemessen als derselbe im gemeinschaftlichen Katastrals vorgegeben ist

c) Die [illegible] Bolszowce Brzezaner Kreises, welche wegen Mangel richterlicher Hilfe, die ihnen Lehnsherrlicherseits zuerkannte Gerichtsbarkeit nicht ausüben können, sind der Gemeinde

732	Na zagrodach	—		700	Srednie gony	—	1398
738	dto	—		1167	dto dto	1	252
889	Gumniska	—		470	Gumniska	—	420
954	dto	—		870	Zagrody	1	218
957	dto	—		550	dto	—	368
1168	Sulewy	—	1	739	Długie niwy	1	58
1299	koło mosta	—	—	600	dto dto	—	1252
		Zusammen	9	1796	Szerokie	1	422
					Sianożęć Gumniska	—	1000
					" na Kassowej	4	1374
					" na Sulewach	2	1228
					zusammen	22	338

Von diesem Grundbesitze ist die Grundsteuer in Entrichtung von 2 ℔ 7 Sgr 6 Pf. einzuziehen, welcher Grundsteuerbetrag bis nun zu ungemündet geblieben ist. —

8. Verfügung der Polizei wegen Entweichung der ~~Gemeinde~~ Gruriewer Bauern Stanislaus Antonius aus dem Exekutions- und dem einklassen Besitzstande — gemäß Anordnung der jetzt bestehenden und dem in Folge a. h. Entschl. vom 12. Novemb. 846 hergestellten Robotsystem.

Laufende Nr.	Namen der Exekutionen	Besitzstand nach der Vermessung des Jahres 1840		Wirklicher Besitzstand nach der gegenwärtigen Vermessung		Der im Abmessungsjahre 1865/6 zu entrichtende Grundsteuerbetrag		Leistungen zu der vermehrten Robotpflichtigkeit		Der nach dem Grundsteuergesetze zu entrichtende Betrag		Anmerkung
		Jahr	Morgen	Jahr	Morgen	Zr	Sgr	Zug Tage	Fuß Tage	Zug Tage	Fuß Tage	
170	Nikota Garbarzewski	4	181	25	1174	1	14	104	.	.	26	
99	Roman Olejnik	16	614	25	1030	3	37	104	.	52	.	
21	Hryn Grama	16	922	26	1264	3	54	104	.	52	.	
83	Iwan Wilczek Müller	5	267	30	51	1	5	104	.	.	26	
71	Fed Tymkow	14	1731	20	56	3	32	104	.	52	.	
100	Hryn Cymbalista	32	196	25	968	7	33	104	.	104	.	
3	andrusz Churdydyk	40	1144	24	1575	9	24	104	.	156	.	
97	Dmito Laus	.	864	2	834	.	13	.	52	.	26	
34	Sako Szaja	.	1089	7	596	.	18	.	52		26	
176	Stefan Andruchów	.	507	6	356	.	7	.	52		26	
98	Hryn Lipucki	1	43	5	958	.	12	.	52		26	
106	Michał Lachocki	1	660	5	1375	.	10	.	52		26	

III

III

178

Betrachtungen

über die bevorstehende Regulirung der ~~gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse~~ ~~gutsunterthänigen Schuldigkeiten~~ gutsunterthänigen Verhältnisse in Galizien.–

Die Nothwendigkeit einer neuen, die gutsunterthänigen ~~herrlich bäuerlichen~~ und die Landkultur-Verhältnisse regelnden, Gesetzgebung in Galizien war seit jeher von der allerhöchsten Regierung und von den galizischen Landständen anerkannt worden.–

Die bisherigen diesen Gegenstand betreffenden vielfältigen oft einander widersprechenden Gesetzbestimmungen, ~~welche~~ die bei dem gänzlichen Mangel an beweiskräftigen Urkunden zu langwierigen ruhestörenden Streitigkeiten Anlaß geben und der Willkühr des Richters offenes Feld lassen, – konnten nicht länger bestehen. – Das Grundeigenthum konnte nicht mehr einer Klasse der Staatsbürger ausschließlich vorbehalten bleiben; dasselbe mußte allen Volksklassen zugänglich gemacht, geordnet F ~~werden, sichergestellt und derjenigen Lasten enthoben werden, welche es am meisten drücken.~~

Die ~~Ordnung~~ Regelung und Sicherstellung des Grundeigenthums, die Befreyung der Landkultur von den schwer darauf lastenden Fesseln würde die Produkzion unsers ackerbauenden Landes heben, die vergrößerte Zahl der freien Grundeigenthümer würde die Garantie der Ordnung und Ruhe vermehren.

Die zur Erreichung eines so erhabenen Zweckes nothwendigen und verhältnißmäßig zu vertheilenden Opfer hätten die galizischen Grundherren bereitwillig gebracht

F und sichergestellt ~~werden~~ werden. – Es war ferner nothwendig den Fortschritt in der auf einer niedrigen Stuffe stehenden Bodenkultur durch ~~Grundentwicklungen~~ Anwendung von ~~Gemeinheitstheilungen und~~ andere zweckmäßigen Maßregeln möglich zu machen, – und die Landkultur derjenigen Lasten zu entheben, die der Entwickelung und dem Fortschritte hemmend entgegentretten.

F und sichergestellt werden. – Es war ferner nothwendig den Fortschritt in der auf einer niedrigen Stuffe ~~der Bodenkultur~~ stehenden Bodenkultur durch Anwendung von zweckmäßigen Maßregeln möglich zu machen, – und die Landkultur derjenigen Lasten zu entheben, die der Entwickelung und dem Fortschritte hemmend entgegentretten. –

/. gebracht.–

Unbestreitbar ist es, daß die Lösung dieser großen und äußerst schwierigen Aufgabe das Wohl unsers Landes in sich enthält, daß es der größten Umsicht bedarf, um bei der Einführung der neuen Gesetzgebung die Interessen der Grundherren mit jenen der unterthänigen Grundbesitzer auf eine den Zeitbedürfnissen angemessene Art in Einklang zu bringen, den Fortschritt der Landkultur nicht zu gefährden, dem Lande eine bessere Zukunft zu sichern.–

Die unheilvollen Ereignisse, die unser Land ~~großes Unheil anrichteten brachten~~ Verderben stürzten, machten die Nothwendigkeit dieser Gesetzgebung mehr fühlbar, und es hat die allerhöchste Entschließung vom 12ten November 1846 ~~in derselben~~ den ersten Schritt gethan.–

Privat~~briefe~~ nachrichten brachten uns die erste ~~Nachricht~~ Bruntings von den Verfügungen dieser allerhöchsten Entschließung, deren wohlthätige Absichten wir nicht verkennen konnten.– Die einfachen in der bezogenen allerhöchsten Entschließung enthaltenen Grundsätze, erweckten in uns die Hoffnung, daß die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse auf eine der Gerechtigkeit entsprechende Weise geregelt, die unterthänigen Schuldigkeiten klar bestimmt, die aus Mangel an beweiskräftigen Urkunden immer häufiger vorkommenden Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Unterthanen auf immerwährende Zeiten beseitigt werden ~~würden~~ sollten.– Wir ~~glaubten auch~~ erwarteten auch daß ~~bei~~ vor der Ausführung der a. h. Entschließung die Berichtigung der, von Allerhöchst Seiner

/.

[illegible] Wege sich annehmen müssen, bedürftenden Lehrer und Erbauung des zweifelhaften Lehrstandes, [illegible] als Grundlage zur Begründung der [illegible] Lehrkräfte dienen soll, unterlegen werden, — um den Wirksamkeitsbau in der Beurtheilung der [illegible] Lehrkräfte, welche die unter dem Landvolke bestehende Anregung zu neuen schönen Gnaden-Steigern müssen, vorzubringen. — Wir [illegible] das die Grundsätze, [illegible] für die Beurtheilung ihres unter dem Schutze der Gesetze neuerbauten Eigenthums, die Gemeinschaft der § 365 der b. G. B. eine Abänderung zu Erstem kam, [illegible] wir mit der Entscheidung der [illegible] Senates bestehen, [illegible] Grundsätzen und anderen gerichtlichen Männern die ursprünglich entsprechenden, in der gerichtlichen Behandlung des Gegenstandes gegebenen Entscheidungen [illegible] sondern wenden, — um bei der Entscheidung der neuen Gesetze die verschiedenen Rechte, in Gemäßheit der k. k. Hofkanzlei vom 9ten Juli 844, nach Möglichkeit zu schonen, [illegible] gerechte Lehrer und Erbauung zu berücksichtigen.

Diesem gemäß hat Euer [illegible] nicht entsprochen. — [illegible] Zu diesem dritten Zimmer [illegible], daß die k. k. Entscheidung vom 12ten Novemb. 846 nicht nach ihrem Wortlaut

[illegible] [illegible] [illegible] [

sondern mit allerlei Zusätzen und Aenderungen mittelst Kreisschreibens der galizischen kk. Landesstelle vom 25ten November kundgemacht worden ist.—

Groß war unsere Bestürzung, als wir sahen, daß die ~~Bestimmungen des kundgemachten Kreisschreibens~~ Verfügungen des in der größten Eile ausgefertigten und kundgemachten Kreisschreibens vom 25ten Nov. und der zur Ausführung desselben ausgetheilten Instructionen ~~der mittelst Privatnachrichten bekannt gewordenen~~ mit der Willensmeinung allerhöchst Seiner Majestät bei weitem nicht ~~gleichkommen~~ im Einklange standen.—

~~Ein jeder~~ Wir suchten eine Aufklärung darüber, und wir erfuhren, daß unsere Privatnachrichten uns nicht täuschten, daß äußerst schädliche Zusätze und Aenderungen wirklich Statt gefunden haben.

in der allerhöchsten Entschließung nicht begründeten

Bei der näheren Betrachtung dieser Verfügungen des in der größten Eile ausgefertigten Kreisschreibens vom 25ten November und der unterm 17ten December 846 an die Kreisämter und Dominien ergangenen Instruktionen wird man anerkennen müssen;— daß die mit der Ausführung der a. h. Willensmeinung beauftragte galizische kk. Landesstelle ihre Absicht lediglich dahin lenkte, um den Unterthanen auf Kosten der Grundherren die größtmöglichsten Vortheile am schleunigsten zu verschaffen;— wobei die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit der vorzunehmenden Maßregeln und die Folgen derselben nicht berücksichtiget ~~worden~~ worden sind.—

~~1. Diese~~ Verordnung findet keine Anwendung in der Provinz Westphalen über Entschädigungen, welche den Kk. zahlreichen Eigenthümern obliegt.— In Folge dieser gesetzlichen Befreiungen werden die Entschädigungen unverändert und befriedigt; die Grundsteuer als Lasten, drücken ungesprochen und gesetzlich.— In der Ver-

und die Verordnung über dieselben mit dem Bisherigen

~~Übrigen~~ dieser Befreiung ist die Entschädigung zu finden, weshalb die Kk. gesetzlichen Verordnungen

für das bezüglich der ~~Abgabe~~ gesetzlich-bürgerlichen Verhältnisse

~~sich~~ die nöthigen Angaben ~~machen~~ Folge ~~Provinz~~ die eingesessenen Grundbesitzer

zu bilden, auf Grundlage solcher Angaben und Grundsätze in den Entschädigungen über Verhältnisse der Grundsätze in den entschädigenden Verhältnissen

die zu gewährende Tauglichkeit in den Lage befindlichen (1), gegenüber den Grundsätzen einer sachlichen Abschätzung, und in ihren Entdeckungen, Angaben und Entwürfen sind der gesetzliche Angemessenheit dabei verwendung— die Lasten der Grundsätzen, auf jede mögliche Weise zu vergleichen, die Schätzungen der Entschädigungen zu vermeiden;— den Grundsätzen jedoch in den gesetzbestimmten Entschädigungen bezüglich in den Kanälen der belasteten Grundsätzen zu suchen.— | Diese Verordnung wird mit ihr vorgelegt. — Die Lasten sind besetzt, und ist zum Besitzen

---

(1) Diese in den ungewissen, für die Entschädigungen minder günstigen, allerhöchsten Absichten zuwiderlaufenden, Entschädigungen sich offenbarenden Verhältnissen ~~sind den vorgenannten~~ ist vorgeworfen zum Zwecke der allerhöchsten Absichten ~~allergnädigsten Befehle bewegen~~ während ~~Provinz~~ ~~Kreise Allerhöchst~~ die Verhältnisse der vorgenannten Befehle ~~Befehls~~ Befehlen vorgesehen;— // dass die ~~vorgenannten~~ in den Grundsätzen der // Entschädigungen Schuldigkeiten und namentlich dadurch, so wie jede in seinem Eigenthümer, geschützt werden sollen..... dass // von den Besitzern und Inhabern sich unter keinem Vorwande Entschädigungen werde, Grundgerechtigkeiten in den Grundsätzen ihrer Arbeit // vielgeübtigkeiten zu stören ..... dass die sämtlichen Besitzer und Inhaber in allen ihren Entschädigungen und Ansprüchen // gegen dass neue die strengste Gerechtigkeit beobachten, die bestehenden Verordnungen genau befolgen und sich nicht // dem, ihren eigenen Herrn und Vorgesetzten widersetzen, oder neue Anstöße zu bereiten..... // (Allerhöchste Entschließung vom 24. Juli 1821.

~~Bei~~ Verfolgung eines so partrischen Systems werden nothwendigerweise alle Klagen der Grundherren, alle von denselben gegebenen, die gutsherrlich-bäuerlichen ~~und die landwirthschaftlichen Verhältnisse~~ betreffenden, in der praktischen Kenntniß des Gegenstandes gegründeten und Anträge Aufschlüsse (4) mit Mißtrauen beobachtet, und nicht berücksichtiget; – es werden alle Maßregeln, ~~welche~~ die zur Beförderung der Landkultur und des Wohls der Unterthanen, unumgänglich nothwendig sind ~~(2)~~, außer Acht gelassen (2), wenn dieselben den Grundherren keinen unmittelbaren Verlust zuziehen, – weil ~~der Schaden der Grundherren~~ dieser Verlust zum Prüfsteine des Wohlstandes der Unterthanen geworden ist. –

Die Verfügungen des ~~obenerwähnten~~ oben bezogenen Kreisschreibens und der Instrukzionen sind ~~[illegible]~~ ein Ausfluß dieses Systems. – Ein praktischer galizischer Landwirth kann diese Verfügungen nicht anders betrachten, als die Summe der irrigsten Begriffe von den gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen und der gänzlichen Unkenntniß der landwirthschaftlichen Bedürfnisse –

~~Das in der größten Eile ausgefertigte~~

Verhältnisse und die von diesen Verhältnissen unzertrennbaren landwirthschaftlichen Bedürfnisse

(1) ~~An dem im J. 1845 abgehaltenen Landtagen haben die galizischen Landstände die Grundarrondirungen, Gemeinheitstheilungen und Aufhebung der Dienstbarkeiten als nothwendig dargestellt. – Obwohl ihre Grundarrondirungen und Gemeinheitstheilungen eine~~

(2) ~~Die galizischen Landstände haben an dem im J. 1845 abgehaltenen Landtage die Grundarrondirungen~~ Vornahme der Grundarrondirungen, Gemeinheitstheilungen und die Aufhebung der Dienstbarkeiten als nothwendig dargestellt. +

(2) zu solchen Maßregeln ~~gehören~~ gehören insbesondere die Grundarrondirungen, Gemeinheitstheilungen und Ablösung der Dienstbarkeiten, deren Nothwendigkeit die galizischen Landstände der allerhöchsten Regierung darstellten. –

Fand Kundgemachte Verordnungen der gesetzlichen k.k. Landesstelle vom 25ten November 846. Z. 3463 und vom 17ten Dezember 1846 Z. 7423 wie die Verordnungen und Anmerkungen enthalten, und halten die Anfragungen zur Entscheidung der v. J. Ord. Instanz vom 12ten November 846 -

Ich kann nicht umhin meine innerste Ueberzeugung auszudrücken, daß diese Anfragungen der Willkührlichkeit einzelner ablehnenden Aemter der Gerichten nicht entgegenstehen, weil es keinem Zweifel unterliegt, daß wenn die v. J. Ord. Entscheidung auf diesen Anfragungen in Entscheidung gebracht werden sollte, die nachstehenden Absätze des Ges. vom 7ten Merz 846 nicht wie bisher in der Anführung der unterschiedenen Gründe, Rechte der wesentlichen Gründe, Rechte der wesentlichen Gründe, Rechte der wesentlich

die Landproduktion und die öffentliche Sicherheit großen Gefahren ausgesetzt werden ~~wird~~ würde. —

In dieser ~~verhängnißvollen~~ drangvollen Lage ist es der um das Wohl des Landes ~~bekümmerten~~ aufrichtig besorgten Staatsbürger zur Pflicht geworden, ~~der allerhöchsten Regierung~~ eine in der praktischen Kenntniß des Gegenstandes gegründete Darstellung der, aus einer unzweckmäßigen Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse unserm Lande drohenden Gefahren und der dießfälligen Bedürfnisse unseres Landes, der allerhöchsten Regierung vorzulegen. —

Ich habe mir vorgenommen, im ersten Abschnitte dieser Schrift, die in der allerhöchsten Entschließung vom 12ten November, im Kreisschreiben vom 25t November und in den Instructionen vom 12t December 1846 enthaltenen Anordnungen näher zu betrachten; — im zweiten Abschnitte aber die, mit den erwähnten Anordnungen nicht berührten grundunterthänigen und landwirthschaftlichen Verhältnisse, deren Regulirung unumgänglich nothwendig ist, darzustellen.

5 182

Erstes Hauptstück

Von der Verleihung des Nutzungseigenthums der unterthänigen Gründe ihren dermaligen Besitzern.

Mit dem Kreisschreiben vom 25ten November 846 wurde das Nutzungseigenthum der unterthänigen Gründe ihren dermaligen rechtmäßigen Besitzern verliehen.–

Indem Jedermann diese Verleihung ~~des Nutzungseigenthums~~ als eine Sicherung der Grundbesitzrechte hiemit auch als eine wesentliche Verbesserung anerkennen muß, so kann ich nicht umhin zu bemerken, daß in Betreff der Rechtmäßigkeit des Besitzes eine zahllose Menge von Streitigkeiten sich erheben werden.–

Sehr viele Unterthanen (: insbesondere in den östlichen Kreisen Galiziens :) haben in verschiedenen Zeiten ihre Grundstücke verlassen, weil sie dieselben wegen Mangel an Betriebskapitalien nicht bebauen konnten, oder sich der damit verbundenen Arbeit und Sorgen nicht unterziehen wollten.– Obwohl nun die Unterthanen ~~Obwohl nun die Unterthanen~~ nach den Gesetzen verpflichtet waren, der Grundobrigkeit zur Wiederbesetzung der verlassenen Gründe andere taugliche Grundwirthe vorzustellen, so thaten sie es nie und konnten auch dazu von Seite der Grundobrigkeiten, aus gänzlichem Mangel an zweckmäßigen Zwangsmitteln, nicht ~~gezwungen werden~~ ~~werden – Nach der~~ verhalten werden. (6) Nach der bisher ~~Nach der bisher~~ üblichen, der Verfügung des Patentes vom 4ten November 1789 entsprechenden Gewohnheit, wurden zur Wiederbesetzung der verlassenen Gründe von dem Gemeindevorstande neue Grundwirthe vorgestellt und von den Grundherren, Pächter oder Gutsverwalter angenommen, wobei gesetzunkundige Verwalter oft die gesetzlichen Förmlichkeiten nicht beobachteten. Dieselbe Verfahrungsart wurde auch bei Wiederbesetzung der, in Folge einer gegen Unterthanen verhängten Abstiftung von Haus und Hof, öde gewordenen Grundstücke, beobachtet.– Äußerst selten kamen solche Fälle vor, wo

~~Äußerst~~

~~Diese Bestimmung betreffend Gemeinschaft Zwischen mehr,~~ die Verhältnisse, ~~welche~~ ihre Grundstücke miteinander haben sollen, denn dagegen scheint, die zurückzugeben nimmt auf die verschiedenen Stand wirdum besitzlosen Grundstücke zusammenschießen, weil es wo dem Besitzverhältnis nimm schlechte öffentlichen Mindernden. Besitzung nicht zweifelten, und zu [illegible] es mit Grund. besitz haben wollte, ~~#~~ wie andernfalls mittlerweile öffentlichen dauernd Grundstücke miteinander vermehren könnte. – Der über die Zusammensetzung zwischen Verschiedenheiten dem Wesentlichen nach, und die miteinander zusammenhängenden Grundbesitzungen bedürfend Einigung muß, und die einzelnen zusammensetzen in dem nächstfolgenden Artikeln über Rechtsverhältnisse schiedenen Verschiedenheiten und zusammen Bestimmungen, nicht angegeben werden, denn Verhältnissen über Rechte die verschiedenen Zusammenhänge mit einander zu vereinigen; so ist zu bestimmen, daß nach Verlauf der zwischen in Betreff der Verschiedenheit der Grundbesitzungen zusammen Artikeln aufgehoben werden, die in Verfassungen und Gewohnheiten übereinkommen. –(i.)

(i.) Die Entscheidung hat enthalten, daß diese Bestimmung wohl ungültig ist. – Das allerhöchste Gesetz vom 15. April 846 womit vor den Verschiedenheiten und zusammen Bestimmungen, über den Bauern dafür erläutert, daß dieselben einerseits vor allem an die Grundgerechtigkeiten zu bestehenden Gesetzlichkeiten beseitigt sind. In Folge dessen verhalten sich in einem Grundstücke mehrere Verhältnisse, deren Verschiedenheiten Grundstücken bestehen, und anstatt der einzelnen Besitzungen einer Familie, wobei sie zu Verfassungen nicht passen. – Es wird auch ~~nicht~~ zu Grundbestimmungen (nicht) passen, auf welchen Verhältnissen, die bis jetzt an einem Grundstücke zum nicht zusammen, einen Verfügungen Streitigkeiten verhindern. – Beziehungsweise kann das Verschiedenheiten vom 26ten May 1789 angenommen werden, welches die Anordnung enthält, daß die Absicht von Hufe und Hof bezüglich ob mit gemeinschaftlichen Zusammensetzung angenommen werden soll; – die Bauern das Abgeschiedenen können den die Zurückgabe der Grundstücken von den einzelnen Besitzungen.

6 183

Es wäre daher höchst wünschenswerth, damit die allerhöchste Regierung von der Nothwendigkeit der Vornahme solcher Grundarrondirungen und Gemeinheitstheilungen ~~die Über~~ durch sachkundige Leute sich die Überzeugung verschaffe und in Betreff der Mittel ~~wie diese Maßregeln~~ zur Durchführung ~~solcher Arrondirungen~~ dieser ~~Arrondirungen und Gemeinheits-~~ Maßregeln ~~theilungen~~ die geeigneten Anträge sich vorlegen ließe. —

Von dieser Amtshandlung zu beschreiben ~~ist~~ die Bemerkung nöthig, welche bestimmt sollten, in wie weit und binnen welcher zurückgelegten Frist, ein Ueberbau mit seinem Hauptgebäude auf einem Grundbesitz zulässig sein kann, ~~ist~~ ~~gesetzlich~~ ~~vorgeschrieben~~ ~~ist~~ vorgeschrieben worden.

(7)

Es muß auch genau bemerkt werden, daß sowohl die Anmeldung des Nutzungseigenthums und des Rechts mit dem Grundbesitzungen sich zu befassen, dieselben zu vermehren und zu vermehren - als auch die bestehenden Lehenbindungen - so lange zum Theil der Ueberbauung nicht gedienen sein, bis die bäuerlichen Wirthschaften nicht gewendet und der Werth der bäuerlichen Besitzungen durch Grundzinsen, Zinsen und Grundabgaben nicht [Ser. fol. 3½] getilgt worden. ~~Von den Grundzinsen und Grundabgaben, wird in zweiten Abschnitte die Rede sein.~~

Zweites Hauptstück

Von der Regulirung der väterlichen Verhältnisse.

~~Von den Verfügungen des~~ I Circularrescripte ~~vom~~ 25ten Nov. 846. ~~ist~~ welche die Schuldigkeit im Allgemeinen und den Weg der Wirksamkeit der Obervormundschaft zur Befolgung vorgeschrieben wird: -

Dem S. I. des ~~allerhöchsten Patentes~~ Circularrescriptes vom 25. Nov. 846 über die Lehenregulirung bestimmt: „daß die Hälfte des Ertrages der gesammten väterlichen Besitzungen, so wie sie auf den gewöhnlichen Betrag mittelst „des Abzuges des Bauernaufwandes, des Wasserlaufes und der „Grundsteuer zu mütterlichen Besitzungen zu sein „hat. -

Da nun die Schulden des gewöhnlichen Betrages zum Grundlage der neuen Lehen-Regulirung angenommen werden, so wären es nothwendig ~~die Ertragnisse dieser Post~~ müssen zu bestimmen, in wie weit die Erträgnisse dieses Betrages zuzurechnen sind. -

Mit dem allerhöchsten Patente vom 12ten April 785 wurde, da das Bauernlehen in Galizien eingeführt. - Auch gelang auf diesem Betrage gegründete Bauernregulirung, und ist aber schon in Folge des allerhöchsten Patentes vom 16ten April 790 aufgehoben und muß der Anlauf genehmigt werden, weil die Rücksicht des Grundsteuer genauer

nämlich, weil die Ermittlung der Grundsteuerreinerträge dieses erfordern. – (1.) – Die Assessoren Bischoff Bertram und

[redacted] dürfen jedoch als Grundsteuer-Rath zu dem im Jahre 820 vorgeschlagenen Grundsteuergesetze, somit, weil nun zusammenfassigen Grundsteuer, nicht vorhanden, dem vorn.-

Bei Einführung dieses Grundsteuergesetzes müssen alle die seit der Vermessung des umzuwechselnden Bezirks, insbesondere vorgekommenen Veränderungen in Absicht, der Grundstücke, in der Kultivirung derselben und in den Preisen der Letzteren bemerkt und vorgemerkt werden, damit die Assessoren der umzuwechselnden Veränderungen und Abtheilung dem Grundsteuer-Einnehmer bleiben oder nämlich (2.)

Es wird die Veränderungen in Absicht der Grundstücke und in der Kultivirung [redacted] bei dem zur Einführung des Grundsteuergesetzes, und vorgenommenen Arbeiten bemerkt worden sind, dann auch der Vergleichung der in den Jahren 786 bis 788 vorhandenen Grundsteuerbücher mit denen vom Jahre 820 vorhanden. – Auch dieser Vergleichung wird man sich überzeugen [redacted], daß die Steuerbücher des im Jahre 820 vorhandenen Grundsteuergesetzes, unerachtet nur einer Abschrift [redacted] sich erhalten. – Es sind [redacted] Fehler, wo bei der Einführung des Grundsteuergesetzes, [redacted] Assessoren [redacted] Grundstücke, somit Einnehmungen [redacted] vorgenommen wurden, sowohl [redacted] Einnehmungen, als Ausgaben [redacted] Grundstücke, [redacted] Ausgaben [redacted] zugesetzt. –

Fehler als unrichtig und falsch vorgetragen Assessor des Landgerichts vom 7.1785 in

Wenn wird sich [redacted] über die höchsten Vorzüglichkeit des Grundsteuergesetzes [redacted] nicht wundern

---

(1.) Gesetz vom 19ten May 1790. Gülten. Ges. Samml. Bd. 28.-

(2.) Gesetz vom 8ten Febr. 1819 (§. 2 & 3.) Gesetz. Sammlung. Bd. 71. – Edikt des Geh. Finanz. Dep. vom 13. Dezbr. 819 §. 207. Finanz. Gesetz. S. 267. – Die §§. 50 bis 53. dieses Verordnung bemerken, daß man alle vorhandene Abänderungen vermeiden wollen. – Die §§. 57 bis 61. bemerken, daß man auf in den Gülten, wo Veränderungen in der Kultivirung vorkommen, der Grundsteuer-Einnehmer den Grundstücken nicht und bemerken, sondern diese Erkenntniß über die [redacted] Assessoren des ursprünglichen Grundsteuergesetzes, und, mittelst dieses. –

4

8 –
185

können, wenn man die Eide bestimmt, mit welchen ~~die~~ die Betreffenden Behörden die Amtsverrichtungen ~~ausüben~~ beginnen und die Mittel, welche zu ~~dieser~~ deren Ausübung angewendet werden sind.–

Als Mangel an Gewissheit, Pünktlichkeit und andern gesetzlichen Indicien, wonach die Leitung des Amtes, das den, in diesen Geschäften gar nicht ~~eingeübten~~ brauchbaren, für den, selben ganz fremden Immobilarrechten, einigen Domainen- und Lehnsachen und die in dem Eide ~~der~~ rücksichtlichen Anmerkungen Beobachtungen, angewendet. – Auf die Pünktlichkeit der Gerichten wurde mit Ursache gedrungen, dieselben würden in ganz Gerichten keinen neuen Fehler begründet. – Die gerichtlichen Ausfertigungen sehen die Genauigkeit geben und die bei vorkommenden Abänderungen in Verfassung des Gesetzes, Rücksicht massiven Aufbewahrung dem selben ist damit Leute Amtseid worden. – (3.) (10)

(3.) Arg des Ges. Gesetz. Com. vom 23ten Juni 1819. z. 1. Gesetz. Ges. Samml. P. 145 §§. 2 und 3. „ der Immobilarfonds bestimmt zum Leitung „ des Geschäfts „ einen Immobilarrichter „ ... „ welcher dann Immobilien nie Domainen Lehen zugehören, „ worden. –

Arg des Ges. Gesetz. Com. vom 13. Dezb. 819 z. 207 Gesetz. Ges. Samml. P. 267 – §. 4. „ die Beeidigung ist zur Vollziehung „ des Geschäfts einen eigenen Obermeister zu bestimmen, „ – Wofern Domainen und die Beeidigung in ganz Gerichten auf ein Mahl ~~in den vorgeschriebenen~~ rücksichtlichen Judicien ~~vorgenommen~~ ... kann nicht angenommen werden, dass kein einziger von denen Obermeistern in dem Geschäfte ~~nicht~~ und zu ~~den Lehnsachen~~ brauchbar wäre. –

§. 31 der Justiz. für die Gesetz. Gesetz. Com. – Gesetz. Ges. Com. P. 136 – §. 32 der Justiz. für Immobilien Gesetz. Ges. Buch 158 – enthalten die Eide, mit welchen neue auf die Leistung der Amtes abgeändert sind. –

Arg. der Ges. Gesetz. Com. vom 13. Dezb. 819 z. 207. Gesetz. Ges. Com. P. 267 – §. 23. „ der Gemeinde vorstand soll alle gerichtlichen „ Ausfertigungen zu geben und in zweifelhaften Fällen sein „ Amtseid aufzubewahren „ (einen Ausfertigungen unterzeichnen Amen Paulwollich) – §. 52. und 62 „ die Verrichtung ist eben „ dieselbe Leuten und dann ein Gut. v. 12. April 1785 mutatis „ mutandis Abänderung zu bewirken. „ –

Die Rechtsverbindlichkeit oder Rechtsverbindlichkeit

~~Die Rechtsverbindlichkeit der Leistungen von Unterthanen~~

der Unterthanen Leuten, ~~die Rechtsverbindlichkeit der Obrigkeit~~ ~~zu leisten~~ der böse Wille der Unterthanen, die Unbrauchbarkeit der gemeinen Vorschläge und Leute, die Beschaffenheit der Baulichkeiten, die Feuergefährlichkeit der Vorräthe und Leute, die Feuergefährlichke

Wir wird also das gemeinschaftliche Verfahren in Allgemeinen und in unsern besonderen Gründen in nachstehenden Fällen abgeändert und ergänzungsweise festgesetzt, daß die allerhöchste Anordnung vom 20ten Dezember 1785 die neue Vermessung der ~~Grundstücke~~ Ortschaften und neuen Katastral-Vermessungen derselben mit denen dabei vorkommenden Abweichungen, nicht minder [illegible] (6.)

Die Fassion und Abmessung des gemeinschaftlichen Verfahrens soll nun in Ansehung der Zeit dann die in Absicht der Grundstücke, in dem Umfange derselben, und in dem Verhältnisse der Grundbesitzer, vorkommenden Abänderungen, bestimmt folgende gewendet: (12)

a.) Abänderungen in Bezug auf die Grundvermessungen:

Die in Folge des allerhöchsten Patents vom 12ten April 1785 in den Jahren 786, 787 und 788 vollzogene Abmessung der Grundvermessungen ist bis nun zu einer [illegible] geblieben. - In dem [illegible] Zeitverlaufe müssen [illegible] von 60 Jahren der Grundsatz, daß dem Zuwachs der Vervollkommnung, der Verbesserung der Bodenkultur und der Vermehrung des Grundwerthes vorgebeugt werden. - In Allgemeinen muß nun angenommen, daß die Abänderung der Grundstücke seit dem J. 785 bis nun zu wenigstens nur zweifachen angenommen [illegible] (7.) in

" dieselben nur Gemeinden, wie sein einzelnen Bauernbesitzen " angehören, haben Wir, auf den mittleren Ertrag der " sechs Wirthschaften, nur den zweihundertsten Theil abzusetzen " gnädigst befunden, in welchem sämmtlichen Provinzen " wie in jenen Grundsätzen billigen und in jenen Abweichungen " sechstes Theil der Grundsteuer in Abschätzung zu bringen " - das mit diesem a.h. Patente angeordnete neue Vermessungsverfahren ist daher bis nun zu nicht in Abschätzung gebracht worden. -

Verfügt den 8. 26. des Mg. des Gall. Gouv. Dep. vom 23ten Juni 819. Zl. - Diese Note n. (4.)

(6.) Der Flächeninhalt Galiziens ist im gouv. Patente auf 1259 □ Meilen angegeben worden, auf den gegenwärtigen Angaben beträgt derselbe 1365 einfach mit 106 □ Meilen mehr. - Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Abweichung zwischen der Angabe des gouv. Patents und dem wirklichen Inhalte in Folge der neuen genauen Vermessung sich auf gegen [illegible] wird. Wenn denn festgesetzt, wird auch die Existenz in den Abmessungen einzelnen Grundstücke [illegible] Einzige Einzelne solchen Existenz entfällt den Abfassung A [illegible] Dritt [illegible]

(7.) Diese Erfahrung bedarf kaum Erwähnung, daß die [illegible] Abänderung des Abmaßes der Grundstücke sich in ganz Europa Statt findet. -

in einzelnen Fällen ist diese Anfrage bei weitem größere Schwierigkeiten (8.) verursacht, indem jeder Gutsbesitzer sich, ob dasselbe in der einzuschlagenden Richtung vom Jahre 785, ermittelt werden. — Wenn diese abzuändernde Abänderung in Betreff der Grundstücke denn die allerhöchste Anzeige seiner Benutzung haben, indem dieselben bei der, mit d. J. 1820 vorgenommenen Vermessung des Brückenbaues nicht in Betracht gezogen worden sind, (XXII) und somit auf keiner Evidenz berücksichtigt wurden (9). — 13

b.) Abänderung in Ansehung der Grundstücke und in dem Verfahren des Besitzes:

Diese Abänderungen sind überall vorgekommen. — Denselben und Entsprossen, die in den Grundbüchern einzelne Gutsbesitzer, wobei Grundzerstückelung entsteht — die Gutsbesitzer, und Grundeigenthümer kommen neu und neu durch unrichtige Benützung in den Besitz von Grundzerstückelung ihres vorherigen Ausmaßes — Grundeigenthümer wünschen vorgenommen; — die größeren nützlicheren Grundbesitzer theilen ihres Grundstücke mit andern; — die mit ihrem Grund, Boden und sonstigen Grunde stehenden nützlichen, von Grundbesitzer, wovon nützen ihres Grundstücke durch Einrichtung, durch allmählige Einödungen in die sonst, sonstigen Grund; — die ihre Grund kommen allmählig ganz abhängig in den Besitz der mit denselben größeren Grundeigenthümer u. s. w. (10.) —

(8.) Diese Anfrage [Dritte ....] Theilbesondern die Entscheidung ... bis

(9.) Daß diese Abänderungen bei der Einschätzung des Grund, Vermögens vom J. 1820 nicht berücksichtigt worden sind, ist bemerkt denselben.

Einige Abänderungen wenden nur in den zufälligen Veränderungen des gemeinschaftlichen Interesses bestimmten Abgaben nicht mitgenommen, weil die Weg der Hofk. Prov. Dom. vom 19 Januar 825 Z. 28165 (Prov. Ges. Samml. V. 22.) die Bestimmung enthält: „daß „die Abänderungen in dem Kultur-Gattung der Grundstücke „während dem Laufe des gemeinschaftlichen Interesses nicht berücksichtigt werden sollen, und diese keine Ursache „und den Evidenzhaltung bilden" (§§. 5. litt. c und 8. 7.) — [, mittelst welcher die Evidenzregister vervollständigt wurden sind, —

(10.) Die nun äußerlich Mängel vollkommene Abänderungen bestehen sehr häufig vorkommen, weil in den meisten Gemeinschaften Gemeinden insbesondere in den wir näher bekannten östlichen Provinzen die Grundbesitzungen sehr zerstückelt sind und nicht berücksichtigt werden können. In den östlichen Provinzen

Hierin ist zu bemerken, daß die Gemeinschaften bei diesen Amtshandlungen in Allgemeinen dreifach (14) [illegible] würden. – Die Verrichtungen und Lokalität [illegible] mittlere Gemeinden, welche [illegible] und Leute, die sonst in Galizien vorkommenden [illegible] Gemeinden, welche [illegible] und Verwaltung der und Vermögen der Individuen [illegible] einfache die Verrichtungen, und in Ansehung der Gemeinden bei dem Mangel eigener, hinlänglicher Gemeindegüter zum Unterhalte ihrer Beamten (11.) und bei der [illegible] Verzüglichkeit [illegible] auf die mäßigsten Weise vorhanden sind. – Hierzu kommt noch, daß die k. k. Behörden, die im Allgemeinen sich nur zum Theil mehren, die Verrichtungen und Einsicht in das Vermögen, die Gemeinden zu überwachen und [illegible] Gemeindevorsteher [illegible] Gemeinden [illegible] Gemeinden, [illegible] Gemeinden, [illegible] Gemeinden,

~~Von Amtswegen einzuschreiten~~ wenn aber die Besitzer selbst ansuchen.

In den Fällen, wo die mit der Entschädigung des Grundeigenthümers verbundene Aufhebung der Besitzer von den Amtsgütern in Folge der Grundstücke in Klagenfurt, Laibach, Görz, Triest, Rovigno und Villach die vollkommene Amtswegigkeit der Entschädigung des Grundeigenthümers auf die Grundstücke zu verschaffen, und die Zulässigkeit der Expropriation nicht schon durch Amtshandlungen zur Kenntniss der Besitzer gekommen ist, so haben die Amtsgüter, sowie zur Vermeidung der Verzögerung, auf das Ansuchen der Besitzer Zeugen, und zwar sechs (6) - und zwar 2 aus der Nachbarschaft, die Besitzer zu bestellen, welche über die Grundstücke, über welche die Expropriation stattfinden soll, über die Grundstücke, über welche die Expropriation stattfinden soll, über die Grundstücke, über welche die Expropriation stattfinden soll,

(Tritr. ....) Zum Lemmiyn dinsm Lnsenzlung sind ni dmm Ausmeyn A. ninigm Lnisginten mugnsüsmt, in wnlsmm din Ougnbnm dnb gmonigonigsmm Dntnrsmmb mit dmm winklisnm ymgnmwänd, dnym Lnsmmnh zusammmmygnsmdlt mnssmmm. – Jsdnin aug dnss üb mnzmügt, dnss nb in Gnligimm dmm ninzignb Gmmnd, sünl yinbt, dnggmm Lnlmmy dmm Ausmmy dmm Ansüldnbmm dnb gmonigonigsmm Dntnrsmmb ylnissümm. –

Dymgnmwändig wrsdm din Ougnbnm dnb mnwüsmbnm Dntnrsmmb bni Vnmlmüymm übnm dmm Dnuch und Ymmbnuch dnm Güdnm, bni dmm Jnrsmmmlmüymm – gnm nigt bnmüksigt, gnt; – dnm Dnüsnm, dmm Jnrsmm muss sig nm Ond und Nnllm mnn dmm Ausmeyn dnm Gmmndsülkm übnmzmeyn. – Ein Gmmndsmmnm wnlsnm wigmm wollnm, wnb sin migmndlig bn, sitzmm, könnnm dinsnb nub dmm Dntnrsmm nigt mnfnrsmmy. sin müssnm ignm Gmünd dumg snsbündigm Gmonmbnm nnm, mnsmnm lnssmm. –

Jst nb nün mögli din Ansültnbm dinsnb gmonigonigsmm Dntnrsmmb und Gmmndsmeyn dnm Anyülimmy dnm untnm, Gmünigmm Gsuldigtnibnm zuzuknnsmmm? – Dnnn nnm ~~nnm~~ nnm dmm Mnrsbstnbm, wnlsnm bnid Lnmmlnmmmy dnb Gnmnigsnt Dnnim Mnigmsülk vom J. 1790. 1817 und 1819 gsnm dnrmnsst din ymüsbnm Mißbmmsültnissm in dnm Vnulmgmmy dnm Gmmndstmmm ~~zum Lnlmgn Lnstm~~ – wird ymüssmm Lnstmm, nüsmlig din nüdmmsgünigmm Gsuldigtnibnm, ~~[illegible]~~ ~~gnmin wmmm [illegible]~~

17

Nu J. 1847 bmrsgri- bnm? – Gst nb nigt nüdmüsmnd, dnss di Mißbmrsültnissm in dnm Brsgsibung dnr nüdmrsgünigmm Gsuldigtnibnm nnm Gmößnmm gnin wmrdnm dnm Gmmndstmm? – (14) –

dnssm Mnrsbstnbm bi wibnm ~~nb~~ jnm in dnm Vnulmgmmy

II

Nnm dmm Vmmsüymymm dnb Anmbsgsmnibnb dnb gnlig k.k. Lmndnb-Gü, bmmimm mom 25ksm Nimmmbnm 1846 gnb. J. 71881. –

Jn gsnb bmmnkb mnn dmm bndmüdmndmm Mißbmmsültnissm in dnm Vmmsmndung dnr nüdmrsgünigmm Gsuldigtnibnm nnn dmm Mnrsbstnbm dnb in gmonigonigsmm Dntnrsmmb nn, mittnlbnm Lnlmmyng dnr nüdmmsgünigmm Gmmndbnsit, zmigmm – ynsgnmgsnn. –

Dinsn nnsig gsnn müssnm ymüsbnm Mißbmmsültnissm

(Tritr. .....)

14.) Jn dmm Ausmeyn A. gsnb ni ninigm Lnisginten dingnm Mißbmmsültnissm nngnsümt. – Dnss dingn Mißbmmsüll. nüssnm bni dnr Nbsüymng gnr nigt ynsbnm wmmdnn, wmmn ~~nb~~ ni in dmm Lntmmsgidungnn übnr din Jnsmüdigsnmm gnr Nbs, sümmng dnr Angülimmy nübnimmdmmsatzmm. ~~[illegible]~~

~~fällen~~ worden

~~fällen~~ nun in Gemäßheit der Anordnungen des Gesetzes vom 11 25ten November und insbesondere in Folge der in der Anlage dieses Gesetzes mitgetheilten Berechnungen, wonach die Abschätzungssumme, um welche die Abschätzung der ~~zu~~ entschädigenden Grundbesitzer zu vermehren ist, eine höhere Summe ergiebt, wird

In Folge des in §. 1. der allh. Entschließung vom 12ten November festgestellten Grundsatzes hätte ~~bei jedem einzelnen Grundbesitzer~~ der, nach Abzug des Interessenantheils der Anlagen, welche nicht, oder nur zu bleiben haben, ~~der~~ übrige Rest des ~~Einkommens~~ Einkommens, die Abschätzung vermehren sollen.

bei jedem einzelnen Grundbesitzer der- gestalt und

Einem Grundsatze soll die abzuwendende Klassensteuer, wenn sie nicht entgehen:

1ten Zum Ersatze der bisherigen Klassensteuerbefreiung (15) wird, da der ~~gesammte~~ Interessenantheil Werth der Anlagen, gegen den Einkommen des ~~gesammten~~ entschädigenden Grundbesitzers in Folge in Abschlag gebracht.

Es giebt in Galizien Gemeinden, in welchen die Nutzungen der Gemeinden aber nur theilweise Anlagen haben, die Steuer ~~18~~ die bisherige Grenze ist in diesen Gemeinden zu hoch bemessen. In anderen Gemeinden sind die Anlagen so groß, daß sie den Werth der ~~gesammten~~ bisherigen Grenzen bei weitem übersteigen (16).

Der ~~der~~ Abzug des gesammten Werthes der Anlagen von dem Einkommen des gesammten entschädigenden Grundbesitzes in Galizien, wird sowohl in manchen Fällen zum Vortheile der Gemeinden - in anderen Fällen zum Nachtheile der Entschädigungen wirken. - Um Letzteren, welche keine Anlagen haben, womöglich Ersatz für die mit Anlagen belasteten Gemeinden, womöglich die in der Zukunft zum Vortheile der mit Anlagen belasteten Gemeinden dem minder belasteten abzustellen. - Auf diese Weise müssen wenn

---

(15) ~~(1.)~~ Gegen andere Umstände nicht gleiche Wirksamkeit ~~gewährt werden~~ ist nicht ersichtlich. —

(16) ~~(2.)~~ In der Gemeinschaft Bandrowski Przezwiska Zawiszy sind die Gemeinden mit Anlagen am schlechtesten versehen, obgleich sie nicht, wenn sie mit 18 fl. W. W. abgeschätzt sind. - In dem benachbarten Gemeinschaft Rudawa sind mit Anlagen versehen

na 4 lub 5 kilometrów

(16) Zu einigen wie beispielsweise [illegible] ist für jede Anlage 15 bis 30 n. ö. Metzen Zuwachs. —

neues großes Mißverhältniß in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten entstehen, welches behoben sein würde, wenn der katastralmäßige Werth der Kleingaben einzeln von dem Ertrage einer jeden unterthänigen Grundbesitzung, in Abschlag gebracht werden sollte.-

Die Einwendung, daß eine solche individuelle Berechnung mehr Arbeit und Zeitaufwand benöthigen würde ist nicht grundhältig, denn wo es sich um Einführung so wichtiger die ganze Zukunft des Landes betreffender Maßregel handelt, der muß die größtmöglichste Thätigkeit aller mit der Ausführung solcher Maßregeln beauftragten Individuen, in Anspruch genommen werden. Uibrigens würde der individuelle Abzug des Werthes der Kleingaben, die bei der individuellen Robothregulirung vorzunehmenden Arbeiten nicht viel erschweren, denn der katastralmäßige Werth dieser Kleingaben ist bereits ermittelt und berechnet worden.- Bei solcher individuellen Berechnung würde man auch nicht in die Rechtmäßigkeit der bisher geleisteten Kleingaben, 19 welche unverändert bleiben sollen, einzugehen haben, indem der von dem Ertrage der individuellen Grundbesitzung abzuschlagende Werth dieser Kleingaben, diesen Ertrag und in Folge dessen die, nach dem Maßstabe des Ertrages, neu vorzuschreibende Roboth, verhältnißmäßig vermindern würde.-

Es muß auch bemerkt werden, daß die ungerechte Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten in der Zukunft zahllose Klagen und Streitigkeiten nach sich ziehen muß, deren Untersuchung und Schlichtung weit mehr Zeit- und Arbeit-Aufwand benöthigen wird, als dieses jetzt zur individuellen Berechnung der unterthänigen Schuldigkeiten, nothwendig erscheint.-

2ter In der Klasseneintheilung ist das Maximum und Minimum des Steuerbetrages für jede Klasse ganz willkürlich angesetzt worden.- Der ~~Unterschied zwischen~~ Abstand von dem Maximum zum Minimum ist zu groß, und muß zur Folge haben, daß der Unterschied von 1/15 eines Steuerkreuzers die vorzuschreibende Roboth um 26 bis 52 Tage

[illegible] [illegible] [illegible] [

in die für Zugroboth festgesetzten Klassen lediglich nur diejenigen Grundbesitzer eingereiht werden sollen, welche bisher Zugroboth geleistet haben.–

Es giebt Unterthanen die in verschiedenen Jahren bald Hand-bald Zugroboth leisteten; es giebt auch solche, welche sich auf jede mögliche Weise der Zugroboth entzogen haben, obwohl dieselben zu einer Zugroboth verpflichtet waren. – Würde man nun ~~Würde man~~ den erwähnten in der Klassenbestimmung enthaltenen 21 Grundsatz wörtlich dahin auslegen (18) daß die Unterthanen, welche in den letzten Jahren keine Zugroboth geleistet auch für die Zukunft keine Zugroboth leisten sollen, so wäre diese Auslegung höchst ungerecht, und es könnte dieselbe als eine Belohnung angesehen werden für die Unterthanen, welche sich der Zugroboth ~~am besten~~ zu entziehen wußten.–

Hier muß ich auch bemerken, daß im Grunde der a. h. Entschließung und des Kreisschreibens vom 25ten November bei der bevorstehenden Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten, die den Unterthanen zukommenden, gemäß der allerhöchsten Gesetze zur Dotazion der Unterthanen gehörigen (19) Holzungs- Waide- und andere Servitutsrechte – nicht berücksichtigt werden sollen. – Da nun diese ~~Da nun diese~~ Servituten in manchen Herrschaften gar nicht vorkommen, in anderen aber allmählig, durch die Entscheidungen der k. k. galiz. Behörden (20) ~~+~~

(18) Eine solche Auslegung enthält auch wirklich der §. 28. der Instrukzion für Kreisämter zur Ausführung der Urbarialregulirung. – Im Grunde dieser Auslegung wird die Schuldigkeit eines z. B. zu 156 vierspännigen Zugtagen verpflichteten Unterthans, gemäß der Klassenbestimmung, auf 156 Fußtage vermindert werden, wenn dieser Unterthan sich in den letzten Jahren der Zugroboth zu entziehen wußte.–

(19) Siehe z. B. das Kreis Schr. vom 29ten October 1789 –

(20) Dieses ist die natürliche Folge der Pflicht zum Schutze der

[illegible] 22

so [illegible] wird die Ausmessung dieser Verhältnisse eben, falls diese bedeutende Missverhältnisse zwischen der Volksmenge und der entrichtenden Schuldigkeit zur Folge haben.

Zugleich muss Zeile wendet genommen, wo der Werth der neu vorzuschreibenden entrichtenden Schuldigkeit, das, bei welchem gewisse sein wird, als der Werth der entrichtenden Verhältnisse.

In Folge der [illegible] Angabe des gewissenhaften Verfahrens, welche als Grundlage zur Regulirung der entrichtenden Schuldigkeiten dienen soll; — in Folge des Abzugs des gesammten Werths der Planungsbau in Folge der [illegible] in Betreff der Qualität der Robot; — in Folge der Klassenbildung; — in Folge der Ausmessung der entrichtenden Verhältnisse — müssen bei der [illegible] 23 Regulirung der entrichtenden Schuldigkeiten, die gemäßen Missverhältnisse in der Vorschreibung dieser Schuldigkeiten beseitigen. — weil die Angemessenheit und Gleichheit der [illegible]

Von der festsetzung der gehörigen entrichtungen Grundobrigkeiten

Für vorzuschreibenden entrichtungen Leistungen ist nur jene billigen, gerechten, in jeder Beziehung festen Systeme, — nicht weg die Wirkung der Grundobrigkeiten, wie es in der Absicht allerhöchst Sr. Majestät wäre, sondern lediglich auch der gesammte Grundherr die Zufriedenheit bewirken werden soll. —

der entrichtenden [illegible] wird in zweiten Abschnitte [illegible], welche drei k. k. galizischen Landwirthe abfindet. — Es ist z. B. in Betreff des Holzbezugs, welches wirken Gemeinden in Galizien nicht nur die Sammlung des Blendholzes, sondern auch die Abnützung des Bau- Heiz- und nützigen Holzes zum Verbrauche dann die Entscheidungen der galiz. k. k. Landesstelle, zusammen worden, wobei die für die Gemeinden günstigen Bestimmungen der allg. Gesetzgebung v. 8. Februar 790 in Anwendung sind. — Diese das Lexikon der galizischen Gesetze für Galizien von Moritz Draschki Wien 1842 ..... „Es wird ist gewiss, dass die „Durchführung sich finden nicht auf der Anwendung „der a. h. Entschl. vom 8. Februar 1790 beruhen, sondern „die vormaligen Vorschriften auf den Verordnungen vom „12ten Jänner 1784 und vom 29. 8bris 1789 beruhten."

(21) — Es sind Gemeinden, wo die [illegible], welche 26 oder 52 Tage jährlich leisten, — 52 Tagwerk Gemeindeholz nebst

Trifft die Anzeichnung zufälliger Minderheiten, wenn Grundbesitz ~~[illegible]~~ durch Verschuldung Leute in Jahren 1785 Mainz verlassen oder wegfallen gestorben, wenn Grundzeichnen in einer Gemeinde Leute, die gar nicht anzeichnen sind, - oder falls die in einer Grundzeichnen Rechte auf fremden Besitz ausgeübt haben, so wird ihnen Schuldigkeit bedeutend vermindert werden. -

Trifft aber die Anzeichnung falsche Abstimmungen, wenn Grundbesitzungen [und] Häuser oder Stimmen angeführt werden, so wird ihnen Schuldigkeit, gar nicht vermindert werden. -

Trifft die Anzeichnung zufälliger Minderheiten, wenn besondere Schuldigkeiten unter 10 Mainzer, als ein Abbot bestehen, - so wird ihnen Schuldigkeit nicht vermindert werden. -

Trifft die Anzeichnung zufälliger Mainz falsche Abstimmungen, wenn Namen nur 1/10 Mainzer unter bemerkt ist, als wenn für die bestimmten Klagen festgesetzten Benennung; so werden dieselben nur 26 bis 52 Tage unter unbrauchbar, als die andern Abstimmungen, die 1/10 Mainzer wenigen zerstören. -

Trifft die Anzeichnung zufälligen Mainz falsche Abstimmungen, die sich in den letzten Jahren der Zugehörigkeit zu entziehen wußten, so werden dieselben in den Zeitraum (24) Jahren Zugehörigkeit bestraft. -

Trifft die Anzeichnung zufälligen Mainz falsche Abstimmungen, wenn Collegien wenigen und den ihnen in individuell zugewiesenen Grundstücken, als auch Hof-, Zunft- Mühlen- und andern Servitute-Rechten besteht, so wird ihnen Schuldigkeit sehr bedeutend, in mehreren festgesetzten Fällen aber, wenig vermindert werden. -

Trifft die Anzeichnung zufälligen Mainz falsche Gemeinden, denn, bei denen die unterschiedenen Gemeinden oder mit Theil derselben in den Grundverhältnissen nicht individuell auf einzelnen Grundeigenthümer, sondern auf die ganze Gemeinde, festgesetzt sind; wenn in Collegien oft der Fall ist, so wird die Schuldig-

---

nebst denn, zu ihrem Lebensunterhalt nothwendigen Lebensmittel, sonst auch sonstigen Abgaben, bezeichnen. -

Pflichtigkeit derselben bestimmend vermöge (22) —

[illegible] Art, wie sie vorgeschrieben erfüllt [illegible], [illegible] bei der in Gemäßheit des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zur Leistung von Prästationen, vom 25ten November 1846 vorzunehmenden Abgrenzung, die Qualität und Quantität der zu leistenden Prästationen, auf Verlangen des Berechtigten, nicht nur nach dem Verhältniß der Belastung, sondern auch in Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen, mit Berücksichtigung der Lage, Beschaffenheit und Benutzungsart der belasteten Grundstücke, festgestellt werden soll. —

Wenn wird sich [illegible] nicht vermeiden lassen, wenn es in Folge dieser Abgrenzung Veränderungen geben wird — die in Verhältnissen zu ihrer Dotation zu [illegible] zwanzig- und dreißig- und mehr Prozenten Pflichtigen dieser, — wenn es Veränderungen, — wenn bei einem ganz kleinen Grundbesitz es nicht auf dem Verhältniß einem Theile der Veränderung die bisher geleisteten, — denn auch einem Theile aber nur auf ½ ⅛ ⅒ mindestens ½0 mit Rücksicht Robotspflichtigkeit vorgeschrieben, wenn nun Grundherrn die Pflichtigkeit nicht günstiger und nun Herrschaften nur mehr Pflichtigkeit als die nun Grundherrn, bezogen wird. (23). —

Denn nun diese Abgrenzung ? / [illegible]

Nun vorgeschrieben nicht! — die bisher geleisteten Pflichtigkeit ist 25/ vorgeschrieben, sie ist mit besser vorgeschrieben und mit besser geworden. — (24). [illegible]

---

(22) Diese neue Abgrenzung muß [illegible], in den Justizämtern zur Entscheidung des neuen Gesetzes, mit Leistungen, neuen zugeschrieben werden. Diese Justizämter [illegible] ist sehr nur wenige Fälle zu erwarten. [illegible] in denen [illegible] Die Streitigkeiten [illegible] in einer [illegible] Instanz [illegible].

(23) Diese Anlage A. [illegible] Seite [illegible]

[illegible] Es ist [illegible] zu bezweifeln, weshalb die [illegible] gerichtlichen Landesbehörden [illegible] die Zuständigkeit der Zweifel des Zuständigkeit vom 25ten März 1846 [illegible] nicht [illegible] zu treffen, sobald die Streitsachen der Entscheidung dieses Zweifels auf Aufklärungen zu vorgelegt.

(23) Diese Anlage A Seite [illegible] gerichtlichen Nr.
Es ist [illegible] zu bezweifeln, weshalb die [illegible] gerichtlichen Landesbehörden [illegible] der Entscheidung des Zweifels des Zuständigkeit vom 25ten März 1846 nicht treffen, sobald die Streitsachen der Entscheidung dieses Zweifels auf Aufklärungen zu vorgelegt.

Ist es nun, in Anbetracht der ungeheueren Mißverhältnisse, welche in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten entstehen müssen, möglich – sich der Hoffnung hinzugeben, daß die mehr belasteten unterthänigen Grundbesitzer ~~sich nicht beeinträchtigt~~ sich nicht verletzt fühlen, sich ruhig verhalten, – daß die höchst mißtrauisch gewordenen Bauer den mit der Ausführung des Regulirungsgesetzes beauftragten Beamten Vertrauen – den Anordnungen dieser Beamten Folgsamkeit schenken werden; – daß die unter dem Landvolke bestehende Aufregung in Folge ~~der~~ einer solcher Regulirung, zu einem noch größeren Grade, nicht gesteigert werden; – daß der Neid, die Roheit die mehr belasteten Unterthanen nicht zu Widerspenstigkeiten, Ruhestörungen, vielleicht auch zu Gewaltthätigkeiten verleiten wird? – daß die zur Bodenkultur nöthigen Kräfte, in Folge der steigenden Gährung, diesem Zwecke nicht entzogen; – daß gefährliche Einflüsterungen bei den Unterthanen nicht Eingang finden; – daß endlich die Ruhe und Sicherheit des Landes durch die Robothregulirung nicht gefährdet werden wird? –

Es muß daher der innigste Wunsch aller Bewohner Galiziens und insbesondere der galizischen Landwirthe sein, damit die Allerhöchste Regierung sich vor der Ausführung des Kreisschreibens vom 25. November 846 über die aus Anlaß der Regulirung entstehen müssenden, äußerst gefährlichen Mißverhältnisse die Uiberzeugung verschaffe (24) und zur Ausgleichung (26) –

(24) ~~(9.)~~ Hier muß ich bemerken, daß die a. h. Regierung sich aus den allenfalls zu beendigenden und vorzulegenden ersten Regulirungsoperaten, von den erwähnten Mißverhältnissen die ~~volle~~ Uiberzeugung nicht verschaffen kann, weil [die ersten Regulirungsoperate ~~eben von solchen~~ aus solchen Herrschaften einlangen werden] ~~eben solche Herrschaften~~, in welchen die kleinsten Schwierigkeiten und Mißverhältnisse vorkommen; ~~einlangen werden~~ ~~ihre Regulirungsoperate zuerst vorlegen werden~~ weil ferner diese Regulirungsoperate, in Folge der zur Ausarbeitung derselben gegebenen Instrukzionen [: dieses werde ich ~~in 3 Hauptstücke be~~ in einer abgesonderten Schrift darstellen :] –

Ausgleichung dieser Mißverhältnisse, das Nöthige anordnen, auf daß die Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten, den gemeinfaßlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit entspreche.–

~~beweisen~~ sämmtlich unzuverlässig und falsch sein müssen, und es daher unmöglich sein wird, aus denselben die Wahrheit zu erfahren.– Die a. h. Regierung kann nur durch Absendung von unpartheiischen und sachkundigen Leuten, welche in mehreren Herrschaften die Regulirungsoperate selbst verfaßen sollten, zur Kenntniß der wahren Sachlage gelangen.–

~~III~~ II

Von dem Verluste der Grundherrschaften aus Anlaß der bevorstehenden Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten und von der den Grundherren zu leistenden Vergütung. —

~~A~~ ~~Die Größe des Verlustes.~~ A Von der Größe des Verlustes

Im Allgemeinen muß ich bemerken, daß alle Berechnungen, welche zur Grundlage der gegenwärtigen Regulirung dienen, zum Nachtheile der Grundherren ausgefallen sind; daß ferner die Zusätze, Aenderungen und Auslegungen, welche der a. h. Entschließung vom 12t November durch die kk. Landesbehörden (27) beigelegt worden sind, den Verlust der Grundherren ungemein vergrößern; daß endlich die Verfügungen der a. h. Entschließung für die Grundherren um so schädlicher werden, je mehr sich dieselben der Ausführung nähern. —

Als Maßstab zur Berechnung der unterthänigen Schuldigkeiten wird in der a. h. Entschließung vom 12t November die Hälfte des Ertrages der gesammten unterthänigen Besitzungen, so wie er durch den provisorischen Kataster ermittelt ist, angenommen. — In der Iten Abtheilung dieses Hauptstückes habe ich dargestellt, daß der Ertrag der Grundstücke im provisorischen Kataster nach der in den Jahren 1786, 1787 und 1788 vorgenommenen Schätzung angesetzt ist; dieser Ertrag daher im Allgemeinen nicht einmal der Hälfte des wirklichen jetzigen Werthes

der

[illegible] Grundstücke gemischt kommen kann. — Wenn nun auf den Abstand in Bewegung zieht, daß nun gemischte Arbeiten der ländwirthschaftlichen Grundbesitzungen im gewöhnlichen Betriebe nicht ausgeschlossen ist, und diese bei der gegenwärtigen Besteuerung nicht berücksichtigt werden soll, so wird nun nicht zweifelhaft kön[illegible] nun, daß die in gewöhnlichen Betriebe ermittelten Ertragsfähigkeiten der gemischten ländwirthschaftlichen Grundbesitzungen, die im Gebiete der v. J. stattgefundenen Veranlagung zum 12ten November als Maßstab der an die Grundbesitzungen zu entrichtenden Leistungen gelten soll, höchstens 20/00 des wirklichen gegenwärtigen Ertrages betragen. — (1)

Da mit der Durchführung der v. J. stattgefundenen Veranlagung zum 12ten Novemb. d. J. [illegible] Ertrag der Grundstücke [illegible] für [illegible] 20/00 des Brutto-Ertrages der ländwirthschaftlichen Grundbesitzungen, die gegenwärtig der Grundsteuer unterliegen, — (28) — ermittelt worden und ländwirthschaftlichen Gewerbe — übersteigen müssten. — Wenn demnach diesen [illegible] jede [illegible] Weise zu begegnen und zwar:

1ens In dem kürzestmöglichen Zeitraume von 25 Jahren soll nun die in der v. J. stattgefundenen

---

(1) Siehe Note X Anmerkung No 6. — dem Betr. .... a

Hier muß ich nun bemerken, daß die Heller und Pfennige der gewöhnlichen Zuschlag zur Klassensteuer der Abgabe nicht berücksichtigen werden, — indem diese Pfennige, — welche für die Landwirthschaft günstig sind, die Schuldigkeit derselben vermindern, somit den Verlust der Grundsteuer vergrößern; — und aber diese Pfennige für die Landwirthschaft günstig, so können dieselben zum Vortheile der Grundsteuer auch genommen, weil die Landwirthschaft — im Grunde des §. 53 des Gesetz. vom 25ten Mai die ganze Abgabe zwischen dem bisherigen oder gegenwärtigen, und der neu vorgeschriebenen Schuldigkeit berechnet bleibt — (Siehe Anlage A Note [illegible])

Für die Landwirthschaft günstigen Pfennige

XX

Die Landwirthschaft zukommende Erleichterung wird zu gering ausfallen, wenn nicht die Grundsteuer 20/00

Die Hälfte Grundsteuer der Landwirthschaft auf Kosten der Grundsteuer

sicht vorkommenden Worte: "nach Abschlag des Kulturaufwandes" hinzugesetzt (2) – In Folge dieses Zusatzes wurden von dem Theile des Ertrages der unterthänigen Grundbesitzungen, ~~welcher~~ der als Maßstab der an die Grundherren zu entrichtenden Leistungen gelten soll, die Kulturskosten – namentlich 50/00 bei Aeckern und 20/00 bei Wiesen – abgezogen. – Da die Aecker eine bei weitem größere Hälfte der unterthänigen Dotazionsgrundstücke bilden, so machen die Kulturskosten wenigstens 35/00 des ganzen Ertrages aus. – Durch den Abzug der Kulturskosten ist daher der oben auf 20/00 Brutto berechnete Theil des Ertrages, welcher in Folge der a. h. Entschließung zu Gunsten der Grundherren veranschlagt werden sollte – auf 13/00 reduzirt worden.

2te Die Klassenbestimmung, in welcher die neu vorzuschreibende Robothschuldigkeit nach dem Steuergulden vertheilt wird, vergrößert ungemein den Verlust der Grundherren. – Wie die zum Behufe dieser Klassenbestimmung vorgenommene Berechnung gepflogen wurde, ist für uns ein 24 Geheimniß; die Resultate derselben zeigen jedoch, daß das maximum und minimum des Steuerbetrages für jede Klasse zum

---

(2) Dieser Zusatz kann weder in dem Wortlaute noch in dem Sinne der a. h. Entschließung seine Begründung finden, – der diesen Gegenstand betreffende Absatz der a. h. Entschließung lautet, "die Hälfte des Ertrages [: nicht des Reinertrages :] so wie er im provisorischen Kataster ermittelt ist" [: In allen

Nachtheile der Grundherren festgesetzt worden ist. – Aus den Berechnungen, die ich in meinen und den meiner Familie gehörigen Gütern vornahm, habe ich mich überzeugt, daß der katastralmäßige Werth der Schuldigkeiten, ~~die~~ welche die Unterthanen jeder Klasse in Folge des Kreisschreibens vom 25ten November leisten werden, – ~~nicht niemahl~~ kaum der reinen im provisorischen Kataster ermittelten Ertragshälfte eines Grundbesitzes, ~~welcher~~ welchen das minimum des für die betreffende Klasse festgesetzten Steuerbetrages voraussetzt – gleichkommt –

3te Durch die Verfügungen, welche die Klassenbestimmung in Betreff der Qualität der den Unterthanen vorzuschreibenden Roboth enthält, werden sehr viele Unterthanen, die bisher zur Zugroboth verpflichtet waren, in der Zukunft Handroboth leisten (: Siehe Ite Abth: dieses Hauptstücks Seite .... 3te und 4te) – Da diese neu vorzuschreibende Handroboth einen verhältnißmäßig viel geringeren Werth hat als die ~~bisher geleistete~~ Zugroboth, so wird der Verlust der Grundherren durch diese Verwandlung der Zug- in Handroboth bedeutend vergrößert. – Man muß auch in Erwägung ziehen, daß in Folge der erwähnten Verfügungen die Grundherrschaften im Allgemeinen einen sehr großen Theil ~~der Zugroboth, manche~~ sehr viele Grundherren aber die ganze

/: Grundsteuer provisorischen Operaten, als Grundmatrikeln, individuellen Grundertragsbögen und Summarien ist zum Behufe der Steuerberechnung nicht der Reinertrag sondern der Bruttoertrag angesetzt :/ – hat als „Maßstab der an die Grundherrschaften zu entrichtenden Leistungen zu „gelten !!

IX 195

Zugroboth auf ~~einmal~~ ein Mal einbüßen ~~werden~~ sollen; – dieselben daher nicht im Stande sein werden, diesen Verlust durch Anschaffung ihres eigenen Zugviehes allsogleich zu ~~ersetzen~~ ersetzen.

(Seite ...)

Der Anhang A enthält ~~ein~~ Beispiele ~~(No)~~ in welchen ich dargestellt habe, a. den Verlust, welcher die Grundherrschaften in Folge der a. h. Entschließung vom 12t Novemb. 30 treffen sollte, – b. den Verlust, welchen die Grundherrschaften in Gemäßheit des im §1. des Kreisschreibens enthaltenen Grundsatzes zu tragen hätten, c. den Verlust, welchen dieselbe gemäß der in der Klassenbestimmung enthaltenen Verfügungen erleiden würden. – Dieses Beispiele liefern einen unwiderleglichen in Zahlen dargestellten Beweis für die Behauptung, daß die Zusätze, Änderungen und Auslegungen, welche der a. h. Entschließung vom 12t November in dem kundgemachten Kreisschreiben vom 25t November beigelegt worden sind, den Verlust der Grundherren ungemein vergrößern.

~~Mit diesem wollen sich jedoch die zum Schutze der Unterthanen verpflichteten k.k. Landesbehörden, – denen die Ausführung des obigen Kreisschreibens obliegt – nicht begnügen.~~ – In einer ~~einer~~ abgesonderten Schrift werde ich ~~In dem 3ten Hauptstücke dieses Abschnittes werde ich~~ darstellen, auf welche Weise ~~die k.k. Landesstelle in den unterm 18t Dezember 846 kundgemachten Instructionen, den Vortheil der Unterthanen~~

der Schaden der Grundherren in Folge der, ~~in~~ zur Ausführung des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846, von der ~~k.k.~~ galizischen Landesstelle ausgetheilten Instruktionen – vermehrt werden ~~soll~~ kann. –

und

~~sind den Schaden der Grundherren durch Verfügungen, welche dem klaren Wortlaute und dem Sinne der a. h. Entschließung vom 12t November offenbar zuwiderlaufen zu vergrößern trachtet.~~

Man wird es daher sehr natürlich finden müssen, wenn die Grundherren Befürchtungen hegen, daß ihr Verlust bei der endlichen Ausführung der kundgemachten Anordnungen nicht erweitert werde; daß nämlich alle zweifelhaften Fälle nicht zu ihrem Nachtheile entschieden werden, daß die für die künftige Robothschuldigkeit festzusetzende Maß nicht klein ausfalle, daß die Mißverhältnisse in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten nicht auf ihre Kosten ausgeglichen werden u. s. w. — Diese Befürchtung ist umso mehr gegründet, als die Ausführung der bevorstehenden Regulirung den kk. Kreisämtern und Kreiskommissären, welche gesetzlich zum Schutze der Unterthanen verpflichtet sind, anvertraut ist, als auch die bei der kk. Landesstelle zur Leitung des Regulirungsgeschäftes zusammengesetzte Provinzialkommission aus Regierungsräthen (3)

31

(3) Bei dieser Kommission ist zum Referenten ~~der Hr.~~ (nie pp.) Gubernialrath ~~Dr. Eminger~~, welcher durch viele Jahre bei der kk. Kammerprokuratur gerichtlicher Unterthansvertreter gewesen ist, ernannt. — Zu noch größerem Schutze der Unterthanen wird (auch) der gegenwärtige Unterthansvertreter bei der Kommission als Mitglied erscheinen. — ~~Kein einziger Grundherr ist zu dieser Kommission berufen worden, niemand ist da, um die~~

[illegible] bildung Kommission (4). — Dem einzigen Grundsatz ist zu dieser Commission berufen worden; niemand ist der um die Arbeit der Grundfragen zu schützen. Dann [illegible] bilden Kommission (4). — Dem nun nur so zusammengesetzte Commission ist gewiss ihre Arbeit [illegible] (3) Auf den Zweck dieser Commission, zum Aufgabe der Festsetzung der [illegible] Vorschriften, wegen [illegible] Festsetzungen, kann nun den folgenden Schluss ziehen, dass die einzelnen Festsetzungen [illegible] gewiss nicht verfehlt werden. (5). —

/ den Anstalt, welche während ihrer geringen ärztlichen Lauf-
bahn, Besprechungen von Untersuchungen gewonnen sind, und in
Folge der einzuschlagenden Ausübung seines Schutzgesetzes
über die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse
keinen anderen als für die Grundbesitzer schädlichen
unrichtigen Grundsatz [illegible] (4)

Der Umfang der Grundsteuer wird jetzt zwar
und nur per [illegible] ungefährlichen gering, als denselben
die gesammten Grundbesitzer auf nur [illegible] Mark
trifft. — Die gehörige Aufzeichnung einer genauen
Karte der zur Entscheidung der streitigen
Lehren nothwendigen Vermessungsarbeit muß natür-
licherweise zur Folge haben, daß der Grund-
steuer einzeln gering wird, die gegen

(4) siehe Note ... und insbesondere Anmerkung № 1 —

(5) hier muß ich [illegible] auch bemerken, daß zu [illegible] bei dieser
Commission kein einziges Mitglied, welches von der [illegible] bäuer-
lichen und den Landbauern-Verhältnissen nur gewöhnlich in gewissen-
haften Erfahrungen gegründeter Ansichten hätte und bei vorkommenden
Fällen die unumgänglich nothwendigen Aufklärungen und Rück-
klärungen ertheilen könnte. — Es ist daher auch zu bemerken, daß die
einzelnen Festsetzungen in ihrer Anwendung auf ungewöhnliche [illegible]
geringen werden wir den kundigsten Vorsteher und der ohne
irrwesentliche Zustimmung.

(4) Auf Grundlage solcher Grundsätze und in
in Untersuchungs-Streitigkeiten sind [illegible]
sicht zu nehmen, die ganze offenbaren
gegenseitigen Aufschneidungen gefällt. Dieses
ist die natürliche Folge der Verordnung

(4) siehe Note und insbesondere Anmerkung №

/ Betriebskapitalien sich zu verschaffen, welche den-
selben nunmehr 32 nothwendig sein werden, um die
verlorenen Zwangsarbeit mit einer frei zu mie-
thenden Arbeitskraft zu ersetzen. –

[Der Verlust der Grundherren wird so groß sein, daß – nach meinem Wissen und meiner innersten Überzeugung –

[~~Ich bin auch fest überzeugt, daß~~ der Rest
der unterthänigen Schuldigkeiten, welcher den (gesammten galizischen) Grund-
herren ~~insgesammt~~ nach der bevorstehenden Regu-
lirung zurückbleiben soll – denjenigen Lasten,
welche die ~~gesammten~~ Grundherrschaften zu Gun-
sten derer Unterthanen tragen müssen, (unent-
geldliche Gerichtsbarkeit, Holzungs- Weide- und
andere unterthänige Servituts-Rechte u. s. w.)
nicht ~~gleichkommen~~ gleichkommen kann. – In dem Anhange A. (Seite ...) habe ich
als Beispiel (~~No~~) eine Grundherrschaft ange-
führt, in welcher der Werth der (in Gemäßheit des neuen Gesetzes vorzuschreibenden) ~~zu belassenden~~ unter-
thänigen Schuldigkeiten (nicht einmal) ~~kaum~~ zur Deckung ~~nicht einmal~~ der Hälfte

---

/ der Schutzpflicht mit dem Richteramte – die Par-
theilichkeit der politischen kk. Behörden in Un-
terthans-Streitigkeiten ist allgemein bekannt,
deßhalb hat auch Weiland Se. Majestät der ver-
ewigte und allergerechteste Kaiser aus Anlaß ei-
nes spezifischen Falles zu befehlen geruhet, „daß von den
„Behörden und den Beamten sich unter keinem Vorwande
„unterfangen werde, Grundobrigkeiten in der Benutzung ihrer
„Urbarialgiebigkeiten zu stören, ... daß ferner „die
„sämtlichen Behörden und Beamten in allen ihren Entscheidungen
„und Verfügungen bloß nach der strengsten Gerechtigkeit
„vorgehen, die bestehenden Anordnungen genau befolgen,

/

der Lasten, welche die Grundherrschaft zu Gunsten ihrer Unterthanen tragt, ~~gleichkommt~~ ausreichen wird. — Solcher Herrschaften wird es sehr viele geben. —

Was die Vertheilung des Verlustes unter die einzelnen Grundherren anbetrifft, so ist dieselbe ebenso unverhältnißmäßig, wie die Vertheilung der den Unterthanen zugewandten Vortheile; — denn nicht ein gerechtes in seiner Anwendung festes System, sondern der reine Zufall entscheidet darüber. (: Siehe I. Abtheilung dieses Hauptstückes Seite). — Einige ~~Einige~~ Grundherren werden äußerst wenig, die anderen aber 7, 8, bis 9 Zehntel der unterthänigen Schuldigkeiten; — sehr viele bei weitem mehr als die Hälfte des Werthes ihrer Güter verlieren. (6) — Diejenigen Grundherren, welche große Verluste erleiden, deren Güter mit Schulden belastet sind, und denen es an Betriebskapitalien zur Besorgung der nunmehr sehr kostspieligen Feldwirthschaft fehlt — werden zu Grunde gerichtet und mit ihren Familien an den Bettelstab gebracht werden, — wenn man denselben nicht unverzüglich hilfreiche Hand bietet. —

33

~~„und sich nicht erlauben, ihren eigenen Ideen und Begriffen nachzugehen, oder nach selben zu handeln“ . . . (: Allerhöchste Entschließung vom 24ten Juli 821) —~~

(6) Siehe einige Beispiele im Anhange A Seite . . . .

B

Von der den Grundherren zu leistenden Vergütung.

Die seit Jahrhunderten von den Unterthanen für den ihnen verliehenen Grundbesitz geleisteten Schuldigkeiten, sind mit dem allerhöchsten Patent vom 19t April 1790 als rechtmäßiges Eigenthum der Grundherren anerkannt worden. (6) – In Folge dieser zu wiederholten Malen bis auf die letzten Zeiten von Allerhöchst Sr Majestät bestätigten Anerkennung (7) wurden die Urbarial-Schuldigkeiten immerwährend als rechtmäßiges und unbestrittenes Eigenthum der Grundherrschaften betrachtet. – Bis auf die letzten Zeiten hat die Regierung Kameralgüter verkauft; bei den dießfälligen Verträgen wurde das Eigenthum /.

---

(6) Mit dem allerhöchsten Patente vom 19t April 790 sind die „Grundherrschaften in den rechtmäßigen Genuß der „ihnen gebührenden Urbarial-Schuldigkeiten eingesetzt „.... und die Urbarial-Schuldigkeiten als ein rechtmäßiges Eigenthum der Grundobrigkeiten anerkannt worden. – (Pill. Ges. Saml. Seite 28 bis 32.) –

(7) ~~(6)~~ Allerhöchste Entschließung vom 24ten Juli 821 mittelst welcher Allerhöchst Sr Majestät Ihren Willen dahin auszusprechen geruhete, „daß die Urbarialgiebigkeiten, daher auch Robothen, welche die Unterthanen den Grundherrschaften zu leisten schuldig sind, ein Eigenthum der „Grundherrschaften sind, daß diese von den Behörden „darin so wie jeder in seinem Eigenthume geschützt werden müssen." (: Prov. Ges. Saml. Seite 134) . –

welche ihre Amtsgewalt ~~ihre Amtsgewalt~~ im Namen Allerhöchst Sr. Majestät ausüben,

der Urbarialschuldigkeiten an den Käufer übertragen. – Die Gerichtsbehörden, haben ~~im Namen der allerhöchsten Regierung~~ im öffentlichen Feilbiethungswege die landtäflichen 34 Güter samt den Urbarial Schuldigkeiten verkauft. – Bei allen über landtäfliche Güter geschlossenen Kauf- und Verkauf-Verträgen wurden die Urbarial-Schuldigkeiten geschätzt und dem Käufer als Eigenthum übergeben. – Im Vertrauen auf die Festigkeit der Gesetze haben die Grundherren neue Ansiedlungen auf Dominikalfelder gegründet und diese Felder den neuen Unterthanen gegen Leistung von Urbarial 35 Schuldigkeiten, zugewiesen. – Die politischen und die vormundschaftlichen Gerichtsbehörden haben die Kapitalien der frommen Stiftungen, der Mündel und Waisen auf landtäfliche Güter dargeliehen und die Urbarial Schuldigkeiten als Eigenthum des Schuldners und als solide Hypothek betrachtet. – Eine Menge Privatleute haben ihre Gelder, welche ihr ganzes Vermögen bilden, auf landt-

Bei allen Pachtverträgen über landtäfliche Güter, wurden die Unterthänigen Schuldigkeiten geschätzt und samt anderen Nutzungen den Pächtern überlassen. –

/. In Betreff der bei Kauf- oder Darleihensgeschäften nothwendigen Schätzungen der Aerarial- oder Privatgüter wurden von der allerhöchsten Regierung den kk Behörden, Instructionen ertheilt. Gemäß dieser Instructionen sind die Urbarial Schuldigkeiten als Eigenthum der Grundherrschaften betrachtet und in den Schätzungspreis der Güter aufgenommen worden. –

Mit der a. h. Entschließung vom 9t Juli 844 haben Se. kk. Majestät den galizischen Landständen, welche ihre unterthänigsten Bitten hinsichtlich der nothwendigen Verbesserungen und Aenderungen der gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse vorlegten, bedeuten lassen, „daß allerhöchst dieselben „diese Verhältnisse und die Verbesserungen hierin soweit

standtäflichen Gütern angelegt. — ~~Sollen nun die Grundherren~~
Sollen nun die Grundherren
ihrer unter dem Schutze der Gesetze wohlerworbenen
Rechte, die Gläubiger ihrer durch öffentliche Autori-
tät garantirten Hypotheken verlustig erklärt wer-
den?

~~Dem Landesfürsten als Gesetzgeber steht das~~
Allerhöchst Seine k.k. Majestät hat in dem § 365 des bürgerlichen Gesetz-
~~Expropriationsrecht so wie auch das Urtheil zu, ob und~~
buches zu bestimmen geruhet: „daß ein Mitglied des Staates, wenn es
~~welche Abtretung des Eigenthums für das allgemei-~~
„das allgemeine Beste erheischt, selbst das vollständige Eigenthum einer
~~ne Beste erforderlich sei. Es gebührt aber dem~~
„Sache gegen Schadloshaltung abtreten muß." — Die unterthänigen
~~Staatsbürger, welcher sein Eigenthum für das allge-~~
Schuldigkeiten bildeten ein unbestrittenes vollständiges Eigenthum der
~~meine Beste abtreten soll, eine Schadloshaltung~~
Grundherren. — Da nun die allerhöchste Regierung es für nöthig
~~denn so fordert es das von allen zivilisirten Völkern~~
erachtet hat, damit die Grundherren einen Theil dieses Eigenthums
~~anerkannte Staatsrecht — und so hat es der § 365 des~~
zum allgemeinen Besten abtreten; — so kann es auch keinem
~~österreichischen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches~~
zweifel unterliegen, daß allen Grundherren, die ~~der~~ aus
~~bestimmt. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen~~
Anlaß der bevorstehenden Verminderung der unterthänigen
~~daß allen galizischen Grundherren, welche durch die~~
Schuldigkeiten Verluste erleiden sollen, eine Schadloshaltung
~~bevorstehende Verminderung der unterthänigen~~
gebühret. — ~~So fordert~~ — So fordert es die Gerechtigkeit; so
~~Schuldigkeiten einen großen Theil ihrer Rechte, öffen-~~
hat es unser Allergerechteste Monarch in seinen Gesetzen
~~gen Eigenthums verlieren sollen, das Recht zu stehet~~
angeordnet. —
~~sich an ihren Allergerechtesten Monarchen mit der~~
~~Bitte zu wenden, damit denselben eine Entschädi-~~
~~gung zu Theil werde — die Entschädigung muß~~
die Entschädigung muß
aber dem bevorstehenden Verluste auf dem Fuße
nachfolgen, sonst würde der, den Grundherren
zugefügte Schaden ~~unverbesserlich~~ unreinbringlich, die Entschädigung

---

„solche ohne Verletzung wohlerworbener Rechte und mit gänzlicher Ausschließung
„von Zwangsmaßregeln Statt finden können, stets zum Gegenstande Aller-
„höchst Ihrer besonderen landesväterlichen Sorgfalt gemacht und fortan
„machen werden ....."

/ nutzlos seyn –

Der Arten der Entschädigung kann es vielerley geben. – Unbestreitbar ist es, daß denjenigen Grundherren, die unverhältnißmäßig große Verluste erleiden, nicht anders geholfen werden kann, als durch unverzügliche Auszahlung einer Entschädigungssumme, die denselben zum weiteren Betriebe der Feldwirthschaft unumgänglich nothwendig ist –

In Betreff der den Grundherren zu leistenden Vergütung habe ich mir vorgenommen, diejenigen Arten der Entschädigung hauptsächlich zu berühren, welche aus den zu regulirenden gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen entspringen und zwar;

1te In Berücksichtigung der Schuldigkeiten, welche auf den unterthänigen Grundbesitzungen lasteten, wurde in Folge der allerhöchsten Entschließung vom 27ten Hornung 1841 die Grundsteuer von dem Dominikal-Grundbesitzthume nach einer weit höheren Dividende als von dem Rustikal-Grundbesitzthume berechnet (8) – Da nun die unterthänigen Schuldigkeiten in Folge der bevorstehenden Regulirung so bedeutend vermindert werden, daß dieselben im Allgemeinen nicht mehr wie einen vierten Theil des Reinertrages der gesamten unterthänigen Grundbesitzungen /

(8) Von dem Dominikal Grundbesitzthume
von 1 fr. Ackerertrag mit 5 6½/8
" " Wiesenertrag mit 9 4/8
" " Hutweiden und Wälderertrag mit 11 5/8

Von dem Rustikalgrundbesitzthume
von 1 fr Ackerertrag mit . . 4 ½/8
" " Wiesenertrag " . . 6 6/8
" " Hutweiden und Wälderertrag mit . . 8 ½

sie Anspruch nehmen; so werden diese unterthänigen Grundbesitzungen nunmehr fähig seyn, eine größere Steuerlast zu tragen. – Die gleiche Umlegung der Grundsteuer auf den Dominikal- und Rustikal-Grundbesitz, schon an sich gerecht und billig, würde die bisherige Dominikalsteuer vermindern und den Grundherren eine Art von Vergütung darbiethen. 37

Ebenso würde die gänzliche Aufhebung der Urbarialsteuer und die Umlegung der Urbarialsteuersumme auf andere Steuerobjekte eine Erleichterung für die Grundherren verschaffen, welche als Vergütung angesehen werden möchte. – Die Aufhebung der Urbarialsteuer wäre gerecht, weil diese Steuer von dem Werthe der unterthänigen Schuldigkeiten, welche bedeutend vermindert werden sollen, bezahlt wird, weil ferner diese Urbarialsteuer nicht als direkte Grund-Steuer, sondern als eine Art von Einkommensteuer betrachtet werden muß; – die Grundherren daher mit Recht bitten können, womit diese vom Einkommen bemessene Steuer entweder gänzlich aufgehoben oder wenn dieselbe nothwendig ist, auf das Einkommen aller Staatsbürger vertheilt werde –

2tens Die Aufhebung der den Unterthanen gebührenden und der Landkultur äußerst

/.

f. herrschaftliche Servitutbefugnisse (9) — wären bei der Benützung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse um so genauer als diese Servitutbefugnisse nebenher mit den unterthänigen Verbindlichkeiten. Naturverhältnisse sind, und daher die billigste Art der Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen verbleiben, als sonach der Werth dieser Servituts-Rechte mit dem Werthe der unterthänigen Verbindlichkeiten — wenn nicht die nächsten und die letzteren Naturalleistungen sind, auch in der sonnigen Zukunft gleichen Schritt halten wird. — Hier muß auch der Umstand in Erwägung gezogen werden, daß jenseits der Theilung (10) 38 und der Zeit der allmählichen die unterthänigen Servituts-Rechte bestandenen Gegenstände, so wie auch die Absicht der Entschädigungen der gleichen, so sind auch die Servituts-Rechte der Unterthanen zurückkauft und vernichtet werden sind, — nicht anders gedeutet werden kann, als daß die Herrschaftsverwaltung auch die Servituts-Rechte die Absicht der Unterthanen erhalten wollte, damit die selben leichteren Austommen finden können. — In Folge der bezogenen bestandenen Verminderung der leibeigenen Verbindlichkeit wird aber den Unterthanen die Möglichkeit verschafft, ihre nunmehr freie und leichte ganze gute Bestellung auszubringende Arbeitskraft zur Verminderung ihrer Abgabenleistung zu verwenden —

(9) ~~(8)~~ Hutungsrechte in herrschaftlichen Wäldern — Waldrechte auf herrschaftlichen Grundstücken und Plätzen u. d. g. — ~~die Ablösung dieser Servituten~~ zur sogenannten Forstablösung sind ~~nicht~~ [illegible] ~~zu betrachten~~ für die Landkultur [illegible] [illegible] [illegible]

Die Entstehung der untertänigen Servitute-Rechte hatte zur Folge, daß an dem Grundstamm, welche einem [illegible] Theil der dienenden Gerichtsbarkeit, die zur Leibeigenschaft gehörige Arbeitskraft pflichtig [illegible] – 3tens Die Entstehung der Grundgerechtigkeiten aus der dienenden Gerichtsbarkeit [illegible] Grundherrlichkeit [illegible] 39

daß [illegible] die Grundherrlichkeit für die Grundherrn [illegible] die Verleihung [illegible] für die Grundherrn [illegible] gewissermaßen [illegible] daß die Grundherrn die Gerichtsbarkeit [illegible] die Verwaltung der dominikal-Grundherrlichkeit an [illegible] gerichtlichen Entscheidungen, für die Führung des obligatorischen [illegible] Besitzes und Erhaltung der öffentlichen Sicherheit [illegible] sind, – daß endlich die Einführung der bäuerlichen Verhältnisse, welche die dominikalischen gutsherrlichen [illegible] den Bauern einen Theil ihrer Rechte [illegible] wird, als die ursprüngliche Entstehung der [illegible] entsprechenden dominikalischen Handlungen und die Verpflichtung [illegible] über die Wichtigkeit dieser Verhältnisse [illegible] jährigen Erfahrungen und übersandten die letzteren Erörterungen bewährten. –

(10) Diese Briefe und Abhandlungen, wie [illegible] Grundherrn fällt, [illegible] diese Verbindlichkeit zu [illegible].

Die Grundherrn, nach Inhalt der [illegible] obligatorischen Gerichtsbarkeit, innere ökonomische und Polizeiliche Sachen [illegible] Inhalt [illegible] die Ausübung dieser [illegible] der dominikal-Grundherrlichkeit für die Grundherrn [illegible] daß die dominikalen [illegible] Grundherrn [illegible] Verwaltung [illegible] Verbindlichkeiten [illegible] Grundherrlichkeit [illegible] Verhältnisse [illegible] Grundherrlichkeit [illegible] Verwaltung [illegible] Gerichtsbarkeit [illegible] Grundherrn [illegible] Grundherrlichkeit [illegible] Verwaltung

201

~~IX~~ III

Von den Folgen der bevorstehenden Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten in Bezug auf das allgemeine Wohl

Diesem Theile ~~dieser~~ Betrachtungen muß ich eine Erzählung (40) der bereits eingetretenen Folgen der Kundmachung des allerhöchsten Reskripts vom 13ten April und des Kreisschreibens vom 25t November 1846 vorausschicken. Hiebei muß ich jedoch bemerken, daß diese Erzählung lediglich nur auf den ~~mir~~ aus eigener Erfahrung und den mir von meinen Bekannten (: der Stanislauer, Kolomäer, Brzezaner, Stryer, Lemberger Tarnopoler und Zloczover Kreise :) mitgetheilten Thatsachen begründet ist. Die Verhältnisse der entlegenen westlichen Kreise Galiziens sind mir weniger bekannt, und ich kann nur muthmaßen, daß der Zustand derselben, wo nicht gefährlicher ist, doch wenigstens dem der östlichen Kreise gleichkommt.

In den oben aufgezählten östlichen Kreisen verhielt sich das Landvolk während den Ereignissen der Monathe Februar und März 1846 (: mit Ausnahme vieler von den betrunkenen wachleistenden Bauern an Reisenden verübten Gewaltthätigkeiten :) im

/.

Allgemeinen ruhig. – Die Aecker wurden mit dem Eintritte des Frühlings zwar nicht am besten, jedoch wie es unter solchen Umständen möglich war, beinahe überall bestellt. –

Gegen Ende Aprils und zu Anfang des Monaths ~~März~~ Mai ist die a. h. Entschließung vom 13t April 846 allen unterthänigen Gemeinden kundgemacht worden. – Die Unterthanen wandten sich an ihre geheimen Konsulenten, deren Zahl immer größer wird, und ließen sich die bezogene a. h. Entschließung vorlesen, und auslegen. – Die von den Winkelschreibern ertheilten Auslegungen und Erläuterungen mußten so ausfallen, wie es das Landvolk wünschte. – In Folge solcher Auslegungen wurden die Bauer beirrt und versagten zuerst die Leistung der bemessenen Arbeit, welche in unseren Gegenden mit voller Zufriedenheit beider Theile, seit undenklichen Zeiten bestand; dieselben suchten sich nach Möglichkeit allen Schuldigkeiten zu entziehen; – sie wollten die herrschaftlichen Produkte auf die Marktplätze, auch gegen baare Bezahlung, nicht zustellen; – sie wollten sich zu Feldarbeiten nicht vermiethen lassen; – sie hielten Versammlungen und Berathungen; – sie überhäuften die kk. Behörden mit zahllosen gänzlich ungegründeten Klagen und Beschwerden gegen ihre Grundobrigkeiten. – Einige Gemeinden versagten sogar offen

41

/.

/ die Leistung aller Schuldigkeiten. — ~~Zu dem allen~~ Zu dem allen
~~zu dem allen~~
diente als Vorwand die Behauptung, daß die kund-
gemachte a. h. Entschließung es so angeordnet
habe. — Alle Belehrungen ihrer vorgesetzten Domi-
nien, Seelsorger und kk. Beamten empfingen die
Unterthanen mit lauten Beweisen von Trotz und
Widerspenstigkeit. — | Die Schnittzeit war einge-
tretten; die Grundherren wandten sich an die
kk. Behörden, welche einsahen, daß die Fech-
sung verloren gehen kann, wenn keine energische
Maßregeln getroffen werden. Man war bemü-
ßigt, durch starke Militär-Exekuzionen und
durch Austheilung von mehreren Tausenden
von Stockschlägen den renitensten Gemeinden
begreiflich machen, daß ihre Verpflichtung zur
Leistung der Roboth noch nicht aufgehört ~~habe~~
habe. — Dieses Verfahren wirkte; die durch mehrere Bei-
spiele von solchen Executionen eingeschüchterten
Unterthanen bequemten sich zu der schuldigen
Arbeit, ~~welche~~ die jedoch mit großem Widerwillen
und nicht nach dem bisher üblichen Maße, sondern
sehr nachlässig und schlecht geleistet ~~wurde~~ ~~Die~~
~~Feldarbeiten wurden~~ wurde überall stark verspätet
und die Ernte ~~fiel~~ bei weitem weniger ergiebig
~~aus~~ ausfiel, als man es hoffen konnte. — ~~Zu diesen~~
Zu diesen Uebeln hat auch der Umstand viel beigetragen,

wurde. — Die Folge davon war daß die Feldarbeiten — obwohl die anhaltend schöne Witterung dieselben begünstigte —

/.

(daß die Unterthanen in Folge der bezogenen a. h. Entschließung nicht mehr zur Leistung der entgeldlichen Aushülfs-
42) tage bemüßigt werden konnten. – Durch die Aufhebung dieser Aushülfstage (1) ist den gesammten Grundherren, insbesondere in den östlichen Kreisen Galiziens, die Hälfte der zur Zeit der dringendsten Arbeiten (: Heumath- und Körnerfechsung :) nothwendigen Arbeitskraft auf einmahl entzogen worden (2) Diesen Verlust an der bisherigen Zwangsarbeit

---

(1) Hiebei muß ich bemerken, daß die mit dem a. h. Pat. vom 8t Aug. 786 den Dominien ~~gegen Vergütung~~ zugestandenen entgeldlichen Aushülfstage während der Heumath und Körnerfechsung, gar nicht als eine neue den Unterthanen im J. 1786 gesetzlich aufgebürdete deren Schuldigkeiten vergrößernde Last betrachtet werden können. – Mit den Patenten vom 24 Juni 1784 und vom 16 Juni 786 sind verschiedene sehr zahlreiche unterthanige Schuldigkeiten aufgehoben worden. – Obwohl diese Schuldigkeiten in den Inventarien unter verschiedenen Nahmen vorkamen, so waren dieselben jedoch in den nähmlichen Titeln, wie die gegenwärtig bestehenden, begründet, und wurden vor der Aufhebung rechtmäßig gefordert und geleistet. – Da nun der Gesetzgeber bei der Aufhebung dieser ehemals rechtmäßigen Schuldigkeiten unter Einem den Grundherrschaften das Recht zuerkannte von den Unterthanen, bei dringenden Feldarbeiten, eine entgeldliche Zwangsarbeit (: Aushülfstage :) zu fordern, – so kann man dieses lediglich nur als eine Abänderung der früher bestandenen unentgeldlichen in eine entgeldliche Roboth, als eine theilweise obwohl höchst geringe Entschädigung der Grundherren, für den Verlust ihrer ehemaligen Rechte, ansehen. Die Aushülfstage waren daher auch nichts anderes, als entgeldliche Robothen und als solche, in Folge der Patente vom 8t Aug. 786 vom 19 April 1790 und der a. h. Entschließung vom 24t Juli 821, Eigenthum der Grundherren. –

(2) In den östlichen mir näher bekannten Kreisen Galiziens leisten die meisten Unterthanen an Roboth einen Tag, die anderen 1½ und 2 Tage

/.

/. konnten die Grundherrschaften durch die frei zu mie-
thende Lohnarbeit nicht ersetzen – weil der ~~Arbeit~~ Lohn
zur Zeit der Heumath und Körnerfechsung in Folge
der vermehrten Anfrage ~~auf~~ nach Arbeit beinahe aufs
doppelte gebracht wurde, und die Bauer ohngeachtet
dieses hohen Lohnes sich selten zur Arbeit beque-
men wollten, – indem dieselben noch nicht gewohnt
sind, ihre freie Zeit auf eine nützliche Art zu ver-
wenden – (3)

Nach beendigter Ernte, welche die Thätigkeit des /.

/. wöchentlich. – Diese Roboth konnten die Grundherrschaften
durch die Aushülfstage während der Heumath und Kör-
nerfechsung auf 3 Tage in der Woche vermehren. Die
Aufhebung der Aushülfstage hat daher den Grundher-
ren zur Zeit der dringendsten Arbeiten großen Ab-
bruch gethan. –

(3) Bekanntlich sind die östlichen Kreise Galiziens
sehr dünn bevölkert, und produziren sehr viel Ge-
treide, ~~welches~~ die einzige Quelle ihres Reichthums
bildet – Die Anfrage ~~auf~~ nach Arbeit ist daher zur Schnitt-
zeit gewöhnlich groß und mußte durch die Aufhe-
bung einer Hälfte der Zwangsarbeit bedeu-
tend vermehrt werden.

In den mir und meiner Familie gehörigen im
Brzezaner und Stanislauer Kreise liegenden
Gütern, wurde während der Schnittzeit ein frei
gemietheter Arbeitstag im Jahre 1845 mit 25 bis
30 – im Jahre 1846 aber mit 40 bis 72 Xr. V.V. bezahlt. –

/.

/ Landvolkes wenigstens theilweise in Anspruch nahm, fin-
gen die Unterthanen wieder Berathungen zu halten. Durch
die geheimen ~~durch die~~ Konsulenten (44) aufgereizt, ver-
weigerten die Unterthanen allen Gehorsam, sie wollten
sich in die Anordnungen ihrer Vorgesetzten nicht fügen,
wenn auch diese Anordnungen nicht die unterthänigen
Schuldigkeiten sondern andere ämtliche Handlungen
/: z. B. Wahl der Dorfrichter, Geschwornen u. dgl. :/ be-
treffen. – In Hinsicht der an die Herrschaften
zu leistenden Schuldigkeiten, äußerten sich die Bau-
er; – die allerhöchste Regierung hätte ihnen diese
Schuldigkeiten verschenkt, man wolle ihnen aber die-
se Wohlthat vorenthalten. – Im October und No-
vember, zu welcher Zeit gewöhnlich (45) die Körner-Geld-
ziese, Bienen-Zehente u. a. Kleingaben abgestattet

/ Den Schnittern, welche ihren Arbeitslohn in Früchten ver-
langten, haben wir im Jahre 1846 für das Schneiden und
Binden den 10ten Garben an Waitzen, und den 8ten
bis 6ten Garben an Korn geben müssen. – Ohngeachtet die-
ser hohen Arbeitspreise, die wir bereitwillig zahlten,
ohngeachtet der anhaltenden günstigen Witterung
sind dennoch die Feldarbeiten zur Zeit der Fechsung
so verspätet worden, daß der zuletzt gesammelte Wait-
zen und Haber beinahe keine Körner in sich enthielt,
und derselbe bei weitem nicht die Kulturskosten ersetz-
te. – Dabei ist zu bemerken, daß die außerordentliche
Erhöhung des Arbeitslohnes ~~kann~~ nicht der Theue-
rung

/.

werden, – versagten die meisten Gemeinden meiner Gegend die Abstattung dieser Kleingaben. | die Grundherrschaften wandten sich mit ihren Klagen an die kk. Behörden, sie klagten über den Trotz und die Widerspenstigkeit der Unterthanen, über die Versagung der Schuldigkeiten; sie zeigten die Leute an, welche die Unterthanen zu solchen Schritten ~~verleiten~~ verleiten. – Diese Klagen waren jedoch meistens fruchtlos, keine energischen Maßregeln wurden getroffen. – Es schien, als ob die kk. Behörden in Erwartung eines, die unterthänigen Schuldigkeiten betreffenden, neuen Gesetzes demselben nicht vorgreifen wollten; – den Unterthanen mußte es aber scheinen, daß die Widerspenstigkeit, Unfolgsamkeit, die Versagung der Schuldigkeiten rechtmäßig sei. – In Folge dessen wuchs der Mißstand mit jedem Tage, und es wurden auch die ruhigsten Unterthanen in Aufregung gebracht. –

Unter solchen Umständen ist nun im December 1846 das Kreisschreiben vom 25ten November

---

der Produkte zugeschrieben werden kann, denn aus langjähriger Erfahrung wissen wir es, daß gerade in den Jahren, wo die Lebensmittele theuer sind, und die ärmeren Volksklassen den Erwerb suchen müssen, der Arbeitslohn immer geringer gewesen ist, als in den Jahren, wo an Lebensmitteln Überfluß herrscht. – | Dieser Mißstand hat nun unmittelbar zur Folge gehabt, daß mehrere einsichtsvollere Grundherren bereits bedeutende Grundstrecken dem Ackerbaue entzogen haben, und dieselben entweder als immerwährende Hutwaiden zu benutzen oder wenn diese Gründe ihrer Beschaffenheit nach zu Hutwaiden /.

/. kundgemacht werden. Die Verfügungen dieses Gesetzes, insoweit darin allgemeine Bestimmungen bei der Grundsteuer, mit Einschluß über dessen Verfahren in streitigen Fällen enthalten sind, bei der Verkehrsteuer mit Einschluß der zur Ausführung des Gesetzes nöthigen Strafbestimmungen sind mit dem 1. Jänner 1869 in Wirksamkeit zu setzen. Mit dem gleichen Tage treten die bisherigen Gesetze über die Grundsteuer und die Verkehrsteuer außer Kraft.

Mit der Durchführung des Gesetzes über die Grundsteuer sind Meine Minister der Finanzen, des Handels und der Justiz, mit der Durchführung des Gesetzes über die Verkehrsteuer Meine Minister der Finanzen und der Justiz beauftragt.

Wien, am 24. Dezember 1868.

Franz Joseph m. p.

Plener m. p.

Edler v. Herbst m. p.

Graf Taaffe m. p.

Gesetz vom 24. Dezember 1868, womit eine neue Grundsteuer-Regulirung angeordnet wird.

Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868, womit eine neue Grundsteuer-Regulirung angeordnet wird, finde Ich Mich bewogen, anzuordnen, was folgt:

§. 1. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 2. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 3. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 4. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 5. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 6. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 7. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 8. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 9. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

§. 10. Die Grundsteuer-Regulirung ist in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1868 durchzuführen.

Die nachstehenden Bestimmungen werden die Einrichtung, Verhältnisse, welche sich zur Verhandlung der Gewerbsgenossenschaften, durch Verordnungen Anlass oder Veranlassung geben, die Verhältnisse der Gewerbsgenossenschaften, die Gewerbsgenossenschaften, die Gewerbsgenossenschaften, die

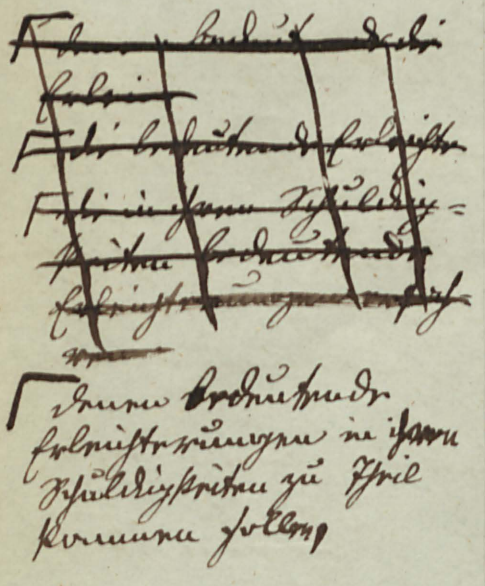
/Kreisbeamten ermahnt worden sind, zur Antwort gegeben: das Patent sei falsch, dasselbe sei nicht von Sr. Majestät; – sie wären frei von allen Schuldigkeiten, man wolle sie betrügen, die kk. Behörden seien bestochen u. ~~[illegible]~~ dgl. mehr. –

Gegenwärtig suchen die Unterthanen alle ihnen bekannten Winkelschreiber auf, um sich das Kundgemachte und denselben in zahlreichen Exemplaren mitgetheilte Patent auslegen und erläutern zu lassen. Sie vernachlässigen ihre Arbeiten, sie ziehen herum vom Dorf zu Dorf, von einem Schankhause zum andern und halten Versammlungen, ~~welche~~ die immer drohender und gefährlicher werden. – Es gelangen auch an uns traurige Berichte /: insbesondere aus den westlichen Kreisen :/ von der Noth, an welcher das Landvolk leidet, und von den Gewaltthätigkeiten, Brandlegungen, Räubereien und ~~Krankheiten~~ Gräuelthaten, welche bald in einer bald in der anderen Gegend Galiziens verübt werden. – Wie weit es noch kommen wird, ist schwer vorauszusehen, – und obwohl wir im ~~festen~~ Vertrauen auf die Vorsehung ~~der Allgerechtesten~~ hoffen, daß der Allmächtige sich des schwer geprüften Landes erbarmen, und dasselbe nicht mehr mit ~~Strafen~~ Übeln heimsuchen wird; so kann man jedoch den einsichtsvolleren Bewohnern Galiziens nicht verdenken, wenn denselben vor der verhängnißvollen Zukunft bange wird –

14 1/2

Folgen eines die Unterthanen ~~nur~~ irre führenden Fehlers in der Verfassung ~~nur~~ des kundzumachenden Gesetzes gefährlich sein können. —

So eben erfahre ich, daß in der mir gehörigen Herrschaft Bonsrow Stanislauer Kreises die Unterthanen ~~die ihre~~ welche die schuldigen Abgaben und Zinse gewöhnlich in den Herbstmonathen ~~abstatten~~ leisten, lediglich nur die Hühner, Eier und Kapaunen abgestattet haben, die Abstattung der Körnerzinse aber bis nun zu verweigern. — ~~Vor wenigen Tagen gegen~~ Ende Februars hat der expedirte Kreiskommissär in der mir benachbarten Herrschaft Swistelniki Brzeżaner Kreises mehrere hundert Stockstreiche den Unterthanen austheilen ~~lassen~~ lassen, um dieselben zur ~~Leistung~~ Abstattung der Körnerzinse zu zwingen. — Diese sind vielleicht schon die unmittelbaren Folgen des obenerwähnten ~~in der Verfassung des kundgemachten Gesetzes begangenen~~ Fehlers in der Verfassung des kundgemachten Gesetzes. —

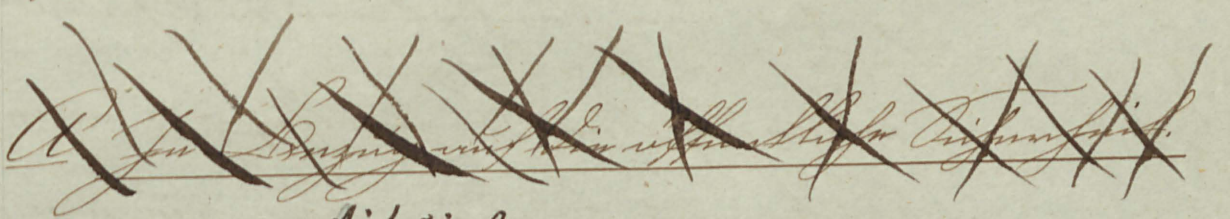


Da ich nun den gegenwärtigen Zustand der Dinge dargestellt habe, werde ich von den Folgen sprechen, welche die im Grunde des kundgemachten Kreisschreibens bevorstehende Regulirung der unterthänigen Schuldigkeiten für die Zukunft nach sich ziehen kann. –

In der I^ten Abtheilung dieses Hauptstückes habe ich die gefährlichen Folgen des Mißvergnügens, welches die Mißverhältnisse in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten bei den (49) mehr belasteten Bauern erwecken müssen – dargestellt. –

Wenn man aber die unter dem Landvolke bestehende Gährung in Erwägung ~~zieht~~ zieht, so wird man nicht zweifeln können, daß auch solche Unterthanen, ~~deren XIII Schuldigkeiten bedeutend vermindert werden sollen~~ – sich nicht zufrieden stellen werden. –

~~A. In Anzug auf die öffentliche Sicherheit.~~



Die ~~antisocialischen~~ antisocialen Umtriebe und die gräßlichen Ereignisse des verflossenen Jahres, haben alle ärmeren Volksklassen und insbesondere die ~~galizischen Landvolk~~ Unterthanen in die größte Aufregung gebracht, und denselben die übermäßigsten Ideen von ihren Rechten eingeprägt. – Die Unterthanen meinten, alle Pflichten, die denselben obliegen, wären ungerechte Lasten; – sie glaubten, das Eigenthum der Reicheren soll ihnen

~~Denen bedeutende Erleichterungen in ihren Schuldigkeiten zu Theil kommen sollen~~

/.

zugewandt werden. – In Folge dessen sind die Begriffe von der Unverletzbarkeit der Verträge von der Rechtmäßigkeit des Eigenthums bei dem Landvolke gänzlich verschwunden. – Mehrere Jahre wären nothwendig gewesen, um das Landvolk zur Erfüllung seiner Pflichten zurückzuführen, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Nach hergestellter Ordnung hätten die zur Anerkennung ihrer Pflichten zurückgebrachten Unterthanen, die ihnen zukommende Verminderung der Schuldigkeiten als eine Wohlthat angesehen, und dieselbe mit Dankbarkeit empfangen. – Gegenwärtig wird aber die Verminderung der Schuldigkeiten, auch von solchen Unterthanen, die daran großen Theil nehmen, nicht als eine Wohlthat, sondern als eine Bestättigung der denselben durch die letzten Ereignisse eingeimpften Begriffe, – als eine theilweise Anerkennung der – wie sie meinen – ihnen vorenthaltenen Rechte, betrachtet. – Werden sich nun diese Unterthanen mit den ihnen gemachten Zugeständnissen begnügen? – Werden dieselben nicht glauben, daß sie in der Zukunft neue Erleuchterungen sich erwerben können? Werden die gefährlichen, die öffentliche Sicherheit bedrohenden Einflüsse bei dem Landvolke nicht leichten Eingang finden?

50

4

(15)

N 208

/ Für den II. Teil der Abhandlung dieses Hauptstückes sind die Bestimmungen maßgebend, welche für die Grundsteuer, mit Ausnahme der Bestimmung rücksichtlich der Hofräume, — Höfe — Platz zwischen Wohnhäusern und Wirtschaftsgebäuden, die Grundsteuer-Befreiung der Hof- und Gartenplätze, — Gärten — bis zu einem bestimmten Flächenmaße, — Grundsteuer-Befreiung der gewerblichen Betriebsräume, — Fabriken, Mühlen, Brauereien, Brennereien, Ziegeleien, Steinbrüche, Kalkbrennereien, Bergwerke, Salinen, Torfstiche, Lehmgruben, Sandgruben, Kiesgruben

/ Vermehrung der Produkzion aus den unterthäni-
gen Grundbesitzungen ersezt werden kann? (6).—
(51)
Man kann nähmlich auf die Idee kommen, daß die
die von einem Theile der Zwangsarbeit befreiten
Unterthanen die nunmehr freie Arbeitskraft
ihren eigenen Grundstücken zuwenden, diese
Grundstücke besser bearbeiten und in Folge des-
sen die Landprodukzion vermehren werden.—
Zur Verwirklichung einer solchen Idee sind
zwei Dinge erforderlich: die Möglichkeit und der
gute Wille.— Hat man nun den Unterthanen
die zur besseren Besorgung ihrer Wirthschaften
nothwendigen Betriebskapitalien an die Hand
gegeben?— Hat man durch Grundarrondirun-
gen und Gemeinheitstheilungen die zerstückelten
bäuerlichen Grundbesitzungen geordnet, den
Wirthschaftsbetrieb leichter, angenehmer und
einträglicher gemacht?— Sind Dorfschulen er-
richtet, und ist das Landvolk auf eine höhere
~~Kultur~~ Bildungs-stuffe gebracht worden?— Wenn aber
/.

(6) Hier muß ich bemerken, daß eine solche Vermehrung in den
meisten westlichen Kreisen Galiziens, welche stark bevölkert
sind, in welchen eine jede Grundparzelle seit jeher kultivirt wird,
welche dennoch sehr oft Noth und Hunger leiden, aus welchen eben
jezt Berichte einlaufen, daß Leute vor Hunger sterben —
nicht denkbar ist, — wenn nicht Maßregeln angewendet wer-
den, welche den Wirthschaftsbetrieb erleichtern und ein-
träglicher machen sollen.

dieses nicht geschehen ist, worauf werden nun die Hoffnungen gebaut, daß die Unterthanen zur Arbeitsamkeit gespornt, daß die Erträge der unterthänigen Grundbesitzungen vermehrt werden sollen? –

Es ist einleuchtend, daß sehr viele unterthänige Grundbesitzer die ihnen in ihren Schuldigkeiten zukommende Erleichterung gar nicht benützen oder dieselbe mißbrauchen werden; daß ferner auch die besten und fleißigsten unterthänigen Grundbesitzer einer längeren Zeitfrist benöthigen werden, um sich in ihre neue Verhältnisse hineinzufinden und aus denselben Nutzen zu ziehen –

So lange aber die unterthänigen Grundstücke nicht in Besitz der fleißigen Grundwirthe gelangen, so lange die Unterthanen nicht erlernen werden, ihre freie Arbeitskraft auf eine nützliche Art anzuwenden; – so lange wird auch die Landprodukzion rückschreiten, so lange werden auch die Bewohner unseres fruchtbaren Landes Noth leiden und ihre Lebensmittel aus fremden Ländern sich herbeischaffen müssen.

Diese für unser Land traurige Zeitperiode wird viele Jahre dauern; es können Generazionen vergehen, bevor das Gleichgewicht in der Landprodukzion hergestellt und diese Produkzion in den Stand wieder kommen wird, auf welchem dieselbe sich gegenwärtig befindet –

/.

In wie weit die hier dargestellten schädlichen Folgen der, im Grunde des Kreisschreibens vom 25ten November, bevorstehenden Regulirung durch die Verfügungen der zur Ausführung dieser Regulirung von der galizischen kk. Landesstelle ertheilten Instrukzionen verschlimmert werden können, werde ich in einer abgesonderten Schrift darstellen.

F (Scr. fol. 15½)

Wenn man nun betrachtet, daß die Grundherren auf den Landtägen die zum Wohle des Landes unumgänglich nothwendige Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse zuerst in Anregung brachten; — wenn man in Erwägung ziehet, daß eine zweckmäßige auf einem gerechten und festen System gegründete, mit Maßregeln zur Hebung der Landkultur vereinigte und allmälig durchzuführende Regulirung dieser Verhältnisse, den Wirthschaftsbetrieb erleichtern, die Landproduktion heben, zur Vermehrung des Wohlstandes der Grundherren und der Unterthanen gereichen, das Wohl unseres Landes fördern konnte; — so wird man den Kummer begreiflich finden, welcher sich aller einsichtsvolleren Bewohner Galiziens und insbesondere der Grundherren bemächtigen muß, — beim Hinblick in die verhängnißvolle Zukunft, welche die, im Grunde des Kreisschreibens vom 25ten

54

15 1/2

Es ist zwar nicht zu läugnen, daß bei einer jeden Reform der Übergang zu den neuen Verhältnissen überstanden werden muß. —

Es ist aber auch nicht zu läugnen, daß eine F ~~zweckmäßige und nützliche Reform auf einem festen und gerechten System beruhen soll, sonst wird der gefährliche Übergang zu den neuen Verhältnissen fruchtlos vergehen, sonst werden~~ ~~die~~ neu geschaffenen Verhältnisse werden auch für die ferne Zukunft dem Lande keinen Nutzen sondern einen Schaden bringen.

F Reform, die nicht auf einem billigen in seiner Anwendung festen System beruht, weder zweckmäßig noch nützlich genannt werden kann. Bei einer solchen Reform wird daher der gefährliche Übergang fruchtlos überstanden ~~werden, werden, und~~ ~~werden~~ werden. Die durch eine solche Reform

Es ist auch ~~ferner~~ nicht zu läugnen, daß eine so wichtige Reform wie die Regulirung der gutsunterthänigen Verhältnisse in einem so großen Lande wie Galizien allmälig durchgeführt werden soll, damit der Übergang zu den neuen Verhältnissen allmälig und theilweise überstanden werde, — weil eine, wenn auch zweckmäßige Reform nicht plötzlich eingeführt werden kann, ohne das Land großen Gefahren und Übeln bloszustellen. —

Es kann endlich nicht geläugnet werden, daß eine ~~gute Reform~~ zweckmäßige und nützliche Reform der gutsherrlich = bäuerlichen ~~Verhältnisse in Galizien~~ Verhältnisse in Galizien ohne Vornahme der zur Hebung der Landkultur ~~in Galizien~~ unumgänglich nothwendigen Maßregeln [: Grundarondirungen, Gemeinheitstheilungen, Aufhebung der Dienstbarkeiten :] ~~in Galizien~~ nicht denkbar ist ~~weil~~, — weil 1tens die gutsherrlich = bäuerlichen mit den Landkultur = Verhältnissen im innigsten Zusammenhange sich befinden und nicht zertrennt werden können, die

53

[illegible] der rechtsrheinischen [illegible] und der letztgenannten Schritt [illegible] soll, — um dem Landrath [illegible] die Erhebung der Landsteuer von Personen zu rechtfertigen, denn der Übergang zu dem neuen Wohnsitzes derselben zufügen muß; — weil [illegible] die [illegible] neben vorgedachten zur Erhebung der Landsteuer [illegible] nothwendigen Maßregeln am bisherigen alten Wohnsitz nur im Zusammenhange mit der Angelegenheit der entrichtenden Schuldig-keiten durchgeführt werden können, — indem der Zweck, der Durchführung solcher Maßregeln nothwendig Hindernisse in der Absicht der Entrichtung, in einem großen Theile beim Abtheilungen beruht — und diese Entrichtungen nur durch die zum [illegible] Erhebung der Schuldigkeiten [illegible] [illegible] [illegible]

/November 1846 bevorstehende Regulirung der unterthanigen Schuldigkeiten unserem Lande bereitet. —

Dem Schaden, welchen die bevorstehende Regulirung unserem Lande zufügen soll, kann jedoch vorgebeugt, oder es kann derselbe wenigstens bedeutend vermindert werden durch Anwendung von zweckmäßigen Maßregeln, deren es sehr viele giebt. — Nach meiner innersten Überzeugung kann aber die allerhöchste Regierung zur Kenntniß der vielfältigen Landesbedürfnisse und der Mittel, denselben abzuhelfen, nicht im Wege der Berichte der k.k. Landesbehörden, — welche ihre irrigen Begriffe von den gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen und ihrer ~~gänzlichen~~ Unwissenheit hinsichtlich der landwirthschaftlichen Bedürfnisse klar an den Tag legten — gelangen. — Über diesen höchst wichtigen Gegenstand können lediglich nur sachkundige, mit den Landesverhältnissen innig betraute Leute und die praktischen Landwirthe die gehörigen Aufschlüsse und Aufklärungen ertheilen.

55

Anlage A

I

Übersicht der höchsten Ausnützungsziffer der gewerblichen Bauzone

a

Zu Lemberg und der Schätzung der Grundstücke

1. Der größte Teil der nicht bebauten Stryjer Bezirks besteht aus (unbebauten) Hügeln, deren Lehmerde nur gewerblichen Bauzwecken dienstbar gemacht werden kann. Grundwürdig ist dieser Grund nur der straßennahen in Verlängerung; die von den Ufern der Flüsse gelegenen Felder d. Stryjer Bezirks gehören zu den besten und ertragreichsten. Es sind nun die zur Zeit der Schätzung d. gewerb. Bauzone unbebauten Grundstücke d. Stryjer Bezirks bebauten unbebauten von den Ufern der Flüsse gelegenen Flächen grundsätzlich grundwürdig geschätzt worden, ob sodann die Grundstücke d. Stryjer Bezirks höher einstufig geschätzt werden. — Dem nennenswerten Einfluß setzen die Grundstücke in dieser Grundwürdigkeit dasselbe gilt auch von den übrigen unbebauten Grundstücken

Dasselbe gilt auch von den übrigen unbebauten Grundstücken, insbesondere von denen Lemberger und Sanoker Bezirks.

2. In den gebirgsbegrenzten d. Kolomäer, Stanislauer, Stryjer, Sanoker, Tarnower, Sandecer Bezirks waren die zur Zeit der Schätzung d. Bauzone (Straßenbezirks) Bezirke nicht kultivierte bebaute Wald- und Gebirgsstrecken worüber; der Ertrag derselben ist daher im gewerblichen Bauzonen unterordnet gegenüber nicht kultivierten, aber höchstens auf einige Zeit geschätzt worden. — Dieses ist aber im Teil dieser Grundstücke unterordnet durch die Grundsteuer unmittelbar oder durch die Entfernungen, die in den Besitz der Grundstücke in Folge neuer Aufschließungen und Verbindungen gelangten, in neue höhere Kultivierstand gebracht worden; — der Ertrag dieser neu kultivierten Flächen muß grundwürdig den Ertrag der unkultivierten Grundstücke, — die zur Zeit der Schätzung d. Bauzonenbezirks kultiviert waren und in diesen Bezirken auf 1 bis 4 Joch geschätzt worden sind — gleichkommen.

3. Es ist schwer den Unterschied zwischen den Bodenverbesserungen und den wirklichen Grundertrag in unmittelbaren Zahlen darzustellen, — wird der Unterschied über den wirklichen grundwürdigen Ertrag der Grundstücke [illegible] dort festgestellt, wo die einzelnen Grundstücke über Wirtschaftsgebäude, Straßen u. dgl. und über irgend einen Bodenverbesserung von Seiten des Besitzers oder mittelst Vergeltung von Seiten gebracht und der bedingten verschiedenen Erhöhung durch den neuen Grundertrag der Grundstücke hergestellt. — Übrigens wird es einige Felder, denen es einige gibt, und neuen Gütern und den neuen nächsten Verbesserungen, wo es schon Seiten durch schöne Bauten, entstehen:

In der nun gegenwärtigen Ortschaft Bautzow d. Stanislauer Bezirks besitzt die genannte Bautzow entfernt — in dem gewerblichen Bezirken auf 689 Joch, auf neuen gedüngten gepflanzten Bodenschätzung auf 788 Joch herangebracht — Güterwirtschaften — Gütern ist gegen Bezirken auf 363 Joch berechnet worden. — die gewöhnlichen Ge-

Drohobycz, Stryj, Sambor u. a.; —

Grundstücke bei weitem [illegible] von einigen Orten zu 1/2 bis zwanzigfach; größeren Wert, als derselben im gewerblichen Bezirken ermittelt wurde. —

— bei dem Übergang einer zukünftigen gänzlichen Schätzung — sich [illegible] in Zukunft eine

Gemeinde ~~Markušt seit hieher~~ seit seiner ~~Zeit~~ Zeiten ~~war~~ ihre Dritten, und zwar ihre höchsten Zahl dieser Hütweiden, vorgemerkt. — Der kleinste Reinertrag dieses dritten Teiles der Hütweiden beträgt 500 fl CM, ~~der ermittelte 620 fl CM~~ ~~wie bei jedes letzte Leistung alten Hütweiden dieser Gemeinde ist kann daher nun wird der~~ ~~wenigstens 1700 fl CM betragen~~ der ermittelte 620 fl CM, ~~die gesamten~~ ~~Hütweiden~~ der ermittelte 620 fl CM. — Wenn wenn daher annehmen, daß die sämtlichen Hütweiden dieser Gemeinde wenigstens 1700 fl CM jährlich abwerfen. —

[— ihren Ertrag im gross. Katastr. auf 363 fl CM berechnet worden ist —

Name der Gemeinde und des Bezirks	Name des Besitzers der Grundstücke	Zahl der Grundstücke	Flächenmaß der Grundstücke, wovon der dauernde Ertrag katastriert ist		Jährlicher Ertrag				Bemerkung
			Joch	Klafter	Nach dem Katastral-Reinertrage		Nach dem Grundsteuer-Provisorium		
					fl	kr	fl	kr	
Halicz-Stanislauer Bezirk	Haliczer Vorstadt	740 und 741	400	850	237	8	1523		Die Grundstücke sind von der Kais. Landwirtschaft mit dem Hofdekret vom 12ten Febr. 1844 Z. 7298 und vom 3ten Oktober 1845 Z. 55745 bestätigt worden. —
ditto	ditto	749	41		21		336		
Postawnitki-Brzezaner Bezirk	~~Gemeinde~~ Dorfgemeinde Dutrowa	279 bis 298	—	—	38	33	134		

NB Alle diese Grundstücke wurden als Hutweiden, ohne Zukaufsberücksichtigung bestätigt

b

Zu Lemberg auf die Beschreibung der Grundstücke

4. Zu der mir übertragenen Herrschaft Bonczow Stanislauer Bezirks (Teil) die gehörigen ~~Unterthänigen~~ Besitzungen der Gemeinde Bonczow in ~~gemischtem Bezirke~~, mit dem Einkommen des gemischten Bezirks, 2658 Joch Flächenmaß (im J. 1823) laut ~~neuer Aufnahme~~ der von neuem [dieser eingeschätzten Grundentlastungs-Operation berichtigten Reinertragsberechnung dieser Besitzungen 3122 Joch, — hiernach um 464 Joch mehr, als ~~es~~ der gemischte Bezirk umfaßt. —

5. Zu der ~~Herrschaft~~ Herrschaft Wolostkow Przemysler Bezirks ist der Ertrag der ~~Grundstücke im gemischten~~ sämtlichen Grundstücke ~~im gemischten Bezirke~~ Skiwer, als zu im gem. Bezirke ~~S. Gemeinden~~ ermittelt wurde. — Der gemischte Ertrag sind bei Wolczuzyne war, durch Aufnahme mit dem gemischten Bezirke 375 Joch, nun reiner steuerbarer Reinertrag über 220 Joch beträgt. —

6. Zu der Herrschaft Bolszowce Przezaner Bezirks, die meinem Vortrage zugetheilt gehört, ist im vorigen Jahre die neue gemischte Bezirksbereisung beendigt worden. Es sehr wünschenswerth, die Entrichtung der Grundbesitzungen betreffenden, erhaltene diese Bereisung mit dem des gem. Bezirks beizulegen. — Aus dieser Beilegung zeigte sich, daß in dem gem. Bezirke mehrere Grundgerechtsame genau ausgemessen, und zu Skiwer oder gemischter angegeben, — andere aber auf unrichtige Weise übergeschrieben worden sind. —

7. Um herstellen zu können in wie weit die durch die Aufnahme der Grundstücke betroffenen Besitzer [unrichtig sind sehr ist in meinem Hüten nun Aus wird

[des gemischten Bezirks

F

Die ynröschten Nachbarschulkreise in der Abtheilung der untertheinigen Schuldistrikte werden aufgefordert, in den Gemeinden und Ortschaften, wo die bisherige Arbeitsschuldigkeit ynröschen war, wo dieselbe z. B. bei den Hausbauern in 156 zwei- oder dreispännigen Zugtagen besteht — und in Gemeinden, wo neues Gesetz bei neuigen Untertheinen eben nicht, bei denen bis auf 26 Zugtagen herunterdrückt werden soll, — b) wo nur Theil der ynrgemäßigten untertheinigen Grundbesitzer ohne gute Zeit der Einführung der Neuerung aufgelöst wurde, ynrgemäßig ebenso denen — nur proportionirt der Grundsteuer — Theile — Schock Zaloty auf 2 bis 4 Gulden per Joch ynrschätzten — Theile drei Zaloty gleichkommt 1/3 Thlr Silbergeld / und 2 1/2 — c) wo neuige Untertheinen ynrosser, andere ynn seiner Einzugebene nutzbaren — d) wo neuige Gemeinden (sehr bedürftig) ynr, andere ynn seiner Peripherie besitzen. —

Zu den mit neuen Kontributionen aus bauerbaren Gemeinden Konkolniki und Stobada / Ortschaft Konkolniki Brzezaner Bezirks / Kreises die Hausbauern an Einzugebene jährlich / Zweispänner, 6 Tlr und an Hofzins 2 Thlr Preußisch und Ortschaftliches Korn- und Brennholz / an Brennholz wenigstens 52 Klafter jährlich / und Ortschaftliches Waldeinzug. — Zu den mit Konkolniki ynrgemäßigten Gemeinden Ortschaft Kunaszow haben die Untertheinen keine Peripherie und Kreises an Einzugebene jährlich 7 1/2 Zaloty / 15 n. ö. Währung / herzuzahlen, 2 Zweispänner, 8 Tlr und an Hofzins 1 Thlr auf Preußisch und reinigen und 3 Thlr auf Preußisch und Ortschaftliches Korn. — Ynrigens bei den neuen Gehöften sollen bei der bestehenden Einteilung (6) wieder die Peripherie auf die Einzugebene berücksichtigt werden; die Untertheinen der Ortschaft Konkolniki werden dieses bei weitem mehr benutzen als die Untertheinen der Ortschaft Kunaszow. — Bei den neuen Untertheinen der Ortschaft Konkolniki wird der Morg 28 Quadratruthen ynrbürgerlicher Holzeinzug, der Morg ynröffnet ein als der Morg der neu zu bauenden Schuldistrikte. —

Schließlich werden Ortschaften und auf ynröffnete Nachbarschaften aufmerksam gemacht, daß ynr übrigen Ortschaften der untertheinigen Grundbesitzungen, Straßen, Einzugebene

und Servitutsrechte ~~[illegible]~~ nicht vorhanden ist; — da ferner die neuen Regulirungsagrate ~~[illegible]~~ beinahe nirgends beendigt worden sind, — so ist es unmöglich viele Beispiele der Mißverhältnisse in der Vertheilung der neu zu bemessenden Schuldigkeiten anzuführen, und diese Mißverhältnisse in Zahlen darzustellen. — Ich muß mich daher in dieser Schrift lediglich auf die aus meinen eigenen Gütern entlehnten ~~[illegible]~~ Beispiele beschränken.

über ~~[illegible]~~ die einzelnen untersteuerungen Grundbesitzungen veräußerungen
Lasten. ~~[illegible]~~ In diesen ~~[illegible]~~ Ausweis sind die ersultate des
gewissenhaften ~~[illegible]~~ Katasters mit denen nunmehr sehr genauen gewonnenen
trischen Katastralvermessung zusammengestellt und zugleich ~~[illegible]~~
der Monarchie jeden Grundbesitzung im J. 1875/6 bezweckte Steuer=
berechnung vergleichet. — Hier folgt nun Ausweis über die gewonnenen Resultate: 59

Post=ziffer des Bezirks	Klassifikation der Grundbesitzungen: Nach der bisherigen Katastral Vermessung		Nach der gegenwärtigen Vermessung		Steuerberechnung vom Verwaltungsjahre 1875/6		Post=ziffer des Bezirks	Klassifikation der Grundbesitzungen: Nach der bisherigen Katastral Vermessung		Nach der gegenwärtigen Vermessung		Steuerberechnung vom Verwaltungsjahr 1875/6	
	Joch	□Klafter	Joch	□Klafter	fr	xr		Joch	□Klafter	Joch	□Klafter	fr	xr
Gemeinde Bouszow — Bezirk Stanislau													
35	4	187	25	1174	1	14	43	21	294	25	1182	5	1
20	32	196	25	968	6	5/8	104	22	340	29	1594	5	44
13	27	500	23	232	6	52	57	37	1212	23	1258	8	31
17	25	1469	30	966	5	52	84	16	614	25	1050	3	37
107	14	1131	20	56	3	32	64	21	199	27	28	5	16
46	18	587	24	998	3	53	55	30	195	26	994	7	29
60	29	673	25	653	7	9	98	17	1437	22	274	3	45
53	23	867	29	246	5	37	74		864	2	837		13 2/3
79	18	1136	24	820	4	32	100		1089	7	596		18
58	19	589	14	1158	4	45	88	2	1034	6	1420		34
37	16	922	26	1264	3	54	103	4	124	6	908		51
96	19	1150	25	884	4	25	8		507	6	356		7
21	32	164	23	1242	7	25	97	1	43	5	958		12
89	19	282	24	230	4	57	16	1	660	5	1375		10
28	40	83	32	567	11	38	91	6	241	10	739	1	3
110	30	1331	25	254	7	13	105		670	5	316		10
117	17	1521	22	850	4	24	71		870	5	802		11 5/8
Gemeinde Hanowce — Bezirk Brzezany													
23	23	1	26	—	4	28	27						
30	2	14	14	861		26 2/3	28	21	41	31	36	4	23
26	11	9	15	1446	2	5 4/8	16	19	15	14	467	3	31
43	17	10	26	684	3	35 5/8	40	13	16	16	500	2	24
24	19	17	12	1238	3	30 7/8	1	13	21	16	1491	2	9
25	15	11	17	8	2	44	44		20	11	1100		13 4/8
8	17	9	15	1496	3	9	33		13	1	1122		10
9	6	16	12	48	1	3 3/8	18	1	2	2	54		27 6/8

60

~~Dieses ist das treue Bild der gegenwärtigen Bezirke, welche nach~~
~~Grundlage zur Bezeichnung der natürlichen Schätzungskreise~~
~~dienen soll; —~~

~~Jeder Bezirk umfaßt mehrere Ortschaften, welche in einem~~
~~Bezirksgerichte als Amtsgerichtsbezirke in der Bezirkshauptmannschaft~~
~~natürlichen Schätzungskreise, die sich~~

II

Extract der Wasserschöffengerichts in der Streitsache der untertheilungen Schuldigkeiten, der [illegible] der besonderen Entscheidung vorbehalten wurden. —

F=(Ser. fol. A/2)

Der folgende Antrag enthält einen Abzug von dem Gesuche zum Entscheidungsprotokolle der untertheilungen Schuldigkeiten in der mir ersteren Gemeinschaft Bouzow Stanislauer und dem Gute Hanowce Brzezaner [illegible] Zweifel. — In diesem Antrage habe ich [illegible] Entscheidungsprotokolle [illegible] vollendeten Ausdruck über den [illegible] Zweifel, auf den Antrag des gerichtlichen Beisitzers niederzuschreiben, [illegible] Grundbesitzungen (Verzeichnis) der einzelnen Grundbesitzungen über den Zweifel des gerichtlichen Beisitzers, — die in das Entscheidungsprotokolle einzutragen waren sollen — auf den wirklichen gegenwärtig stattfindenden Grundbesitzungen, — welcher im Entscheidungsprotokolle nicht vorkommen wird — vorzustellen, — um darzustellen in welchem Verhältnisse die auf vorzuschreibende Schuldigkeit zu dem wirklichen gegenwärtig ermittelten Grundbesitze stehen wird. 62

Post-zahl des Num-mers	Namen des Grundbesitzers	Stückmaß der Grundbesitzungen: Laut des eingereichten Verzeichnis		Laut der gegenwärtigen Messung		Brutto-Ertrag Laut Messungs-Urkunde vom 1848		Robot-Schuldigkeit: Laut dem bisherigen gegenwärtigen Leistungs-Verhande		Laut dem neuen Gesetze	
		Joch	□Klafter	Joch	□Klafter	fl.	xr	2 Zugvieh-Zug=	Hand=	2 Zugvieh-Zug=	Hand=
								Tarnow			
	Ortsrichter Bouzow — Zweig Stanislau										
13	Józef Bardyguta Ortsrichter	27	500	23	232	6	52	104		104	
47	Petro Kwrdydyk dto	25	276	29	1168	6	5/8	104		78	
46	Hryń Hetman dto	18	587	24	998	3	53½	104		52	
35	Hryń Garbaczeski dto	4	181	25	1174	1	14	104			26
20	Hryń Cymbalista dto	32	196	25	968	7	33	104		104	
22	Michał Martynów dto	27	633	24	826	5	50	104		78	
100	Andruś Wilczyk dto	30	1331	25	254	7	13	104			156
17	Stefan Cymbalista dto	25	1469	30	966	5	52	104		78	
107	Fed Tymków dto	14	1131	20	56	3	32	104		52	
37	Hryń Tyrama dto	16	922	26	1264	3	54	104			104
84	Roman Olejnik dto	16	614	25	1050	3	37	104			104
30	Iwan Dudina Ortsrichter	7	136	6	1070	1	30		52		52
100	Ilko Szaja dto		1089	7	596		18		52		26
8	Stefan Andruchow dto		507	6	356		7		52		26
16	Michał Lachocki dto	1	660	5	1375		10		52		26
65	Petro Krupa dto	6	591	6	1084	1	22		52		52
	Ortsrichter Hanowce — Zweig Brzezany										
30	Oleza Mikolin Ortsrichter	2	14	14	861		26½	80			26
20	Filip Kalinowicz dto	11	9	15	1446	2	5¼	80			52
24	Ilko Kalinowicz dto	19	7	12	1238	3	30¾	80		52	
25	Maxym Kalinowicz dto	15	11	17	8	2	44½	80			78
9	Bartków Szymko dto	6	16	12	48	1	3¾	80			26
21	Luć Kostyszyn dto	16	8	16	838	2	44	80			78
27	Dmytro Mikolin dto	15	32	16	1330	2	56	80			52
28	Filip Bojko dto	6	9	14	306	1	27	80			52
16	Iwan Niedzielski dto	19	15	14	467	3	21	80		52	
40	Andreś Senjow dto	13	16	16	960	2	24	80			78
1	Iwan Mikolin dto	13	21	16	1491	2	9	80			52
44	Hryń Tymkóco dto		20	11	1100		13¼	80			26
33	Iwaś Dutka Ortsrichter		13	1	1122		10	52			26
18	Oleza Zabolotny dto	1	2	2	54		27½	52			26

63

III

Briefgeld der Verluste der Grundgerechtsame und Entlohnung der betreffenden Robotleistungen

Unter die Verluste der Grundgerechtsame wird sich die vollkommenste Ablösung und die Abgeltungsvergütung die Übergangszeit betreffende Stämme ~~nicht sind~~, hier muß es jedoch bemerkt werden, daß die zuerst anzuführende Abgeltungsvergütung die kleinsten Verluste darstellen werden, weil die Grundgerechtsame, die viel betreffen, natürlicherweise mit der Einführung ihrer Abgeltung zugleich werden.

Viele Grundgerechtsame haben bereits Gemeinden mit Vorrechtungen ihren Verlust bei dem gerichtlichen Stämdreiabschätzer ausgemittelt, in der Hoffnung, daß der Stämdreiabschätz denselben zur Erlangung einer Ablösung verhelfen wird. Diese Gemeinden können auf ~~die~~ in Betreff der Verluste der Grundgerechtsame ~~diesfälligen~~ Entschädigungen ergehen.

Briefgeld wird für die ~~Verluste~~ (wurde) ~~jüngster Grundgerechtsame~~ Vorrechtungen ~~nun~~ der Verluste mittyer Grundgerechtsame, die sich auf die nun von den Gutsherrschaften mitgetheilten Anzeigen beziehen, ~~nicht~~ gefordert haben, — entrichtet. Dabei muß es bemerkt werden, daß es in den nachstehenden Tabellen den Betrag der Robot wirklichen, ermittelten Preisen, berechnet haben. — Der Betrag der Robot [: insbesondere der Zug-robot :] ist aber gegenwärtig [: vorzüglich in den stark bevölkerten östlichen Bezirken Oberösterreichs :] bei weitem größer; — hiemit ist auch der Verlust der Grundgerechtsame hier größer, als derselbe in den nachstehenden Tabellen berechnet erscheint. — Daß der Betrag der Robot gegenwärtig größer ist, als derselbe im J. 1820 ermittelt wurde, — kann die allerhöchste Anordnung, ~~das bisherige~~ auch dann in den letzteren Jahren den Hh. Bezirksämtern für jeden Bezirk zum Behufe der Feststellung des Lohnes für die Ausfälle der ermittelten Arbeitsgroschen — ~~das bisherige~~ erscheinen. 64

A

Anhang

über den Verlust der unbenannten Grundgerechtsame

65

Diese Summe ist in den Tabellen für die Ausfälle der Dienstgeschäfte und Dienstgeschäfte [illegible] 10 bis 15 Kr. [illegible] und

Ausweis über den Verlust der in ~~[illegible]~~ Grundentlastungsfonds

Post-Zahl	Name des Bezirks	Name der Herrschaft oder des Gutes	Name des Eigenthümers	Entschädigungs-pflichtig ermittelter Betrag der Güter in CM. Gulden	kr.	Robotschuldigkeit: Anzahl der bisherigen Leistenden: zugtreibig	gehend	Anzahl der Freigelassenen des Bezirks vom 25sten Mai: zugtreibig	gehend	Entschädigungs-pflichtig ermittelter Betrag in CM.: zugtreibig kr.	gehend kr.	Jährlicher Betrag der verpflichteten Robotschuldigkeit in CMzr: der bisherigen Gulden	kr.	der neu vorgeschriebenen Gulden	kr.	Verlust: an dem jährlichen Betrage der Robot in CMzr Gulden	kr.	zum 5% Zinsfuße in CMzr Gulden	kr.	Von je 100 Gulden: des jährlichen Robot-betrages kr.	des ganzen Entschädigungs-betrages der Güter kr.	Anmerkungen
1	Przemysl	Krasiczyn	Fürst Leo Sapieha	144336	15	11.492	25.818	—	12.844	12	6	5.083	32	1337	55	3.745	37	74.912	30	74	52	1. Die einzelnen Güter sind nicht aller Rubriken ausgefüllt wie es mir die nöthigen Daten nicht vorgekommen sind.
2	~~[illegible]~~ dto.	Zurawica	dto.	160.078	15	11.492	16.481	6.980	6.280	12	6	4.111	15	2.066	40	2.044	38	40.891	40	50	25½	
3	Czorkow	Lanowce vel Zezierzany	dto.	371.273	47	46.647	25.408	1.092	36.496	12	6	11.875	36	3.868		8.007	36	160.152		62	43	
4	Zółkiew	Zapałów	Fürstin Sapieha	202.250	32	41.830	1.111	10.400	29.900	11	5	8.301	40	4.964	42	3.336	57	66.739	12	40	32	
5	Złoczow	Ostrow	M. Dawerski	39.051	27	5.341	2.438	884	2.811	12	6	1.312	36	457	54	854	42	17.094		65	44	
6	~~[illegible]~~ Sanok	Tablonki u Kotomica	Joseph v. Sokmerzyński	27.388	12	8.500			2.912	10	5	1.416	40	242	40	1.174		23.480		83	85½	
	Brzezow	Jesionka	Heinrich v. Hochberg			~~[illegible]~~	~~[illegible]~~	~~[illegible]~~	~~[illegible]~~	~~[illegible]~~	~~[illegible]~~											
	Przemysl	Wolotkow	Ernst v. Hanugniewicz	60455	57	~~[illegible]~~	11258	1222	7.150	~~[illegible]~~	~~[illegible]~~	1.920	12	999	22	920	50	18416	40	48	30	
9.	Stryj	Lubience	Grafin Anna Potocka	11.518		11.518	6092		4.576	10	5	2.574	32	419	28	2.155	4	43101	20	81		
10.	dto.	Wola Dobrotwerska	dto.	2983	18	2983			718	10	5	488	46	66	44	422	2	8.440	50	86½		
7.	Sambor	Laszki murowane	Marcel Ritt. v. Pawlikowski	34189	22	4264	3531	52	2932	9	5	969	23	252	34	717	59	14.336	20	24	42	
11.	Brzezow	Jesionka	Fr. Sch. Zdrzejan			7.904	11.008	932	9.684	11	5	2458	8	1058	54	1.399	14	27.984	40	50		
8.	Przemysl	Wolotkow	Erben v. Hanugniewicz	60.458	57	3588	11.258	1222	7.150	12	6	1.920	12	999	22	920	50	18416	40	48	30	1. Einige Güter sind bei manchen Rubriken nicht ausgefüllt weil ~~[illegible]~~ in mir die nöthigen Daten nicht bekannt konnte.
	Brzezany	Kunaszow	Theod. v. Borowski			3.980	3.380	1820	3354													
12.	Sanok	Zohatyn	Zof. Jakubowicz			6.480	2.600	182	3400	10	5	1.361	30	329	21	1.032	9	20.643		75		
13.		Borownica	Xavery Polanowski			8.345			5.222	10	5	1.390	50	435	10	955	40	19.113	36	68		
14.	Stryj	Czernica	Ludw. Kalujowski			9.525	5.648	156	7.644	12	6	2.469	48	795	36	1.674	12	33.484	"	68		
15.	Brzezany	Kunaszow	Fr. Sch. Zdrzejan			5980	3.380	1820	3354											57½		
16	Sambor	Krosciennik	Kalujowska			~~[illegible]~~	2604	1876	8164											75⅓		
17	Stryj	Klasterne u Wola Dobrotwerska	Theodor Borowski			6947	104	130	1508											87		
18.	Brzezany	Bobrowa und Hubitow	Erben Mikorski			9465	1456	2236	6166											48		
19	dto.	Hanowa und Ogrodowski	dto.			4663	832	468	3692											57½		

Abtrag do Hofkammer: Czernica 173/8 x, 197 Kalujowice 394 Krue, 1182 Zyd, Motki z pomiędzy 2364

dotzd do Gryb. Zona

66 67

Zum Verlust der Herrschaft des Ausweises

3. Bei den Gütern wo in manchen die Rubriken [illegible] der Robot nicht ausgefüllt konnte oder ist wenig Zugtreibig = Zweimal Handtreibig eingenommen — und [illegible]

B

Ausweis

in welchem die Verluste, den die Grundherrschaften ~~hätten erleiden sollen a) zu Folge des a. h. Reskripts vom 12ten Nov. b) zu zu Folge des a) in dem a. h. Reskript vom 12~~ a) in Gemäßheit des a. h. Reskripts ~~[illegible]~~ vom 12ten November b) in Gemäßheit des im § 1 des Kreisschreibens vom 25ten Nov. enthaltenen Grundsatzes hätten erleiden sollen — mit dem Verluste, den die Grundherrschaften zu Folge der Verfügungen ~~des~~ der Klassenbestimmung erleiden werden, — zusammengestellt erscheint.

Większy dar z Tows — żeby stocwa w stowie jak najwyraźniej

Laufende Nr.	Nr. der Ortschaft	Namen der Ortschaft oder des Gutes	Förmliches im gerichtlichen Verfahren ermittelter Verkaufswert der gepfändeten unbeweglichen Grundbesitzungen: Acker		Wiesen		Hutweide		Waldungen		Zusammen		Förmliches Abschätzungsergebnis der gepfändeten unbeweglichen Grundbesitzungen, wovon abzug des Zuschlags (ursprünglich 50 % bei Versteigerung 25 % bei freihändiger Veräußerung)		Förmliches Verkaufsergebnis ermittelter Verkaufswert der Abtriebungen der unbeweglichen Grundbesitzungen zu Grunde zu legen		Förmliches Verkaufsergebnis ermittelter Verkaufswert der Forstnutzungen		Förmliches Verkaufsergebnis der gepfändeten unbeweglichen Grundbesitzungen bezw. der Abtriebungen d. i. der Forstnutzungen und der Forstnebennutzungen		Nach dem bisherigen Forstbetrieb		Nach der Abschätzung des Forstsachverständigen vom 25ten Nov.		Nach dem bisherigen Forstbetrieb		Nach der Abschätzung des Forstsachverständigen vom 25ten Nov.		Mehrbetrag des von der Grundsteuer-Katasterschätzung zu ermittelnden Verkaufswertes der Grundstücke gegenüber dem Verkaufswerte der Forstnutzungen		zu Folge der gerichtlichen Verfahren vom 12ten Nov.		zu Folge der Abschätzung des Forstsachverständigen vom 25ten Nov.		Verlust gegenüber dem förmlichen Verkaufswerte der gepfändeten unbeweglichen Grundbesitzungen: bei der Grundsteuer-Katasterschätzung zu Folge der gerichtlichen Verfahren vom 12ten Nov.		bei der Grundsteuer-Katasterschätzung zu Folge der Abschätzung des Forstsachverständigen vom 25ten Nov.		bei der Abschätzung zu Folge der Abschätzung des Forstsachverständigen	
			fl.	kr.	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x	fl.	x
X		Krasiczyn	5780	28	421	1	49	5/12			6090	7/36	3346	13	480	16	9883	32	1337	55	5783	48	1738	11	3045	18												
X1	2	Zurawica	10241	7	999	50	157	19			11.398	16	6077	44	158	17	4.111	15	2666	40	4269	32	2.224	57	5.699	8	3.038	52	0	0	1.230	46	2.044	25				
X2	3	Lanowce	20.779	39	1.249	56	163				22.192	31	11.552	44	509	4	11.875	36	3.868		12.387	40	4.377	4	11.096	15	5.776	22	1.288	25	6.608	18	8.007	36				
X3	4	Zapałow	20.175	58	3.046	51	667	2			23.889	55	13.192	9	1.049	0	8.307	46	4.964	42	9.350	40	6.013	42	11.944	57	6.596	4	0	0	2.751	36	3.336	58				
X4	5	Ostrow	1.717	4/24	505	7/24	2	1/35			2.224	47/96	1.265	4/7	64	12	1.312	36/48	457	54/96	1.376	48/96	522	6/24	1112	23/24	632	32	264	1/24	744	16	854	42				
X5	8	Wodotkow	3542	4/24	729	53/96					4271	57/96	2.359	56/96	101	35	1.920	12/48	999	22/96	2.021	42/96	1.100	57/96	2135	54/96	1.177	28	0	0	849	19/24	920	50				
6	9	Lubience	2080	49/96	153	44/96	57	27/48			2263	10/96	1206	33	152	56	2574	24/96	419	28	2727	28	572	24	1131	35	603	36/96	1595	53	2124	12	2.155	4				
7	10	Wola Dobrotwicka	279	24	15	33/96	135	5/40			430	37/96	287	49	8	14	488	46/96	66	44	497	0	74	58	215	19	143	54	287	41	353	6	422	2				
		Inwentarz	3508	36/96	1052	7/49	14	7/50			4876	17/96																										

dowód Protokuły i oryginalnie Tabl.

IV

Beispiele in welchen der Werth der, nach dem neuen Gesetze vorzuschreibenden unterthänigen Schuldigkeiten mit den Lasten, die die Grundherrschaften in Folge des Unterthansverbandes tragen, – verglichen werden. –

1. In dem Ausweise ~~No 2 Seite~~ Postzahl no. 4. ist dargestellt worden, daß der katastralmäßig geschätzte ~~Werth~~ jährliche ~~Werth~~ Ertrag der gesamten, in Folge des neuen Gesetzes vorzuschreibenden, Urbarialgiebigkeiten in der Herrschaft Ostrau Złoczower 522 fl 6 kr. Mze beträgt. –

5980
5980
3380
15340
6994
8346

1820
1820
3354
6994

(von nützigen Forsten)

Zu fernern von der ordinirten Hülfsbuchhalter nützgenießenden Forsten fort der Grundsatz der hervorgehoben Datum die dem Dominium oder selbsten, in Folge der Entschädigungsberechtigten, oblie-genden Forsten somit der von den unterthänigen Schuldig-keiten zu forstenden Arbeitsleistung auf 1027 fl. 57 x Ctr. bemessen, wobei es [werden die Forsten der Steuerentrichtung und Abgaben und die damit verbundenen Verantwortlichkeitsleistungen die besitzer Herrschaft u. ex. dgl. — die der Dominium selbst oft zu tragen haben, aus die den Unterthanen zu leistende Unterstützung in Berücksichtigung wären. —

2. Laut der im Aufwurf [illegible] Post zahl no. 647 enthaltenen Berechnung wird der Werth der in den Güter Lubience und Wola Dobrotneka den Unterthanen in [illegible] Folge der neuen Forsten beizuschreibenden Arbeits-viertelgerechtigkeiten 647 fl. 22 betragen. — die in diesen Gütern 170 Häuser wohnenden Unterthanen dürfen hervorsorgt (vorbehalten) werden das Recht das zur Besitzung nothwendige Bauholz 73 Brennholz und das zu allen ihren Feuerleistungen erforderliche Bauholz und herrschaftliche Abel-dungen zu nehmen. — Wenn man nun auf jede Hausnummer jährlich wahrscheinlich [: im Winter weniger die meisten Unterthanen 2 Häuser :] somit jährlich 52 Klafter zum gemeinen Preise zu: 6 fl. CM gerechnet, so betragen auf den Werth des Brenn-holzes auf 170 Hausnummern — — — — — — — 884 Gulden

auf 170 Hausnummern zum freien eigenen Werth zu: 40 kr. CM auf jede Hausnummer jährlich eigenen betragen — — — 113 Gulden 20 kr.

Zusammen 997 fl. 20 kr. CM.

Damit wird der Werth der, den Unterthanen als selbsten zustehenden, Holzungsfreiheit zu 54 fl. eigenen als der Werth der von den Unterthanen zu leistenden Schuldigkeiten. — die Unterthanen werden von ihren Grundstücken gar nichts leisten, und es wird der Herrschaft überdies zu Gunsten der Unterthanen nebst der Brauchbarkeit [illegible] immer Kostspieliger Grundbuchkraft verbunden, nebst der Last der Steuer entrichtung und Abgaben und allen mit diesen Lasten Unterstandleistungen verbundenen Verantwortlichkeits-leistungen, nebst den Unterthanen Unterstützung leisten, nebst [illegible] zum Unterhalte der Unterthanen der Zimm- und Herrschaftsbauleute der Zimm- und Herrschaftsbauleute, die Zuschüsse, Zeiterlbrüder und nur Wenige andere Dienste zu Gunsten ihrer Unterthanen entrichten. —

74

Elaboraty w związku z przeprowadzeniem "regulacji" spraw spadkowych

1)

Betrachtungen

über die bevorstehenden Änderungen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse ~~in Galizien~~ und über die ~~Einführung~~ Nothwendigkeit der Einführung einer neuen Landkulturgesetzgebung im Königreiche Galizien

Die Nothwendigkeit der Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse ~~und der Einführung einer neuen Landkulturgesetzgebung in Galizien~~ war seit jeher ~~anerkannt worden~~ von der allerhöchsten ~~In Folge der Vorstellungen der einsichtsvolleren Grundherren wandten sich die galizischen Landstände zu wiederholten Mahlen im J. 1843 an Allerhöchst Seine Majestät mit der Bitte~~ Regierung und von den galizischen Landständen anerkannt worden.

~~Die bisherigen, diesen Gegenstand betreffenden, vielfältigen und oft einander widersprechenden Gesetzbestimmungen und welche zu Streitigkeiten Anlaß geben, konnten nicht länger bestehen. Der Willkühr des Richters war offenes Feld gelassen und es wurden die unterthänigen Schuldigkeiten waren nicht klar bestimmt, der gänzliche~~

Der gänzliche Mangel an beweiskräftigen Urkunden in Betreff des Grundbesitzes und der unterthänigen Schuldigkeiten ~~war fühlbar gewesen~~ müßten ~~hatten~~ zur Folge haben, daß die langwierigen ruhestörenden Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Unterthanen immer häufiger werden, ~~daß~~ und ~~deren Entscheidung der~~ die Schlichtung dieser Streitigkeiten ~~der Willkür~~ gänzlich der Willkühr des Richters überlassen ist. ~~X~~(1). ~~Die Entscheidungen~~ Die verschiedenartigen Entscheidungen müßten nothwendigerweise bald einer bald der anderen Parthey ungerecht scheinen.

F und die bisherigen, diesen Gegenstand betreffenden, ~~oft~~ vielfältigen oft einander widersprechenden Gesetzbestimmungen

ad caput o instrukcyi Streitigkeiten

(1) Wer mit diesen Verhältnissen nicht einigermaßen betraut ist wird es unglaublich finden wie die unterthänigen Streitigkeiten verwickelt sind und wie ~~dieselben~~ lange dieselben dauern können. Beyspielweise kann ich zwey solche ~~X~~ in den meiner Familie ~~gehörigen~~ gehörigen Güter vorgekommenen Streitigkeiten anführen. — Aus Anlaß der Versagung der Zinsenzahlung hat mein Großvater gegen die Zensitin in Sosnow Brzezaner Kreises im J. 1799 einen Rechtsstreit anhängig gemacht. ~~Die erste Entscheidung wurde vom Brzezaner Kreisamte unterm 24ten~~ Mit der Entscheidung des Brzezaner Kr. Kreisamtes vom 24ten July 1800 Z. 2681 auf den Rechtsweg verwiesen.

~~(1) Im Allgemeinen kann man annehmen daß bey Streitigkeiten von einigen Belange vom Tage der Klage Einreichung der Klage bis zur Vollziehung der rechtskräftigen Entscheidung~~

~~(1) In den meiner Familie gehörigen Güter kann ich zwey unterthänige Streitigkeiten von einigen Belange aufweisen, welche gar~~

die unheilvollen Ereignisse welche unser Land ins
Verderben stürzten machten die Nothwendigkeit einer,
die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse regelnden,
Gesetzgebung mehr fühlbar und es hat die im Dezember
~~vorigen~~ 1846 ~~zur allgem~~ kundgemachte allerhöchste Entschlie-
ßung vom 12ten November 1846 in dieser Gesetzgebung
den ersten Schritt gethan. Die mit der Ausführung
des kundgemachten Gesetzes beauftragten galizischen
Landesbehörden sollen ~~hiezu die sachgemäßen Instruk-~~
~~zionen erhalten~~ zu diesem Behufe mit den sachgemäßen
Instrukzionen versehen werden. Die galizischen
Landwirthe haben die gegründete Hoffnung daß ~~die~~
sowohl die erwähnten Instrukzionen als auch andere
nicht minder wichtige – die in dem bereits kundgemachten
Gesetze nicht berührten Verhältnisse regelnden –
Gesetzbestimmungen bald nachfolgen, die agrarische
Gesetzgebung unserer Provinz vollständig machen,
und in ihrer Gesamtheit in Ausführung gebracht
werden; – auf das der nothwendigerweise kritische
Übergang zu den neuen Rechtsverhältnissen mit
einem Mahle überstanden werde und die, den
Bedürfnissen unserer Zeit angemessene, Gesetzgebung,
durch die gegründete Hoffnung auf einen lange
dauernden ~~Fortbstand Fortbs~~ Fortbestand der neuen
Rechtsverhältnisse, den ~~Produzenten~~ entmuthigten

Produzenten zur Entwickelung neuer Thätigkeit Muth einflößen.

~~die galizis. Insbesondere erwarten die galizischen Grundherren~~

~~die Gerechtigkeit der allerhöchsten Regierung läßt insbesondere — er~~

~~Insbesondere erwarten die galizischen Grundherren von der Gerechtigkeit der allerhöchsten Regierung daß eine angemessene Vergütung die beträchtlich sehr beträchtlichen Verluste welche dieselben — in ihren, unter dem Schutze der bestandenen Gesetze, wohl erworbenen Rechten, durch die allerhöchste Entschließung vom 12 Nov. erleiden müssen, decken wird~~

Da die galizischen Grundherren, in Folge der allerhöchsten Entschließung vom 12ten November, sehr beträchtliche Verluste — in ihren, unter dem Schutze der ~~alle~~ bestandenen Gesetze, wohl erworbenen Rechten — erleiden müssen; so erwarten diese Grundherren insbesondere daß denselben eine angemessene Vergütung zu Theil werden wird.

In diesem für unsere Provinz höchst wichtigen Zeitpunkte der Einführung einer neuen ~~agrarisch agr~~ agrarischen Gesetzgebung glaube ich mich als Grundherr und Landstand verpflichtet der ~~hohen allerhöchsten~~ hohen Regierung über die zu regelnden Verhältnisse F ~~diejenigen faktischen Aufschlüsse und Aufklärungen vorzulegen welche~~, nach meiner innersten (Überzeugung) zur Kenntniß der ~~allerhöchsten Regierung~~ Staatsverwaltung im Wege der üblichen ämtlichen Berichte nicht gelangen können und welche einzig und allein ~~nur~~ ein praktischer Landwirth ~~zu geben~~ und Grundherr zu geben im Stande ist.

F meine, in der praktischen Kenntniß dieser Verhältnisse gegründeten, ~~Bemerkungen vorzulegen~~. ~~diese~~ Betrachtungen vorzulegen. diese Betrachtungen enthalten meistens solche faktische Aufschlüsse und Aufklärungen welche,

III 1

Die Nothwendigkeit einer neuen, die grundunterthänigen Verhältnisse regelnden, Gesetzgebung in Galizien ist seit jeher von der allerhöchsten Regierung und von den galizischen Landständen anerkannt worden.

~~Das Grundeigenthum konnte nicht länger einer Klasse der Staatsbürger ausschließlich vorbehalten~~

~~die Unbestimmtheit der bisherigen~~

Die bisherigen ~~unbestimmte~~ vielfältigen, unbestimmten oft einander widersprechenden Gesetzbestimmungen, welche der Willkühr der Richter offenes Feld ließen, konnten nicht mehr bestehen. Das Grundeigenthum konnte nicht länger einer Klasse der Staatsbürger ausschließlich vorbehalten, ~~werden~~ ~~dasselbe und mußte derjenigen Lasten enthoben werden~~ dasselbe mußte allen Volksklassen zugänglich gemacht und derjenigen Lasten enthoben werden welche es am meisten drücken. Die vergrößerte Zahl der Eigenthümer sollte die Garantie der Ruhe und Ordnung vermehren.

Die zur Erreichung eines so erhabenen Zweckes nothwendigen und verhältnißmäßig zu vertheilenden Opfer hätte ein jeder Grundherr bereitwillig getragen.

Unbestreitbar ist es, daß die Lösung dieser großen und äußerst schwierigen Aufgabe das Wohl unseres Landes in sich enthält, daß es der größten Umsicht bedarf um, bey der Einführung der neuen Gesetzgebung, die Interessen der Grundherren mit jenen der unterthänigen Grundbesitzer auch eine den Zeitbedürfnissen angemessene Art in Einklang zu bringen, ~~die~~ den Fortschritt der Landkultur nicht zu gefährden und dem Lande eine bessere Zukunft zu sichern.

Die allerhöchste Entschließung vom 12 Nov. 1846 hat in dieser Gesetzgebung den ersten Schritt gethan.

Als wir die ~~Nachricht~~ erste Nachricht von dieser a. h. Entschl. erhielten konnten wir die wohlthätigen Absichten Allerhöchst Sr. Majestät nicht verkennen. Die einfachen in dieser

allerhöchsten Entschl. enthaltenen Grundsätze erweckten in ~~und~~ uns die Hoffnung daß die grundunterthänigen Verhältnisse auf eine der Gerechtigkeit entsprechende Weise geregelt; die unterthänigen Schuldigkeiten klar bestimmt; die, aus Mangel an beweiskräftigen Urkunden, immer häufiger vorkommenden langwierigen und ruhestörenden Streitigkeiten zwischen Herrschaften ~~und~~ und Unterthanen auf immerwährende Zeiten beseitigt werden würden.

Wir glaubten daß ~~bey~~ vor der ~~Regulirung~~ Ausführung der erwähnten a. h. Entschl. die Berichtigung der — mit den a. h. Patenten vom 19 April 1790 und vom 23 Dez. 1817 anerkannten im Verlaufe der Zeit größer gewordenen — äußerst bedeutenden Fehler und Gebrechen des provisorischen Katasters, welcher als Grundlage ~~der~~ ~~u~~ zur neuen Robothregulirung dienen sollten, erfolgen werde, — um den Mißverhältnissen in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten — welche die unter dem Landvolke bestehende Aufregung zu noch höherem Grade steigern müßen — vorzubeugen.

Wir erwarteten auch daß ~~die den Grundherren die großen Verluste der Grundherren in ihr ihren~~ die Grundherren ebenfalls ihrer vielfältigen Lasten enthoben und denselben für den Verlust ihrer ~~wohlerworbenen~~ unter dem Schutze der Gesetze erworbenen Rechte eine Vergütung zu Statten kommen würde; — daß endlich die mit der Ausführung der a. h. Entschl. beauftragten Landesbehörden von den Grundherren die, in der praktischen Kenntniß des Gegenstandes gegründeten, Aufschlüße und Aufklärungen fordern werden, — um bey der Ausführung des neuen

Gesetzes die ~~wohlerworbenen Rechte nach Mön~~
~~unter dem Schutze~~ wohlerworbenen Rechte
nach Möglichkeit zu schonen und große
Fehler und Gebrechen zu beseitigen.
Diesen unseren gerechten Hoffnungen wurde
nicht entsprochen.
Das in der größten Eile ausgefertigte und
kundgemachte Kreisschreiben vom ~~12ten Nov.~~
25ten Nov. 1846 und die unterm 18ten Dez.
an die Kreisämter und Dominien ergangenen
Instruktzionen enthalten die Bestimmungen
zur Ausführung der a. h. Entschl. vom 12 Nov.
1846. —
Wir können nicht umhin unsere innerste Überzeugung
auszudrücken daß diese Bestimmungen der Willens=
meinung unseres allergnädigsten Landesfürsten
nicht entsprechen weil es keinem Zweifel unterliegt
daß, wenn die a. h. Entschl. nach diesen Bestimmungen
in Ausführung gebracht werden sollte, — die wohlthä=
tigen Absichten Sr Majestät nicht erreicht, die
wohlerworbenen Rechte der meisten Grundherren übermä=
ßig und zwecklos verletzt, in der Vertheilung
der unterthänigen Schuldigkeiten die größten
Mißverhältnisse hervorgehen, bey der Reguli=
rung der unterthänigen Schuldigkeiten ärgerliche
ruhestörende ~~Streitigkeiten~~ und ewig dauernde
Streitigkeiten ~~hervorgehen~~ entstehen werden,
die Landproduktzion gefährdet und unser Land
den gräßlichsten Übeln ausgesetzt seyn wird. —

In dieser verhängnißvollen Lage wenden wir
uns an unseren allergnädigsten Monarchen

und flehen um schleunige Hilfe und Gerechtigkeit, auf daß unser Land nicht dem Verderben geweihet werde. —

Um eine erschöpfende Darstellung der unserem Lande, aus Anlaß einer unzweckmäßigen Regulirung der ~~grund~~ grundunterthänigen Verhältnisse, drohenden Gefahren und der dießfälligen Bedürfnisse unseres Landes ~~uns~~ Allerhöchst Sr. Majestät vorlegen zu dürfen bitten wir Allerhöchst dieselbe geruhe Allergnädigst zu gestatten damit dieser überaus wichtige Gegenstand auf einem außerordentlich zu berufenden Landtage ~~der Berath~~ oder auf einer Versamlung der landtäflichen Gutsbesitzer aus allen Gegenden Galiziens der Berathung unterzogen werde. —

~~59 – 78~~ 58 – 108
24 – 54
34 – 59

III 2

Von dem ~~zur Abt~~ von der Bezirksämter und Gemeinden unterm 18 Dez. 1846 Z. 7 Präs. Z. 7423 vorgelegten Instruktionen zur Durchführung der Bezirksvermessung Vom 25 Nov. 1846. — (1) —

Zu Allgemeinem muß ich bemerken daß ~~der~~, in Gemäßheit des v. f. Entschl. vom 12ten Nov., die Durchführung der obersten Vermessung und selber der vorzüglichen ~~Vermessung~~ Messungen, unter Beiziehung der geschickten Landwirthe und ihrer bezirksämtlich bestellten Gehilfen, die Hauptdreiecke, die Hauptpunkte, die Hauptlinien, die Grundlinien, die Hauptpolygone, die Hauptnivellements, die Hauptkarten, die Hauptvermessungsregister, die Hauptbeschreibungen, die Hauptvermessungsurkunden, die Hauptvermessungsakten, die Hauptvermessungsbücher, die Hauptvermessungsregister

[illegible] besonders hinsichtlich der Ausführung welche sich berücksichtigt werden werden

den Gemeinden zugeschrieben werden. ——

Für Bestreitung zu treffende; ~~Ausgabe~~ ~~Verfügung~~

der hohe k.k. Landesstelle hat d.d. 4 März für Ausführung verfügt, daß die Zwischenbrücken ~~Straßen~~ ~~Straßen~~ den Gemeinden [illegible] die zur Aufbesserung der ~~Straßen~~ Straßenlänge verwendeten Taglöhnerzahlungen [illegible] zur Hälfte [illegible] Jahre 1847 ~~bestritten~~ zurückvergütet werden.

Zur Bestreitung der [illegible] Arbeiten muß [illegible] ~~Straße~~ ~~bis zum 15ten April 1847 fertig gestellt~~ ~~und eingeräumt werden sollen~~ ~~gestellt~~ den 15ten April 1847 fertig ~~Straße~~ Weg eingeräumt [illegible] Gemeinden mit voller Sorgfalt [illegible]

Für die Bestreitung der Aufbesserung der Straßenlänge den Gemeinden [illegible] Jahre l.J. zurückvergütet werden, [illegible] ~~Straße~~ Straßenlänge [illegible] ~~Straße~~ Straßenlänge [illegible] ~~Straße~~ Straßenlänge

die in den Instruktionen ~~von~~ zur Ausführung der Robothregulirung enthaltenen Bestimmungen zerfallen in ~~zwey~~ drey Theile:

A Wegen ~~A~~ Aufnahme der unterthänigen Besitzungen nach ihrem gegenwärtigen Bestande mit der von denselben nach dem Steuerfuße des Vern. Jahres 1845/46 entfallenden Steuer. —

B Wegen Aufnahme der von den verzeichneten Grundbesitzungen zu leistenden ~~Sch~~ Robothen und übrigen Schuldigkeiten.

C Wegen der Wahl, welche die Unterthanen zwischen der bisher geleisteten und der neu ~~vorzuschreibenden~~ vorzuschreibenden Schuldigkeit zu treffen haben.

A ~~B~~

~~In den Bestimmungen welche die~~ zur Aufnahme der Grundbesitzungen ~~nach ihrem gegenwärtigen Bestande werden die Ergebnisse~~ ~~betreffen wird~~ ~~gen~~ ~~wird~~ ~~[illegible]~~ ~~Katasters~~ sammt den Ausweisen der seither durch Nachbesserungen, ~~Art~~ Reklamazionen u. s. w. sich ergebenden Veränderungen als Grundlage angenommen (§ 4 der Instr. für Dan.) ~~[illegible]~~ Es scheint daß die Verfasser dieser Instruktion ~~nur~~ ~~in ihrem Leben~~ ~~einer~~ ~~Grun~~, die Resultate des provisorischen Katasters enthaltende, Grundmatrikel oder einen individuellen Grundertragsbogen mit dem wirklichen Grundbesitze ~~in~~ ~~die sogenannten Grundmatrikelbücher enthalten die Resultate~~ die für jede Gemeinde insbesondere im J. 1820 verfaßten Grundmatrikelbücher ~~[illegible]~~ enthalten die Resultate des provisorischen Katasters. Die individuellen Grundertragsbögen und ~~Aus~~ Summarien sind ~~[illegible]~~ die Resultate des provisorischen Katasters daß die Ergebnisse des provisorischen Katasters vom J. 1820 ~~sammt~~ ~~den Ausweisen über die seither vorgekommenen~~ durchaus falsch ~~sind~~, daß die Ausweise über die seither vorgekommenen Veränderungen ~~durchaus~~ mangelhaft ~~sind~~ sind habe ich in dem ~~[illegible]~~ dargethan. —

nach ihrem gegenwärtigen ~~Bestande~~ Bestande werden die Ergebnisse ~~[illegible]~~ des provisorischen Katasters

(4) ~~(3)~~ Es scheint daß die Verfasser der Instruktion nie in ihrem Leben in Galizien die, die Resultate des provisorischen Katasters enthaltenden, Grundmatrikelbücher ~~Sum~~ individuellen Grundertragsbögen ~~und~~ Summarien mit dem wirklichen Grundbesitze verglichen haben, sonst würden sie den in dem § 4 vorkommenden offenbaren Widerspruch vermieden haben; — denn es unterliegt keinem Zweifel daß der Grundbesitz nach seinem gegenwärtigen Bestande aus den ~~oben~~ Ergebnissen des provisorischen Katasters und den obengedachten Ausweisen nicht ermittelt werden kann.

[illegible] Zuwiderhandlungen [illegible] Zuwiderhandlungen [illegible] Zuwiderhandlungen [

(2)

(Ist ist sofort die Grundherrschaft zu bezeichnen, wenn dieselbe
1 Hand) ~~Wenn nun Grundherrschaft~~ bey der Bezeichnung
der Grundbesitzungen in der Regel Eigenthum
findet; daß der eigenwerthige Besitz der
Grundbesitzungen, in der Verschiedenheit der
eigenthümlichen Verhältnisse, worin dieselben
hier gar nicht eingreifend; daß die in den Grund-
rentenbüchern eingetragenen Zahlen wenn-
gleich Grundeigenthümer angeben sind (5); daß die Benennung der
Grundstücke ~~grundherrlichen Verhältnisse~~ darauf
~~falsch angewendet~~ sey; daß die Grundentrich-
~~nisse~~ die Kulturverhältnisse ~~der Grundstücke~~
~~ergründet daß die Grunde~~ und die Grundentrich-
tung ~~in Rede~~ ~~daß nur~~ ~~eigenthümlich~~ darauf gefällt eigenthümlich sind? —
eigen ist. Verhältnisse ~~ist eigenthümlich~~ —

Soll die Grundherrschaft in diesem Falle in Folge
des §. 4 der Festsetzungen sich an den eigenwerthigen
Besitzungen ~~Gütern~~ oder in Gemeinschaft derselben
~~Besitzungen~~ des §. 4 die ~~Gefälle~~ der grundherrlichen Grundentrichtung ob-
~~des 2 (6)~~ in der Regulierungsurkunde ob-
schreiben lassen? — (6). — Wenn diese Bestimmung,
~~nach dem eigenwerthigen Besitz~~ wie es eigentlich
und billig ist, nach dem eigenwerthigen wirklichen
Besitzstand ~~eingetragen~~ fällt, so entsteht die Frage

(5) dieß wird sich ~~in vielen Fällen~~ ereignen in vielen
Gemeinden der Fall wie wir schon bemerkten östlich
Driesen Landrichter, wo die Entrichtungen eigentlich
den Zehentherrn von Zorb und Hof 1 bis 2 Meilen entfernt
Getreidezehentpflicht haben, dieselben daher nie beobachten und
nicht einmahl ~~Gefälle nicht~~ darüber Rechnung eigentlich ~~führen~~, zu welchen
Grundbesitz diese oder jener Pflichtige gehört. —

(6) So wie dieß bezweckt überhaupt bey der zum Behufe der Grund-
gültigkeit der Grundsteuerfassion vom J. 1785 ff. und J. 1820 vorge-
nommenen Abtheilung des Landes war.

welche Art die Abfindungen geleistet werden sollen? —

Konkreter

~~1tens~~ ~~Ob es bei der bisherigen Ablösung~~

~~1tens~~ zum Behufe der Einführung der Ablösung in den Regierungsbezirk Aachen nach §6 des Ges. für diejenigen die Bestimmungen in Betreff der neu entstandenen Grundst., welche entweder auf getheilten Loosen oder auf neuen Vicinal-Straßen stehen, bestehen. ~~Es ist nöthig~~ Für die übrigen Grundst. welche auf unterirdischen Gängen stehen

2tens Zu Folge der Bestimmung des §68 der Instruction für die Ausführung des Gesetzes, die Ablösung der Reallasten des Grundbesitzes betreffend, sind die neuen festgestellten Grundsteuer-Einheiten nicht jeder Grundbesitzung besonders, sondern nur jeder Grundbesitzung besonders, sondern nur jeder Grundbesitzung besonders, sondern nur

F die Instrukzionen enthalten gar keine Bestimmung in Betreff solcher Parzellen

~~Die Instrukzionen~~ Sollen nun dieselben ganz ausgelassen werden um das ganze Operat falsch und ungerecht zu machen, oder sollen dieselben eingetragen werden, wie und auf welche Art? —

Da diese Parzellen in dem provisorischen Kataster nicht vorkommen so ist auch in diesem Kataster weder der Flächeninhalt noch der Ertrag derselben eingetragen. Wie ist nun der Flächeninhalt der Ertrag und die von solchen Parzellen entfallende Steuerbetrag in ~~das~~ Regulirungsoperats einzutragen? —

F die 8te bis 16te Rubrik des

~~Sollen Was hat mit jenen~~

3tens Wie hat man sich zu benehmen wenn in dem prov. Kataster ~~unter Grund~~ mit topographischen Zahlen bezeichnete Grundparzellen vorkommen, welche in rerum natura gar nie existirten oder vielleicht ehemals existirten, jetzt aber gar nicht aufzufinden sind? —

~~F und in §7 der Instrukzion~~

3tens In Folge der, in dem letzten Absatze des §6 ~~der Instr.~~ F ~~enthaltenen Bestimmung~~ enthaltenen Bestimmung soll man in die Rechtmäßigkeit des Grundbesitzes ~~Recht~~ nicht eingehen und ~~dagegen~~ denjenigen als Besitzer eintragen welcher in dem Zeitpunkte der gegenwärtigen Aufnahme mit der Grundbesitzung schaltet und waltet ~~und die~~.

~~Steuer entrichtet.~~

F einzelne Antheilen

Wie hat man sich zu benehmen wenn F ~~Grundparzellen~~ auf unerlaubte Weise ~~in den Besitz~~ durch Einackern Eindringen u. s. w. ~~ganz oder theilweise~~ in den Besitz von fremden Grundparzellen gelangten? soll man diese Parzellen ~~ungerechterweise auf dem in~~ ~~Folge des letzten, nach der~~ ungerechterweise, nach der Bestimmung des §8 6 der Instrukzion, ~~auf~~ dem unrechtmäßigen Besitzer zuschreiben? —

4 Strub Mord soll neue Thür neue Thür Grundgerechtigkeiten in ~~Anspruch~~ ~~Besitz~~ ~~Besitz~~ ~~Besitz

230

diese operate Regulirungsoperate ~~denen~~ nennen können? — Nein, wahrhaftig nicht, das vorzunehmende Geschäft wird Ungerechtigkeit auf Ungerechtigkeit häufen und kann nicht Regulirung genannt werden ~~und~~ die im provisorischen Katastro enthaltenen Lügen abzuschreiben, den Grundbesitz falsch aufzunehmen, einem Unterthan größere dem anderen kleinere Schuldigkeit, nicht nach Maßgabe des Grundbesitzes sondern, wie es der Zufall mit sich bringt ~~aufschreiben~~ ? ~~aufsch~~ aufzuschreiben? —

6tens Wie hat sich die Grundobrigkeit zu wenn dieselbe bey der Aufnahme der Grundbesitzungen ~~findet~~ in das Regulirungs findet daß der gegenwärtige Bestand der Grundbesitzungen den, in den Urkunden des provisorischen Katasters vorkommenden Resultate gänzlich widerspricht; daß die in den Grundmatrikelbücher nach topographischen Zahlen vorkommenden Grundparzellen durcheinandergemengt und auf dem Felde nicht aufzufinden sind (7); daß der Umfang der Grundstücke, die Kulturgattungen, die Grund=

(7) dieses wird sich ereignen in vielen Herrschaften der mir näher bekannten östlichen Kreisen Galiziens, wo die Unterthanen große, sehr zertheilte, manchmahl 1 bis 2 Meilen von Haus und Hof entfernte Dotazionsgründe besitzen, dieselben wegen der großen Entfernung beynahe nie bebauen und nicht einmahl darüber Auskunft geben können, zu welchem Grundbesitze diese ~~ob~~ oder jene Parzelle gehört.

erträgnisse in dem provisorischen Kataster ~~durchaus~~ durchaus falsch angegeben worden sind? – ~~Soll die Grundherrschaft~~ Hat die Grundherrschaft die ~~Lügen~~ falschen Angaben des provisorischen Katasters in ~~die~~ Regulirungs-operate ~~abschreiben~~ abzuschreiben (8), den Grundbesitz falsch aufzunehmen, ~~den~~ einem Unterthan kleinere dem anderen größere, ~~nicht~~ Schuldigkeiten, nicht nach Maßgabe des Grundbesitzes, sondern wie es der Zufall mit sich bringt, – aufzubürden? – Diese Frage müßen in Gemäßheit der kundgemachten Instrukzionen bejahend beantwortet werden und es darf die Grundherrschaft in Folge der, in den Instrukzionen enthaltenen, Bestimmungen nicht wagen, die in dem provisorischen Kataster ~~nicht~~ eingetragenen ~~Lügen~~ falschen Angaben zu berichtigen, sie darf nicht in die Regulirungs-operate die Wahrheit aufnehmen, – ~~denn~~ sonst würde das ~~operat als unrichtig anerkannt~~ von ihr verfaßte operat als unrichtig anerkannt werden, sonst würde dieselbe in die mit

(8) So wie dieses ~~beynahe überall~~ bey den, zum Behufe der Berichtigung des Steuerkatasters vom J. 1785, im J. 1820 vorgenommenen Arbeiten geschehen ist.

§ 15 der Instr. für Dominien bestimmte Strafen verfallen; — denn es ist mittelst § 24 und 35 der Instr. für Kreisämter den Kreis-Kommissären und den kk. Kreisämter aufgetragen worden: „~~der~~ F Richtigkeit der ~~der~~ im Regulirungsoperate vorkommenden Ansätze im Grundbesitze sich aus den Summarien der ~~im J. 1820~~ F individuellen Grundertragsbögen und aus den Grundsteuer-Regulirungs-operaten zu überzeugen und die gedachten Ansätze nach diesen ~~Operaten richtig zu bericht~~ (grundfalschen) Operaten zu berichtigen!!! —

F von der

F im J. 1820 verfaßten

Wird man denn die auf solche Weise zu Stande gebrachten Operate Regulirungs-operate nennen können?! — Nein, wahrhaftig nicht; das vorzunehmende Geschäft wird Unwahrheit auf Unwahrheit ~~Ungerechtigkeit auf Ungerechtigkeit~~ Ungerechtigkeit auf Ungerechtigkeit häufen und kann nicht Regulirung genannt werden. —

Scribe fol. 3½

B

Die Bestimmungen wegen Aufnahme der von den Grundbesitzungen zu leistenden Robothen und anderen Schuldigkeiten zerfallen wieder in zwey Theile:

a) ~~a)~~ wegen Aufnahme der Schuldigkeiten nach dem neuen Gesetze und

b) nach dem bisherigen Bestande.

a

Die auf dem neuen Hofstelle hinzuzuschreibende Abgabepflichtigkeit wird gänzlich [illegible] Robot wird dem Pflichtigen zugelegt ist [illegible] Grundbesitzer, [illegible] ohne die Robot wird [illegible] Die Abgabe [illegible] Einzeichnung [illegible] unter dem Buchstaben Abgabepflichtigen [illegible] Spalte [illegible] Robot [illegible] Abgabepflichtigen [illegible] Spalte [illegible] Robot [illegible] Spalte [illegible] Robot [illegible] Spalte [illegible] Robot

4

~~übereinstimmt, welches bey den meisten Dominien der Fall ist ( ), hat die Grundobrigkeit die Schuldigkeit nach dem bisherigen gegenwärtigen Bestande oder nach der Fassion aufzunehmen?~~ —

Diese Bestimmung widerspricht ~~überdieß~~ den in der Instr. für Kreisämter enthaltenen Verfügungen ~~in zur~~ wegen Prüfung und Richtigstellung der, ~~Ansätze die bisherige Schuldigkeit betreffenden, Ansätze in das~~ in dem Regulirungs-operate vorkommenden die bisherige Schuldigkeit betreffenden Ansätze. ~~Die~~ (Mit der) § 29 (letzter und letzter Absatz) und 35 (lit d) der Instr. für Kreisämter ist den Kreiskommissären und den ss. Kreisämtern aufgetragen worden die erwähnten Ansätze ~~mit~~ mit Zuhilfnahme der denselben zugänglichen Behelfe zu prüfen ~~u.~~. Diese ~~Behelfe~~ sind in dem § 7 und 15 derselben Instruktion aufgezählt und bestehen aus den ~~Stockinventaren~~, Unterthans-Verhandlungen, den Stockinventaren, der unter ämtlicher Autorität ausgefertigten Schuldigkeits-Inventarien, den Verträgen, Fassionen und Partikular-Entscheidungen. —

Wer nur einigermaßen ~~mit die~~ Unterthans-Verhältnißen in Galizien ~~vertraut~~ kennt, wer die, dieselben betreffenden Urkunden vor Augen gehabt und verglichen hat, wird wohl wissen, ~~daß alle diese Urkunden nicht übereinstimmen~~, daß ~~die~~ ~~[illegible]~~ ~~widerspricht, daß endlich~~ ~~[illegible]~~ dem gegenwärtigen Bestande nicht übereinstimmen ~~entgegengesetzt sind~~. Wie wird man nun die ~~[illegible]~~ ~~im Grunde der seit dem J. 1820 eingereichten Fassionen und des gegenwär-~~

F Urkunden, welche zum obigen Zwecke als Behelfe dienen sollen,

F die aus verschiedenen Zeiten herstammenden Urkunden einander widersprechen, daß die meisten derselben ~~mit [illegible] die ältern~~ ~~mit [illegible] die ältern~~ ( ) :/ mit

---

( ) F der ~~bis~~ Roboth-schuldigkeit nach dem bisherigen Bestande geringer ist als die fatirte — Es scheint jedoch, daß ~~dieses~~ dem Herrn Verfasser der Instruktion dieser Umstand nicht bekannt war.

( ) Eben diese älteren, ja die ältesten werden den Kreiskommissären zur Prüfung der Ansätze, über die bisher geleistete Schuldigkeiten zur Hand gegeben.

F Ausserdem leicht Vorausgesehen, denn die Urbarialfassionen sind vom J. 1820. Gesetzen und 26 Jahre verflossen in welchen Zeitverlauf viele Aenderungen statt haben mußten

Übrigens sind diese Urkunden nützende und alt. Sind dieselben und für

Der Commissionsbuchhandler Zeitungsschreiber, welcher und den ihm zur Hand gegebenen Bogen nicht rechtzeitig kann, wird mit Ordnungsstrafe bis zu [illegible] Thalern des Amtsrückstandes der bisher erhobenen Schuldigkeit zu übergeben, nur Nachsendung Versendung gegeben müssen, und welchem Falles Widerspruch nachgesehen werden. — Zu Betreff falschen Widerspruchs entfällt der

~~Dem Verleger, welcher sich~~ auf ~~Verlangen~~ [illegible] ~~Exemplare~~ ~~Bogen~~ ~~Exemplare~~ ~~Bogen~~ ~~Exemplare~~ ~~Bogen~~

Wenn einer zuerst in Anklagezustand versetzt wird, so soll der Angeklagte [illegible] werden. Der letztere [illegible] soll [illegible] Angeklagte im [illegible] Grad [illegible] und [illegible] Angeklagte [illegible]. Der Angeklagte [illegible] jedes mögliche [illegible] zu [illegible], sie [illegible] oder [illegible] Angeklagte [illegible] und [illegible] sowohl wie [illegible] Angeklagte [illegible] müssen zur Schlussverhandlung durch Anordnung von [illegible] [illegible] werden. [illegible] Angeklagte [illegible] [illegible] Angeklagte [illegible] [illegible] Angeklagte [illegible]

Mißtrauens der Betroffenen gegen
alle Erscheinungen ihrer Vorgesetzten Behörden,
Beamten und die Obrigkeit überhaupt ihren
höchsten Grade erreicht hat; daß die Betroffenen
lediglich nur den Aufwiegelschriften und gehässigen
Ratgebern, welche dieselben zu Widersetzlichkeiten
verleiten, Vertrauen ~~schenken~~, ~~so~~
schenken (15) so; — so wird man nicht
bezweifeln können, daß bey der, durch die bl.
Treibjagdmeister vorgenommenen Assignirung
der bisher bisher vorgekommenen Schäldigkeiten überall,
in jeder Gemeinde, in ~~der~~ ganz Gerichts
Widersetzungen entstehen werden. Ist es nun
möglich ~~in Betreff einer solchen Thatsache~~ zu
hoffen, daß der assignirende Treibbeamte
in Betreff dieser Widersetzungen einen Ausgleich zu
Stande bringen könne, oder die widersetzenden
in Betreff der bestehenden Besserungen und
der gegründeten Mißtrauen — mit den Behörden,
(welche nicht
nicht bewiesen und nimmermehr wiedergegeben) übergehen
gen wird? — Nein, die Ausgleiche werden nicht

Die bisher Widersetzlichkeiten
wurden meistens
richtige begründet
gefunden
In den richtigsten
begründeten Gerichten,
wie den betroffenen
wo die Betroffenen
bis jetzt noch geduldig
und ruhig waren,
werden, wenn die
Treibjagden die Hut-
zerstörenden Personen,
denn die Treibjagden die
Betroffenen Schäldigkeiten
Widersetzungen
fortsetzen

(15) In meinem Gesuch, wo die letzten Widersetzungsthaten Vorgänge
am wenigsten Einfluß gehabt haben ist die Widersetzungsthätigkeit der Betroffenen
so groß daß dieselben offen allen Gesetzen trotzen. Wenn das Verlangen
dieselben zu Rechtshandlungen hervorruft, rechtfertigen dieselben nicht, wenn sich die
herausstellende Rechtshandlungen sind die Betroffenen Schäldigkeiten betreffen
z. B. Absatz des verfaulten, Gesetzwidrigen u. a. dgl. —
In der mir gehörigen Bonitzer Stanislauer Forst (und in vielen andern
Forstrevieren dieser Gegend) trotzen die Betroffenen die Leistung der Blei-
gaben, obwohl dieselben seit undenklichen Zeiten bestehen, und
jetzt obwohl der ihren Treibjagdgehilfen und
den regierenden Treibbeamten den übergeordneten dieser Gemeinde die
gesetzlich den Leistung gab, diese Bleigaben unbedingt abzustatten. Die
Betroffenen geben vor, daß diesen rein Widersetzlichkeiten — diesen Vorgaben sie nicht
nachgeben wollen — sehr deutlich bezeichnet das allgemeine Gefühl ihren Protest gegen
dieselben wie die Leistung der Bleigaben bestreit.
In dem benachbarten Forst Kunzendorf trotzen die Betroffenen auch dem rechtlichen Grund
die Abstattung der Bleigaben. Mehrere von diesen Betroffenen bezeugten sich jetzt zur
Leistung bereit und rechtfertigen in der Bonitzer Forstverwaltung vom 21 Nov. 1846 wie sie sich verhalten
müssen, daß früher der Wunsch die Bleigaben geschmälert hat, daß man ihnen nicht Gesetzes
verantwortlich, daß man ihnen das Zeugniß nicht [illegible] zur Leistung der Bleigaben zwingen wollte
sie [illegible] in Tarnberg in wenn sie mit den Forstorgan bestehen würden, in Bonitz Strafgefängnisse wa

zu Stande kommen, die, ~~Widersprüche in Folge der wachsenden Widerspenstigkeit, des St~~ — in Folge der ~~wachsenden~~ Widerspenstigkeit, des Mißtrauens, der Berathungen mit den geheimen Konsulenten ~~+~~ entstehenden — Widersprüche, werden ~~in Folge der eines von dem~~ durch ein ~~leichtsinniges Wort des Verhan~~ nicht wohl bedachtes Wort des verhandelnden Kreiskommissärs (16) ja durch die bloße Anhörung und Aufnahme derselben in das Protokoll vergrößert, verstärkt, in langwierige ruhestörende Streitigkeiten verwandelt werden. ~~XX~~ Obwohl nun ~~diese Streitigkeiten~~ aus Anlaß dieser Streitigkeiten das Regulirungsgeschäft nicht verzögert werden darf und ~~das~~ die k. Kreisämter angewiesen sind ~~das~~ über dieselben im abgesonderten Wege das Amt zu handeln; so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß, so lange die Streitigkeiten nicht definitiv entschieden werden, die Unterthanen in Betreff derselben Berathungen halten,

(16) dieses ist nicht zu verhüten, zumahl die k. Kreiskommissäre meistens junge Leute sind, mit dem Landvolke selten in unmittelbare Berührung kommen und daher dasselbe nicht kennen. — ~~Haben~~ Wir haben in Galizien Fälle erlebt, wo ein nicht wohl bedachtes oder von den Unterthanen irrig ausgelegtes Wort eines k. Kreiskommissärs oder Kreishauptmanns zu Streitigkeiten Anlaß gegeben, welche jahrelang dauerten, nach deren Beendigung die Unterthanen zur Erfüllung ihrer Pflicht durch ~~Austheilung~~ die härtesten körperlichen Strafen gezwungen werden mußten.

bey den geheimen Konsulenten Rath einholen, ihre Arbeiten vernachlässigen werden; daß diese Streitigkeiten die unter dem Landvolke bestehende Aufregung steigern und ~~dasselbe zur Versagung aller Schuldigkeiten zu Ruhestörungen~~ das Landvolk zur Versagung aller Schuldigkeiten, zu Ruhestörungen ~~und~~ oft auch zu Gewaltthätigkeiten verleiten werden; — daß endlich die k.k. Behörden, nach definitiver Entscheidung dieser Streitigkeiten (17), zur Anwendung der strengsten Mittel bemüßigt seyn werden, um ~~das das Landvolk zur Erfü~~ die Unterthanen zur Erfüllung ihrer Pflichten zurückzubringen. ~~Wissen wir es doch aus Erfahrung~~ Hat es denn die Erfahrung nicht hinlänglich gelehrt, daß eine jede bei einzelnen Gemeinden in einzelnen Herrschaften vorkommende unterthänigen Streitigkeit, solche Folgen nach sich gezogen hat? — Was ist nun ~~und~~ F zu erwarten ~~geschehen~~ wenn solche Streitigkeiten schaarenweise im ganzen Lande hervorgerufen werden? —

Die ~~Folgen eines so~~ Folgen eines solchen Zustandes können ~~sind~~ gar nicht vorausgesehen werden. —

Solche Folgen haben ~~hat~~ schon in früheren Zeiten die ~~eine jede~~ bei einzelnen Gemeinden in einzelnen

---

(17) ~~Lomow Habitan~~ Wenn die gesamten politischen Landesbehörden durch ein halbes Jahrhundert ihre ganze Zeit den dießfälligen Verhandlungen ~~so werden sie~~ widmen, so werden dieselben nicht im Stande seyn in diesem Zeitraume alle im ganzen Lande hervorgerufenen Streitigkeiten schlichten können, ~~denn~~ weil die Gesetzbestimmungen ~~sind~~ unzulänglich ~~und nur~~ sind, — weil wenige Herrschaften beweiskräftige Urkunden aufzuweisen haben. ~~Die zum Beweise dieser Behauptung können Grundherren~~ zum Beweise dieser Behauptung können Beyspiele dienen. — In den meiner Familie gehörigen Gütern sind zwey ~~Streit~~, die unterthänigen Schuldigkeiten betreffenden, Streitigkeiten vorgekommen. — In der Herrschaft Lomow Brzeżaner Kreises hat ~~der~~ eine solche Streitigkeit zwischen meinem Großvater und den Zensiten im J. 1800 begonnen, die erste Entscheidung in dieser Streitsache ist vom Brzeżaner k.k. Kreisamte im J. 1803 gefällt worden. Seit der Zeit ist die Streitsache ohne alle Unterbrechung bey den politischen u. Gerichts-behörden geschleppt worden. Die Hochl. k.k. Hofkanzley hat unterm 26ten Jänner l.J. 1844 Z. 40351/2540 die letzte Entscheidung gefällt und angeordnet, daß die Grundherrschaft aufs neue in erster Instanz darüber das Amt handeln soll. ~~Aus der Akten~~ dieser Rechtsstreit ist merkwürdig u. beweist hinlänglich die Unzulänglichkeit der bisher bestandenen Gesetzbestimmungen. ~~Ich muß noch hinzusetzen, daß während der Dauer der~~ In der Herrschaft Bołszowce Brzeżaner Kreises

235

Projekt zniesienia pańszczyzny i innych powinności urbaryalnych ciążących na posiadaczach gruntów rustykalnych oraz zniesienia wzajemnym służebnictw, ciężarów obopolnych — i wszystkich ciężarów gruntowych

I

O pańszczyźnie i innych powinnościach urbaryalnych —

W Morawii od 1/3 1848 w połowie od dnia w połowie od 1° ~~Lip~~ Nov. 1848 z powodów a) nieprzygotowania i obawy głodu b) braku brzęczącej monety której około 10,000.000 trzeba ~~na~~ zocznie na obrobienie —

Może 1/4 w czynsze

§ 1. Od dnia ustaje wszelka pańszczyzna i powinności poddańcze

§ 2. Połowę straty ztąd pochodzącej przyjmują na siebie właściciele ziemscy, drugą połowę wynagrodzi tymże właścicielom kraj cały ~~według wartości oszacowan~~ według wartości

II

§ 3. Wartość ~~pańszcz~~ powinności poddańczych mają ~~być~~ oszacowane ~~przez Komissyą delegowaną przez~~ ludzie wybrani przez narodowy ~~reprezentancyą~~ parlament

§ 4. Wybrani do oszacowania będą składać Komissyą centralną w Lwowie — i Komissye filialne po cyrkułach —

§ 5 Wartość powinności poddańczych 20 razy pomnożona będzie ~~składać~~ tworzyć kapitał który w księgach tabularnych przy stanie czynnym ~~będzie~~ ma być zapisany i od którego kraj właścicielom ziemskim zocznie 5/100 płacić będzie

96. ~~Kapitał Kapitałowana wartość rzeczy~~ Ten Kapitał będzie ~~składał rzecz~~ uważanym jako rzecz dóbr i wraz z dobrami będzie składał ~~jedno ciało~~ jedno ciało kabularne —

97. W miarę finansowych możności kraju będzie Kapitał powyższy rzeczowo w ~~całości~~ sprzedajne renty przemieniany i do wolnej dyspozycji oddawany tym właścicielom którzy albo długów niemają hypotekowanych, albo których wierzyciele ~~nie~~ na tę czynność pozwolą.

98 Od wartości krajowej potrącone będą służebności

III

~~O służebnictwach w ogóle~~
O stosunku poddaństwa

~~§ 8. Wszelkie gruntowe służebności znoszą~~

~~się~~ 98. Stosunek poddaństwa całkiem się znosi od dnia dzisiejszego.

15 236

IV

Fundusze wynagrodzenia

1. Powiększenie podatków domowego, gruntowego, zarobkowego –
2. Podatek ~~[illegible]~~ na kapitały
3. Małe cło od szląska na zbytkowe rzeczy
4. Redukcya długu państwa

Gesetz über die Aufhebung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Pommern
I Von der Aufhebung der Hofdienste und der dafür zu leistenden Entschädigung.

§ 1

Alle gutsherrlichen Hofdienste sowie die Pflicht der Bauern, so wie auch die Pflicht der Büdner und Instleute, ihre Produkte in Natura oder bestimmte Hofdienste dafür zu leisten, werden gegen eine feste Rente in Geld, welche den Hofdienstpflichtigen zu leichter billiger Entrichtung auferlegt wird, nach Maßgabe der §§ 2 bis 6 dieses Gesetzes aufgehoben.

§ 2

Als gründlicher Ersatz für die gutsherrliche Gerichtsbarkeit und die gutsherrliche Polizei, welche beide mit dem 1. Juli 1833 aufhören, werden die, in Folge der Verordnung vom 1. Juni 1819 in den Jahren 1820 und den folgenden Jahren über die Hofdienstpflichtigen aufgenommenen Hofdienstregister fortan den Hofdienstpflichtigen aufgelegten, gutsherrlichen Hofdienstpflichten der Bauern, Büdner und Instleute, in Betreff der Größe der Hofstelle, des Umfanges der Ackerwirthschaft, des Viehstandes, der Gespannhaltung, der Wiesen, der Hütung, der Torfgerechtigkeit, der Holzberechtigung, der Hofwehr, der Hofdienste, der Abgaben und der Pflichtigkeit zu Hofdienstleistungen, als unveränderliche Norm zu Grunde gelegt.

§ 3

Den Hofdienstpflichtigen bleibt es überlassen, sich von der Verbindlichkeit der Hofdienstleistungen, gegen Entrichtung der festgesetzten Rente, loszukaufen.

§ 4

Die Ablösung der Hofdienste kann nur in Gemäßheit der §§ 5 bis 9 dieses Gesetzes erfolgen.

§ 5

Die Ablösung der Hofdienste kann nur in Gemäßheit der §§ 5 bis 9 dieses Gesetzes erfolgen.

§ 6

Die Ablösung der Hofdienste kann nur in Gemäßheit der §§ 5 bis 9 dieses Gesetzes erfolgen.

§ 7

Die Ablösung der Hofdienste kann nur in Gemäßheit der §§ 5 bis 9 dieses Gesetzes erfolgen.

§ 8

Die Ablösung der Hofdienste kann nur in Gemäßheit der §§ 5 bis 9 dieses Gesetzes erfolgen.

§ 9.

§ 8 9

Auf die in § 6 vorgeschriebene Weise soll von sich auf in den Fällen beurtheilen, wo der Zahnarzt in Zweifel ist, ob [illegible] im § 4 vorgeschriebenen Zahnarztprüfungen vorhanden zureichend oder nicht befunden worden ist.

§ 8 9 10.

Gegen die, in den im §§ 5 u 6 vorgeschriebenen, auf mündlichen Zeugnissen der zahnärztlichen Behörden gegründeten Entscheidungen, auf Zurückweisung der Zahnarztprüfung oder auf Ertheilung der Approbation, steht dem Zahnarzt die Berufung an das Medicinal-Collegium zu, welches in letzter Instanz darüber zu entscheiden hat.

§ 11

Die Approbation muß enthalten die in den §§ 5 u 6 vorgeschriebenen Zeugnisse, sowie die Bestätigung, daß der Zahnarzt die Zahnarztprüfung bestanden hat.

§ 12

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 13

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 14

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 15

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 16

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 17

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 18

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 19

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

§ 20

Jeder Zahnarzt ist verpflichtet, sich mit seinem Namen, Wohnort und Charakter der Behörde, welche ihm die Approbation ertheilt hat, in das Verzeichniß der Zahnärzte eintragen zu lassen.

Erster Absatz

§ 13

Die [illegible], in Folge eines im § 12 [illegible] vorgesehenen Abänderung, [illegible] Verfügung oder Abänderung des Besitzstandes ist zu [illegible] und den Besitzstandsänderungen Rechnung zu tragen, die der Besitzstandsänderung zugrunde, oder den [illegible] abzuziehen.

In Folge eines im § 12 vorgesehenen Abänderung, [illegible] Veränderungen im Besitzstande

Bei Berechnung des Besitzstandes sind die [illegible] Grundstücke, [illegible] Gebäude, [illegible] Rechte, [illegible] Verbindlichkeiten, [illegible] Nutzungen, [illegible] Lasten, [illegible] Ausgedinge, [illegible] Dienstbarkeiten, [illegible] Reallasten, [illegible] Gewerbeberechtigungen, [illegible] Gewerbebetriebe, [illegible] Gewerbeanlagen, [illegible] Gewerbeeinrichtungen, [illegible] Gewerbeausübungen, [illegible] Gewerbeausübungsrechte, [illegible] Gewerbeausübungspflichten, [illegible] Gewerbeausübungsbeschränkungen, [illegible] Gewerbeausübungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverbote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsgebote, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsverpflichtungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsberechtigungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisse, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisverleihungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisentziehungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungen, [illegible] Gewerbeausübungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugnisübertragungsbefugn

zur Zeit der Fassionsverfassung die Kartoffeln, Rüben u. a. dgl. ~~[illegible]~~ Feldprodukte, wenn sie auch auf zehendpflichtigen Feldern angebaut waren, dem Zehende nicht unterlagen, mittlerweile aber auf die im § 9 angedeutete Weise dem Zehend unterzogen worden sind, so soll zuerst der ~~Feld~~ Umfang der Felder, die vor dem Jahre 1820 mit solchen Produkten angebaut ~~wurden~~, beiläufig ermittelt werden. Würde sich dann herausstellen, daß in einem ~~dem Gut 800~~ Gute, wo 800 Joch dem Zehende unterlagen, in dem gedachten Zeitpunkte 100 Joch mit den erwähnten Produkten bebaut wurden, ~~sind, die zehend damals zehendfreien 100 Joch daher gegenwärtig~~ zehendpflichtig sind, so ~~muß~~ soll der Zehendwerth um 1/7 höher geschätzt werden.

Im ~~Gegenfalle~~ entgegengesetzten Falle wird man auf die nämliche Weise die Verminderung des Zehendwerthes ermitteln.

worden sein könnten

aus einer solchen Ermittlung

daher damals zehentfrei gegenwärtig aber

§ 13

~~In den Fällen~~ Wenn über das Recht zum Zehendbezuge Rechtsstreite anhängig sind, oder solche bei den ~~Ausführung dieses Gesetzes~~ entstehen, sollen selbe unter Einem ~~durch die zur [illegible] entschieden werden~~ durch die ~~im~~ II^ten Hauptstücke dieses Gesetzes festzusetzenden Behörden ~~unter Einem~~ entschieden werden.

aus Anlaß der Ausführung dieses Gesetzes zu pflegenden Verhandlungen

laut des

II^tes Hauptstück

Von der Zusammensetzung der mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes zu beauftragenden Behörden, und von deren Amtswirksamkeit.

§ 14

Zur Ausführung dieses Gesetzes sollen ~~werden~~ zwei Spezialkomissionen ~~in L~~ und zwar eine in Lemberg für die Lemberger ~~und Przemysler bataillonischen Diözese der~~ erzbischöflichen und den Przemysler bischöflichen römisch katholischen Kirchsprengel, die zweite in Tarnow für den Tarnower bischöflichen Kirchsprengel als erste Instanzen; – dann eine ~~&~~ Centralcomission in Lemberg ~~als zweite~~ ~~für das ganze Land gebildet~~ als zweite Instanz für die ganze Provinz gebildet werden.

§

Die ~~Sprengel~~ Centralcomission ~~soll aus 15 Mitglieder zu bestehen~~ so wie auch jede Specialcomission soll aus ~~Mi~~ 15 mit ~~entsch~~ berathender und entscheidender Stimme versehenen Mitgliedern zu bestehen.

§

Die Centralcomission wird aus 15 Mitgliedern und eben so viel Stellvertretern bestehen.

§ ~~14~~ 15

Zur Centralcomission sollen 15 Mitglieder und ebensoviel Stellvertreter ~~zur Hälfte~~ durch die Konsistorien und ~~zur Hälfte~~ durch die zehendpflichtigen ~~gewählt werden~~

~~§ 16~~

§ 17

~~Der [illegible] des Landb=~~
~~schutzpflichtigen Zeugen, zur~~
gehörigen landwirthschaftlichen gütb.
besitzer werden abwechselnd 6 Mitglieder
& eben so viele Stellvertreter zur Central
commission wählen, zu deren Obmann wird
der Landrabbiner, falls derselbe dieses
wegen Verletzung [illegible] nicht
[illegible] 4 Wochen
[illegible] mittelst
ein 4 Wochen [illegible]

§ 18

Bei der Wahl der Stellver=
treter sollen die Wähler bestimmen
~~welche~~ die Aufeinanderfolge die
Stellvertreter bestimmen, in
welcher die Stellvertreter in Fälle
der Verhinderung des Commissionsmitgliedes
in die Commission einzutreten haben.

~~absolute~~
~~[illegible] Stimmenmehrheit~~
~~wählen.~~

Geschieht es, wobei die
absolute Stimmen=
mehrheit ~~selber~~ des
Erscheinens mindestens 12
Mitglieder erforder=
lich ist.

§ 17

Die zahlungspflichtigen Landschul=
gutbesitzer werden abwechselnd 6
Mitgliedern und ebensoviele Stellver=
treter zur Centralcommission wählen.
~~Zum Obmann~~ Dieser wird der Landrabbiner
falls Gutbesitzer ~~und~~ ganz Verhinderungen
~~[illegible]~~ die Einladung, in welcher auch
der Zweck der Versammlung festzusetzen ist,
soll mittelst zwei Kundmachungen, 4 Wochen im
voraus ~~[illegible]~~ in der Lem=
berger Zeitung ausgeschrieben, Zeitungs=
zahlung vorgenommen werden. Die zu dem festzu=
setzenden Termin ~~[illegible]~~ in wird
immer für zwei Jahre ~~[illegible]~~ werden
~~unter den Mitglieder zwei zu delegirenden Landes=~~
~~schutz Commissär~~ die Wahl dieser absoluten
Stimmenmehrheit ~~[illegible]~~ mit beider
Amtsthätigkeit beauftragen.

(die in den folgenden §§ [illegible] bestimmte
und ~~folgender~~ Weise vorgenommen
werden. § 19 Ein jedes der drei
männlich katholischen Conscriptionen
wird zwei Mitgliedern und
zwei Stellvertretter delegiren.
~~Die sich die~~ Die zu wählen, dürfen
den Landrabbiner festzustellenden
Tages ~~[illegible]~~ zahlungs=
pflichtigen landtäflichen Gutb=
besitzer persönlich oder durch
Mitglieder und ebenfalls
Stellvertretter wählen.

Die nach solcher Weise gewählten 12
Commissionsmitglieder sollen sodann zur
Wahl der drei Mitglieder und
dreien Stellvertretter ~~[illegible]~~,
~~und~~ in Lemberg für dieselben ~~[illegible]~~
binnen 18 Tagen
nach ihrer Zusammenkunft in Lem=
berg ~~[illegible]~~ übrigen
~~[illegible]~~ über
die Wahl nicht verständigen
können, wird der Landrabbiner
zur Fortsetzung ~~[illegible]~~ selben
Mitglieder und dreien Stellver=
tretern schreiten.

§ 20

Die Special

Gesetzes Vorschlag für

Galizien, mit ~~Galizien~~ Ausnahme des Krakauer Bezirkes.

in Betreff der Aufhebung aller sowohl in Garben als auch in Körner und anderen Produkten in Natura bestehenden geistlichen Zehenden und der dafür den Berechtigten zu ~~leistenden~~ Entschädigung

I.

Zeitpunkt der Aufhebung und Grundsätze in Betreff der Entschädigungsbemessung

§ 1.

Alle geistlichen sowohl in Garben so wie auch in Körnern und anderen Produkten in Natura bestehenden ~~Geld~~ Zehenten werden gegen eine von Seiten der zehentpflichtigen in Geld zu leistende billige Entschädigung ~~in Geld~~ aufgehoben, und es hat der Bezug derer seit 1ten July 1849 aufzuhören

nach den in ~~gegen~~ diesem Gesetze festgestellten Grundsätzen zu ermitteln

§ 2.

Die vor der Erlassung des gegenwärtigen Gesetzes auf immerwährende Zeiten geschlossenen, gesetzlich gültigen Verträge, mittelst welchen die Naturalzehenten in jährliche Geldabgaben reluirt worden sind, sollen aufrecht erhalten werden.

§ 3.

Den Partheyen bleibt es unbenommen auch nach der Kundmachung des gegenwärtigen Gesetzes über die Reluizion der Zehenten in Geldabgaben im gütlichen Wege Verträge abzuschliessen.

§ 4.

Zur Rechtsgültigkeit eines solchen Vertrages ist lediglich nur die Einwilligung des zehendberechtigten und zehendpflichtigen, und die Bestätigung des betreffenden Konsistoriums erforderlich. Das nach den bisherigen Gesetzen zu solchen Verträgen nothwendig gewesene Einschreiten des Fiskalamtes und der politischen Behörden soll nicht mehr statt haben

§ 5.

§ 5.

Als Grundlage zur gesetzlichen Bemessung des Entschädigungsquantums werden die, in Folge des Patentes vom 1819 in dem Jahre 1820 und den folgenden Jahren, über die Zehentbezüge seitens der Zehentberechtigten abgegebenen Zehentfassionen, als Grundlage angenommen.

§. 6.

In den Fällen, wo die Zehentfassionen nicht aufgefunden werden könnten, sollen die über die Einkünfte der Zehentberechtigten ämtlich verfaßten Urkunden, – die die Angabe des Zehentwerthes nach den erwähnten Fassionen enthalten – mit voller Rechtsgültigkeit statt den Fassionen als Grundlage der Entschädigungsbemessung angenommen werden

§. 7.

Bei gänzlichem Mangel der in den §. §. 5 und 6 angedeuteten Urkunden, sollen die in den nächsten Ortschaften nach den Vorschriften der §. §. 5 und 6 bemessenen Zehententschädigungsbeträge als Hülfsmittel angenommen, und darnach der Entschädigungsbetrag verhältnißmäßig mit voller ~~Rec~~ Rechtsgültigkeit bemessen werden.

§. 9.

Der zu bemessende Entschädigungsbetrag darf jedoch nie den zehnten ~~(1/4 1/5 oder 1/10)~~ Theil des in den Urbarialmatrikeln vom J. 1820 berechneten ~~Brutto Grundvertrages~~ reinen Ertrages ~~der~~ von den zehendpflichtigen Feldern überschreiten, der als Zehent geleistet wird

§. ~~11~~ 8

Auf die im §. ~~7~~ angedeutete Weise soll man sich auch in den Fällen benehmen, wo der Zehent in späteren den im §. 5 erwähnten Fassionsverfassungen nachfolgenden Zeitperioden, in Folge rechtskräftiger Urtheile, Verträge oder Erekzionsurkunden ~~zuerkannt~~ ~~worden~~ eingeführt worden ist.
~~oder entstanden sind.~~

Gegen die in den §. §. 5 und 6 angedeuteten, auf einseitigen Angaben der zehentberechtigten beruhenden, Urkunden — enthaltenen Zehentbeschreibungen steht den Zehentpflichtigen der Reklamationsweg offen, und zwar sowohl in Betreff des Rechtes auf den Zehentbezug, als auch in Betreff der in diesen Urkunden enthaltenen Schätzung. ~~Eine Reklamation des~~

§. 10

Zehentpflichtigen gegen die in den gedachten Urkunden entstandenen Schätzung soll aber nur dann berücksichtigt werden, wenn dargewiesen wird, daß ~~dieselbe~~ ~~das im §. 7. festgesetzte Maximum überschreitet~~

F Eine Reklamation des

F diese Schätzung den zehnten Theil des in den Urbarialmatrikel vom J. 1820 berechneten reinen Ertrages der zehentpflichtigen Felder, übersteigt

§. 11.

Dem Zehentberechtigten steht das Reklamationsrecht gegen die in den §. §. 5. und 6. erwähnten Urkunden, enthaltenen Angaben nicht zu.

§. 12

Beiden Partheien steht jedoch der Reklamationsweg gegen die in den §. §. 5. und 6. angeführten Urkunden

enthaltenen Werthangabe des Zehents zu, in dem Falle, wenn seit der Verfassung der im §. 5. erwähnten Fassion im Grunde der ursprünglichen Erekzionsurkunden, oder im Grunde eines Vertrages, eines rechtskräftigen Urtheiles, oder eines anderen rechtsgültigen Titels — das Zehentrecht eine Änderung in Bezug auf den Umfang der dem Zehend unterliegenden Feldern, oder in der Art erlitten hat, daß die vor der Verfassung der Fassion dem Zehend unterliegenden oder nicht unterliegenden Produkte seitdem dieser Last entzogen oder derselben unterzogen worden sind.

§. 13.

Bei Berechnung des, in Folge einer im §. 12. angedeuteten Änderung, — entstandenen Unterschiedes im Zehentwerthe soll immer der vermehrte oder verminderte Umfang und Qualität der zehentpflichtigen Felder zur Grundlage genommen, und der größere

oder

oder mindern Zehentsvertbetrag nach
demselben Maßstabe bemessen werden,
nach welchem der übrige vor der
Verfassung der Zehentfassion be-
standene Zehend – im Grunde der
in den §§. 4. 5. 6. 7. des gegenwärti-
gen Gesetzes enthaltenen Bestim-
mungen bemessen wird.

Erstes Beispiel. Wenn in dem
Gute Nro 800 Joch Felder zur Zeit
der Fassionsverfassung dem Ze-
hend unterlagen, und der Zehend in
der Fassion auf 80 fr CM geschätzt
worden ist, seitdem aber, im Grunde
der im §. 9. angedeuteten Änderung
die zehentpflichtigen Gefilden um
200 Joch gleicher Qualität vermehrt
oder vermindert worden sind, so muß
gegenwärtig der in der Fassion
enthaltene Werth im ersten
Falle um 1/4 d. i. auf 100 fr CM
vermehrt, im zweiten Falle aber
um 1/4 d. i. auf 60 fr CM vermin-
dert werden.

Zweites Beyspiel. Wenn in dem
Gute

Gute N. zur Zeit der Fassionsverfas-
sung die Kartoffeln, Rüben, u. a. dergl.
Feldprodukte, wenn sie auch auf zehent-
pflichtigen Feldern angebaut waren
dem Zehende nicht unterlagen, mitt-
lerweile aber auf die im §. 9. ange-
deutete Weise dem Zehent unterzo-
gen worden sind, – so soll zuerst der
Umfang der Felder, die vor dem J.
1820 mit solchen Produkten angebaut
worden sein konnten, beyläufig er-
mittelt werden. Würde sich aus ei-
ner solchen Ermittlung dann heraus-
stellen, daß in einem Gute, wo
800 Joch dem Zehente unterlagen
in dem gedachten Zeitpunkte 100
Joch mit den erwähnten Produkten
bebaut wurden, daher damals zehent-
frei, gegenwärtig aber zehentpflich-
tig sind, so soll der Zehentwerth
um 1/7. höher geschätzt werden. –
Im entgegengesetzten Falle wird
man auf die nämliche Weise die
Verminderung des Zehentwerthes
ermitteln.

Wenn aber das Recht zum Zehent-

bezüge Rechtsstreite anhängig sind, oder solche bei der aus Anlaß der Ausführung dieses Gesetzes zu pflegenden Verhandlungen entstehen, sollen selbe unter einem durch die laut des im II Hauptstücke dieses Gesetzes festzusetzenden Behörden unterschieden werden. —

§ 14

Der auf ~~solche~~ die in den vorgehenden §§ vorgeschriebene Weise ermittelte Zehentwerth bildet die jährliche von dem Zehendpflichtigen dem Zehendberechtigten für die Zukunft ~~zu~~ statt des Zehends zu zahlende Rente.

~~§ 15~~

~~Dem Zehendpflichtigen ist wird das Recht vorbehalten, die Rente ~~in ein Kapital~~ jährlich abzustatten, oder wann immer ~~den~~ durch die ~~Bezahl~~ Auszahlung des zwanzigfachen Betrag der Rente sich ~~von~~.~~

§ 15

~~In dem~~ Der zwanzigfache Betrag der Rente bildet das Entschädigungskapital, welches statt des Zehends in die öffentlichen Bücher einzutragen ist.

§ 16

Dem Zehendpflichtigen wird das Recht vorbehalten entweder die ganze Entschädigungssumme mit einem Mahle zu berichtigen, oder die 5/100tigen Interessen von derselben jährlich zu entrichten.

Den ~~Ehr~~ ehemaligen Grund-
herren ~~steht insb~~, die für
die Unterthanleistungen
entschädigt werden sollen,
steht insbesondere das
Recht zu statt der Ent-
schädigungssumme, einen
Theil der ihm ~~statt der~~ als
Entschädigung für die
Unterthanleistungen zugewie-
senen

III 5

1)

Bemerkungen über die im §2.3. ~~§~~4.5.6.7 des ~~Komissions~~ Entwurfs ~~auf~~ enthaltenen Bestimmungen hinsichtlich der Bildung der Grund ~~der Komissionen~~ entlastungs Cōnen

Gubernator lub Stellvertreter –

~~Ad §2. zur Ausführung dieser Maßregel sagt der Entwurf, für Galizien~~

Ad §2. Obwohl wir gänzlich damit einverstanden sind, daß für Galizien samt dem Krakauer Bezirke und der Bukowina eine einzige Provinzialkomission zu bilden wäre, um nicht ein Präjudikat der Absonderung der gedachten Bezirke von der ganzen Provinz aufzustellen, – so müssen wir doch die Aufmerksamkeit der Rechtsgutskomission darauf lenken, daß im Krakauer Bezirke die Verhältnisse anders gestaltet sind, namentlich aber die Fassionen vom J. 1820, die als Grundlage zur Eruirung und Schätzung der Grundlasten angenommen werden, in diesem Bezirke fehlen. Für den Krakauer Bezirk wäre daher entweder ein spezielles Gesetz zu erlassen, oder spezielle Paragraphe für diesen Bezirk in das ~~Allge~~ allgemeine Provinzialgesetz einzuschalten. Ferner wäre es auch ~~in Anbetracht der~~ nothwendig damit der Krakauer

Bezirk und die Bukowina, ~~ch~~ in Anbetracht ihrer speziellen Verhältnisse, ihre ~~Repräsen~~ mit diesen Verhältnissen betrauten Repräsentanten bei der Spezialkommission hätten.

Ad §3.4.5.6.7.

Allgemeine Betrachtungen über die Bildung der Kommissionen

~~Nach unserer Meinung ist die Bildung der Kom. sind~~ bilden die Bestimmungen über die ~~Bildung~~ der Kommissionen den wichtigsten Theil des Gesetzentwurfes.

Die Herren Mitglieder der Reichstagskommission werden zweifelsohne unsere Überzeugung ~~über die zahllosen Mängel und über~~ theilen, daß in dem Gesetzesentwurfe zahllose Mängel vorkommen, daß dieser Entwurf durchaus unzulänglich ist, daß es endlich unmöglich ist in ~~diesem so wichtigen~~ dem vorliegenden überaus wichtigen und verwickelten Gegenstande ein ~~zulängliches~~, geschweige denn einen zulänglichen oder erschöpfenden Gesetzes, in einer kurzen Frist, auszuarbeiten. (1) –

Da nun die Unzulänglichkeit und

zusammensetzung

alle Verhältnisse ~~[illegible]~~ ~~berührendes~~ berührenden

Entwurf

(1) Hat doch die preußische Regierung, nach geschöpften vieljährigen Erfahrungen in ihren deutschen Ländern, 8 Jahre (von 1815 bis 1823) gebraucht um über die speziellen ~~[illegible]~~ im Großherzogthum Posen obwaltenden Verhältnisse Aufklärungen zu schöpfen, und ein Gesetz zu verfassen. ~~zu dessen Ausführung~~ die Ausführung dieses Gesetzes dauert ~~26 Jahre~~ bereits 26 Jahre, und manches ist noch ~~übrig geblieben~~ nicht beendiget worden.

Mangelhaftigkeit des zu erlassenden Gesetzes gar nicht gehoben werden kann, – so ist es augenscheinlich, daß ~~die Kommission~~ der Willkühr und dem Ermessen der mit der Durchführung ~~des~~ dieses Gesetzes beauftragten Behörden ein ~~ver~~ überaus weites Feld offen gelassen werden muß.

Es bilden daher, unserer Überzeugung nach, die Bestimmungen über die Zusammensetzung der mit der Durchführung des vorliegenden Gesetzes zu beauftragenden Kommissionen, den wichtigsten Theil des Gesetzentwurfes.

Die Bildung dieser Kommissionen, ~~kann~~ kann auf zweifache Art geschehen. ~~Dieselben können entweder~~ Zu denselben können entweder:

~~a ganz unpartheische sachkundige (wenn überhaupt solche gefunden werden können) oder~~

~~Wenn solche ihrem Berufe oder~~

A solche Personen berufen werden, die bei der Durchführung des Grundentlastungsgesetzes unmittelbar betheiligt sind, wobei ein jedes Interesse in gleichem Maße ~~[illegible]~~ vertreten werden muß, – oder

B ganz unpartheische, sachkundige Männer (wenn solche überhaupt gefunden werden können).

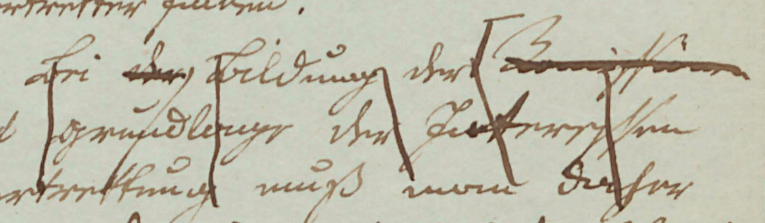
A

Wird ~~er~~ der erste Grundsatz, nemlich der der Interessen Vertretung angenommen, so muß man natürlicherweise

~~Haupt~~ die Hauptinteressen vorzüglich beachten, und dieselben hervorheben, sonst würden (dieselben, wenn man sie mit den ~~[illegible]~~ geringeren und geringsten ~~gänzlich verschwinden~~ vermengt, inmitten dieser letzteren ~~[illegible]~~ gänzlich verschwinden. Anders verhält es sich mit den kleineren Interessen, die in den ~~[illegible]~~ Vertretern der Hauptinteressen derselben Gattung ihre Vertheidiger finden werden.

So ~~z. B.~~ findet z. B. der Obereigenthümer kleinerer Grundstücke (Besitzer der Zwidica's in den Städtchen u. dgl.) und ~~andere zu mehrere zu~~ viele anderen zu Bezügen aus fremden Grundstücken Berechtigten, ihre natürlichen Vertretter in den ehemaligen Grundherren, die ebenfalls überall auch Obereigenthümer und zu Bezügen aus fremden Grundstücken berechtiget waren. Hingegen aber kann der ehemalige ~~Grundherr, der~~ Grundherr — der einerseits zu unterthänigen Abgaben, Zinsen u. dgl. berechtiget, andrerseits aber zu Leistungen in Folge der bestandenen Servituten ~~und~~ oder aus anderen Titeln verpflichtet war — in dem zu Zinsen, Laudemien oder sonstigen einfachen Bezügen Berechtigten keinen Vertretter finden.

~~[Grundentlastungskommissionen~~



Bei ~~der~~ Bildung der ~~Kommission~~ auf Grundlage der Interessen Vertretung muß man daher ~~[illegible]~~ daraus erhellet, daß bei der Bildung der Grundentlastungs-Kommissionen auf Grundlage der Interessen Vertretung, vor Allem die Hauptinteressen berücksichtiget werden müssen.

2

Ad § 4. 5. 6. 7 in Betreff der Bildung der Bezirksgrundentlastungs-Kommissionen.

~~Der Hauptgrundsatz~~ Bei der Bildung dieser Kommissionen soll als Grundsatz angenommen werden, daß dieselben entweder aus den unmittelbar bei dem Geschäfte ~~Angelegenheit~~ betheiligten ~~in~~ Personen ~~gleicher Zahl von~~ und zwar in gleicher Anzahl für jedes ⌈ ~~großer Interesse~~, — oder aus ganz unpartheiischen sachkundigen (wenn überhaupt solche gefunden werden können) Leuten bestehen sollen.

⌈ der Hauptinteressen

Wird der erste Grundsatz nemlich der, der Repräsentation der Interessen angenommen, so muß man natürlicher Weise die ~~großen~~ Haupt-Interessen hervorheben, widrigens würden dieselben inmitten der kleineren und kleinsten gänzlich verschwinden.

Dieser Gefahr setzt uns der Kommissionsantrag aus, indem er zur Wahl der Kommissionsmitglieder seitens der Interessenten einerseits aller Berechtigten andrerseits aller Verpflichteten, zusammen ohne Unterschied, zuläßt.

~~Wenn wir die Angelegenheit näher betrachten, so finden wir~~

Bei näherer Betrachtung finden wir, daß bei dem vorliegenden Geschäfte ~~meisten~~ ~~höchsten~~ 1) die ehemaligen Grundherren, die die Entschädigung erhalten ⌈ sollen, 2) der Staat, der die Entschädigung auszahlen soll ~~am meisten~~ betheiligt sind. Es ist daher ganz natürlich daß man bei ~~zusam~~ Bildung der Kommission ⌈ dieser zwei großen Interessen am meisten ~~beachten~~ beachten muß.

⌈ und von ihren dem Grunde anklebenden Lasten befreit werden

⌈ ~~die auf meisten auf~~ die Repräsentation

Neben diesen kommen noch zur Beachtung kleinere Interessen und namentlich a) das der ~~geg~~ geistlichen Zehenden und Messalien, welches nach dem der ehemaligen Grundherren den ersten Platz einnimmt (1)

b) das der Obereigenthümer, die zu den ~~Bezügen~~ aus der Theilung des ~~[illegible]~~ Eigenthums ~~[illegible]~~ Bezügen berechtiget waren. dieses Interesse findet schon in den Grundherren ~~ihre~~ seiner ~~[illegible]~~ Vertretung, denn alle Grundherren ~~haben~~ haben auch allerlei aus dem Obereigenthume entspringenden Berechtigungen. ~~Die~~ Interesse der übrigen ~~Grund~~ Obereigenthümer, die nicht Grundherren sind, ist in Galizien sehr klein, und kann ~~neben~~ mit den zwei ersteren der Grund- u. geistlichen Zehend-herren in keinen Vergleich kommen.

c) die Interesse der übrigen zu Bezügen von Grundstücken, die sich im Besitze von dritten Personen befinden, berechtigten sind entweder solche, die sich dem Interesse der Grund- u. Zehendherren ~~[illegible]~~ nähern, ~~und~~ ~~als oder solche, die in~~ und denselben ganz ~~[illegible]~~ ähnlich sind, – oder solche, (wie z. B. Rechte zu ~~Wald-Bezügen~~ aus den Wälder, Waiden etc.) ~~die meistens die~~ ~~ehemaligen~~ zu denen meistens die ehemaligen Unterthanen ~~[illegible]~~ berechtiget waren. Die ersten finden in Grund- und Zehend-herren, die zweiten in den ehemaligen Unterthanen ihre Vertretung

---

(1) ~~das~~ Verhältniß des geistlichen Zehent-Interesse zu dem der ehemaligen Grundherren ist in den Ziffern des ~~[illegible]~~ ~~Urbarial~~ Gesamt Werthes der Urbarialleistungen gr:
und des des Gesamt Werthes der Zehendeinkünfte gr:
enthalten.

Interesse der

Servituts-Bezügen

zu Kommissionsmitglieder zu wählenden

die ehemals delegirte zur Kommission wählen sollen.

d) ~~Das Interesse~~ die ehemaligen Unterthanen ⌈ ~~als~~ Verpflichtete ~~bedarf~~ im Allgemeinen keiner Vertretung, weil dieselben ihrer Lasten bereits enthoben worden sind, weil ferner dieselben ~~nach~~ dem Gesetzesentwurfe gemäß ~~lediglich~~ nicht ~~nur als Staatsbürger an der~~ in ihrer Eigenschaft als ehemals Verpflichtete, ~~keinen Theil der Entschädigung auf sich nehmen, weil endlich der Staat als~~ sondern nur als Staatsbürger ~~einen Antheil~~ an der Zahlung ~~eines Theiles~~ der Entschädigungssumme Theil nehmen sollen, weil endlich ⌈ des Staates, als seiner ~~in~~ der Berechnung der Entschädigungssumme interessirten Parthei, in den zu Kommissionsgliedern zu ernennenden ~~landesfürstlichen~~ Staatsbeamten seine Vertreter findet.

~~Von diesen Verpflichteten würden daher lediglich nur jene einer Vertretung braucht~~

Die ehemaligen Unterthanen würden daher nur in so weit einer Vertretung brauchen, als sie beinahe überall auch als ~~th~~ Berechtigte zu Holzungs- Mord- rechten und anderen ~~der~~ Servituts- bezügen, ~~erscheinen~~ die auch aufgehoben und entschädigt werden sollen, erscheinen.

e) Die Verpflichteten haben nur in so weit ein Interesse an diesem ~~ganzen~~ Geschäfte als dieselben (: wie z. B. Emphiteuten, Grundholden, ~~Besitzer~~ zinszahlende Eigenthümer freier Gründe etc.) dem Gesetzes⌈ gemäß, ~~dieß den~~ die Zahlung des zu Gunsten des Berechtigten auszumittelnden Entschädigungs betrages ~~selbst~~ auf sich allein nehmen sollen.

⌈ ~~in ihrer~~ brauchen in ihrer Eigenschaft ~~als~~ als ehemals

⌈ das Interesse

⌈ Entwurfe

Nach dem Vorausgesagten lassen sich die ~~größten~~ wichtigsten bei dem Grund-~~entlast~~ entlastungs Geschäfte betheiligten Interessen in folgende Categorien ~~eintheilen~~, die alle übrigen kleineren Interessen in sich fassen, eintheilen:

a, das des Staates.

b, das der ehemaligen Grundherren.

c, das der ~~geistlichen Zehend~~ zu Zehend- und Messalien-Bezügen berechtigten Geistlichen.

d, das der ehemaligen Un

27 248

~~Einer solchen wahrhaften~~

In dem Gesetzesentwurf ist zwar auch das Prinzip der Vertretung der Interessen ~~vor~~ ausgesprochen, und ~~darnach~~ in Folge dessen zur Kommission delegirten ~~und~~ ~~den~~ der Berechtigten und Verpflichteten zugelassen worden.

In der Theorie scheint ~~es richtig zu sein~~, ~~in der Praxis aber kann [illegible] wird der~~ Entgegengesetzte ~~Fall~~ eintreten, und es würden die am meisten Betheiligten eben jeder Vertretung beraubt sein. (2)

Der Entwurf ~~läßt~~ läßt an der Wahl der Vertreter für Berechtigte theilnehmen:

a) ~~Urbarialber~~ alle Urbarialberechtigte d. i. die ehemaligen Grundherren

b) alle Obereigenthümer, hiemit alle Eigenthümer kleiner Laridica's u. s. w.

c) die zu Zehend- und Messalien-Bezügen Berechtigten, hiemit auch alle Pfarrer ~~im Allgemeinen~~, weil alle ~~f~~ zu solchen Bezügen berechtiget waren. –

d) alle zu Bezügen ~~von~~ Grundstücken, die sich im Besitze von dritten Personen befinden, Berechtigten, – hiemit eine Menge von Personen deren Zahl man nicht voraussehen kann. Dazu gehören ~~auch~~ beinahe alle ehemaligen Unterthanen, weil die meisten derselben Servitutsrechte besitzen; die Servitutsrechte aber auch als Bezüge von Grundstücken angesehen werden müssen.

~~die~~ es, daß die Vertretung der Interessen auf solche Weise erzielt werden könnte; bei der Ausführung ~~wird aber~~ würde aber

~~Es entsteht hiebei ein würde auch hiebei ein unbeschreibliches Chaos entstehen, indem eine und~~

neben den Grundherren auch

~~die Interessen gar nicht~~

(2) ~~Es würde auch hiebei ein unbeschreibliches Chaos entstehen, indem beinahe alle Betheiligten einmahl als Berechtigte und das zweite Mahl als Verpflichtete ihre Vertreter wählen würde, – diese Wahl würde sich daher in einer~~

poten

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß bei einer solchen Wahl die ~~zahlreicheren zur Kathegorie d und b gehörigen die anderen alle die~~ zur Kathegorie b und d gehörigen zahlreicher erscheinen ~~werden~~, ~~daß~~ und daher die am höchsten Betheiligten unter a und c aufgeführten gänzlich ~~verdrängt werden würden~~ verdrängen werden.

Wenn man aber auch die ehemaligen Unterthanen ausdrücklich ~~aus der~~ von der Wahl für Berechtigte entfernen würde, so werden doch immer verschiedene Fremde zu Bezügen aus Grundstücken Berechtigte und daher in die Kathegorie d gehörigen ~~Personen~~ dann die sub b ~~zu~~ ~~d~~ aufgeführten Personen bei der Wahl zahlreicher erscheinen und [~~und~~ wo nicht die sub c aufgeführten doch wenigstens] auf jeden ~~Wahl~~ Fall die ~~[illegible]~~ das meiste Interesse habenden Grundherren von der Wahl gänzlich verdrängen.

Wir müssen auch gestehen, daß es uns ganz unbegreiflich ist, wie man zur ~~die zur~~ Wahl ~~von einer~~ eines Theiles einer — ~~zu~~ zur Entscheidung ~~solcher~~ so wichtiger und so tief ins Privatinteresse greifenden Streitigkeiten ~~festzusetzen auf Grundlage der Interessen-Vertretung zu bildenden Kommission~~ zu bildenden — Kommission

~~Komission zu bildenden Komi-~~
~~ssion.~~ auf Grundlage der
Interessen Vertretung zu
bildenden ~~Komiss~~ – Komission

§ 1 wird Die Commission besteht für dermal
der Durchführung in Lemberg,

§ 2. Die Commission unter ~~Leitung~~ Vorsitz des
a. Leiters der Landesregierung.
b. Landesschulrathes nimmt Theil an den Sitzungen
c. Bezirkszeichenrathes nimmt Theil an den Sitzungen
d. Finanzdirektion } nimmt ihren Stellvertreter
e. Kameralrath } in die Commission.

f. Jeden der Landtagsmitglieder nimmt Theil an den Sitzungen

Dodatek g. Jeden z Krakowa
h. Jeden z Bukowiny } wenn dieselben keine Mitglieder sind
der Landtagsmitglieder sind
Ihre Stellvertreter
für Angelegenheiten

Dodatek Ci co nie rozdzielą mają być płatni.

§ 3. Der ~~Sitz~~ Vorsitz der Commission führt der Leiter der
Landesregierung oder dessen Stellvertreter.

§ 4. Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist die Anwesenheit
von mindestens 5 Mitgliedern erforderlich.

§ 5. Die Commission hat ihre Beschlüsse mit einfacher
Stimmenmehrheit zu fassen.

§ 6. Die Mitglieder der Commission sind verpflichtet
a. an den Sitzungen theilzunehmen,
b. sich der Abgabe von Stimmenthaltungen zu enthalten,
c. über die Verhandlungen Stillschweigen zu beobachten.

§ 7. Die Commission kann Sachverständige zu ihren Berathungen beiziehen.

§ 8. Die Commission kann Subcommissionen bestellen.

§ 9. Die Commission kann Berichterstatter bestellen.

§ 10. Die Commission kann Gutachten einholen.

§ 11. Die Commission kann Gutachten einholen.

§ 12. Die Commission kann Gutachten einholen.

§ 13. Die Commission kann Gutachten einholen.

§ 14. Die Commission kann Gutachten einholen.

§

3) Vom Konsystor 2 die jedoch nur in den die geistlichen Einkünfte betreffenden Angelegenheiten — Wo gemischte Konsistorien Każdy 1 —

4) die gewesenen Grundherren als Arbarial- u. Zehent-herren ~~das~~ — wählen zwei

5) die gewesenen Unterthanen als Verpflichtete zwei —

Nur auf solche Art bekommen die dabei größtbetheiligten Interessen ihre wahrhafte Klare — auf keine Art zu entziehende — Repräsentation.

Jeżeli tak nie ~~nie~~ zechcą i utrzymywać się będą przy swoich głupich pryncypyach ~~§8 Den Vorsitz~~ ad Berechtigte et Verpflichtete, to już żądać aby skład był taki.

1. Vom Kreisamt.
2. Vom Landrecht-gesetzkundigen.
3. Von der Central Komission ut §8 —

} ernannt.

płacić wszystkim co nie urzędnicy 4 flm dziennie —

§8 Den Vorsitzer zur Specialkomission ernennt ~~wählt~~ die ~~Vorsitzer~~ Specialkomission, — welcher ~~in Sachkundiger sein muß~~ in landwirthschaftlichen Verhältnissen sachkundig sein muß. — (Wieńkowskiego Minoritäts ~~[illegible]~~ Antrag aby prezesa wybierała Komisya upada

§9. ~~Ogólne ogn~~ Die Kommission hat zur Ernirung, Liquidirung, Abschätzung u. Entschädigungsausmittlung der in jeder Ortschaften bestehenden Grundlasten schreiten. — Die Amtshandlung fängt an von Ortschaft No 1 u. geht alle Ansässigkeiten durch.

§10. Vor allem zum Grundsatz daß ~~nur~~ bei der Amtshandlung ~~die~~ nur das Gesetz vom 8ten Sept 1848 Grundlage bildet — und daher das Patent vom 17/4 nur in so weit zur Beachtung zu kommen habe, als es vor Erfließung des ~~[illegible]~~ vorliegenden Gesetzes ~~[illegible]~~ thatsächlich in Ausführung kam. In allen übrigen Punkten etc. ist auf dieses Patent kein Rücksicht zu nehmen.

ad §12 stylizować tak że wszystkie Grundlastungen mają ustać.

§11. Nach ~~diesem~~ Gesetze vom 8 Sept sind nicht nur die Unterthans-leistungen sondern auch aller jene Lasten

ferner die Holzungs-Waide-Servituten u. alle Grundbelastungen aufzuheben.

Amtshandlung

a) auf unterthänige Bestungen.
b) Grundholdenleistungen.
c) Zehent u. Mezsale
d) aus Emphyteutischen

e) Holzgs Waide rechte im allgemein ~~u. sonstige~~ so wie auch

§ 12. Bei diesem Amtshandlung kommt es hauptsächlich:

a) auf Reinigung u. Richtigstellung
b) auf eine billige Werthanschlagung der einzelnen Grundbelastungen.
c) auf die richtige Ausmittlung und Berechnung

II

Erwerb u. Richtigstellung der Unterthanenleistungen

§ 13 Tempus a quo indemnizacya 15ty Maj 1849

§ 14 Alle in den Rektifikaten des Gdstprov. M. 1820 vorkommenden Leistungen sind als zu Recht bestehend u. rechtmäßig gebührend aufzunehmen und zu entschädigen

Es wäre denn daß derlei seitdem
a durch allgem. Gesetze aufgehoben
b durch gerichtl. Urtheile erweitert oder abgesprochen.
c oder noch im Rechtstreite sind.

In den beiden ersten Fällen giebt der gerichtl. Ausspruch ‡ die alleinige Richtschnur zur Beurtheilung — die in Streit begriffenen Leistung ist als strittig ~~aufgezeigen~~ — außer wo ein Vergleich zu Stande kommt, wo er kommt ~~ist~~ so ist der Vergleich zu Grunde zu nehmen.

T dodatek

~~T dodatek das Gesetz, der gerichtl. Ausspruch oder rechtskräftige politische Erkenntnisse~~

‡ T mój dodatek ~~nur~~ die Komission soll gleich entscheiden

§ 15 Bei den seit 1820 auf Dominikal ~~gründen~~ Pfarr und sonstigen freien Gründen giebt der schriftliche ~~und~~ oder der mündliche (der letzte jedoch wenn er anerkannt worden von beiden Seiten) Vertrag die Grundlage.

dodatek die ~~nicht~~ im Grundsteuer-provisorium ~~als Rustikal~~ nicht als Dominikalgründe angeschrieben worden.

Zrobić podział. ~~Wyłączyć~~ Dominikaliści albo a podział własności albo b bez takiego podziału puszczono. W pierwszym wypadku przychodzi §§ 15 i 24. W drugim wypadku als Pachtvertrag anzusehen und ~~in~~ dem Gesetze nicht unterliegend.

§ 16. Zehent u. Messalien nach Taxkonn oder in Ermangl. derselben Inventarium. ~~Ist~~ In Streitfällen so wie § 14 —

§ 17. Bei emphiteutischen Vertrag, Urtheil oder letzte Besitz.

§ 18. Von den eigentlichen Dienstbarkeiten kommen hier nur die Feld Servituten (Holz- u. Weide-) in Behandlung

(Patrz §27 i tak stylizuj)

dodatek

T u ihren bisherigen Unterthanen so wie auch sonstigen zu dergleichen Bezügen berechtigten

§19 die Richtigkeit der Holz- Weide- und Mahlrechte u. sonstigen zwischen ~~Unterthanen u.~~ Grundherrn T

a) Cessionen oder
b) gerichtl. Urtheile oder in Ermangelung
c) unbestrittener Besitz.

(so ist ein gütlicher Vergleich zu tentiren, wo aber dieses nicht zu Stande kommt

T Dodatek so ist der Besitzstand sogleich durch die Commission ~~durch~~ im Wege der Mehrheit ~~[illegible]~~ beeideter Zeugen zu ~~festzustellen~~, dieser als Grundlage zur gegenwärtigen Verhandlung anzunehmen; ~~und~~ die mit den Kontrahenten ~~[illegible]~~ ~~Kontrahenten aber in Betreff der damit~~ ~~diesen ihren~~ ~~mit der provisorischen Entscheidung~~ ~~nicht zufriedenen Kontrahenten~~ ~~aber auf den Rechtsweg mit~~ ~~ihren~~ anderweitigen Ansprüchen ~~zu verweisen~~ an den Rechtsweg zu wenden.

Sollte in dem eine Grundlast vorkommen deren Bestand durch die a, b, c, nicht konstatirt werden kann T, so ist sie nach dem vorliegenden Gesetze nicht zu behandeln, sondern auf Rechtsweg zu weisen.

Nach der Gerichtsordnung [illegible]

§21 Alle auf diese Weise ermittelte sollen in die §11 angedeuteten Rubriken einzuschalten.

§§ Werthanschlag

§§22. Bei Unterthanleistungen in die §21 erwähnten Rubriken einzusetzen der Werth zu (aus den Rustikalgründen) entnehmen aus den Cessionen v. J. 1820 – ohne Reklamazion.

§23. Sollte irgend eine Schuldigkeit in Geld im J. 1820 nicht vorkommen oder ~~die Cession nicht [illegible]~~ in Ermangelung der Cession – ist der Werth nach benachbarten Ortschaften zu ermitteln.

§24. dasselbe Verfahren bei

§24 wraz z 15tym do zmiany.

§25. Bei Zehnt u. Messalien u. andern Schüttungen der Geldwerth aus Fassionen vom 1820, oder spätere Fassionen, oder Inventarien, oder Verhältniß der nächsten Ortschaften durch Parifizirung der nächsten Ortschaften.

§26. Emphiteuten entweder aus Verträgen, Fassionen

§27. Bei Servituten. Holz= Weide= u. Wahlrechte zwischen Grundherrn u. Unterthanen oder zwischen andern Personen (positive Leistungen)

§28. ~~Wenn~~ In Ermanglung der Fassionen Urtheile, Verträge —

T dodatek ad §28 oder nach benachbarten Ortschaften, oder durch ungartheische Schätzer.

I drugi dodatek ad §28 Es versteht sich von selbst daß wo Reluizions=verträge bestehen, oder jährliche Abgaben in Geld geleistet werden, dieser Geldwerth im vollen Rennbetrage ~~aus~~ als Grundlage zu nehmen jeżeli później tego niema.

§28. Insbesondere bei Servituten ob kein Entgeld stipulirt worden. In diesem Falle ist dieser als Werth anzunehmen.

§29 Wenn alle diese Mittel nicht ausreichen, so sind ungartheische Schätzung

§30. Hiebei folgende Grundsätze:
a. Holzungsrecht auf Nied. öster. Klafter und nach den Preisen vom J. 1820

ad 30
T Dodatek: To niema przechodzić ani połowę des reinen im J. 1820 berechneten Waldertrags, a wszystkie poddańcze ~~serwituty~~ nie mają przechodzić resztę wynagrodzenia. — Bo trudno żebym za serwituta jeszcze więcej dał.

/ niż pierwej miałem od pp. poddanych za serwituta i za grunta — bei uneingekauften Gründen Laxta tecta nie jako serwitut ale jako zapomoga, i znieść za własność gruntu. Powiedzieć co jest serwitus

§31. Waide = Jagd = Fischerei = Steinbruch = Servituten

ad später do namysłu.

~~T Waide auf Hutweiden und Wiesen~~

T Werth des Waiderechts auf Hutweiden und Wiesen soll nie den im J. 1820 berechneten reinen Ertrag des der Servitut dienenden Feldes übersteigen.

§32 Ebenso das Mahlrecht nach den angegebenen Vorschriften

ad 32

T dodatek ~~das geh~~ nach Berechnung des gesetzlichen Mahllohnes

T drugi dodatek – Zawsze Urbarialpreise vom J. 1820.

§32½ Werth der

T dodatek die unterthänigen Servituten soll nie den ganzen Entschädigungsbetrag übersteigen

§33. Sollte bei diesem Abschätzung eine Parthei sich verkürzt finden kann er rekurriren an die Centralkommission binnen 14 Tagen. Sie kann auch an den Rechtsweg verwiesen werden

ad §33 dodatek. Rechtsweg nicht zuzulassen, sondern es hat die Centralkommission zu entscheiden – tak samo zdecydowała majoritas Komissyi

Czajkowski chce rozważyć

§34. Formalität.

T dodatek Jeżeli kto nie chce podpisać to się obejdzie

§ 35

§ Ausmittlung und Berechnung des Entschädigungsbetrages ~~für eigentliche~~

a) für eigentliche Unterthansleistungen

Die Summe der auf die bisher angegebene Art ritiggestellten und zu Geld veranschlagten unterthänigen Arbeitsleistungen ~~Ko~~ Natural- und Geldabgaben, bilden den jährlichen Brutto-Ertrag der Arbarialien.

Zur Gewinnung des Netto-Ertrags, ist in jeder einzelnen Ortschaft und bei jedem Meierhofe hievon zuerst der aus den Steueroperaten vom J. 1820 sich ergebende jährliche Arbarialsteuerbetrag dann alle zukommenden ~~Dienstbarkeiten~~ ~~Zehnten~~, Messalien, Holzungs-Waiderechte in Abzug zu bringen.

Der ~~Ge~~ Rest bildet den jährlichen Netto Ertrag und dieser mit 20 multiplizirt giebt den entsprechenden Kapitalswerth für alle aufgehobenen Arbarialleistungen des betreffenden Gutes.

für die ~~von~~ von derselben Ortschaft oder Meierhofe den ~~anten~~ ehemaligen Unterthanen und dritten Personen

und den anderen Dienstbarkeiten.

§36 Ein Drittel wird abgezogen für verschiedene Sachen

T dodatek że to nie za 1/3 ale także za własność gruntową. — Uwagę dodać Komissyi ~~jak to~~ czy i jak szacowano Eigenthum czy Ober=eigenthum

Zapomoga za Obereigen=thum. — bo za Bauerneigen=thum już im J. 1846 ~~[illegible]~~ zartatecta i fundus instructus uwolniono nas od zapomogi von Unterst. von Sanct u. Verbrödung. zatem wyliczyć Arten der Unterstützung:

~~§37~~

~~§38~~

dodatek auch indirekte Steuer §37 werden ferner von (direkten ~~u. indirekten~~) Steuerbehörden u. Patr. Gerichtsbeh. vom 15/5 befreit.

§38 Durch Haftung von Oktava (eigentlich 1/16) ~~Zapretensyo~~ Za pretensye po 15/5 nie żadna oktawa. Czajkowski „ ~~[illegible]~~ 2ter Passus.

T Von Dunstwagen adno=tiren a to gorsze jak oktawa — wszystko zamażą i zrujnują —

Czajkowski dla tych pretensyi które przed 15tym Maja 1848 zostawić Oktawę

T ad § 38 po bestehet

so sind alle zwischen den ehemaligen Unterthanen und den Grundherrschaften anhängigen oder anhängig zu machenden ~~Rech~~ Streitigkeiten im ordentlichen Rechtswege nach den Vorschriften des Zivilgesetzbuches zu entscheiden.

§ 39.

ad später Czajkowski

Bekerkfend die Haftung etc welche aus einer vor dem § 38 hat es bei den alten Gesetzen zu verbleiben für solche die innerhalb der Frist bis 15/5 1851 ~~eingeklagt~~ vor dem Zivilrechten eingeklagt werden.

Dodatek całkiem znieść oktawę bo opieka ustała (wszak i tak ustała) — wszystko Rechtsweg für anhängige und anhängig zu machende —

40.

§ 41. Nic

§ 42

zu Gunsten (słowa der eigenen wypuścić)

§ 42½ fremde do drogi prawa.

§ 43.

precz z nim to jest czysta dzierżawa — oprócz tylko Emfiteutów —

Tak jak Komisya Karta 44. i 45

§46.

T dodatek Zehend u Messalien die Kraut § von dem Arbarial-entsch. Betrage abgeschlagen werden – entschädigt der Staat – andere entschädigt der bisher Berechtigte – im Willen nach dem Grundsätzen des gegenwärtigen Gesetzes zu ermittelnden Nennwerthe.

47

mit 4% --- also der eingährige Zins mit 25 multiplizirt. ---

48

T nicht einmahl sondern dreimahl – z resztą uwaga tak jak tam — u nas mało, ale miasta mają.

§49

T Wenn die ~~Ar~~ verpflichtete Parthei.

§51.

T Ta znowu przypuszczają możność przyszłego serwituty.

T uprosić mani-
pulacyę — i
zmniejszyć księgi — §53.

§57 Rechtsmittel dagegen
Reklamacyon an die Central
in 6 Wochen

T und wenn sie es nöthig
erachtet durch delegirte die
Sache zu erheben —

§ 61

Gdyby dodatek od 59 i
60 utrzymał to § 61
trzeba zmienić, tak aby
das angefochtene nie
płacili a das Unangefochtene
zapłacić —

§ 62

T statt Grundsteuer
ogerate — Urbarial-
tassionen.

T durch Vermittlung des Staats Post
7 Sept. 1848 — §63

~~T zamiast [illegible]~~
T nie 4 ale 5% tiegen — ale za to ½ długu
państwa razem z naszym weg.
I zamiast ministerium der finanzen — powie-
dzieć provinzionelle finanz centralbehörden

F eine eigene Direktion in der Provinz ~~[illegible]~~ zur Dirigierung mit der ganzen finanziellen Operation (wydanie, losowanie, wypłata kuponów etc.).

F dodatek

~~§65~~

~~F zami~~

§65

T zamiast durch den Staatsschatz powiedzieć ~~durch die Lan~~ aus den Landeseinkünften.

F trojakie zrobić obligacye czerwone (dla prywatnych), żółte ~~zielone~~ (dla gromad) (jeżeli zadostaje), ~~żółte~~ zielone (dla funduszów) (i kamery) — pierwsze najpierw, drugie później, trzecie nakoniec mają być losowane. Jeżeli jednak gromady jedną część wynagrodzenia sami zapłacą, to nie zrobić różnicę w losowaniu.

§67.

T ad hoc a tow. kredytowe nie może oddać nic, to nie było zeitweilig, kredyt nadwerężył bardzo; oszukaństwo wierzyciela — Z resztą to nie wiele warto. X. Sapieha osobno zrobi o to.

§68.

T cały zwangskurs precz — do kass pewnie nie wezmą, a przymus im Privatverkehr może wezmą — Cóż z tow. kredytowem, które nas ratuje? — Szkarada — Pfandbriefy na nic nie zlecą — Za co krzywdzić kapitalistów dobra nie spadły co do ceny kapitału ale tylko co do intraty (procentu), zatem właściciel na kapitale nie stracił.

nie dałby procentu, zmuszałby do przyjęcia ich. —
Mimo zwangskursu będą stać niżej (tak jak teraz banknoty) —
Lepiej będą stać bez zwangskursu.
Właściciel na kapitale nic nie stracił. —
Kapitaliści nic nie dadzą, tak jak już teraz się dzieje przy zwangskursie banknotów.
Hypoteka się zwiększy obligacyami, dla czegoż kredytor ma exekwować? — Tow. kred. będą płacić obligacyami, zatem i tow. musi swoim dawać — i upadnie.

Ci co mają dużo długów będą tylko dłużej ciągnąć a nareszcie zbankrutują —

~~§69.~~

~~Tylko część na okaziciela i do losowania po 1/4 części.~~

Może kto powie, że tylko dla tych zwangskurs (z depozytu), którzy exekwują dług — i tylko takich obligacyj, które są złożone w depozycie przez komisyą.
Jeżeli już zwangskurs to tylko na te co exekwuje kapitał (nie procent) — §69.

Tylko część na okaziciela i do losowania 1/4 części funduszowe etc na koniu.

§72.

cały opuścić bo ~~już~~ jest z ~~na~~ § 70 w opozycyi. —
Natomiast położyć że chociaż odłużony majątek właściciel ma odebrać procent od obligacyi, by to na prowadzenie gospodarstwa.
Jeżeli w sekwestracyi to sekwestr zabiera tak jak resztę dochodów dóbr. Procenta zupełnie mają być traktowane tak jak teraz były prowenta. „Procenta stanowią część prowentów „dóbr, i temu należą kto prowenta „z dóbr pobiera.

alternatywie — albo będą miały dobry kurs przez dobrą hypotekę obligacye albo nie — w pierwszym wypadku nie trzeba zwangskursu — w drugim kredyt całego kraju stracony —

Gdyby był zwangskurs, to może zechcą ażeby ~~zwangskurs~~ obligacye z jednej prowincye w drugiej miały zwangskurs.

Na każdy sposób obligacye rozciągają się na wszystkich kredytorów — dla czegoż ma tracić pierwszy kredytor —

die seit J. 1820 odmienić §73, 74, 75.
tak jak zasada
wyżej —

Metryki z r. 1820 entscheidet
ci co po 1820 osiedli
als Bürger — dominikaliście
ci co przed 1820 mają
sami płacić — ci więc
ostatni należą do §u 73, 74, 75
zatem w §73 stać będzie
die auf Domin. etc. Mor
dem J. 1820 vorgesiedelt. —

In dem Zeller ~~dem~~ soll der letzte
~~letzte Passus des~~ Passus des §77 ~~bleiben~~
~~nach Antrag der Com. gründet~~
~~[illegible] t. j. że komisya stanowi~~
~~[illegible]~~
bleiben.

Wo nach dem J. 1820 angesiedelt auf
ewige Zeiten, to podług prawa
szacowanie F — jeżeli nie auf
ewige Zeiten to jako dzierżawa. —

F według tych samych zasad jak
dominikanie przed 1820.

Ci co vor dem J. 1820 na dominik. (t. j.
takich którzy wpisani w metr. jako domin.)
podług §73, 74, 75 —

§79.

Wypuścić — Za co von
dem Berechtigten, który
najwięcej płaci — Już
na koszta ~~1/5~~ zamiast ~~4%~~
5% dają 4% tylko

III 6

257

Do Krasińskiego
informacje - widocznie z 1849 r.
(p. nr 3)

III-6

1) Do Kraińskiego do Wiednia — 57 258

I. O lasach w których włościanie pasą lub trawę koszą. —

Nie wiem dla czego Krasicki żądał objaśnień w tym przedmiocie, gdyż on wam wszystkim dokładnie musi być znany. My tu nie możemy dawać nasze zdanie względem przyszłego takich obszarów dotyczącego prawodawstwa; możemy tylko wyświecić a raczej wyliczyć rozmaitych stosunków tych obszarów.

Tak jak wiele innych stósunków naszych z włościanami tak i ten ~~przedmiot~~ stósunek nie był ~~prawnie zeg~~ dokładnemi prawami uregulowany, i nie tylko ciągle prawnym wątpliwościom podlegał, lecz także i faktycznie zmieniał się, w miarę pilności lub niedbalstwa właściciela lub w skutek rozmaitych zdań ~~[illegible]~~ referentów politycznych. — Znajdziemy dużo włości gdzie ten stosunek co kilka lat się zmieniał, gdzie przed 6, 10, 20 lub 30 laty zupełnie było co innego niż jest ~~teraz~~. —

Są obszary lasowe, w których włościanie wyłącznie lub wspólnie z dominium pasali lub trawę kosili, a to albo na całych obszarach albo też na pewnych ~~[illegible]~~ dla wszystkich razem lub indywidualnie dla każdego wymierzonych kawałkach. — ~~[illegible]~~ W jednym miejscu ~~[illegible]~~ kultura lasowa na podobnych obszarach ciągle się utrzymuje, a wżytek z lasu ~~[illegible]~~ jest przeważającym i większym niż wżytek z trawy; — w innym miejscu las z czasem, właśnie w skutek paszenia, tak jest przerzedzonym, ~~[illegible]~~ a jego kultura tak zaniedbaną, że pożytek z drzew jest o wiele niższym niż pożytek z trawy. — W jednej wsi obszar taki zapisanym jest w metryce z 1820 na Dominium, włościanie koszą trawę lub pasą sami lub wspólnie z Dominium, a Dominium samo wyłącznie wżytkuje z drzew; — w innej wsi wżytek z trawy już w r. 1820 zapisany na włościan, wżytek zaś z lasu na Dominium, a Dominium wspólnie z włościanie w miarę wżytku opłaca podatek; — w innej znowu wsi obszar taki w metryce 1820 jako zustykalny zapisany, a dwór w wyłącznym posiadaniu zębania i wżytkowania z drzew na nim rosnących znajduje się.

Wątpię zbyteczne w naszym projekcie wszystkie takie odmiany dotknąć i do każdej z osobna postanowienia prawne zastósować mogli. — Zanieważ krajowcy tego objaśnień od nas żądać zatem ja tu głównych odmian tego stosunku dotknę.

1 Jeżeli obszar zapisany w metryce ~~jak~~ z 1820 jako dominikalny i dominium jest ciągle w posiadaniu tegoż, poddani zaś czy wyłącznie sami czy wspólnie z dominium pasą, wtedy nie podlega wątpliwości, że obszar ten ~~jest sam~~ powinien być uważany jako własność tegoż dominii, a prawo poddanych jako serwitut z stosunku poddańczego wynikający. Trzymamiesz sobie iż przy naszych pogadankach były zdania, aby ~~pastwiska~~ prawo wtórnian do pasienia bydła na takich, czy w lasach dominikalnych zniesione zostało, aby za to prawo wtórnianom żadnego nie dać wynagrodzenia, lecz jedynie tylko ciężar ten wedle prawideł szacunkowych wibacyjalnych oszacować i od wynagrodzenia, jakie dominium za powinności poddańcze należeć będzie, odtrącić. — Jeżeli to zdanie nie utrzyma się bezwzględnie, to przynajmniej utrzymać się ono może w tych wypadkach, gdzie wtórnianie swoich własnych ~~na nich~~ zapisanych pastwisk mają tyle, iż na nich w lecie utrzymają ~~mogą~~ całą liczbę bydła, która z produktów swoich indywidualnych gruntów przezimować mogą. — Jeżeli zaś ustykalne pastwiska nie były tak wielkie, wtedy ~~należy~~ by potrzeba obliczyć jak dalece ~~takie~~ służebnictwo pasienia najpierw na takich, potem w lasach dominikalnych rozciągać się było powinno. — Tu możnaby (opierając) się ~~prawa~~ na ~~przepisach~~ §§ 484 i 500 Kodeksu cyw. (a) i postanowić: iż ~~wtórnianskie~~ służebnictwo pasienia na obszarach niegdyś dominikalnych ~~nie mogło~~ (zaś) jak tylko ~~dominium~~, aby użytek z tego służebnictwa ~~się~~ rozciągać się nie mogło.

w metryce z 1820 jako zastykalne

(a) §484 – 2ter absatz: Die Servituten dürfen nicht erweitert, sie müssen vielmehr, in so weit es ihre Natur und der Zweck der Bestellung gestattet, eingeschränkt werden.

§500 – Erhellet auch dieß aus dem Triebrechte nicht (Fall u nas jest wszędzie); so ist theils auf den Umfang, theils auf die Beschaffenheit der Weide billige Rücksicht zu nehmen und dem Berechtigten wenigstens nicht gestattet, dass er mehr Vieh auf der fremden Weide halte, als er mit dem auf dem herrschenden Grunde erzeugten Futter durchwintern kann.

Hat die Anzahl des Triebrechtes während den letzten 30 Jahren gewechselt, so muss aus dem Triebe der ersten 3 Jahre die Mittelzahl angenommen werden.

twa połączony z użytkiem z pastwisk ~~[illegible]~~ rustykalnych wystarczał na wyżywienie w lecie ~~bydła~~ takiej ilości bydła, jaką wtłaczanie z produktów własnych gruntów przeznaczać mogą. Jeżeli zatem ~~[illegible]~~ wtłaczanie ~~[illegible]~~ miedzialin na 300 sztuk ~~bydła~~, lub tak ilość ~~[illegible]~~ na własnych produktach przeznaczonej ~~[illegible]~~, a ich rustykalne pastwisko wystarcza na 200 sztuk, wtedy ich służebnictwo ma takie tylko obszary dominikalne rozciągać się mogło, które wystarczały ~~[illegible]~~ reszta jest 100 sztuk bydła. ~~[illegible]~~

~~[illegible]~~

dotychczasowego.

Ograniczywszy tym sposobem ilość bydła, która na obszarach dominikalnych pasz prawnie mogła, obliczy się także ilość morgów pastwisk w takich lub takich, jaka potrzebna była do posiania tego bydła, a wartość servitutu oznacza się według oznaczonej wbarzalnie wartości tej ostatniej przestrzeni. Jeżeli na tej przestrzeni jest las, którego dorosłemu wzrostu, wtedy ~~wartość wszystkie tego~~ stósunkowo wartość wszystkie z lasu odtrąci się od oznaczonej wartości całej przestrzeni, i dopiero reszta pozostająca przedstawiać będzie istotną wartość servitutu.

Rozumie się, iż obliczając podlegającą służebnictwu przestrzeń w żadnym wypadku nie można jej przyjąć większą, jaką jest ta, która wtłaczanie istotnie wzięła.

Od tego jakie zasady względem ~~tego~~ służebnictwa podane czyich w ogóle przyjęte będą, zależeć także będzie, czy ~~[illegible]~~ służebnictwo ma być zniesione bez wynagrodzenia ~~[illegible]~~ dla właściciela, lecz jedynie za potrąceniem wartości od sumy wynagrodzenia właścicielowi należącej, — lub też czy właściciel pieniędzmi lub kawałkiem podległego służebnictwu obszaru (zawsze wedle jego wyboru) ma wynagrodzić wartość służebnictwa uprawnionym. — Przy ~~[illegible]~~ odstąpieniu ~~[illegible]~~ wtłaczanie ~~[illegible]~~ części ~~przestrzeni~~ podległego służebnictwu, ~~[illegible]~~ tytułem wynagrodzenia, powinna ~~[illegible]~~ części tej przestrzeni zostać dotychczasowemu właścicielowi już dla tego, że on resztę na nieograniczoną odstępuje własność. Ta część teraz dowolnie oznaczoną być musi, ~~[illegible]~~ n.p. części przecia. — Jeżeli zatem wedle powyższego obliczenia obszar servitutowi podległy wypadnie 300 morgów, wtedy dotychczasowemu właścicielowi odstępującemu 200 morgów na własność uprawnionym, zostanie za to 100 morgów. — Jeżeli zaś n.p. właściciel odstępuje

~~[illegible]~~ wzrostu ~~[illegible]~~ w artykule ~~[illegible]~~ lub n.p. w ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ z tytułu ~~[illegible]~~ w ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~

części podlegającej służebnictwu pastwiska przestrzeni
lasowej wraz z lasem na niej rosnącym, wtedy
i użytek z lasu stosunkowo nieuwzględnionym,
a za ten las odstąpić się mające
przestrzeń zamiejscową być powinna.

2) Jeżeli na obszarze lasowym na dominium
w metryce z 1820 zapisanym włościanie trawę koszą, to
takie własność na mocy patentu z 1846 dominio przyznana
być powinna, — a prawo włościan koszenia trawy przedstawi
się jako servitus stosownie do §§ 472 i 482 Kod. cyw. — Tak
co do servitutu pastwiska nie widzę potrzeby zostawienia go w
całości lub w części, z przyczyny iż włościanie łatwo roboty
na pańszczyźnie zarobić mogą, — tak jednak mniej widzę potrzeby
zostawienia servitutu koszenia trawy, bo włościanin już z
produktów z gruntów własnych inwentarz wyżywić może,
a jeżeli chce mieć więcej trawy, to niech na nią zarabia.

Jeżeli zaś §§ 472 i 482 i 7 ustawy z 7 Września tak
będą stanowione iż się utrzyma zasada, aby servituty
nie takie za wynagrodzeniem przez obciążonego wyra-
żonem dać się mającem zniesione zostały, wtedy
to służebnictwo koszenia trawy obciążonemu zostawić trzeba
wybór czy służebnictwo koszenia trawy pieniędzmi wedle
oszacowania wzbogatnego, lub częścią podlegającej służebni-
stwu przestrzeni (jak ad 1 powiedziałem) wykupić ma.

3) Zazwyczaj przedstawia się stosunek w wypadkach, gdzie
już w metrykach z 1820 obszar jako [illegible] w wspólnem
posiadaniu (dominii i włościan) zostający zapisanym, a
wyjątek z trawy na włościan, wyjątek z lasu na dominium
zapisowany jest. ~~Aplikując patent z 1846 do takich ob-~~
~~szarów zdaje się o tem~~ Zdaje się że przy takich
~~wypadku obszarach wedle postanowień patentu z 1846 roku~~
~~Obór eigenthum wyłącznie do Dominium~~ Takie obszary
nie mają tych oznak jakie patent z 1846 wymaga, aby były
za rustykalne uznane. Jeżeli będą uznane jako domini-
kalne, wtedy prawo włościan ~~przedstawi~~ do użytku z trawy
przedstawi się jako służebnictwo i jako takie będzie wedle
przepisów o służebnictwach traktowane. — Jeżeli zaś patent

Jeżeli zatem przyjęty będzie zasada, iż obciążonemu służy wykup służebności lub w gruncie, to na przypadek wyboru tego ostatniego radzę wynagrodzenie wyznaczyć na pięcioletnie z tem zastrzeżeniem: iż gdyby [illegible] z różnemi 5 tak otrzymanemi sumami [illegible] [illegible] [illegible]

2) z 1846 innej wytłomaczonym będzie, a z jego tłómaczenia w rozdziale z §§ami 361 i 825 Kod. cyw. przyjęta będzie zasada, iż takie obszary jako gemeinschaftliches Eigenthum (mianowicie Nutzungs-eigenthum, bo Ober-eigenthum bezprzewnie dominikalny) byłego dominii i włościan uważane być mają, — wtedy przynajmniej na to należeć należy aby ta rozpółka koniecznie rozdzielona została. Tu się można oprzeć na §§ach 820 i 843 Kod. cyw., mocą których każdemu współwłaścicielowi wolno żądać podziału własności. — Przy takim podziale musi być naprzód wyrachowany stosunek wartości prawa użytku wszystkich współników, mianowicie Dominii z lasu a włościan z trawy, i w tym stosunku rozdzieli się grunt między dominium i włościan in natura, lub też cały grunt sprzedanym a oczyszczona cena stosunkowo rozdzielona będzie. —

4) Przy obszarach lasowych zapisanych w matrycie z r. 1820 na włościan, w których dominium zaś użytek z trawy, użytek z lasu na (2) — pierwsza znowu kwestya do rozstrzygnienia przyjdzie, czy one jako gemeinschaftliches Eigenthum, czy jako własność włościan uważane być mają. — ~~W takim wypadku włościanie mają prawo dominikalne użytku z lasu jako służebność dominii byłego dominikalnego właściciela~~ Za jednem i drugiem zdaniem znajdą się argumenta. — Gdy się drugie zdanie utrzyma, wtedy prawo byłego właściciela dóbr dominikalnych z lasu jako ~~prawo~~ służebności przedstawi się przedstawi. ~~Gdy~~ ~~użytek~~ ~~lasu~~ ~~czas~~ ~~lasu~~ ~~nie~~

(2) Takich obszarów, ile mi wiadomo, w wschodnich obwodach jest bardzo dużo. W jednym sporze Pan Widmann przyznał włościanom i dominium od użytku z lasu zupełnie całkowitą takiego obszaru własność, nie rozszerzając odszedł, nabożąc, że kiedy grunt do włościan należy, to i drzewa na nim rosnące ich są własnością. Na ustne przedstawienie mandataryusza, że jeżeli grunt włościanom przyznaje, to przynajmniej drzewny użytek z lasu dominio, choćby jako serwitus, przyznać powinien; odrzekł

F Pan Widmann, że o służebnictwach służących dominiom na gruntach włościańskich nigdy nie słyszał.

byłego właściciela dominikalnego do użytku z lasu jako servitut uważanem być powinno.

5) W innych wypadkach gdzie łąk i pastwisk (lub lasów) ~~w takich~~ w wspomnionych obszarach włościanie wspólnie z byłym dominium używali, — zaapli=kują się te same prawidła ~~[illegible]~~ z tą różnicą że przy oszacowaniu ~~[illegible]~~ wartość prawa stósunkowo się rozdzieli.

Rozumie się że we wszystkich tych wypadkach, jak tylko dowieść będzie można, że używanie ~~tej~~ precario było dozwalanem, wtedy ~~[illegible]~~ ani prawo, ani własność wcześ=nie mogła. ~~[illegible]~~

Kończąc o tym przedmiocie dodać muszę, że ~~[illegible]~~ używanie trawy (koszeniem lub paszeniem) w lasach najczęściej precario powstało. Oto na prośbę kilku lub kilkunastu pozwalał właściciel paść lub kosić; z czasem zaś ~~[illegible]~~ rozszerzali włościanie pasienie na coraz większe obszary i dłuższem posiadaniem nabyli prawo. — ~~Bliższe~~ Szczegóły tego stósunku są mi wiadome bliżej ~~w~~ ~~[illegible]~~ dobrach Podhajce, Zawałów, Hołhocze i grani=czących z temi wsiach leśnych. Chłopi ~~[illegible]~~ mają tam użytek z traw w lasach dębowych, bo te pomału się przerzadzały, wycinaniem ~~dębów~~ tu i owdzie dębów na materyał zdolnych; w każdym zaś przerzadzony kawałek już chłopi bydło puszczali. W lasach bukowych i innych które gęściej rosną, ~~[illegible]~~ i całemi sekcyami wy=cinane bywają, ~~[illegible]~~ rzeczone służebnictwo nie istnieje. — ~~O pol~~

Potrzebę zniesienia służebnictwa pastwisk w lasach, dla zachowania lasów dowodzić nie potrzebuję, każdy o tem przekonany.

~~Nie mogłem ja tu ani wyrzec nic nowego się nie dowiecie z tego co wam tu napisałem dla ... Krasicki~~

Nic nowego wam tu nie napisałem, bo co my wam stąd (udzielić) możemy (o tym przedmiocie) to i wiecie. Co zaś się tyczy myśli względem przyszłego prawnego uregulowania tych stósunków, tych od nas żądać nie możecie, — bo od zasady głównej jaką przyjmiecie idzie dalsze jej rozwijanie, i tylko znając przyjęte już przez was zasady i dyskutując z wami moglibyśmy dawać zdanie nasze w jakimś logicznym porządku; inaczej nasze jedynie na hypotezach opierające się zdania mało się przydadzą. —

I tak pisząc tu o pastwiskach i łąkach opierałem się na przypuszczeniach w tłómaczeniu patentu z 1846, ustawy z 7go Września i §§ów Kodeksu cywilnego; a przecież to tłómaczenie pierwszą regulacyi tych stosunków jest podstawą, bo od niego zależy, czy (własność) gruntu lub służebnictwo, — o którego oszacowanie, regulacyą lub relicyą idzie — tej lub owej stronie przyznanem być ma. —

U nas gdzie te stósunki nie były dotąd regulowane, gdzie je dopiero teraz regulować trzeba, aby je znieść, — pierwszą jest rzeczą roztrzyganie sporów, czy grunt był dominikalnym lub rustykalnym, komu jego własność ma być przysądzoną, czy służebnictwo należy tej lub owej stronie lub nie. —

Czy w waszym projekcie (będą umieszczone) przepisy dotyczące roztrzyganie tych sporów

tego niewiem, to jednak pewna że czy to w samej ustawie, czy zaś w instrukcyi do wykonania ustawy wydać się mającej powinny się znajdować takie przepisy, — a Komissyom wykonywującym ustawę powinna być dana władza roztrzygania tych sporów, inaczej one nigdy się nie ukończą.

Według mego zdania wasze prace nie powinny się ukończyć wypracowaniem projektu do ustawy, lecz gdy już ustawa do ogłoszenia gotową będzie, powinniście żądać, aby wam także dano pod dyskussyją projekt do instrukcyi dla Komissyów, którym wykonanie ustawy poruczonem zostanie; — bo te instrukcye nie mniej będą ważne niż sama ustawa, i nie w jednym wypadku decyzya od danej instrukcyi zależeć będzie.

II O podpasieczach

Podpasiecz w naszych wschodnich obwodach mamy bez liku, żadnej prawie wsi nie znajdziesz, gdzieby włościanie kilka takich nie mieli podpasiecz. Trafia się, lecz bardzo rzadko, że włościanie mają pasieki

3 ~~O podpasiekach~~ Lwów 12/6 1849 262 AR

Przed trzema dniami pokazał mi P. Maciej Krasicki list Kazimierza, w którym wzywa mię, abym mu przysłał uwagi względem a) Tak zwanych podpasieczy b) gruntów rezerwowanych c) lasów w których drzewo do właściciela, taka zaś i pastwisko do włościan należą.

Co do pytania o grunta rezerwowane, posiadam wyraźny, aby przesłanie wam objaśnień Laskowskiemu, lub innemu bliżej z tym przedmiotem obznajomionemu pobrać, gdyż ja mało co wiem o tym stanie rzeczy. Radzę że wy tamci dobra wiejsze wiecie, bo macie tu zachodnich obwodach, dobra, gdzie podobno takich rezerwowanych gruntów jest więcej.

I O podpasieczach

Podpasieczy w naszych wschodnich obwodach mamy bez (prawie) liku, żadnej wsi nie znajdziesz gdzie włościanie pary takich podpasieczy nie mieli. Trafia się, lecz bardzo rzadko, że włościanie mają pasieki na własnych ~~nigdy nabytych~~ w środku rustykalnych nie położonych gruntach. — Najczęściej stoją pasieki włościan w lesie lub pod lasem dominalnym, lub też na Podolu, gdzie wielki tany dworskie krzewką się zasiewają, w środku tanów dworskich. — Gdzie pracowitszy a ze wszystkiego wytrzymujący włościanin sam stawiał i rozmnażał po swoich gruntach i lasach pasieki, tam naturalnie albo żadnych, albo mało włościańskich znajdzie pasiek. — Gdzie jednak właściciel nie chciał podjąć się pracy dozoru pasiek, a w szczególności chronienia ich od bardzo Tatrzej Kradzieży (nie bowiem Tatrzejszego jak n.p. Kraść rzeczy, co prawie każdy chłop umie), tam dozwalał włościanom, aby stawiali na jego polach lub w jego lasach pasieki, za dawaniem dziesięciny odjęci, bo ta dziesięcina ~~mu~~ przynosiła pożytku nie jego własne pasieki. Na Podolu można znaleźć wsie gdzie włościanie pareset i więcej dziesięcin prywatnych właścicielom gruntu oddawali. — Na własnych w środku nie (w ogólności) rustykalnych leżących parcelach włościanie już dla tego pasiek nie stawiali, że w takich niwach pojedyńczych posiadacz rozdrobionych niwach nie mogli być pewni, że co rok znajdą znaczną część pól obsianych krzewką, która pożytek pszczołom przynosi.

F Wydzielanie lasów podpasiecznych włościanom na podpasieczne w najostatniejszych czasach się wydarzało.

W koło miejsca, które pasieka zajmuje, zostawiano zwykle kilka sążni gruntu wolnych, aby pasiecznik całą pasiekę wygodnie obejść, płot naprawić, a czasem i ~~[illegible]~~ konia lub bydło, którym do pasieki przyjedzie podpaść mógł. Plac gdzie stoi pasieka z całym jej wolnym od uprawy okręgiem nazywają Podpasieczem. Rozumie się że w lasach takie podpasiecza więcej obszaru zabierały, bo nikt nie dbał o to, aby ten okręg się nie zwiększał. — Z czasem tedy przyszło, że w wielu miejscach właściciel pasieki na ~~[illegible]~~ gróncie w około pasieki trawę kosił, lub też zboże zasiał, co szczególniej w lasach się trafiało i dotąd trafia.

W ogóle, ile mi wiadomo, takie podpasiecza w metrykach urbaryalnych na dominium zapisano. Mogą się jednak częste zdarzyć wypadki, że, w skutek niedbalstwa lub niewiadomości o skutkach, podpasiecza, chociaż w środku lasów lub pól dominikalnych stojące, w metryce z 1820 jako rustykalne zapisane zostały.

~~Można zatem stósunek prawny tak zwanych podpa~~ Wydając ~~nowe prawo~~ Pod względem prawnego stósunku możnaby je podpasiecza ~~trzebaby je~~ na 3 klassy rozdzielić.

1) Takie, które znajdują się na gróntach zapisanych w metryce urbaryalnej z 1820 roku na dominium i albo a) przed lub b) po roku 1820 włościanom, za ~~[illegible]~~ oddawanie dziesięciny pszczelnej przydzielone zostały.

2) Takie, które są na (parcellach ~~[illegible]~~) w metryce jako rustykalne zapisanych, lecz w środku ~~[illegible]~~ łanów lub lasów dworskich znajdujących się.

3) Takie, które (stoją) na (parcellach ~~[illegible]~~) rustykalnych w środku niw włościańskich.

Ad 1) Co do tych sądzę, iż żadnej różnicy stanowić nie może czy one przed 1820 czy po 1820 jako podpasiecza ~~[illegible]~~ oddane były włościanom, a to a) dla tego, że wedle patentu z 1846 te grónta jako rustykalne uważane być mają które w r. 1820 w posiadaniu włościan były i w metrykach jako rustykalne są zapisane b) dla tego, że takie podpasieczowe grónta

dawania dziesięciny pszczelnej.

w żaden sposób jako część dotacyi poddańczej uważane być
nie mogą, nie są one bowiem dane na użytkowanie włościan
lub ich inwentarza, tak jak inne grunta, ani na zaspokojenie
domowych potrzeb, jak servitus lasowa lub pastwisk, — lecz
jedynie dla wykonywania pewnego rodzaju, ~~z obmitowanej~~
nie najszej z zolmierzem bezpośredniej użyteczności, spekula=
cyi. — Dziesięcina od takich podpasieczy dawana niema żadnej
cechy poddańczej daniny. — Ugoda ~~zrobi~~, mocą której takie
podpasieczy, za oddawanie dziesięciny prywatnej włościaninowi
nadanem zostało jest użytko prywatnej, a z poddańczym
stosunkiem żadnej użyteczności nie najszej, natury.

Sądzą zatem że stósunek prawny takiego podpasieczy
nie będzie można uważać inaczej jak tylko jako servitus,
nie poddańczej bez prywatnej natury, — dziesięcina zatem
przezelna od takich podpasieczy tak długo dawana być
powinna, jak długo ~~istnieje~~ ~~servitus~~ ~~trwają~~ ~~ciężary~~ ~~poddańcze~~ servitus. — Ponieważ
jednak wszystkie ciężary gruntowe wedle ustawy z 2°.
września ustać mają, zatem sądzą że i co do tego
servitutu trzeba obciążonemu dać prawo pozbycia się go,
jak tylko zechce, — a to tem bardziej, ideże te ~~z~~ podpa=
sieczy znajdują się w środku lasów i łanów, i dają powód
do niezliczonych ~~nadużyć~~ kradzieży i szkód. — O odrębnem
jakiem wynagrodzeniu za ustanie takiego servitutu mowy
być nie może, albowiem z ustaniem tego servitutu ustaje
także oddawanie dziesięciny, i to tem już usprawiedliwiony
znajdeje stósowne i naturze tego interesu odpowiadające
wynagrodzenie. — (leżą w środku łanów lub lasów dworskich, lub też przy łanach i lasach dworskich, już)

Ad 2do do podpasieczy, które w roku 1820 w posiadaniu
włościan były, i jako rustykalne w metryce z r. 1820 są zapi=
sane, tych powstanie było oczywiście takie same jak
owych pod 1 wymienionych. Różnicę stanowi przypadek,
w skutek którego układający metrykę, zastawszy podpasieczy
w posiadaniu włościanina, zajmiał je jako rustykalne,
jeżeli nikt ze strony domieniem się ~~tego~~ nie oparł.
Wątpić żebyście ~~takie podpasieczy jako grunta~~ przezyrzeć mogli,
izby takie podpasieczy jako grunt dominikalny uważane
być mogły. ~~Powodnictwie jednak czy to wyrazie do~~
~~którego projekt teraz utrzyma~~ sądzą jednak że oddawanie
dziesięciny nawet i od takich pasiek ustać nie powinno póki,
póki pasieka istnieje, gdyż przeroty zbierają użytek z dworskich lasów,

Zdaniem jednak, że takie grunta jako dominikalne uważane być powinny znajdzie poparcie 1) w samym ustawie graniczym 5 w porównaniu dotyczy włościanina majątku podpasieczy z dobrami, innych włościan tej samej wsi, — z czego wynika, że grunt pod nimi wyznaczone nie należał do dotyczy i tego zamiarem nadanym był do spodziewanego użytku dworskiego, 2) w ogólnej zasadzie dziesięciny przezelnej.

tak lub tanów, i za ten użytek należy dziesięcina, tem bardziej ile że właściciel dominikalnych pól sam już w pobliżkoźu ~~takiej~~ pasieki swojej mieć nie może; — ~~a nie ma tak~~ ~~a b zezwolenie zbiera~~ ~~użytku obcym~~ ~~(moje)~~ ~~jest~~ ~~także rodzajem~~ ciężaru gruntowego, ~~a Dominium takie starać się~~, aby ~~czy to~~ ~~(ustawa~~ ~~do której~~ ~~teraz projekt~~ ~~odnosić~~, ~~czy nie~~ ~~regulacyi gruntów dotyczącej~~, ~~dane było prawo~~ ile że obowiązek zezwolenia na zbieranie użytku przezotom obcym jest także rodzajem ciężaru gruntowego; — ile że chociby nawet grunt jako rustykalny uznanym został, dziesięcina jednak z pasieki nie jako poddańcza danina z poddańczego gruntu, lecz jako zapłata za zbierany przez przezoty użytek uważaną być powinna.

Od decyzyi czy taki grunt jako dominikalny servitutem obciążony, lub też jako rustykalny uważanym być ma, zależeć także będzie czy obciążonemu dać prawo pozbycia się servitutu ~~tak ja~~ w sposób jak ad 1) powiedziałem; — lub też właścicielowi gruntów dominikalnych, w środku których stoi podpasieczne, ~~dać~~ dla uniknienia kradzieży i szkód, dać prawo odebrania takiego gruntu za danem ekwivalentu. — Co zaś nawiemie o takiej zamianie gruntu może właściwie do ~~ustawy~~ ustawy o regulacyi gruntów należeć będzie. —

Ad 3 Dyskusyą która między 2 i 3 zrobiłem może żadnego wpływu nie wywrze na decyzyą o prawnym przymiocie (rustykalności lub dominikalności) gruntu służącego na podpasieczne, wywrze go jednak na daninę z pasiek; — ~~jest~~ albowiem w pasiekach na gruntach 2 stojących ta danina ~~już~~ nie na cały daniny poddańczej, lecz jedynie zapłaty za użytek, który przezoty zbierają na obszarach dworskich w pasiekach zaś na gruntach ut 3 stojących traci taż danina częściowo tę cechę, bo użytek, ~~który~~ (który) przezoty zbierają już w części mniejszej lub większej z ~~gr~~ obszarów rustykalnych pochodzi. —

Są nakoniec także grunta, które się podpasieczami nazywają, na których jednak pasiek niema. Że takie grunta oryginalnie nie należały do dotacyi włościańskiej, lecz nadane

Vol 4

[1] Do jedna drugiej znaczyć będzie, a ogłoszenie ~~ustawy~~ ustawy regulacyi każdej ustawy użytkowie zoje użytkowie i do ustawy zabrzmie pasieki; —

~~Jak o podpasieczach~~

były na specyalny użytek pasiek za opłatą dziesięcin
pszczelnych można łatwo się przekonać a) z ich
~~nazwiska~~ położenia b) z ich nazwiska, bo każdy
wie co podpasiecze znaczy c) z porównania dotacyi
włościan mających podpasiecze z dotacyą innych, bo
ci pierwsi będą mieć zawsze więcej o ten kawałek, który
podpasieczem się nazywa d) z fassyów, w których
wyrażoną jest dziesięcina pobierana z istniejących
dawniej ~~fassyów~~ pasiek e) z zeznań świadków. —

Na takich podpasieczach były pasieki, bez częścią w
dawniejszych częścią w najbliższych już czasach istnieć
przestały; włościanin zaś został w posiadaniu gruntu
i używa go jako rolę, łąkę lub paszę, — a to albo
z przyczyny niedbalstwa właściciela albo w skutek
niemożności odebrania gruntu, która to niemożność wynika z powodu
~~w~~ braku pisemnych dokumentów i z powodu opieki
jakiej włościanie doznają u ~~wat~~ władz politycznych bronią=
cych stale wszelkich posiadłości włościan.

Takie ~~grunta~~ podpasiecza także wpisane są w
metrykach z r. 1820 albo 1) jako dominikalne, albo też
2) jako rustykalne, i albo w tymże roku w
posiadaniu 1) dominii 2) włościan zostawały.

Od zdania ~~naszego~~ i tych (którzy) na ~~ustawy~~ wypra=
cowanie ustawy wpływ ~~[illegible]~~ mają,
zależeć będzie ~~[illegible]~~ takich podpasiecz bez
pasiek ~~według prawideł które wyżej o podpasie=~~
~~czach namieniłem~~ zastósować prawidła, które
wyżej o podpasieczach namieniłem, czy zaś
uważać je tak jak inne grunta. Rozumie się
że to drugie zdanie jest ~~mniej korzystnem~~ mniej korzystnem ~~szkodli=~~
~~wem~~ dla właścicieli i mniej sprawiedliwem niż
pierwsze. — Jeżeli jednak w układzie ustawy będą osobne
~~[illegible] na koniec zwrócić [illegible]~~ paragrafy
dotyczące podpasiecz, to je będzie można tak stylizować,

Czy i w jakich wypadkach do

aby mogły być zastósowane do wszystkich podpasiecz, t. j. takich gdzie są i takich gdzie niema podpasiecz.

Ponieważ ~~[illegible] rationes de między nie~~ circa rationes de lege ferenda ważne zawsze miejsce zajmować powinno wyobrażenie ludności o stósunku prawem regulować się mającym, zatem ~~t~~ dodaję, że po największej części włościanie uważali i dotąd uważają grunta podpasieczowe jako dominikalne i pańskie. —

Dla poparcia tego twierdzenia, i dla przekonania was, jak ważną dla wielu dóbr będzie decyzya o podpasieczach, przytaczam wam jeden fakt, o którym właśnie od adwokata Raczyńskiego dziedzica dóbr Zawałowa dokładną ~~i nad~~ powziąłem wiadomość.

W dobrach Zawałowie składających się z 5ciu małych wiosek, mają włościanie podpasiecza, które zabierają przestrzeń około 188 Morgów, zapisanych w Metryce urbaryalnej z r. 1820 na dominium. Te podpasiecza ~~oddan rozdan~~ prawie wszystkie rozdane były włościanom przed r. 1820, zatem w r. 1820 były w ich posiadaniu. — Na niektórych z tych podpasiecz są pasieki, na większej zaś części już niema pasiek, lecz je używają włościanie jako łąki lub role. — Spór wszczęty o te podpasiecza nie doszedł do cyrkułu, lecz się ukończył dobrowolną ugodą między dziedzicem i każdym włościaninem z osobna. — Przy ~~[illegible]~~ zawarciu ugod przyznali włościanie własność gruntu dziedzicowi, a każdy włościanin z osobna

43 265

podpisał wraz z świadkami Kontrakt z dzie=
dzicem zawarty, mocą którego bierze w
jednoroczną (na rok 1849/1850) dzierżawę grunt ~~dotychczas~~
~~przez niego jako podpasiecze~~ podpasieczowy
dotychczas przez niego używany, za opłatą
umówionego czynszu. — ~~Dwu~~ Dwudziestu
sześciu włościan już podpisało takie Kontrakty,
i za 123 Morgi, ~~pl. zapłacą za ten rok 80 fl 57 x cm~~
wymierzone ~~ostatnim w r. 1846~~ według ukończonego
~~nowego~~ w r. 1846 nowego przemiaru katastralnego,
zapłacą za ten rok 80 fl 57 x cm. — Reszta włościan
posiadających podpasiecza skłonna do zgody, i
~~już~~ może już w tych dniach i ta reszta podobne
podpisała Kontrakty. — Podpasiecza te stoją
częścią w lesie częścią na łanach pod ~~lasem~~
lasem. — ~~Czynsz~~ Czynsz umówiony rozmaicie wy=
mierzonym został, i w miarę położenia i jakości
gruntu wynosi od 30 x do 1 fl cm ~~z Morga~~
z Morga. — Największe podpasiecze zajmowało
~~obo~~ przestrzeń 18 Morgów 417 sążni, najmniejsze
zaś 562 sążni. —

III O gruntach rewizoryalnych.

Co do tych bardzo niedokładne mam wyo=
brażenia, i dla tego prosiłem innych obywateli
(Sapiehę, Laskowskiego ~~i d~~ i innych) aby w tym
przedmiocie was objaśnili. — Szczególnie Laskowski

~~Te grunta są prawie wszędzie na Dominium w~~
~~metryce z 1820 roku zapisane, a Dominia puszczają~~
~~je włościanom za opłatą umówionego zmiennego lub~~
~~oddawna już niezmiennego czynszu, i to albo ciągle~~
~~tym że~~

w tej sprawie będzie mógł ułożyć rozprawę, bo on ma jeszcze styczności z fiskusem, a tam znajdzie i dawniejsze rządowe przepisy gruntów rewizoryalnych szczegółowie dotyczące i ważniejsze w specyalnych wypadkach wydawane decyzye.

Ile mi wiadomo są te grunta prawie wszędzie na dominium w metrykach z 1820 zapisane, a dominia puszczają je za ~~op~~ opłatą umówionego zmiennego lub ~~niezmie~~ od dawna niezmienionego czynszu lub daniny, — i to ~~[illegible]~~ gdzie nie gdzie ciągle od dawna jednemu i temuż samemu włościaninowi, lub na przemian ~~raz~~ raz jednemu drugi raz drugiemu.

Od dotychczasowych przepisów i od zdania układających ustawę zależeć będzie, czy ~~te grunta~~ względem tych gruntów osobne przepisy wydane, lub też czy one jak inne dominikalne w posiadaniu włościan zostające grunta uważane być mają.

~~Tu znowu~~ Tak jak we wszystkich sprawach o gruntach ~~i serwit~~ tak i tu pierwsza kwestya do roztrzygnienia jest, czy i pod jakiemi warunkami grunta rewizoryalne jako własność byłego dziedzica, i czy i pod jakiemi warunkami prawo włościanina do takiego gruntu jako emfiteusis, Nutzgs=eigenthum, ~~Nutz~~ lub dzierżawa uważanem być ma. — I tu znowu rozbija się cała sprawa o wytłómaczenie patentu z 1846, a mianowicie, czy wedle tego patentu grunta w metryce ~~na~~ z 1820 na dominium pisane, które ~~ot~~ w tymże roku w posiadaniu włościan były, są dominikalne lub rustykalne.

Regulacja stosunków poddańczych (1846)

Materiały do kalkulacji gospodarczych następstw regulacji

Materiał porównawczy, tyczący kilku wsi (głównie w pow. brzeżańskim) w r. 1820 i 1846, pod wzgl. stanu posiadania gruntów, podatków etc.

I

[Butszowce, Hanowce, Popławniki (-Wal. Krzeczunowicza) Łytiatyn, Ostrów, Rusiłów, Jabłonów, Kąkolniki] -

Rewizia w Lasie Gruntu zu Bonszow vom Jahre 1820 bis 1846.

Odmiany w Posiadaniu Gruntow w Bonszowie od 1820 do 1846 Roku.

Post.	Lokalnr.	Fam.	Vor und Zuname.	Ausmass des Grundbesitzes. Dasz der Grundbesitz vom Jahre 1820.		Dasz der, im Jahre 1846 vermessene Grundbesitz gegenwärtig beträgt.		Steuerkataster vom Jahre 1845/6.		Wirkliche Robotsch. Leistung. Laut der Lession vom Jahre 1820.		Wo wir für wirklich bestehe.		Wo wir für mich vom neuen Katastralschein wurden wenn soll.		Anmerkung.
No				Joch	□ Klafter	Joch	□ Klafter	Kr.	Kr.	Täge						
										Zug	Hand	Zug	Hand	Zug	Hand	
1.	67	2.	Onofry Kurdyduke.	25	872.	25	1270	6	4.	104.	.	104	.	78	.	
2.	13	76.	Josefo Bardyguda	27	500.	23	232	6	52	104	.	104	.	104	.	
3	68	3.	Andrusz Kurdyduke.	40	1144.	24	1575.	9	24.	104	.	104	.	130	.	
4.	20	100.	Hryn Cymbalisti	32	195.	25	968	7.	33	104	.	104	.	104	.	
5.	47	12	Petro Kurdyduke.	25	270.	29	1168.	6	55	104	.	104	.	78	.	
6.	14	15.	Ted Cymbalisti	19	1339.	19	1190.	5	10	104	.	104	.	78	.	
7.	44	121.	Semko Hrymyszyn	20	1484.	23	1458.	5	1	104	.	104	.	78	.	
8.	17	17	Stefan Cymbalisti	25	1469.	30	966.	5	52	104	.	104	.	78	.	
9.	22	26.	Michal Martinow.	27	632.	24	820.	5	50	104	.	104	.	78	.	
10.	72	32.	Wasyl Lassy	24	1235.	26	281.	5		104	.	104	.	78	.	
11.	90	38	Luc Sawkow	19	1216.	23	662	4	57	104	.	104	.	78	.	
12.	102	39.	Ted Szwar.	25	1098	23	1190	6	14	104	.	104	.	78	.	
13.	75	43.	Mikola Makary.	22	1331.	24	640	5	19	104	.	104	.	78	.	
14.	107	71	Ted Tymkow.	14	1131.	20	50.	3	32	104	.	104	.	52	.	
15.	31	29.	Matwy Panko.	23	184.	24	110.	5	34.	104	.	104	.	78	.	
16.	66	69.	Ivan Kuryjak	24	759.	26	266	5	44	104	.	104	.	78	.	
17.	49	59	Hryn Helman stary	22	509.	22	1390.	5	17	104	.	104	.	78	.	
18.	118	125.	Danilo Zolnirek.	21	445.	21.	1323.	4	29	104	.	104	.	78	.	
19.	46	73.	Hryn Helman mody	18	587	24	998.	3	53	104	.	104	.	52	.	
20.	87	103.	Ivan Panko.	22	52	21.	766.	5	17	104	.	104	.	78	.	
21.	60	52.	Dmytro Garbaczewski	29	673.	25	653.	7	9	104	.	104	.	104	.	
22.	53	77.	Panko Cymbalista	23	807	29	240	5	37	104	.	104	.	78	.	
23.	32	50.	Ted Cymbalista slepy.	20	1334	25	1362.	5	20.	104	.	104	.	78	.	
24.	79	85.	Wasyl Cymbalista	18	1135	24.	820.	4	32	104	.	52	78	78	.	
25.	15	37.	Hryn Koyko.	22.	745.	24	1168	5	25	104	.	.	156.	.	156.	
26.	69	83	Ivan Wilczyk Mulnik	5	267	36.	57.	Summ	Tot Zajt	43	.	.	.			
27.	58	102.	Petro Horobasz	19	589.	14.	1158.	4	45	104	.	.	156	.	156.	
28.	41	104.	Ivan Horbaty.	19.	53.	20.	90.	4	30	104	.	.	156.	.	156.	
29.	37	21.	Hryn Grama	10.	922.	26.	1204	3	54	104	.	.	156	.	104.	
30.	96	91	Les Samko.	19	1150.	25.	884	4	25	104	.	.	156	.	150.	
31.	109	93.	Josef Wabral.	22	596.	23	780.	5	35	104	.	.	156	.	150.	
			Latus I	.	.	.	.	.	.	3120	.	2444	1014	1976	884	

Nro.	Sobrebarts.	Ruth.	Nro der Dzname.	Zusammen der Grundbesitzung: Wirthschaft vom Jahre 1820. Joch	□ Klafter	Mehl-saat Joch	□ Klafter	Wirthschaftsgattung vom Jahre 1845/6		Bestehende Robots-Leistung: Was dan Luttion vom Jahre 1820. Tage		Wo weit sie nicht bestimmt. Tage		Wo weit sie mit dem vom Landes-Gerichte bestimmten nicht stimmt. Tage		Anmerkung.
A%								Joch	□ Klafter	Joch	□ Klafter					
32.	21	31.	Wasyl Cymbalisti młodszy	32.	145.	23.	1242.	7	25.	104.	.	150.	.	150.	.	
33.	9	19.	Iwan Bajnta.	24.	1538.	24.	773.	5	51½	104.	.	150.	.	155.	.	
34.	82	85.	Ilko Murafa.	30.	1564.	33.	49.	9	9½	104.	.	156.	.	156.	.	
35.	4	40.	Iwan Andruchow.	29.	854.	28.	687.	7	22	104.	.	150.	.	156.	.	
36.	39	41	Petro Grama.	29.	1372.	33.	487.	7	14½	104.	.	156.	.	156.	.	
37.	89	42	Petro Kociubayło.	19.	282.	24.	230.	4	57	104.	.	150.	.	156.	.	
38.	28	46.	Athanas Donbak.	40.	53.	32.	567.	11	38½	104.	.	156.	.	156.	.	
39.	110	63.	Andrusz Wilczyk	30.	1331.	25.	254.	7	13½	104.	.	150.	.	156.	.	
40.	117	67.	Mathey Adamczuk	17.	1521.	22.	856.	4	24½	104.	.	156.	.	156.	.	
41.	101	66.	Iwan Szwarc.	27.	502.	32.	1154.	5	25½	104.	.	150.	.	156.	.	
42.	24	63	Iwan Kociubayło	24.	35.	25.	834.	5	4½	104.	.	156.	.	156.	.	
43.	43	58.	Semko Kolowczenko.	21.	294.	25.	1182.	5	1½	104.	.	150.	.	156.	.	
44.	23	57	Petro Oleynko.	20.	700.	24.	248.	5	34½	104.	.	150.	.	156.	.	
45.	86	48.	Iwan Panko.	29.	307.	30.	972.	6	38½	104.	.	150.	.	156.	.	
46.	59	54.	Iwko Moczkowicz	23.	910.	21.	1228.	5	38½	104.	.	150.	.	156.	.	
47.	42	93	Wasyl Horbaty.	25.	1252.	23.	378.	6	51½	104.	.	150.	.	156.	.	
48.	104	50.	Josep Stefnukow	22.	340.	29.	1504.	5	44.	104.	.	150.	.	156.	.	
49.	84	99.	Roman Oleynik	16.	614.	25.	1050.	3	37.	104.	.	104.	.	104.	.	
50.	33	51.	Martin Turman.	27.	244.	28.	45.	6	½	104.	.	150.	.	156.	.	
51.	35	110.	Hryn Garbaczewski.	4.	181.	25.	1174.	1	14.	104.	.	150.	.	26.		
52.	48	11.	Petro Helman.	23.	1435.	26.	988.	5	22½	52.	. 52	.	.	78		
53.	.	.	Iwan Wilczyk Dziad	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
54.	51	9.	Jacko Jakolar.	37	1212.	23.	1258.	8	31½	52.	. 52	.	78			
55.	.	.	Semko Jacbow	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	104.		
56.	99	18.	Wasyl Wilczyk Dziad	21	530.	22	506.	5	½	52.	. 52	.	.	78		
57.	.	.	Luc Bardygula	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78		
58.	19	62	Wasyl Cymbalista dm.	16	1221.	13	1252.	3	37½	52.	. 52	.	.	52		
59.	.	.	Luc Cymbalista	.	.	.	.	.	.	52.	. 52	.	.	52.		
60.	34.	94.	Hryn Panko.	23	1343.	25	165.	5	28½	52.	. 52	.	.	78		
61.	.	.	Iwan Turman	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78		
62.	3/52	8.	Semko Kroloszynski	21	520.	22	338.	7	59½	52.	.	78.	.	78.		
63.	.	.	Damko Helmack.	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
64.	50	12	Hnat Konowal	22	1499	23	1002.	5	32½	52.	.	78.	.	78		
65.	.	.	Semko Zarypka	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
			Latus II	.	.	.	.	.	.	2808.	. 312	3692.	78	3926.		

Nro.	Sobrebarts.	Ruth.	Nro der Zunam.	Zusammen der Grundbesitzung: Wirthschaft vom Jahre 1820. Joch	□ Klafter	Mehl-saat Joch	□ Klafter	Wirthschaftsgattung vom Jahre 1845/6		Bestehende Robots-Leistung: Was dan Luttion vom Jahre 1820. Tage		Wo weit sie nicht bestimmt. Tage		Wo weit sie mit dem vom Landes-Gerichte bestimmten nicht stimmt. Tage		Anmerkung.
A%								Joch	□ Klafter							
66.	64	14.	Hryc Cymbalista	21	199	27	28.	5	10/52	52.	.	78.	.	78.		
67.	.	.	Demian Karpiow.	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
68.	93	55.	Hnat Rognlec	26	258	23.	562	6	½	52.	.	78.	.	78.		
69.	.	.	Jacko Horbaty.	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
70.	5	44	Hryn Horbaty.	27	630	.	.	7	46	52.	.	78.	.	78.		
71.	.	.	Andrusz Helman.	.	.	.	.	.	.	52.	52.	.	52.	.		
72.	25	79	Ilko Poda	24.	700	23	1058	5	48½	52.	.	78.	.	78.		
73.	.	.	Iwan Podolak	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
74.	55	45.	Iwan Josepow	30	195	26	994	7	29	52.	.	78.	.	78.		
75.	.	.	Wasyl Wilczyk młodszy	.	.	.	.	.	4/52	52.	.	75.	.	78.		
76.	81	65.	Miketa Wilczyk	23.	1237	.	.	5	53	52.	.	78.	.	78.		
77.	.	.	Jakim Dubowicki	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
78.	73	95.	Wasyl Telewczenko.	23	231	22	1480	6	22½	52.	.	78.	.	78.		
79.	.	.	Jacko Turier	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
80.	61	61	Damko Andruchow	22	1209	23.	1542	5	26/52	52.	.	78.	.	78.		
81.	.	.	Jacko Cymbalista	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
82.	98/52	28/47	Onofry Wasylow	17	1437	22	274	3	45	52.	.	78.	.	52.		
83.	.	.	Andrusz Korolasko.	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	52.		
84.	95.	27.	Mikola Walrat	22	205	24	1548	5	17	52.	.	78.	.	78.		
85.	.	.	Ilko Kurdydyko	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
86.	83	49.	Luc Morafa	21	780	24	1208	5	21	52.	.	78.	.	78.		
87.	.	.	Andrusz Fedyna	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
88.	38	22.	Iwan Kurdydyk.	27	1339	26	406	6	21½	52.	.	78.	.	78.		
89.	.	.	Mathey Wilczyk	.	.	.	.	.	.	52.	.	78.	.	78.		
90.	74	97.	Panko Lanc	.	864	2	834.	.	13½	.	52.	.	52.	.	26.	
91.	30	4.	Iwan Duchna	7	130	6	1070	1	30½	.	52.	.	52.	.	52.	
92.	.	.	Stefan Palamark.	.	.	.	.	.	.	.	52.	.	52.	.	.	
93.	100	34.	Ilko Szaja	.	1089	7	596	.	18.	.	52.	.	52.	.	26.	
94.	88	92.	Iwan Laszkow.	2	1364	6	1420	.	34.	.	52.	.	52.	.	26.	
95.	38/52	22.	Hryn Szaja Olyszi	.	.	.	.	.	.	.	52.	.	52.	.	.	
96.	75	75.	Semko Korolasko.	5	455	.	.	1	17½	.	52.	.	52.	.	26.	
97.	103	24.	Les Cymbalisti zmarły	4	124.	6	908.	.	51½	.	52.	.	52.	.	26.	
			Latus III	.	.	.	.	.	.	1248.	418	52	2210	52	1924	

Lfd.	Conscriptions	Conscr.	Von und Zunamen	Ausmass der Grundbesitzung: Joch	□ Klafter	Ausmass der Gartenbesitzung: Joch	□ Klafter	Rückstand vom Jahre 1825: fl.	kr.	Bestehende Robots-Leistung: Wird für dieses Jahr 1826	Ob wird pünctlich geleistet.	Ob wird zu wenig oder gar nicht geleistet.	Anmerkung
										Zügn.	kr.	Zügn.	kr.	Zügn.	kr.	
98	8	116.	Stefan Andruchowič.	.	507	6	350	.	7.	.	52.	.	52.	.	26	
99.	97	95.	Hryn Lipiecki	1	43	5	958	.	12	.	52	.	52	.	26.	
100.	10	106	Michał Lachocki	1	660	5	1375.	.	40	.	52	.	52	.	26.	
101.	106	101.	Iwan Andruchow	1	820	1	572	.	54.	.	52	.	52	.	26.	
102.	112	80.	Wasyl Hetman.	2	262	2	1354.	.	50	.	52	.	52	.	26.	
103.	77	44.	Teď Wilczyko.	.	176											
104.	91	72.	Wasyl Kaminiecki	6	241	10	739	1	3/4	.	52	.	52	.	26.	
105.	119.	126.	Teď Żmrylako.	.	670	1	682	.	10	.	52	.	52	.	26.	
106.	18	18.	Dawid Osbroski	1					7/8	.	52	.	52	.	26.	
107	108	89.	Iwan Tymkow.	.	800				12	.	52	.	52	.	26.	
108.	65	66.	Petro Firupa	6	591	6	1084	1	22	.	52	.	52	.	52.	
109.	45	114.	Stefan Palak.	.	792	.	.	.	12	.	52	.	52	.	26.	
110.	26	117.	Hryn Douhon	4	1311	5	822	.	54	.	52	.	52	.	26.	
111.	32.	50.	Anat Walral Obs.	.	.	.	.	.	.	.	52	.	52	.	.	
112	105	111.	Anton Stefanyszyn.	.	670	5	310	.	40	.	52	.	52	.	26.	
113.	71	109.	Teď Laszkow.	.	810	5	802	.	12	.	52	.	52	.	26.	
114.	.	29	Jurko Mielnicki Obs.	.	.	.	.	.	.	.	52	.	52	.	.	
.	.	.	Summa in conereto	689	528	.	.	49	46	.	.	.	.	.	.	
			Latus IV	.	.	.	.	.	.	.	832	.	832	.	390	
			Latus III	.	.	.	.	.	.	1248	416	52	2210	52	1924	
			Latus II	.	.	.	.	.	.	2808	.	312	3692	78	3920	
			Latus I	.	.	.	.	.	.	3120	.	2444	1014	1970	884	
			Suma.	.	.	.	.	.	.	7170	1248	2808	7748	2106	7124.	

Bouszow 2808 Dni Ciągłe 7748 Dni piesze robili dotąd
2106 d. d. 7124 d. d. będą robić podług podatku

702 Dni Ciągłe – 624 Dni piesze odpada.

№ domu	Imię i przezwisko	Data oddania lub potrącenia za zboże.	Zostaje w domu: w czerwonych ciągłych	w zbożu kłosy	w zbożu ziarno	w gotowem zł.	w gotowem V.V.	Oddaje gotówką zł.	Oddaje gotówką x.	Znalazło się ziarno potrącone na stawie od Dług. z czynszu zł.	Znalazło się ziarno potrącone na stawie od Dług. z czynszu x.
											270
1.	Onufry Kurdydyk		8			15	55½				
2.	Iwan Kurdydyk		39			37	42				
3.	Wasyl Cymbalista (lub Andruchow?)					51	39				
4.	Józef Bardyguta		8½	3		1	56½				
5.	Pawło Łoś			9			2½				
6.	Iwan Duchna			7							
7.	Mikołaj Watral		12½			39	21				
8.	Hryń Bojko		16	3		38	48½				
9.	Iwan Wilczek młynik	3 Octob.				~~15~~	7			38	
10.	Lenko Kołosiński		½	~~7~~		20	35				
12.	Lenko Ziackow		½	21		28	32½				
13.	Hryń Cymbalista	18 Sept.	4½	3		~~30~~	~~44~~			30	44
15.	Iwan Wilczyk Diaków		4½			15	46				
16.	Petro Kurdydyk	18 Sept	3	6		~~18~~	~~31~~			18	31
17.	Hnat Konowat					10	48				
18.	Kość Zasypka	18/9 1876		2		~~6~~				~~6~~	
19.	Kiryło Cymbalista					12	42				
20.	Andruś Kurdydyk	18 Sept	8½	4		~~43~~	22			38	
21.	Fed Losyj					23	17½				
22.	Hnat Bogulec					23	20				
23.	Łazko Horbaty	3 Oct.				~~5~~	3	5	3	~~5~~	~~3~~
25.	Fed Cymbalisty Wójtów		9			6	7				
26.	Lenko Hryniszyn		7				6½				
27.	Stefan Cymbalisty		6½	3		~~75~~	58½				
28.	Łuć Bardyguta		7			13	41				
29.	Ilko Szaja			11		13	23½				
30.	Iwan Łaszkow			6		7	34½				
31.	Petro Korotarz	15 Obra	35½	3		~~24~~	14	20		~~20~~	
32.	Iwan Horbaty		24			12	3				
33.	Hryć Grama		45½	3		23	48½				
34.	Hryń Szaja					14	39				
35.	Lenko Korotarz					6	7				
36.	Józef Watral					21	39				
37.	Leś Laniuta	3 Octob.	5½	3		~~24~~	~~15~~	24	15		
39.	Łuć Martynow		29½	6		14	1½				
40.	Michał Martynow	3 Octob.	5½	3		~~18~~	~~11~~	18	14		
41.	Hryń Horbaty			6½		5	54				
42.	Andruś Korotarz		½	13		16	49½				
44.	Wasyl Cymbalista młody	18 Sept.	45½			~~38~~	7	~~16~~		16	
45.	Hryń Bojuta					~~26~~	44½			11	
	Za Latusza 1		326½	122½		621	53				

№ domu	Imię i przezwisko	Data dnia lub potrzebna za ziono	Zapłata w czerwcu za pracę		Zapłata winem za		w pieniądzach	Oddat gotowką		Potrącono wziąne	
			Ciągło	Sztuk	do z kozy	Garmy	złr.	kr.	zł	kr.	zł
47	Stefan Andruchów		x	15			14	57½			
49	Stryń Lipecki			11			18	4			
50	Michał ~~Lipecki~~ Zachocki			9			10	34			
51	Oleksa Doda		47				25	10½			
52	Oleksa Murafka		52				44	15½			
53	Wasyl Hetman						2	30			
54	Wasyl Lasyi	3go Oct.	8½	4			~~81~~	6	30	~~38~~	
55	Matwyi Wilczek			5			23	29			
56	Łuć Sawków		10	6			18	40½			
57	Fed Szewar		7½	4			47	58½			
58	Kość Andruchów		14½				21	35½			
59	Petro Grama						38	55½			
60	Petro Kociubajło		14				9	38½			
61	Mikoła Makary		5	1							
62	Fed Wilczyk						4	2½			
63	Iwan Józefów						4	12½			
64	Wasyl Kamieniecki			4			11	26			
65	Fed Tymków		4				15	59			
66	Matwyi Pawlk		7				24	42½			
67	Wasyl Wilczyk						29	36			
68	Fed Kwiatek			9							
69	Dawid Ostrowski			2			16	6			
70	Andruś Wilczek		50				41	26½			
71	Afanas Dubak		32				31	27			
72	Iwan Kwiatek		6	1			4	58½			
73	Matwyi Afamańczuk		6	3			28	15			
74	Iwan Szewar		55½				35	26			
75	Iwan Tymków			4							
76	Mikita Wilczyk						15	48			
77	Andruś Hetman			3			2	58½			
78	Iwan Kociubajło						12	3			
79	Petro Krupa						3	15			
80	Stryń Hetman		12				20	47½			
81	Stefan Palak						18	32			
82	Stryń Dubień			3			17	35½			
83	Łeńko Hotowczuk	18go Sept.	83	3			~~41~~ 40	~~39~~ 38½	2	30	
84	Iwan Petro Hajnik		7				24	52½			
85	Danilo Żołnirzyk		5	6			14	36			
86	Wasyl Pelesczuk (wdowa)						18	50			
87	Jatko Lewiew			3			2	23½			
88	Pawło Pedyna		27				44	25½			
89	Ihnat Watral			1			10	1½			
	Suma tutsza zł.		453	97			770	51½			

Nr domu	Imię i przezwisko	Data oddania lub potrącenia za piano	Zostat winien w czerwcu w jarzynie	w grudniu w zbożu	Wzięto w grudniu		Między 21/6 a 7/12 Oddał gotówką		Potrącono za piano	
			cięto	pieńk	korzy	jarz	złr	x	złr	x	złr	x
												271
90.	Jacko Cymbalista						23	26½				
91.	Danilo Andruchów						1	22½				
92.	Wasyl Onufrów				6½		10	43½				
93.	Jacko Cauk (teraz Kozi Cauk)			3	3		26	41½				
94	Iwan Cauk	4½ Lipt.			6		~~16~~	~~6~~	16	6		
95.	Jacko Mozkowita						34	1				
96.	Wasyl Horbaty			33			30	17				
97.	Hryń Cauk						34	39½				
98.	Luć Mierasa						35	39				
99	Jozef Stefankoii			10			22	18½				
100.	Roman Olejnik			9			39	50				
101.	Martyn Kurman			3½	3		42	23				
102.	Jacko Andruchow			2	5½							
103.	Stefan Jaus			2	3		27	17				
104.	Dmytro Garbaczewski	3 Octob.		18	3		~~34~~	~~58~~	24	58		
105.	Anton Stefaniszyn				7		4	28				
106.	Hryń Garbaczewski			7	3		56	57½				
108.	~~Jed Jaczkow~~ Pawło Cymbalista			7			~~6~~	~~7~~ 11			50	17
109.	Jed Cymbalista			27	3		43	58				
111.	Jacko Szkolarz						26	35½				
113.	Anton Chapow						2	12				
114.	Jakim Dubnicki				½		12	41½				
115.	Hryń Bardygata						5	31½				
118.	Jed Maryszyn (ostatni obrachunek 23/12 1845)						14	57½				
119.	Petro Hetman						14	57½				
120.	Luć Cymbalista				16		18	7½				
121.	Iwan Andruchów				15		11	16½				
122.	Stefan Patamarz				3		19	29				
123	Wasyl Kunaszowski (ost. obr. 23/12 1845)						~~14~~	11				
126	~~Marysia Patalki~~ Jed Zozyk Patalki (do)				4		~~15~~	15				
128	Marysia Patalki (do)				6							
140.	Jacko Grama						5	41				
149.	Danilo Helmach						17	11				
154.	Hexa Kurdydyk						5					
155.	Iwan Codolak						5	6½				
161.	Stefan Szuwar			34	46			32½				
162.	Hexa Kierylisyn (obrachunku 23/12 1845)				3		4	11				
163.	Michał Cymkow			28			9	53				
164.	Andruś Fedyna (przed obrachunku z Czerwca 1846)					2 8						
	Summa Lutecia 3 ℔			183½	136½	2 8	638	34				

Hanowce

Lanie i grzeziwsko

Ilość dom		Data oddania gotówki lub potw. zasiu	Zostaje dnia 7/12 w panu długu		Zostaje z siewu grudnia w zbożu Korcy	Garce	Oddaje w gotówce złp	gr	Pobrano za siano przed 7/12 złp	gr	po 7/12 grudnia złp	gr
1	Wasyl Zabotolny (nie obrachowany w Czerwcu)			9	1 Kartk		18	48				
2.	Kierylliczyn Iwan —				2 Kartk							
3.	Wasczuk Andruch —		1½		7 za Kart.		11	10½				
4.	Wasczuk Iwan		10½				7	14				
5.	Hryń Tymków		15	8	za Kart.		11	29½				
6.	Filko Kaliñowicz		za Kart.	15			44	20½				
7.	Hryń Kosciow (nie obr. w Czerwcu)			18	2 Kart.		4	27				
8.	Maxym Kaliñowicz						8	35				
9.	Andruś Bartkow						23	47½				
10.	Tymko Bartkow		1				18	38				
11.	Wasyl Zaremkow						2	8½				
13.	Kozbyryn Łuć		14				23	43				
14.	Dmytro Mikolin						7					
15.	Wojtko Hawryło		14½				12	57				
16.	Fed Kierylow		14				15	42				
17.	Hnat Wandrowski		za Kart.	14			9	39½				
18.	Kaliñowicz Filip		4	12	za Kart.		49	13½				
19.	Bublinski wasyl		25	8	za Kart.		22	14½				
20.	do Zakim		8	5	za Kart.		25	40				
23.	Oleja Kierylliczyn Iwan Onufrow (nie obr. w Czerw.)		3	9	1 Kart.		11	3½				
24.	Józef Mikolin (nie obr. w Czerwcu)			9	1 Kart.			21				
26.	Wasyl Łuchy —						3	45				
28.	Hnat Mikolin — (nie obr. w Czerwcu)						13	21½				
29.	Iwan Niedzielski		9	16	za Kart.		18	54½				
30.	Andruś Leniow		7½	9	za Kart.		36	5				
31.	Krajzig Czemeryński (nie obr. w Czerwcu)		3	9	1 Kart.		15	44				
33.	Onufry Mikolin			18	za Kart.		12	50½				
34.	Iwan Romanow			18	za Kart.		16	38				
35.	Prokop Bublinski			17	za Kart.		4	27				
36.	Fed Pawlow			15	do.		14	8½				
37.	Mikola Chowaniec			25			6	10				
39.	Marcin Kamiński						4	21				
40.	Fed Kosciow			14	za Kart.		11	57½				
41.	Andruś Rymarz		12½	8	za Kart.		26	21				
42.	Iwaś Srotka (nie obr. w Czerwcu)			18	do			46				
43.	Oleja Zabotolny (do)			9	do		12	45				
45.	Zacko Luchy		7	2	do		13	17½				
46.	Pawło Tymków			17	do		1	2½				
47.	Oleja Mikolin Zabijny (do)						14	58½				
48.	Pawło Kierylow						23	4				
57.	Chowaniec Semen Hawrylow						30	59				
52.	Oleja Mikolin żołnierz		26½				20	12½				
58.	Michał Bublinski (do)			18	za Kart.		10	25				
	Summa długów na gromadzie Hanowieckiej		176	327	8 Kart.		640	20				
	Z Kapitulacyi Borszowa — Latus I		326½	122½			647	53				
	Latus II		453	97			770	57½				
	Latus III		183½	136½	2	8	638	34				
	Summa długów na gromadzie Borszowa		963	356	2	8	2057	18½				

Kmiecinszczyzny in Besitz von Gründe zu Hanowce vom Jahre 1820 bis 1846.

Odniamy w Posiadaniu Gruntow w Hanowcach od 820 do 846 Roku.

Post	Liczba	Lauf	Nazwisko i imię Gruntowników	Ilość Morgów gruntu ornego	Ilość Morgów gruntu nieornego	Ilość Morgów gruntu ornego	Ilość Morgów gruntu nieornego	Ilość Morgów gruntu		Pańszczyzna sobotnia Zapisana						Uwagi
										Która Ruskim Rokiem 1820.				Co się na niektóre bydło.		Co się na mniejszem ilości Morgów Roku, na Zasiew, nie wydawa.	
										Dnia		Dnia		Dnia			
No.	Abo.			Morgów		Morgów		Morgów		Dzień	Szand	Dzień	Szand	Dzień	Szand		
1	6	1	Zabolotny Wasyl	17	10	18	1024	3	23	80	.	.	120	.	104.	
2.	17	51	Chowaniec Seman mom.	1	1	.	.		18	.	52	.	52	.	26	
3.	22	2	Fyrylyszyn Iwan	18	24	17	1508	3	29	80	.	.	120	.	104.	
4.	23	16.	Fyrylow Fed	23	1	12	1045	4	28	80	.	.	120	.	52	
5	.	.	Fyrylow Pawlo.	.	.	13	417	.	.	80	.	80	.	.	52.	
6.	30	47	Mikolin Elena Kalyny	2	14	14	861	.	26	80	.	80	.	.	26.	
7	20	18.	Kalinowicz Filip	11	9	15	1440	2	5	80	.	.	120	.	52	
8	43	3.	Waszczuk Panko.	17	10	12	208	3	35	80	.	.	120	.	52	
9	.	.	Waszczuk Pawlo.	.	.	14	470	.	.	80	.	.	120	.	52.	
10.	24	6.	Kalinowicz Ilko	19	17	12	1238	3	30	80	.	80	.	52	.	
11	25	8.	Kalinowicz Maxym.	15	11	17	8	2	44	80	.	80	.	.	78	
12	8	9	Bardkow Andrusz	17	9	15	1495	3	9	80	.	80	.	52.	.	
13	9	10.	Bardkow Szymko.	6	16	12	48	1	3	80	.	.	120	.	26	
14.	21	12	Kostyszyn Luć	16	8	16	838	2	19	80	.	.	120	.	78	
15.	7	11	Sachny Jacko	14	24	15	180	2	40	80	.	.	120	.	26	
16	.	.	Jaremko Wasyl	.	.	.	.	.	.	.	52	.	52	.	26.	
17	27	14	Mikolin Dmytro.	15	32	16	1320	2	50	80	.	80	.	.	52.	
18.	28	15	Zayko Filip	6	9	14	306	1	27	80	.	.	120	.	52.	
			Laßus I	.	.	.	.	.	.	1280	104	480	1304	104	858.	

Nr.	Hausnr.	Lauf	Von und Zunamen	Ausmessung des Grundbesitzes: Feld	Feld	Wiese	Wiese	Classification des Grundes 1820.		Steuer-Capital vom Jahre 1856		Besitzung Verbesserung: Von dem Ertrage dieses Jahres 1820.		Wo wie sie wirklich besteht.		Wo wie sie nur allenfalls herzustellen und wieder hat.		Anmerkungen
												Zuzug						
				Joch	□ Klafter	Joch	□ Klafter	Joch.	□ Klafter	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	
19	11/14	31/24	Krayzyko Czemerynski	13	43	13	450	2	3/46	80	.	120	.	78				
20	38	26	Suchy Jakim	19	3	17	792	3	6/39	80	.	80	.	52	.			
21	26/21	39/12	Zaminicki Martin	8	31	15	1306	1	2/45	80	.	66	.	.	52			
22	42	40.	Tymkow Pawlo	5	5	17	984	2	7/7	80	.	80	.	.	52			
23.	39	28.	Mikolin Ignat Zaliyny	15	17	17	372	2	7/53	52	.	52	.	.	52			
24	.	.	Chovaniú Anton	.	.	.	.	.	.	.	52	.	52	.	52			
25	32	23	Owsiow Ivan	15	3	14	1228	2	4/6	80	.	.	120	.	78			
26	4	19	Kublinski Wasyl.	12	18	14	164	2	6/22	80	.	.	120	.	78			
27	16	29	Niedzielski Ivan	19	15	14	467	3	2/31	80	.	.	120	.	104			
28.	40	30.	Seniw Andrusz.	13	16	16	500	2	6/24	80	.	.	120	.	78			
29	31	33	Mikolin Tymko.	19	20	17	170	3	1/21	80	.	.	120	.	104			
30.	3	20.	Kublinski Jakim	13	7	15	480	2	6/31	80	.	.	120	.	78			
31	29/13	32/7	Mikolin Olexa Zolnir	3	7	17	1054	.	5/57	136	.	136	.	.	78			
32	.	.	Zwir Woryn	11	9	.	.	2	5/8	.	52	.	52	.	.			
33	1	32/34	Mikolin Ivan	13	21	16	1991	2	2/9	80	.	80	.	.	52			
34	2	35	Kublinski Prokop	14	21	16	532	2	2/40	80	.	80	.	.	78			
35	35	36.	Santo Fed	14	23	15	952	2	2/32	80	.	80	.	.	78			
36	12	37	Chovaniú Mikola	14	22	16	1032	2	2/38	80	.	.	120	.	78			
			Latus II	.	.	.	.	.	.	1308	104	668	1064	52	1170.			

Pod.	Subcharts.	Haus.	Vor und Zuname	Flächenmaß des Grundbesitzers: Nach der Grundmetrik vom Jahre 1820. Joch	□ Klft.	Nach der im Jahre vom Liefer. Geometer N. vorgenommenen geometrischen Vermessung Joch	□ Klft.	Steuerbetrag vom Jahre 1845/6. fl.	kr.	Schuldige Robots-leistung: Nach der Fassion vom Jahre 1820. Zug	Hand	So wie sie wirklich besteht. Zug	Hand	So wie sie nach dem neuen Patente berechnet werden soll. Zug	Hand	Anmerkung
N°.										Täge						
37	37/10	40/08	Kościów Fed'	14	36	3	696	2	6/42	80	.	80	.	.	78	
38.	36	41	Rymarz Andrusz	10	4	15	1334	2	6/14	80	.	.	120	.	78	
39	44/24	5/6	Tymkow Hryń	.	20	11	1100	.	4/3	80	.	.	120	.	26.	
40	33	42	Dudka Ivaś	.	13	1	1122		10	.	52	.	52	.	26	
41	18	43	Zabolotny Olesa	1	2	2	54	.	6/27	.	52	.	52	.	26.	
			Latus III	.	.	.	.	.	.	240	104	80	344	.	234.	
			Latus II	.	.	.	.	.	.	1308	104	668	1064	52	1170.	
			Latus I	.	.	.	.	.	.	1280	104	480	1304	104	858	
			Summa.	.	.	.	.	.	.	2828	312	1228	2712	156	2262.	

Evidencija Hanowiec.

Odmiany w Posiadaniu Gruntow w Hanowcach od 1820 do 1840 Roku.

№	Tabely Krasnicka	Sumarinka	Domu	Imiona i Nazwiska		Posiadał w Roku 1820. Morgi	Posiadał w Roku 1820. Zapasi	Posiada teraz Morgi	Posiada teraz Zapasi	Płaci teraz Podatku Złr	Płaci teraz Podatku Kr.	Powinien będzie od Podatku robić Ciągł.	Powinien będzie od Podatku robić Piesz.	Powinien był poprzednim Inwentarzu robić do tych czas. Ciągł.	Powinien był poprzednim Inwentarzu robić do tych czas. Pies.	Robił do tych czas. Ciągł.	Robił do tych czas. Pies.	Uwaga.
1	5	1		Zabołotny	Wasyl	17	10	18	1084	3	23	.	104	80	.	.	120	
2	17	51		Chowaniec	Seman	1	1	.	1340	.	18	.	26	.	52	.	52	
"	22	2		Kyrylyszyn	Iwan	18	24	17	1508	3	29	.	104	80	.	.	120	
3	23	16		Kyrylow	Jed	23	1	12	1045			.	52	80	.	.	120	
4	"	"		Kyrylow	Pawlo	.	.	13	417	4	28	.	52	80	.	80	.	
5	30	47		Mikolin	Nowa Zalipny	2	14	14	861	.	26	.	26	80	.	80	.	
6	20	18		Kalinowicz	Pilip	11	9	15	1446	2	5	.	52	80	.	.	120	
7	43	3		Waszczuk	Panko	17	10	12	208	.	.	.	52	80	.	.	120	
8	"	"		Waszczuk	Pawlo	.	.	14	470	3	35	.	52	80	.	.	120	
9	24	8		Kalinowicz	Ako	19	17	12	1238	3	30	52	.	80	.	80	.	
10	25	8		Kalinowicz	Marcin	15	11	17	8	2	44	.	78	80	.	80	.	
11	8	9		Bartkow	Andrusz	17	9	15	1495	3	6	52	.	80	.	80	.	
12	9	10		Bartkow	Szymko	6	16	12	48	1	3	.	26	80	.	.	120	
13	21	13		Hostyszyn	Luc	10	8	16	838	2	49	.	78	80	.	.	120	
14	7	11		Sachny	Jacko	14	24	15	150	2	40	.	26	80	.	.	120	
"	"	"		Jaremko	Wasyl	.	.	7	416	.	.	.	26	.	52	.	52	
15	27	14		Mikolin	Dmytro	15	32	16	1330	2	50	.	52	80	.	80	.	
16	28	15		Boyko	Pilip	6	9	14	306	1	27	.	52	80	.	.	120	
17	11	31		Krayzyko	Tumarynko	1	24	13	450	.	25	.	78	80	.	.	120	
"	14	24		"	"	12	19	.	.	2	21	.	.	.	.	.	.	
18	38	26		Suchy	Jakim	19	3	17	792	3	39	52	.	80	.	80	.	
19	26	39		Kaminski	Marcin	.	21	15	1306	.	15	.	52	80	.	80	.	
"	41	12		"	"	8	10	.	.	1	29	.	.	.	.	.	.	
20	42	46		Tymkow	Panko	5	5	17	984	2	7	.	52	80	.	80	.	
21	39	28		Mikolin	Nowa Zalipny	15	17	17	312	2	53	.	52	52	.	52	.	
"	"	"	val	Chowaniec	Anton	.	.	.	.	.	.	.	52	.	52	.	52	
22	32	23		Owsiow	Iwan	15	3	14	1228	2	45	.	78	80	.	.	120	
23	4	19		Bublinski	Waryl	12	18	14	164	2	22	.	78	80	.	.	120	
24	16	29		Niedzielski	Iwan	19	15	14	467	3	31	.	104	80	.	.	120	
25	40	30		Semion	Andrusz	13	16	16	506	2	24	.	78	80	.	.	120	
26	31	30		Mikolin	Tymko	19	20	17	176	3	21	.	104	80	.	.	120	
27	3	20		Bublinski	Jakim	13	7	15	480	2	31	.	78	80	.	.	120	
28	29	52		Mikolin	Nowa Zolnir	3	7	17	1054	.	57	.	78	136	.	136	.	
"	19	7		Koscio w	Hryn	11	3	.	.	2	8	.	.	.	52	.	52	
29	1	32/37		Mikolin	Iwan	13	21	16	1491	2	9	.	52	80	.	80	.	
30	2	35		Bublinski	Prokop	14	21	16	532	2	40	.	78	80	.	80	.	
31	35	36		Pawlow	Jed	14	23	15	952	2	32	.	78	80	.	80	.	
32	12	37		Chowaniec	Mikola	14	22	16	1032	2	38	.	78	80	.	.	120	
33	37	40		Koscio w	Jed	1	20	1	1108	.	19	.	78	80	.	80	.	
"	10	38		"	"	13	16	1	1128	2	23	.	.	.	.	.	.	
34	36	41		Rymarz	Andrusz	10	4	15	1334	2	14	.	78	80	.	.	120	
35	44	5		Tymkow	Hryn	.	20	11	1100		3	.	26	80	.	.	120	
					Ladus							156	2210	2828	208	1228	2608	

№			Imiona i Nazwiska		Posiada w Roku 1820.		Posiada teraz		Płaci teraz Podatku		Powinien będzie od Podatku robić		Powinien był podług Inwentarza robić do tych czas.		Robił do tych czas.		Uwaga.
Tabeli Obrachunku	Summariusza	Domu			Morgi	Sążni	Morgi	Sążni	Złp	Kr	ciągłe	pisz	ciągłe	pisz	ciągłe	pisz	
			Trans. Latus.								156	2210	2828	208	1228	2608	
7	33	42	Dutka	Iwaś	1	13	1	1122	.	10	.	26	.	52	.	52	
8	18	43	Zabolotny	Olesa	1	2	2	54	.	27	.	26	.	52	.	52	
			Summa.		.	.	.	.	.	.	156	2262	2828	312	1228	2712	

ciągło na piśmie { 2828
1414
4242
312
4554

rodzaju ciągłe { 156
78
234
2262
2496

1228
1228
2712
5168

312
2262
2574

2616
2592
5208

312
2262
2574

6' – 3½'

19' —— 3 f

20
1 – 6
6
3
~~16~~
8
4 6

33 –
27
6

270
~~400~~
300

3 f ~~18~~ 9
4'

9½
9¼
9¼
28'

20' – 6"
6' – 8"
3 – 4
14 – 10
6 – 8
52 –

20' – ~~20~~" ~~8~~
1 – 8"
9 –
4 – 6"

5 f 34

28' – 4 f ~~30~~ 24

~~35 – 10"~~

8/264/33
24
24

20
1 8
6 8
16 4
6 8
3 4
54 f 8
13' 3" 5
30 – 6"
9"

14/264/11½
14
24

10

58
14½
43½

20 – 6
9
29' – 6"
26"

20
1 8
6 6
4 9
16 2
3
52 f
6 5
46

28
14

20' – 6"
6 – 8
3 – 4
11 – 6
3
45
7
38

31 f 3
45
28
17

4 f 24
2 f 12
30
7 f 6

20
1 8
9
4 6

32
18
50
8 – 2

32

7/264/3
21
54

28

4 f 24
2 f 12

20
1 8
6 8
3 4
16 4
6 8
3 4
58
14½
43½

10
4½

20
1 8
6 6
16 2
3
1 6
3 3
52 45

6 f 36

20 6
6 8
~~14 10~~
6 8
7 5
3 8
45
7
38

4 f 24
38
5 f 2

20 6
6 8
5 9
3
3
39

32

18 – 5
8 – 15
2 – ~~24~~
29 f 8
29 f 8
f 4

29 – 8
10
290 – ~~80~~
4
2 8
296 – 8

80
48
32

4

6/296/49 – 2
24
56

9/264/33
24
24

4 f 24
33
3 f 50
180

15 6

2 f 54
43
2 f 11

40° – 30' – 80"
5 –
1
46 – 8

9 – 1 – 4
2 16
11 – 2 – 8

46 – 0 – 8
34 – 4 – 0
11 – 2 – 8

18 – 5
8 – 15
27 – 8

8/78/9

20'

32°
4 – 4
34° – 4'

4 f 24
1 f 40

23

16
8
26

14"
10

9 f 12
6 f 48
8
6 f 56

17

Popławniki

Post-Zahl	Vor und Zuname	Flächen-Inhalt der Grundbesitzung nach der Ergebnissen des provisorischen Katasters		Flächen-Inhalt der Grundbesitzung nach der geometrischen Vermessung vom		Steuer-Betrag vom Jahre 1845/6		Robots-Schuldigkeit nach der Fassion vom Jahre 1820.		Robots-Schuldigkeit nach dem gegenwärtigen Bestande		Robots-Schuldigkeit nach dem neuen Gesetze.		Anmerkung
		Joch	Klft.	Joch	Klft.	fl.	kr.	Zug	Hand	Zug	Hand	Zug	Hand	
1.	Ivan Czemerynski	18	670	19	1360	3	6/32	81	.	81	.	52	.	
2.	Semen Szykita	12	1395	14	558	2	3/35	81	.	81	.	.	78	
3.	Ivan Boyko Muźniak	17	1371	17	1144	3	6/26	104	.	104	.	52	.	
4.	Stefan Czemerynski	12	746	14	976	2	4/23	81	.	81	.	.	78	
5.	Ivan Czemerynski	16	246	16	.	3	4/24	81	.	81	.	52	.	
6.	Filip Mosiak	14	548	12	1314	3	2	81	.	81	.	.	78	
7.	Petro Hrybyk	15	5/1403	16	500	3	26	81	.	81	.	52	.	
8.	Matwy Dudka	1	3/837	1	1464	.	5/24	.	52	.	52	.	26	
9.	Fed Szykita	1	1236	1	1236	.	3/24	.	52	.	52	.	26	
10.	Ivan Andruchów	17	5/539	16	240	3	51	81	.	81	.	52	.	
11.	Josef Mosiak	13	5/1495	14	1384	3	3/2	81	.	81	.	.	78	
12.	Semen Kuchmister	12	4/1205	15	812	2	33	81	.	81	.	.	78	
13.	Fed Kicka	14	702	14	1106	2	6/50	81	.	81	.	.	78	
14.	Wasyl Szykieta	16	4/564	17	520	3	4/2	81	.	81	.	.	78	
15.	Semko Boyko	12	5/529	15	426	2	5/29	81	.	81	.	.	78	
16.	Dmytro Szykieta	11	710	12	1314	2	5/16	81	.	81	.	.	78	
17.	Josef Szykieta	.	3/264	1	492	.	3	.	52	.	52	.	26	
18	Stefan Szykieta	7	4/1034	13	156	1	4/46	81	.	81	.	.	52	
19.	Andrusz Boyko	12	3/1333	15	1126	2	6/25	81	.	81	.	.	78	
20.	Danilo Pedry	18	3/1015	17	994	3	36	81	.	81	.	52	.	
	Latus	.	.	.	.	.	.	1400	156	1400	156	312	910	

Post-Zahl	Vor und Zuname	Flächen-Inhalt der Grundbesitzung: nach den Ergebnissen des provisorischen Katasters		nach den geometrischen Vermessungen vom		Steuerbetrag vom Jahre 1845/6		Robots-Schuldigkeit: nach der Fassion vom Jahre 1820		nach dem gegenwärtigen Bestande		nach den neuen Gesetze		Anmerkung
		Joch	II Klft.	Joch	II Klft.	fl.	kr.	Zugtage	Handroboth	Zugtage	Handroboth	Zugtage	Handroboth	
	Uibertrag.	.	.	.	.	.	.	1400	156	1400	156	312	910	
21.	Pawło Hrybyk	8	647 2/	8	668	1	47 7/	81	.	81	.	.	52.	
22.	Olena Hrybyk	8	647 2/	8	668	1	47 7/	81	.	81	.	.	52.	
23.	Anton Hrybyk.	9	1555 2/	10	580	1	1 3/	81	.	81	.	.	52.	
24	Ivan Hrybyk.	9	1555 2/	10	92	1	1 3/	81	.	81	.	.	52.	
25	Char Vicka	1	1028 2/	1	1236	.	23 2/	.	52	.	52	.	26.	
	Zusammen							1724	208	1724	208	312	1144	

Litatyn

Lfd. Nr.	Vor- und Zunamen der Grundbesitzer.	Klassifikation der Grundbesitzung: muß vom Einzelnen nach den prov: Catastern	Klassifikation der Grundbesitzung: muß dem Ganzen nach summarisch	Flächeninhalt 1845		Robotpflichtig seit					
						muß auf Grund der Revision v. J. 1820.		muß jetzo wegen Vermehrung der Seelen der Gutsherrschaft		muß jetzo wegen Vermehrung der Gespanschaft	
		Joch / Klftr.	Joch / Klftr.	Joch	Klftr.	Zloty	Gr.	Zloty	Gr.	Zloty	Gr.
1.	Caryk Jako.	34/15 3/.		2	1/59	81	.	87		.	78
2.	Jarinek Jaka	38/15 10.		2	3/56	81	.	81.		.	78.
3.	Chreptacz Kuba.	30/15 1/17		2	5/54	81	.	81.			78
4.	Jurkowki Peto. y Janko.	59/15 20.		3	2/14	81	.	81.		52	78.
5.	Dzigba Jako	10/16 2/12		3	6/56	81	.	87		52	.
6	Caryk Josim.	41/15 2/1		2	3/53	81	.	81			78.
7.	Chmiel Jwan.	13/29 2/18		3	8.			87		52	.
8.	Serotink Jwan.			2	3/20	133	.		81.		78.
9.	Cyuba Ludwich	25/15 2/15		3	9.	81	.	87		52	.
10.	Demkow Hyc.	8/16 2/6		3	1/3	81	.	87			78
11.	Jurkowski Jacob.	28/15 3/3		2	53.	81	.	87			78
12	Demeradzki Nikoda.	49/15 2/.		3	9.	81	.	87		52	.
13	Demkow Danilo	8/15 7.		2	6/50	81	.	87			78.
14.	Demkow Hnat.	14 11.		2	1/37	81	.	=	123.		78.
	Demkow Jacko.	18/16 1/1		2	45	81	.	81.			78.
e.	Slaki Sobko.	52/15 1/2		3	6/4	81	.	"	123.		78.
f.	Sankow Nikoda.	32/15 1/12		2	56.	81	.	81.			78.
18.	Jurkowski Wawryk.	55/15 1/15		2	6/54	81	.	87			78
19	Jarema Lucas.	56/15 1/5		3	1/2	81	.	87			78.
20.	Hniziak Jacko.	52/15 .		3	10.	81	.	87.		52	.
21.	Romanow Tymko.	10/15 1/16		2	56	81	.	81			78
22.	Andes Stach.	23/15 3/17		2	58.	81	.	87			78
23.	Jurkowki Stach.	43/15 2/5		3	1/2	81	.	87			78
24.	Jz Ludmek.	47/15 1/8		2	3/55.	81	.	"	123.		78
25	Berbas Jacko.	11/15 3/8		2	4/49	81	.	81.			78.
26.	Kmysz Dmytro	42/15 1/10.		2	4/58	81	.		123.		78.
27	Hniziak Lui	19/15 3/8		3	9.	81	.	87		52	.
28.	Chmiel Daniela.	30/15 1/24		2	48.	81	.	87			78
29	Soroka Hyn ko.	28/15 1/21		3	2.	81	.		123	.	78
30.	Sendak Kuba.	10/16 10.		3	20.	81	.		123.	52	.
31.	Mikolin Jako.	24/15 14		2	2/54	81	.	87			78
32	Jz Jwan.	43/15 1/19		3	2/3	81	.	87			78
33.	Mareszczak Wawryk.	11/15 5/6		2	2/55	81	.		123.		78.
	1. Lectus.					2644		2025	942	416	1950

Fort kein Zinsen und Hellmuth Zins entrichtet

Lfd. Zahl	Vor- und Zunamen der Grundbesitzer	Häuserinventar der Grundbesitzung: mehrere fr. jährlicher prov. Lälasters.		mehrere gewöhnliche Hausmauern		Contribution		Robotschuldigkeit: mehrere für den Herrn 1820.		mehrere gegenwärtig		mehrere gesetzlich	
		Zoch	Pfeifen	Zoch	Pfeifen	fr.	kr.	Zoch	Pfeifen	Zoch	Pfeifen	Zoch	Pfeifen
34.	Sanek Kuba	10/15	7.			2	53	81	.		123.		78
35	Sankow Jacob					2	57			87			78
36.	Serafin Joseph.	48/28	4/10			2	35	133	.		81.		78.
37	Nikolin Stefan	28/15	2/4			2	54	81	.		123.		78.
38	Sankow Stefan	24/15	1/14			2	35	81	.	87.			78.
39	Dr. Ludnik.	25/15	3/3			2	33	81			123.		78
40.	Dr. Stefan wojt:					2	58.			87.			78
41.	Slivka Franko.	11/29	1/11			3	4.	133	.		81.		78
42	Hmiah Janko.	34/15	2/7			2	39.	81			123.		78
43	Sapiha Kuba	8/15	3/3			3	.	81	.		123.		78.
44.	Sczepko Lukasz	62/14	2/23			2	57	81	.	87			78
45.	Karas Jacobko.	26/15	2/11			2	52	81	.		123.		78
46	Onda Szczepko.	27/15	1/6			3	7	81	.		123		78
47	Sirolinik Janko.	43/15	2/21.			2	35	81	.	87.			78
48	Slivka Wojtko	1/15	1/14			2	57	81	.		123.		78
49	Hnik Ludnik.	22/15	13.			2	58	81	.	87.			78
50	Sarachmanik Michal	52/15	1/1			2	42	81	.	87.			78
51	Maruszczak Franko	63/15	23			3	16	81	.		123.	52	.
52	Stalisch Jacko	46/15	1/16			3	11.	81	.	87.		52	.
53	Dr. Janko.	20/15	5/14			3	9	81	.		123.	52	.
54.	Serolinik Michal	38/15	3/17			2	56	81	.	87.			78
55	Saczko Karas.	33/15	.			3	9	81	.	87.		52	.
56.	Bojko Stach	3/16	1/11			3	12	81	.	87.		52	
57.	Wiczlaw Ludnik	3/15	3/7			2	53	81	.	87			78
58.	Cyerki Jacko	54/14	2/5			3	8.	81	.		123.	52	.
	2 Leins.							1967		972	1515.	312	1482
	Hrizn 1 Dr.							2644	.	2025.	942	416	1950.
	Summa.							4611		2997	2457	728	3432

Hat kein Zugvieh und soll mit Zug arbeiten

Hat kein Zugvieh und soll mit Zug arbeiten

Hat kein Zugvieh und soll mit Zug arbeiten

Allen hier angeführten sind Zugviehanschaffung pflichtig, jenen aber hier mit Handfrohnen angegeben, arbeiten wie Mayne und Zuchmeister mit einem Zug und halb Handarbeit.

Litatyn am 12ten Jänner 1847.

Michael Mocluichka

Dem Obigen und Hiesigen beigestimmt

6 KREUZER

Obwód Złoczowski. Państwo Stróż

Wykaz sum-

maryczny.

objętości gruntowych poddanych z tychże użytków w szacunku pieniężnym niemniej należących się Dworowi powinności i Danin Inwentarskich.

Nro Porządkowy

Nazwisko Gmin

Rustykalna rozległość podług Sumariusza x

Jednoroczny przychód w pieniądzach podług Sumariusza x

Należytość od włościan według taksy urbarialnej z roku 1820.

Czynsz z gruntów

Daniny inwentarskie w Naturze

Reluicya owsiporia

Drób: kapłany

Drób: kury

Jaja

Przędza

w robociznie

Pańszczyzna: 2 ciągłem

Pieszo

Ogółem M

Na ogólney wartości pieniężney wszystkich dochodów urbarialnych

Powinnoby ubyć podług zasady - to jest owies oczynszowany dochodu gruntów zastąpiwszy pieniędzmi za wszystkich pomin. urb. powinna. / Ubywa zas podług nowey regulacyi

Nazwisko Gmin	rol Morgi	rol II Sazin.	tak morgi	tak II sazni	past-wisk morgi	past-wisk II sazni	w Ogóle morgi	w Ogóle II sazni	rol fl	rol x	tak fl	tak x	past-wisk fl	past-wisk x	w Ogóle fl	w Ogóle x	Czynsz z gruntów fl	Czynsz z gruntów x.	Reluicya owsiporia kor.	Reluicya owsiporia czyni M fl	Reluicya owsiporia czyni M x	Drób: kapłany ½ ¼	Drób: kapłany czyni M fl	Drób: kapłany czyni M x	Drób: kury sztuki	Drób: kury czyni M fl	Drób: kury czyni M x	Jaja sztuki	Jaja czyni M fl	Jaja czyni M x	Przędza morki	Przędza czyni M fl	Przędza czyni M x	Pańszczyzna: 2 ciągłem Dni	Pańszczyzna: 2 ciągłem czyni M fl	Pańszczyzna: 2 ciągłem czyni M x	Pieszo Dni	Pieszo czyni M fl	Pieszo czyni M x	w Ogóle M fl	w Ogóle M x	Powinnoby ubyć podług zasady fl	Powinnoby ubyć podług zasady x	Ubywa zas podług nowey regulacyi fl	Ubywa zas podług nowey regulacyi x
1. Ostrów	318	413	216	1377	2	1500	538	151	1248	39	395	16	2	35	1643	31			33	30	33	4	11	67	3	35	335	1	7	120	4		4096	819	12	1404	140	24	1010	41	471		384		597	
2. Rusiłów	89	795	57	1064			147	259	468	24	109	51			578	15	4		8		8	1		19	1	35	86		17	28		57	1248	249	36	1034	103	24	368	49	160		24		272	
Summa	407	1208	274	841	2	1500	685	410	1717	4	505	7	2	35	2224	46	4		41	30	41	5	11	86	7	10	421	1	24	148	4	57	5344	1068	48	2438	243	48	1379	31	632		45		921	
															1265	3																														

Folio 275

Nro.	Name des Grundbesitzers	Klafterweise Grundbesitzung nach dem prov. Kataster		Klafterweise Grundbesitzung nach der vorgenommenen Berechnung		Nutzbarkeit vom Jahre 1845/6		Robotleistungspflichtigkeit nach der Session v. J. 1820.		Robotleistungspflichtigkeit nach der gegenwärtigen Lage des Landes		Robotleistungspflichtigkeit nach dem neuen Gesetze	
		Joch	□ Klftr.	Joch	□ Klftr.	Fl.	kr.	Tage	Hand	Tage	Hand	Tage	Hand
								Stanz.					
1.	I Ostrów in Sa.							4096	1404	3486	208	884.	1849.
	II Rusiłów.												
1.	Andruch Stryciow	10	319	10	319	2	6	104	.	104	.	.	52.
2	Olesa Mayba	7.	860	9		2	9	104	.	104	.	.	52.
3.	Peleszczuk Jran	9	963	9	963	1	41	104	.	104	.	.	52.
4.	Kułazycki Jedruch	8	745	9	.	1	39	104	.	104	.	.	52.
5.	Kołaczek Pawło	8	933	9	.	1	37	.	104	104	.	.	52.
6.	Iwan Satamacha	5	854	9	800	1	2	.	75	104	.	.	26
7.	Laszecki Jacko	8	805	9	800	1	35	104	.	104	.	.	52.
8.	Makar Iwan	11	407	10	.	2	19	104	.	104	.	.	78.
9.	Turek Michał	7	230.	9	.	1	29	104	.	104	.	.	52.
10.	Iwan Mayba	8	1551	9	800	1	56	104	.	104	.	.	52.
11.	Makar Michał	9	507	9	507	1	26	104	.	104	.	.	52.
12	Makar Hach	2	1149	9	.	.	43	.	52	104	.	.	26.
13	Gurniak Michał	7	1215	9	.	1	27	104	.	104	.	.	52.
14	Iwan Stoyko	7	883	9	.	1	18	104	.	104	.	.	26.
15	Soroka Onufry	8	1172	9	800	2	.	.	104	104	.	.	52.
16	Zołocki Łuć	7	1155	9	.	1	12	104	.	104	.	.	26.
17	Trojanowska Lod	.	1200	.	1200	.	17	.	52	.	26	.	26.
18	Łoszuki Jurek	3	80.	3	80.		44.	.	78	.	78	.	26.
19	Stryciow Stryn	4	1564	1	800	.	57	.	104	.	26	.	26.
20	Stryńko Łabka	.	1218	4	.	.	8	.	52	.	78	.	26.
21	Czerwiński Mich	1	492	4	800	.	18	.	52	.	78	.	26.
22	Trzejowski Antyp	.	1200	.	1200	.	17	.	52	.	26	.	26.
23.	Wojciechowski Mich	.	1200	.	1200	.	17	.	52	.	26	.	26.
								1248	774	1664	338	.	936

Post Nro	Name der Grundbesitzer	Flächeninhalt der Grundbesitzung nach dem prov. Kataster Joch	Klf.	nach der oekonom. Bemessung Joch	Klft.	Steuerbetrag vom Jahre 1845/6 f	x.	Robothschuldigkeit nach der Fassion v. J. 820 Zug	Hand	nach dem gegenwärtigen Befund Zug	Hand	nach dem neuen Gesetze Zug	Hand
	Übertrag							1248	774	1664	338	.	936
24	Iwan Soroka	.	1200	.	1200	.	4/17	.	52	.	26	.	26.
25.	Drumlak	3	.	3	.	.	4/32	.	104	.	öde	.	26.
26.	Zielinski Jan	.	1200	.	⊘	.	⊘	.	52	.	⊘	.	⊘.
27.	Peleszczuk Fedko	.	1200	.	⊘	.	⊘	.	52	.	⊘	.	⊘.
	Summa							1248.	1034	1664	364	.	988

z fur w zimie a 1 w lecie

	f	x	f	x
Translatus	591.	41	524	49.
w Ostrowie i Rusiłowie jest 76 osad które mają zbieranine w lesie 500 morgowym – rachując więc na każdego tylko 26 fur na rok wypada ogółem 1976 fur po 10 x. Mc	329	20		
Materiał budowniczy rachując w przecięciu na każden numer po 40 x. Mc rocznie wypadnie ogółem na rok	50	40.		
S.a	971	41.		
którą kwotę potrąciwszy od dochodu rocznego i pańszczyzny i innych danin wypadnie straty prócz całey pańszczyzny jeszcze dopłacić	446	52.		
Dodawszy do tego jeszcze koszta na reparacyi kościołów i cerkwi w przecięciu ostatnich trzech lat	50			
	496	52	971	41
Koszta szpitalne	6	18	50 6	18
65/00 der Schuldig 44/00 des ganzen Vermögens	502	52	1027	59

Podhayny Hawryło. Besitzet nach dem Ausweise des provisorischen Katasters vom Jahre 820.

Nro Topograf: nowy	posiada	Morg:	Sąż: □
316. w Ogrodach	—	=	= 1575
572. na Kotelewcy	—	3	= 842
429. gemeinschaftlich	—	3	= =
593. Nasielskim	—	3	= 206
811. Sianożęć	—	=	= 1595.
Summa		11	= 1018

płaci podatku gruntowego w roku 846 2 fr 52 xr

Besitzet nach der im l: Jahre 846 gepflogenen Katastervermessung.

W Ogrodzie	2 Mor:	142	Sąż: □
Za głębokim potokiem	3 „	1264	„
Za gurą Nasielkim	3 „	640	„
w Kulinczycach pod góro	5 „	938	„
na Błocie Sianożęć	1 „	260	„
Suma	16 „	44	„

powinność tegoż fassyonowana w roku 820 paro ciągłem odrabiać się mająca rocznie dni 81. owsa garcy 24. kapłona 1. Jaj 6. i z pańskiego przędziwa Motek 1. w pasem 10. na 3 arszynowe Motowidło uprząść ma.

Belcy Mikoła besitzet nach dem Ausweise des provisorischen Katasters vom Jahre 820.

Nr. Topograf:	nowy posiada	Morg:	Sąż □
343.	Ogród	—	= = 642 "
344.	Zagumienek	—	= = 1129 "
526.	Role	—	2 = 1093 "
550.	"	—	2 = 1530½
	Summa	6	= 201½ "

płaci podatku gruntowego na rok $\frac{845}{846}$ 1 fl 44 kr

Besitzet nach der im l. Jahre 846 gepflogenen Katastral-vermessung –

w Ogrodzie	—	1 Morg:	952 Sąż □
w Roli za Cygielnia	—	3 "	150 "
" na Sielskim	—	2 "	1390 "
" w Kulinczycach	—	4 "	208 "
Sianożęć		1 "	794 "
Suma		13 "	294 "

powinność tegoż fassyonowana w roku 820 paro ciągłem odrabiać się maiąca rocznie dni 81. Owsa garcy 24. Kapłona 1. Jay 6. i z pańskiego przędziwa Motek 1. w pasem 10. na 3. Arszynowe Motowidło uprzęść ma –.

Nr 35 Sumariusza

278

zwany Schwab i żyć

№ 110 Garbaczewski Hryn besitzt nach dem Ausweise der provisorischen Katasters vom Jahre 1820 —

Neue Lopoy Zahl

397	Nywa za Głębokiem	— 1 Joch	1034 II Klr.
412	dto	2 —	1420 —
192	Niwa ogrody	. —	227 —
	Razem	4 Juch	1081 II Klr.

Entrichtet an Grundsteuer fürs Jahr 1845/1846 1 f 14 kr Ok.

Besitzt nach dem im l. J. stattgehabten Katastralvermessung.

Ogrod z zabudowaniem	2 Juch	1542 II Klr.	
Rola na głębokiem do Granice Winaszewski	2 —	1488 —	
Rola za Głębokiem od Granice Bołszowiecki	3 —	708 —	
Rola średni Gony	. —	1478 —	
dto dto	1 —	110 —	
Gumniska	1 —	398 —	
dto dto	1 —	524 —	
Na zagrodach	. —	1148 —	
dto dto	1 —	252 —	
Długie Niwy	. —	1572 —	
Rola Szeroki na Gościńcu Lwowskiem	1 —	356 —	
Senożęce polna na Kaserne	5 —	722 —	
dto. błotna Sulewa	2 —	482 —	
Razem	25 Juch	1174 II Klr.	

Nr 6 po Wołoszyn Hryn 2 Mor. 688 II

a reszta trzeba się domyślić że pochodzi od Hrynia Harbatego Nr 5 Lopo. 114 Domu

lub był opuszczony w Sumariuszu, bo powiadają że tak duży Grunt, przed Rektifikacyją przed Rokiem 820 posiadał. —

Powinność tego fasyonowana w Roku 820. paro ciągłym odrabiać się mająca Rocznie dnie 104 — Owsa 1 Korcz 10 Garcy.

Nro Lubrzyn 96. 52

Nro 48 Garbaczewski Hryn[ek] [Ka]tarzyn[a] [mą]ż [Ma]rianny [Ba]dowskiej [Ja]n gruntowniczy [Ka]tarzyn[a] [Ja]na 1820.

Kotowski
Helmach Dawid
po Franciszku Swacie

Mr. Dz. Sz.					
373	Mr.	nad Głębokim	3 Jut	920	dz.
656		Srednie Gory	.. —	1426	—
689.		ditto	1 —	194	—
732 -		Na zagrodach	. —	700	—
738 -		ditto	. —	1167	—
889 -		Gminiska	. —	470	
Mr. Nasza 954 -		Mr. Gminiska	. —	810	
957 -		ditto	. —	550	—
1168 -		Sulowa	1 —	759	—
1299 -		Kolo mostu	. —	600	
		Summa	9 Jut	1196	dz.

10 Mr 1524
9 1196
Mr 20. 28 20
1220

Mr Mr
9. 1196 Mr
1524 22. 908
272 6 20 1220
1120 1 818
20 Mr
2 Pola ow.
wzięgo Sala
wa —

Sadzistwo na Gaiu[szowie] [Ja]n 6 [Ja]n 895 896

Zapisał mąż rzm in l. j. sądowych [Ka]tarzyn[a] [Ja]na Garbaczewskiego

Mr. Dz. Sz. Jut				
	Ogrod z zabudowaniem	1 Jut	685	dz.
	Dachadek		228	—
	Kolo nad Głębokim do Grani			
	Kwiatkowskich	2 —	520	—
	ditto ditto.	3 —	312	—
	Srednie Gory	. —	1598	—
	ditto ditto.	1 —	252	—
	Gminiska	. —	420	—
	Fonazagrodach	1 —	218	—
	ditto ditto.	. —	368	—
	Wegle Nowy	1 —	54	—
	ditto ditto	. —	1252	—
	Szerokie na Gaiszczu Swackim	1 —	422	—
	Jenerzyc Gminiska	. —	1000	—
	Na Kotlowy	4 —	1374	—
	Polna Sulewy	2 —	1228	—
	Summa.	22 Jut	338	dz.

Po Franciszku Swacie
Mr 52 Lubrzyn 1 Iaroszy
8 Dabrow 1524 r.
Granta
z Pola odstrzeg
go Sulawy

22. 908
20 1220
1 718

Pamiętnik tego Jarzyanowa w Rubrn 820 pasco ewyglim adrebiać się mogącą rocznie złmi 104 — Owsa kwrc 1 Garcy 10.

Semków Michaylow besitzet nach dem Ausweise der prowisorischen Katastrey vom Jahre 820.

Topi zahl				
346	—	—	Joch =	545 Klafter □
347	—	—	=	1139 "
412	—	—	2 =	1518 "
531	—	—	3 =	230 "
815	—	—	2 =	503 "
683	—	—	2 =	134 "
	Zusammen		12 "	120.

entrichtet an Grundsteuer fürs Jahr $\frac{845}{846}$ 3 fl 27 ½ kr

Besitzet nach der im l. J. 846 stattgehabten Katastral-vermessung.

		Joch		□ Klafter
An Gartengrund	—	1	=	1341.
an Anker za Cygielnio	—	3	=	361
" za Stankami	—	3	=	661.
" za Guro	—	3	=	501.
an Wiesen Kaliwki	—	=	=	338
" w Kulniczycach	—	1	=	1097.
Zusammen		13	=	1099.

Powinność tegoż fassyonowana w roku 820. paro ciągłem odrabiać się maiąca rocznie dni 81. owsa garcy 24. kapłona 1. Jaj 6. i pańskiego przędziwa Motek 1. w pasem 10 na 3 arszynowe Motowidło uprząść ma —

Subrepart. № 41.

Indivíduálny Gruntowy Etrags-Bogen.

Gminnika Jabłonowo Kwiatkowsko-Konkolnicki.

Gruntbesitzer Niedawida Ivan.

Laufende Nro.	Benennung der Grundstücke	Aecker Flächen Inhalt.		Wiesen Flächen Inhalt.		Abgabe Summe
		Jtj	II Klft.	Jtj	II Klft.	
222.	Pod Lipowcem	1.	993	.	.	1.
231.	dto.	1	160	.	.	1
375.	Podolanka	1	338.	.	.	1.
480.	dto	.	1132.			1
1447.	Na Zielonym	1	25	.	.	1.
525.	Pod Kies	1	845	.	.	1.
544.	dto	.	1206	.	.	1
588.	Gosciniec Gnieckii	.	943	.	.	1.
629.	dto	.	884.	.	.	1
675.	Nad Olszyna	.	992	.	.	1
694	dto	.	910	.	.	1
756	dto	.	1137	.	.	1.
797.	Nawidkum Polu	1	182	.	.	1.
858.	Wipak	.	1480	.	.	1.
975.	dto	.	1035	.	.	1
976	dto	.	308	.	.	1.
977.	dto	.	131	.	.	1
981.	dto	.	1100	.	.	1.
1006	Za Ulicą		256	.	.	1
1007.	dto	.	292	.	.	1
1031.	dto	.	526	.	.	1
1112.	Dugie	1	684	.	.	1.
1190.	Wiesby	1	965	.	.	1
1367.	Trobyta	.	1027	.	.	1
1473.	Na Zielonym	.	709	.	.	1
1521.	dto	.	877.	.	.	1
1554.	Rudki	1	804	.	.	1
1601.	Mrodnskie		1137	.	.	1
1643.	dto		602	.	.	1
1778	dto		1185	.	.	1
1819.	dto		1010.	.	.	1
1901.	Kapliska		1154	.	.	1
	Summa	25	230.			32.
.	Ogrod	.	.	.	746	1.
143	Sadek	.	.	.	1247	1.
309.	Podolanka	1	730	1	780	1
859.	Wipak	.	.	.	307	1
	Suma	.	.	2.	1284	4.

I Rekapitulacya.

	Aecker Flächen Inhalt. Jtj	II Klft.	Abgabe Summe	Geld-Leistung. Thlr.	Sgr.	Grund-Leistung zum Jahre 1845/1846 Thlr.	Sgr.
Aecker.	25	230.	32	53	57.	4	39 8/8
Wiesen.	2	1380.	4.	9	31.		
Summa.	28	10.	36.	63	28.		

Subrepart. № 28.

Judicialna Grund-Etrags-Bogen-
Gemeinde Kobudzka - Kreis Lezajsk Konkolniki -
Grundbesitzer. Kopecki Jan.

Lfd. Nro. der Grundstücke	Benennung der Grundstücke	Ackern Jrrig. Inhalt I. Cl. Joch	Ackern Jrrig. Inhalt II. Cl. Joch	Wiesen Jrrig. Inhalt I. Cl. Joch	Wiesen Jrrig. Inhalt II. Cl. Joch	Bemerkungen
180.	Zagumienki	21/	19 2/	.	.	1
225.	Na kaminia	38/	.	.	.	1.
250.	Pod kaminiem	25/	13.	.	.	1
303.	Na krzywej dolinie	5/	16 2/	.	.	1
350.	Na gorze Kalinowej	1 38/	12.	.	.	1.
419.	dto 3 Flony.	59/	20.	.	.	1
435.	Na gminey Firmiey	34/	8 3/	.	.	1
476.	za dto	29/	8 4/	.	.	1
492.	dto	30/	24 4/	.	.	1
522.	W gumniskach.	49/	23 3/	.	.	1
552.	dto.	49/	6.	.	.	1
583.	dto. 3 Flony.	24/	6 1/	.	.	1
615.	dto 4.	22/	15 2/	.	.	1
622.	dto 4.	18/	1.	.	.	1
673.	dto dto	23/	18 3/	.	.	1
693.	dto dto	39/	17 3/	.	.	1
725.	dto dto	55/	4 2/	.	.	1
741.	dto dto.	3/	2 5/	.	.	1
972.	za Zyborzym Gajem	35/	10 2/	.	.	1
1018.	dto	49/	14 3/	.	.	1
1049.	dto 5 Flony.	38/	17 3/	.	.	1
1095.	dto dto.	2 4/	13 5/	.	.	1
	Suma	14 39/	17 3/	.	.	22.
97.	Ogrod.		4.	11/	4 1/	1
938.	Na Szymlinie		1 4/	1 24/	24 1/	1
914	dto.		1 2/	1 24/	14	1
				1 53/	3 7/	3.

Rekapitulacya.

	Jrrig. Inhalt I. Cl. Joch	Jrrig. Inhalt II. Cl.	Grundsteuer	Gold Lanbuay Kr.	Gold Lanbuay Gr.	Steuer Landtag vom Jahre 1845 1846. fl.	Steuer Landtag vom Jahre 1845 1846. kr.
Ackern	14 39/	17 3/	22	46	33 57/	4	19
Wiesen	1 53/	3 7/	2	11	8 24/		
Summa.	16 32/	21.	24.	57	42 4/		

Subrepart. No. 33.

Gruntowna Grund-Erkags-Bogen
Gminy Jabłonow-Nowobazynke Konkolniki
Grundbesitzer Kowalik Petro.

Lauf. Nro. der Grundstücke	Benennung der Grundstücke	Orts-Lage				Angesäet Grundfläche
		Ackern		Wiesen		
		fruchtbare Insfeld		fruchtbare Insfeld		
		Joch	II Klft	Joch	II Klft	
252.	Pod Lipowcem	.	1073.	.	.	1
366.	" otto	.	803.	.	.	1
388.	" Podolanka	.	332.	.	.	1
403.	" otto	.	999.	.	.	1
495	" Prohy	.	1131.	.	.	1
541.	" pod Wiel	.	1305	.	.	1
550.	" Gaszanie Gnilickie	.	605.	.	.	1
620.	" Zoburmicka	.	900.	.	.	1
706.	" nad Olszyną	.	759.	.	.	1
810.	na wielkiem polu	.	800.	.	.	1
894.	W. pak.	.	808.	.	.	1
1019.	za Ogrodami	.	760.	.	.	1
1130.	Dlugie	.	994.	.	.	1
1303.	" Werleb.	.	975.	.	.	1
1420.	na Zielonym	.	1538.	.	.	1
1508.	otto	.	808.	.	.	1
1538.	Rudki Malinowskie	.	828.	.	.	1
1567.	Kobyła.	.	733.	.	.	1
1669.	Rednskie	.	1677.	.	.	1
1853.	otto.	.	1027.	.	.	1
1880.	na Komorczowy.	.	1001.	.	.	1
1917.	Zaplisko.		574	.	.	1
	Summa	12	860.	.	.	22.
89.	Ogrod.	.	.	.	992	1
107.	otto drugie	.	.	.	120.	1
104.	otto trzecie	.	.	.	372.	1
321.	Podolanka	.	.	1	54.	1
895.	Wypak	.	.		196.	1
1304.	Werleby	.	.		105	1
	Summa.	.	.	2	233	6

Rekapitulacya.

	Ackern Insfeld Joch	Ackern Insfeld II Klft	Angesäet Grundfläche	Gold Erkags Kr	Gold Erkags Gr	Thaler Erkags Summe Joch 184 154 Kr	Thaler Erkags Summe Gr
Ackern.	12	860.	22.	.	.	2	38 4/8
Wiesen	2	233.	6	.	.	.	.
Summa.	14.	1093	28.	.	.	.	.

Dusowny

Państwo Konkolniki &c
Gmina Konkolniki

N. sub w Konkol: 28 } Buk Hnat
d. d. w Słobodzie 89 }

Płaci razem podatku 6 fl 31 x robi
rocznie 104 d. ciągło - Daniny kapłuna
1 jaj 6 - przędzie motkowo 2 - Osypu
niedaje. - Czynszyku 19 x WW. - Kogosz-
czyzne -

N. sub: w Konkolnikach 11 Łytyk Tedko
w Słobodzie 80

płaci podatku 3 fl 41 7/8 robi 52 d. ciągło
Daniny kura 1 jaj 3. motek przę-
dzie 1. osypu niedaje - Czynszyku 9 1/2 x W

N. sub Zygmunt Antoni ogrodnik
płaci podatku 10 1/8 x robi pańsz-
czyzny 29 d. pieszo - Danin zad-
nych -

Vertatur

Gromada Konkolnicka posiada tylko 10 morgów pastwisk za które płaci podatku 1 f 14 6/8 x — ma wrąb w lasach markowskich o 2 mil oddalonych — na opał tylko zbieraniny gałęzie cz na materiał do budowli i co potrzeba na grunt za Asygnacio skarbowo Osypow ta gromada żadnych niedaje za to ma wyłącznie obowiązek Szupadnik expediować. — Daje dworowi dziesięcine pszczelne — i Rogoszczyzne — i Czynszyk — od całego gruntu 9 19 x ww. od pół gruntu 9 1/2 x ww

Państwo Konkolniki Gmina Jabłonow

Soroka Hnat Sub N: 54. płaci podatku 6 fl 12 4/8 robi 104 d. ciąg Daniny Osypu R 1 - przędzie motków 2 kapłuna 1 jai 6. Czynszyku 19 x WW. płaci nogoszczyzne

Niedzwidz Jwan sub. N: 41 płaci podatku 4 f 39 2/8 robi 104 dni ciągło kapłuna 1 jai 6 - ~~Czynszyku~~ Osypu R 1 - Czynszyku 19 x WW nogoszczyzne daje. przędzie motków 2.

Koroluk Petro. Subr. N. 33
płaci podatku 2 f 30 4/8 x robi
52 d. ciągło. – Osyku 9 16
przędzie 1 motek – daje
kure 1 jaj 3 – Czynszyku 9 1/2.
płaci hogoszczyznę.

Kudła Andruch N. 14 płaci
rocznie podatków 3 f 9 6/8 x robi
52 d. ciągło Daniny jak Koroluk
Petro. – –

Pastwisk ta gromada nie
ma żadnych – Służebnictwa
jak w Konkolnikach – Dają

dziesięcine pszczelne..

Państwo Konkolniki
Gmina Słoboda

Szczepański Jan N. Subr. { Słoboda 44 / w Konkol. 31
płaci podatku 3 fl 48 2/8 (razem) –
robi 81 dni ciągło – Daniny ka-
płuna 1 jai 6 – motków dwa
arszynowych we 24 pasem ze swego
włókna daje dworowi czynszyku 19 x
Rogoszczyzne.

Kopecki Jan N. Subr: 28 płaci podat-
ku 4 fl 19 x robi 52 d. ciągło –
Daniny przędzie jeden motek – daje
kure 1 jai 3. – Osypu owsa g 16
9 1/2 czynszyku i rogoszczyzne.

Jarema Alexander N. Subr. 17 Ogrodnik
płaci podatku 6 4/8 x – robi 29 d. pieszo
daniny żadne.

Vertatur

Gmina Słobódzka niema żad
nych pastwisk - co do wrębu
te same prawa jak w Konkol
nikach - Daje dziesięcinę jeszcze
ne dworowi

Kunaszow Kunaszow ~~23~~ 286

A Sub. 3 — andrusia Roman robi rocznie 52 dni pieszych płaci podatku 27 6/4 x cm —

A Sub. 4. attamanuia Wasyl robi rocznie 104 dni ciągł. płaci podatku 3 f 15 3/4 x cm

" " 10. grunt jeden podług arkuszka — podzielony pomiędzy dwoch gospodarzy z ktorych każden robi rocznie 78 dni ciągłych i każden płaci po 1 f 24 6/4 x cm podatku gruntu a tak razem obydwa 2 f 48 2/4 x

w Kunaszowie niemają chłopi żadnego prawa do lasu ani do wrębu ani do zbieraniny — dotychczas dawano im tylko z łaski asygnacie do lasu na materiały cę cę.
Cała gromada ma 7 morgów pastwisk i płaci od tych 2 f 58 gruntowego

vertatur [illegible]

Osypy i daniny Stasickiemu nie wiadome – trzeba się w tym względzie udać do Stanisława Suchodolskiego —

T. 70 Jmen Dołbiany

Materiał porównawczy II

Mater. do Katkulu 1846 287

III

Verzeichniß der Verluste der Grundbesitzer und Anlaß der Entschädigungs-Vertheilung

Ueber die Verluste der Grundbesitzer wird sich die allerhöchste Anordnung und den Vertheilungsbevollmächtigten die Obliegenheit vorgezeichnet haben, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die nach [illegible] Grundsätze, die bei [illegible] Entschädigungsbestimmung [illegible] daß die zuerst anzuschuldigenden Vertheilungsbevollmächtigten die kleinsten Verluste darstellen würden, weil die Grundbesitzer, die viel Verlieren, verhältnißmäßig mit der Hinzurechnung ihres Betrages [illegible] würden.

Viele Grundbesitzer haben bereits Anspruch mit Bezeichnung ihrer Verluste bei dem vorliegenden Entschädigungsgerichte eingereicht, in der Hoffnung, daß der Entschädigungsbetrag derselben zur Herstellung neuer Herdstellung verwendet wird. [illegible]

Verzeichniß wird es hier die Verluste einiger Grundbesitzer anführen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß es in dem vorstehenden Verzeichniß den Werth der Roboty nach dem im J. 1820 zur Bezeichnung der Robotpflichtigen [illegible] der folgende Verzeichniß enthält die Bezeichnung der Verluste einiger Grundbesitzer, denen sie eingereichten nur Entschädigungen und die betreffende Kk. Entschädigungsbevollmächtigten [illegible] mitgetheilten.

Namen der Grundbesitzer oder der Güter und der Bezirk	Namen der Entschädigungsberechtigten	Robotschuldigkeit: Nach dem bisherigen Vorstande Zug-Anzahl	Hand-Anzahl	Nach dem neuen Vorstande Zug-Anzahl	Hand-Anzahl	Geldbetrag der Entschädigung der Robotschuldigkeit zu 12 x dem Zugtag und zu 6x dem Handtag gerechnet: fl	x	Verlust: Betrag der bisherigen Robotschuldigkeit fl	x	Betrag der neuen Robotschuldigkeit fl	x	Um den jährlichen Ertrag der Robotschuldigkeit in CM fl	x	Wie in 100 fl der Robotschuldigkeit vertheilt %	Zum 5% Anzahl verzinsen in CM. fl	x
Tchatyn Sanoker Bezirk	[illegible]	6480	2600	182	3400	1556		376	24	1179	36	75 3/4/100	23592	
Rawnia [illegible]	[illegible] v. Polanowski	8345						522	12	1146	48	68 2/3/100	22936	
Lubience Stryjer Bezirk	[illegible] Pietruski Besitzt	1150								2458	18	87 2/5/100	49166	
Wola Dothotucka [illegible]	[illegible]								12	206	30	75/100	4130	

2. Ausweis über den Verlust einiger Grundherrschaften, welchen ich an den galizischen Ständeausschuß eingereichten Gesu=

A. Ausweis über die Verluste

Name des Kreises	Name der Herrschaft oder des Gutes	Name des Eigenthümers	Katastralmäßig ermittelter Werth der Güter in Mk fl	kr.

B. Ausweis in welchem die Verluste, die die Grundherrschaften hätten erlei= § 1 ~~vom 25ten Nov. 1846~~ des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846 enthal= Gemäßheit der Verfügungen ~~des in der Anlage des~~ der, in der Anlage des bezo=

Name der Güter und des Kreises	Jährlicher im provisorischen Kataster ermittelter Bruttoertrag der gesamten unterthänigen Grundbesitzungen										Jährlicher Reinertrag der gesamten unterthänigen Grundbesitzungen nach Abzug des Kulturs= aufwandes 50% bei Äckern und 20% bei Wiesen	
	Äcker		Wiesen		Hutweiden		Waldungen		Insgesamt			
	fl	kr.	fl	kr.			fl	kr.	fl	kr.	fl	kr.

Koszta pisania podań do dworu 290

	fl	x
Na wsi	2	–
Z Tabuli za 4½ arkuszy	2	15
Zelonkowi za 10 arkuszy Instrukcyj dla cyrkułów	4	–
Z Tabuli za 7½ arkuszy	3	45
Prov. fis. Pomd.	9	–
Wilgosiński 6 arkuszy	3	–
d° 7 d°	3	30
d° 9	4	30
„ „ a konto 3 exemplarzy	20	
„ reszta d°	14	f
Stemple d°	2	f 24 x
Oprawa 1 exemplarz		f 20 x
Przepisanie próśb	1	f =
Poczta an die Hofkanzlej	2	f 18
Mezunowicz 4 arkusze	1	f 20
d° d° d°	1	f 20
d° d° d°	1	f 20
d° 5 d°	1	f 40
Poczta do arcyks. Zana	1	f 18
	79	f 0

In Folge des im § 2 der h. Entschließung vom 18 Dez. 1846 Z. 7423 enthaltenen Auftrages der galizischen kk. Landesstelle bin ich bemüßigt das vorliegende Regulirungsoperat zu unterschreiben, ~~wobei ich jedoch bemerke, daß ich für die Richtigkeit der Ansätze~~ hiebei muß ich jedoch bemerken, daß ich für die Richtigkeit der Ansätze in Betreff ~~der Ausmaaß~~ des Ausmaßes und des Ertrages der Grundstücke gar nicht gutstehen will, indem ich fest überzeugt bin, daß alle diese in dem Vorneg. Operate eingetragenen Ansätze durchaus falsch sind. — Ich verwahre mich ~~hiemit~~ auch gegen jedwede ~~erschöpfende~~ Vermuthung ~~als ob meine auf diesem Operate erscheinende Unterschrift eine Verzicht~~, die mir Schaden bringen könnte, und erkläre hiemit, daß meine auf diesem Operate ~~erscheinende Unterschrift~~ angesetzte Unterschrift gar nicht als eine ~~Einer~~ freiwillige Verzichtleistung auf ~~die~~ meine unter dem Schutze der allerhöchsten Gesetze wohlerworbenen Rechte, auf mein ~~rechtmäßiges mit den allerhöchsten Gesetzen von zuerkanntes Eigenthum an den von den Unterthanen~~ hier schuldigen Robothen — ~~angesehen werden können~~ oder als eine Zustimmung in den Verlust eines Theiles meines rechtmäßigen mit den allerhöchsten Gesetzen ~~mir~~

zuerkannten Eigenthums an den von den
Unterthanen mir schuldigen Robothen — angesehen
werden könne. — ~~Für den Fall, wenn die mit~~
~~dem Kreisschreiben Ich behalte mir auch das~~
Unter Einem behalte ich mir auch das Recht
vor die mir — in Gemäßheit ~~der~~ der allerhöchsten
Entschließungen vom 19 April 1790 vom 24 Jänner 1821
vom 9 July 1844 ~~an~~ dann des § 365 des bürgerlichen
Gesetzbuches u. a. m. allerhöchsten Gesetze — gebührende
Schadloshaltung für den ~~mir zukommen sollenden~~ Verlust, den ich
~~Verlust meines~~ in Folge ~~des h. Kreisschreibens~~
~~vom 25ten Nov. 1846 zukommen~~ der bevorstehenden
mit dem h. Kreisschreiben vom 25ten Nov. 1846
angeordneten Regulierung der unterthänigen
Schuldigkeiten — an meinem rechtmäßigen
Eigenthum erleiden soll, — zu verlangen.

340 104 5 f 12
375 85 340
850
34
884

850
34
884
70
13 20
19 f 20

72
81
17
4
2
2
12 8

180
115
= 6 5

45

Skutki

1. Czy skutki, jakie po zaprowadzeniu zmian prawodawczych na stosunki poddanego z panem, względnie materyjalnego i moralnego stanu włościan tudzież względnie poprawy rolnictwa okazały się tymże zmianom prawodawczym czyli też i innym okolicznościom lub też innym równocześnie wprowadzonym zmianom prawodawczym przypisać należy? — Jakie były te zmiany? i te okoliczności? —

2. Jakie były skutki bezpośrednie i dalsze?

Czy dużo bankrutów u panów i włościan? prawie żadnych zaraz po regulacyi — później był bardzo polepszony

Czy dużo majątków pańskich i chłopskich przeszło w ręce obce niemieckie? regulacyi nie

Czy ucierpieli wierzyciele hypoteczni? —

Czy przesilenie znaw[illegible] wszystkie straty przyn[illegible]

Czy spadły zaraz po [illegible] dóbr?

Jaki wpływ na byt [illegible] materyjalny chłopów? —

Jaki wpływ na uprawę ziemi? Kim właściciele ~~[illegible]~~ zaraz po relacyi uprawiali ziemie — czy nowych osadników porobili (może Niemców) pańszczyźnianych lub innych? —

Wymierze ludzi do zmiany czy dają zakłady —

Wendland Ökonomie u Special Commissar Gerstenstrasse 245 — Koło ulicy Piekarzy

...nie i ich zastosowanie

...lacyj generalne i specyjalne z ~~iakich~~ co to były i ...y siedzibę – ~~z iakich~~ –

...udzi się składały?

...obierał lub mianował?

2. ...ak szacowano robociznę –

3. Przy regulacyj pól: – czy Komissyja dzieliła a Pan wybierał lub inaczey? – (Pan sam wyznaczał grunta chłopom) Komissyja decydowała czy chłopi mają przyjąć, zażalić się opuścili –

– Czy każdemu chłopu z osobna dawano osobny kawałek przy iego zabudowaniach, które gdzie nie gdzie przeniesiono? Jak z pastwiskami etc –

Czy gminę, czy każdego chłopa osobno regulowano –

4. Czy czynsze ustanawiano stałe czy zmienne. W prawie stoi że co rok podług rocznej wartości żyta zmienia się 1/10 część czynszu. Czy ... zmienny czynsz był w ogóle przepisanym czyli ... wolno było go żądać i komu, czy obom stronom ... także którey bądź stronie –

...wać chłopskie grunta –
(teraz ... 12 lat)

... czy w drodze exek...
... do celu – czy można ...
... sprzedać grunt i czy prędko to idzie
(w 8 dniach exekucyja potem subhastacyja)

... część gruntu chłopu odbierano iaka część powinna była zostać – co to für 2 tüchtige Ochsen Arbeit – (w ogóle w powiecie Wachowskim i Kozienickim 60 mórg mogą) przyjmowano z uznaniem

8 – §2 powiada które grunta są zdolne bydź regulowanemi – (co to 25 pruskich morgów ile robi naszych? – w Erläuterung Dönnigesa stoi że inne grunta uważano iak Dienst-etablissements – cóż więc się z niemi stało iakoto z ogrodnikami ~~Maiątkami~~ – czy dalej robią pańszczyznę lub iak ich powinności ~~[illegible]~~ – czyją własnością stały się ich grunta

9. Czy było komorne i co się z nim z

10. Przy układaniu zakładnej roboty na
pańszczyznę jak postępywano? — Cz
się wszystko zdeterminować n. p.
żniwach miara snopów — czy w ogó
zrobiono wielki czy mały —

11. Historia całego postępywania przy
regulacyjach

Dzieła

1. Zbiór praw zaprowadzających [illegible] tucyje gminne —
2. Regulamina dla notaryjuszów i [illegible] pokoiu —
3. O dziesięcinie kościelnej —
4. O regulowanie praw monopolarnych, jako to propinacyj, Mühlenzwang etc —
5. Prawa regulacyjne po polsku lub jakie dzieło o nich po polsku? — (lepiej dzieło) —
6. Kopyje recessów i protokołów całego postępywania
7. — Najlepsza mapp[illegible] statystyka w X. Poznańsk[illegible] statyst[illegible] roku 1829 czyja [illegible] Może jest no[illegible]
8. Prawo o irrygacyjach z roku 18[illegible] Städte=ordnung — organizacyje gminne —
9. Statistische Tabellen über die Bevölkerung, Viehbestand, Getreidesprise einzelner Districte von einzelnen Jahren vom 1823 [illegible] —
10. Hemerycentri —
Dziesięcina —

8
295

Miscellanea

1. Jak ukonstytuowano gminy wiejskie?
Jaki wpływ i którzy mogą mieć na sprawy gminne —
Czy są urzędnicy gminni [illegible]
Jakie czynności tych urzędników [illegible] zdają sprawę i rachunki?
Narady gminne jak się odbywają?

2. Kto ma po wsiach władzę policyjną, sądową, podatkową — czy sądy dla chłopów i panów te same

3. Czy po wsiach i miasteczkach są tabule?

4. Jaki procent czynią dobra?

5. Jak dawno wprow[illegible]ne towa-
stwa Kred. — i rolnicze —

6. W iakich sprawach landwehr do [illegible]
roku podlega jurysdykcyj wojskowey —

7. Czy nowy system rekrutacyj wywarł
dobry wpływ — iak dawno wprowadzony
ten system — teraz [illegible] rekrutacyj

8. Bauernerbfolge (tak iak [illegible]) — Czy grunta chłopskie
dzielne (zupełnie dzielne) i do iakiego stopnia — Kto
dziedziczy czy ieden na gruncie czy się
dzielą sprzedaiąc —

9. Co się stał[illegible] propinacyją? Mühlen-
zwang? — historyczne —

[illegible] czy [illegible] dzielić grunt chłopski
[illegible]

[illegible] litewskich —

[illegible] okolicach gruntu
[illegible] pańskie się sprz[illegible]
[illegible] wpływ za różne roboty

[illegible] Co do legitymacyj [illegible]
terminus ad quem —
W Poznańskim trafiaią się do tych
[illegible] ydzi nie bez starzy
[illegible] nie dobrze
[illegible] — Sejm Pozn.
wydał [illegible] 1844 proiekt do prawa
względem [illegible] terminu prekluzyjnego,
którego kto się nie zgłosi, traci
[illegible]awa swoie —

[illegible] Chłopom zostawiono
[illegible] sobą wspólnem past-
[illegible], oni teraz proszą o
[illegible] wspólności —

Nazwa dóbr ziemskich i wsi	Z podziału na grunty pozostałe dotychczas nieuiszczone odszkodowanie za nieodstąpione grunta								Podział odszkodowania za pozostałe nieuiszczone grunta		Podział Cesyi dóbr pozostałych Robociźnie		Podział Cesyi dóbr pozostałych na Czynszowe		Co do Mocystat dóbr za grunta nieodstąpione za natrudzenia Cesyonarzowi folwarczne		Wyciąg z tego podziału Cesyi dóbr pozostałych folwarczne				Na grunta zabrane pod drogi publiczne
	Orków	Włościan	Chałupniczych		Zagrodniczych				Pozostałe nieuiszczone odszkodowanie za pozostałe nieodstąpione grunta		Z dóbr pozostałych Robociźnie		Z dóbr pozostałych na Czynszowe		Z folwarków dóbr pozostałych		Z folwarków dóbr pozostałych		Z folwarków dóbr pozostałych		
	Rb	Kp	Rb	x	Rb	x	Rb	x	Rb	w	Rb	x	Rb	x	Rb	x	Rb	x	Rb	x	Rb	x
Ostrow Ziem. Bz.	1717	4/4	505	2/2	2	1/35	2224	42	1265	4	64	12	1312	26	457	54	1326	48	522	6	1112		24		744	16	854	42
Ostrow Bz. Zwrist.	3524	14	365	19	21	10	3910	43	2075	36	62	18	1548	24	731	—	1610	42	793	18	1955 21/4 1037 48/4							
Hanowo	859	46/4	250	6/4	124	37	1234	29/4	754	13/4	26	39	643	56	181	36	670	35	208	15	617 17/4 377 6/4							
Popławnik.	780	32/4	143	35/4	9	3/2	933	11/3	518	2/5	16	24	371	12	113	48	387	36	130	12	466 36/4 259 1/4							
Skrbutow	2081	6/2	307	22/4	17	10/6	2405	39/4	1286	30	75	30	568	—	374	26	643	30	449	56	1202 50 643 15							

Z Lumarjusza podług farszy

296 D

Dla lepszego wyrozumienia wykazów ~~napisałem~~ wpisałem przykład Ostrowa — NB jeżeli Papie się lepiej zdawać będzie, to może wpisać osobno Herbutów, Bołszowce, Hanowce lub może co z tych opuścić —

Numer der Herrschaft und der Kreise	Buchhalterzyczny szacunek dóbr w Kapitale		Pańszczyzna dawna podług fassyi 820		Pańszczyzna po regulacyi		wartość pańszczyzny podług fassyi		Roczny pożytek z całkowitej pańszczyzny w C. M.				Strata Na rocznym pożytku z pańszczyzny		Strata Na Kapitale wartości dóbr		Od każdego sta reńskich	
			dnie ciągle	dnie pieszo	dnie ciągle	dnie pieszo	dzień ciągły	dzień pieszy	podług dawnego stanu		po regulacyi						wartości pańszczyzny	wartości dóbr
	fr	Kr.					Kr.	Kr.	fr	Kr.	fr	Kr.	fr	Kr.	fr	Kr.		
Ostrow, Złoczowa Kreises	39054	57	5344	2438	884	2811	12	6	1312	36	457	54	854	42	17094	=	65%	44%
[illegible]owce [illegible]ann Zw.			6885.	936	988	[illegible]	12	6										
[illegible]wce			2916	624.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	6										
[illegible]towniki			1747	208	312	[illegible]	12	6										
Herbutów			2580	520.	1248	1300	12	6										

	Kapitalien		Zum Werth	Fuß	Gesammtwerth der Kleinigkeiten		der Gutes	
			x	x	f	x	f	x
Kunaszow								
Bołszowce								
Herbutow								
Hanowce	N	M						
[illegible]tanow								
[illegible]ik								

	Stan dawny						Ogółem		Stan teraźniejszy					
	Robocizna ciągła	[illegible]		Robocizna	Wart				Cegła	Warta		Pieszo	Warta	
		f	x		f	x	f	x		f	x		f	x
Manasterzec	5499	962	3/14	104	9	32	971	51	78			1248		
Wola Dobrolucka	1248	218	3				218		52			260		
	6747	1180	19 43½	104	9	32	1189	51	130	21	48	1508	138	14

3873½

1000
100
20
4 30
1124 f 30
50 13½
1180 f 43½

na każdym 100 Rynskich wartości

Robocizny trace – 729 4/9 to sądzę dość dobry Exemplarz –

~~N 3~~ przy dobrej dotacyi poddanych –

Jak tylko odebrałem z Polityki wykaz natychmiast takowy komunikować Ci nie omieszkam [illegible] dla słabości nie wychodzę –

[illegible]

Czy też nie masz okazyi do Bolszowa chciałbym korzystać i przesłać list do Kunaszowa.

6 | 2747 ½ | 45 f 49
214
34
30
49

900
13
3 f 30
916 f 30
45 f 49
962 f 19 4/9

1508 2
5
7540
754
60 | 829.4 | 138 f 14
6
228
18
49
48

1045 2
1020
52
60 | 1072 | 19 f 32
6
47
521
2

19 f 32
5
60
1170

1045
520
52
572

Monsieur Monsieur

Krzyżanowicz

Laufende Zahl	Namen der Güter und des Bezirks	Grundsteuerreinertrag der unterworfenen Grundbesitzungen: Arealsteuer		Wiesensteuer		Hausiersteuer		Waldsteuer		Gebäudesteuer		Grundsteuerreinertrag der unterworfenen Grundbesitzungen: Abzug der Zuschläge 50% bei Ackern und 20% bei Wiesen		Grundsteuerreinertrag der Bergwerke welche zusammen zu Grundbuch gebracht		Grundsteuerreinertrag der Nebengewerbe: Nach dem bisherigen Ertrage		Nach der Berichtigung der Klassifikation		Grundsteuerreinertrag der Bergwerke: Nach dem bisherigen Ertrage		Nach der Klassifikation		Als Mehrbetrag der unterworfenen Grundbesitzungen zu entrichten: Nach dem bisherigen Ertrage		Nach der Klassifikation		Mehrbetrag von denen zu belassenden Bergwerken: Nach dem bisherigen Ertrage		Nach der Klassifikation		Bemerkungen	
		fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	fl	x	
1.	Ostrow Koczower Bezirk	1717	4/4	505	2/7	2	1/35			2224	47/7	1265	4	64	12/7	1312	36	457	54	1376	48	522	6	1112	23/2	632	32	264	24/2	744	16	854	42	
2.	Kradiczyn Przemysler Bezirk	5120	23	921	1	49	12/2			6090	36/7	3346	13	400	16/7	5083	32	1337	55	5483	48	1738	11	3045	18	1673							
3.	Zurawica dto.	10241	7	999	50	157	19			11398	16	6077	44	158	17	4111	15	2066	40	4269	32	2224	57	5699	8	3038	52	0	0	1230	40	2044	25	
4.	Landwirte Leopoldower Bezirk	20779	35	1249	56	163				22192	31	11552	44	509	4	11875	36	3868		12384	40	4377	4	11096	15	5776	22	1288	25	6608	18	8007	36	
5.	Zapalow Zolkiewer Bezirk	20175	58	3046	54	667	2			23889	55/6	13192	9/7	1049		8301	40	4964	42	9350	40	6013	42	11944	57	6596	4	0	0	2754	36	3336	58	
	Wotwitkow Brzezinyer Bez	3542	4/4	729	53/6	4274	5/6			4271	57/6	2351	56/7	107	35	1926	12/24	9992	22/24	2021	47/24	1100	57/24	2135	59	1177	28	0	0	844	19/24	920	50	
	Kumaszow Brzez.	2149	55/7	470	20/6	89	2/8			2709	15/6	1570	14											1354	37/24	770	7							
	Czernica Brz. 3	1205	4/7	406	45/6	142	1/2			1757	47/6																						
	Piaseczna 3	1596	23/2	312	49/2	246	24/2			2155	36/6																						

850
47
897

~~360 + 24~~

320
36
2 48
358 + 48
7 + 28½
366 + 16½

29

800
320
4
1 40
1125 + 48

2500
250
50
14 + 30
2814 + 30 | 1407¼

1250
125
25
7¼

23 + 27¼

~~2500~~
2814½
2400
414½

40
6 + 54½

366 + 16½ ×
7 + 20½
373 + 45
~~23 + 27½~~
46 + 54½
420 + 39½
1125 + 48
1546 + 27½

400
45½
448 + ½

7 + 28½

10
3 + 20
1 + 32
14 + 57
20

1794
71.76 | 358 + 48
7 + 28½
366 + 16½

1125
2
2 | 22516 | ~~1125 + 48~~
54
10
10

358 + 48
14 + 57
373 + 45

611 3500 —
80
25

7150
2
2 | 1430 | 715
3/10

1750
25
12 + 30
1787½ | 30

20
9 + 47½

1200
587½
540
47½

1000 = 400
750 = 300
37½ = 15
715

400
200

1546 + 27½
999 + 22½
547 + 5

244 + 24 ×
10 + 11
715 +
29 + 47½
999 + 22½

572 + 24
74 + 58
647 + 22

Bei Aufbruch in welchem ~~[illegible]~~ die Abrechnungen zusammengestellt werden sollen die Abrechnungen, welche [illegible] gemacht haben sollen a) in Folge zu Folge der h.g. Verfügung vom 12ten Nov. 1846 b) zu Folge der im §1 der Instruktion vom 25ten Nov. 1846 vorgeschriebenen Abänderungen — mit den Abrechnungen über die Ausgaben zu Folge der in der Instruktion der Instruktion vom 25ten Nov. 1846 vorgeschriebenen Abänderungen — zusammengestellt werden

Laufende Zahl	Namen			Bruttoertrag nach Abzug der Auslagen in C.M. fl.	kr.	Robotschuldigkeit: Nach dem bisherigen Ertrag: Zug- Kreuzer	Fuß- Kreuzer	Nach der in der Anlage der Abschätzungs-Urkunde vorgeschriebenen Abänderung: Zug- Kreuzer	Fuß- Kreuzer	Bruttoertrag nach Abzug der Auslagen in C.M. kr.	reine Grundkreuzer kr.	Zuschlag in C.M.: der bisherigen fl.	kr.	der in Gemäßheit der Anlage der Abschätzungs-Urkunde vorgeschriebenen Abänderung fl.	kr.	Verlust: Von dem jährlichen Ertrage der Robott in CM fl.	kr.	Zum 5% Ertrage reduzirt in C.M fl.	kr.	Wovon in 100 Theilen: Der jährliche Robott-Verlust	Der gesammte Ertrags-Verlust der Güter
1	Przemyśl	Krasiczyn	Fürst Leo Sapieha	144336	15	11492	25818	0	12844	12 2/4	6 1/4	5083	32 2/4	1337	53	3745	37 2/4	74912	30	74%	52%
2	~~Żuraw~~ Otto	Żurawica	dto	160078	15	11492	16484	6780	6280	12 2/4	6 1/4	4111	15	2066	40	2044	35	40894	40	50%	~~25 1/2 %~~ 25%
3	Orzechow	Janowice vel Zezierzany	dto	371273	42 1/8	46644	25468	1092	36496	12	6	11875	36	3868	=	8007	36	160152		67%	43%
4	Żołkiew	Zapałów	Fürstin Sapieha	207456	32 2/4	41836	1511	10400	29900	11 6/8	5 7/8	8301	48	4904	42 6/8	3336	57 5/8	66709	12 2/4	40%	32%
5.	Złoczow	Ostrow	Lanowski	39054	57	5344	2438	884	2811	12	6	1312	36	457	54	854	42	17094		65%	44%
6.																					
7.	Lubience [illegible] Stryj		Teofil Pietrusiewicz			[illegible]	6077		[illegible]												
8.	Wola Dzikowska		"			(illegible)	[illegible]	(illegible)	[illegible]												
9.	Przemyśl	Wola Dzikowska	Hauptmann	60455	57 2/4	[illegible]	[illegible]	1222	7150			1920	12 2/4	449	22 2/4	920	50	18416	40	48	30
10.	Brzuchy	Kurnatowice	Dr. I. B. Borowski			5980	3380	1820	3330												
11.	[illegible]	[illegible]	Marelli Rogd.	34089	12	12864	3531	52	2932			1205	54	303		902	18	18046		75/100	52 3/4/100
12.	[illegible]	Zołkiew	Jakubi Zoz	~~4480~~		6480	2600	182	3400	12	6	1556		389		1167	36	23392		75 3/4/100	
13.	"	Janowice	Xaw. Polanowski			8345			5222	12	6	1669		522	12	1140		22936		68 2/3	
14.	Stryj	Lubience	Teofil Pietrusiewicz	—	—	11518	6097		4550	12	6	2913	18	455		2458	18	49166		84 2/5	
15.	"	Wola Dzikowska	—			—	2793	—	728	12	6	279	18	72	48	206	30	4130		75/100	
16.	"	Czernica z gminą Der gmina Czernica	Bekayowskie			4169	2112	52	3336												
17.			"			5356	3536	164	4108												

1. Strambs by
2. Rekwis

~~1200~~
1040
30
1 48
1071 f 48
40
4 f 34
1116 f 27

2500
175
4 - 30
2679 1/2 30

279

24
7

1794 - 747 f 30

1794
~~600~~
3588
20

44
400
300
17 36
1717 f 36
29 f 54
30
747 f 30

und [illegible] den betreffenden Grundsteuern mit nutzgetheilten Gebäuden [illegible] zusammengestellt [illegible].

~~Grundsteuer~~ im Kreise und Regierungsbezirk des Aebotz.

Aebotzschuldigkeit				Vertretungs-mäßig ermittelter Werth in Thlr. rund		Jährliche Leistung des ergänzenden Aebotzschuldigkeit in Thlr		Verlust					
Nach den bisherigen Bestand		Nach der Abschätzung d. Gebäudesteuer vom 25ten Mai						An den jährlichen Leistungen des Aebotz in Thlr		zum 5% Regierungsbezirk in Thlr		Von je 100 Thlr den	
Gutz-Lehn	Grund-Lehn	Gutz-Lehn	Grund-Lehn	Gutz-Lehn	Grund-Lehn	Nach den bisherigen	Nach der Abschätzung	Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.	jährlichen Aebotz-Entrichtung	ergänzenden Regierungsbezirk des Kreises

Den Fellern a) zu Colonne 2 d. d. Erstreckt sich vom 12ten Mai 1846. b) zu Colonne 3 u. 4 den Grundbesitzt. mit den Verlust, den die Grundsteuerbeträge in ihren Gebäudesteuer-Entrichtungen, — zusammengestellt ergeben.

Jährliche Entrichtung des vertretungs-mäßig ermittelten Betrages der Aebotzschuldigkeit in Thlr	Jährliche Vertretungs-mäßig ermittelter Betrag der Aebotzschuldigkeit. ~~unbedingt zu bezahlen~~		Jährliche Leistung des ergänzenden Gebäude-Entrichtungs d. i. der Gebäudesteuer und des Aebotz		Als Maßstab der zu der Grundsteuer-Leistung zu entrichtenden Entschädigung dient gelten sollen		Verlust an den jährlichen Leistungen des ergänzenden Gebäude-Entrichtungs,				
							den die Grundsteuer dient gelten sollen zu Colonne		zu Colonne des Regierungs-bezirks		den die Grundsteuer zu Colonne des Gebäude-Entrichtungs
	Nach den bisherigen Bestand	Nach der Gebäudesteuer-Abschätzung des Kreises vom 25ten Mai	Nach den bisherigen	Nach der Gebäudesteuer-Abschätzung des Kreises d.	zu Colonne des d. Kreises vom 12ten Mai — der Gutz- und Grundsteuer	zu Colonne des im Kreise vom 25ten Mai entrichtenden Grund-	zu Colonne des Vertretungs-mäßig ermittelten Betrages der Aebotzschuldigkeit d. d. Kreises vom 12ten Mai		zu Colonne des im Kreise vom 25ten Mai entrichtenden Grund-steuer		
Thlr.	Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.

IV

Beispiele in welchen der Werth der, nach dem neuen Gesetze vorzuschreibenden, ~~Schuldigkeiten~~ unterthänigen Schuldigkeiten mit den Lasten, die die Grundherrschaften, in Folge des Unterthansverbandes tragen, – verglichen werden.

1. In dem Ausweise No 2 Seite ... ist dargestellt worden, daß der Katastralmäßig geschätzte jährliche Ertrag der ~~Urbar~~ gesamten, in Folge des neuen Gesetzes vorzuschreibenden, Urbarialgiebigkeiten in der Herrschaft Ostrow Złoczower Kreises 522 fl 6 x CM beträgt.

In seinem an den galizischen Ständeausschuß eingereichten Gesuche hat der Grundherr der Herrschaft Ostrow die von den Unterthänigen Schuldigkeiten zu zahlende Urbarialsteuer und die dem Dominium als solchem in Folge des Unterthansverbandes, obliegenden Lasten, folgends berechnet:

	Einzeln fl	kr	Zusammen fl	kr
A ~~A~~ die Urbarialsteuer — — —	126	35	126	35
B ~~B~~ die unentgeldlich auszuübende Dominikalgerichtsbarkeit:				
a) Gehalt des Mandatars nach dem im Hofkommissionsdekrete festgesetzten Minimum - - - - - - -	250			
b) Wohnung des Mandatars u. das Kanzleilokale	40			
c) Beheitzung der ad b erwähnten Gebäude und des Arrestes 18 Klafter à 3 fl CM - - - - -	54			
d) die Kanzleirequisiten - - - - - - - -	10	44		

I

Robotkregulirung

(3) Cytacyja auf 4 wöchentlich. Frist
Vide 1879 Prov. Ges. Samml. —

(4) Patent gdzie Reform des Katasten 1879 —
przy tem dodać, że w skutek tego
spieszyli —

1. Verlust o Servituty Vide
Hauptstück o regulacyj —

Folgen

1. Qualität der Arbeit 4/5 der zugeschossen ab, mit wenig rezeptiven — Takie dla poddanych źle, bo zbawią ciągło —

III

Von dem Verluste der Grundherrschaften aus Anlaß der bevorstehenden Robothregulirung

a

Größe des Verlustes

§ 16 Geldbezüge im Wahren Geldwerthe

Wenn man ~~die~~ den Ertrag der unterthänigen Grundstücke – deren Hälfte, nach dem von ~~Sr.~~ Allerhöchst Sr. Majestät ausgesprochenen Grundsatze als Maßstab der an die Grundherrschaften zu entrichtenden Leistungen gelten soll – nach dem gegenwärtigen wirklichen Bestande ermittelt und die Gegenleistungen der Grundherrschaften in Betracht gezogen hätte ~~so~~; – so wäre der Verlust der Grundherren äußerst ~~gering~~ gering

Lasten Gegenleistungen

Wenn man ~~betrachtet~~ die sehr große Verminderung der unterthänigen Schuldigkeiten, welche aus der bevorstehenden Regulirung im Allgemeinen hervorgehen soll, betrachtet, wenn man in Erwägung zieht, daß die Behörden ~~denen die~~ welche mit der Ausführung des neuen Gesetzes beauftragt worden sind, ihre größten Bemühungen angewandt haben um die in Folge der a. h. Entschl. vom 12 Nov. den Unterthanen zukommenden Vortheile durch die Klassenberechnung und durch die in den Instruktionen enthaltenen Verfügungen nach Möglichkeit zu vergrößern; – so ~~kann~~ muß man ~~nicht umhin~~ anerkennen, daß ~~dieses die Hauptursache dieser~~ diesen ~~gr~~ bedeutenden den Unterthanen zugewandten Erleichterungen die Voraussetzung zu Grunde ~~lag~~ liegen mußte, daß die Unterthanen bis nun zu ~~verhältnißmäßig~~ im Verhältniße zu ihrer Dotazion sehr stark belastet waren. – Diese Voraussetzung ist sehr irrig; ~~denn sie beruht~~ weil dieselbe auf einer grundausfalschen Berechnung ~~– die Ertrag der den es ist der~~ beruht. Zur Berechnung des Ertrages der unterthänigen Dotazion ~~hat die Regierung keine anderen~~ und der unterthänigen Schuldigkeiten hat die Regierung keine anderen Hilfsmittel als die Grundsteuerapparate des provisorischen Katasters und die seit dem Jahre 1820 eingereichten Urbarialfassionen. ~~In dem ersteren ist der unterthänige Grundbesitz weit~~

IV

~~Vergleichung~~ Beispiele in welchen ~~die~~ (der Werth der nach dem neuen Gesetze vorzuschreibenden) unterthänigen ~~Schuldigkeiten~~ Schuldigkeiten mit den Lasten, die die Grundherrschaften in Folge des Unterthansverbandes tragen — verglichen werden. —

~~der Katastralmäßig~~ (ermittelte ~~Ertrag~~ jährliche Ertrag) ~~Werth~~ der Urbarialgiebigkeiten in der Herrschaft Ostrow Złoczower Kreises beträgt, (laut Ausweis Postzahl n° 1) 522

~~Der Katastral~~

(1) In dem Ausweise Postzahl n° 1 ist dargestellt worden, daß der [Katastralmäßig geschätzte] jährliche Ertrag der Urbarialgiebigkeiten (: die den Unterthanen in Folge des neuen Gesetzes vorgeschrieben werden sollen :) in der Herrschaft Ostrow Złoczower Kreises 522 fl 6 x CM beträgt. —

~~In seinem an den galizischen Ständeausschuß überreichten Gesuche hat der Grundherr der Herrschaft Ostrow ebenfalls die Lasten berechnet, die in Folge des Unterthansverbandes tragen um welche die Grundherrschaft zu tragen hat aus dem Grunde weil dieselbe die Grundherrschaft tragt theilt die~~ In seinem an den galizischen Ständeausschuß eingereichten Gesuche hat der Grundherr der Herrschaft Ostrow die von den Schuldigkeiten zu zahlenden Urbarialgiebigkeiten um die Lasten welche ~~demselben aus Anlaß der~~ dem Dominium als solchen ~~aus Anlaß des~~ obliegen, folgendes berechnet:

[in Folge des Unterthansverbandes

		Thlr	Sgr
1 Stück	Die Ober-Gerichts-Taxe	126	35
2 Stück	Dominikal-Gerichtsbarkeit		
	a) Gehalt des Land-Richters, wozu ihm die Herrschaft Dobrilugk		
	28 August 1846 Z. 199 festgesetzte Minimum . . .	250	
	b) Wohnung des Land-Richters	40	
	c) Besoldung 18 Aktuarii à 3 Thlr	54	
	d) Zwangsrequisiten	10	44
	e) Kriminalkosten des Land-Richters wenigstens 12 Thlr zu 1 Thlr 36 Sgr	19	12
	f) Unterhalt eines Polizeidieners	50	
	g) Unterhalt der Gerichtsdiener	1	30
	h) Unterhalt der Gerichtsdiener	2	30
	i) Gehalt des Justizamts, der die Dominikal-Gerichtsbarkeit ausübt	20	
*	Hierbei ist zu bemerken, daß in allen Rubriken das Minimum festgesetzt worden ist, daß die Lasten einer jeden Gerichtsbarkeit einzeln aufgeführt sind, daß endlich die Zwangsrequisiten für jene nicht in Betracht gezogen worden sind als Verantwortlichkeiten für die Aufbewahrung der Gefängnisse und Gefangenen und die Gerichtskosten für die nöthige Beleuchtung und Abkühlung.	447	56
3 Stück	Die der in Gemäßheit des Herrschaftlichen Befehls vom 22 Nov. 1846 Z. 584 den Dominien aus Holzungen verabreichten neuen Taxen zum Unterhalt der Gerichtsdiener — — — —	17	10
4 Stück	Zu Kosten — Behufs [der] öffentlichen Bekanntmachungen für die Verpflichtung der Unterthanen der Herrschaft Dobrilugk, wie auch der Gerichtsdiener der Lasten der Herrschaft Dobrilugk — — — — — — — — —	6	18
5 Stück	Der Unterhalt der Gerichts-Boten-Lichter und Besen: Hierbei ist zu bemerken, daß der Gemeinde für jeden Gerichtsdiener und seine Familie auch Wohnung, Licht und Brennung muß, und die obigen Rubriquen zum Unterhalt der ordentlichen Dienern lediglich zu Gunsten der Unterthanen dient, daß sowohl die mit 50 Thlr [illegible] lediglich die jährlich vorkommenden Reparaturen der Gefängnisse und Gerichts-Gebäude	50	

* der Wundarzt Wohnung, der Zwangsrequisiten und des Gerichtsgebäudes

~~natürlichen~~ bedürftigen
~~natürlichen~~ Verhältnisse in den Fällen, wo ~~Neubauten~~ Ausgaben für Neubauten oder die Herstellung von neuen Gebäuden nothwendig sind, ~~die nicht~~ durch Holzschläge gedeckt werden müssen

Stock Materialien Holzungs- und Forstgebäuden

Abfuhrungen. —

Für die in 76 Jagden vorhandenen Materialien beziehen ~~das~~ die Jagden ~~natürlich~~ das nöthige Bauholz zum Theil und das nöthige Brennholz zu allen Bedürfnissen. Für pünktliche Erhaltung dieser Materialien ist nicht vorhanden, ~~wenn muß dieses durch Inventur erst ersichtlich~~ wenn dann aber als das Minister Allen das Grundsatz ist dieser das dem Minister Letztere, das in seiner Verwaltung zugenommen ~~oder~~ (und zwar) zu ~~bewerken~~ ist, ~~als~~ in seiner Verwaltung ~~zugenommen~~ ~~oder~~ zu bewerken ist, dass die zum Betriebe gehörigen Gebäude ~~in~~ gehörig unterhalten werden.

a) das Bauholz 26 Klafter für jede Hauptnummer ~~durchschnittlich~~ 1796 Klafter — nur Klafter zu: 18 x Ctr. . . . 329 ℔ 20

b) das Brennholz für nur jede Hauptnummer durchschnittlich 40 x Ctr. 50 ℔ 40

Zusammen 380

Hier ist zu bemerken, dass die 500 Forstbeamten Waldungen in Theilen von Lemberg und in einer ~~nicht~~ gebirgigen Gegend ~~erhalten~~ gelegen sind; der ~~über~~ über angestellten Forst- dessen weit größer ist der Wirksamkeit zu überbleiben

Gesammtsumme voller Aufgaben 1027 59

Zuletzt muß ich bemerken, dass ~~über~~ die Waldungen und ~~gewöhnlich~~ zu Gunsten der Unterthanen ~~obliegende~~ Lasten, das Grundgesetz in dieser Verwaltung die den Unterthanen zu tun der Grundgesetzt zu leistende ~~Unterthanen~~ Unterstützung ~~vorher~~ nur der gewöhnlichen Aufbringung bildet, so wie auch die Aufbringung für die Steuerumlagen und Steuerabfuhr und voller Verein Grundbesitzlichkeiten Inhaber und Gutsbesitzer nicht zu Lasten berücksichtigt worden sind, — dagegen wenn Verwaltung der gewöhnlichen Lasten würde dieselben hinlänglich die Lasten derselben nicht bilden. Nun meinen Abzug würde eine genauere Berechnung der gewöhnlichen Lasten den oben angesetzten Betrag bedeutend übersteigen. —

Forst Gebäude

	Ciężary	Przewyżka nad wartość pańszczyzny
Kraticzyn	2130 f 37	859 f 36 x
Żurawno	2105 f 7	183 f 7
Zapałów	4500 f 9	31 f 55
Zezierz	4171 f 5	496 f 29 x

Wenn man aber die obige Berechnung zur Grundlage nimmt, so zeigt sich ein ~~großes~~ sehr großes Mißverhältniß zwischen den ~~herrschaftl. Lasten und den~~ unterthänigen Schuldigkeiten und den Lasten, die der Grundherrschaft ~~und dem Unterthansverbande zuk~~ in Folge des Unterthans-Verbandes zu tragen hat. — Die ersten betragen 522 f 6 x Chgr, die zweiten 1027 f 59

Bevor ich die ~~wahrscheinlichen~~ Folgen, welche die ~~Regulirung~~ bevorstehende Regulirung nach sich ziehen wird

Ich kann nicht umhin ~~bei diesem in~~ diesem Theile meines ~~Betrachtungen~~ Aufsatzes einige Bemerkungen über die Folgen ~~und den~~ der Zundmachung der a. h. Entschl. vom April ~~1846~~ und des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846 vorauszusenden

Hiebei muß ich jedoch bemerken, daß ich hier lediglich aus meiner eigenen Erfahrung und den mir von meinen Bekannten des Stanislauer, ~~Kolomaer~~ Kolomäer, Czortkower, Brzeżaner, Lemberger und Złoczower Kreises mitgetheilten Aufklärungen

Lfd. Nr.	Der Hausbesitzer	Name der Hausbesitzung: Zwey ihm ausschließend gehörige Fischteiche		Zwey der ersteren benachbarte Fischteiche		Pfarrbenutzung wovon Zehend entrichtet wird		Robot-Schuldigkeit: Für bisherige Zusammensetzung —		Für die Folge der neuen Eintheilung zu berechnende	
		Joch	Zl.	Joch	Zl.	fl.	x	Mit Zugviehgespann	Mit Hand	Mit Zugviehgespann	Mit Hand
13	Józef Bardygata	Dymitrowce	27	500	23	232	6	52	104		104	
47	Petro Kurdydyk	do	25	276	29	168	6	8	104		78	
46	Hryń Hetman	do	18	587	24	998	3	53½	104		52	
35	Hryń Garbaczewski	do	4	187	25	1174	1	14	104			26
~~69~~	~~Andruś Kurdydyk~~	~~do~~	~~40~~	~~1144~~	~~24~~	~~1575~~	~~9~~	~~24~~	~~104~~		~~156~~	
20	Hryń Cymbalista	do	32	196	25	968	7	33	104		104	
22	Michał Martynów	do	27	633	24	826	5	50	104		78	
17	Stefan Cymbalista	do	25	1469	30	966	5	52	104		78	
107	Wdt Dymków	do	14	1131	20	56	3	32	104		52	
~~69~~	~~Iwan Witwyk~~	~~do~~	~~8~~	~~267~~	~~30~~	~~24~~	~~1~~	~~5~~	~~104~~			~~26~~
37	Hryń Grama	do	16	922	26	1264	3	54	104		78	104
84	Roman Olejnik	do	16	614	25	1050	3	37	104		52	104
30	Iwan Duchna	Dymitrowce	7	136	6	1070	1	30		52		52
100	Ilko Szoja	do		1089	7	596		18		52		26
8	Stefan Andruchow	do		507	6	356		7		52		26
16	Michał Zachocki	do	1	660	5	1375		10		52		26
65	Petro Krucja	do	6	591	6	1084	1	22		52		52

Zwrit Brzeżany Dymitrowce Hanowce

30	Oleza Mikolin	Dymitrowce	2	14	14	861		26¾	80			26
20	Pilip Kalinowicz	do	11	9	15	1446	2	5¼	80			52
24	Ilko Kalinowicz	do	19	7	12	1238	3	30½	80		52	
25	Maxym Kalinowicz	do	15	11	17	8	2	44¾	80			78
~~78~~	~~Bartkow Andruś~~	~~do~~	~~17~~	~~9~~	~~15~~	~~1496~~	~~3~~	~~7~~	~~80~~		~~52~~	
9	Bartkow Szymko	do	6	16	12	42	1	3¾	80			26
21	Kostyszyn Luć	do	16	8	16	838	2	49½	80			78
27	Mikolin Dmytro	do	15	32	16	1330	2	56	80			52
28	Bojko Pilip	do	6	9	14	306	1	27	80			52
16	Siedzielski Iwan	do	19	15	14	467	3	31	80		52	
40	Leniów Andruś	do	13	16	16	500	2	24½	80			78
1	Mikolin Iwan	do	13	21	16	1491	2	9	80			52
44	Tymków Hryń	do		20	11	1100		13¼	80			26
33	Dutka Iwaś	Dymitrowce		13	1	1128		10		52		26
18	Zabołotny Oleza	do	1	2	2	54		27		52		26

(2) A Do rbnw sorb is vüy n
vgrwatrl vüb dr wniuen
bywwsfstt Bdrawre wsrltnw. Lowt vüyrb
bgrwatrl wird dr Robott dr Hrwbaurr wrlsr
bissr in 80 Zuzstöüyw brstwnd bri niuyw vüst
52 Zuzstöüyr, bri vndrow vüst 78, 52, 26 und
26 Lüstöüyr rndüzirt. Mjstrow Hrwzbaurw
wird nur vyrniuyrr Robott vdb dw Hrdbaurw
(wowyrsfwirbw wrdw. —

Dr Mjsthrwsfältuyssr wrdw wtfrwndiyrwijs
in dw bywwsfstw Hubbrbaurr in dw wsflijw
Zwrjsw Hrdi / wo dr bissriyr Robott
vyrüssrr wrr, — vyrüssrr vübsfrllw.
bissriyr Robott z. B. dr bissriyr Robott in 156 zwi=
fchüiuyw vdr Hirfchüiuyw Zuzstöüyw brstwnd
so wrw dsrlbr in Folgr dr bstwrfstwdw
Anyüleüuy bri niuyw Hrundbsitzrw yrr
wüst, bri vndrow vüst 26 Lüstöüyr Hrwiudrt
wrdw. — Dsr Mjsthrwsfältuyssr wird
wüstw (wrdw vüd) iy vüssrr vubsfrllw in jwdw
bywwsfstw, wo niuyr Hrwiudw yrwsr
vndrr yrr kriw Zlpiuyrbw zükrjstw Jrbw.

Bri wtbw vyrüssrr Mjsthrwsfältuyssr vdb dr unter 8
und 9 vuyrfüssrtw wrdw
bwbachtw a) in dw bywwsfstw, Hubbrbaurr in dw wsflijw
Zwrjsw wo dr bissriyr Robott vyrüssrr wrr, wo z. B. dr
bissriyr Robott (bri dsr Hrwbaurw) in 156 zwi= vdr Hirfchüiuyw Zuzstöüyw brstwnd
und in Folgr dr bstwrfstwdw Anyüleüuy bri niuyw yrrr
niust, bri vndrow vüst 26 Lüstöüyw Hrwiudrt wrdw fsll
b) in dw bywwsfstw wo niw Hfril dr Hrundbüchr wtrfch=
uiyw Hrundbsitzuyw zur Zsit dr Fsfsfsuuy dr Stwr=
portrfstrb wrtflos wrr, vyrgnwärtig abrr in Folgr
dr Hndrüuyw in dr Zultür dnw vndrow — in yrwyfbrijfstw
Zwtrfstrw vüf 2 bis 4 Fsllw yrfchüttbw — Hfrilr vw Hrwfs
vlnifspunt c) in dw bywwsfstw und Hrwiudw, wo niuyr
vndrr vdrr Klpiuyr odrr yrrr
jpüur Zlpiuyrbw lrijstw d) In dw bywwsfstw und Hrwiudw
wo niuyr Hrwiudw yrwsr, vndrr yrr kriw Lwndtaxrfst bsitzw. — u. s. w.

F. Fürs. Zrifyine 1 Brtr...

	Wiesen Łąki					Waldungen Lasy					
Einjähriger Geldwerth Roczny Szacunek pieniężny	Betrag an Summa wynosząca		Einjähriges Natural-Erträgniß Roczny pożytek w naturze			Im Geldwerthe Wszacunku pieniężnym	Betrag an Summa wynosząca		Holz-Erträgniß Pożytek drzewa		Im Geldwerthe Wszacunku pieniężnym	Anmerkungen. Uwagi.
			Heu Siana		Grummet Potrawu							
			süßes słodkiego	saures kwaśnego	süßes słodkiego	saures kwaśnego			hartes twardego	weiches miętkiego		
fl. ZłR. / kr.	Joch Morg	□. Klft. Sążni	Zentner Centnarów			fl. ZłR. / kr.	Joch Morg	□. Klft Sążni	Klafter Sążni		fl. ZłR. / kr.	

Grundertrags-Matrikel.

Ruszyny nuż Dwr Grundbuchowy Matrikel Roku Pańskiego 820 Wsi Gruszowiec

Alte Zahl der topographischen Ordnung Dawny Numer topograficznego porządku	Neue Zahl der topographischen Ordnung Nowy Numer topograficznego porządku	Name des Grundbesitzers und des Grundstückes Nro. des Hauses Imie grutowego Posiadacza i Gruntu Numer Domu	Gesetzliche Eigenschaft Prawna własność: Dominikal-Dominikalne	Freie-Wolne	Rustikal-Rustikalne	Ausmessung Rozmiar: in die Länge w dłuż	in die Breite w szerz	Betrag an Summa wynosząca	Aecker Role: Betrag an Summa wynosząca Joch Morg	Klafter Sążni	Dreijähriges Natural-Erträgniß Trzyletny pożytek w naturze: Weizen Pszenicy	Korn Żyta	Gerste Jęczmienia	Hafer Owsa
						Gründe Grunta	Klafter Sążni				Koreć Korcy			
		Mira na Perchomach												
279	279	Rola Sychiła Iwan			1	92	29 1/2	2024	1 1/2	24	2 6/8	.	6 4/8	
280	280	" Murzyka Hryń			1	92	29 1/2	2024	1 1/2	24	2 6/8	.	6 4/8	
281	281	" Wicka Semań			1	107	13 1/2	1391	5/8	16	2 1/8	.	4 2/8	
282	282	" Hrybyk Stefan			1									
"	"	" Woytow Michał				107	13 1/2 13 1/2	1408 1/2	5/8	8 1/2	2 4/8	.	4 2/8	
283	283	" Czerwyanyńki Petro			1	100	12 1/2 12 1/2	1600	1	3	2 3/8	.	5 1/8	
284	284	" Murzyka Iwi			1	100	2 5/8 12 1/2	1430	5/8	5	2 5/8	.	4 4/8	
285	285	" Boyko Hawryło			1	155	12 9	1627 1/2	1/8	2 1/8	2 23/8	.	5 23/8	
286	286	" Sychiła Petro			1	155	11 3/8 9 5/8	1653 2/8	1/8	3 2/8	2 27/8	.	5 27/8	
287	287	" Wicka Michayło			1	155	11 5/8 10 3/8	1756 4/8	1/8	6 4/8	2 36/8	.	6 36/8	
288	288	" Kuchmister Semen			1	155	9 3/8 10 5/8	1575 3/8	63/64	5/8	2 12/8	.	5 12/8	
289	289	" Boyko Iwan			1	172	8/10	1548	6/8	23	2 17/8	.	5 5/8	
290	290	" Mosiak Roman			1	172	8/10 1/2	1634	1/8	9	2 22/8	.	5 29/8	
291	291	" Hrybyk Jacke			1									
"	"	" " Hryń				172	10 2/8 9 2/8	1662 4/8	1/8	12 4/8	2 22/8	.	5 29/8	
292	292	" Hrybyk Staś			1	172	10 2/8 9 3/8	1748 2/8	1/8	23 4/8	2 35/8	.	5 42/8	
293	293	" Murzyka Andruś			1	172	10 5/8 11 2/8	1892	1/8	17	2 42/8	.	6 12/8	
294	294	" Hrybyk Iwan			1	172	9 10 3/8	1662 2/8	1/8	12 4/8	2 22/8	.	5 29/8	
295	295	" S. Paroch ritt. grb.			1	172	10 1/8 9	1720	1/8	20	2 34/8	.	5 41/8	
296	296	" Skorobohaty Michał			1	172	10 5/8 10 3/8	1777 2/8	1/8	2 3/8	2 38/8	.	5 53/8	
297	297	" Boyko Iwi			1	170	11 1/8	1878 2/8	1/8	3 2/8	2 44/8	.	6 12/8	
298	298	" Hrybyk Stefan			1									
		Woytow Michayło				145	18 20	2755						

Summa [illegible]

[illegible]

Verblieb Dem [illegible]

Vor obne [illegible] Grundbesitzern seobne diesis Grund-
stück im J. 1814 vom Herrn Jahre 1844 — im 128 fl
[illegible] im J. 1814 jährlich und im J. 1816 vom
[illegible] und im [illegible] weiter obne Herrn Jahre 1817, 1818, 1819 im obne
jährliche Beschätzung obne 134 fl Zoloty. Münzer
oder Landwirth von den Rotzowner Jahrgängen Taichberg [illegible]

Postawnik Grunzyfeld Bolkowitz

Einjähriger Geldwerth Roczny Szacunek pieniężny		Wiesen Łąki						Im Geldwerthe Wszacunku pieniężnym		Waldungen Lasy				Im Geldwerthe Wszacunku pieniężnym		Anmerkungen. Uwagi.
		Betrag an Summa wynosząca		Einjähriges Natural-Erträgniß Roczny pożytek w naturze						Betrag an Summa wynosząca		Holz-Erträgniß Pożytek drzewa				
				Heu Siana		Grummet Potrawu										
				süßes s. odkiego	saures kwaśnego	süßes słodkiego	saures kwaśnego					harte twardego	weiches miękkiego			
fl. Złr.	kr.	Joch Morg	□. Klft. Sążni	Zentner Centnarów				fl. Złr.	kr.	Joch Morg	□. Klft Sążni	Klafter Sążni		fl. Złr.	kr.	
4	11															
4	39															
4	39															
3	11															
3	15															
3	42															
3	17															
3	45															
3	48															
4	2															
3	37															
3	34															
3	46															
3	49															
4	40															
4	21															
3	49															
3	58															
4	5															
4	19															
		146	5	63	5	16		2	15							
73	48							2	3							
36	54								24							
									9.6							
36	54							1	38							
		Summa Übertrag fortzutragen												38	33	

Dazu kommt daß die meisten Kreisbeamten, welche in Streitigkeiten zwischen den Grundobr. u. Unterth. sich lediglich als Beschützer der Unterth.

Dazu die meisten Kreisbeamten betrachteten sich seit jeher als Beschützer der Unterthanen und nahmen als solche den Grundobrigkeiten gegenüber eine feindselige Stellung der den Kreisämter durch die Gesetze anvertraute Schutz der Unterthanen gegen die Mißgriffe der Grundobrigkeiten hatte die natürliche Folge daß die Kreisbeamten, welche in Streitigkeiten die zur Grundlage dienenden Untersuchungen leiteten in diesen Untersuchungen meistens sich darauf verlegten die Behelfe und Beweise zu sammeln, welche zu Gunsten der sogenannten schwächeren unterdrückten und unwissenden Theil Unterthanen dienen sollten; die meistens gesetzkundigen Grundherren wurden aber in der Vertheidigung ihrer Rechte bey diesen Untersuchungen sich selbst überlassen und konnten gegenüber dem Kreisbeschützer der Unterthanen nicht aufkommen.

Nach der gepflogenen Untersuchung kamen die Streitigkeiten zur Entscheidung und dieselben Kreisbeamten, welche nothwendigerweise schon durch die Ausübung ihrer Pflicht zum Schutze der Unterthanen zu Gunsten dieser letzteren präkupirt seyn mußten, zu Theil die Entscheidung zu fallen und im Falle der Rekurse die den höheren Behörden ihre Berichte und Untersuchungen, welche zur Grundlage höherer Entscheidungen dienen sollten, vorzulegen.

Im Falle der Rekurse an höhere Behörden hatten die nämlichen Kreisbeamte zu Gunsten der Unterthanen präkupirten Kreisbeamte den höheren Behörden ihre Untersuchungen und ihre Berichte, welche zur Grundlage höherer Entscheidungen dienen sollten, vorzulegen. Es versteht sich von selbst daß die Kreisbeamten in diesen Berichten alles geltend machen mußten um die Gerechtigkeit ihrer partheyischen Entscheidungen ans Licht zu stellen. —

Przykłady do Anhang A

zwischen den Dominien und dem Unterth.

Die Vertheidigung ihrer Rechte wurde den Grundobrigkeiten

Als nach einem allgemein angenommenen Gebrauche die Einsicht der Untersuchungen aufgenommenen Protokolien welche meistens zur Grundlage der Entscheidungen dienten

protokoły nie dawali, nam czytać przez co obrony utrudniali

Kreisbeamten

1. Kleingaben —
2. Gemeinde Kontriten
3. punkt gdzie stoi: którzy do tych czas ciągło robili — są także tacy chłopi którzy raz robili drugi raz nie robili ciągło.

1. Deliberacye w karczmach nad patentem —
2. Peregrynacye do Winkelschreiberów —
3. Franc pytał czy zrozumieli patent: zrozumieliśmy za 3 miesiący nie będzie pańszczyzny.
4. Bouszowscy przed Helenem o Stadionie (toż i inni chłopi)

III

Publikacya i dubia

Dla cudzych skutki publikacyi — O przeszłorocznych sejmie jak niekazali czytać na publicznej sessyi a teraz zaraz publikują przez wzburzone patentem z kwietnia a później nieco uspokojone umysły znowu wzburzono —

III

durch den Abzug des gesammten

Galizien ~~werden die von einem Theile der unterthänigen~~ ein Theil

der Kleingaben, welche

und es werden die mit Kleingaben belasteten Unterthanen, diese Kleingaben

zu Gunsten der anderen Unterthanen, welche minder belastet sind

~~tragen~~ abstatten müssen

In Folge des Abzugs des

in Galizien werden die

(1) Acta der I Abth. des zwölfte Abtheil.

(2) Verhdlt. vom 29 Oct. 1789

(3) Wir sehen es den Grundsatz — insbesondere in den dünn bevölkerten östlichen Provinzen Galiziens — fällt sich die zur Landescultur nöthigen Arbeits-kräfte zu verschaffen, mehr zum Vortheile dieser, dass die — in Folge der Aufhebung der Unterthänigkeit verlor mit dem Patente vom April 1846 entbehrt angeordnet würde — Grundsatz Aufsehen auf entbehrliche Arbeit, die Arbeitslose, in den mehr bevölkerten Gegenden Galiziens, besonders der Brzezaner, Stanislauer u Tarnopoler Kreise, im Verhältnisse zu den Arbeitsgesuchen der verfügbaren Hände, auch im Allgemeinen auch dagegen spricht. Es ist äußerst die Thatsache in den wir und unsere Familie verflossenen Jahren im Brzezaner u Stanislauer Kreise ordentlich hervorgetreten, während der Theuerung, nur Arbeitslohn im Jahre 1845 mit 25 bis 30 im Jahre 1846 Arbeit 40 bis 60 kr. W. W. erhalten worden. Der Arbeits-lohn in natura war im J. 1846 für das Scheiden und Binden der Garben, der Hälfte erst bis Hälfte Garben am Korn und der Hälfte Garben am Weizen. XIII

Es ist außerordentliche Erscheinung in der Arbeitslosen Hauptsache zuzuschreiben wurde, dass viele Grundbesitzer, Pächter, wegen Mangel an Arbeitern, ihre Felder nicht bestellen, ihre Ernte nicht einbringen konnten; wo die Leute der Verwaltung Anstalten treffen müssen, der Arbeitslose einen ordentlichen Lohn verschaffen.

Es ist also so in den westlichen Provinzen der Fall war.

Die der Arbeitslose soll entstehen unmittelbar zur Folge gehabt, dass einige nützlichen Grundsatzen bereits bedeutender Grundstücken ihren Besitzern nutzlos und dieselben also sind unverwendet gelassen zu benützen verdienten, weil die Ernte der Arbeiter mit den nöthigen Feldbauarbeiten in keinem Verhältnisse war der Boden unbe-arbeitet weil der Arbeiter dann nicht so viel zu verdienen ist nutzgewesen, weil gerade Lust vorzuherrschen ist dass [illegible] der nöthigen Arbeiten gleich anfangs Hilfe [illegible] werden und so Getreide auf dem Feld zu Grunde gehen müssten. Es ist nothwendig dass dieses Übel durch die Gemeindevorstände der nächstgelegenen Ortschaften bedeutend gesteigert steigern muss.

Ohngeachtet ihrer Lage von den Grundsatzen bereits willig bezeichneten und Arbeitsgesuche und vorhandenen günstigen Witterung sind dennoch die Feldarbeiten sehr verspätet worden, der Ertrag der heurigen Ernte noch sehr [illegible] mussten

Wenn nur gute Witterung die Feldarbeiten nicht begünstigt,

Wurde bey den bevölkerten Ortschaften bereits in früheren Jahren unter besseren Umständen nicht Getreide hervorgekommen ist —

Lage der besser-stehenden

Fortlaufende Zahl	Namen der Grundbesitzer	Klafter-Inhalt der Grundstücke nach der provisorischen Zertheilung		Kreuzer-Entwurf vom J. 1845/6		Ausbau-Schuldigkeit				
		Quadrat	Klafter	fl.	xr	Zugvieh-Kreuzer	Fuß-Kreuzer	Zugvieh-Kreuzer	Fuß-Kreuzer	
1.	Buszczak Jasko			3	52	78		52.		33.
2.	Buszczak Stefan			2.	57 5/5		108		78.	34.
3.	Bill Mateusz			3.	2.		156		78.	35.
4.	Buszczak Hawryło.			2.	47 6/6		104.		78.	36.
5.	Buszczak Andrzej				43 7/7		104.		26.	37.
6.	Buszczak Olesa			4.	76		78.		156.	38.
7.	Buszczak Iwan				44.		104.		26.	39.
8.	Buszczak Wasyl				31.		52		26.	40.
9.	Buszczak Wasyl			5.	42.		156.		156.	41.
10.	Buszczak Iwan			3.	51 3/3	78.		52.		42.
11.	Bill Macko			1.	26 5/5		104.		52.	43.
12.	Cirog Kazimierz			3	14 3/3		104.		104.	44.
13.	Cirog Danilo			3	33 2/2		156.		104.	45.
14.	Cirog Anton			7	22 2/2	156.		104.		46.
15.	Chrobak Wojtek			3.	4.		156.		78.	47.
16.	Czarniawski Iwan			3.	8.		156.		78.	48.
17.	Galas Anton			3	44.		156.		104.	49.
18.	Czarniawski Franz			1	12 5/5		52		26.	50.
19.	Cybulski Andrzej			1.	54 7/7		104.		52.	51.
20.	Mankiewicz Dawid			3	36 5/5		130.		104.	52
21.	Cirog Piotr			2.	5.		52.		52.	53.
22.	Czocata Michał			1.	58 2/2		156.		52.	54.
23.	Cybulski Senko				17 6/6		52.		26.	55.
24.	Cybulski Maxym			3.	29 4/4		156.		104.	56.
25.	Cybulski Stefan			2.	18 3/3		104.		78.	57.
26.	Cirog Lach			1	51.		104.		52.	58.
27.	Dziki Łukasz			2.	42 4/4		104.		78.	59.
28.	Dmytrow Filip			2.	29.		130.		78.	60.
29.	Depsa Ihnat.			2.	31.		104.		78.	61.
30.	Dudek Pawło			4.	21 5/5	78.		78.		62.
31.	Demkiski Tomasz			2	39.		52.		78.	63.
32.	Drygiel Michał.			2	26.		156.		78.	64.

		fl.	xr.	Zug	Fuß	Zug-Fuß.
33.	Dudek Andrzej.		48 2/2		104.	26.
34.	Dmytrow Peter	1.	44.		104.	52.
35.	Dudek Anton	1.	12 7/7		52.	26.
36.	Durak Szymon.	4.	12 4/4	78		78.
37.	Federko Anton	1.	54 1/3		104.	52.
38.	Florek Sobek	1.	55 1/1		104.	52.
39.	Federko Michał	4.	48 4/4		104.	156.
40.	Głowacki Michał		58.		52.	26.
41.	Głowacki Stefan	3.	53 7/7		156.	104.
42.	Głowacki Senko.		52.		52.	26.
43.	Gurniak Kazimierz		16 2/2		52	26.
44.	Grzywniak Wasyl.	2.	10 2/2		156.	
45.	Grzywniak Kasper.	3.	3.		130.	
46.	Gurniak Józef	3.	46 6/6	78		52.
47.	Gurniak Macko	4.	9 5/5	78.		78.
48.	Gurniak Jan.	4.	7 6/6	78.		78.
49.	Głuszak Piotr	2.	49.		104.	78.
50.	Goral Jan.	2.	40 4/4		156.	78.
51.	Galus Wojtek.	2.	25.		104.	78.
52.	Gurniak Jan.	3.	13 5/5	78.		52.
53.	Hawryło Senko	2.	47 6/6		156.	78.
54.	Hryszczyn Jan.	1.	22.		104.	52.
55.	Hryszczyn Wasyl.		53		104.	26.
56.	Jasiński Andrzej	2.	46 6/6		104.	78
57.	Koleza Senko.	1.	9 6/6		52.	26.
58.	Klak Hryńko	2	45 6/6		156.	78.
59.	Koniuch Iwan.	3.	26 6/6	78.		52.
60.	Koniuch Iwan.	2.	57 6/6	78.		52.
61.	Kanak Ignacy.	2.	54.		156.	78.
62.	Kanak Mateusz	4.	32 4/4		156.	156.
63.	Koleza Wasyl		54 4/4		52.	26.
64.	Kozubowski Jan.	2.	2 2/2		104.	52.

| | | |

Bieszczow

2X
315

Conscriptions Liste	Vor- und Zunamen der Unterthanen	Ansässigkeit nach der Vermessung der grundobrigkeitlichen Realitäten		Wirthschaftliche Ansässigkeit nach der grundobrigkeitlichen Vermessung		Steuer-Rectifications vom Jahre 1846		Beschreibung der unterthänigen Realitäten		Wie viele Joch Ackerland und Heuwachs zu einer Ansässigkeit gehören	
		Joch	□ Klafter	Joch	□ Klafter	fl.	kr.	Ganzlan	Viertellan	Ganzlan	Viertellan
110	Stryń Garbaczeski	4	187	25	1174	1	14	104			26
99	Roman Ozejnik	16	614	25	1050	3	37	104		52	
21	Stryń Grama	16	922	26	1264	3	54	104		52	
83	Iwan Wilczyk mielnik	5	267	30	57	1	43	104			26
71	Ked Tyuchow	14	1131	20	56	3	32	104		52	
100	Stryń Cymbalista	32	196	25	968	7	33	104		104	
3	Andruś Kurdydyk	40	1144	24	1525	9	24	104		156	
97	Pawło Łaus		804	2	834		13	52	52	26	26
34	Ilko Szaja		1089	7	596		18	52	52	26	26
116	Stefan Andrachow		507	6	356		7		52		26
98	Stryń Lipecki	1	43	5	958		12		52		26
106	Michał Łachocki	1	660	5	1375		10		52		26

Anmerkung: Im Allgemeinen besitzt der Ortsrichter Bieszczow nach der gegenwärtigen Vermessung über 500 Joch weniger als bei der im Jahre 1820 bestandenen Herrschaftlichen Vermessung ist.— Dieses kommt hier dieses ist zum größten Theile der schlechten Vermessung und zum Theile dem Umstande zuzuschreiben, daß der Besitz [illegible] an Bodenfläche [illegible] der Besitz von Bodenfläche schlechten Vermessung [illegible].

Nr. domu	Nr. arkusza indywidu. stary	Nr. arkusza indywidu. nowy	Imię i nazwisko podług arkuszów indywidualnych z roku 1824 —	Obszar gruntów podług metryki starej: Liczba Kawałków	Morgi	Pręty	podług metryki nowej: Liczba Kawałków	Morgi	Pręty	podług mappy z roku 1823: Liczba Kawałków	Morgi	Pręty	Powinności pańszczyźniane podług Arkusza starej taxy			pańszczyzna z r. 1820 czynsz		Obserwator inwentarz z roku 1812		aktualna
3		68	Kwadrydyczka Andrusicha	14	24	1443	23	40	1114	14	24	1575				104		104		
9		51	Zachow Zwan				24	37	1212	14	23	1258				104			104	
18		99	Szaja Wasyl	Szaja andruś 12	18	64	15	21	586							104			104	
21		37	Grama Petro				10	16	922	8	26	1264				104			104	
38		90	Paraszczyn Pawło	Pawłka Paraszczyn 9	17	843	11	19	1216	12	23	662				104		104		
39		102	Szewarow Łuć				18	25	1198	12	23	1190				104		104		
41		39	Grama Zwan	17	31	902	20	29	1372	15	33	487				104			104	
45		55	Zozypów Zwan				20	30	1220	14	26	994				104		104		
47		85	Jank Zwan				11	17	1437	13	22	274				104			Zwan Pawłik 52	
48		86	Jank Zacko				15	29	307	15	30	972				104		104		
49		83	Murafa Łuć				14	21	780	13	24	1208				104			104	
53		115	Woroniczuk Mikoła				14	27	1501	12	22	322				104		104		
58		43	Hołowczuk Anton	Hołowcz. Mathwij 15	20	924	15	21	294	14	25	1182				104		104		
68		110	Wilczek Zwaś				17	30	1331	14	25	254				104			104	
73		46	Hetman Wasyl				11	18	587	15	24	998				104			104	
91½		94	Romaniczyn Zwan				6	7	1414	1	1	672				104		104		
99		84	Olejnik Cyrl cymbalista Fed				7	16	644	14	25	1050				104		104		
100		20	Cymbalista Stryj				15	32	196	26	25	908				104			52	
102		58	Kozotasz Michajło				15	19	589	12	14	1158				104		104		

Nr domu	Nr arkusza indywidualnego starego	Nr arkusza indywidualnego nowego	Imię i nazwisko podług nowego arkusza indywidualnego	Objętość gruntów podług starej metryki: Liczba kawałków	Morgi	Sążnie	podług nowej metryki: Liczba kawałków	Morgi	Sążnie	podług mappy z r. 1823: Liczba kawałków	Morgi	Sążnie	Po[illegible] Stokinu[illegible]rza: Ciągło	p[illegible]
6		114	Wołoszyn Hryń				4	2	638	1	1	650		
8		52	Jaremków Iwaś				4	10	1524					
8		36	Dto i Garbaczeski Hryń				10	9	1196	16	22	238		
32		111	Wilczek Hryń				4	5	1121	wilczek Jaśko 13	24	560		
35		70	Łasiowa Iwanicha				3		693	Łasiowa oryszka 14	16	924		
44		77	Makary Wasyl				1		176	2	6	1536		
60		65	Krysa Petro				4	3	695	6	6	1084		
72		91	Podolak Onufry				4	6	241	6	10	739		
87		108	Tymków Hryń				1		800	2	4	184		
92		88	Pauk Hawryło				2	2	1304	6	6	1420		
98		97	Sosnoski Iwan				2	1	43	3	5	958		
109		71	Łaszkow Pańko				1		810	2	5	802		
110		35	Garbaczeski (o. Szwab) Hryń				3	4	1087	13	25	1174		
119		113	Wilczek Ted				4	7	189	3	9	626		
126		119	Żołnierzyk Semko				1		670	1	1	682		
62		19	Cymbalista Iwan				13	16	1221	13	13	1252		

Petycje właścicieli dóbr
w związku z „regulacją" pańszczyzny (1846)

Pismo Waleriana Krzeczunowicza

Kretkowska Walerya

I.

1)

Euere Erlaucht!

Für Allerhöchste Entschließung vom 12 Novembr. in Betreff

In Folge hoher Rescripte vom 25ten November l.J. Z. 609 wurde
[illegible] Vorschriften in Betreff der
Uebernahme der Grundsätze der gesetzlichen
Verjährung [illegible] Z. 7185 in Betreff
der Anwendung der grundherrlich-bäuerlichen
Verhältnisse zur allgemeinen
Kenntniß gebracht. —

Bei Rothwendigkeit der Anwendung grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisse
die Gerichte wenn sich [illegible] Ihnen Euer Erlaucht
Verjährung so wie auch von den gerichtlichen Freunden und selbst
einen einsichtsvollen Freunden Gerichte. Wir wenden treue Sorge der
Gerechtigkeit zu diesen Zwecken [illegible]
überhaupt welche diesen für unsere allerhöchste Person Ehrfurcht
Ehrfurcht welche diesen für unserer allerhöchsten Person allerhöchst
über welche wichtigen Gegenstand erregen sollte, [illegible] Gesetz
nämlich [illegible] Gerichte oder wenigstens mit Gesetz
Zeiten der gerichtlichen Commission [illegible] gerechten Grundsätzen
und nur unseren Treuen Unterthanen [illegible] Zeiten unserer Zeit,
den Erfordernissen neuer Cultur und der Gerechtigkeit
angemessener [illegible] so weit wir auf [illegible] Grundsätze der Gerechtigkeit
angemessener, und [illegible] Grundsätze der Gerechtigkeit [illegible]
neuer rechtsgründender Weise zu [illegible] worden wird. [illegible]
Verjährung vorgelegt; und [illegible] so weit es thunlich gewesen wäre [illegible]
in Gemäßheit der allerhöchsten Entschließung vom 9ten July 1844 über Verletzung
vollkommen treu und mit gnädigster Zustimmung vom Zweiundzwölf-
wurde in Zustimmung gebracht wurden. —

Patent z Kwietnia 1844 o dziale pomiędzy

Für die [illegible] Gerichte, und [illegible] Verhältnisse
[illegible] Gerichte, [illegible] Verjährung nicht [illegible] und [illegible]
[illegible] Verhältnisse vorgelegt, [illegible] Gesetzgebung nicht [illegible] und
[illegible] Gesetzgebung [illegible] so weit sie, in Folge der Rescripte
Erlasses vom 25ten November l.J. Z. 609, zur allgemeinen Kenntniß gebracht
worden [illegible] allerhöchster Entschließung vom 12ten November in dieser Gesetzgebung den
[illegible] Gesetz gebracht. — Wir hoffen daß die Vorschriften, den Grund-
sätzen zu entsprechen zu [illegible] Instructionen sorgfältigen Instructionen zur
Ausführung der bereits [illegible] Grundsätzen Gesetzes

Für die allerhöchste Entschließung

Exzellenz!

2. Zu der mit gehorsamster Vorstellung ehrerbietigst beigefügten Abschrift des Protokolls über die Verhandlung der Kommission zur Untersuchung der Verletzungen der Grenzen und anderen Übergriffen, welche sich die Einwohner von Zagnanin gegen die Einwohner von Kamin haben zuschulden kommen lassen, erlaube ich mir ganz gehorsamst zu bemerken, daß ich mich veranlaßt gefunden habe, den Kommissarius Kreisrichter Wernitz zu ersuchen, sich an Ort und Stelle zu begeben, um die Untersuchung zu vervollständigen und zu beschließen. Ich habe mich dazu um so mehr veranlaßt gefunden, da ich aus dem Protokolle ersehe, daß die Kommissarien sich nicht einmal darüber vereinigen konnten, ob die Einwohner von Kamin oder die von Zagnanin die Grenzen überschritten haben, und daß sie sich auch nicht

Kreisamt entweder gar nicht oder nicht zur rechten Zeit die nothwendigen Maaßregeln treffen wird indem ~~dasselbe auf~~ der Herr Kreishauptmann auf eine ähnliche ihm von Seite des ~~Be~~ Verwalters der, dem Fürsten Karl Zabłonowski gehörigen, Güter Bursztyn vorgebrachte Klage die mündliche Antwort gab; ~~daß er sich wundere~~ er wundere sich daß das Dominium in einem so theueren Jahre von den Unterthanen den Haferzins einzubringen gedenke. Diese Antwort ward gegeben obwohl es bekannt ist daß die Arendte in unserer Gegend gut ausgefallen ist und obwohl der Herr Kreishauptmann sich nicht ~~einmahl~~ die Überzeugung nicht verschaffte ob und wie viele Bauer der Bursztyner Gemeinde ~~zur Leistung die Leistun~~ den Haferzins nicht leisten können. ~~Dieses Beyspiel wirkte~~ die Versagung des Haferzinses in Kunaszow wirkte in der Nachbarschaft ansteckend und es haben ~~seit der Zeit~~ die Bauern der mir gehörigen Herrschaft Bouszow und ~~andere~~ einige anderen Gemeinden die Leistung des Haferzinses aus dem Grunde versagt, weil das nach ihrer Aussage vom Kreishauptmann Werner den Kunaszower Bauer übergebene Patent, sie davon befreyte. ~~Gemeinde der Gemeinden~~ derselben Gemeinde Kunaszow die Bauern ~~in dem gedachten Dorfe Kunaszow und in der Herrschaft Bouszow~~ wollten, obwohl mehrmahls vorgeladen zu der gesetzmäßigen Wahl des Dorfrichters und Geschworenen in der ~~Dom~~ Dominikalamtskanzley nicht erscheinen und es hat das Dominium nicht die Macht sie zum Gehorsam zu bringen.

31. Seit dem J. 1832 in welchem ich die Herrschaft Rotszowce käuflich an mich brachte versagen mir die Zensiten der zu dem Herrschaftsgehörigen Gemeinde Harbutow die Leistung der Geldzinse und anderer Schuldigkeiten, obwohl dieselben nach den Gesetzen und Inventarien gebühren und bis zum J. 1831 von den ehemaligen Grundherren bezogen wurden. Ich tratt im als Kläger auf ~~und obwohl ich wurde~~ nach dem ~~mir~~ ~~ich nach einem~~ ~~14 Jahre dauernden Rechtsst~~ in Folge eines Vielgährigen Rechtsstreites durch ein Theil der angeklagten Schuldigkeiten der Harbutower Zensiten ~~das~~ die Entscheidung der hochl. Hofkanzley vom ~~Einen~~ der andere Theil ~~[illegible]~~ zuerkannt

Und obwohl einige der angeklagten Schuldigkeiten ohne Verzug aufgeklärt als richtig befunden und sollen verfolgt jedoch das Rezeiner Kreisamt diese Eintreibung bis zur Beendigung des Rechtsstreites. Dieses geschah in Folge des von seite mehreren Kreisämter aufgefaßten Grundsatzes die Grundobrigkeiten gewissermaßen zu erhalten

wurden F ~~ist bis nun zu~~, ohngeachtet mehrerer von mir an das selbe ~~Brzezaner Kreisamt~~ eingereichte Gesuche, zur exekutive Eintreibung dieser Schuldigkeiten bereits erwähnten nicht ~~erfolgt~~ geschrieben und es hat der exponirte Kreis ~~[illegible]~~ Stecher im vorigen Monathe sich geäussert dass die ~~[illegible]~~ exekutive Eintreibung dieser Schuldigkeiten in einem so theueren Jahre nicht erfolgen kann; ~~[illegible]~~ dazu kommt noch dass ein Theil dieser Schuldigkeiten auf in ~~einer~~ einer Händler Frohnen besteht auf welche doch die Theuerung der Produkte keinen Einfluss haben kann.

F werden dieselben demnach von den Zensiten verweigert weil es denselben schwer fällt zur Leistung ihrer Schuldigkeiten, von denen sie seit 15 Jahren befreyt waren, zurückzukommen — ~~und es hat~~ das Brzezaner Kreisamt hat aber

4 — ~~Siehe~~

Grundsätze: Holzgsrecht (zapomniany patent)
Maxymy o Grundstreitigkeiten —
prowizorya za poddanemi —

Przykłady: Zgnać o świniach (Kreisamt podciągał sprawy do niego nienależące pod swoje rozstrzygnięcie zu Gunsten der Unterthanen) i te wyżej —
Manchmahl ohne Untersuchung —
Kradzieże w Krzywem podane do cyrkułu przez Verzögerung zapomniane und in Vergessenheit oder verjährt —

Publikacya patentu z Kwietnia i tłómaczenia chłopskie —

N=1 nie wziął do protokołu i nigdy takie rzeczy nie biorą bo się boją a na nasze przedstawienia im brać na nic

Chłopi Bonszowscy skarżą się przed Ztenem 31° Dec. za to że im każą osypy dawać (po publikacyi patentu) gdy im ten przedstawiał że muszą dawać bo patent każe, odpowiedzieli że to nie cesarski patent ale Stadiona tego samego który ma Bohorodczany — że to kłamstwo że on temu nie wierzą —

23° Dec. W ~~Brzeziu~~ Sosnowie patent publikowany — Stecher oddał Łuckiemu (którem nie jest gem. Vorstand) exemplarz chociaż tam jest Xiądz, diak i inni umiejący czytać i pisać — Łucki tedy ma im patent tłómaczyć, ten sam Łucki ~~który~~ przeciw ~~którego~~ (Ojcu i innym) od laty kilkudziesięciu były skargi że burzy gromadę i do niepostu skargę etc. pobudza; — przeciw któremu ~~dnia~~ była Untersuchung w początkach Dec. przez konceptpraktykanta Blaut, któren przy untersuchung odebrał mu książek zakazanych dużo plik papierów (Stock- i inne inwentarze), supliki chłopskie podpisanej przez całą gromadę plenipotencyi widymowaną kopią w magistracie Trembowelskim; przy tej komissyi Blaut zakazał mu w obliczu gromady i wójta zakazał mu się mieszać w sprawy gromadzkie i do gromady się odezwał żeby do Łuckiego w niczem się nie udawali po sprawę pogorszą — Ta Untersuchung była aus Anlas vieler Klagen dominii (o burzenie) i księdza, że jest niemoralnym że niebezpieczne wiewa przed gromadą mowy (n. p. że namawiał by więcej jak 52 dni nie robili, że mówił ne bade dobre poki nasze noży na pańskich hazdłach ne potancyjut, na księdza także etc.)

Substhäle der Unterthanen, wo das Dominium Pierwszy ist, werden nicht untersucht oder spät untersucht —

(zabrał świnie

Den 9ten Dezember l. J. ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~

~~[illegible]~~

Poddani z Dubszcza skarżyli że kilku pobił i pojadł nierogaciznę, że jednemu od 4 tygodni świnię trzyma a reszta przed 8mią dniami kilkanaście sztuk zajął i nie oddaje —

~~[illegible]~~ Dem Dom aufgetragen augenblicklich auszufolgen für die getödteten und verzehrten Vergütung zu leisten indem solche Pfändung gesetzwidrig und strafbar ist —

Dubszczańskim chłopom rezolucyja do rąk dana 11o a 12o chłopi wywalili drzwi u stajni przy leśniczówce i gwałtem świnie zabrali —

2

325

List Kornela Krzesz. do ojca (Waleriana) z 7/II (1847)

Lwów 7° Lutego

326

Kochany Papo Ja siedzę nad moją robotą nad którą
[illegible] wyślepię. — Słyszałem że [illegible] Prze:
[illegible] instrukcyje do regulacyj [illegible]
[illegible] wziąść do roboty [illegible]
[illegible] trzeba przyj[illegible] roboty jakiego zdą[illegible]
człowieka, bo to duża [illegible] Antonowicz nie wystarczy
i ekonomyą zaniedba, [illegible] lekkoduch, jego robotom n[illegible]
można będzie wierzyć. — Może Antonowicz kogo zar[illegible]
duje. —
Posyłam Papie niektóre objaśnienia względem regulacyj:
Najgłówniejszą rzeczą jest Aufnahme des Grundbesitzes.
potrzeba bydź ostrożnym żeby nie zapisać ani za mało /: [illegible]
żeby powinność została jaka jest :/ ani za wiele /: bo to co
na nich zapiszemy to już im zostanie (i im własność przyznana będzie). — Szczególnie
nie zapisywać nic z dominikalnych ani wątpliwych gruntów,
~~jez~~ chyba gdyby to potrzebnem było dla powiększenia powinno=
ści. — (n.p. w Bouszowie za laskami, paszę między wodami nie brać, jeżeli nie potrzeba) —
W Bouszowie nie będzie można przeprowadzić ten
interes bez ułożenia nowej metryki poddańczej. — ~~po której~~
~~Książkę posyłam. — W tej metryce niech rubryki~~
~~porobią [illegible] jak w starej Katastralnej i potem je wszyst=~~
~~nią, — w tej mierze tak sobie mają postąpić~~: W tej mierze tak postąpić:
1° Ponieważ parcelle trzeba przejść w polu, więc żeby się
nie mylić w zapisywaniu imion na polu trzeba żeby
mieli zawsze pod ręką Index alfabetyczny teraźniejszych
posiadaczy wszystkich, który Index w domu, zwoławszy najświadom=
szych z gromady trzeba zrobić jako A. — ~~Ten~~ Na początku
kłaść podług alfabetu Przezwiska, nie ~~[illegible]~~ imiona chrzestne a imie
chrzestne po przezwisku. Ten Index [illegible]eryfikować z Einzahlungs=
tabellą podatkową, by się imiona, o [illegible] można zgadzały. Ten
Index ma zawierać odpowiadające imiona z mappy i z Sumariusza — To robotę ułatwi
[illegible] zrobi — Ten index zaraz zrobić —

(w domu zaraz) (jako B)

2º Zrobić rejestr rubrykowany na każdą [illegible] osobna po kilka arkuszy — Ten rejestr będ[illegible] wypełni[illegible] polu przy reambulacyj — a po [illegible] domu

A

Index alfabetyczny

1	2	3	4	5	
Post[illegible]			Nazwisko des Grund[illegible]		
			des [illegible]	Wir er na dem igro=metrischen Inventar Vorkommt	[illegible] der Gr[illegible] Vork[illegible]
1.	[illegible]	20.	Cymbalista Hryń	Doubak Zwan	Doubak [illegible]
2.	[illegible]	{7. 8.	Doubak Pa[illegible]	Wilczek Andruś	{Wilczek An[illegible] Wilczek Hry[illegible]
3.	4. 5.	18	Dothun Zwan	{Cymbalista Fed Cymbalista Wasyl	Kurdydyk
4.	8.	12	Kurdydyk Zwan	Kostnik Stefan	Kostnik Stefan

I tak wszystkich jednego za drugiem aż do końca — ~~[illegible]~~ ogrodników także —

To ma służyć do użytku przy weryfikacyi parcel na polu —

Zmiana pokładłem dla przykładu —

Także dla przykładu pokładłem po dwa numera w ~~[illegible]~~ rubryce 2 i 3 — a po dwa imiona w rubryce 5 i 6 — na przypadek gdyby któren posiadał grunt złożony z parcel należących dawniej do dwoch lub więcej gospodarzy, co można dojść z Einzahlungs=tabelli, choćby nie bardzo dokładnie. —

B

Nazwisko niwy: teraźniejsze Gumnisko - - - podług mappy z r. 1823. Zagrody - - podług [illegible] 1820. Gumnisko

Post No					Flächeninhalt (gegenwärtig)													
					Nach den Ergebnissen des grav. Katasters vom J. 1820						Nach der geometrischen Vermessung							
					Aecker		Wiesen		Hutweiden		Aecker		Wiesen		Hutweiden			
Laufendes	Des geometrischen Inventars vom J. 1823	Des Summarium vom J. 1820	Der entsprechenden topogr. Parzelle	Des Hauses	Joch	□ Zl	Joch	□ Zl	Joch	□ Zl	Joch	□ Zl	Joch	□ Zl	Joch	□ Zl	gegenwärtigen Besitzers	Anmerkung
1.	10	5	240	2	2	454					5	281					Cymbalista Heyn	
2. } 3.	3	6	221	3. } 5.														

Korn. Krzeczunowicz

Brulion pism do ces. Ferdynanda
i arcyks. Jana w sprawie „regulacji" 1846 r.

330

Kompt

Euer kk. Majestät!

Aus allen Gegenden Galiziens strömen unzählige Klagen über die übermäßigen Verluste, welche die, im Grunde des Kreisschreibens vom 25ten Nov. 1846 ~~[illegible]~~ auszuführende Regulirung der ~~[illegible]~~ gutsunterthänigen Verhältnisse, den Grundherren zuziehen soll; — über die äußerst großen ~~Mißv~~ und sehr gefährlichen Mißverhältnisse in der Vertheilung der unterthänigen Schuldigkeiten, die aus der bevorstehenden Regulirung hervorgehen werden; — über die, das Wohl des Landes gefährdenden, Folgen dieser Regulirung.

Der ~~gehorsamst~~ ~~[illegible]~~ Gefertigte hat in der innliegenden Schrift die hauptsächlichsten Momente dieser ~~Klagen, Klagen~~ beschwerden und die Ursachen, die zu denselben Anlaß geben, ⌈ ~~[illegible]~~ und zugleich zu beweisen gesucht, daß die Verfügungen des oben bezogenen Kreisschreibens ~~[illegible]~~ — hauptsächlich aus dem Grunde, weil dieselben nicht ~~auf~~ nach einem billigen und festen System ⌈ ~~[illegible]~~ — in ihrer praktischen Anwendung ⌊ ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ ~~begründen müssen~~. —

⌈ zusammenzustellen

⌈ durchgeführt werden sollen —

⌊ zu sehr bedeutenden Beeinträchtigungen wohl erworbener Rechte, zu unersetzlichen Verlusten und ~~[illegible]~~ zu großen Gefahren für ~~das~~ das Gemeinwohl führen müssen.

Der ehrfurchtsvoll Unterzeichnete wagt es daher — im Sinne

~~Gehorsamst Gefertigter wagt es daher — im Sinne~~ des von mehreren seiner Mitbürger im Monathe ~~März~~ Februar l. J. durch das hh. galizische Landespräsidium eingereichten Gesuches — ~~Allerhöchst~~ ~~[illegible]~~ Euer hh.

Majestät allerunterthänigst zu bitten; – Allerhöchstdieselbe geruhe Allergnädigst anzuordnen, womit eine, aus unparteiischen, sachkundigen, mit den Landesverhältnissen und insbesondere mit den gutsunterthänigen Verhältnissen innig betrauten, und um das Wohl des Landes aufrichtig besorgten ~~Leuten~~ Individuen ~~zu~~ zusammengesetzte – Kommission ernannt werde, zur Untersuchung in wie weit und auf welche Art die angeordnete Regulirung der gutsunterthänigen Verhältnisse in Ausführung gebracht werden könne; – auf daß ~~dieselbe~~ ~~auf~~ die neuen, in Folge der Regulirung, zu schaffenden Rechtsverhältnissen eine ~~gegründete Hoffnung auf~~ ~~einen lange~~ dauernden Fortbestand ~~derselben~~ ~~erwecken~~ enthalten, und den entmuthigten Landproduzenten zur Entwickelung neuer Thätigkeit Muth einflößen; – auf daß die zukunft unseres Landes durch die Regulirung der gutsunterthänigen Verhältnisse nicht gefährdet, sondern gesichert werde. –

~~eine~~ Gewähr für ihre

An
Seine k.k. apostolische Majestät
Kaiser Ferdinand ~~III~~ I

Kornel Ritter v. Krzeczenowicz
galizischer Landstand

unterlegt seine unterthänigste Bitte betreffend die Regulirung der gutsunterthänigen Verhältnisse in Galizien

1 Beilage

Euer Hochwohlgeboren!

Die bestehende Anzeigepflicht der Entbindungen Schwangerer in Berlin, [struck: soll wegen der Strafe] [struck: wegen] soll, sowohl für die unmittelbar Betheiligten als auch für den allgemeinen Schutz, [struck: der Strafe wegen] [struck: Hochgeboren] auf die Hebammen, und [struck: Hochgeboren] Euer Hochgeboren dürfte ein um so größeres Interesse für Euer Hochgeboren haben, als Höchstdieselben die Verhältnisse Berlins die Verhältnisse [struck: Berlins] wie die Berliner Polizei [struck: Verhältnisse] besitzen.

Ich wage [struck: demnach] deshalb [struck: mir] die ehrerbietigste Bitte [struck: zu] Euer Hochgeboren [struck: ehrerbietigst] [struck: zu] [struck: bitten] [struck: Euer Hochgeboren]

Den

Seiner Kk. Hoheit dem

durchlauchtigsten

Erzherzog Johann

von Oesterreich

Kk. Prinzen

in

Wien

(15 x)

(Hochlöbliche Hofkanzlei)

An
Eine Hochlöbliche Hofkanzlei

Komel Ritter von Krzeczunowicz galizischer Landstand

bittet um Einbegleitung seines einliegenden, die Regulirung der gutsunterthänigen Verhältnisse (in Galizien) betreffenden Gesuches an Seine Kk. Majestät

Gefertigter bittet Eine ~~[illegible]~~ das einliegende Gesuch samt Beilagen ~~Seiner Allerhöchst~~ zur Allerhöchsten Wissenschaft Seiner Kk. Majestät unterbreiten zu wollen

1 Beilage

Ihre

Imim HK

[illegible] [illegible]

Kaiser Ferdinand I

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Dessen Antrag [illegible]

nowicz [illegible]

[illegible] Landstand

[illegible] [illegible]

[illegible]

[illegible]

[

Brulion pisma Cetnera do cesarza

Zu Anlage A

Euere Majestät!

In Folge
~~Hier~~ der a. g. Entschließung vom 12ten Nov. 1826
sehre soll nun unser Uebereinkommen ~~Zuschuß~~
~~genehmigt~~ ins Leben treten welche den unterzeichneten
Gerichtsherrn und den andern Grundherrn die Verbindlichkeit
auch gegen Ihrer Majestät Grundherrn übernimmt,
~~ohne zu~~ den Lehnhof bauzupflichtig und Hirte der
Grundherrn ohne zu den Lehnhof Dienst.
Wenn wir betrachten daß dieser Verlust ~~und in Folge~~
der letzten Verordnung Hollnen Herrenpferde ~~trifft trifft~~
so können wir nicht unsere Ihnen Verlust als Mensch
anzusehen ~~welche auch für die Hunde~~ ~~und Hunde~~,
~~die wir nicht für Windspiele und Hunde~~ für Grundherrn
Ihnen die gerechtesten Grundherrn unbegrenzt beschuldigt
worden sind. — Die Entschädigungen in Betreff der
übrigen strittigen Punkte der Mißbräuche der grund-
herrschaftlichen Gerichtsbarkeit der Grundherrn
und ihnen gerechtesten Rechte unbegrenzt zugesprochen
werden können wir auch nur auf die Zeitungsberichte
und den Rechten der uns und in Verbindung kommenden
Freunden Euerer Majestät, ~~daß diese Berichte Ihnen~~
~~wir Ihnen daß Grundherrn~~ für ~~wir~~ ist
dieser, wir wir glauben mindestens der Lieber der Lehnhof
entsprechen, Zeitungsberichte und die ~~Rechte der~~
alten Grundherrn freundlich, welche die
Lehnhof sollten, denn — müssen auch auf den Lehn-
rechten Schluß bringen daß die ähnlichen der alten-
sichsten Verfassung zusammenden Briefe ~~auf~~ den
zweifachen Zeitungsberichten entsprechen.

~~Für die Entschädigung der Gerichtsherrn~~
Die entsprechende Gerichtsherrn müssten sich gegen
alle solche gegen der Grundherrn unbegrenzt ~~unbegrenzt~~
unbegrenzten ~~Rechte~~ Beschuldigungen, in so weit solche auch
durchaus können, Inhaltlich als Verleumdungen erscheinen und
~~für Majestät auch daß~~ in Betreff solcher auch strafender Ver-

leumdungen Euerer Majestät unsere allerunterthänigsten
Klage vorlegen indem wir von allen diesen
Beschuldigungen freygesprochen und des Schutzes, der
Wohlthaten welche uns von Seite Euerer Majestät
und der Vorfahren Euer Majestät ~~zu mit innigster~~
~~Dankbarkeit~~ zu Theil wurden mit innigster
Dankbarkeit gedenkend — als die getreusten
Unterthanen Euer Majestät angesehen werden wollen. —
~~Allerunter~~ Wenn wir auf die letzten höchst traurigen Ereignisse
unser Blick zurückwerfen so ~~können wir nicht umhin~~
~~gestehen~~ müssen wir zugestehen daß wir in unseren
und den unbekannten östlichen Kreisen Galiziens
viele, der mittleren und niedrigsten Gesellschaftsklasse
angehörigen, Leute in hochverrätherische Umtriebe
verwickelt sahen und daß diese ~~Leute~~ vermögens- und
unterhalts-lose Leute, ~~[illegible]~~ die nichts zu verlieren
hatten und in ihrem verbrecherischen Wahnsinn vieles
~~[illegible]~~ zu gewinnen hofften, Ruhestörungen und Aufstände
im Lande verbreiten und zu diesem Zwecke des rohen
Landvolkes sich bedienen wollten. Nachdem ~~[illegible]~~ die
Umtriebe dieser Leute ~~[illegible]~~ zu Nichte
gemacht worden sahen wir ~~die~~ in der zweyten Phase
dieser unglücklichen Ereignisse das aufgebrauste
trotzig ja gewordene Landvolk sich
allen Anordnungen der Grundobrigkeiten und
der höheren Behörden sich widersetzen und häufig
zu

Petycja do Wydziału Stanowego

336.

Nahujowska Ludwika

Manujewna z Coodertkowa

Wysoki Wydziale Stanów!

Z wyrobionych i przysłanych mi do podpisu operatów regulacyjnych przekonałam się iż w dobrach moich w skutek postanowień patentu regulacyjnego z dnia 25go Listopada 1846 bardzo znaczną stratę ~~w prawnie nabytej własności mojej ponosić muszę~~ ~~po~~ ponieść muszę. ~~a mianowicie~~.

~~W dobrach Kropiwnik w cyrkule Sanockim położonych~~

~~Następujący wykaz~~ Następujący z operatu regulacyjnego wyjęty wykaz zawiera w sobie obliczenie tej straty:

Imię dóbr i ~~cyrkułu~~ obwodu	Ilość dni pańszczyźnianych podług stanu dawnego — Dnie ciągłe	Dnie pieszo	podług patentu z dnia 25go Listop. — Dnie ciągłe	Dnie pieszo	Strata na każdych 100 dni pańszczyzny
Kropiwnik ... w obwodzie Samborskim	22783	2.604	1846	8164	75 1/3 / 00
Czernica i Piaseczna w obwodzie Stryjskim	9.529	5.648	156	7644	68/00

~~W tym wykazie przy~~

~~Uwaga Dla obliczenia procentu straty przyjęto w tym wykazie przyjęto wart~~

Uwaga

dla obliczenia ~~procen~~ straty podług procentu przyjęto w tym wykazie wartość jednego dnia ciągłego równą wartości dwóch dni pieszych, chociaż rzeczywista wartość dnia ciągłego jest większą.

Przytem uwagę wysokich Stanów zwrócić muszę, iż ~~o ile mi są wiad~~ w skutek tejże ~~regulacyj~~ nakazanej regulacyj poddani w dobrach

~~Pomimo~~ Pańszczyzna dotychczasowa
w rzeczonych dobrach była moją nieograniczoną,
pod opieką praw
~~prawnie~~ nabytą i ~~najwyższemi prawami~~
temiż prawami przyznaną własnością, której
~~Postanowienia~~ znaczną część ~~w skutek~~
nowo ogłoszonego patentu mi odbiera.
~~Udaję się przeto do Wysokiego w. i. z prośbą~~
~~ażeby o wstawienie się u najwyższego~~
~~rządu~~
~~Stosownie~~ Gdyby więc wyżej rzeczony
patent ~~w wykonanie przeszedł~~ wykonanym
znaczny części owej pańszczyzny
został i mię moich praw własności
pozbawił należeć mi się będzie stosownie
do § 365 Kodeksu cywilnego zupełne wyna=
grodzenie za odebraną mi własność i to
nie według oszacowania wartości ~~według~~
~~z roku~~ tej pańszczyzny z roku 1820
ale według rzeczywistej teraźniejszej
wartości tejże pańszczyzny.
~~Udaję się przeto do Wysokiego~~
Proszę przeto ~~ażeby~~ Wysokiego Wydziału
Stanowego ~~w najwyższego~~ o wstawienie
się u najwyższych rządów Krajowych,
ażebym prawnie i sprawiedliwie należące
mi wynagrodzenie ~~za odebraną mi~~
~~własność~~ otrzymała — gdyż ja nie jestem
w stanie nakłady

Wysoki Wydziale Stanów!

Z wyrobionych i przysłanych mi do podpisu operatów regulacyjnych przekonałam się iż w dobrach moich w skutek postanowień patentu z dnia 25go Listopada 1846 bardzo znaczną stratę ponieść muszę. Następujący z operatu regulacyjnego wyjęty summaryczny wykaz zawiera w sobie obliczenie tejże straty.

Nazwisko dóbr i obwodu	Ilość dni pańszczyźnianych		Uwagi
	podług stanu dawnego	podług nowego patentu	
	Dnie	Dnie	
			Strata na każdych 100 dni pańszczyźnianych
			Dla obliczenia straty podług powyższego wzoru

Muszę ~~także~~ tu także zwrócić uwagę wysokiego W. S. na tę okoliczność iż w dobrach moich ~~nie wszystkim podanym~~ ~~jednakowo~~ powinności niektórych podanych bardzo wiele, innym zmniejszoną bydź ma, ale niektórym bardzo wiele, innym mało. To zmniejszenie powinności wcale nie zostaje w stosunku istotnej dotacyi, ale zupełnie od przypadku zależy. Przyczyną tej nierówności jest, że ~~za podstawę regulacyi~~ ~~katast ani na dom ani na służbę~~ przy tej regulacyi ani służebnictwa ani daniny, które nie ~~nie~~ od wszystkich poddanych ~~oddawać~~ się należą, nie są uwzględnione nakoniec że katastr pro- ~~który za pod~~ wizoryczny, który za podstawę do tej regulacyi służy, tak co wymiaru jako też co do oszacowania gruntów zupełnie jest fałszywym.

~~Bardzo słuszną więc jest obawa~~

Nierówność w rozdzieleniu powinności bardzo słuszną wznieca obawę, iż ci poddani, którym stosunkowie większe powinności przepisanemi zostaną, ~~za~~ ~~skrzywdzo~~ sądzić się będą skrzywdzonemi, ~~i tak istniejące między wiejskim ludem wzburzenie ciągle wzmagać się będzie, co będzie do nieukontentowania i utrzymania~~ ~~Takie niebezpieczne tej nierówności~~ ~~wzbu~~ i nieukontentowanie swoje między ludem wiejskim rozszerzać ~~rozszerzać będą~~ ~~a istnieją niebezpieczne skutki jakie ztąd wynikną mogą łatwo przewidzieć~~ i istniejące wzburzenie umysłów utrzymywać nie ~~przestaną~~ omieszkają. ~~Skutki Taka regulacya dobrych skutków złą tylko~~ przyszłość dla kraju rokować może

Z takiej regulacyi złe tylko skutki dla kraju wynikną mogą

Wyroki Wydziału Stanów

z ~~mego~~ ukończonego już i przysłanego nam do podpisu operatu regulacyjnego przekonaliśmy się iż w dobrach naszych Wołoszkowie w cyrkule przemyślskim położonych, w skutek ~~patentu z dnia 25 go~~ regulacyi państwowy patentem z dnia 25 go Listopada 1846 nakazanej, znaczną stratę ponieść będziemy musiały.

Sprawy „odciążenia" gruntów
i uregulowania serwitutów
(do Patentu z r. 1853)
1857, 1861

S

Euere Majestaet!

In Betreff der Entlastung von Grund und Boden und Ermög-
lichung einer besseren Cultur haben Euere k. k. Majestaet das al-
lerhöchste Patent vom 5ten Juli 1853. gnädigst zu erlassen und mit
allerhöchster Entschliessung vom 27. Oktober 1857. den Minister
des Innern und der Justiz zu ermächtigen geruht, zur
Durchführung desselben die Instruction vom 31. Oktober 1857.
festzusetzen. -

Vermöge der allgemeinen Grundsätze dieser allerhöchsten Gesetze,
namentlich aber die specielle und ausdrückliche Bestim-
mung des §. 4. des a. h. Patents ziehen unzertrennbar die
Pflicht, damit alle Grundlasten in der Regel gegen Ent-
gelt aufgehoben und erst dann, wenn die Ablösung nicht
zulässig ist, die Regulirung eintreten. -

Durch den §. 5. des a. h. Patents sind als Bedingungen zur
Ablösung festgestellt:
1.) damit durch Ablösung und die Art derselben der übliche Haupt-
wirthschaftsbetrieb des berechtigten oder des verpflichteten Gu-
tes auf eine unzweckmässige Weise nicht gestört
2.) damit nicht überwiegende Nachtheile der Landescultur her-
beigeführet werden. -

Nach §. 73. der Durchführungs-Instruction vom 31. Oktober 1857.
hat die Local-Commission behufs der Entscheidung der Frage,
ob und wie eine Grundlast abgelöst oder regulirt wer-

den soll, die erforderlichen Gutachten der ihr beigegebenen Sachverständigen zu veranlassen.–

Diesen a. h. Bestimmungen gemäß hat die im Hohen Staats-Ministerium im Grunde §. 34. des a. h. Patents vom 5. Juli 1853. bestehende Kommission bis zum Juni 1861. viele von der k. k. Statthalterei, als erster Instanz, auf Ablösung im Gelde oder Obligationen gefällte Entscheidungen bestättiget, seit jener Zeit aber im Widerspruche mit den früheren und zuwider dem a. h. Patente mehrere durch Gutachten von beeideten Sachverständigen im Sinne des §. 73. der Instruction motivirte Erkenntnisse, ohne sich von der örtlichen Sachenlage gründlich überzeugt zu haben, bezüglich des Ablösungspunktes, platterdings aufgehoben.–

Diese hohe Commission hat ferner in diesen Entscheidungen ohne vorangegangener Lösung der Frage, ob nicht eine andere Art der Ablösung, nämlich jene durch Abtrettung von Grund und Boden, zulässig sei – sogleich auf Regulirung der Brennholzbezugsrechte erkannt.–

1./ Aus dem hier sub 1/. angeschlossenen Memoriale geruhen Euere Majestaet zu entnehmen, daß durch diesen dem Geiste, als auch dem angestrebten Zwecke des a. h. Patents zuwider laufenden, auf einer unpraktischen Anschauung sich gründenden Vorgang, die Interessen der Landeskultur sehr empfindlich verletzt, und während den Berechtigten hiebei gar keine Vortheile zugewendet, der Hauptwirthschaftsbetrieb der Verpflichteten sehr hart getroffen wird.–

Euere Majestaet geruhen, nach gnädigster Würdigung der im bezogenen Memoriale dargestellten Sachenlage – zu befehlen:

1.) damit dem a. h. Patente vom 5. Juli 1853. vollkommen Genüge geleistet und die Fragen der Ablösung der Grundlasten nicht nach willkührlichen Ansichten, sondern auf Grundlage der nach §. 73. der Hohen Durchführungs-Verordnung vom 31. Oktober 1857. eingeholten, örtlich constatirten Gutachten der Sachverständigen gelöst –

2.) damit in jenen Fällen, wo das Hohe Ministerium die in den

Memorial als Beilage zu der von den galizischen Gutseigenthümern, bei Seiner k. k. Majestaet in Betreff der Behandlung der Servituten überreichten allerunterthänigsten Beschwerde.–

Das a. h. Patent vom 5. Juli 1853. bestimmt laut §. 4., damit alle Grundlasten in der Regel gegen Entgelt aufgehoben, und erst dann, wenn die Ablösung nicht stattfinden kann, die Regulirung eintrette:

In dem 5ten Sphe dieses a. h. Patents ist als Bedingung zur Ablösung festgestellt: 1tens, damit durch Ablösung und die Art derselben der übliche Hauptwirthschaftsbetrieb des Berechtigten oder des Verpflichteten nicht auf eine unersetzliche Weise gefährdet; 2tens, damit nicht überwiegende Nachtheile der Landeskultur herbeigeführt werden".–

Laut §. 14. lit: A. des a. h. Patents ist, wenn über die Art der Ablösung entschieden werden soll, zu erkennen auf Zahlung des Ablösungs-Kapitals und zwar nach der Wahl des Verpflichteten entweder im baren Gelde oder durch für das verpflichtete Gut von dem Entlastungsfonde ausgefertigte Schuldverschreibungen, wenn diese Art der Ablösung nach den Bestimmungen des §. 5. zulässig ist und von dem Verpflichteten die Ablösung durch Grund und Boden nicht begehrt wird.

Nach §. 73. der h. Durchführungs-Instruction vom 31ten Oktober 1857. sind Behufs der Entscheidung der Frage, ob und wie eine Grundlast abgelöst oder regulirt werden soll, die erforderlichen Gutachten der Kommissions-Sachverständigen zu veranlassen.–

Diese a. h. Bestimmungen hat das h. Staats-Ministerium in folgenden speciellen Fällen außer Acht gelassen:

Die von der k. k. Statthalterei in Betreff der Brennholz-Bezugsrechte der Gemeinden Zimnawoda, Rudno und Kaltwasser unterm 12. August 1860. Z: 1154., dann bezüglich der Brennholzbezugsrechte der Gemeinde Piskorowice unterm 7. September 1861. Z: 49.572.; der Gemeinde Podkamień, Brzeżaner

Kreises, unterm 22ten September 1860. Z: 2607.; der Gemeinde Dmytrowice, Przemyśler Kreises, unterm 13. April 1861. Z: 13.641. – auf Ablösung im Gelde oder Obligationen gefällte, durch das Gutachten der Sachverständigen motivirten Erkenntnisse sind mit den h. Ministerialdecreten vom 13. Juni 1861. Z: 1.235., 1ten Jänner 1862. Z: $\frac{25.186.}{2.361.}$, 14ten September 1861. Z: $\frac{15.480.}{1.474.}$ & 6ten Februar 1862. Z: $\frac{13.215.}{1.218.}$ ohne Constatirung der örtlichen Sachenlage bezüglich der auf die Zulässigkeit der Ablösung im Gelde einfließenden Momente aufgehoben und sogleich auf Regulirung dieser Grundlasten erkannt worden.

Zur Begründung der eben zitirten h. Entscheidungen führt das h. Ministerium im Allgemeinen Folgendes an:

a.) die von den Sachverständigen vorgebrachte Begründung, daß die Gegend waldreich ist, genügt nicht an und für sich dem h. Ministerio die beruhigende Uiberzeugung zu gewähren, daß im Falle der Ablösung des Brennholzbezuges mit einem Geldkapitale der Wirthschafts-Betrieb der Berechtigten nicht werde auf eine unersetzliche Art gefährdet werden – weil auf die Beurtheilung, ob die Berechtigten im Stande sein würden, sich eventuell das unentbehrliche Brennmateriale, dessen Bedürfniß täglich wiederkehrt, und das sie sich bisher aus den herrschaftlichen Waldungen in natura ohne Schwierigkeiten verschafft haben – kaufen zu können – wesentlich auch die Größe der Ablösungsrente, der Umfang, die Beschaffenheit und der Ertrag ihres Grundbesitzes und das Steigen der Holzpreise Einfluß nimmt –

b.) andererseits sei die Hinweisung auf Arbeit, durch welche sich die Berechtigten das Brennmateriale verdienen können, und die Bemerkung, daß mit dem etwaigen Steigen der Holzpreise, auch die Erhöhung der Arbeitspreise in der Regel gleichen Schritt hält, nichts weniger als geeignet, die Besorgniß zu beseitigen, daß die Berechtigten im Falle der Ablösung ihres Brennholz-Bezugsrechtes mit einem Geldkapitale einem Monopole und einem Zwange zu Arbeitsleistun-

gen nicht anheimfallen könnten.

c.) Außer diesen Motiven ist in der h. Ministerial-Entscheidung ddto 1ten Jänner 1862. Z: 25.186., betreffend das Brennholzbezugsrecht der Gemeinde Piskorowice bemerkt, daß der zur Begründung der Zulässigkeit der Ablösung mit Geld geltend gemachte Waldreichthum durch die von den Recurrenten in der Berufung angeführte und von der k. k. Statthalterei nicht widerlegte Verwüstung der Fremdherrschaft, und die Entlegenheit und Unzugänglichkeit der besseren Waldungen seine Bedeutung verliere.

Wenn auch, was nicht zugelassen wird, die in den hier behandelten Entscheidungen bezüglich der Ablösbarkeit vom h. Ministerium ausgesprochenen Grundsätze im Allgemeinen richtig wären, so müßten bezüglich derselben vor der Entscheidung die speciellen örtlichen Verhältnisse durch eine Lokal-Commission und Sachverständige konstatirt werden – denn so lange es mit Bezug auf diese Grundsätze nicht feststeht, daß:

a.) die Berechtigten dieser oder jener Gemeinde wirklich ihren Bedarf an Brennmateriale aus den Herrschafts-Waldungen ohne Schwierigkeiten sich verschafft haben –

b.) so lange nicht die Größe der Ablösungsrente, der Umfang, die Beschaffenheit, der Ertrag des Grundbesitzes der Berechtigten, so wie auch das Steigen der Preise, endlich auch die gegenseitige Tragweite dieser Momente in jeder Gemeinde konstatirt ist,

c.) ferner – in solange bei der Beurtheilung der Ablösungsfrage, die Arbeitskraft des galizischen Landmanns, welcher immer die ihm von der Bestellung seiner Grundwirthschaft erübrigende Zeit durch entlohnte Arbeit, sei es im Walde oder auf andere Art verwerthete, ebenso wie

auch das Steigen des Arbeitswerthes im Verhältnisse zu den Holzpreisen, in keine Rechnung gezogen, und so lange:

d.) die Besorgniß, daß der Berechtigte bei der Ablösung des Brennholzes einem Monopole und einem Zwange zu Arbeitsleistungen anheim fallen könnte – keine local konstatirte Sache ist – so lange kann auch folgerichtig und positiv der Umstand, „daß durch die Ablösung im Gelde der Haupt-„Wirthschaftsbetrieb der Berechtigten auf eine unersetzliche „Art gefährdet sei" – nur als eine Praesumtion, keineswegs aber als eine erwiesene Thatsache angesehen werden. –

Das h. Ministerium hätte daher zu seiner Beruhigung bevor Hochselbes zuwider dem a. h. Patente als letzte Instanz in einer so hochwichtigen, auf die Verhältnisse der Berechtigten und Verpflichteten, dann auf die Landeskultur Einfluß nehmenden Frage definitiv abgesprochen hat, jene Umstände, welchen das h. Ministerium in den vorliegenden Fällen ein so großes Gewicht beilegte, erheben, durch Sachverständige konstatiren, und erst dann erkennen sollen, ob die von der ersten Instanz auf Grundlage motivirter Gutachten von Sachverständigen ausgesprochene Ablösung im Gelde – vom Standpunkte des hohen k. k. Ministeriums zulässig sei.

Für den Fall der Unzulässigkeit der Ablösung im Gelde, hätte das h. Ministerium in den hier aufgeführten speciellen Fällen in Anbetracht dessen:

a.) daß bei der Local-Commission und von der k. k. Statthalterei diese von den Verpflichteten begehrte Art der Ablösung, nämlich im Geld als zulässig erkannt wurde –

b.) daß folgerichtig keine Veranlassung im Sinne des §. 14. lit: A. die Ablösung im Grund und Boden zu begehren vorgelegen sei – unter Aufhebung der k. k. Statthalterei-Erkenntnisse bezüglich des Ablösungspunktes, entscheiden sollen, „daß Falls der Verpflichtete nicht

die Ablösung im Grund und Boden verlangt, die Regulirung einzutretten habe."–

Durch den in diesen speciellen Fällen vom hohen Ministerio beobachteten Vorgang, konnten die Verpflichteten nicht in die Lage kommen, statt der Ablösung im Gelde, jene durch Grund und Boden zu verlangen – sie sind, daher zuwider dem a. h. Patente dieser Wohlthat verlustig worden – was auch die sub 2/. beigeschlossene über die Vorstellung der Gutsinnhabung von Zimnowoda erflossene h. Ministerial Entscheidung ddto 12. Jänner 1862. Z: 641. beweiset.

2/.

Daß die vom hohen Ministerio zur Beurtheilung der Ablösbarkeit aufgestellten Grundsätze und die wegen Gefährdung des Hauptwirthschaftsbetriebes der Berechtigten an den Tag gelegte Besorgniß vom praktischen Standpunkte unhaltbar sei – wird folgende, nähere Auseinandersetzung einzelner praktischen Fälle darthun:

Die 137 Berechtigten in den Gemeinden Zimnowoda, Rudno und Kaltwasser haben auf Grundlage der erhobenen Ertragsfähigkeit der dienstbaren Waldungen, das dem Scheiterholzquantum von 176 n. ö: Klafter gleichkommende Brennholz in den üblichen Sortimenten bezogen. Es entfällt somit auf einen Berechtigten 1⅓ n. ö. Klafter, somit nur ⅓. des durch Sachverständige ausgemittelten Bedarfes – die übrigen ⅔ des Bedarfes haben sich die Berechtigten, wie es ihre eigenen Aussagen bei der Local-Comission beweisen, durch die fürs Klafterschlagen bezogenen dickeren Aeste, somit durch Arbeit ins Verdienen gebracht.

Die aus dem Titel der Dienstbarkeit bezogenen ⅓ Klafter sind nach den Preisen vom Jahre 1836-1845 mit 86 kr. ö. W. pr. Klafter, somit für 1⅓ Klafter mit 1 fr. 15 kr. bewerthet. – Wenn nun dieser Preis auf das dreifache steigen sollte, so würde sich jeder Berech-

tigte über Abschlag der Ablösungskapitalsrente jährlich eine Geldquote von 2 fr. 30 kr. ö. W. zu beschaffen haben. Ob nun die Beschaffung dieser Differenz bei den gesteigerten Preisen der Arbeit und der landwirthschaftlichen Produkte den Hauptwirthschaftsbetrieb des Berechtigten auf eine unersetzliche Art gefährden könne? – ob ferner bei dem notorischen Waldreichthume der Gegend von einem Monopole und mit Rücksicht auf die konstatirte Gepflogenheit, seit jeher sich den größeren Theil des Brennbedarfes durch Arbeit zu beschaffen, von einem Zwange zu Arbeits-Leistungen die Rede sein kann? .... diese Fragen kann jeder Laje beantworten.

Bei Kiernica stellt sich die Ungrundhältigkeit der vom hohen Ministerio mit h. Decrete vom 5. Jänner 1862. Z: 12.479. beanständeten Ablösbarkeit noch greller heraus. Die 111 Berechtigten haben laut anruhender Entscheidung nach der Ertragsfähigkeit der Waldungen die 17½ n. ö. Klaftern gleichgestellte Klaubholzmenge bezogen. Es entfällt somit auf jeden einzelnen 15/100 n. ö. Klafter Birkenscheiterholz. – Das übrige zur Deckung des Bedarfs nöthige Brennholz haben sich die Berechtigten nach eigener Angabe durch Klafterschlagen, also wieder durch Arbeit ins Verdienen gebracht. Für die aus dem Titel der Dienstbarkeit bezogenen 15/100 n. ö. Klafter entfällt nach den Preisen ex 1836–1845. eine Rente von 30 kr. ö. W., wenn nun der Holzpreis auf das 3fache steigt, so hätte sich der Berechtigte, um das bezogene Holz zu ersetzen, 1 fr. 30 kr. ö. W. zu beschaffen. –

Bei den jetzigen Arbeitspreisen, kann derselbe sich dieses Geld in höchstens drei Tagen ins Verdienen bringen und Niemand wird zu behaupten wagen – daß unter solchen Umständen bei den gesteigerten Preisen der landwirthschaftlichen Produkte

und der Arbeitskraft, der Hauptwirthschaftsbetrieb in eine Gefahr gerathen könnte.

Einen ebenso auffallenden Beweis gegen die Grundhältigkeit der vom hohen Ministerio angeführten Motive liefern die bei Behandlung der Holzungsrechte in Dmytrowice, Przemyśler Kreises, an den Tag getrettenen Verhältnisse. Nach der Ertragsfähigkeit der Waldungen, haben 30 berechtigte Grundwirthe an Brennholz aus 143 Joch leistungspflichtigen Waldes, die den Sortimenten gleichkommende Quantität von 8½ n.ö. Klafter Kieferscheiter bezogen, wovon das 2 n.ö. Klftr gleichkommende Klaubholz zu reguliren ist. – Es entfällt somit auf jeden Berechtigten 35/100 Klafter – und nach den mit 2 fr. 62½ kr. ö. W. festgestellten Preisen die Rente mit 75 kr. ö. W. – Wenn die Preise auf das 4fache steigen, so hätte sich jeder Grundwirth, um das bezogene Brennholzquantum von $\frac{35}{100}$ Klftr zu kaufen, außer der Rente noch 1 fr. 50 kr. zu beschaffen – was bei den gesteigerten Arbeitspreisen ein leichtes ist.

Es wirft sich weiter die Frage auf, was für Resultate in den vorliegenden Fällen aus der vom hohen Ministerium ausgesprochenen Regulirung hervorgehen, und in wie weit dadurch die an Tag gelegte Besorgniß um den Hauptwirthschaftsbetrieb der Berechtigten beseitigt würde? – Vorausgelassen wird, daß nach dem §. 17. des a. h. Patents das Klaub-, Raff- und Wurzelstock-Holz nur über Verlangen des Verpflichteten auf eine, jährlich zu verabfolgende, nach Wiener-Maß und Sortiment bestimmte Brennholzquantität regulirt werden kann. –

In diesem Falle hat die Ermittlung des Nutzungsrechts nach §. 11., dessen Werthbestimmung und Zurückführung des reinen Nutzens auf die aequivalente Brennholz-Quantitaet nach den Bestimmungen des §. 26. zu geschehen. –

Es liegt außer allem Zweifel, daß jeder Verpflichtete zur Vermeidung von Plackereien und Devastationen, statt der wöchentlichen führenweisen Ausfolgung, wenn auch schlechter Sortimente, – es vorziehen wird, unter Anwendung der im §. 17. vorgeschriebenen Normen, diesen Brennholzbezug auf n. ö. Klafter Scheiter- oder anderen Holzes zu reguliren.

Bei Zimnowoda, Rudno und Kaltwasser würden die für 137 Berechtigte entfallenden, den üblichen Brennholz-Sortimenten gleichkommenden 176 n. ö. Klafter gemischten Scheiterholzes unter Anwendung der im §. 17. des a. h. Patents festgestellten Grundsätze folgendes Resultat liefern:

Der reine Nutzungswerth einer n. ö. Klafter der bezogenen Sortimente wurde durch den Ausspruch der von den Berechtigten erwählten Sachverständigen und des Obmanns für die Jahre 1836–1845 auf 86 kr. ö. W.; jener einer n. ö. Klafter Scheiterholzes dagegen auf 2 fr. 15 kr. CMze oder 2 fr. 35 kr. ö. W. festgestellt. – Wenn der Verpflichtete die in den üblichen Sortimenten ausgemittelten 176 n. ö. Klafter auf Scheiterbrennholz regulirt, so werden nach nach Zurückführung des reinen Nutzens von 86 kr. pr. Klafter auf 2 fr. 35 kr., als den damaligen Werth einer n. ö. Klafter Scheiterholz für die 137 Berechtigten – 64 n. ö. Klafter, somit auf jeden nicht einmal 1/2 Klafter Brennholz entfallen. –

Bei dem nämlichen Vorgange in Kiernica, Dmytrowice und Piskorowice – würde jeder Berechtigte kaum etliche Scheiter Brennholzes jährlich erhalten. – Ob nun diese durch die Regulirung den Berechtigten zugewendeten etlichen Scheiter und in Zimnowoda die 1/2 Klafter in dem Hauptwirthschaftsbetriebe des Berechtigten ein so gewichtiges

Moment statuiren, daß für selbes die ganze Tendenz des a. h. Patents, nämlich die Entlastung von Grund und Boden, dann alle Rücksichten für Landeskultur und den Hauptwirthschaftsbetrieb des Verpflichteten fallen sollen – wird kaum jemand zu behaupten wagen?...

Aus dem hier eben Dargestellten ist zweifellos zu ersehen, daß die den h. Ministerialentscheidungen bezüglich der Ablösbarkeit im Gelde zu Grunde gelegten Motive nur allgemeine und gerade auf die entschiedenen speciellen Fälle nicht anwendbare Grundsätze sind.

Wenn das h. Ministerium, wie schon früher erwähnt, vor Aufhebung der besagten Ablösungspunkte die bezüglich der festgestellten Grundsätze in jeder Gemeinde obwaltenden, thatsächlichen Verhältnisse hätte konstatiren lassen, so wäre es zur positiven Uiberzeugung gelangt, daß der Ablösung im Geld kein Hinderniß im Wege stehe. Es hätte sich herausgestellt: 1tens) daß in jeder dieser hier behandelten Gemeinden die Landleute den größten Theil des Brennbedarfes durch Klafterschlagen ins Verdienen brachten, und da sie dieß, wie hier dargethan, sowohl für den Fall der Ablösung, als auch der Regulirung in der Zukunft thun müssen, in der Ablösung durch Geld keine Besorgniß eines Arbeitszwanges zu suchen sei – 2tens) daß bei den Verhältnißen des galizischen Landmannes die entlöhnte Arbeit seit jeher ein nöthiger Factor des Wirthschaftsbetriebes war, ist und sein wird, und es im Interesse der Natioleconomie und hauptsächlich bei der schichteren Bevölkerung Galiziens liege, den als träge bekannten Landmann durch Bedürfniße zur Arbeit anzustacheln – nicht aber durch von höchster Behörde aufgestellte Grundsätze zur größeren Trägheit anzuspornen – 3tens) daß wenn man die Statistik Galiziens und speciell der hier behandelten Gegend zur Hand nimmt, die Besorgniß vor einem Monopol bei der Ablösung schwinden muß – 4tens) daß durch die

beabsichtigte Regulirung kein wesentliches, auf die Gefährdung des Hauptwirthschaftsbetriebes Einfluß übendes Moment beseitigt, noch eine Stütze desselben gewonnen wird – 5tens) daß nicht überall, wie es die Fälle in Kiernica und Dmytrowice beweisen, die Ablösung durch Grund und Boden möglich ist, weil einerseits oft die Nutzung so gering war, daß das Aequivalent für eine ordentliche Wirthschaft zu gering ausfallen würde, andererseits oft das belastete Object so gering ist, daß durch Schmälerung desselben, auch der Hauptwirthschaftsbetrieb des Verpflichteten zu kostspielig und nicht rentabel würde.

Sollte auch schließlich der Umstand, daß der galizische Landmann durch die von anderen Kronländern exceptionelle Behandlung bei der Robotaufhebung so ungemein begünstigt, die verpflichteten Gutsbesitzer sowohl durch die der Berechnung zu Grunde gelegten, niederen Urbarialpreise aus dem Jahre 1820, so wie durch die Beisteuerung zur Entlastung gegen andere Kronländer ganz abnorm zu ihrem Schaden behandelt wurden, bei der Lösung dieser Servituten-Fragen gar nicht ins Gewicht fallen? –

d. d. Ablösungs-Entscheidungen als zulässig anerkannte Ablösung im Falle aufgehoben, und also dem Verpflichteten im Sinne des §. 14. lit: A. des a. h. Patents die Befugniß zur Ablösung durch Grund und Boden geboten haben, ihr diese Wohlthat durch die gleich ausgesprochene Kassirung verlustig erklärt hat - über Verlangen der Verpflichteten nachträglich die Verhandlung auf Ablösung durch Grund und Boden durchgeführt und in diesem Sinne sich in Zukunft benommen werden. -

An

Seine k. k.

Apostolische Majestaet.

Unterthänigste Beschwerde

der unterfertigten Gutseigen-
thümer von Galizien,

daß das hohe Staats-Mini-
sterium bei der Behandlung
der Servituten und speciell der
Ablösungsfragen sich nicht nach
dem a. h. Patente vom 5. Juli
1853. benehme. –

Mit 1. Beilage.

~~Ausdehnung~~

~~der Anwendbarkeit~~

Entwurf eines

Gesetzes, womit die Ausdehnung [der Anwendbarkeit] ~~des~~ Allerhöchsten ~~Gesetzes~~ Patentes vom 5 Juli 1853 über die Regulirung und Ablösung ~~der~~ einiger Servituts- und gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungsrechte, auf nachfolgende bezeichnete Rechte anzuordnen wäre.

§ 1

Nebst den, im § 1 des Patentes vom 5 Juli 1853 angeführten, ~~unterliegen~~ sind auch folgende auf fremden Grund und Boden ausgeübte Bezugsrechte ~~den Bestimmungen~~ der Ablösung oder Regulirung zu unterziehen ~~des bezogenen Patentes und dieser Verordnung:~~

Gegenstand dieser Gesetze sind:

a ~~die Grasser~~ das Recht der Graserei, d. i. das Recht Heu zu mähen

b das Recht auf Schilf und Rohr

~~c alle Servituts- und sonstige~~

c das Fischreirecht

d alle, ~~wie immer geartete~~ Feld-dienstbarkeiten, ~~wo~~ bei denen das dienstbare Gut ein Teich- Moor- oder sonst sumpfiger Boden ist, und welche die ~~der~~ Entwässerung und zweckmäßigere

Aktivierung dieses Bodens ~~hinderlich~~ ~~sind~~ behindern.

~~§~~ alle (~~[illegible]~~ anderen) Dienstbarkeiten und ~~Bezu~~ sonstigen Bezugs- oder Benützungsrechte, die ~~[illegible]~~ der zweckmäßigen ~~Zwecke der Grundzu~~ ~~den Zwecke~~ Ausführung einer in Verhandlung stehenden Grundzusammenlegung hinderlich sind

bei Regulirung dieser Uebertragung auf andere Gründe

§288 Cod. gew.

~~§~~ Rechte der Gemeindeglieder auf die, ~~Gemeindegüter, deren Gegenstand~~ ~~ein~~ der Landkultur gewidmeter oder ~~kultu~~ landkulturfähiger ~~Boden~~ ~~ist, mit Ausnahme der Waldungen~~ Gemeindegüter, mit Ausnahme der Waldungen, —

~~§~~

jedoch alle hier aufgeführten Berechtigungen nur in so ferne, als sie sich nicht blos als zeitliche oder unbedingt widerrufliche Gestattungen darstellen und nicht schon ~~zu Folge~~ in Gemäßheit des Patentes vom 5 Juli 1853 oder ~~in~~ ~~Gemäßheit~~ anderer (Grundentlastungs-) Gesetze der Ablösung oder Regulirung unterliegen. ~~welche letz~~

§ 2

Die Aufgabe der Behörden, und insbesondere der mit ~~der~~ Durchführung ~~des~~ der Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs- und der ~~über~~ Grundzusammenlegungs-~~gesetz~~ Gesetze beauftragten Behörde wird es sein, in Betreff der Ablösung ~~und~~ oder ~~Reguli~~ Regulirung anderer für die Landeskultur nachtheiligen Felddienstbarkeiten und gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungsrechte die gehörigen Anträge zu stellen

§ 3

Mit Ausnahme des im § 4 angeführten Falles, sollen die im § 1

Die ~~Amtshan~~ Ablösung und Regulirung der

Bezüglich der, im § 1 ~~lit c~~ angeführten, ~~ferner bezüglich~~ der übrigen in ~~diesem~~ demselben § bezogenen so wie auch aller

~~sollen die Amtshandlungen~~ soll der Ablösung oder Regulirung

Uebertragg des Rechts auf andere Gründe jui jest w Komassacyjnym prawie

§ 3

~~Die Amtshandlungen der Ablösung und Regulirung sind sowohl bezüglich aller wie immer gearteten bezüglich der im § 1 angeführten so wie auch bezüglich aller~~ anderen (wie immer gearteten) Servituts- gemeinschaftlichen Eigenthums- Besitz- und Benützungsrechte, ~~welche~~ wenn solche einer ~~zweckmäßigen~~ in Verhandlung genommenen Grundzusammenlegung hinderlich sind, von Amtswegen durch die zur Ausführung der Grundzusammenlegung berufenen ~~Organ~~ Behörden ~~zu bewirken~~ ~~vorzunehmen vorgenommen~~ geschehen.

~~§ 3~~

~~Mit Ausnahme des im § 4~~

§ 4

~~Auf~~ In dem Falle des § 3 kann gegen den ~~Wall~~ Willen ~~der~~ des oder der Betheiligten auf Ablösung der darin bezogenen Rechte auch dann erkannt werden, wenn die bloße Regulirung der Commassationszwecke hinderlich wäre.

§ 4

Mit Ausnahme des ~~hier~~ im § 3 ~~angeführten~~ erwähnten Falles sind ~~sollen~~ die ~~Amtshandlungen~~ im § 1 angeführten Rechte nur ~~über~~ auf Provocation eines interessirten Theiles ~~der Amtshandlung vorgenommen~~ ~~und~~ und durch die zur Ausführung des Patentes vom 5 Juli 1853 berufenen ~~Organe~~ vorzunehmen.

Amtshandlungen der Ablösung und Regulirung der

volet

~~§ 5~~

~~Die Ablösung~~

§ 5

Die Ablösung der, im § 1 lit. e bezeichneten Rechte ~~darf~~ soll, im Falle ~~der~~ durch gütliche Vereinbarung nicht ein anderes festgestellt wird, ~~nur~~ durch ~~Theilung~~ Abtretung des ~~Grund Gemeindebodens~~ Bodens ~~unter einzelne Gemeindeglieder~~ geschehen.

co im Gelde

Die Theilung ~~des ganzen~~ eines ~~Gemeinde des~~ ganzen Gemeinde-~~gutes unter~~ grundstückes unter einzelne Mitglieder soll nur mit Einwilligung der ~~Mehrheit der~~ Hälfte der Betheiligten, welche nach dem ~~Antheilen die jeder~~ Berechtigten Umfange u. Werthe der Rechte die jeder auf das Gemeindegrundstück hat zu berechnen ist, ~~vorgenommen werden.~~ kann die Theilung des ganzen Gemeindegrundstückes unter einzelne Theilnehmer vorgenommen werden, wobei es jedoch den Theilnehmer, die die Gemeinschaft unter sich fortsetzen wollen, freisteht die Anweisung einer ihren gesamten Theilnehmerrechten entsprechenden Antheil ~~zu~~ als gemeinschaftliches Eigenthum zu fordern.

Na żądanie pojedyńczych można także ich części oddzielić

1.)

№ 42./1861

Referat Kornela Krzeczunowicza w wydziale Krajowym z dnia 17/8 1861

44

354

Sprawa wrogiego warna deracelulu

Oprócz tych tu podań są także i inne do Sejmu i do Wydziału podane wnioski, dotyczące służebnictw byłych poddanych i sporów gruntowych, a dążące w szczególności do zmiany w postępowaniu w sporach między byłymi dziedzicami i włościanami.–

Do tych wniosków należą mianowicie:

a) Wniosek posła Drohojewskiego do L. Sejm. 110 reprod. do L. Wydź. 206,–

b) " " Ławrowskiego do L. Sejm. 9 reprod. do L. Wydź. 624,–

c) " " hr. Wodzickiego do L. Sejm. 46 reprod. do L. Wydział. 623,–

d) " " Rogalskiego do L. Sejm. 219 reprod do L. Wydź. 623.

e) " posłów Siwca i Rogalskiego do L. Sejm. 5 reprod. do L. Wydział. 625,–

f.) 1szy ustęp wniosku posła Ziemiałkowskiego do L. Sejm. 44 reprod. do L. Wydź. 626.

g.) 1szy ustęp wniosku czternastu posłów wiejskich z zachodnich obwodów Galicyi do L. Sejm. 84 reprod. do L. Wydź: 626.–

h.) Wniosek zawarty w podaniu gminy Dydnia i 17 innych gmin do L. Wydź. 481,–

Wniosek posła Drohojewskiego dąży do ustalenia własności gruntowéj. Żąda on, aby wszelkie spory gruntowe przy nowym katastrze, na podstawie reklamacyj osądzone były bez dopuszczenia apellacyj przez sądy polubowne, do których byłe Dominia po dwóch, włościanie po dwóch sędziów, a ci superarbitra by obiérali, – i aby na podstawie wyroków takich sądów ustanowione zostały księgi gruntowe i hipoteczne.–

Wniosek posła Ławrowskiego (L. Sejm. 9 L. Wy-
działu 624) wspomina o krzywdach, odniesiony
przez niektóre gromady w skutek działań kom-
misyi lokalnych i krajowych przy wykona-
niu patentu z 5. Lipca 1853, polecającego wy
kupno lub regulacyę służebnictw lasowych i po
wiskowych i niektórych innych praw służebn
i praw wspólnego posiadania. Z powodu tych
żadnemi dowodami nie poparłych krzywd żą
poseł Ławrowski po 1sze, aby prosić Najja
śniejszego Pana o wystrzeżenie działań
wspomnianych lokalnych (i krajowych) kommisyj, po 2
aby Sejm wypracował projekt nowego sposo
postępowania w tych sprawach, i do tak
żeby kommisye śledcze polubownym spo
przez obie strony były wybierane, — po 3cie,
stronom wolno było zapadłe już wyroki p
rozpoznanie nowych kommisyj śledczy
poddać i aby stronom w tym względzie
pewny termin, — po 4te aby te kommisye
otrzymały władzę rozpoznania (wa) i wyro
wania innych skarg gromad i pojedyńcz
włościan względem gruntów, — po 5te, a
obmyśleć środki dokładnego i niezwłoczne
wypełniania wszelkich wyroków w tym w
dzie wydanych. —

Punkt 1szy wniosku posła Ławrowskiego
żący wystrzegania działań kommisyj uchyl

już został uchwałą Sejmu z 24. Kwietnia 1861.

Poseł hr. Wodzicki żąda w swoim wniosku L. Sejm. 46 Wydział. 623 ustanowienia nowych w każdym obwodzie Kommissyj, celem załatwienia spraw służebnictw; Kommissye te miałyby składać się z 7 członków, mianowicie z trzech obranych przez włościan, z trzech członków obranych przez większych właścicieli i z jednego urzędnika sądowego, obranego przez Wydział krajowy z pomiędzy trzech Kandydatów przez Prezydyum krajowe podanych. — Te Kommissye miałyby starać się o przyprowadzenie do skutku dobrowolnych ugód, a gdyby ugoda zawartą nie została, rozstrzygałyby spór bez rekursu. —

Poseł Rogalski żąda w swoim wniosku podanem do Licz. Sejm. 219 jak najspieszniejszej regulacyi służebnictw lasowych i pastwiskowych, jakoteż załatwienia sporów z powodu przegonu bydła przez lany na ugory włościańskie). —

W wniosku posłów Jana Siwca i Antoniego Rogalskiego (do L. Sejm 5. Wydz. 625) postawione jest żądanie, ażeby zawezwać właścicieli większych i włościan do załagodzenia wszelkich sporów, jakie mają między sobą, a gdzieby zgoda nie nastąpiła, sam miałby spór być rozsądzony na gruncie i bez rekursu przez

sądy przysięgłych złożone w każdym powie
tym sposobem, iż gminy do każdego z t
kich Sądów trzech członków, właściciel
więksi także trzech, a ci obrani Sędz
wie siódmego superarbitra obiérać by
li. –

Poseł Ziemiałkowski żąda w piérwsz
ustępie swojego wniosku (do L. Sejm. 44.
626) aby wypracowany był projekt d
prawa, według którego wszelkie spory
między byłymi dziedzicami i włościan
z dawnego stosunku poddańczego ~~wy~~
~~nikłe~~ powstałe, niemniéj spory og
ta, nakoniec sprawy, tyczące się słu
bnictw poddańczych, miałyby zostać ro
strzygnięte przez Sądy polubowne, z wł
ścian i dawnych dziedziców po równ
częściach złożone, z wykluczeniem Sąd
zwykłych i władz Rządowych. –

W podaniu czternastu posłów wiejskich
Galicyi zachodniéj (do L. Sejm. 84 L. Wy
626 z 1861) zawarte jest w ustępie ~~pié~~
Iszym żądanie, aby w interesie zgody
dzy większymi i mniejszymi właścici
mi, nastąpiła bezzwłocznie regulacya
żebnictw lasowych i pastewnych, jak
ażeby względem posiadania i używani

2.)

w sporze będących parcel gruntowych stanowcze rozstrzygnienia lub ułatwienia przedsięwzięte były.—

Adressowany do Sejmu, lecz do Wydziału (L. 481 z 1864) podany wniosek, podpisany przez gminy Dydnia i przez 17 innych gmin traktuje między innemi sprawami także o poddańczych służebnictwach i o sporach gruntowych.— Wniosek ten chce, aby sprawy względem pozabieranych lasów, pastwisk i gruntów chłopskich zakończone były przez kommissye obrane po połowie przez Panów i włościan; względem służebnictw zaś żąda, aby Panowie podali do sankcyi Cesarza projekt, któryby, w miejsce zniesionych służebnictw, zaprowadził inne jakieś ~~##~~ urządzenie albo prawo, ale takie, ażeby włościanie, potrzebujący koniecznie drzewa i paszy, mieli, w miarę potrzeby każdego, drzewa na chaty i opał z lasów państkich i prawo pasania na gruntach państkich, a gdyby Panowie za to koniecznie jakiéj zapłaty wymagali, to niechby gromady coś płaciły, ale zapłata taka nie powinna być wysoka ani ciężarem).—

Ten wniosek gminy Dydnia równie jak wiele innych wniosków włościan

do Sejmu krajowego i Wiedeńskiego in
zliczone ich skargi i podania, którem
wszystkie władze, nawet w sprawa
dawno już zakończonych zarzucają
mogą służyć jako dowód zupełnego pomi
szania wyobrażeń o prawach własn
gruntowéj i o prawach służebnictwa
wych i pastwiskowych. –

Z tego to pomięszania wyobrażeń
korzystają i pomnażają je ludzie,
rzy do osiągnięcia swoich celów pod
ry u włościan szukają i nie wzdrag
ją się używać środków, wiodących
zawichrzeń socyalnych.

Na włościanie to układają owe p
sma i petycye, które ogłaszane druki
i rozszérzane po kraju coraz bardzi
spaczają pojęcia ludu. –

Jedna z takich petycyj ułożono w Wi
dnia 13. Maja b.r. l.j. właśnie w téj ch
li, gdy posłowie nasi na Sejm Wiedeń
zjéżdżać się poczęli. Petycya ta (któ
podaną została Najjaśniejszemu Pa
i służyła do zebrania zastępu kilk
set wołających włościan pod jedno kie
wnictwo), żąda utworzenia morator
we wszystkich sprawach, dotyczących
dotacyjnych włościan do gruntów i t

żebnictw, i rozporządzenia, aby teraźniejsze normy i przepisy były wzięte pod rozpoznanie kommissyj, mającéj składać się z ludzi, którym znane są stosunki krajowe i ustawy poddańcze jakoteż uciśnione włościan położenie, i ażeby w następstwie tego rozpoznania niedostateczność istniejących ustaw była podpowiedniemi rozporządzeniami zastąpiona, prawa zaś włościan ustanowieniem odpowiednich środków zabezpieczone. (Obacz tę petycyą w Nrz. 30. dziennika ruskiego Słowo i w Nrz. 122 dziennika Głos).

Żądania te uzasadnia petycya skargami w ogólnikach wyrażonémi: że włościanom odbiérano gruntu i prawa do wrębów i pastwisk, że gromady doznają wolności przez teraźniejsze załatwienie sprawy służebnictw niepojętych pokrzywdzeń w swoich prawach lasowych i pastwiskowych, że pokrzywdzenia te są tém niesprawiedliwsze i uciążliwsze, o ile dawniej ci dziedzice za poddańcze daniny, które przywiązane były do dotacyjnych włościańskich gruntów i służebnictw, dostatecznie wynagrodzeni zostali, do którego to wynagrodzenia nawet gromady

dodatkami do podatków kontrybucyę opłacają, a teraz te indemnizowane dotacyjne prawa włościan stają się wątpliwemi i ulegają znacznemu uszczupleniu, albo nawet zupełnemu uchyleniu. –

Roztrząsnąć tu wypada, o ile skargi włościan, w powyższéj petycyi i w innych podobnych podaniach zawarte, są w ogóle, uzasadnionemi, a do rozpoznania téj sprawy posłużyć może porównanie ustawodawstwa w krajach innych z ustawami, wydanemi dla Galicyi, na któreto ustawy włościanie galicyjscy się uskarżają). –

1 W Anglii prawa własności żadn nigdy ustawą, na korzyść prywatny interesów, dotknięte nie zostały. – W sie francuzkiéj rewolucyi dekret z r. zniósł tylko prestacye osobiste, a o stacyj z gruntów obowiązanym wyk pić się dozwolił. – Toż samo uczyn

3 w krajach niemieckich, które na p czątku tego wieku były pod rządem francuzkim lub pod panowaniem k żąt francuzkich. – I tak n.p. dekr Króla Westfalskiego z r. 1807 i 1808 z szą prestacye osobiste, i ustanowią

i w których zaprowadzone zostało francuzkie ustawodawstwo, zniesione zostały tylko prestacye osobiste od prestacyj zaś z gruntów obowiązani sami wykupić się musieli. – ~~[illegible]~~

3.)

że prestacye z gruntów na kosztach obowiązanych mają być zniesione. – We Włoszech żaden rząd dotąd nie przyszedł na tę myśl, aby dawać własność gruntu tak zwanym kolonnom, lecz ustawy uważają ich jako dzierżawców. –

We wszystkich krajach, gdzie przyjęty został kodeks francuzki, nie znane są, na podstawie tego kodeksu, służebnictwa polowe inne, jak tylko te, które mają tytuł prawny prywatny i są hipotekowane. – W krajach niemieckich (z wyjątkiem austryackich) dawne poddańcze powinności gruntowe zniesione zostały kosztem samych obowiązanych, bez przyczyniania się do tego osób innych lub całego kraju, – a w wielu z niemieckich krajów wynagradzano byłych dziedziców nie tylko za należące im prestacye z gruntu, lecz także za prestacye poddanych osobiste a nawet za własność zwierzchnicką (Obereigenthum). –

Przy regulacyi stosunków poddańczych w państwie pruskiem przypuszczone zostały tylko większe posiadłości włościańskie do prawa wykupienia się od danin i nabycia własności grunto-

wych; mniejsze zaś posiadłości (ogró
dnicy, chałupnicy etc.) pozostały własno
ścią byłych dziedziców; wszelkie pr
stacye włościan jakoteż i wzajem
prestacye dziedziców (do których
należały wręby i inne służebnictwa
były oszacowane podług cen z jedné
epoki wziętych; wartość prestacyj
dziedziców została od wartości p
stacyj włościan potrącona, a na
wyżkę opłacali sami włościani
i to, w ogóle, oddaniem znacznéj
ści dzierżonego przez nich gruntu
7 W zachodnich krajach koronnych
stryi muszą opłacać sami włościa
połowę przypadającego dziedzicom
wynagrodzenia, a drugą połowę s
ca kraj przez rozkład dodatku do
datku na ten cel, do którego to d
datku i włościanie muszą się przyp
dać. – W tychże prowincyach zniesio
także służebnictwo pasania na ug
i ścierniach, bez wynagrodzenia, a w
Czechach i na Szlązku zniesione zo
ły także bez wynagrodzenia obow
zki byłych dziedziców do dozwalan
byłym poddanym następujących u
tków, jakoto: zbiórki, karczowan

pięcia, zbieżania liści, koszenia trawy i paszenia bydła w lasach dworskich, — o ile te użytki nie przedstawiają się jako służebnictwa z tytułów prywatno-prawnych (obacz rozporządzenia ministeryalne do przeprowadzenia zniesienia ciężarów gruntowych w Czechach i na Szlązku z 27. Czerwca i 11. Lipca 1849 §§. 1. i 6.). —

W Galicyi przyznały ustawy, rozwiązujące dawny stosunek poddańczy i wykład tych ustaw, byłym poddanym dalekoś większe korzyści niż we wszystkich innych Krajach Europy; bo bowiem wynagrodzenie za zniesione poddańcze powinności nie spłacają, byli poddani, lecz płaci je kraj cały, — wszelkie zaś użytki, jakie dawni poddani mieli na gruntach dworskich, mają im być spłacone przez byłych dziedziców, i to nie tylko takie użytki, które pochodzą z tytułów prawnych prywatnych, lecz i takie, które na samém używaniu, utrzymywaném przepisami i dekretami władz administracyjnych, są oparte, chociaż te ostatnie użytki jedynie tylko z stosunku poddańczego powstałe z nim razem upaść były powinni i chociaż

największa część tych użytków nosi na sobie cechę, dawnéj niegdyś w skutek poddaństwa, a art. IV tym. Patentu z 17 Marca 1848. zniesionéj zapomogi poddanych, do któréj to zapomogi obowiązane były dominia, jak świadczą liczne rozporządzenia, a szczególnie dekret gubern. z 7. Marca 1806. L. 8260, który stanowi, że dominia swoich poddanych nie tylko chorych lecz i zdrowych żywnością jakoteż drzewem na opał i na kuchnię zapomagać winni. – W Galicyi nietylko wszystkie grunta niegdyś rustykalne, lecz także i dominikalne, które włościanom, chociażby w najnowszych czasach, pod warunkiem pewnych prestacyj były nadane, przypadły tymże włościanom na własność, i zostały od ciężaru tychże prestacyj nie kosztem włościan lecz kosztem kraju uwolnione. – Za prestacye byłych poddanych osobiste i za własność zwierzchniczą gruntu nie otrzymali dawni dziedzice w Galicyi żadnego wynagrodzenia, za prestacye zaś poddańcze, należące z gruntów, otrzymali oni wynagrodzenie, obliczone podług bardzo niskich urbaryalnych cen

4.)

z r. 1820, z potrąceniem jednéj trzeciéj części, — poddani zaś otrzymać mają za wszystki, które mieli na gruntach dworskich, wynagrodzenie albo w naturze albo też w pieniądzach podług cen wyższych, z lat 1836 do 1845, i bez potrącenia pewnéj ryczałtowéj części. — Nawet zniesione w niektórych zachodnich prowincyach Austryi bez wynagrodzenia poddańcze służebnictwa pastwy na ugorach i ścierniach, jakoteż służebnictwa zbiórki leśnéj etc. mają być w Galicyi poddanym wynagrodzone. — Na podstawie Artykułu II go Patentu z 17. Kwietnia 1848 jakoteż §§. 9 i 17 Patentu z 15. Sierpnia 1849 mieli wprawdzie włościanie w Galicyi uiszczać pewną zapłatę za pozostawione im prawa służebnictw, która to zapłata przypaść miała krajowemu funduszowi indemnizacyjnemu, — lecz wykonanie tych postanowień wstrzymane zostało przez ministra spraw wewnętrznych, na którego kilkakrotne przedstawienia Najjaśniejszy Pan nareszcie uwolnił włościan od zapłaty za służebnictwa Najwyższém rozporządzeniem z 27 Lipca 858,

któreto rozporządzenie ani w Dziennik
ustaw ani innym sposobem nigdy nie
było do wiadomości publicznéj pode
ne, a jednak weszło w wykonanie. —

Jakkolwiek chłopi dzierżawcy w An
glii i podobni im Kolonowie we Włosz
żadnéj nie otrzymali własności, — jak
kolwiek dawni poddani we wszystk
nieaustryackich niemieckich kraja
a nawet w mają~~cym~~em jednakowe sto
sunki z Galicyą W. Ks. Poznańs
sami się od wszelkich ciężarów wyku
wali a w zachodnich prowincyach A
stryi połowę wynagrodzenia za te c
żary płacić musieli, i w ogóle w in
także względach (n.p. co do służebnic
przy rozwiązaniu stosunku poddan
go daleko mniéj korzyści odnieśli niż
pi galicyjscy, — to przecięż nie słych
aby w tych krajach włościanie podnos
bezliczne
skargi na pokrzywdzenia i aby w ty
krajach między włościanami a były
właścicielami gruntów bezustannie
ły spory i niechęci. —

Zkądże więc pochodzi, że właśni
galicyjski, któremu przyznano większ
wa i korzyści niż innym chłopom w Eu
pie, ciągle mniema się pokrzywdzonym

bezustannie, gdzie tylko może, podnosi skargi o mniemane swoje krzywdy, i podnosi je nietylko przeciw swoim Panom lecz i przeciw władzom, które go broniły i które mu wspomnione prawa i korzyści przyznawały? – F

Gdy podane do Sejmu wnioski dotykają istniejących ustaw i sposobu postępowania w sporach między włościanami, a byłymi dziedzicami, więc dochodzić wypada, o ile te ustawy, ich wykład i traktowanie sporów stało się złego przyczyną? –

Załączona tu w dwóch exemplarzach broszura: „Betrachtungen über die Behandlung der Streitigkeiten zwischen den gewesenen Herrschaften und den ehemaligen Unterthanen in Galizien „Lemberg 1857" z domieszczonémi w niéj późniéj dopiskami – traktuje o téj sprawie i przytacza główne dotyczące jéj przepisy, po rok 1856 wydane. –

F Z niemieckim wieszczem wyrzec by można: „Dies ist der „Fluch der bösen That, „dass sie Böses muss „erzeugen" – lecz nie tu miejsce rozbierać polityczne tych ~~sny~~ smutnych stosunków przyczyny.

I. Kompetencya władz

W téj broszurze (str. 9 do 16) wyłożono najpiérw, jak sobie władze polityczne, nie będąc do tego ustawami upoważnione a nawet wbrew ustawom, judykaturę w sporach między dominiami i poddanymi o grunta i służebnictwa

arrogowały, i to nie tylko w sporach o po
siadanie lecz także w sporach o prawo
same. — Działo się to na podstawie
najdowolniejszego wykładu Patentu
lak zwanego poddańczego z d. Wrze
śnia 1781, Który to Patent był w za
chodnich prowincyach obowiązujący
lecz w tych prowincyach nigdy nie
lak wykładany, aby z niego wypro
dzono dla władz politycznych kom
petencyę sądzenia o samém prawie
(in merito). — Bywały wprawdzie pr
zyody czasu, w których władze są
w Galicyi o swoją kompetencyę się
upominały i pojedyńcze spory o s
żebnictwa poddańcze rozstrzygały,
lo przyody trwały krótko, a w og
ustępowały Sądy zdaniom wład
politycznych, gdyż inaczéj być nie m
gło w Państwie lak policyjném jak
ta Austrya. — Po zniesieniu stosun
ków poddańczych zniesiono także
zarak w roku 1849 w prowincyach
chodnich polityczną judykaturę w sp
między Tylemi dominiami i poddan
nawet co do sporów o posiadanie (Oba
rozporz. Minist. sprawiedliwości z 26. J
cznia 1849 i Minist. spraw wewnętrzn

5.)

z 1. Grudnia 1849 – Reichsgesetzblatt str. 107 i Ergänzungsband str. 57); w Galicyi zaś pozostawiono tę judykaturę (cyrk. guber. z 21. Listopada 1848 L. 14 et 54), a nawet wzmocniono ją rozporządzeniem Ministra sprawiedliwości z 15. Marca 1850 L. 3102, zawiérającém postanowienie, które w żadnéj z poprzednich ustaw się nie znajdowało, że kompetencya Sądów w sporach między tymi dziedzicami a włościanami dopiéro wtedy ma miejsce, jeżeli urząd polityczny odeszle tam spór do drogi Sądowéj. – Chociaż w przytoczonem dopiéro rozporządzeniu ministr. (broszury str. 8), jako powód do przydania kompetencyi władz politycznych, przytoczono, że nowe sądy nie zostały zorganizowane, to przecież, nawet po zorganizowaniu tych sądów w r. 1854, judykatura w sporach wspomnionych, ze stosunku poddańczego wynikłych, pozostała przy władzach administracyjnych, a rozporządzenie ministerialne z 28 Lipca 1856, wydane dla Galicyi na podstawie rezolucyi cesarskiéj z 16 Lipca 1856 (Dziennik praw państwa str. 465), zachowuje kompetencyę władz politycznych nie tylko w

F co tym samym stanie w jakim była dawniéj

F ministra spraw wewnętrznych, które dekretem F galicyjskiemu sądowi apelacyjnemu zostało zakomunikowanem. To rozporządzenie zawiera

rozstrzyganiu sporów o zaległe powin-
ności poddańcze, i o tak zwane pre-
agrawacye, lecz także względem
sporów o grunta (Grundentziehungen)
i o służebnictwa, — i poleca, aby te spo-
ry rozstrzygane były, według przepisów
jakie przed wydaniem tego rozporządze-
nia istniały. — Nareszcie dnia 24. Pa-
zdziernika 1860 wyszło nowe minist-
ryalne rozporządzenie, na podstaw
rezolucyi cesarskiéj z 20. Październi
1860., stanowiące regułę, iż w sporac
z stosunku poddańczego wynikły
już nie władze polityczne lecz sądo
rozstrzygać mają, lecz w tém samém r
porządzeniu [i w wykładzie onego] dopuszczono tyle od
téj reguły wyjątków, iż te wyjątk
właśnie prawie wszystkie rodzaje
wspomnionych sporów, a mianowi
najważniejsze spory o grunta i słu
żebnictwa obejmują i kompetencyę
ich rozstrzyganiu zostawują władz
polityczny
czysto administracyjnym lub wład
do przeprowadzenia uwolnienia grun
wego ustanowionym, które także z ur
dami administracyjnémi są połączo

II. Spory o grunta.

Przytoczone rozporządzenie minis
z 28. Lipca 1856. nie stawia wprawdz

spory o grunta jako wyjęte od postanowionéj w niém reguły kompetencyi zwykłych Sądów, lecz, o ile z praktyki wiadomo, władze do przeprowadzenia uwolnienia od ciężarów gruntowych rozstrzygania w takich sporach, po większéj części, sobie przywłaszczają, a sądy przeciw temu nie oponują, – i to jak się zdaje na podstawie dowolnego, a nie uzasadnionego wykładu §fu 6go. wspomnionego rozporządzenia minist., stanowiącego, iż rozstrzyganie sporów stojących w związku z uwolnieniem gruntów należy do rzeczonych władz, – które to postanowienie też władze tak wykładają, że gdy one do uwolnienia gruntów włościańskich od poddańczych ciężarów są powołane, więc też do nich także należy orzekać, które grunta od ciężarów poddańczych zostały lub mają być uwolnione i przypaść włościanom jako ich dotacya na własność. – W skutek takiego to wykładu, sądy odsyłają wszelkie spory o grunta, wszczęte między byłymi Panami a poddanymi do rzeczonych władz, a te rozstrzygają najpiérw, podług dawnych politycznych przepisów F, czy grunt sporny należy do dotacyi włościan

F vorschriften und Ansichten

lub nie, i w pierwszym wypadku grunt przyznaje włościaninowi, w drugim zaś odsyłają rzecz do drogi sądowej. — Jest więc znowu (teraz) tak jak było pierwéj dwie drogi do traktowania sporów między Dworem i Dominiami i poddanymi; — jedna przed władzą, ustanowioną do uwolnienia gruntów, w któréj to drodze byty poddany uzyskać może przysądzenie sobie gruntu, jeżeli lenzeuznany będzie za dolacyjny; dominium zaś w téj drodze nic wygrać nie może, lecz czekać musi, aby w niéj nastąpiło rozstrzygnienie, które, w najkorzystniejszym dla Dworu dominium wypadku, odsyła spór do drugiéj drogi, t.j. do zwykłego Sądu. — Rozumié się, że, jeżeli taki spór pierwotnie był wszczęty tylko o posiadanie, to jego przeprowadzenie w Sądzie — po upływie dość długiego czasu, przez który inne władze nim się zajmują — staje się daleko trudniejszym (ém). —

Podług jakich przepisów i jak władze administracyjne rozstrzygały spory o grunta między Dworami Panami i poddanymi, wyłożone jest w wspomnionéj broszurze: „Entwicklungen über die

6.)

„Behandlung etc" (str. 20 do 27). —

Z prowizorycznie wydanych ustaw Jozefinskich wydedukowały władze rok normalny 1786, a stan posiadania w tym roku miał służyć jako dowód czy grunt był rustykalnym czy dominikalnym. — Rozporządzeniem cesarskiém z 12. listopada 1846. przeniesiony został rok normalny z r. 1786 na rok 1820. — Na podstawie jednak rozporządzenia ministeryalnego z 4. Paźdź. 1850. (Zbiór praw krajowych z 1851 Część I. §§. 12, 31, 36, 42.) winny być uważane jako poddańcze także i takie grunta, które dawnym poddanym, nawet po owych latach normalnych, w taki sposób nadane zostały, iż przez to nowy stosunek poddańczy zaprowadzony lub istniejący uporządkowany, utwierdzony albo rozszerzony został. —

Gdy władze polityczne przyznawały włościanom grunta na podstawie stanu posiadania z upłynionych dawno lat normalnych, który to stan posiadania bywał udowodnionym przez swiadków nieprzysięgłych i przesłuchiwanych summarycznie bez najmniejszéj gwaran=

cyi dokładności spisywanego ze świadkam
protokołu, – gdy nawet w rozporządze-
niu minist. z 28. Lipca 1856 regulującém
sposób traktowania sporów, wynikłych z
stosunku poddańczego, (zbiór ustaw
państwa str. 465 §§ 7, 19, 25, 26, 28) mo-
żność zaprzysięgania świadków tylko w
sporach o zaległości w powinnościach pod-
dańczych i o preagrawacye jest dopuszczo-
w sporach zaś o grunta nie jest dopusz-
ną, –

gdy władze często bez względu na stan
posiadania w roku normalnym, przyz-
wały włościanom własność, lub posiad-
nie gruntów z różnych powodów i tak
z powodu że grunt zapisany był na wł-
ścian w metrykach Józefińskich, ch-
ciaż te metryki często mylne zniesion-
zostały i żadną ustawą jako dowód p-
wa lub posiadania uznane nie były,
lub z powodu że grunt kiedyś w jakiéj
wiek epoce w posiadaniu poddanych
znajdował, –

gdy władze, nawet po ogłoszeniu
sarskiego rozporządzenia z 12. Listop-
1846, stanowiącego nowy rok normal-
1820 przyznawały włościanom w poje-
(na podstawie dawniejszego przed r. 1820)
czych wypadkach istniałego posiadania t-

gruntu, które od r. 1820 do najnowszych cza-
sów były w rękach dominium, —

gdy władze, przy sporach o służebnictwa
przyznawały włościanom często posiadanie
lub wyłączne używanie służebnego gruntu,
co oczywiście u włościan oznaczy to samo
jak własność, — gdy, nakoniec, dla braku
ksiąg gruntowych i dla niedokładności me-
tryk, wyroki władz politycznych o grun-
ta bardzo często nie oznaczały dokładnie
przedmiotu sporu, i nie bywały w księgach
zapisane, a przeto spór o ten sam grunt
mógł być, po upływie dłuższego czasu,
ponowiony i na nowo traktowany i roz-
strzygany, — więc nie można się dziwić,
że powstał zamęt w wyobrażeniach
włościan o prawach własności gruntów
i że oni mniemają, iż do nich należą
i takie grunta, które na nich w me-
trykach, choćby mylnie zapisane, i ta-
kie, które na nich nie zapisane, w ich
jednak używaniu zostają, lub kiedykol-
wiek, według tradycyj ojców i dziadów,
w ich używaniu, pod jakimkolwiek ty-
tułem, zostawały. — Jeżeli taki grunt,
w jakim wypadku, nie zostaje włościa-
nom przyznany, powstają zkąd skargi o
krzywdy, które do skargi jednak, w ogóle,

daleko mniéj są ~~wcześnie~~ uzasadnione niż skargi byłych dominiów (o których wzmianka w podaniu hr. Skrzyckiego do L. Wydz. 463.) na wdzieranie się włościan w grunta dominikalne, bo obszar dominikalnych ciągle się zmniejsza, gdy przeciwnie obszar gruntów włościańskich od dawien dawna wzrasta.

Tak w interesie zgody jakoteż i w interesie praw własności, — téj podstawy porządku socyalnego — niezbędną jest potrzeba obmyśléć środki położenia tamy sporom o grunta, co tylko tym sposobem stać się może, aby każda posiadłość i parcella gruntowa, co do położenia, obszaru i figury dokładnie opisana, w księgach hipotecznych lub podatkowych pewnemu właścicielowi została przypisaną, i ażeby takie przypisanie po upływie pewnego terminu reklamacyjnego i po rozstrzygnieniu reklamacyj w drodze ile można summarycznéj uzyskało zupełną moc prawa, ażeby na koniec wszelka zmiana własności całych gruntów lub ich części w wspomnianych księgach dokładnie była zapisywaną. —

III. Spory o służebności.

Gorzéj niż spory o grunta krakowane były spory o służebności poddańcze, nie

7)

było tu bowiem żadnéj prawnéj podstawy i zasady, a wszystko zależało od kommissyonującego i referenta. –

Obmyślono najpiérw jakiś rok normalny 1784 na służebnictwa lasowe, i przyznawano prawa wrębu tym gminom, które w posiadaniu F tych praw w r 1784 się znajdowały. Czyniono to na podstawie dekretu kancelaryi nadwornéj z 18. Grudnia 1783 (cyrk. gubern. z 12. Stycz. 1784), który żadnego roku normalnego nie stanowi, i o którém kancelarya nadworna w piśmie z 27. Października 1842 L. 31443 powiada, że ten dekret mylnie Patentem był nazwany, że on nie był wydany w formie ustawy ani téż w celu, aby służył za ustawę. (Betrachtungen str.)

F użytków lasowych

Jaką koleją szły daléj przepisy o służebnictwach poddańczych i ich zastosowanie, wyłożyłem w oddziale III broszury: „Betrachtungen über die Behandlung" etc.

Przyszło nakoniec do tego, że kancellarya nadworna w piśmie swojém z 27. Paźdź. 1842 L. 31.443 (broszury str. 50) przyznaje, że, w braku przepisów i zasad, decyzye zapadają od wypadku do wypadku [nach den] podług każdoczasowych okoliczności „So wird nun

„sofern immer von Fall zu Fall nach d
„jeweiligen Umständen, sowohl vom
„bernium als von der vereinten Hoff
„zlei entschieden". – Chociaż nadworna
Kancellarya wtedy dążyła do ~~polożo~~
ustanowienia prawnych norm, do j
takie normy ogłoszone nie zostały
Prawność decyzyj politycznych, przy
jących poddanym służebnictwa mała
najlepiéj rapport prokuratury fiskal
w którym to prokuratura, jako ad
kat poddańczy, sprzeciwia się najmoc
poddaniu sporów o służebnictwa podd
cze pod kompetencyę sądów, i do téj
przyczyny „że dworom byłoby takowém
„kie polityczne decyzye, które o podd
„czych Servitutach zapadły, w drodze
„dowéj obalić" (Broszury str. 63) —
Że przy takiéj judykaturze w kt
dowodem były najczęściéj zeznania
przysięgłych świadków, a zwłaszcza u
roku zdanie referenta, i procedura,
mniejszéj ręKojmi nie dająca – a
brażenia o prawie ani ukształcić a
ostać się nie mogły, niepodlega wą
wości, – a do poznawania jednych i
samych sporów kilkakrotnie rozsł
ganych, przyczyniała się ta okoliczn

że decyzye władz politycznych prawie nigdy przedmiotu sporu dokładnie nie określały, a przysądzające służebnictwa, nie stanowiły miary i warunków używania, ani określały, którym członkom gminy służebnictwo ma przysługiwać. — Przytoczone w broszurze „Betrachtungen über die Behandlung" etc. przykłady rozstrzygnień politycznych w sporach o granice, służebnictwa i posiadanie praw wydawały się istnemi dziwolągami w każdym cywilizowanym kraju, w którym jedynie tylko uczciwe sądownictwo do wyrokowania o prawach, na podstawie legalnie wydanych i ogłoszonych ustaw jest powołane. —

Dnia 5go Lipca 1853 ogłoszony został nareszcie Patent, zawierający przepisy o regulacyi i wykupnie ważniejszych służebnictw w ogóle, jakoteż wszystkich służebnictw i praw wspólnego posiadania gruntów, które istniały między tylymi Panami i poddanymi. — W tym Patencie poszło przeciw ustawodawstwo austryackie za przykładem Krajów zachodniej Europy, w których już oddawna uznano wielką szkodliwość służebnictw gruntowych i praw wspólnego posiadania i

znieść je starano się. —

Dla przeprowadzenia tego Patentu dało Ministeryum rozporządzenie z 31 Paźdź. 1857 (zbiór ustaw państwa № 2 w którém przepisano postępowan przy traktowaniu i rozstrzyganiu u kich spornych punktów, dające więc rękojmi niż dawniejsze postępowa władz politycznych; bo w niém n. p. puszczono zaprzysięganie świadków rzeczoznawców i stawianie świadk pytań przez strony podanych, czeg wniéj nie bywało. —

Kierunek operacyj i rozstrzygan spornych punktów poruczono krajo kommissyom, do których składu u dzą także urzędnicy sądowi i obra przez rząd reprezentanci stron. —

Skargi włościan przeciw postępow kommissyów, do przeprowadzenia tentu z 5go Lipca 1853 powołanych, je gdzie w jakim ~~politycznym~~ jedyńczym wypadku gą być uzasadnionemi, to, w ogóle, s sznemi nie są, gdyż do kommissyj l kalnych — które główną odgrywają r bo z urzędu indagują wszelkie rzeczy rozstrzygnienie sporu wpływ mające powołani są urzędnicy polityczni, w

Prowadzenie kommissyj lokalnych (Localerhebungen) zostawiono jednak jeszcze pojedyńczym urzędnikom politycznym.

rych tradycye o obowiązku opieki nad włościanami nie zaginęły.

Skargi włościan odnoszą się także do samego Patentu z 5 Lipca 1853, a, ile wiadomo, włościanie chcieliby tam, gdzie mieli służebnictwa, pozostać przy nich bez zmiany, a mieć je sobie przysądzone tam, gdzie dotąd nie mieli żadnych.— Objawem takich przez przewodzców włościan zaszczepionych im żądań jest n.p. petycya posłów włościańskich z 13. Maja 1848 podana w Wiédniu Najjaśniejszemu Panu, w której zupełnie mylnie wytłoczono, jakoby uskawodawstwo Cesarza Józefa wprowadziło, prócz podatkowej gruntowej dotacyi, takie (w ogóle) prawa wrębu w lesie i prawa pasienia, i jakoby poddani w tych prawach ukrzywdzeni zostali.—

Bardzo wiele jest wypadków, w których włościanie przy Kommissyach żądają, aby ich pozostawiono przy dotychczasowych służebnictwach i sprzeciwiają się zupełnie ich wykupnu lub uregulowaniu.— Wiadomy jest wypadek, który się zdarzył w Skamionce przed parą laty, gdzie sam Prezydent Kommissyi krajowej Baron Kalchberg u tyłego dziedzica

uprosił, aby dawnym poddanym oddał, (jako wykupno za służebnictwa) w drodze zgody, spory kawał lasu; włościanie jednak tego przyjąć ani do żadnéj zgody przystąpić nie chcieli. —

Petycya 18 gmin, do L. Wydz. 481 podana, żąda aby w miejsce zniesionych służebnictw, zaprowadzono nowe urządzenie, ale takie „ktoreby byłym poddanym dawało prawo do drzewa na „opał i budowę z lasów pańskich i prawo paszenia na pańskich gruntach „w miarę potrzeby każdego członka gminy", a więc żąda służebnictw nowych ogólnych, nawet tam gdzie nie istniały służebnictw, któreby, bez wątpienia wszelki użytek z dworskich gruntów pochłonęły i właścicielom dóbr hipolecznych nic nie zostawiły. —

Do podobnych żądań żaden uczciwy i rozsądny człowiek przychylić się, a nawet na pozostawienie dotychczasowych dla kultury ziemi najszkodliwszych służebnictw, przystać nie może.

Powstają także skargi, ze strony obrońców włościańskich, iż przy przeprowadzeniu wykupna służebnictw, też służebnictwa w bardzo niskiej cenie bywają szacowane i małe za nie wykupno

przysądzane. — Jeżeli ta skarga nie pojedyńczych wypadków lecz ogółu dotyczé, to ona odnosić się może tylko do Patentu z 5. Lipca 1853, który w §. 11. szacować każe wartość służebnictw podług cen z lat 1836 do 1845. —

Lecz w tém postanowieniu nie dla włościan, lecz raczéj dla byłych dominiów krzywdę upatrywać można; bo, jakkolwiek ceny z lat 1836 do 1845 mniejsze są od teraźniejszych, to jednak one były większe od cen urbaryalnych z r. 1820, podług których ustanowiono wynagrodzenia dla dworów za zniesione powinności poddańcze. —

Jeżeli gdzie w skutek zastosowania cen z lat 1836 do 1845 i w skutek niedostateczności służebnego gruntu dla zaspokojénia wszystkich pretensyj — wynagrodzenie za służebnictwo wypadło mniejsze, niż się włościanom słuszném zdawało, — lub jeżeli gdzie włościan odsądzono od niesłusznie pretendowanego prawa, — to z drugiéj strony zdarzały się wypadki, w których byłych poddanych protegowano i przyznawano im wynagrodzenie za służebnictwa nawet większe niż wynagrodzenie, które dwór otrzymał za poddańcze prestacye. —

Stan n.p. w miasteczku Krakowcu obwodu Przemyskiego jest 178 mieszkań chrześcian takich, którzy płacili czynsze i zbierali zbiórkę w dworskim lesie. Płacili oni rocznie czynszu po 48 x., po 1 fl. i po 1 fl. 23 3/4 x. – a wszyscy razem 189 fl. 45 1/2 x. Oll. rocznie, która to renta, po odtrąceniu 1/3 i 5% na koszta, przedstawia kapitał indemnizacyjny dla dworu w kwocie 2.403 fl. 40 x. Oll. czyli Wal. austr. — 2.523 fl. 85 x.

Za zbiórkę zaś przyznano tymże 178 mieszkańcom każdemu według klas po 1 fl. 2½ po 1 fl 88 x i po 2 fl. 62 3/4 x. rocznie, a przyznany kapitał indemnizacyjny dla wszystkich razem wyniósł Wal. austr. 5.572 fl. 16 i to już po bardzo znacznem zredukowaniu wskutek tej okoliczności, że las nie mógł tyle zbiórki dostarczyć ile przedawali mieszkanie. – Wynosi więc u Krakowca wynagrodzenie za samą zbiórkę, które dwór sam zapłacić musi, 2 razy tyle niż wynagrodzenie, które za przekazane podatnicze dwór otrzymuje a do którego opłaty kraj cały, zatem i dwór się przyczynia. –

Znany mi takie podobny drugi wypadek w Reichberg w obwodzie Przemyskim,

9.)

założonéj w r. 1787 przez osiedlenie 21 Kolonistów niemieckich, którzy dostali w dotacyi 445 morgów pola. – Prestacye każdego z tych Kolonistów oszacowane po 7 fl. 30 kr. razem zaś od nich wszystkich 157 fl. 30 kr. CM. rocznie, a po odtrąceniu ⅓ i 5% zostaje do indemnizowania 100 fl. renty, co czyni w kapitale 2.000 fl. CM. czyli 2.100 fl. Wal. Austr.

Przyznane zaś politycznemi dekretami każdemu koloniście 52 fur drew rocznie czyli wszystkim razem 1092 fur rocznie uczynią pewnie kilka razy więcéj niż wynagrodzenie za ich prestacye dworowi przysądzone. – Ciekawa i nader pouczająca jest ta zmiana, jaka w stosunkach Kolonii Rechberg z dworem między r. 1787 a 1848, zatém w przeciągu 60 lat nastąpiła. W roku, 1787 dotował ich dwór 445 ma morgami pola, które im w r. 1848 zupełnie na własność, niczém nie obciążoną przypadły, a dwór nadto jeszcze kilka tysięcy reńskich dodać im musi. –

Podobnych wydarzeń zdaje się w Europie nie znajdziemy. Pruskie ustawodawstwo traktowało służebnictwa poddańcze jako wzajemne ze strony dworów prestacye, a przy zniesieniu stosun-

ków poddańczych, nakazało potrąci wartość tych prestacyj od wartości prestacyj poddańczych; regułą zaś było, iż szacunek wzajemnych prestacyj dworów nie mógł w żadnym wypadku przewyższać szacunku prestacyj poddańczych. –

Gdy, oprócz postawionych w ogólnik skarg włościańskich na krzywdy, wnioski podane do Sejmu i Wydziału dążą wszystkie do sprawiedliwego spiesznego załatwienia wszelkich sp służebnictw i sporów o grunta, zast nowić się wypada, jakiemi środkami ten cel dopięty być może. –

Największa liczba wniosków, k re się jednak jedne podług drugich m delowały, podaje sposób, aby z pominięciem sądów i urzędów, spory o grunta i służebnictwa rozstrzygane były lubownie lub przez Sędziów, od stron a hoc obieranych. –

Jednakowoż Panowie Tarowski i Za ski obeznani z dotychczasowém postę waniem w sprawach służebnictw ja reprezentanci interesowanych w komisyi Krakowskiéj, powstają (w podan do Liczb. Wydz. 445) najmocniéj przeciw

zmianie ~~postępowania~~ postępowania; bo są przekonani, iż włościanie, których podejrzliwość nie ma granic, nie upatrywaliby w téj zmianie dobréj woli ustawodawców, lecz widzieliby w tém raczéj nowy podstęp ze strony tych Panów.—

I zaprawdę, żądania Panów Darowskiego i Latuskiego nie można odmówić prawidłowości, gdy wiérzy mieliśmy dowód, że nawet najniewinniejszéj mianéj na Sejmie przemowie posła Pabockiego, starającego się zbić pogłoski o tém jakoby Panowie chcieli zaprowadzenia pańszczyzny, podsunięto podstępne zamiary, gdyż w adresie reprezentantów ruskich włościan z 13. Maja b. r., podanym Najj. Panu (Głosu Nr. 122) powiedziano, że Panowie podobnemi przemowami na Sejmie „chcieli wmówić w prostego wieśniaka, jakoby wyrzeczone „już przez N. Pana zniesienie stosunków poddańczych od ich łaski zawisłem było".—

Daléj mówią Panowie Darowski i Latuski w podaniu swojém, że pertraktacyę służebnictw najlepiéj porozumieć w tym sposobie, w jakim się odbywała dotąd, t. j. z zachowaniem wszelkich, któ-

tką a podobną do sądowéj procedurą wy=
maganych ostrożności prawnych, a to
tém bardziéj, że ludność już w ogó
le do tych form przywykła, i że mim
uskarżania się na zwłokę, w zacho
dnich obwodach jednak blizko t
cią część wszystkich spraw serwitu
towych już załatwiono. —

Panowie Darowski i Załuski sądz
także, że o załatwieniu spraw sł
żebnictw w drodze sądów polubowny
mowy być nie może dla tego, iż wł
ścianie na takie sądy prawie n
gdy nie przystawają, chociaż pert
ktacya polubowna, a nawet mi
~~wicie~~ anie przez strony sądów rozjem
czych w ustawach jest dopuszczon
(§§. 48, 66, 93, 97, 107. rozp. minist. z 2
Paźdź. 1857). — Z pomiędzy 1700 spra
w zachodnich obwodach
już załatwionych, przeprowadzono
ko jedną w drodze sądu polubowne
a i w téj włościanie rekurowali do
ministeryum, mieniąc się być pod
~~ceni~~ conymi przez Sąd polubowny
Jakoż i w obwodach wschodnich, jak
mi wiadomo, zdarzały się wypadki,
włościanie na dobrowolną ugodę pr
stać nie chcieli, a potém w skutek

10.)

roku nie więcéj lub mniéj dostawali, niż im w drodze ugody przyznawano, — a nawet po zawartych i podpisanych ugodach przeciw nim się skarżyli i ich wykonania dopuszczać nie chcieli. —

Dziéma się czemu dziwić, że przykremięcie wyobrażeń, jakie w skutek dawniejszéj politycznéj judykatury powstały, włościanie ani na ugody lub na rady polubowne przystawać nie chcą, i zawsze naprzeciw wszystkim, t. j. naprzeciw byłym Panom i naprzeciw władzom jako i naprzeciw własnym pełnomocnikom są podejrzliwymi. —

Skiedy pojedyńcza gromada prawie zawsze nie kontenda z działań swoich pełnomocników przez siebie i spośród siebie obranych, i ugody przez nich podpisane przyjmować niechce, jakże się tu spodziéwać, aby była zaspokojona sądem obranym spomiędzy ludzi jéj obcych? —

Sądy, do rozstrzygania spraw służebnictw, przez byłych Panów i poddanych po połowie obiérane, miałyby ten skutek, iż spór, niezgoda i rozjątrzenie, rozpo-

zgoda między dwiema stronami,
przeniosłyby się także i do Sędziów;
bo o ustępstwach lub jakiéj wyrozu-
miałości ze strony obranych przez
gromady Sędziów ani myśléć mo-
żna, gdyż ci Sędziowie od preten-
syj gromad, choćby te były najbar-
dziéj przesadzone, nie odstąpią, a
nawet, z obawy przed gromadami,
odstąpić nie będą mogli.—
Jeżeli dziś kraj użyskuje nad nią
zgoda między tylymi Panami a
poddanymi, o ileż więcéj da nieżgod
i skargi włościan przeciw Panom
wzrosną, gdy włościanie wszelkie
odmówienie żądaniom gromad,
choćby najniesłuszniejszym, bezpośre-
dnio i niepodzielnie Panom jako
członkom Sądu będą przypisy-
wać?

Jeżeli więc od takich sądów zaspo-
kojenia włościan ani przywrócenia
upragnionéj między nimi a tylymi Pa-
nami zgody spodziewać się nie mo-
żna, jakiż cel one mogą osiągnąć?
Powagi mieć będą mniéj niż wła-
dze rządowe, bo za temi ostatniemi
przywykł włościanin wydrzeć siłą,

która on jedynie szanuje.—

Postępek w załatwieniu spraw również nie można oczekiwać od wspomnionych Sądów; bo ludzie z których one będą złożone, długiego czasu potrzebywać będą, aby wyuczyć się w ustawy i w tenzamęt, jaki w sporach o służebnictwa panuje.—

Nawet dyskutowanie w Sejmie podobnych przedmiotach, stawianie wniosków jedynie tylko powiększenie niezgody i szkodę Krajowi przynieść może.—

Jakkolwiek już dziś można być przekonanym, że zmiana w najświeższych ustawach, dotyczących sporów o służebnictwa, albo też zaprowadzenia innych sądów do rozstrzygania tych sporów, raczej szkodę niż pożytek przyniesie i że tu Krajowi już nie tyle o poprawienie ustaw jak o pospiech w ukończeniu sporów iść powinno, gdy jednak powątpiewania za taką zmianą się oświadczyły, a dla zbicia tych zdań więcej powodów i objaśnień przydać się może; —

gdy tutaj idzie nie tylko o służebnictwa lecz także o projekt do ustawy, dotyczącej rozstrzygania sporów o grunta, które w mnogiéj liczbie powstaną z powodu zaprowadzenia ksiąg gruntowych czy też nowych metryk podatkowych, — gdy po otrzymanych bliższych objaśnieniach dla pogodzenia zdań, może przynajmniéj żądać wypadnie, aby bez zmiany w ustawach o służebnictwach, teraźniejsze kommissye więcéj dokładały starań do końcowania sporów w drodze ugody i w drodze Sądów rozjemczych, przez stronny obieranych, które to drogi ustawy najwyraźniéj są dopuszczone (obacz §§. 48, 66, 93, 97, 107 rozp. minister. z 31. Paźdz. 1854), —

gdy nakoniec rozbierając sprawę o służebnictwach należy pomyśléć i o takich służebnictwach lub współnych prawach posiadania gruntów, które nie zachodzą między tutymi Panami i poddanymi, i nie podlegają Patentowi z 5. Lipca 1853, a przeciż kulturze ziemi szkodę przynoszą, więc przez wykupno lub uregulowa-

11.)

nie zniesione być powinny, —
sądzę, iż w tych sprawach zasięgnąć
jeszcze trzeba F objaśnień tak od władz
krajowych, do rozstrzygania sporów
o grunta i służebnictwa powołanych,
— jakoteż od Towarzystw gospodar=
skich, które są specyalnemi rol=
nictwa reprezentantami. —

F określonych w następujących expedycyach

Varia

Zarządzenie gubernium gal. (hr. Brigido)
w sprawie servitutu drzewnego dla poddanych
(1790)

Lemberger Forstamt

No=

Kommt zur allerhöchster Entschließung welcher Antrag No= Bezirksforst in Absicht der Holzbedürfniß der untertheinigsten Gemeinden und dem Bezirk zum künftig über die obrigkeitlichen Waldungen unter 14tn Hornung vorgelegt zu schätzen, gnädigst genehmigt haben, und die mit Entschließung vom 29tn Brumaire V.J. allergnädigst bekannt gemacht worden ist, nicht etwa mißdeutet und daraus einer unrichtigen Anwendung für den Untertheinen wieder die Absicht dem Bezirk Forstamt zum offenbaren Nachtheil der Gemeinden erzeugen werde, so befiehlt das K. Forstamt in Gemäßheit nunmehrigen höchster Entschließung vom 8tn dieses einschärfend zu erklären, allen nachgeordnet Aemtern.

Da durch die bisher zwischen einer Gemeindeschaft und ihren Untertheinen eine Gemeinde ein Vertrag bestanden hat, daß diese letztere ihr Holzbedürfniß aus den obrigkeitlichen Waldungen beziehen, dagegen aber der Gemeindeschaft die billige und verhältnißmäßige Vergütung zu leisten verbunden sein soll, und wo dieser Vertrag bey Abgränzung der einen Theil in seiner Wirksamkeit gelassen worden ist, hat es dann um so mehr sein Bewenden, wo aber ein solcher Vertrag abgeht nicht bestanden hat, da hat die Willensmeinung No= Bezirksforst darin, daß zwar die Gemeindeschaft ihren Untertheinen Gemeinde und Bauholz zum eigenen Gebrauch unentgeldlich zu verabfolgen verbunden sein soll, und wird denen den Untertheinen jeder einmal mit Vorwissen seiner Gemeindeschaft und billig von den von derselben bestimmten Förstern und Rath seiner Forstbedienten ein und zwey Mast in der Woche in den herrschaftlichen Wald gehen, somit sich diese Holzung Holzes forderlichen Bäumen, daß wenigstens 20 bis 30 Jahre, daß, wie ein solches in allen übrigen Forstämtern vorgeschrieben, und vorordnet ist, den Untertheinen an diesen Förstern zur Abnahme alles Waldschadens mit seiner Art sich betreffen lassen soll, welchen widrigenfalls jedesmahl nach den bestehenden Vorschrift zu ahnden sein, und den Untertheinen, die schuldige Ahndung sich selbst beyzumessen haben wird.

Alle übrigen Holzverabfolgungen denen den Untertheinen zu seinem häuslichen, und ökonomischen Gebrauch bedarf, soll ihm zwar ebenfalls die Gemeindeschaft und den obrigkeitlichen Waldung zu verabfolgen, jedoch soll dieser verabfolgten Holzen, wie es vollkommen in der Billigkeit gegründet ist, dafür die Gemeindeschaft die verhältnißmäßige Vergütung in seinem Betrag zu leisten, der nach den Brennholzpreis Gemeinschaften und nach den Lohnverdienstkosten für die Holzverabfolgungen jeden Orts festgesetzt

werdne ist, wobey aber den betreffenden jährlich vorzuschreiben ist, diese Verzeichnus
rechtzeitig einzureichen, oder mittelst Lossprechbrief zur Zeit der Vorkommenden Feld-
verbrüche nöthig zur Schnittzeit, beym Heumachen, beym Haust- und Aherst-brechen,
und zwar vorzüglich zu der, wey Vorschrift des Lokals festgesetzten Losgrasen
zu bestehen, oder auf seine diesfällige Ansuchen sey von rechtswegen wie nunmehro
beyzufügen. —

Damit nun diese allerhöchste Willensmeinung sicher und vollkommen erreicht
werde, kömmt zu bemerken sey, dass jedesmahl betreffende Gemeinde in Absicht auf
den diesfälligen Holzbedarf mit ihrer Grundherrschaft, nemo verdrießlichen Kom-
mercio, in welchem der eigentliche Bedarf, die Holzgerechtsame, der Holzpreis, und die dessen
mittelst Lossprechbrief, zu bestimmender Vergütthung deutlich bestimmt werde, und um dadey
vorkommende allen Mißverständnissen, allen Zweifel, der etwa in der Folge zwi-
schen der Grundherrschaft, und der betreffenden Gemeinde entstehen könnte, zu
vermeiden, haben diese Verträge überhaupt unter Beibehaltung Mitwirkung
zu verfassen, und sind von einem jedesmahlen festgestellten Vertrag drey gleich-
lautende Exemplarien zu verfassen, damit eines mit der Grundherrschaft,
das zweite bey der betreffenden Gemeinde, das dritte hinzugenommen
bey dem Lk. Bezirksamt aufbewahrt werden könne; — dabey ist genau zu
beobachten, dass in keinem etwa irgend der Fall eintreten sollte, dass mehr
als vorher Gemeinden, die von der Urbarial Commission festge-
setzten Holzgrad überschreitet, somit für sich drückend würde, und dieser
Bedrückung nicht bloss eingebildet wäre, in einem solchen Falle die betreffi-
ge Gemeinde sey von dem Lk. Bezirksamt zu vorderst sehr, vorläufig eine Aufsicht
gegen Einsicht, und mey Einsicht, eines Übergangung der weitern Lokalität-
beschaffenheit eine diesfällige Holzgrad modifiziren soll, wie denn nie gleichfalls
auf den Grundherrschaften betreffende wird, wie weit nun oder die vorher,
in Ansehen der ein- und dort übergegangenen Forsten der Losgrabung, dabey vorher die
Vergütthungen eingebracht werden sollen, billige Verstellung nehmen würde, damit
solchergestalt der billigste Maß beobachtet, und allen künftigen Einwendungen oder
Mißverständnissen vorgebogen seye möge.

Hiernach sind also das Bezirksamt, in dem ihm vertrauenden Berufe, die Kundma-
chung zu besorgen, den Grundherren sowohl als den Betreffen die eigentliche Absicht
Majestät wohl begreiflich zu machen, die vollkommene Ruhe zu pflegen, den Betreffen zuver-
lässige Belehrung zu verschaffen, aber jedoch dabey den Grundherren wieder Billigkeit zu
verpflegen, sondern zwischen beyden das gleiche Verhältniss, das gute Einvernehmen, und
das liebvolle Band zu erhalten, zu dessen Verpflegung das Lk. Bezirksamt immerhin
mitzuwirken und sich solches zur vorzeitlichen Pflicht zu halten sey, sonnen Zeit
oben ist, von dem sonstig dieser im Grundgegebenen Vertrage nur — Linden Rest, als
Lemnitz zu restatten. — Linden am 26ten Februar 1790

Jos. Graf Brigido mpp

Ex praesidio Gubernii

Landgerichtsschreiber

Testament
Franciszka Wiśniowskiego
1851
(w Koźmie, w Tarnopolskiem)

w związku z uwłaszczeniem 1848

Testament Wiszniewskiego

Tytułem własności, posiadałem we wsiach Kozinie i Bilce, tudzież na Manastyrze pola ornego blisko 800 morgów:, – które chłopom w wieczną Dzierżawę za opłaceniem czynszu rocznego w robociznie, i innych daninach były w używanie dane. – W roku 1848. rozwiązał Najjaśni. Dom panujący w Austryi pod fikcyją: „zniesienia ciężarów gruntowych:" istniejące między mną, a chłopami kontrakty wiecznej dzierżawy, uwolnił ich od płacenia czynszu dzierżawnego, i darował im te 800 morgów pola ornego, mnie zaś przyobiecał za tę odjętą własność ziemską – dać jakoweś wynadgrodzenie w pieniądzach.

Manifestem mojem pod d. 20 Maja 848, przez druk ogłoszonym protestowałem publicznie przeciw tej arbitralności, która na mojej własności dokonaną została i deklarowałem się tamże, że żadnego wynadgrodzenia w pieniądzach nieprzyjmuję, lecz żądam aby mi moja własność ziemska: „w naturze" powróconą była. W tym manifeście wykazałem że Bóg żadnemu Panującemu plinipotencyi niedał sprzedania własności jednego na korzyść drugiego za cenę pieniężną, jaką się Panującym ustanowić podoba, i że tej plinipotencyi nawet ani reprezentacia narodowa, ani też cały naród mieć nie może. Jeżeli się tedy Najjaśniej. Dom panujący opamięta, i odjętą własność ziemską powróci, wtedy takowa ma do ustanowionego lub substytucyjnego dziedzica, lub do sukcessorów tychże należyć – jeżeliby zaś Najjaśni. Dom panujący nie miał względu na to obstrzeżenie ustaw, które Bóg w 5tej Księdze Mojżesza w rozdziale 28. przeciw tym wszystkim wyrzekł, którzy Jego 10te przykazanie przestępują, i w swojem postanowieniu nieodzownie pozostał, wtedy nie daję ani dziedzicom mojm, ani też ich sukcessorom prawa akceptowania czyli przyjmowania od tegoż Domu panującego lub Jego Rządu jakiej bądź nadgrody za odjętą mi własność ziemi, – lecz zapisuję i leguję prawo moje, windykowania tej własności: „w naturze", temu, który to dworzysko (lub ten plac) na którym teraz mieszkam w ten czas tytułem własności posiadać będzie, kiedy ten Dom Najjaś. w Królestwie Galicyi i Lodomerii panować przestanie. – Temu prawu windykowanemu niemoże żadna przeskrypcia stać na przeszkodzie, ponieważ chłopi nabyli tę własność bez tytułu, i bez dobrej wiary, albowiem tytuł nabycia własności, która pod prawami prywatnego człowieka zostaje, spoczywa wyłącznie: w woli właściciela, nie zaś w woli Rządu; przeciwne zdanie jest nauka kacerzów tak zwanych komunistów. Ten owoc pracy mojego zapisu całego, daję dziedzicom mojm z błogosław. ojcowskiem, – jeżeliby zaś Rząd austryacki ostatnią wolą moją chciał nadwerężać, i ustanowionym Dziedzicom mojm, przeciw tej woli nadgrodę za odjętą mi własność ziemską akceptować i odebrać pozwolił – lub ich do tego zmuszał, i jeżeliby ciż dziedzice tę nadgrodę pod jakim kolwiek pretekstem przyjęli, i tym sposobem prawa przyszłych hyetarjuszów ustalić usiłowali, wtedy niechaj wiedzą o tem, że zamiast błogosławieństwa przekleństwo moje na nich i na ich potomkach ciężyć będzie.

W Kozimie 1851. W Czerwcu Franci. Wiśniowski

m. p.

Auszug aus dem Werke
„Die Gesetzgebung des Grossherzogthums Hessen"
von W. Goldmann
(Darmstadt 1831)

Auszug aus dem Werke

X
281

Die Gesetzgebg Hs. des Grossherzogthums
Hessen von W. Goldmann
Darmstadt 1831 bei Carl Stahl

Band 1, 53 pag. 4, 5, 6, 7,

Grundsätze der Besteuerung des Grundeigenthums und der gutsherrlichen Gefälle.
Erläuterung der bestehenden Lasten Gebäude.

Zur Verständigung darüber die Grundsätze der Besteuerung des Grundeigenthums und der gutsherrlichen Gefälle in dem Grossherzogthum Hessen bezog sich Gebäude, Bäuden in den weiteren Mitteln zu verwirklichen dem Gesetze und Verfügungen übrigen, dann müssen folgende Bezug Bemerkungen vorausgeschickt werden:

Alle Verschiedenheiten und sonstige Umstände, welche in dem Grossherzogthum Gebäude in Bezug der einmaligen Besteuerung wirksam werden müssen, sind Abgrenzlichkeitsbestimmungen, d. h. solche, denen Bestimmte zu bestimmten Zeiten in Grenzen festgesetzt – und aberdem nach gesetzlich bestimmten Verhältnissätzen berechnet werden.

Diese Verhältnissätze bestehen in dem jährlichen reinen Ertrage der verschiedenen Objecte der Besteuerung, oder in Grössen, welche diesem jährlichen reinen Ertrage gleichgesetzt sind. Die führen die allgemeinen Benennung: „Steuer-Kapitalien" s. Normal-Steuer-Kapitalien s. und zerfallen in folgende drei Gattungen:

1. Grundsteuer-Kapitalien
2. Gewerbsteuer-Kapitalien
die Grundsätze der Ausmittelung dieser beiden Arten von Steuer-Kapitalien übergehen wir, da deren Ausführung zum dritten Abtheilungen verbleibt.
3. Grundsteuer-Kapitalien oder Steuer-Kapitalien von den Gegenständen des Immobilen Gebäudes.

Als Gegenstände des Immobilen Gebäudes passenen: Gebäude, Grundstücke und nutzbaren gutsherrliche Abgaben alten Art; und die Ausmittelung der Steuer-Kapitalien für dieselben erfolgt nach folgenden Grundsätzen:

a. Bei Gebäuden, Mühlen und Gewerbsanstalten wird der billige mittlere locale Baukostenaufwand abgesetzt und hiervon ein gleichmässiger Theil als der Steuer-Kapitalien angesetzt, nämlich bei Gebäuden $\frac{1}{25}$ bei Mühlen und Gewerbsanstalten aber $\frac{1}{30}$.

b Bei Grundstücken wird der jährliche Roh-Ertrag und der zu diesem Hervorbringung und Gewinnung nothwendigen Kostenaufwand abgesetzt, sodann durch Abzug des Unterschiedes von beiden der reine Ertrag gefunden. –

c. Der Ertrag der Gebäude wird nach den abgesetzten mittleren Roh- und Kostenbeträgen der verschiedenen Grundstücken abgeleitet und so wird er denselben, nebst den Gebäudezinsgutsherrn, ein Antheil des mittleren Gewerbsertrags als Kommunalsteuer in Abzug gebracht;

d. Der nach abgeschlossenen jährlichen Ertrag von Jagd-, Fischerei- und Weidbe-

Anmerkungen

...schätzungen, Taxationen und besonders Schätzungen des Brandschadens aus der von Zschetzen, wird durch Aufstellung der von Brandschadenschätzungen über den Gebäude-, den beweglichen Vermögen Ertrag vermittelt; endlich:

c. wird der jährliche Zinsertrag ständigen Gefällen, als Gülten, Zinsen, Grundzinsen, Lehen, Lasten, Lehenzinsen u.s.w. in seinem ganzen Umfange als das Brandkapital des Brandschadens angesetzt.

Alle Erträge von Grundstücken unter b. c. d. und e. welche aus Naturalien bestehen, werden nach durchschnittlichen Brandschadenpreisen in Geld umgesetzt.

Um richtige durch die gemachte Berechnung gefundenen Resultate muß man bezeichnete Berechnungen dieser Artikel und das damit Inbegriffene vermindert das Pflichtige herausbringen, damit man die reinliche Summe, auf welche der Grundzins, nicht blos der volle Jahresertrag des Brandschadens, sondern auch alle Brandschäden in der Lage der ganzen Ertrag der darauf haftenden Grundschulden in demselben Betrage noch übergegangen werden muß, in welchem dieser dem Brandschaden als jährliches Einkommen — das Brandkapital — angesetzt wird. — Erst das nach diesen Abzügen noch bleibende reinliche Einkommen bildet das eigentliche der Brandversicherung zum Grunde liegende Brandschadenkapital.

Aus allen diesen angeführten und anderen sich folgenden besonderen Ausdrücken, wenn nur folgendes Beispiel angenommen wird. —

Ein Grundstück des A. ertragt nach der vorgenommenen Abschätzung, dem Abschlusse auf Ausstellungs- und Brandkosten jährlich . . . . . 60 fl. —

Die Summe zu verwendenden Keller und Brandkosten betragen . . 20 fl. —

Als reiner Ertrag bleiben 40 fl. —

Auf diesem Grundstücke haftet aber ein Grundzins welcher an

den B. zu entrichten ist, von . . . . . 2 fl.

Es verbleiben also

als der reine Ertrag des Grund und Bodens dem A. 38

der Grundzins dem Brandschaden — B. mit . . . . . 2.

Falls aber der Grundzins durch Ablösung oder auf einen andern Besitzweg, so daß er ganz entfällt, so hat A. den ganzen reinen Ertrag von 40 fl. zu versichern.

Die beigefügten Ausmittlungen für diese vorstehenden Ansätze sind:

60 fl. Jahresertrag vom reinen Ertrag des Grundstücks A.

40 fl. reiner Ertrag vom Brandschadenkapital desselben.

2 fl. Brandkapital-Abzug des A.

38 fl. Brandschadenkapital des A.

2 fl. Brandkapital Ansatz f. Brandschadenkapital f. des B.

In dem Falle der Erlöschung des Brandkapitals Abzugs- und Brandkapital Ansatzes, wenn auf dem Grundzins auf dem pflichtigen Grunde haftet, bildet der in 40 fl. bestehende reine Ertrag jetzt des von A. zu versichernden Brandschadenkapital des Grundstücks. —

Wenig

Wo nicht von dem Gegensatze zwischen Neu-Steuerkapitalien und Rein-Steuerkapitalien die Rede ist, werden unter der bloßen generischen Benennung „Steuerkapitalien" in der Regel die letzteren verstanden, welche allein auch die Verhältnißzahlen für die Repartition der Steuer bilden. —

Bei Gütern, deren Eigenthum durch Lehns- Erbleih- oder Landsiedelverband beschränkt ist, versteuert der Lehnsherr, blos die ihm davon erfallenden wirklichen Nutzungen an Erbpacht, Renovationsgebühren und dergleichen und nur sie kommen ihm, wie die gewöhnlichen Grundzinsen, in Steuerkapitalansatz, den Grund und Boden versteuert der Lehnträger gleich dem unbeschränkten Eigenthümer, jedoch kommt ihm der Betrag seiner Leistungen an den Lehnsherrn mit demselben Betrage in Steuerkapitals Abzug, mit welchem er diesem in Ansatz kommt. Auf das Obereigenthum an sich und als bloßes Recht betrachtet, namentlich auf das daraus fließende Heimfallsrecht, wird bei der Besteuerung keine Rücksicht genommen, d. h. es wird hiefür dem Lehnsherrn weder ein Steuerkapitalansatz, noch dem Lehnträger ein Steuerkapitalsabzug gemacht. —

Güter, welche bloß in Zeitpacht begeben sind, versteuert der Eigenthümer eben so fort, als wenn er sie in Selbstbenutzung hätte. Auf das Pachtverhältniß und die Pachtabgabe nimmt die Steuer-Behörde keine Rücksicht

Die Standes-Herren des Großherzogthums genießen hinsichtlich der ordinären Steuer verfassungsmäßig einen Nachlaß von 3/8 des Ansatzes von ihren bei der Mediatisirung besessenen Steuer Objekten. —

Auszug aus dem Werke: Die Gesetzgebung des Herzogthums Hessen von Wilhelm Goldmann. Darmstadt 1831.
Seite 142. bis 165.

Beilage 9.

Ludwig von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen, Herzog in Westphalen &c.

Wir finden uns bewogen, der für unser Herzogthum Westphalen unterm 9ten July 808 wegen der Gemeinheitstheilungen und mehrerer anderen Gegenstände erlassenen Verordnung auch für unsere Provinzen Starkenburg und Hessen in so weit Gesetzeskraft zu geben, als nicht die Verschiedenheit der Verhältnisse in den letzteren Landestheilen die aus den nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen hervorgehenden Modifikationen und Abweichungen von derselben nothwendig gemacht haben.

Erster Abschnitt
Von den competenten Behörden in Gemeinheits Auseinandersetzungs-Sachen

§ 1. Alle Gemeinheits-Auseinandersetzungs-Sachen und was damit in nothwendiger Verbindung steht, gehören vor Unsere Regierungen in den beiden Provinzen.

§ 2. Von den Verfügungen und Entscheidungen der Regierungen in diesen Sachen findet ein Rekurs an Unser Geheimes Ministerium statt.

§ 3. Die unmittelbare Behandlung und Ausführung der Separationssachen geschieht, unter der Leitung der Regierungen, durch Commissarien, die von ihnen, oder in sehr wichtigen Fällen vom geheimen Ministerium, für eine jede einzelne Sache besonders ernannt werden.

§ 4. Von den Verfügungen und Entscheidungen der Theilungs Comissarien, als solcher, findet bloß ein Rekurs an die Regierungen statt /: S. übrigens § 21 :/

§ 5. Gemeinheits-Aufhebungs-Sachen können nicht einmahl mit Einstimmung aller Theile an die Gerichte oder Justizcollegien gebracht werden.

Zweiter Abschnitt
Gegenstände des Gesetzes. Begriff der Theilungssachen und ihr Unterschied von Justizsachen.

§ 6. Unter den Objekten, bei welchen Gemeinheits-Aufhebungen, Theilungen insbesondere und Abfindungen statt finden können, sind folgende, als Auseinandersetzungs-Sachen, ein Gegenstand dieser Verordnung:

I. Gemeinweiden oder sogenannte Waldmeien;
II. Hutebrechtigungen auf Waldboden und Blößen;
III. Mastberechtigungen;
IV. Forstgemeinheiten; Berechtigungen zum Mitgenuß eines Waldes zum gemessenen, oder ungemessenen Gebrauch;

/.

V. Verfahren und Maßregeln auf Klagen, Inkidenz und Exekution.

§ 7. Die Frage: was ist Jurisdiktions-Frage und was ist mixta Justizsache? ist nach folgenden Grundsätzen zu entscheiden:

I. Alles, was auf eine Entscheidung und den Beweis gegründet werden kann, und überhaupt so beschaffen ist, daß es in die Klage Konklusum gesetzt werden, bleibt auf künftig den Cognition und Entscheidung der ordentlichen Justizbehörden vorbehalten.

II. Alles Verfügungen hingegen, was von, bei einer auf einen Entscheidung zu Gegen kommt und von seiner Art nicht ist, gesondert ein eigenes Jurisdiktionsfach, lediglich von den Gültigkeitsbehörden als solchen, und findet darin die Konkurrenz von den ordentlichen Justizbehörden überall nicht statt.

§ 8. Aus dem ersten dieser Grundsätze § 7. I folgt, daß alle streitigen Fälle, welche den, von der Exekution befreiten oder in die Klage eingezogenen Entscheidung statt gegebenen Klagen selbst, als eigentlichen, Verjährungs- und Verwirkungsklagen, auf ihren Rechtsgrund, Beweis und Entscheidung beruhen, nicht zur Competenz der Gültigkeitsbehörden, als solchen, gehören, sondern in die Klage Konklusum gehören.

§ 9. Aus dem zweiten Grundsatz § 7. II, daß von den Gültigkeitsbehörden als Jurisdiktionssachen nicht entschieden werden:

a. Die Untersuchung und Entscheidung der Frage: ob ein Gemeinschuldner-Ausschuß, Gültigkeit, Absonderung u.s.w. statt haben und zugelassen sollen oder nicht? und alles, was damit in Verbindung steht, und zur Entscheidung der Entscheidung, in so fern nur nicht von einer Entscheidung über das eigentliche oder die Gemeinschaft selbst die Rede ist, resondernlich sein müßte.

b. Alles was die Frage betrifft: wie nun Gemeinschuldner-Ausschuß Gültigkeit, Absonderung u.s.w. geschehen sollen?

Es findet also über die Punkte, welche den angenommenen Gültigkeitsfuß, die Entscheidung und Gründe der Absonderung, die Gültigkeit der Verpfändung, Bevollmächtigung u.s.w. betreffen, und überhaupt darüber: ob jemand einen gültigen conventionellen Besitzgrund zu einem Pfand oder nicht, und also rechtlich sei, oder nur Vermutung zu besitzen, — kein Verfahren um vor den ordentlichen oder Justiz-Collegien statt.

c. Alles, was einer Jurisdiktion in Verbindung stehenden Nebenzweck übrigens. Hierher gehören meistens andere alle Klagen, die den Besitzgrund betreffen.

d. Alles was zur Ausführung der Entscheidungen gehört: als Abwägungen, Ausschüsse, Schätzung der Immobilien-Lagen und Gründe u.s.w. und alle dahin gehörigen Verrichtungen.

§ 10. Die Gültigkeits-Behörden sollen in Ansehung der, zu ihrem Geschäftskreise gehörigen Gegenstände § 7 II und § 9. in so fern dieselben streitig

werden

wendung, über Anzuwendende Prozesse entscheiden, müssen nun jedem mit seinem Obliegen, Einwendungen und Einreden gehört sein.

Dritter Abschnitt

Behandlung derjenigen Justizsachen, die mit einer Auseinandersetzungssache in Verbindung stehen.

§ 11. Wegen Abgrenzungen in den einzelnen Gemeinden entstehen, sobald von einem Theile Einwendungen der Auseinandersetzung entgegen werden soll, nun Streitigkeiten über Eigenthum als Commissär zu beurtheilen, welche Gegenstände und resp. streitende persönliche Rechtsverhältnisse, innerhalb der bestehenden Auseinandersetzung zu entscheiden, sollen auf diese Abgrenzungsverhandlungen sich beziehende Prozesse, sowohl auf Grund der Anwendung der Regulation und Ausführung der Gesetze, §§ 1. und 8. f., und die entstehenden neuen in Folge der Theilungsverhandlungen neu entstehen, oder in neuen Besitz bereits vorhanden gewesen sind, als commissarischer Richter erster Instanz zu instruiren und zu entscheiden.

§ 12. Ist ein Prozess, welcher die Abgrenzungen zum Theilungs-Commissär bestimmen, bereits vor Gericht, so haben die Gesetzmässigkeit oder Rechtsverhältnisse der Auseinandersetzung sofort zu entscheiden.

§ 13. In entgegengesetzten Fällen haben die Gesetzmässigkeit oder Rechtsverhältnisse zu verweisen, ob der Prozess des Commissärs etwa nur Hindernisse entgegen stehen, wodurch ihm die Verwaltung der Justiz nicht füglich entgehen werden könnte, und in allen, wenn solche Hindernisse vorhanden sein sollten, sind die Abgrenzungen zu verweisen, damit, wenn der Ausgang nicht zu haben sein sollte, neue andere, in diesen Gesetzen völlig tauglichen Personen der Auseinandersetzung entstehen, oder dem ersten Commissär neu zu ernennen, zur Instruction und Entscheidung der vorgelegten Rechtsfragen, beigeordnet werden können.

§ 14. Die Entscheidung eines auf Anwendung der abzuschätzenden weg nicht beurtheilten Theilungs-Commissärs zu diesem Zwecken gehören von den Gesetzmässigen und Rechtsverhältnissen.

§ 15. Die Auseinandersetzungen sind schuldig, dem Commissär die Akten über solche, bei ihnen anhängigen Abgrenzungsstreitigkeiten (§ 11. f.) auf dessen Anzeigen abzuliefern.

§ 16. Von den Gesetzmässigen oder Rechtsverhältnissen werden sie die Akten über solche Personen, die bei ihnen in erster Instanz anhängig sind, auf den von ihm darin zu verfassenden Bericht abzugeben. –

§ 17. Die Gesetzmässigen, Rechtsverhältnisse und Auseinandersetzungen, sobald der Theilungs-Commissär die Friedensladung (§ 65. f.) anberaumt hat, einen Akten, die mit der Theilung in Verbindung steht, nicht anhängig.

§ 18. Der Commissär hat für jeden streitigen Prozess, die er als commissarischer Richter zu instruiren und zu entscheiden hat, besondere Akten zu halten.

§ 19. Hinsichtlich des Prozesses, welchen von dem Commissär als commissarischen Richter geführt wird, soll nur möglichst summarisches Verfahren statt finden.

§ 20. Sobald die Auseinandersetzung beendigt, so soll die ganze bei dem Gerichte anhängig gewesene

Entzug

schließen oder sonstwie Tag beibehalten worden ist.

§ 21. Die Appellation von den Verfügungen und Entscheidungen der Ehrlungs-Commissarien in Justizsachen (§ 17 I und 18.) geht an die Ungern Hofgerichte und Landrichterliche Justizkanzleien.

§ 22. Von den Verfügungen und Entscheidungen Ungern Hofgerichten und Landrichterlichen Justizkanzleien bei den Provinzen in Justizsachen, die mit einer Civilrechtsbeziehung in Verbindung stehen, geht die Appellation an Unsere Obermagistratsjustizkanzlei.

§ 23. Ungern Hofgerichten und Landrichterlichen Justizkanzleien in den beiden Provinzen haben alle bei ihnen vorgekommene Entscheidungen wieder Verfügungen und Entscheidungen der Ehrlungs-Commissarien, wenn solche selbst nach dem in der Beziehung aufgestellten factum, vgnuberen neben den Vorschriften von Ehrlungsachen (§ 17 II. und 19.) gehörig, sehen in die Akten einzusehen, oder Bericht von Commissär zu fordern, von sich abzuweisen, und zugleich die Beziehung an die Abgeordnung zur Verfügung abzugeben. In zweifelhaften Fällen stehet dem Ermessen von Commissär anheimgestellt worden.

§ 24. Ehe sie haben die Abgeordnung zu verfassen, wenn bei denselben in privatlichen Justizfällen (§ 17 I und 18.) Entscheidungen wieder den Ehrlungs-Commissarien vorgekommen sind.

§ 25. Halten die Abgeordnungen einen Druck für einen Vorgesetzten, die Hofgerichten und Justizkanzleien oder für einen Justizgrafen oder Ermessen; so ist nach vorgängiger Communication zwischen beiden Collegien, von den Abgeordnungen mit Einschluß der Akten, Bericht an das Hohe Ministerium zu erstatten und von letzterem zu entscheiden, zu welchen Rollings-Ausfertigungen die Taxe vorgehen.

§ 26. Die beim Obermagistratsgerichte anhängigen Abgeordnungen, welche auf Immunitäts-Aufhebungen Bezug haben, bleiben, so lange sie nicht Justizfälle, mit den Vorgängen der vorgenannten Verordnung Anlangen, bei demselben, und seinen Cognition und Entscheidung überlassen.

Dasselbe gilt von den Hofgerichten und Justizkanzleien in Absicht der bei ihnen in zweiter Instanz anhängigen Sachen dieser Art.

§ 27. Es steht den Abgeordnungen frei, in allen solchen (§ 26.) denen Einsicht bei den Justizcollegien anhängig gewordenen Sachen den Akt, die Akten zwischen den Parteien zu verschicken, und zu dem Ende, wenn sie von der Lage des Abschlusses zu Entscheidungen, die Akten wieder den Abteilungen zu zeigen.

§ 28. Nun jeden mit Standen oder mehr mit Ehrlosen Abgeordnet, und das Ehrlose gemachten Verfassung von den Justizbehörden, denen sie in den Akt nun schicken Wendung haben, dass nimmer oder den andern den Ehrlosen Ehrlos verurtheilt oder Abgeordnet verweisen, zu verlangen,

sind

dass mündlichen, mit allen Entscheidungen und Verhandlungen, behufs der ge-
nauesten Aufklärung, gänzlich niedergeschrieben werden sollen.

§ 29. Wichtigere Streitsachen und, wenn nicht der im Orte Anstand entgegen-
steht, die Vergleichsversuche sollen in der Spruchsitzung selbst vorgenommen wer-
den, Alles vom öffentlichen Vortrage und von der Entscheidung der Sache,
mündlich und in Gegenwart des Gerichtsschreibers, mit gänzlichem
Ausschluss der Cognition und Entscheidung der Justizbeamten über diese Vor-
gänge, bündig und allein ab.

§ 30. In solchen Fällen, wo § 28 und 29 sich jedoch von der Spruchsitzung besonders ent-
fernt, so wird in einer Spruchsitzung für mehrere Sachen die Möglichkeit vor-
kommen, dieselben vorläufig zu verhandeln, wobei in Absicht
der Abfindung der Advocaten nachstehende Grundsätze gelten, wenn das gerichtliche
Urtheil, welches an eine Spruchsitzung gebunden bezeichnet, durch die
künftigen Urtheilsgründe etwa für ungültig erklärt sollte werden. (Vergl.
§ 94. und 95.)

§ 31. Allen Prozessen, welche auf Abkommandirung sich stützen, soll von
einander getrennt, — gänzlich und solchen, wobei Gefahr im Verzug ist, allein
abgemacht, — die unbedingten Vorzug in der besonderen angewiesen.

§ 32. In diesen Fällen sind die gerichtlichen Verhandlungen möglichst niedergeschrieben,
und, wo nur irgend die gegenüberstehenden Parteien das Gerichte, oder das Ver-
zeichniss der Sache vorhanden ist, ohne Nachtheil die schriftlichen Grundsätze
in Anwendung zu bringen.

§ 33. Die Justizbeamten haben bei Strafe ihres Amt ab sich vorzüglich an-
gelegen sein zu lassen, durch Abgangszeugnisse, Commissionen und Vergleichs-
versuche, wozu, wenn ab die Akten das Prozesse erlauben, der Spruch-
commissär zu gebrauchen, auf allen Fall aber abzuziehen ist, ihren Sitzung
zu beschleunigen.

§ 34. In dringenden Prozessen, welche rasch und Gelegenheit einer summa-
rischen Verhandlung erfordern, soll der unterliegende Theil allemal in die Kosten
verurtheilt werden. Nur in dem Fall, wenn er beweisen, dass er durch
einen gesetzlichen Anstand zum Prozess oder zur Fortsetzung desselben
sei verhindert worden, soll die Verurtheilung der Kosten statt finden.

§ 35. Gegen die Parteivertreter und Anwälte, welche in solchen Sachen sich einen Ver-
zug, einen Verschleiß des Prozesses oder die Verschleppung einen böswilligen Vergleichs
zu Schulden kommen lassen, ist mit Geldstrafen von zwei bis fünf
und zwanzig Gulden zu verfahren. Vielmehr ist da, wo die Unredlichkeit über
handnehmend, der Advocat des Gerichts für solche frivolen Verhandlungen für
verantwortlich zu machen.

§ 36 Insbesondere ist der Advocat, welcher durch unnöthige Verstellung der
Thatumstände, einen Collision zwischen den Angehörigen und den Justizbe-
hörden veranlasst, oder auf eine veranlasst, dass ein Collegium in einem Falle
verfügt, der zum Geschäftskreis des andern gehört, für jeden verschwiegenen
oder.

oder dauernd ungünstigen Gesundheitszustand, in einer Dauer von 3 Jahren zu rechnen, mit Vorbehalt des Anspruchs gegen seinen Vorfahr, auf den Fall, daß er von demselben sollte schadlos gehalten werden.

§ 37. Die Abgeordneten sollen die Besoldungen Pauschale haben, wenn nicht bei einer ausfallenden Frequenz auf einen Mindestbetrag gesichert sind, damit sie in Stand sind, in solchen Fällen auf gewöhnliche Kosten zu verzichten.

Vierter Abschnitt

Vom Recht, eine Auseinandersetzung zu verlangen.

§ 38. Ein jeder Eigenthümer eines Looses von einem der, im § 6. angegebenen, Antrag, Abtretung gefordert, hat das Recht, eine Theilung zwischen sich und seinen Mitloosern, der von dem Loose allenfalls auf gewissen besonderen Bedingungen, zu verlangen, den Gemeinschaftsverband aufzuheben, [s: § 94.:] und dahingegen, daß von dem Loose, der mit solchen Gemeinschaftsgütern belastet war, auf der Theilung übrig bleibt, zu seinem alleinigen Gebrauch zu behalten.

§ 39. Der Eigenthümer eines Waldes, worein die einzelnen Eingesessenen zum Besitz, zufolg Gemeinschaft ist, hat überdies die Befugniß, zu verlangen, daß diese nutznießenden Gemeinschaft auf gewissen jährlich, der Quantität und Qualität nach bestimmten, Holzabgaben abgesetzt werden, im Fall, daß er diese modificirte Theilung einer gänzlichen Absonderung dem Grund und Loose [s: § 38.:] vorzuziehen sollte.

§ 40. Die nämlichen Rechte [s: § 38 und 39.:] hat ein jeder Mitbesitzer xxxxx xxxxxxxx gegen die Mitbesitzerschaft und gegen die Gemeinschaften. –

§ 41. Ist der Eigenthümer oder Mitbesitzer einer Commune, oder schon die Mitbesitzerschaft in einer Communalverbindung; so muß die Mehrheit der Stimmen, nach der Beyfall gegeben, hin, und ist nothwendig, um für die Commune oder für gänzliche Communalverbindung schuldige Mitbesitzerschaft einen verbindlichen Beschluß zu begründen, daß die Theilung angenommen sollen.

§ 42. Dagegen [s: 41.:] gilt für den Fall, wenn davon die Rede ist, einen zwischen den Mitgliedern einer Commune gemeinschaftlichen Boden, der bis, sey es zur Viehweide oder zur Holzzucht dienen, oder dergleichen Grundstücke, die ein Eigenthum der Gemeinde als nothwendige Personen sind, auf einen beständigen Art zu benützen, oder einen gemeinschaftlichen Zweck zu widmen. –

§ 43. Das, auf der Curatel über die Gemeinden beruhende landesherrliche Recht, die beyden Benützung des Communalvermögens auf weiter Willkühr der Gemeindeglieder zu verwenden, ist hindurch [s: § 41 und 42.:] eben so wenig beschränkt, als wenig es den Communen gestattet, solchen Vorschriften ohne Erlaubniß der vorgesetzten landesherrlichen Behörden in Wirkung zu setzen.

§ 44. Wenn aber, durch einen Vergleich, das Recht auf die Mitbenützung eines Bodens fest, ist in diesen Eigenthumsrecht nicht befugt, auf einen Theilungs-

Antrag

setzung zu provociren.

§45. Sobald aber auch nur ein einziger Miteigenthümer eines Bodens, von seinem Recht, aus der Gemeinheit zu treten (: §40:) Gebrauch macht; so entsteht für einen bloß Berechtigten (: §44:) die Befugniß, die Auseinandersetzung zwischen sich und den übrigen Miteigenthümern und Berechtigten zu verlangen und eine seiner Berechtigung angemessene Abfindung (: §94:) zu fordern.

§46. In Ansehung dieser Befugniß der Berechtigten (: §45:) gilt die Vorschrift des §41. ebenfalls.

§47. Alle Abfindungen, die der Eigenthümer oder Berechtigte bei Auseinandersetzungen erhält, treten in Ansehung der Lehenherrn und Gutsherrn, so wie in Ansehung der Nachfolger im Lehen oder Fideicommiß, in die sämtlichen Rechtsverhältnisse, in welchen das Recht stand, als dessen Surrogat sie anzusehen sind.–

§48 Den Lehen- und Gutsherrn steht über die Frage: ob getheilt, oder ob die §42. bemerkte Einrichtung gemacht werden soll? kein Widerspruchs-Recht zu.–

§49. Es steht ihnen aber in Ansehung des Modus der Auseinandersetzung ein Widerspruchs-Recht zu, wenn sie beweisen können, daß das Lehen- oder Fideicommißgut die Abgaben, die sie davon zu beziehen haben, nicht ferner werden tragen können, wenn die Auseinandersetzung auf diejenige Art, welcher sie widersprechen, vor sich gehen sollte.

§50. Es hängt jedoch lediglich vom pflichtmäßigen Ermessen der Theilungsbehörden ab, ob und wie fern wegen eines solchen Widerspruchs, mit dem Theilungsgeschäft inne zu halten sey.

§51. Die Nachfolger im Lehen- oder Fideicommiß haben weder in Ansehung der Frage: ob? noch in Ansehung der Frage: wie eine Auseinandersetzung geschehen soll? ein Widerspruchsrecht.

§52. Die Ausübung des Rechts, auf eine Gemeinheits-Auseinandersetzung zu provociren, ist an die Einwilligung der Regierungen gebunden. Alle Separationen, die ohne diese Einwilligung vorgenommen werden, sind nichtig.

§53. Betrifft die Auseinandersetzung Waldungen; so haben die Regierungen, ehe sie die Einwilligung ertheilen, mit dem Oberforst-Colleg zu communiciren.

§54. Die Regierungen sollen die Gemeinheits-Theilungen nur unter der Bedingung gestatten, daß aus der Theilungsmaße ein angemessener Fond zur Bestreitung der Communalbedürfnisse insbesondere zur Verbesserung des Gehalts gering besoldeter Schullehrer ausgesetzt werde.

Nur in dem Fall, wenn im Bezirk, den die Gemeinheitstheilung betrifft, bereits hinlängliche Fonds zur Bestreitung der Communalbedürfnisse vorhanden sind, kann dieses unterbleiben.

Fünfter Abschnitt.

Vom Verfahren in Auseinandersetzungssachen, und von dem Theilungsfuß.

§55. Wer eine Auseinandersetzung wünscht, hat seinen Wunsch den Regierungen

zum Enquête-Verfahren, so weit solches bekannt ist, anzugeben: die Grösse des Schätzungs-Gegenstandes, die Mitsteigerungsfirmen und Bemerkungen, die Besitzungsart und das Alter der Häuser, die etwa auf den übrigen Schätzungsstücken haftenden, die Benutzung betreffenden Lasten, wie sie nach dem Ausspruche des Zuziehungsamtes beurtheilt werden soll, und ob etwa Reparaturen und welche, nöthig seien.

§ 56. Die Ernennung fest über diesen Antrag, die einzelnen Ansätze der Taxirung, in Gegenstand des Schätzungs-Objekt bringt, mit Bemerkungen zu können.

§ 57. Kommt es bei der angetragenen Taxirungsverhandlung auf Gegenstände an, wobei sachverständige Aussagen nöthig sind, so hat die Ernennung zugleich das Gemeinde-Vorsteher-Collegium zu Ernennung seiner Mitglieder über die Taxe zu vernehmen.

§ 58. Ergiebt sich aus dem Berichte des Beamten (§ 56.) und in den ernannten Fällen (§ 57.) aus der Aussage des Gemeinde-Collegii der Anschein, dass die Taxirungsverhandlung in der angetragenen Art, nützlich scheine, dann dass sie unter Modificationen nützlich wäre, dann können; so ernennet die Ernennung einen Commissär zur vorläufigen Localuntersuchung.

§ 59. Diese vorläufige Localuntersuchung, bei welcher es soll, dass es auf sachverständige Aussagen ankommt, Personen Gemeinde- Ausschusses Ergänzung die ausserordentliche Mitwirkung zu leisten hat, und der Beamte (§ 56.) der Ernennung zugezogen wird, ist insbesondere dazu da, um zu untersuchen:

a. Ob die bis dahin bekannten Eigenthümer und Bemerkungen in die Taxirungsverhandlung bewilligen.

b. Ob Vandigkeiten und insbesondere Prozesse über Schätzungs-Objekt, dann über Benutzungen daran, vorhanden sind, — bei welchen Gemeinden die Prozesse anhängig sind, ob sie bedeutend wären oder nicht, und ob Hoffnung vorhanden sei, sie zu vermeiden?

c. Ob die Taxirungsverhandlung selbst, nach den besonderen wirthschaftlichen Verhältnissen der Gegend und der Benutzungsarten schicklich und nützlich sei?

So sind zu diesen die ausserordentlichen Aeusserungen zu hören, den beiden Benutzungsarten zum Protokoll zu vernehmen, und die nöthigen Nachrichten einzuziehen. Indess ist hierbei Aeusserungen Ergänzung nicht vorzugenommen, die nur in Liquidationsfragen und sonst nach (§ 63 u. ff.) vorgenommen werden sollen; indem es sich nur darauf handelt, einen vorläufigen summarischen Anhalt über die in einem Verhältnisse der Taxe zu erhalten.

§ 60.

§ 60. Der Commissär verschafft sich von der Verhandlung der Liquidirungssache die Originalprotocolle und das, in dem nächsten Theil § 57 f. von Ihnen Ober-Consorts-Consorten zu verfügenden Erkenntniß über Verjährung, was Ihnen über den Theilungsplan nöthig scheint zu bemerken nöthig finden sollten.

§ 61. Die Ihnen hinaus, was Ihnen in dem Fall das Consortschaftsgericht, mit dem Ober-Consorts-Collegium communicirt ist, und ob dann nun in Einverständniß mit Demselben, Ihnen nun die Bedenklichkeiten zu verlautbaren dienlich, die Bestimmung; ob und in den weiteren Modificationen zum Grund der Liquidirung weiter vorzugehen wären.

§ 62. Wird diese Anzeige nach den Vorschriften des Verlassenschaftsgerichtes mißfällig, oder verlangen die Parteien, auch sonst die, von den obigen besonderen vorgeschriebenen, Modificationen vorfallen lassen, so ist nun der eigentliche Commissär zur Liquidirungsbesetzung zu nehmen, seine Meinung von der Liquidirung mit dem Gutachten zu communicieren, s. § 11. f. und sobald in diesen Punkten alles bereinigt ist, das Commissorium gemeinschaftlich von diesen beiden besonderen aufzusetzen, auf besonderliche Fälle dem Commissär eine Instruction von der Liquidirung zu verfassen.

§ 63. Das erste Geschäft dieses Commissärs besteht in der Liquidation des auf dem Object der Liquidirungsbesetzung haftenden Activa und Passiva, auf ihrer richtigen Existenz, Eigenschaft und Bedeutung.

§ 64. Zu diesem sind von Commissär diese nun Edictalladung, welche an dem bewährtesten Einsetzungsorte vorschriftsmäßig anzuschlagen und dreimal in die Provinzialzeitung einzurücken ist, allen diejenigen, welche bei der in diesen Theilungsacten, und bei ihrer Liquidirung ~~[illegible]~~, auf irgend eine Art interessirt sind, aufzufordern, in dem zu dem sind anzugesetzten Termin, die Ihre Ansprüche, oder ihr Recht des Widerspruchs gegen die vorgenommene Liquidirung, einzugeben und zu begründen, widrigen dem Rechte, nach Verlauf der Präclusivfrist auf sie, auf denjenigen der Ansprüche, über die Prioritäten und Rang derselben zu verfahren.

§ 65. In diesem Liquidations-Termin, — welchen zugleich dazu bestimmt ist, die Verhandlungen über die Liquidirungsbesetzung die gehörige Richtung und Form zu geben, ist I. von allen Dingen auf die die Liquidirung gewordenen Interessenten nun vorzunehmen, nicht gewöhnlich zu bestimmenden Anzahl von Anzeichnern zu bestellen.

§ 66. Die Anzeichnern haben die Verpflichtung und die Pflicht, für die Interessenten in den Theilungsacten und für die Gemeinschaft allen Interessenten gegenüber einen Anwalt zu nehmen, den sie Theilungsobjects Advocaten benennen, oder sie gehörig zu bezeichnen. Gemeinschaft hat nun jeden Anzeichnern für das Interessen dieselben Klagen zu machen, der

an ungesetzt. Die Anzeigepflicht haftet nicht, wenn der Vorsitzende des Gemeinschaftsausschusses, Angestellte oder Angehörige, die das Vertrauen eines Beteiligten genießen, und gesetzliche, mit Zustimmung des Curators der Gemeinschaft (§ 67 f.), Vertreter über die Absendung einzelner Berichte entscheiden.

§ 67. Es ist II) unter Zuziehung des Anzeigepflichtigen, wie Curator der gesetzlichen Gemeinschaft vom Commissar einzuvernehmen. Es sind die Pflicht und Befugnisse, mit dem Anzeigepflichtigen die Aufzeichnungen einzelner aus das Vertragsobjekt zu prüfen, die Anzeigepflichtigen über die mündlichen Vereinbarungen zu befragen, die Erklärung auf die Aufzeichnungen aus das Vertragsobjekt, für die Gemeinschaft das Vertragsverhältnis, der Abschluß und den Gegenstand genau zu erfassen, und zum Protokoll zu geben und, mit Zustimmung des Anzeigepflichtigen von dem Abschluß desselben, unter Autorität der Vertragsbeteiligten, über die einzelnen Aufzeichnungen und die Absendung darüber, nachdem Anzeigepflichten zu bestimmen oder die Gründe, welche zum Landesverlust Enthaltung veranlassen, und Abschluß der Gemeinschaft zu beantworten.

§ 68. Den Befugnisse, als Anzeigepflichtiger oder als Curator für die Gemeinschaft auf, zuständig, denn nur in Liquidations-Termin unter Autorität der Vertragsbeteiligten vorgenommen werden. Allen voraus oder ohne Zeugen Autorität der ~~Vertragsbeteiligten vorgenommen werden.~~ Alles zu diesem Zweck vorgenommene Vollmachten und Zeugnisvorlagen sind nichtig.

§ 69. III) Der Legitimationszweck der neuen vorgenommenen Bevollmächtigung ist zu beurteilen.

§ 70. IV) Die mündlichen Aufzeichnungen auf Eigentum und andere Akten und Zeugnisse, wenn zum Vorschein vorgelegt sind, sind zum Protokoll zu nehmen.

§ 71. V) Ueber die Aufzeichnungen, welche nicht bereits von dem Liquidations-Termin zu den Akten genommen, oder in demselben nicht vorgelegt sind, wenden der Curator der Gemeinschaft und die Anzeigepflichtigen zu Protokoll vernommen. Hinderung und Zeugnis wichtige wesentliche Erklärungen der Parteien, insonderheit falls, auf gewichtige von Einsicht zu nehmen, sind in Fall, daß beide Teile übereinstimmen, das Aktenstück und die Besitzgemeinschaft und das Maß der vorgenommenen Zeugnisse, zu constatieren, — in mehreren gesetzten Fällen haben sind Zeugen, wenn in die Entscheidung der Parteien in Absicht der Gemeinschaft oder der gesetzlichen Zeugnisse Zeugnis von einander abweichen, gesetzt Zeugnisse einander gesetzt.

§ 72. Der Commissar macht VI) den Antrag, allen einzelnen festgestellten Vorlegungen in den Akten beizulegen, und schließlich stellt alles, was auf den Gegenstand der Parteien Einfluß hat, Vorschlag zu bestätigen, daß die Zeugen: ob die Abweichungen gesetzt sind oder nicht? in so fern

sie

sin bis dahin etwa noch zweifelhaft geblieben sein sollten, — nämlich völlig aufgefunden und in Ungewißheitsfällen zum specifischen Abmessung, Taxirung u. s. w. geschritten werden kann.

§ 73. **VII)** Diejenigen Ansprüche, welche das Anmeldungserkenntniß §. 72.) streitig geblieben sind, werden vom Commissär gleich zum mündlichen Verfahren besonders. Es sind zu dem Ende auf Vorladung, worin die Angabe der, seitens der Liquidationscommission zum Protocoll vorgemerkten Punkte §. 71.) zu genauer Verzeichniß festgesetzten Verdachts der Unredlichkeit zu vermeiden, werden die Ansprüche rechtskräftig für zugestanden erklärt, oder als zugestanden gelten, wenn, oder die etwa noch nachgewiesenen Beweise rechtskräftig werden. Der Widerspruch, dessen der Angeschuldigte, auf abgefallenen Liquidations-Termin noch angewiesen wird, wenn der ihm widersprochenen Thatsache nicht besonders Klage von der Commission anzustellen, soll, als nicht Quelle unnützer Kosten und Zeitverschwendung, nicht gestattet werden.

§ 74. Es ist **VIII)** gegen Vorladungen, welche sich auf ihnen Ansprüche an die Schuldmassen, im Liquidationsverfahren oder wenden bei den Schuldmassen, zu müssen gemeldet haben, ein Präclusivtermin zu erlassen, und dadurch in die Gemeinschaftliche Theilung einzuweisen.

§ 75. Sollten **IX)** über Ansprüche, die auf die Schuldmasse Einfluß haben, bereits Processe bei den ordentlichen Gerichtsbehörden anhängig sein; so hat der Commissär, sobald er von Anhängigkeit ist, in den gegenseitigen Fällen (s. §. 15 und 16.) sich die Akten zu verschaffen, und nach der Lage, in welcher sich die Sache befindet, Vorsorge zu treffen. In dem §. 26 benannten Falle, ist aber die Anzeigepflicht dem Gemeinschuldner, sobald und bei welchem Gerichte der Process anhängig ist, sogleich Kenntniß zu geben, damit dieselben zur Vertheidigung der Sache (s. §. 27 und 37.) das Ihrige vorkehren können.

§ 76. Ob zur specifischen Abmessung und zur Taxirung zu schreiten sei, wird von der Anzeigung, auf den über die ausgeschuldete Liquidations-Summe vom Commissär zu verfassenden Bericht, verordnet. Dieselbe bestimmt auch, wen die Abmessung und Taxe damit zu commissionen, namentlich soll. Die vereidete Instruction, worauf der Gemeinschuldner, in Gegenwart der Angehörigen und des Curators, vom Commissär zu beeidigen ist.

§ 77. Dem Gemeinschuldner soll das Liquidationsgeschäft, unter der Aufsicht des Commissärs, zu leiten. Die Taxatoren werden vom Commissär ernannt. Es ist der Angel nur nicht unter als drei zu ernennen. Sie sind allemal mit einer, von der Anzeigung zu entwerfenden Instruction zu versehen, und darauf in ihrer Amt von dem Gemeinschuldner (s. §. 76.) zu beeidigen. In Ansehung ihrer Tauglichkeit und Zulässigkeit gelten die Angel des gemeinen Rechts und im Fall, daß sie in ihrer Aufgabe von einander abweichen, die Vorschriften in §. 91. —

§ 78. Sobald der Gemeinschuldner die Akten nebst dem Verzeichniß der zu der Commission eingelieferten Pretien an den Localcommissär

sung über die Abschätzung der Grenzen, über die Gemeindeabtheilung der neuen Grundstücke in Bonitätsklassen, Bauten und Kulturen, zur Untersuchung der dagegen erhobenen Beschwerden und zur Entscheidung derjenigen Anstände und Streitigkeiten, welche am füglichsten mit der Karte in der Hand beseitigt werden können. Diese Localuntersuchung ist in Gegenwart des Curators, des Gemeindevorstandes, der Angrenzer und derjenigen Personen vorzunehmen, welche bei einem oder dem andern Gegenstand besonders betheiligt sind. Er soll insbesondere auf Folgendes sehen, dem Commissär einen genauen augenscheinlichen Grundriss aller Bauten und zu schätzenden Gründe zu verfassen, und auf Dem zu leiten, wie die Abschätzung der einzelnen Katastralgrundstücke, in Hinsicht auf die örtlichen Verhältnisse am zweckmäßigsten zu bestimmen sei. Auch mögen sich bei solchen Zusammenkünften oft schon aus der Localität Ausgleichsmittel, um streitige Anstände durch gütliche Einverständnisse der Abschätzung an Ort und Stelle beizulegen. Der Schätzungs-Commissär hat diese Verhandlungen der Art vorzüglich bei den Localuntersuchungen vorzunehmen.

§ 79. Das Resultat der zum Zweck der Abschätzung vorgenommenen Localisirung, d. i. der Lage des Grundes, in seinem vorgefundenen Abschätzungsstande, soll den Katastralgrundstücken in einem Katastralprotokolle, Ertrag genannt werden. Dieses Protokoll ist, wo möglich, mit der Localuntersuchung (§ 78.) zu verbinden.

§ 80. Zur Erwirkung der Publikation der Lage hat der Grundeigenthümer, in Gegenwart der Katastralcommission, der von ihm und seinen nächstgesinnten Lagerbesitzern zu den Akten zu geben. Der Commissär hat dieses Attestat nebst der Karte, welche genau mit der Katastralmappirung übereinstimmen muss, den angesinnten Katastralgrundstücken zur richtigen vorzulegen und beizulegen wie sonst zu jeder Localisirungs-Abschätzung erfordert wird, zu nehmen. Er hat alle Anstände, die sich in Ansehung der Lagerton etwa ergeben zu bemerken und sodann die Lage durch die Urkunde, welche den angesinnten Katastralgrundstücken publicirt wird, zu bestätigen.

§ 81. Behufs von Aufnahme des Gesetzes an, muss der Commissär sich bemühen, allen dienlichen Notizen zusammen zu bringen, die auf die Wahl und die Anwendung des Schätzungsgesetzes für die vorliegenden Fälle, sich beziehen. Im Liquidationsprotokolle und bei den weitern Verhandlungen über die Existenz, die Beschaffenheit und den Umfang der Schätzungsgegenstände, ist dieses Gegenstand weiter zu bearbeiten und zwar vorzüglich, bei der vorgenommenen Localuntersuchung (§ 78.) und Publikation der Lage, der Schätzungs-Commissär sich im Stande befinden muss, zu bestimmen, welcher Schätzungsfuss den Umständen angemessen sei.

§ 82. Der Schätzungs-Commissär soll insgemein dafür sorgen, dass über den Anzeigeabschluss und die Abschätzung der bloss benutzlichen, gütlichen

Vereinigungen

Verminderung verfolgen. Wir sondern von ihm, diesen in seiner Hinsicht bei-
an Werth gewinn, diese an sinkunft mit Geduld und Entschlossenheit den de-
ren der Anzeigenschwindlungen so lange, als eine Hoffnung zu einem
glücklichen Erfolge vorhanden ist, einem weiden entgegen soll. Wir
wenden unbezweifelten Vermuthungen der Art, wenn dadurch persönlich
ungenau Anzeigungen zu Handen kommen, auf besonderen Anlassungen
aus den Land, wonach die Kosten der Aufmerksamkeit bestellen wer-
den, Gebühren.

§ 83. Die gültige Anzeige über den Schätzungsbefund oder die Absendung der
Denkschrift, endung der Ausstellung der Anzeigungen, an welche zu
den sind die Akten, nebst Beweis mitgesendet sind. Den Partheien steht
aber nicht frei, gegen den Verwerfen, diese dinge Entschädigung vorschlag zu
stellen, wo der mitgetheilten Anzeige zurückzutreten.

§ 84. Findet dem gültigen Einwendungen über den Schätzungsbefund oder die Absen-
dung der bloss Denkschrift unter den Aufmerksamkeit statt, so wenden die
völlig unbetheiligten Akten nebst einem Beweis, in welchem der Commissär sich
genau Verhältnisse über, aber möglichst gedrängt Darstellung, und sich zu
gleich gutächtlich zu äussern hat, an die Anzeigungen zur Entscheidung
mitgesendet.

§ 85. Erachten bei diesen gültigen Anzeigungen, oder den zu entscheidenden Sa-
chen (s. § 83 und 84.) sonstzolizeiliche Aufgaben nicht, so hat die Anzei-
gung, so viel diese sonstzolizeilichen Aufgaben betrifft, mit dem Ober-
collegio zu communiciren.

§ 86. Die Entscheidung über den Schätzungsbefund und die Absendung der Denk-
schrift, ist auf folgenden Satze zu bauen:

I. Der Antheil eines jeden Grundeigenthümers, als solcher, muss
in Verhältniss stehen mit seinem constatirten Nutzungsertrage.

II. Der Antheil eines bloss Denkschrift §. 44. als solcher, muss
so bestimmt sein, dass den, wenn der Denkschrift ist, auf einen den Local-
und den Wirthschafts-Verhältnissen der Eigenthümer-angemessenen Satz, in
Thalern setzt, den Denkschrift für Irrigirung Vortheil, den der ange-
messen Gebrauch der Denkschrift ihm unmittelbar gewährt, vollstän-
dig entschädigt.

III. Insbesondere ist bei Absendung der Mitdenkschriften auf Eigen-
thümer-Distrikten, die sie ausser den, in den Aufmerksamkeit stehenden
Grundstücken, wegen des eigenthümlichen oder einen Vortheil, zu genießen
haben, Irrigirung-Anlagen zu setzen, dass in Verhältniss des Mitgenusses,
sich auf den in Irrigirung stehenden Boden, die Absendung gleichmäßig vertheilt.

§ 87. In der Anwendung dieses Grundsatzes (§ 86.) auf einzelnen Fällen, zum Zweck
Commissionen, auf wirthschaftlichen Verhältnissen beruhenden Anstalten, sind
die Schätzungsbeamten an den Aufgaben angestellten wirthschaftlichen Sach-
verständigen, die das Local untersucht haben und benannt sind, gebunden.

§ 88

§ 88. Zu schätzen Abschätzungen § 87. kommt jeder der beiden Parteien einen gleichen Anzahl von Schätzern, — jedoch nicht in jeder wichtigen Sache mehr als zwei, — zu Verfügung. Der Commissär ernennt diesen Schätzern von Amtswegen noch einen Schätzer dazu.

§ 89. Die Punkte, worüber die Abschätzung zu richten ist, und die den Schätzern vorzulegenden richtigen Ansatz enthalten zwar von den Parteien, wenn sie wollen, in Antrag gebracht; es ist aber den Parteien nicht verboten, die Experten auch über andere wichtige Punkte und Ansatz abgeben zu lassen, sondern der Commissär soll hierüber die Bestimmung geben. Denselben hat von Amtswegen darauf zu sehen, daß sie genaue nicht nur zuverlässige Vollständigkeit, Deutlichkeit und Präzision mangeln lassen, daß die Basis des ursprünglichen Ansatzes nicht verwirrt, oder durch die einzelnen verschiedenen Umstände, nicht ohne Noth willkührig werden. Er hat sehen von Amtswegen den Experten genaue Angaben, wenn dieselben, wenn von den Parteien in Antrag gebracht und von ihm zugelassen sind, die Basis aber nicht angegeben sollten.

§ 90. Der Abschätzung der Schätzer § 87. soll jedesmahl, auf Ort der Zusammenkunft, dem Commissionsprotokoll beigelegt, und nur in Fällen, wo auf diesen nichts Grundlegendes, die auf diesen Akt oder sonst gehörig konstatiert sind, Einfluß haben könnten, angezogen werden müssen, dem Experten erlaubt werden, ihre Gutachten zu Hause aufzusetzen, und schriftlich dem Protokoll zu geben.

§ 91. Wenn die Experten in Ansehung der Quantität sich abweichend äußern, so soll auf diesen verschiedenen Angaben das arithmetische Mittel genommen werden, und als das Resultat der Taxe gelten.

§ 92. In Fall, daß die Abschätzen in Ansehung einer Bestimmungen verschiedener Meinung sind, soll auf solchen abweichenden Angaben ein billiger Durchschnitt von den Schätzungs-Summen gemacht werden.

§ 93. Gegen den Abschätzungs-Ansatz über dasjenige, was das arithmetische Mittel § 91. oder der Durchschnitt § 92. billig sei, findet zwar nie Abänderung in den obigen Schätzungs-Akten statt; es sollen aber, dem Fall begegnen Unbilligkeiten entgegenkommen, — gegen die Ansetzen der Experten, wenn auf diesen Abänderung zu begründen, denen neuen Experten gegeben werden, als wodurch, wenn sie gegeben, jene würden, die als Grund-Entlassungen so wichtigen Angemessenheitsgrade von Vernünftigkeit Vorsichten eben auch aufgestellten werden können.

§ 94. Die bei Gemeinschaftsaufhebungen vorkommenden Abtheilungen der Grund-, Eigenthümer und Abfindung der Gemeinschaften gegründet in der Absicht dem einen Theil das Loos auf den zugezumessenden Gegenstanden, welchen Theil den Lehrmeister zum Einsetzen geeigneten Gebäuden zufinden fällt.

§ 95 Niemand darf gezwungen werden, auf sein Antheil seinen Antheil dem Grund und Boden, Theil zuzumessen.

§ 96

§ 96. Ausschließlich der freiwilligen, Geld vergütenden Abtretung, so ist, wenn der Eigenthümer des Belastungsgrundes wegen der Entschädigung, für dessen Bezug (§. 47.) Geld angewiesen werden soll, in seinem Eigenthums-Rechte beschränkt, dazu die Einwilligung des Lehns- oder Fideicommiß-Herrn erforderlich.

§ 97. In Fällen, wo die Abfindung des Berechtigten weniger als einem Viertel-Hufe, der Morgen von 180 Quadratruthen, jeder zu 256 Quadratfuß gerechnet, betragen würde, hat der Berechtigte die Entscheidung, ob er, anstatt der Abfindung, eine Taxation zu bestimmender Geldabgaben, die als Grundzinsen auf den bisher belasteten Boden zu legen ist, zu verlangen.

§ 98. Zur Ausübung dieses Anspruches (§. 97.) ist die Einwilligung des Lehn- und Fideicommiß-Herrn erforderlich, als sie durch jedoch, wenn die Grundzinsen selbst bedingt die Verpflichtung des §. 47. Anwendung.

§ 99. Die Ungleichheit der Güte an den vorgefundenen Arten des Bodens, soll bei der Berechnung der einzelnen Ablösungs- und Abfindungs-Antheile (§. 94.) dann die Abschätzungen derselben sorgfältig, damit gleiche Anzahlungen, gleiche Arbeit auf einen Theil fällt, die von besserer oder geringerer Bodengüte ist, als die Arbeit, welche den Antheil des andern fällt, nach Maßgabe der Berechnung einen verhältnißmäßig geringeren oder größeren Flächen-Raum erhält, als diesen.

§ 100. Ausgenommen soll der Mangel der Früchten zur Ablösungs- oder Abfindungs-Objekte, z. B. wenn der Waldantheil wenigen mit Holz bestandenen ist, als die andern, oder wenn das Grundstück, um in Ackerfelder gesetzt, oder als Wiese benützt zu werden, verhältnißmäßig größeren Kosten erfordert als die andern, — dann Geld, oder dann die, wünschenswerthen Zahlungsfrist zu bestimmende, Equivalent zu Naturalien abgelöst werden. Hinsichtlich ist den Umständen nach, jedoch vorzugsweise zu berücksichtigen, daß dem Berechtigten nicht benützbare, und alle Vortheile, die die Benützungskosten nicht lohnen, gewährt werden. —

§ 101. Wenn über den geschätzten Boden einer Theilung, Zutheilung oder Tausch, eine gerichtliche Verhandlung statt hat, bei welcher diese Schätzung — wenn sie in Liquidationsakten aufgenommen und genehmigt sind, — dieser zur Richtschnur: es ist aber schuldig, diejenigen Abschätzungen sich vorlegen zu lassen, und sich mit denjenigen darüber einzulassen, die sich dabei, von der Theilungsbehörde als gewährsmännisch für das Gericht genommenen Schätzung der Abgeordneten, sollten sie nämlich mit einem Antrag nicht übereinstimmen, oder die, wenn sie genehmigt, damit beschwert werden. —

§ 102. Bei der Abschätzung der Gegenstände der Ablösungs und Abfindungs-Verträge sind die gesetzlichen Vorschriften über den Umfang der Befugnisse der Grundobrigkeiten, welche Sie in einem besonderen Gesetze enthalten wird, zum Grunde zu legen.

§ 103

§ 103. Die Anzeigen der Vermessungsurkunden und der die Localität betreffenden Verhältnisse von einzelnen Theilungen mit den Theilungsplänen, mit den Ansätzen der Berechnung und den Zeichnungen oder Lagerbüchern der Theilungsflächen, nachdem mit den Theilungsplänen, den Grenzen der Theilungsflächen zu verfahren, wie auch Anleitung zu geben, wenn Zeichnungen oder Lagerbücher zu verfertigen sind

§108. Es sind jedem die aufschiedlichen Aufeinanderfolgungs-Anzeige zu machen, und denselben die Theilungsakten, auf welche er gerade sich stützt, beizufügen. Diese Urkunden ist von der Aufzeichnung zu Aufzeichnung, und davon ein Exemplar in denjenigen Gemeinde, welche bei der Aufeinanderfolgung ganz Theil nehmen war, abzugeben, das zweite Exemplar aber der Commission beizufügen und mit denselben an die Anzeigen einzusenden.

§109. Dieses ist der vollständige Gang der Separations-Verhandlungen. Die dazu selb nothwendigen Vorschriften sind jedoch von Anzeigen-Collegium noch dem Theil als die Hauptsache nur zu befolgen. Dagegen wird insbesondere zu erwägen sind zu bestimmen haben, ob in einzelnen Fällen, wenn der Theilungs-Gegenstand nicht bedeutend, oder wenn die Sache ganz klar ist, das Verfahren gemeinschaftig abgekürzt werden können. Wie ist jedoch mit Ausnahme zu machen, dass jeder, welche die Theilung nicht anerkennen, selbige anfechten wünschen, schon deswegen, weil sie bedeutet, mit seiner Erklärung und seinem Eigenthum zu können, oder dass diejenigen, welche glauben, dass Verfügungen der Separations-Commission oder der Anzeigen bestimmt zu sein, den Anspruch an die Ordnung (§§ 2 und 4.) abgeschnitten würden. Insbesondere ist nun die Edictalladung (§ 64.) zu rechnen, sagen.

§110. Einen Verfügung oder Entscheidung der Theilungs-Commissaren oder der Anzeigen in Separationssachen (§ 9.) kann von demjenigen, dem sie publicirt oder eingehändigt ist, binnen vierzehn Tagen, wenn nicht derjenige binnen 10. Tagen von der Publication oder Insinuation gerechnet, der Anspruch an die namhaften schon Theilungsbehörden (§§ 2. und 4.) bei derjenigen Behörden, welche die Verfügung oder Entscheidung erlassen hat, angezeigt, und binnen drei Wochen, von der Zeit dieser Anzeige an, gerechnet, der Anspruch bei derjenigen Behörden, an welche er gerichtet ist, eingeführt und gerechtfertigt wird.

§111. Die Verhandlungen vor den Theilungs-Commissarien geschehen, der Anzeigen nach, mündlich zum Protocoll. Zwar können schriftliche Vorträge und die Zulassung der Advocaten und Mandatarien nicht gänzlich ausgeschlossen werden; der Theilungs-Commissär hat aber die Beschaffenheit, — in welcher Lage sich auch die Sache befinden mag — die Betheiligten mündlich zum Protocoll zu vernehmen, und bestimmte Antworten über alles, was zu Aufklärung über die Sache für wesentlich findet, von ihnen zu verlangen. Es können solche mündliche bestimmte Antworten nur unter dem Verwarnen gewinnt werden, dass man sich schriftlich entlässt haben und sich darauf beziehen.

§112. In Ansehung der Kosten, die durch eine Separation, oder durch Anspruchungen, welche dieselbe zum Zweck haben, verursacht werden, sind folgende Grundsätze:

I. Für jeden der bei einer Aufeinanderfolgung betheiligt ist, muss

diejenige

Einzuziehenden Kosten allein bezieht:

1. Welche zur Wiederherstellung seiner eigenen Grundstücke von einem Dritten verschuldet sind; vorbehaltlich jedoch des Falls, daß der Eigenthümer in die Kosten verurtheilt wird.

2. Welche an Dritte zur nützlichen Verwendung der Pertinenzstücke, deren Lieferung oder die Herstellung der Preise verursachet. Den Pfandungsbeamten sollen in diesen Hinsicht jedoch nicht mehr als den Betrag zu Theil oder Ersatz gehören, den die Beitreibungsordnung in Ansehung der, bei einer Exekutionsvollstreckung vorkommenden Ausgaben, für Gerichtsdiener vorschreibt. (§ 34. und ff.)

II) Einzuziehen Kosten aber, welche das Gesetz der Exekutionsvollstreckung beilegt, und welche vorläufig zu bestreiten, oder sicher zu stellen sind, um die in Ansehung derselben festgesetzten gesetzlichen Termine zu beobachten, sollen

1. vorläufig von demjenigen, oder demjenigen, von welchen diese Exekutionsvollstreckung begehret wird, so lange vorgeschossen werden, bis der Exekutionsvollstreckungs-Commissär (§ 62.) ernannt worden ist.

2. Sobald dieses geschehen ist, sind sowohl alle, in den vorigen Nummern Kosten der, als auch diejenigen, welche bemerkt worden zur Einleitung der Exekutionsvollstreckung nöthig sind, und welche vorläufig bestritten oder sicher gestellt werden müssen, oder über deren Beitreibung der dabei interessirten Gerichtsbeamten und zwar in Verhältniß ihrer Gebührnisse Ausspruch zu erwarten.

III) Wenn zur Pfändung gegenwärtig nur Servitutsrechte bestritten und für dieselbe nun Abschätzung erfolgt, so ist zu den unter Ziffer II) genannten Kosten nichts bei.

IV) Provozirt aber nur bloß Lemmesitzen, in Fall, welchem § 45. verfahren ist, auf die Exekutionsvollstreckung; so soll er auch nur billigen Verhältniß zu den Kosten, welche Ziffer II) genannt sind, beitragen, dieselben auf gemeinschaftlich, wie dort bestimmt ist, vorgeschossen.

Wonach sich zu richten ist.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Vollziehung und des beigedruckten Staats-Siegels.

Gegeben zu Paris den 7ten September 814.

(L.S.) Ludewig mp.

Auszug aus dem Archiv:
Die Gesetzgebung des Großherzogthums
Hessen
von Wilhelm Goldmann
Darmstadt 1831.
Beilage 10. Seite 165 bis 178.

Ludwig II, von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein &c. &c. &c. thun kund, nach Anhörung Unseres Staatsrathes und mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, verordnet und verordnen wie folgt:

I. Abschnitt.

Von der Abtretung oder Beschränkung des Eigenthums zum Zwecke der Wiesenverbesserung im Allgemeinen.

Art. 1. Wenn die Verbesserung einer Wiesenflur die Abtretung von Privateigenthum, dessen Veräußerung, die Aufgebung oder Belastung von Privatgerechtsamen, einen oder mehreren Gemeinden zur Theilung, Ablösung oder Beschränkung von Weiden oder Weiderechten erfordert, dieses aber durch gütliche Vereinigung mit den Betheiligten nicht bewirkt werden kann, so findet ein Zwang statt, jedoch nur nach vorausgegangener förmlicher Entscheidung, gegründet auf das in diesem Gesetze vorgeschriebene Verfahren, und gegen Leistung vollständiger Entschädigung.

II. Abschnitt.

Von den Wiesen-Verbesserungs-Plänen, worüber die Regierung entscheidet.

Art. 2. Soweit das abzuändernde oder zu verändernde Grundeigenthum nicht zu den Wiesenflur, deren Verbesserung beabsichtigt wird, — sollen Gebäude, Hofraithen, Weinberge, Weidenpflanzungen oder Hecken, welche wegen Bewässerung, auf gute Benutzung der zu verbessernden Wiesenflur Bezug haben, abgeändert, verändert oder aufgehoben werden — sollen zu diesem Behufe diese Wiesenflur Wasserleitungen, Schleusen, Weiher, Brunnen oder Hecken angelegt — soll Wasser, welches zu demselben fließt oder quillt, zu dessen Bewässerung abgeleitet — soll Wasser von seiner Wiesenflur zu demselben bestimmte Quellen, Bäche, Gräben oder Hecken abgeleitet werden — bevor zu dem Behufe der Verbesserung einer Wiesenflur aufzuhebende, oder zu beschränkende Gerechtsame auf gesetzlichen Titeln, so wird auf die in den folgenden Artikeln 3 — 28 angeführten, hierzu vorgeschriebenen Weise verfahren.

Art. 3. Verbesserungsbeteiligte, welche auf mehr als in vorhergehendem Artikel bezeichneten Fällen gegründet sind, sie mögen von Privaten oder von besonderen Gemeinden seyn, haben die Anzeige, wenn sie solche nicht ganz unbestritten finden so weit als nöthig ist, dem Amte zu dem Behufe schriftliche Mittheilung beizubringen, und zu der mündlichen Verhandlung einzuladen.

Art. 4. Zum Vollständigkeit muß solche Akte, soweit thunlich, folgendes enthalten:

Haus Inhalt

zum gemeinen Versteigerung kommt, wird und wie es geschehen soll;

2.) die Aufzählung der darauf zu anweisenden Vorschüsse und Kostenbeiträge;

3.) die namentliche Aufzählung der Debitoren activ und passiv betheiligten Personen;

4.) die Angabe der jedem Eigenthum der passivbetheiligten zu machenden Entschädigung;

5.) den Vibrauchsplatz sämtlichen, durch die Aufhebung des Flurzwangs entstehenden Kosten.

6.) die Summe, aus welchen die zu machenden Entschädigungen und die Kosten aufgebracht, oder die anzuweisenden, aus welchen solche auf die Activbetheiligten umgeschlagen werden sollen.

Art 5. Da diese Vervollständigung mit einem Kostenaufwande verbunden, zu welchen Vibrauchen sich Niemand freiwillig verbinden soll, so bestellt die Regierung den Flurzwangsaufhebung, wenn Vorschuß zu bezwecken, einen Commissär zu einem dazu geeigneten Orte seine Wohnung zum Sitze allen.

Mit der Untersuchung sowohl zu den betheiligten oder denen gesetzlichen Vertretern muß der Regierungscommissär zugleich den Zweck der Abstimmung festsetzen.

Allen muß in dem Orte wohnenden, so wie allen, sonst in dem Orte wohnenden, aber nichts das Abstimmungsrecht genießenden betheiligten, denen diese Untersuchung speziell durch jedem Eigenthum zustellen, die Aufforderung, unter gerichtlicher Androhung des mit dem Ausbleiben verbundenen Nachtheils, zu sehen.

Wenn der Eigenthümer eines Grundstücks abwesend ist oder im Auslande wohnt, so genügt es, diese auf seinem, in diesem Gesetze vorgeschriebenen Untersuchungen oder Aufforderungen an den besitzer des Grundstücks (: Pächter, Verwalter u.s.w. :) wenn sich aber seine der sein genannten seine Person im Lande befindet, an die Vorsteher der Gemeinde (: Bürgermeister, der der abgewendeten :) anzusetzen zu lassen, welchen der Eigenthümer, so bald als es möglich ist, davon in Kenntniß zu setzen hat, wenn das jedoch der weitern Verfügung seinerseits aufgehoben wird.

Art 6. Stimmfähig sind alle bei der Aufhebung des Flurs activ betheiligten Personen, Einzelnen, Gemeinden und Gebietern Gemeinden ein Stimmrecht.

Von diejenigen Stimmberechtigten, welche an dem zur Abstimmung festgesetzten Tage nicht gestimmt haben, wird angenommen, sie hätten einwilligt, daß der Flur auf Kosten der activ betheiligten Personen vervollständigt werden soll. Besitzen diese und diejenigen Stimmberechtigten, welche für die Vervollständigung des Flurs wirklich gestimmt haben, zusammen die zwei dritten Theile der Stimmen, wenn Verhältnisse

bezweckt

bezweckt wird, so muss der Enquêtecommissär benachrichtigt, dass die Anwendung des Planes auf Kosten der activ betheiligten Grundbesitzer bezweckt werden soll. –

Art. 7. In Folge der nachträglichen oder stillschweigenden genehmigten Abänderungen des Planes werden die zu dessen Anwendung erforderlichen und die durch weitere Abänderungen entstehenden Kosten auf den Schätzungsfond der zu entschädigenden Grundstücke übernommen, wenn bei der Abstimmung über den besonderen Beschluss getroffen worden ist.

Art. 8 Hat der der Abstimmung vorgelegte Entschädigungsplan keine Anwendung gefunden, oder ist dieser bewirkt worden, so wird derselbe, zum Zwecke der definitiven Abstimmung der Activbetheiligten, an einem dazu geeigneten Orte eine Woche lang zur Einsicht gelegt. Mit der Bekanntmachung sind die Betheiligten oder deren gesetzlichen Vertreter durch den Enquêtecommissär zugleich auf den Tag für die Abstimmung und beziehungsweise auf die Anwendung aufmerksam zu machen.

Die im 3ten und 4ten Absatz des Art. 5. dieses Gesetzes enthaltenen Vorschriften sind auch hier anwendbar.

§ 9. Stimmberechtigt sind die im Art. 6. dieses Gesetzes bezeichneten Grundbesitzer. Von denjenigen Stimmberechtigten, welche an dem zur Abstimmung festgesetzten Tage nicht gestimmt haben, wird angenommen, sie genehmigen, dass der Plan zur Ausführung gebracht werden solle. Diejenigen Stimmberechtigten, welche für die Ausführung gestimmt haben, Besitzen diese und diejenigen Stimmberechtigten, welche für die Ausführung des Planes wirklich gestimmt haben, zusammen den grösseren Theil an Flächenraum der Grundstücke, deren Entschädigung bezweckt wird, so muss der Enquêtecommissär benachrichtigt, dass beschlossen worden sey, die Ausführung des Planes wirklich gestimmt haben, zusammen den grösseren Theil zu genehmigen.

Art. 10 Ist der Plan genehmigt worden, so wird zugleich zur Wahl eines Vollziehungsausschusses für die Activbetheiligten und zweier Ersatzmänner, welche denselben in Verhinderungsfällen vorübergehend ersetzen. Die zur Abstimmung über den Plan berechtigten haben auch bei dieser Wahl ein Stimmrecht.

Die Mehrheit unter den Stimmenden wird nach der Zahl der Stimmenden berechnet. Unter Mehrheit verstehen, wenn die Wahl zu Vollziehungsausschussen bezeichneten Personen eine absolute Mehrheit und unter den Stimmberechtigten die Stimmenden das Loos. Ist Einer Wahl zu Viele gekommen, so nimmt der Enquêtecommissär aus der Zahl der Stimmenden jene, welche die grösste Stimmenzahl haben, zum Vollziehungsausschuss. Sind in Folge der Ablehnung der gewählten oder nominirten Vollziehungsausschüsse ab, so wird die Wahl wiederholt und ebenso wie bei der ersten Wahl.

§ 11 Der von den Activbetheiligten angenommene Plan mit den bis dahin genehmigten Abänderungen wird sofort den Vollziehungsausschüssen zu seiner ganzen

unten Orten eine Abschrift zum Einsicht offen zu legen.

Mit der Bekanntmachung hierüber an die passiv Wahlberechtigten oder diesen zu setzlichen Vollzugsorganen müssen der Eröffnungscommissär zugleich den Tag festsetzen, an welchem den Wahlberechtigten für dieselben zu wählen erlaubt werden soll.

Die im 3ten und 4ten Absatze des Art. 5. dieses Gesetzes aufgestellten Vorschriften finden auch hier Anwendung.

§ 12. In dieser Hinsicht hat der Eröffnungscommissär vorerst zu untersuchen, ob nun vollständige oder theilweise Abänderung des Standes in so weit solche die Bedingungen persönlicher oder örtlicher Passivberechtigung betrifft, zu Statten zu kommen ist. Erfolgt einer vollständigen Abänderung, so ist von diesigen Passivberechtigten, welche nun gesetzlichen Bedingungen haben, sogleich zur Wahl eines Wahlmannes und Ersatzmannes, welche diesen in Verhinderungsfällen vertreten, zu schreiten. Hinsichtlich der Wahl gelten die im Art. 10. aufgestellten Grundsätze. Ist einer Wahl zu Wasser zu kommen, so nimmt der Eröffnungscommissär auch die Zahl der Stimmberechtigten einer von diesigen, welche den gesetzlichen Bedingungen oder zu dem übertragenen, oder aber zu besonderen diesigen Eigenschaften besitzen, zum Wahlmann.

§ 13 Die Befugnisse der Wahlmänner für die Aktiv- und Passivberechtigten, und diesigen unter den Letzteren selbst welche ein absonderliches Zeugniß und in so fern sie einen Wahlmann zu wählen haben, sind folgende:

1.) Die Stimme zu finden zieht sich von der Abschreibung ab, nimmt.

2.) Indem von Stund durch einen Passivberechtigten [illegible] und zugleich die Zulässigkeit der übrigen Passivberechtigten für, wandlungen nimmt.

3.) Die Stimme beizusetzen, wenn die Passivberechtigung bezweifelt, in, schrieb und den Ort und Alles zu setzen verordnet.

4. Die sind berechtigt, den Passivberechtigung alle diesigen Einwendungen, diesigen, schriftlich oder mündlich, zu machen, welche sie in dem Interesse, das sie vertreten, für wichtig erachten.

5. Die Stimme verleugnen, dass, während Stimmen oder Abschreibungsberechtigung, welchen etwa bei Einberufung und von, gelegten Stand gebrauch worden ist, auf die andern Ansichten zugezogen werden. Es ist auch ausdrücklich, dass diesen Ansichten von Rath zugestellt sei, insofern nun Einem der Wahlmänner etwa diesigen die Zurückweisung desselben wünschen.

6. Die sind befugt, den Abgeordneten über die Gültigkeit der Passivberechtigung und über die Legalität des Verfahrens Erinnerungen vorzulegen; jedoch müssen diese Erinnerungen wenn sie berücksichtigt werden sollen, vor Ablauf der nächsten 14 Tage nach der

Bekanntmachung

Lehrerbesoldung des Schulvereins der Vorsteherschaft bei dem Abgrenzungskommissär abzugeben wendet.

7.) die Räume der Anstalt an das Ministerium des Innern und der Polizei zum Zwecke der Festsetzung der Abgrenzung anzeigen.

Der Abschlussbericht muss jedes Raum eine Woche, vom Tage der Beendigung der Abgrenzungsfestsetzung an gerechnet niedergelegt werden, und muss die Räume bezeichnen enthalten, welche zu der Anbringung jene Zustimmung erteilt haben, wenn darauf Rücksicht genommen werden soll.-

§ 14. Die Ernennung der Vorsteherschaft muss innerhalb der vom Abgrenzungskommissär angeordneten Frist von wenigstens 14. Tagen, von der Beendigung an gerechnet, geschehen. Diese Bekanntmachung muss den Aufschrift enthalten, welchen auf der Verfügung der Frist steht.

Verpflichtet sind Bevollmächtigten, einer im behinderten Falle die Pflichten Beisitzer Frist, oder ernennt er einen Ausschuss Vorsteherschaft, gegen diesen Schritt in der Sinne weiter zu bestimmenden Frist von acht Tagen zu verbescheiden, so ernennt der Abgrenzungskommissär an seiner Statt einen Vorsteherschaft.

Der dritte Vorsteherschaft wird jedenfalls von dem Abgrenzungskommissär, unabhängig von den Bevollmächtigten, ernannt.

§ 15. Ist ein ernannter Vorsteherschaft an Leistung Annahme des Geschäfts verhindert, oder hat er die Ernennung abgelehnt, so muss derjenige, welcher in nächster hat, einen anderen benennen.

Trifft dieses einen Bevollmächtigten oder einen Beisitzbeisitzer, so benachrichtigt den Abgrenzungskommissär hiervon binnen drei von wenigstens vierzehn Tagen, und ab wird wie bei der ersten Ernennung verfahren.

Art 16. Als Vorsteherschaft sind ausgeschlossen:

1.) Personen, welche vor Gericht eines völligen Zeugnisse verlustig sind, und

2. Personen, welche bei der Ausführung einer Abschätzung oder zu bezüglichen Verabredungen mit Beteiligten [illegible] haben.

Art 17. Ernennt ein Bevollmächtigten oder ein Beisitzbeisitzer einen Vorsteherschaft, welcher weniger als 20 Pfunden von dem Orte der vorzunehmenden Abschätzung entfernt wohnt, so wird Ausgewiesen, welche er verlangt, den Ersatz der gehabten Mehrkosten nicht gewährt.

Art 18. Ueber die Zulässigkeit der von den beteiligten ernannten Vorsteherschaften, gegen welchen der Abgrenzungskommissär von Ausschlussgründen oder auf Befangenheit angebracht [illegible] Einwendungen.

Ueber die Zulässigkeit der von ihm selbst ernannten Vorsteherschaften, gegen [illegible] Einwendungen gemacht, die er nicht für gegründet erachtet, so soll er

die

die Entscheidung der Anzeigenmänner. Gegen Entscheidungen derselben ist binnen Frist von drei Tagen nach der Bekanntmachung der Entscheidung zulässig, wenn sie in den gesetzlich festgesetzten Fällen gefällt worden sind. Gegen Aufforderungen und sonstige schriftliche Verfügungen können binnen der im Art. 13. W. Th. bestimmten Frist mit der Vorstellung Einwendungen erhoben werden.

Art. 19. Der Anzeigenmänner-Commissär beruft und instruirt die Versammlungen und führt in denselben den Vorsitz. Die Vollmachten und die Listen der Gesellschaftsmitglieder werden zur Einsicht niedergelegt. Der Einsicht, wovon der Art. 13. unter N° 5. handelt, werden ebenfalls zugezogen.

Art. Der Anzeigenmänner-Commissär führt über diese Verhandlungen ein unterzeichnetes Protocoll. –

Art. 20. Die Aufgabe der Versammlungen ist, die Gründe über diejenigen Gegenstände abzugeben, welche zwischen den Activ- und Passiv-Gesellschaftern streitig sind. Haben die Letzteren den Plan bezweckt Verbesserung auf seinen Theil, oder die vorgeschlagenen Mittel, oder, in mehreren Fällen, nur mit unerfüllbaren Bedingungen genehmigt werden können, und ob die von der Aufführung des Plans zu befürchtenden Verluste die, mit demselben verbundenen Vortheile übersteigen. Erstenfalls müssen sie sich über die Lösung der vorgeschlagenen Entscheidungen äußern, inwieweit diese von den zu entscheidenden nicht schon umfasst sind.

Ihre Gründe, welche immer die Angabe der Gründe enthalten müssen, worauf sie beruhen, können sie, mündlich oder schriftlich, geben dem Protocoll, bei dem Anzeigenmänner-Commissär abgeben.

§ 21. Prüfung und Beharrung der Versammlungen von den Vollmachten und den Listen müssen spätestens binnen drei Tagen, von und die in Art 13. W. B. bestimmte Frist abgelaufen ist, mündlich die Anzeigenmänner nach Lage der Acten über, was streitig ist, also beziehungsweise über die definitive Annahme oder Verwerfung des Plans sowohl, als, nöthigen Falls, über die von den Gesellschaftern zu leistende Entscheidung. Die Gründe dieser Entscheidung sind nach den Angaben der Versammlungen, und, bei Uneinigkeit dieser Angaben, nach dem Gutachten derselben beizubringen. –

Die Entscheidung der Anzeigenmänner, wird auch in Fällen des Abtretens, einzelner oder Minderheiten der Einen und der Entscheidung in letzter Instanz, muss allemal die Gründe enthalten, worauf sie beruht.

§ 22. Die Ausführung des definitiv genehmigten Plans geschieht unter der Leitung der Anzeigenmänner, und seine Eingehung, welche sie damit beauftragen wird.

§ 23. Wenn nun der zu Entscheidungen der Vollständigkeit der einen gegenwärtigen Entscheidung widersprechen, so hat der Vollmachtsinhaber der Activ-Gesellschafter gegen denselben bei dem zu schädigen Gerichte den gehörigen

Fuß

Preis und Ort Abrechnung über die Leistung der Entschädigung zu bestimmen.

Art 24. Das Gericht kann zur Abkürzung der Entschädigungssumme einen Schätzungs-Kommissär ernennen, ohne jedoch an dessen Gutachten gebunden zu sein.

Das Gericht soll nehmen Bedacht auf die wirklichen Verkäufe und Vergleiche, so über den abzutretenden Gegenstand gleichen Besitzart, Lage und Beschaffenheit, Umfang auf die Bestimmung desselben, so wie auf den jetzigen Stand, Gebäude, Anlagen, Gerechtigkeiten, so wie auf den bisherigen Besitzer, auf den bei der neuen Einrichtung eingetretenen Wechsel der Verbindung mit den übrigen Grundstücken, selben.

Immer eben kann nur auf den wirklichen und niemals auf den bloßen Affections-Werth Rücksicht genommen werden.

Art 25. Gegen das Entschädigungs-Urtheil findet sowohl von Seiten des Entschädigungs-Pflichtigen, als auf Seiten des Entschädigten der Rekurs an den Appellationshof statt, jedoch ohne aufschiebende Wirkung auf einen Appellationssumme, wenn nicht damit die Zustimmung ausgesprochen sei.

Art. 26. Ungeachtet des Rekurses des zu Entschädigenden gegen die Vollziehung, bezahlt der in die definitiv genehmigten Plan eingewiesene Entschädigungssumme dem Entschädigten, ohne dem nachherigen Ausspruch über die Entschädigung abzuwarten, der Übergabe des Eigenthums von Aufhebung der Besitznahme, welche Gegenstand der Entschädigung sind, anhängig.

Art 27. Ohnmittelbar mit diesem Anhängig werden der Entschädigten der Activ-Entschädigten die in den definitiv genehmigten Plan eingewiesene Entschädigungssumme dem zu Entschädigenden wirklich zubezahlt, und bei Verweigerung der Annahme in öffentlicher Verwahrung gegeben. Die Annahme oder Hinterlegung dieser Summe, und Vorbehalt der Abschätzung ist einem Verzicht auf die gerichtliche Bestimmung der Entschädigungssumme.

Art 28. Wenn der zu Entschädigende diesem anhängigen binnen 14 Tagen nicht nachkommt, so hat der zuständige Gemeinderath auf Antrag des Entschädigten der Activ-Entschädigten, binnen drei Tagen die Anweisung desselben in den Besitz des Gegenstandes der Entschädigung oder in die freie Disposition über denselben zu verfügen.

III Abschnitt.

Von den Wiesenverbesserungs Plänen, worüber die Wiesenbesitzer selbst endlich entscheiden.

Art 29. Wenn es sich nicht von einem der in Art 2. dieses Gesetzes bezeichneten Fällen handelt, und wenn zur Anhängigmachung einer Wässerungs-Anlage schon Vorschläge gemacht worden, bei denen Ausführung, auf den eigenthümlichen in diesen Wässerungen hingewiesenen Grundstücken, Niemand, weder activ noch passiv, betheiligt ist, die Sache sich auf nicht blos zu einer polizeilichen Genehmigung eignet, so soll sie in den nachstehenden Artikeln 30–36 inclusive

bis wenigstens einen Vorsteher wie.

§ 30 Die Abgrenzung durch die in wenigstens Verhandlungsschein, da mag der, selbe von Privaten oder wenn besonders zuverlässige sind, wenn sie solche nicht ganz unentbehrlich scheint, so wird sie möglich ist, durch die in zugehörige Skizze im Maßstab beizufügen und zu den ausdrücklichen Vollständigkeit beizugeben.

§ 31. Zur Vollständigkeit wird solche Skizze, genau namentlich, durch an nachstehen:

1.) eine genaue Darstellung Lage, wie und wie sie gegeben soll;

2.) die Aufzählung der daran zu anwendenden Vorschrift und Strafschrift.

3.) die Angabe der Entschädigungen, welche einzelnen Mitgenossen, nach Benützung der ihnen zugehörigen Vorschrift, etwa noch zu gewähren sind;

4.) den Vorschlag, durch die Ausführung der Skizze auf, ihnen Kosten;

5.) die namentliche Angabe der Mitgenossen, welche dabei beschäftigt sind;

6.) die Angabe der Stadt, auf welchen die Entschädigungen und die Kosten aufzubringen, denn das Anzuschließende auf welchen solche auf die Mitgenossen aufgeschlagen werden sollen.

§ 32. Ist diese Vervollständigung mit einem Kostenaufwande verbunden, den, zu dessen Übernahme sich niemand freiwillig anbieten sei, so wird noch die in den Art. 5. 6. und 7. aufgestellten Bestimmungen anwendbar.

§ 33. Hat der die Abgrenzung wenigstens Einem Vollständigkeit bedarf, denn ist diese bereits wenden, so wird derselbe, zum Zweck der definitiven Abstimmung, den dabei beschäftigten Grundbesitzern Zuziehung und Beschlussnahme seines Vorschlages, einen Termin, den dazu geeigneten Ort seine Person ganz zum Einsatz offen gelegt. Mit der Verhandlung hiervon an die beschäftigten muss der Abgrenzungs-Commissär zugleich den Tag für die Abstimmung festsetzen.

Art 34. Stimmberechtigt sind ständlich, bei den Verhandlungsschein beschäftigten Grundbesitzer.

Den Eingetragenen Stimmen unsichtbar, welche an dem zur Abstimmung festgesetzten Tage nicht gestimmt haben, wird angenommen, sie hätten nicht widersprochen, dass der Plan vollzogen werden soll.

Besitzen diese und diejenigen Stimmberechtigten, welche für die Ausführung des Plans wirklich gestimmt haben, zusammen den zwölften Theil der bei dem Plan beschäftigten Grundstücken, so macht der

Abgrenzungs-

Abgrenzungskommissär bestimmt, dass die Ausführung des Plans beschleunigt werden sei.

Art. 35 Hinsichtlich der Ausführung des genehmigten Plans gelten die Art. 32. – 34. entsprechend.

Art. 36. Wenn nun der zur Enteignung Verpflichtete der Vollziehungspflicht der ihm gegebenen Enteignungsverfügung widerspricht, so hebt der Abgrenzungskommissär, nach Anhörung des Art. 10, nun Unvollständigkeit wählen und so wird nach den in den Art. 29 – 28 enthaltenen Bestimmungen verfahren.

IV. Abschnitt.

Allgemeine Verfügungen

Art. 37. Die durch die II. und III. Abschnitte dieses Gesetzes vorgeschriebenen Verhandlungen haben für die Abgrenzungskommissäre stets zu beurkunden, durch gültige Vidimation Beweis zu führen und die beschlossene die Ausführung der Verbesserungsplan zu realisieren und zu berichten.

Art. 38. Wenn mit der Ausführung nach den Vorschriften des II. und III. Abschnitts dieses Gesetzes genehmigten Verbesserungs-Plans beauftragte Kommissär ist verpflichtet, wenn beim Hindernisse der Enteignung Personen vorhanden ist, die Leistung vollständiger Enteignung zu verweigern, sich den Gegenstand derselben abgetreten, verpfändet, beschränkt oder aufgehoben wird. Ist der Gegenstand der Enteignung Lehen-, Erb-, Leib- oder Baumgut – ist derselbe mit einer Dienstbarkeit belastet, oder macht die Leistung Einwendung gegen die Ausführung der Enteignung an den Eigenthümer, Nutznießer, Pächter u. s. w. so wird die Enteignung summarisch, ohne weitläufige gerichtliche Verhandlung, öffentlich bekannt und den Betheiligten Rechnung getragen.

Ist das Grundstück, hinsichtlich dessen eine Enteignung gegeben wird, zehentpflichtig, so wird die Enteignungssumme zwischen den Eigenthümer und den Zehentherrn, nach Verhältniss des Ertragsbetrags, getheilt. Ist es mit einem Grundzins belastet, so geht die Verpflichtung auf den Käufer, diesen Eigenthümer über, wenn es ganz zu einem solchen abgetreten wird; in einem gegentheiligen Falle muss der Grundzins ganz von Obrigkeiten abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag für einen fiscalischen Antheil wird auf das Zwanzigfache bestimmt.

Art. 39. Wenn durch die Ausführung eines Verbesserungs-Plans die Ausübung eines Wasser- oder sonstigen Benutzung nun während der Ausführung nur Zeit lang gehindert, gestört oder beschränkt wird, so steht den Berechtigten deshalb kein Widerspruchsrecht, sondern nur ein Anspruch auf Entschädigung zu, und die Behörden können kein Inhibition verfügen.

Art. 40 In Verbauungen, innerhalb denen Überschwemmung sich Wasserflächen befinden, welche durch eigenthümliche Eigenschaften wesentlich von Gewässern verschieden sind, solche Wasserbehälter gebildet, und, wenn schon wesentlich

unterstellt wird, Ortsweisung-Polizey-Ordnungen unterstellt werden.

Art. 41. Die Weisungsgründe sollen bestehen:

1.) aus dem Vorzugsrechte oder Vorgangsrechte der Gemeinde, und

2.) aus Ortsinnewohnung, welche Pflichten beschränken oder solche zu begründen oder zu verwalten haben.

Der Theil derselben wird, nach dem Bedürfnisse der Gemeinde, von der Regierung bestimmt.

Die vier Theile derselben, welche den Ortsgrund, und die andern Theile genannt die Regierungsbezirke

Der Theil ist in Gemeinde und dann in die Vorgangsrechte, von den Regierungsbezirken zu bestimmenden Gemeinden abgetheilt oder von Ablauf mehrere zehn Jahren nach der Theilung wiederum getheilt werden. Die Theile in den Gemeinden gegründet bestehenden Weisungsbezirken, welche mindestens den 12. Theil des in der Gemeinde vorhandenen Grundeigenthums an Weisung zusammen haben und als der Regierungsbezirke die Subjecte zu begründen, welche, wenn nicht begründet, den Gemeinden nachgesetzt sind, von letzteren zum Mitgliede des Weisungsvorstandes ernannt werden müssen.

Art. 42. Die Weisungsgründe sind vorzüglich:

1.) alles, was zur Begründung und zum Schutze der Weisung in ihrem Umfange dient, zu Erlangung zu bringen, oder vorzubeugen;

2.) Ueber Gegenstände der Weisungskultur, auf besondere, Gebrauch, den abzugeben;

3.) bei der Ausübung der Weisungsgrundgerechtigkeiten Pflicht mit zu wirken, und die ihnen deshalb zugehenden Verfügungen und Instructionen genau zu befolgen;

4.) Ueber die Beobachtung der Orts-Weisungspolizei-Ordnung mit Genauigkeit zu wachen und die Contraventionen zur Bestrafung zu bringen.

Art. 43. Die Ortsweisungspolizei-Ordnungen werden, unter Leitung eines Polizey-Commissärs, von dem Ortsweisungsvorstande berathen und beschlossen.

Die Entfernung zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung der Regierung. Die Strafe einzelnen Polizeibestimmungen dürfen für einen einzelnen Fall die Strafe von 1/30 Thlr., oder bei Zuwiderhandlungen gegen Ordnungsvorschriften nicht übersteigen, die Vorsteher sind verbunden, auf diese Strafen zu erkennen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift, und des darauf gedruckten Staatssiegels. Darmstadt den 7. October 830.

Ludwig.

(L.S.)

bibl. univers. Leop. A 397

Auszug aus dem Archiv
für Gesetzgebung des Großherzogthums
Hessen
von Wilhelm Goldmann
Darmstadt 1831.

Beilage II. Seite 178 bis 183.

Ludwig von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen, Herzog in Westphalen &c.

Da uns mit den Erfordernissen zur Verbesserung einzelner Grundstücke und Gebäude in manchen Theilen Unseres Großherzogthums ganz vorzügliche Hindernisse entgegen stehen, bei welchen Verbesserungen aber nun vorzüglich darauf zu sehen ist, einmal in Betreff der Zins- und Pachtbenutzung, wenn die einzelnen Grundstücke und Gebäude wirklich mit ständigen Grundberechtigungen belastet sind, und dann in polizeilicher Hinsicht, so finden wir nöthig, hierwegen für Unsere Provinzen Folgendes festzusetzen und anzuordnen:

I. Vorschriften in Hinsicht des Zins- und Pachtberechtigten

§ 1. Wenn einzelne Grundstücke oder Gebäude mit Grundberechtigungen belastet sind, so können solche in Absicht des Zins- und Pachtbezugs getheilt werden, wenn der Eigenthümer des Grundstücks oder Gebäudes diese Grundberechtigungen aufheben will, oder wenn sie, in so ferne sie auf denselben Zins- und Pachtberechtigte sich zu beziehen hat, auf den neuen Theil des Grundstücks oder Gebäudes mit hinlänglicher Sicherheit, und zwar so, daß den Berechtigten ein dauernder Nutzungsgenuß erhalten, gemacht und gewendet können.

§ 2. Den Abtrag der Grundberechtigungen kann von dem die Verbesserung unternehmenden Eigenthümer des Grundstücks verlangt werden, wenn er sich für allemal das fünf und zwanzigfache den jährlichen Grundlast zu den Berechtigten beziehen, wobei diese Grundlasten, in so ferne sie in Naturalien bestehen, nach neunjährigen Durchschnitten und den letzten zehnjährigen Marktpreisen in Geld zu entrichten sind.

§ 3. Zweifel über die Hinlänglichkeit des Nutzungsgenusses, wenn die Grundberechtigungen auf einen Theil des vormaligen ganzen Nutzungsgenusses gelegt werden sollen (§ 1.), oder über die zu entrichtenden Preise für Naturalien, wenn Grundberechtigungen abgelöst werden sollen (§ 2.), werden, wenn sich die Partheien darüber nicht gütlich vereinbaren können, von Ungenannten sachverständigen Abgeordneten aufgefunden, und deren Entscheidung soll in Vollzug gesetzt, indem gegen alle, nach dieser Verordnung Unseren Gerichten zustehenden, Entscheidungen nicht Berufung noch Beschwerde, sondern nicht gestattet werden kann.

§ 4. Wenn aber den Zins- und Pachtschuldigen die Grundberechtigungen so wenig abkaufen

also

ab einzelnen auf den einen Theil der bisherigen ganzen Grundstücke oder Gebäude stehenden gemeinschaftlichen Grundgerechtigkeiten §. 81.), so darf also bei der Vertheilung des Untergrundes auf die Besitzenden mit Rücksicht, und auf die einzelnen Theile Theilweise neue Grundgerechtigkeiten gewendet werden; so kann die Vertheilung des Untergrundes nur mit Bewilligung des Berechtigten bewirkt werden. Eine Entscheidung der Grundbesitzenden selbst neue einzelne Rechte darf eben, selbst auf mit Bewilligung beider Theile, schon die Errichtung einer Realservitut, so wie auf übergetragene neue Grundbesitzende eben die nachtheilige Folgerechte der Abgrenzung, neue Theilung Untergrundes auf übergehende und einzelne kommen, und es soll diese Folgerechte, so, weit zu neuer Entscheidung stehen, als zur Einrichtung neuer Grundbesitzende nur in der Einzelnen dallen neue Theilung nothwendig wird. Ebenso eben dieses, denn wenn neue Rechte bei Eingehung neue Neuen-Objecten in besondere Fällen Grundzüge und Fassen vorbehalten; so kann neue selbe nachstehen oder neue Grundbesitzende in gänzliche Ordnung, Neue, Lasse und Lastenbestellung bei den Untergrundes nur einzelnen Personen, in Neuem Verhältniß, wo nach sich dem, den sie zu beziehen hat, nach den bestehenden Verordnungen bei der Entstehung zum Vortheil kommen, und ist deshalb in vorkommenden Fällen von den Präjudicirenden in den Neuerbüchern das einzelne besonders zu bemerken. § 9

§ 5. Den Zuß- und Fortschreibung hat die zweckdienliche Vertheilung der einzelnen Grundstücken und Gebäuden, und wenn nun die Abtheilung des besitzenden, oder auf die einzelnen Vertheilung desselben auf den einen Theil des bisherigen ganzen Grundstücks und Gebäudes will, dem Genehmigung einzelnen, und wenn dieses gleich ist; so hat nun deshalb von dem niederlegenden Amtsobrigkeit ein Protokoll aufzunehmen zu lassen, worüber dasselbe mit gutächtlichem Bericht an Ihro Hochwohlgeboren zur weitern Verfügung einzureichen wird. § 12

§ 6. Wird ein Abtheilung von Grundbesitzende, so wie auch, wenn sie einzelnstückel oder zusammenhängend auf einzelnen Theile des bisherigen ganzen Grundstücks oder Gebäudes und Untergrundes vertheilt werden sollen, muß auf Kosten des eigenthümlichen Grundstücks oder Gebäudes eine genaue Untersuchung aufgenommen, und von der einzelnen besondern Consistenz worüber, worauf sodann die Vertheilung des Grundstücks oder Gebäudes, wenn sich so wenig in polizeylichen Hinsicht als in Hinsicht auf Ihro Hochwohlgeboren Rang schickt, von sich gehen kann. § 13

§ 7. Und Grundbesitzende abgetheilt, oder einzelnstückel oder einzelnstückel auf einzelnen Theile des bisherigen ganzen Grundstücks oder Gebäudes und Untergrundes, oder sind endlich einzelnen Grundstücken oder Gebäuden zugetheilt worden; so müssen diese Vertheilungen bei dem nächsten folgenden Ab- und Zuschreiben in den Untergebäuden mit Beziehung der darüber aufgenommenen Urkunden, Rechnungen, Theil- und Lagerbuch; & wenn so wie auch andern die selbige

Wyciągi z dzieła (pożyczonego z bibl. akad. lwowskiej)

Die Gesetzgebg des Grossh. Hessen etc
von Wilh. Goldmann
Darmstadt 1831 bei Carl Stohl

---

pag. 20 - §13 przedstawia, daß in Hessen die Zersplitterung der Wirthschaften und Grundstücke gesetzlich nie untersagt war
Siehe Beilage 11 u 12 wo solche gestattet wurde

Anordnung von unverbindlichen Brunnenschnitten, den niedrigsten Brunn-Perequato-
nen nicht gerechnet werden; so müssen diese Berechnungen bei den nachstehenden Halbbezirks-
orten welche alsdann nur geringe Einheit dieser Umstände, Brunnbrüche, Spiel- oder
Lohnteile z. B. besonderen in den Brunnbüchern zu machen, und die Brunn-
bezirksline für die niedrigsten Objekten und zu berechnen haben.

§ 8. Da in vorstehender Ordnung und Anordnung Unsers Großherzogthums bei den
damaligen Brunnenschnitten, und so lange, bis neue Hauptschnitten abgeschlossen ist,
die Grundbesitzungen bei der Brunnenschätzung der Brunnenschnitten nicht ganz
in denselben Verhältnissen in Abzug gekommen sind, wie sie dem Brunnbezirke
in Ansatz stehen, so wird hier nochmals erwendet, dass, in allen Grundbe-
sitzungen abgeschlossen worden, das bisherige Brunnbezirksel des belasteten Grund-
stücks durch Theilung nun um so viel erhöht worden darf, als den Brunnbezirken von
von der ihnen abgeschlossenen Grundbesitzungen nach den bestehenden Normen fest,
der in Ansatz stehen, und nun abgeschrieben worden müssen, und dies ist Obwegen
von den Brunn-Perequatoren das geeignete in den Brunnbüchern besonders zu
bemerken.

§ 9. Wenn aber die Grundbesitzungen nicht abgetheilt sondern nur theilweise einzel-
stücke oder vorstückweise auf einzelne Theile des bisherigen ganzen Grund-
stücks oder Gebäude neu übertragen sind, so werden die Abzüge wegen
dieser Besitzungen bei den einzelnen Theilen nach denselben Normen berechnet,
wie nach sie in den niedrigsten Ortern, Anordnen und Landbezirken bei der
Brunnenschätzung der Brunnbezirke übernommen und in Abzug gekommen
sind.-

II Vorschriften in polizeilicher Hinsicht

§ 10. Wenn der Abtheilung der einzelnen Grundstücke in natürlichen Zusatz, und
dann nur in Absicht der Brauchbarkeit nichts im Wege steht, so sind die Häuser nach den
mit den neuen Grundbesitzungen belasteten, oder das Nachfolge des beson-
dern, nach §§ 1–6. besonders ist; so können sie von den eigenthümlichen z. jedoch mit auf,
nahmen der Waldungen, und nach Umständen auch den Hofreithen abgetheilt werden.

§ 11 Weil sich jedoch die Gewohnheit eingeschlichen hat, dass, besonders bei Erbtheilun-
gen, ohne alle Rücksicht auf die einzelnen Grundstücke unter die mehreren,
neue Lehen vertheilt, und diese Vertheilung oft ohne Noth gemacht
wird, wodurch nicht bloß zu viele Land in Hände zu liegen kommt, sondern der
Volksmenge auch noch auf unnatürliche andere Weise genommen wird; so sollen
die Abtheilungen der einzelnen Grundstücke nicht Statt haben, als wo dem Orts-
richter, welcher sie zu bewirken wünscht, mit dem Ortsfeld-geschworenen sorgfältig über-
legt und beurtheilt, ob nicht die Vertheilung wohl zu seinem Vortheil, als auch
zum allgemeinen Besten gereichen, und ob, vorzüglich bei Erbtheilungen, die
Zusammenziehung nicht besser, als Vertheilung einzelner Grundstücke, durch
ganze Häuser und allenfalls durch Herausbezahlung geringer Geldsummen bewirkt
werden könne. –

§ 12 Findet das Geldgemisch die Vertheilung nöthig oder nothwendig, oder wird dieser
nach

vorgeschriebene Benachrichtigung, von Seiten der Eigenthümer auf die Wiederherstellung bestehende Gesetze und die Feuerpolizei zu übertreten, auf welche weitere gesetzliche Strafen wegen Contravention verwirkt werden sollen, ob sie unmittelbar Gefahr zu befürchten haben oder nicht, und auch ihre Häuser so gebaut sind, daß sie nicht leicht Feuer fangen können, oder wie sie gewöhnlich genannt werden gesetzlose oder wilde, wenn die Umstände es erlauben, nicht vorschriftsmäßig gebaut oder eingerichtet werden.

§ 13. Sollten Häuser eingerissen werden, so muß über die Nützlichkeit solcher Verfügungen allemal mit dem Gemeinderathe zu Rathe gegangen, und diese Berathung protocollirt werden. Kann mit gänzlicher Verfügung der Häuser nicht Statt gehen, sondern soll diese so geschehen, daß einzelne Theile der Häuser wie Giebel oder Seitenwände zur gemeinschaftlichen Benützung stehen bleiben, so ist solche so genau als möglich zu vermessen. Insofern aber der Eigenthümer genöthigt wird, die Verfügung, wie sie zum Besten der Feuerpolizei nöthig ist, zu dulden, so muß ihm dagegen eine Entschädigung, welche die Schätzung unparteiischer Sachverständiger bestimmt, geleistet werden, wofür alle Beschädigungen und Verletzungen, die wegen der gemeinschaftlich stehenden Theile und Benützungen für die Zukunft zu befürchten sein möchten, so viel als möglich vermieden werden.

§ 14. Kein niederschlagender Einwand kommt dem Eigenthümer bei der Benützung nach §§ 11. 12. 13. zu Gute. Diese Benützungen müssen daher allemal zu vorgeschriebener Zeit vorgenommen werden, wenn die Verfügung Statt haben, und die angesonderten Verbindungen, Haus-, Hof- und Gebäudetheile darüber wie die gemeinschaftlichen Theile ruhig, friedlich und sicher bleiben können.

§ 15. Zur Verfügung der Gebäude müssen in jedem Falle nur die erlaubtesten Mittel angewendet werden. Können und sollen die Gebäude so gestellt werden, daß ein jedes ganz für sich abgesondert wird, und nirgends in das andere Gemäuer eingreifen kann, und können und sollen besondere Feuermauern für jeden Fall ganz abgesondert werden; so kann diese Erlaubniß zur Verfügung von diesen Grundsätzen, in außerordentlichen Fällen aber kann diese Erlaubniß nur von Seiten Abänderungen nothwendig, und wird von derselben nur in ganz besonders dringenden Fällen gestattet werden.

§ 16. Eben so ist zur Verfügung von Feuerungen die Erlaubniß nöthig, die bei diesen Ofen- und Kochherd-Feuerungen beobachtet werden müssen.

§ 17. Für jeden, welcher die Verfügung eines neuen Grundstücks oder Gebäudes bewerkstelligt hat, muß, so lange die jetzige provisorische Feuerversicherung besteht, für jeden Verstoß in den Feuerpolizeigesetzen gestraft werden, wer, wie es gewöhnlich genannt wird, für jeden Verstoß gegen die, zur Verhütung des Feuers nöthigen Gegenstände, zu Ersparung der Kosten, oder Beschleunigung der Arbeit, gegen diese Verfügungen verstößt, indem diese solche Verfügungen für Feuergefährlich, oder sonst nothwendig seien würden, und genannt werden müssen, wornach dieselben Kosten entstehen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Darmstadt am 9ten September 1811. Ludewig.

Auszug aus dem Werke
Die Gesetzgebung des Großherzogthums
Hessen
von Wilhelm Goldmann
Darmstadt 1831

Beilagen 12 Seite 184 bis 190

Ludwig von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen, Herzog zu Westphalen &c. &c.
Thun kund und überzeugen, daß die bisherige Gesetz zum Behufe der Landescultur, und
Gesetze über Verleihung der gutsherrlichen Güter beschränkt ist, den dermaligen Zustand der
Landescultur nicht mehr entsprechen, und daher die Nothwendigkeit eintritt, wo vorzüglich das Colonats- und Erbleihungsverhältniß, und die daraus folgende Unveräußerlichkeit der Güter
aufgehoben ist, durch Anwendung wirksamer Mittel, für deren zweckmäßige Anwendung
gesorgt, dann die gesetzliche Gewalt verstärkt, daß überall, wo wegen des Besitzes der Güter
gutsherrliche Colonats- und Erbleihungsverhältnisse bestehen, sie durch gütliche Abwendung, wie für das Großherzogthum Westphalen, finden soll, die schon
in mehreren Theilen Unseres Landes die Güter geschlossen gestellt worden,
schon das Bestehen die obigen Colonats und Erbleihungsverhältnisse Platz haben,
so finden Wir für nöthig, in Hinsicht der Veräußerlichkeit der Güter dieser
Art, für Unseren gesammten Landen folgendes festzusetzen:

§ 1. Nachfolgende gesetzliche Bestimmungen, wonach die Abstellung geschlossener
Güter bewirkt werden kann, beziehen sich nicht auf die Lehn- Erbleih- Erbpacht-
Lehnliche beziehen, und auf Lehen oder Lehen Zeit verliehenen Güter.
Und ob schon Unser Anzeichen, und Lehen diese Güter von dem eigenthümlichen
unterscheidet, und bisher allein mit der Benennung, daß sie nicht veräußert wer-
den dürften, veräußert und vermehrt werden, so ist dann Verleihung, auf Ver-
stimmt dieser Anwendung, dienstig zu bewirken.

§ 2. Gütliche bisher gebundene geschlossene eigenthümliche, auf § 1. nicht aufgenommene,
an Güter, die von einigen unter dem Namen Lehen- Lehen- oder Mann-Gü-
ter vorkommen, und die nur in Ganzen vererbt werden, oder nur an einen
Lehen Empfänger übergehen dürfen, können von jetzt an von dem eigenthümlichen
andern unterschiedene Verleihungen ertheilt werden.

§ 3. Wenn auf den bisher geschlossenen, oder unveräußerlichen Gütern auf den
Besitzer keine besonderen Grundlasten ruhen, so kann die Veräußerung der-
selben, wo kann sich keine andere gesetzliche Hinderniß im Wege stehen, eben
so, wie bei den persönlichen Erbleihen Gütern, ohne weiteres von dem eigenthü-
mern vorgenommen werden. –

§ 4.

§ 4. Wenn aber die zugeschlossenen Güter mit besonderen Grundlasten besetzt sind, so ist hierbei zu unterscheiden, ob diese Grundbelastungen bestehen:

a.) in ständigen jährlichen Geldzinsen und Naturalleistungen oder Gülten, oder

b.) allein, oder neben jenen ständigen Belastungen, in unständigen Abgaben und besonderen Leistungen.

Die zugeschlossenen Güter mit Grundbelastungen dieser letzteren Art belastet so mögen von den eigenthümern derselben, damit Umschreibung soll bewirkt werden können, solche, nebst den dazu gehörigen Nebenmitteln der Landschaft, oder, wenn diese nicht statt haben kann, nach folgenden §§ 5–11. gegen in ständige jährliche Abgaben ablösbar werden.

§ 5. Ist die Last, und auch die Anzahl von Jahren, worin sie eingetheilt, ständig, so ist diese Last dann die Anzahl der Jahre getheilt, als ständige jährliche Last solche zu übernehmen.

§ 6. Ist die Last unständig, die Zahl der Jahre aber, worin sie eingetheilt, gleichfalls; so ist als den dazu erforderlichen Fällen, wonach die Last entrichtet werden müssen, ein Mittel zu nehmen, und dieses Mittel in die Anzahl der Jahre zu theilt, giebt die Zahl künftig jährlich zu entrichtenden ständigen Last.

§ 7. Ist die Last ständig, aber die Anzahl der Jahre, worin sie eingetheilt, unständig, und fängt diese Eintheilung von dem Verfallen einer Hauptsumme, entweder der ursprünglichen eigenthümlichen oder belasteten Güter, oder der ursprünglichen Taxirung ab; so soll diese Last, mit dreißig getheilt, die Zahl zu übernehmenden ständigen jährlichen Last sein.

Fängt die Eintheilung der Last sowohl von dem Verfall der ursprünglichen eigenthümlichen oder belasteten Güter, als auch der Taxirung ab, so soll die Last mit fünfzehn getheilt, die Zahl zu übernehmenden Last sein.

Fängt die Eintheilung der Last von einer anderen Bestimmung ab; so soll, nach dem Datum der Bestimmung, wo nach die Last mit Wenigstem bisher eingetheilt worden, der diesen zugenommen, und dennach die zu diesen ständigen Last zu übernehmenden ständigen jährlichen Last ausgemittelt werden.

§ 8. Ist sowohl die Last, als auch die Anzahl von Jahren, worin sie eingetheilt, unständig; so ist nun mittlern ständigen Last nach § 6. und nun mittlern ständigen Eintheilung nach § 7. festzustellen, und hiernach zu folgen § 5. die zu übernehmenden ständigen jährlichen Last zu bestimmen.

§ 9. Bestehen die unständigen Grundbelastungen in Abgaben in Gelde oder Naturalien; so sollen die zu § 5–8 zu machenden ständigen Abgaben, auch nun gleiche Weise in Gelde, oder den nutzbaren Naturalien festgesetzt werden.

§ 10 Bestehen neben die Anwendung der § 5–8. vorgeschriebenen Normen Zweifel; so haben die eigenthümlichen der zugeschlossenen Güter Behufs zu Ansuchen nöthigen Angaben sich zu wenden, welche alsdann die zu solchen unständigen

Grundlasten

Grundstücken zu übernehmenden jährlichen Ständigen Lasten auf obigen Normen zu ermitteln haben.

§ 11. Sind die geschlossenen Güter mit Dienstbarkeiten, die mit der Eigenschaft derselben unvereinbarlich sind, belastet; so müssen solche Dienstbarkeiten, wenn die Güter getheilt werden sollen, zuvor in einen Ständigen jährlichen Geld-Zins verwandelt werden.

Können die Dienstpflichtigen und Berechtigten über die Verwandlung der Dienstbarkeit in einen jährlichen Geldzins in Güte sich nicht vereinigen; so sind Ihnen nachstehende Verzinnungen diejenigen besonders, welche solche festgesetzt, nach denen zuvor beide Theile vernommen sind, darnach zu ermitteln haben, was den Berechtigten an solchen jährlichen Geld-Zins beizumessen sonder, welchen dem Werthe der bisherigen jährlichen Dienstbarkeit gleich kommt.

§ 12. Bestehen die Grundbesitzungen eines geschlossenen Gutes blos in ständigen jährlichen Abgaben, oder sind die darauf haftenden ständigen Lasten, und mit der Theilung des Gutes die zu ermittelnden Dienstbarkeiten nach §§ 5–11 zuvor in ständige jährliche Abgaben verwandelt worden; so mögen wenn die Vertheilung des Gutes von dem Eigenthümer soll bewirkt werden, den Söhnen, gänzlich ständige Abgaben, mehrentheils auf hundert und zwanzig jahre auf abgetheilt werden, wobei die Naturalien nach einem dreijährigen auf den letzten jahrigen Marktpreisen in Geld angeschlagen sind; wenn aber der eigenthümer das belastete Gut ganz nicht will, so müssen den gänzlich ständige Abgaben, auf einzelnen, zu dem Gute gehörigen Stücken verwandelt werden, und zwar dann der Berechtigte verlangen, wenn sind einzelnen Antheilen wenigstens der dreifache Werth des Capitals Betrages, oder den fünf und zwanzig fachen jährlichen ständigen Abgaben beträgt, wobei die ständigen jährlichen Naturals Abgaben allenfalls nach einem dreijährigen auf den letzten jährigen Marktpreisen in Anschlag zu bringen sind.

§ 13. Bei der Verwandlung der ständigen jährlichen Abgaben auf die einzelnen Gütertheile kommt zu berücksichtigen, ob diese Abgaben so geartet sind, daß sie auf einzelne Gutstheile nicht füglich auf § 12 dergestalt angewandt, oder ob sie auf mehrere einzelne Gütertheile zu theilen, passend getheilt werden müssen. Ist dieses letztere der Fall, so kann der Berechtigte, die Festsetzung für die Verhältniß mäßig gehörigen Gütertheile, nach Anhörung seiner Gegner, verlangen, wenn der Eigenthümer seinen ständigen jährlichen Abgaben nur nicht ständig angesetzt, und daß diese Festsetzung mit denen auf dieselben wie die übrigen ständigen Abgaben mit verwandelt, oder wenn der Pflichtige es lieber will, mit fünf und zwanzig jahren mit abgetheilt werden.

§ 14. Die nach § 13 auf den Einzelnen Gutstheilen haftenden festgesetzten ständigen Abgaben sind in einen Gesammtbetrag zu ermitteln, bei denen Berechnung die auf den

einzelnen

ungenutzten Grundstücken Verkaufs-Abgaben nach den §§ 12 vorgesehenen Sätzen in Abschlag kommen.

§ 15. Sollten mangelnder, zu vorgesehenen monatlichen oder jährlichen Terminen zu bezahlender Abgaben auf einem geschlossenen Gute, so können solche auf vorgesehenen einzelnen Grundstücken, in so fern diese nicht nach § 12. mit einem Vorkaufsrecht dafür gewöhnen, pfandrechtlich verhaftet werden, oder der Abgabe nach § 13 pflichtig werden kann, wenn nicht diejenige Abgaben welche nun auf dieselben monatlichen oder jährlichen Termin zu beziehen hat, auf ein einzelnes Grundstück eingetragen pfandrechtlich wer, den.

§ 16. Können die Hauptsteuer über die Einlänglichkeit der Verkaufsgründe sich nicht in Güte vereinigen; so ist der eigentliche Ab Gutes, welcher die Abschätzung eingelegt haben will, gehalten, nun Abschätzung des Werths der zweifelhaften Verkaufsgründe von dem Ortsgerichte und Gemeinden auf seine Kosten beizubringen. Stellt diese Abschätzung welche der Schätzung und Gemeinden für die für ordentliche Ordnung sandesherrliche Gebühren, nach Schätzung und Gewissen vorzunehmen haben, so, daß die Einlänglichkeit des Verkaufsgrunds nach § 12 darnach genommen, welches in zweifelhaften Fällen Ursache zu bestätigen Abgewinnung zu beurtheilen haben; so kann der Einwendung der Abschätzung des nicht weiter widersprochen, in dem gegen alle, nach die Verwendung Ursache Abgewinnung zu kommenden, Taxbestimmungen nun Abhilfe zu nun festgesetzten nicht statt hat.

§ 17 Wenn die einzelnen Grundstücken und Verkaufsbarkeiten in ständigen jährlichen Taxen verwandelt werden § § 8–11, und eben so, wie Taxen, welche bisher auf einem ganzen Güter festen, abgehandelt, wenn auf einzelnen Grundstücken verschieden und pfandrechtlich werden; so müssen dieselben auf Kosten des Eigenthümers des Guts sämmtliche Abänderung vorgenommen, und nun nach Vollziehung solchen Abänderung denn nun weitläufige Verschätzung einen Stand gehoben.

§ 18 Hat nun solche Verschätzung des Gutes angefangen, sind einständigen Taxen und einzelnen in ständigen jährlichen Abgaben verwandelt oder Verglichen auf ganzen Gütern festen auf einzelnen Grundstücken pfandrechtlich werden; so muß diesen mit Vorbehaltung der Consumenten Käufbeinen, Theil oder Loosentheil, eben so wie jetzt Andern Besitzpfandrechtlich, auch von immobilen Pfand-Objecten, den Pfand-Creditoren bei dem nächsten Ab- und Zuschreiben angezeigt, und darauf von denselben das Pfand, gen gewährt werden.

§ 19. Da in vorgesehenen Ortern und Abänderungen bei dem immerwährenden Pfandrechten, und so lange bis ein ganzlicher Abgleichung bewirkt ist, die Grund, besitzenden bei dem Vorhandensein der Verkaufsgründen nicht genug in Betracht, dem Verhältnisse in Abzug gekommen sind, wie sie dem dermaligen in Anschlag stehen: so wird ihnen noch gebührlich vorgeschrieben, daß die selben, Grunden,

schonen

gesonderten abgetheilt worden, und bis zum Betrag des Capitals der bestehenden Grundlast nur um so viel höher angesetzt worden darf, als der dermalige wegen der neuen abgetheilten Grundbesitzung, nach den bestehenden Normen hätte in Ansatz gebracht, und nun abgeschrieben worden müsste.

Wenn so kommen hinsichtlich, nach §§ 5–11 nachstehenden andern Bestimmungen jährliche Abgaben, wovon die diesen vorgespannten Grundstücke bei dem Betrag Capital nicht in Abzug gekommen waren, nach diesigen Normen in Betrag zu Land-Abzug, wonach sie den dermaligen in Betrag Capital-Ansatz kommen.

§ 20. Obige Vorschriften, wonach die Abschätzung gegliederten Güter, von den eigenthümlichen derselben bewirkt, und die nach neuen geltenden Güter bestehen gelegenen Lasten, nach einzelnen Theilen derselben gelegt worden kommen, anordnen sich jedoch nur daraus, daß neuerem gelten Grundstücken zu gemessen, denen dermaligen übergangenen kommen, indem die Abschätzung einzelnen, zu neuen gegliederten Güter gehörigen Grundstücken und Gebäuden nur nach dem, von, zu der Abschätzung einzelnen Grundstücken und Gebäuden übernommenen abgenommenen Verordnung, bewirkt worden kann.

§ 21. Gehören Abschätzungen zu neuen gegliederten Güter, so kommen solche bei der Grundsteuer-Einlegung nur abseits mit abgeschätzt worden, wenn sie gemessen, denn, von neuerdings gänzlich abgesonderten Waldstücken nebenaehen.

§ 22. Ist einer Liebhaber der Grund-Lasten- oder Zinsgüter; so haben die eigenthümlichen der gegliederten Güter wenn sie mehrere einzelnen Lasten oder Zinsgebühren in gänzigen jährliche Abgaben verwandelt, oder die auf den gelegten Gütern haftenden Lasten ablösen, oder nöthig auf neuen Grundstücken übernommen wollen, in allen Fällen, wonin sie nach obigen Vorschriften der dermaligen Anschlag Abzugen zu machen, oder mit denselben Liebhabern Verträge zu schließen haben, sich an Ansätzen gegliederten Abschätzungen zu wenden, die sie Behörden zu Protokoll nehmen, und solche Protokollen mit ihren gütlichen Einsichten an obigen Hofkammern zur weiteren gnädigsten Verfügung einsenden worden.

Urkundlich Ihrer mit Unterschrift und Beidruck, des Fürstl. Insiegels. Darmstadt, den 9 Febr: 1811

Ludewig

K dzieła:

Die Gesetzgebg des Grosh. Hessen
von W. Goldmann
Darmstadt 1831 bei Carl Stahl

Bd. 127 bis 128

Beilage I

Von Gottes Gnaden Ludwig Landgraf Hessen &c &c.

Lieben Getreuen!

Bei den stets steigenden Ausgaben für Unterhaltung der Wege, sehen Wir Uns genöthigt, auf Mittel zu denken, wie diese Ausgaben vermindert werden können, damit Uns nicht unbemittelt bleiben müssen, wenn bei dem Einreißen der Wasser Verwüstungen, welche dem Ackerbau und Verkehr Hessens Verderben drohen, Hülfe nothwendig sein; Hierzu wir nun dieselben abgestellt wissen wollen. So verordnen und beschließen wir hiermit:

1. Daß auf denen Wegen, welche nicht Verbesserung sind, oder wo die Gemeinden nicht Verbesserung genöthigt werden wollen, das Befahren nur allein vom 1ten October bis den 12ten November jeden Jahres gestattet, und in allen übrigen Jahreszeit von denselben weggeblieben sollen.

2. Allen Wegen, welche Verbesserung sein, oder Verbesserung genöthigt werden wollen, sollen nicht früher benutzt werden, als bis der weiche Boden völlig ausgetrocknet ist, und mit dem 12ten November fort die Pflicht auf denselben ebenfalls wieder auf.

3 Wenn ein besonders eigenthümlicher Weg sehr, der nur nothdürftig sind, so soll ihm zwar erlaubt sein, selbigen in Anspruchen bis den 1ten April und nach einzufahren. Genommen bis den 1ten October auf seinem eigenen Besitzung von sich allein zu benutzen; es soll aber allen Pflichten und Lasten dabei verbunden, an Bau- und Reinlegung während der Reise des Weg in Allen gehalten, und die Zeiten zur Reise eingestellt werden.

4ten Den Gemeinde-Vorstehern des Mahl- und jeigen Chausseehebe sollen in Hinsicht ganz von den Wegen bleiben; vom 1ten October an bis zum nächstfolgenden Frost aber Fürsorge dieselben beweisen, und soll jedem jeden Gemeinde die Einrichtung machen, daß den Vorstehern nie Wegepflicht auf dem andern solcher gestalt eingeräumt werde, daß das Fahrzeug allemal den Wegfrost haben.

5ten Wenn üble Witterung einfällt, oder andere außerordentliche Umstände in Hessen Verbesserung genommen haben, daß Grund vor dem 1ten October von den Wegen wegzubringen; so soll einem Jeden erlaubt sein, den auf den 1ten October gestatteten Termin, um nicht, zwölf bis 14 Tage weiter hinauszugehen, dann, und Kommen einen Verbesserung sich solchen Falls bei ihnen Termin melden.

6ten endlich sollen die Pflichtenden nur vom 12ten November an bis Febr. Halbedra, wenn so lange der Frost anhalten wird, den Zeit auf den Wegen haben, zu allen andern Jahreszeit aber, gänzlich von denselben weg bleiben. —

Wir beschließen, daß über diesen Allen Ordnung genau gehalten, und die

Uebertretten

Uibertretter derselben nachdrücklich bestraft werden sollen. Ihr habt also dieselbe auf gewöhnliche Weise bekannt zu machen, und Euch darnach zu achten. Daran geschiehet Unser Wille. Darmstadt den 27ten April 1776

(L.S.) Ludwig, Landgraf zu Hessen

Lužina notatka

403 x

1. ad § 4 – Congrua illesa.
2 ad § 5 (i 6) dużo szpalonych – wyrachowywano dla konym i podatków

2. ad § 7 – der Beweis gegen die Schätzung liegt dem Reklamanten ob.

3 ad § 7. bo oni sami układali.

4. § 10 zweites Beispiel, sonst würde die Änderung nicht nach denselben Prinzipien geschätzt werden.

1. Nie dopuszczać byśmy za serwitaty dawali kawały lasu in natura, ale odstąpić część wynagrodzeni

2. Przy oszacowaniu serwitutów mieć wzgląd na możność służącego gruntu

404 A

Urbarialleistungen in einem jeden Kreise insbesondere und in ganz Galizien zusammen

		Zahl	Geldwerth einzeln	Geldwerth zusammen
1. Frohne ~~nach~~	4 spännige Zugtage			
	3 do do			
	2 do do			
	— Handtage			

2. Zehenten

3. Andere Giebigkeiten und zwar eine jede insbesondere — deren Geld Werth einzeln ~~und~~ (als für ~~zusammen~~ jeden Kortetz Getraide, für 1 Stück Hahn ~~ab~~) und zusammen

4. Preise nach welchen alles dieses geschätzt wurde im J. 1820 —

5. Dominikalgrundeinkünfte ile na urbarialia, ile na grunta etc

6. ~~Podatek~~ Podatków Summa ile z czego aby wiedzieć jaki procent podwyższyć dla wynagrodzenia —

Statystyka ludności —

Wartość dziesięcin kościelnych —

Religionsfondseinkünfte u. Ausgaben —

Antonin
1. Pastwiska
2. Prawy na ½ z dodatkiem
zabatnika na zakład

405 3

Moratorium jak długo 2 lat

~~1. Nie~~
1. Proces może być prowadzonym lub Komplanacya sądowa — bez Abszätzy i Licytacya nie —

Wyjątki od moratorium

1. Tow. Kred., któremu jednak zgromadzenie ogólne nakaże co potrzeba, dla zwolnienia

2. Sparkassa, która będzie mieć wzgląd — chyba że ją wesprzemy —

3. Zaciągnione po 1/4 1848 długi — bo te są in rem versum — te jednak mają być exekwowane tylko ad mobilia t. j. produkta mi inwentarze —

406 4

~~Własność użytków z gru dotychczasowych poddańczych~~
~~Patentem z dnia 25go Listopada 1846 przyznaną~~
~~gruntów (Rustikal=gründe) przyznaną została~~
~~dotychczasowym prawnym teraźniejszym prawnym~~
~~posiadaczom tych gruntów patentem z dnia~~
~~25go Listopada 1846. Ta Własność użytków~~
~~wkrótce nowem prawem w własność zupełną~~
~~przemienioną zostanie.~~

Patentem z dnia 25go Listopada 1846 przyznaną została własność użytków z dotychczasowych poddańczych gruntów (Rustikal=gründe) teraźniejszym prawnym posiadaczom tych gruntów.

~~Wkrótce~~ Bez wątpienia wyjdzie wkrótce nowe prawo przemieniające ~~własność prawo~~ ~~własności użytkowej w~~ własność użytkową w własność zupełną na korzyść włościan Galicyjskich.

~~Ważne w tym względzie zostaje do roztrzygnienia pytanie: Kto ma być uważanym za prawnego posiadacza dotychcz włościańskiej posiadłości i komu własność gruntowa przyznaną być ma?~~. Ponieważ własność posiadłości włościańskiej ~~własności~~ jedynie prawnemu jej posiadaczowi przyznaną być może zostaje zatem do roztrzygnienia nader ważne pytanie: Kto ma być uważanym za prawnego posiadacza posiadłości włościańskiej?

4075

Punkta główne

I. Zniesienie stosunku poddańczego — Ukonstytuowanie nowych sądów i władz policyjnych po wsiach — ~~Gemeinschaft~~ Ludziowie pokoju — Notariusze —

II Nadanie własności gruntowej dotychczasowym posiadaczom gruntów rustykalnych — Wolność sprzedawania i zadłużania całości lub częściami — Oznaczenie kto jako właściciel teraz ma być uważanym — Zaprowadzenie ksiąg gruntowych —

II½ Regulacya posiadłości — Gemeinschaftstheilung

III Utrzymanie i sankcya względem wyłącznego prawa propinacyi i polowania

IV Zniesienie pańszczyzny — Jakie wynagrodzenie — Źródła do wynagrodzenia 1° powiększenie podatków bezpośrednich — 2° podatek na kapitały — 3° małe cło od Szląska austryackiego na towary — 4° Redukcya długu państwa — 5° może małe czynsze? —

V Prawo względem kontraktów dzierżawnych i względem moratoriów

VI Zniesienie podatku urbarialnego (bo ten jest majątkowy) —

VII Rozkład równy podatku gruntowego —

VIII Zniesienie prawa patronatu kościelnego i obowiązku Panów do utrzymywania kościołów i budynków parochialnych — kto ma mieć prawo prezentowania — Utrzymania kościoła i budynków parochialnych ma należeć do parafian —

VIII½ Ustawy gminne i rozdział ciężarów gminnych —

IX Zniesienie serwitutów poddańczych — a oraz dziesięcin i innych szkodliwych ciężarów gruntowych. — Prawo żeby podobne serwituty odtąd nikomu nabywać nie wolno było —

Coż serwitutami domi: niów na gruntach chłopów n. p. prawo do drzew na chłop: skich łąkach —

IX Fundusz domestykalny oddać tow. kred.
Długi domestykalne na cały kraj —

X Regulacya posiadłości gruntowej —

X½ Księgi gruntowe

XI Preagrawacye i zapomogi ustają —

XII Utrzymanie dróg i mostów —

XIII Kredyt: moratorium
Tow. kredytowe (przymusowe spłacenie pierwszych właścicieli) — Zniesienie oktawy subditorum i pierwszeństwa hypotecznego dla funduszu zapomóg — fundusz zapomóg niech likwiduje i sam od chłopów odbiera —

XIV Spłata Summ wiecznych —

NB) ~~wartość~~ własność gruntów przyznaje się zatem ciężary z nich do poddanych n. p. podatki etc. (za niektórych kolonistów dwór płaci)

NB) a) Za Obereigenthum.

b) Besitzstreitigkeiten,

c) Bauernstand in wie weit er zu betheiligen ist — tak jak w innych prowincyach.

d) Styryjski Sejm sam wyrobił i swoich rewizorów ma do Komissyi —

e) według projektu nie wiemy nawet czy gminy ~~nie~~ będą mieć obligacye za serwituta czy nie? —